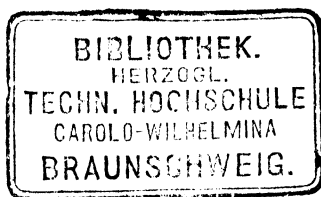


31
1840

Carl Stein
Buchbinderei
Braunschweig.

gods

Die
Verfassungsgesetze
des
Herzogthums Braunschweig



Geschenk .

A rectangular stamp with a single-line border. The text is centered within the rectangle.

Die
Verfassungsgesetze
des
Herzogthums Braunschweig

Berausgegeben und eingeleitet

von

A. Rhamm

Landsyndicus



Braunschweig

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn

1900

Geschenk .

Alle Rechte, namentlich dasjenige der Uebersetzung in fremde Sprachen,
vorbehalten

V o r w o r t.

Als bald nach der Errichtung des Norddeutschen Bundes trat an die Herzogliche Landesregierung die Frage heran, ob nicht, um die Bestimmungen des Landesgrundgesetzes mit der Verfassung des Bundes überall in Einklang zu setzen, eine allgemeine Revision der Neuen Landschafts-Ordnung für erforderlich oder doch für zweckmäßig zu halten sei. Diese Frage ist damals in beiden Hinsichten verneint. In Bezug auf die Nothwendigkeit, weil nach Bekanntmachung der Bundesverfassung die hiesige Verfassung ohne Weiteres in allen denjenigen Punkten, die von jener betroffen würden, als abgeändert zu betrachten sei und es sich also nur darum handeln könne, durch eine neue Redaction der schon vorhandenen „reellen“ Uebereinstimmung auch den formellen Ausdruck zu geben. In Betreff der Zweckmäßigkeit, weil die mit der Ausführung der Revision verbundenen Schwierigkeiten nicht zu übersehen seien und dabei auch wohl gegensätzliche Auffassungen zwischen Regierung und Landesversammlung zu Tage treten könnten, die vielleicht niemals eine praktische Bedeutung erhalten dürften und somit nur theoretische Meinungsverschiedenheiten hervorrufen würden, denen durch Unterlassung der Revision ohne allen Nachtheil vorgebeugt werde (Ministerialschreiben vom 14. Juli 1867, Nrl. 157 der Verhandlungen des 12ten ordentlichen Landtages).

Ähnliche Rücksichten haben wohl auch die Landesregierung bestimmt, einem gelegentlich der Berathung des Gesetzes über die anderweite Zusammenfassung der Landesversammlung vom 6. Mai v. J. auf dem letzten Landtage von der Justizcommission desselben geäußerten Wunsche hinsichtlich der Veranstellung einer neuen Redaction des Landesgrundgesetzes keine Folge zu geben.

Diese Anregung der Commission, zugleich aber der Umstand, daß es an einer Bearbeitung der braunschweigischen Verfassungsgesetze bislang überhaupt fehlt, und daß eine solche doch vielleicht nicht ganz ohne Nutzen

sein könnte, haben den Anlaß zu der vorliegenden Arbeit gegeben. Sie beschränkt sich freilich nicht völlig auf eine Wiedergabe des Textes der einzelnen Gesetze unter Berücksichtigung der durch die Landesgesetzgebung seither herbeigeführten Abänderungen und unter Verweisung auf das Eingreifen der Reichsgesetzgebung, sondern es ist zugleich der Versuch gemacht, in einem einleitenden Theile einen Umriss des Entwicklungsganges des einheimischen Verfassungsrechts, sowie eine actenmäßige Darlegung der Entstehung der neueren Verfassungsgesetze zu geben und in den Anmerkungen zu deren einzelnen Paragraphen neben einer kurzen Erörterung streitiger Fragen das Auslegungsmaterial, soweit es in den amtlichen Motiven der Gesetze, den Berathungen und Beschlußfassungen der Landesvertretung und der Rechtsprechung der hiesigen Gerichte vorliegt, thunlichst zusammenzustellen.

Von den Verfassungsgesetzen des Herzogthums ist das Gesetz vom 20. August 1867 Nr. 72, betr. die Reform der Leihhausanstalt, in ihrer Eigenschaft eines unter der Gewähr des Staates stehenden Landes-Creditinstituts, nebst dessen späteren Ergänzungen und Abänderungen nicht mit zum Abdruck gebracht, doch hat sein wesentlicher Inhalt an der geeigneten Stelle (N. L.=D. § 186) Berücksichtigung gefunden. Die Unterlassung wird hoffentlich ihre Rechtfertigung darin erblicken dürfen, daß jenes Gesetz, wenn es auch der Ausführung einer allgemeineren Anordnung der Neuen Landschafts-Ordnung dient, eine selbständige Bedeutung auf dem Gebiete der Landesfinanzverwaltung zu beanspruchen hat und keineswegs aus Gründen der inneren Nothwendigkeit, sondern nur um gewisser Zweckmäßigkeitssrücksichten willen zu einem Verfassungsgesetz erhoben ist. Anders verhält es sich mit den neben der Neuen Landschafts-Ordnung im Wortlaut aufgenommenen Gesetzen. Das Gesetz vom 20. December 1834 wegen der ohne ständische Zustimmung zulässigen Veräußerungen von Bestandtheilen des Kammer- und Klostergutes ist zur Beseitigung von Zweifeln über die Bedeutung der §§ 164 und 165 der Neuen Landschafts-Ordnung erlassen, also gewissermaßen als eine authentische Interpretation derselben zu betrachten und das „Regentschaftsgesetz“ vom 16. Februar 1879 bezweckt die Ausfüllung einer Lücke, welche die Bestimmungen des § 16 f. des Landesgrundgesetzes gelassen hatten, bildet daher eine Ergänzung des letzteren. Der Mitabdruck des Finanznebenvertrages aber erschien angemessen, weil der Vertrag die grundlegenden Artikel der Neuen Landschafts-Ordnung über die Trennung des fürstlichen Haushalts vom Staatshaushalt, wie über die

Ordnung des Statwesens in mehreren Beziehungen vervollständigt und zur Durchführung bringt.

Änderungen, die der ursprüngliche Text der einzelnen Gesetze, bezw. des Finanznebenvertrages im Lauf der Zeit erlitten hat, sind durch besonderen Druck, Bestimmungen, die in Folge der Landesgesetzgebung in Fortfall gekommen sind, ohne daß andere an ihre Stelle getreten wären, soweit angängig, durch Einrückung in Parenthesen kenntlich gemacht.

Der Mangel meiner Arbeit bin ich mir wohl bewußt. Möge sie eine nachsichtige Aufnahme finden.

Braunschweig, am 27. März 1900.

A. H a m m.

Inhaltsverzeichnis.

I. Einleitender Theil.

	Seite
§ 1. Das Staatsgebiet und das Herrscherhaus	1
§ 2. Die Landstände	6
§ 3. Die Erneuerte Landschafts-Ordnung und der Verfassungstreit der Stände mit Herzog Karl II.	20
§ 4. Die Neue Landschafts-Ordnung und der Finanznebenvertrag . . .	33
§ 5. Die späteren Aenderungen der Neuen Landschafts-Ordnung und ergänzende Gesetze	52
§ 6. Quellen und Literatur des braunschweigischen Verfassungsrechts . . .	73

II. Die einzelnen Verfassungsgeetze und Verfassungsnormen des Herzogthums.

1. Die Neue Landschafts-Ordnung vom 12. October 1832	79
2. Der Finanznebenvertrag vom 12. October 1832	281
3. Das Gesetz, die ohne besondere ständische Zustimmung zulässigen Ver- änderungen mit dem Grundvermögen des Kammergutes und des vereinigten Kloster- und Studienfonds betreffend, vom 20. December 1834	307
4. Das Gesetz, die provisorische Ordnung der Regierungsverhältnisse bei einer Thronerledigung betreffend, vom 16. Februar 1879	323

Einleitender Theil.

§ 1.

Das Staatsgebiet und das Herrscherhaus.

Von dem welfischen Eigengut, welches der Enkel Heinrich's des Löwen, Otto das Kind, am 21. August 1235 auf dem Mainzer Reichstage in die Hand des Kaisers gab, um es als ein Herzogthum und Reichsfahnenlehen zurück zu empfangen, bildet das Herzogthum Braunschweig in seinem heutigen Bestande nur den kleineren Theil. Als jene Belehnung sich vollzog, hatte die herzogliche Gewalt sich aus einem Reichsamte heraus längst zu einem eigenen, erblichen Rechte entwickelt und die Landeshoheit der weltlichen Fürsten soeben selbst eine ausdrückliche Anerkennung von kaiserlicher Seite erhalten (Constitution von 1232), eine Wandlung, welche bald dahin führte, daß die Herzogthümer und andere Reichslehen gleich den Familiengütern der willkürlichen Theilbarkeit anheimfielen.

I. Schon Otto's Söhne, Albrecht und Johann, theilten um 1267 das väterliche Erbe, dessen Kern sich aus den brunonischen Stammlanden mitsammt den nordheimer, billungischen und sippingenburger Hausgütern zusammensetzte. Johann wählte die Herrschaft im Lüneburgischen und ward der Stifter des älteren Hauses Lüneburg, das im Jahre 1369 wieder erlosch. An Albrecht fiel das Land um Braunschweig und Wolfenbüttel (mit Ausnahme von Lichtenberg und Twiefelingen) nebst Gifhorn, das Kalenbergische, die Herrschaft Oberwald (Göttingen) und das Gebiet vor dem Harze (Grubenhagen). Er begründete das ältere Haus Braunschweig und hatte in der Stadt Braunschweig, dem in ungetheilter Rechtsgemeinschaft verbleibenden Stammorte seines Geschlechts, seinen Sitz. Seine drei älteren Söhne folgten ihm in der Herrschaft, schritten aber wiederum zu einer Auseinandersetzung, aus welcher die Linien Grubenhagen, Göttingen und Braunschweig hervorgingen. Indessen gelang es den Söhnen des der braunschweigischen Linie angehörenden Herzogs Magnus II. „mit der Kette“, nach dem Aussterben des älteren Hauses Lüneburg die unter kaiserlicher Begünstigung erhobenen Erbansprüche der Cognaten erfolgreich zu bekämpfen und die Lüneburger Lande mit dem eigenen Besitz zu vereinigen (1389).

Noch vor dem Ausgange des Lüneburger Erbfolgestreites, bald nach dem Tode ihres Vaters Magnus, hatten die braunschweiger Fürsten, die Gebrüder Friedrich, Bernhard, Heinrich und Otto, einen Vertrag errichtet, demnach Land und Leute immerdar bei einander bleiben und die Nachfolge in der Herrschaft nach Ordnung eines Seniorats sich vollziehen solle (Vertrag vom 1. Februar 1374). Allein diese Vereinbarung hatte nicht lange Bestand. Sofort nach dem Anfall

der lüneburger Erbschaft ward unter den drei älteren Brüdern abermals aufgetheilt und als der Älteste, Herzog Friedrich, ohne Manneerben verstorben war, zunächst von den beiden anderen, Bernhard und Heinrich (1409), dann zwischen Bernhard und Heinrich's Söhnen eine neue Auseinandersetzung getroffen. Die letztere, geschlossen am 22. August 1428, hat das mittlere Haus Braunschweig und das mittlere Haus Lüneburg ins Leben gerufen. Die Herrschaft zu Lüneburg kam an Herzog Bernhard, das Braunschweigische nebst einem Theile der Kalenberger Landschaft und des Besizes an der Weser an Herzog Heinrich's Söhne. Die Städte Braunschweig und Lüneburg, sowie die Altstadt Hannover blieben Gesamteigenthum. Die braunschweiger Linie nahm ihren Hofhalt dauernd auf der Feste Wolfenbüttel, die schon seit dem Ausgang des 13. Jahrhunderts den Herzögen des älteren Hauses Braunschweig vielfach zum Fürstenstige gebient hatte¹⁾.

II. Das mittlere Haus Braunschweig gelangte durch das Aussterben der göttingischen Linie in den Besitz der dortigen Herrschaft (1437). Es scheidet sich seinerseits vom Jahre 1432 an in die Linien Kalenberg und Wolfenbüttel, die zwar 1473 wieder vereinigt wurden, jedoch seit 1495 in Folge einer von Heinrich (dem Ältern) und Erich I. vorgenommenen Theilung von Neuem aus einander gingen. Heinrich, dem das Wolfenbüttel'sche mit den Harzämtern zufiel, ordnete, um weiterer Zerspaltung seines Landes vorzubeugen, an, daß ihm sein gleichnamiger, ältester Sohn und diesem späterhin wieder der Erstgeborene unter Ausschluß der Brüder in der Regierung folgen solle (1510). Nach seinem Tode bestätigten die nachgelassenen Söhne wiederholt die getroffene Verfügung. Als gleichwohl einer derselben, Wilhelm, späterhin dem Erstgeborenen die Alleinherrschaft streitig zu machen versuchte, erzwang dieser, Herzog Heinrich (der Jüngere), von Jenem durch langjährige Haft die förmliche Verzichtleistung auf seine Ansprüche. Der bei dieser Gelegenheit geschlossene Vertrag vom 16. November 1535, das pactum Henrico-Wilhelminum, unter Gewähr der Landstände gestellt und nachmals vom Kaiser Karl V. bestätigt, setzt in Betreff des Fürstenthums Braunschweig und etwaigen künftigen Zuwachses desselben („unser igit Land und Leuth, und was wir künftig mehr erobern, gewinnen, erlangen, oder mit angefallen überkommen und erobern mögen“) Untheilbarkeit fest, ordnet die Thronfolge nach der Lineal-Primogenitur und trifft Bestimmungen über Aussteuer der Töchter, Unmündigkeit und Vormundschaft²⁾.

Der Ausgang der Hildesheimer Stiftsfehde hatte inzwischen (1523) dem Fürstenthum Kalenberg-Göttingen, wie dem wolfenbüttler Lande nicht unerhebliche Gebietsvergrößerungen zugeführt. Mit dem Jahre 1584 erlosch dann die kalenberger Linie und der erledigte Landestheil wuchs dem Fürstenthum

¹⁾ Näheres über die Theilung von 1428: (Roch), Pragmatische Geschichte des Hauses Braunschweig und Lüneburg, 1764, S. 289; Havemann, Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg, Bd. I, S. 662 f.

²⁾ Der Vertrag, von dem eine Ausfertigung im landschaftlichen Archive bewahrt wird, findet sich abgedruckt bei Schulze, Hausgesetze, Bd. I, S. 428 ff.

Wolfenbüttel zu. Zwölf Jahre hernach ging auch der grubenhagener Zweig des älteren Hauses Braunschweig zu Ende. Die dortige Herrschaft ward wolfenbüttlerseits beansprucht, aber durch Urtheil des Reichshofraths der cellischen Linie des Lüneburger Hauses zuerkannt. Einen theilweisen Ersatz fand Wolfenbüttel in der Grafschaft Blankenburg, die dem Herzog Heinrich Julius 1599 als eröffnetes Lehen anheimfiel. Unter seinem schwachen Nachfolger Friedrich Ulrich, dem letzten Fürsten aus dem mittleren Hause Braunschweig, gingen indessen manche der neueren Errungenschaften wieder verloren.

III. Als der Herzog Friedrich Ulrich am 11. August 1634 kinderlos verstarb, stand die Nachfolge dem Lüneburger Hause zu, welches in die Linien Harburg, Dannenberg und Celle gespalten war. Der Streit über die Erbfolge erledigte sich in Gemäßheit der Theilungsverabredung vom 14. December 1635 und des Haupttheilungsrecesses vom 10. December 1636 dahin, daß die Harburger Linie, die dem Aussterben nahe war, mit den Grafschaften Hoya und Reinstein-Blankenburg abgefunden, das Kalenbergische nebst den Homburg-everssteinischen Besitzungen an Celle gewiesen, das Fürstenthum Wolfenbüttel aber dem Dannenberger Herzog August „extra sortem aus freundschaftlicher Liebe und Zuneigung“ eingeräumt wurde. Die Universität Helmstedt (erst nach Errichtung der Universität zu Göttingen an Braunschweig überwiesen) und die Bergwerke des Harzes blieben gemeinsam ¹⁾. Als dann bald hernach die Harburger Linie zu Ende ging, erwarb Braunschweig-Wolfenbüttel die Grafschaft Blankenburg nebst der Hälfte des harburgischen Antheils am Harze zurück ²⁾.

Herzog August (der Ältere), Sohn Heinrich's von Dannenberg, ist der Begründer des neuen Hauses Braunschweig. Unter seinem Sohne und Nachfolger Rudolf August wurde die während des 30 jährigen Krieges vom Erzherzog Leopold Wilhelm in seiner Eigenschaft als Bischof von Halberstadt den Grafen von Tettenbach zu Lehen gegebene Grafschaft Reinstein nach dem Aussterben ihres Geschlechts vom Kurfürsten von Brandenburg, welchem das Hochstift Halberstadt im westphälischen Frieden zugesprochen war, ungeachtet der fortdauernden Lehnshoheit der Braunschweiger Herzöge, mit Gewalt in Besitz genommen und trotz eines zu Gunsten des Braunschweiger Hauses ergangenen Urtheils des Reichskammergerichts nicht wieder herausgegeben. Dagegen ward die Stadt Braunschweig, die seit Jahrhunderten völlige Unabhängigkeit bewahrt hatte, mit Hülfe der celler und hannöverschen Herzöge unterworfen und mit ihren Stiftern, wie der bisher in cellischem Besitz befindlich gewesenen Abtei Walkenried der braunschweiger Linie gegen Herausgabe der dannenbergischen Ämter überlassen (Punktationen vom 6. Mai 1671: v. Selchow I, S. 114 ff., 123 ff.). Einen fernerer Erwerb hatte die Vetheiligung Braunschweigs an dem Kriege Brandenburgs gegen Schweden im Gefolge, indem das

¹⁾ Den Vertrag von 1635 s. bei Ribbentrop, Sammlung von Landtagsabschieden, Thl. II, S. 86 ff., den von 1636 bei Schulze, Hausgesetze I, S. 445.

²⁾ Vergleich vom 17. Mai 1651, abgedruckt bei v. Selchow, Magazin I, S. 78.

durch den Frieden von Celle (5. Februar 1679) neben Anderem an das Gesammthaus Braunschweig abgetretene Amt Theedinghausen dem Herzog Rudolf August übereignet wurde (Receß vom 12. November 1681: Selchow I, S. 151). Endlich fand durch Receß vom 17. Januar 1706 (a. a. O., S. 192) die celtische Linie das Haus Braunschweig-Wolfenbüttel für dessen Anrechte an dem gemeinschaftlich ererbten Herzogthum Sachsen-Lauenburg mit dem Amt Campen und einigen Dörfern des Amtes Neubrück (Bienrode, Bevenrode, Waggum) ab.

Die grundgesetzlichen Bestimmungen des pactum Henrico-Wilhelminum über die Untheilbarkeit des Herzogthums hatten durch den Herzog Julius, Heinrich's des Jüngeren Sohn und Nachfolger, eine bemerkenswerthe Befräftigung und Ergänzung erhalten. In dem am 29. Juni 1582 errichteten, vom Kaiser Rudolf bestätigten und einem Hausgesetz gleichzuachtenden Testament ¹⁾ dieses um die Wohlfahrt des Landes so sehr verdienten Fürsten war jener Vertrag als ein ewiges statutum und pactum gentilicium bezeichnet, die unverbrüchliche Bewahrung desselben den nachkommenden Geschlechtern zu einer heiligen Pflicht gemacht und im Hinblick auf die damalige Gestaltung der Verhältnisse ausdrücklich verordnet, daß auch auf den Fall, da „die Lande und Fürstenthümer braunschweigischen, calenbergischen und grubenhagenschen Theils, desgleichen die Grafschaft Reinstein und Blankenburg und anderes mehr mit der Zeit erledigen und an den braunschweig-wolfenbüttelschen Theil fallen würde, das alles und jedes beisammen für und für fein und bleiben solle.“ Herzog August der Jüngere stellte nach der Uebernahme der Regierung in den wolfenbüttelschen Landen den dortigen Ständen mittelst Reverses vom 19. Januar 1636 die Zusicherung aus, die ergangene „Verordnung und Disposition des juris primogeniturae in Maßen des 1535 jährigen Vertrages und Herzogen Julio confirmirten Testaments gänzlich und unverbrüchlich halten zu wollen“, und ähnlich lautende Zusagen sind späterhin sowohl vom Herzog Rudolf August (Revers vom 20. October 1668), als auch nach dem Eintritt seines Bruders Anton Ulrich in die Mitregentschaft von letzterem selbst ausgestellt (Rev. vom 7. August 1685). Allein weder der Zwang solcher Gelöbniße, noch die Rücksicht auf des Landes Wohl erwiesen sich stark genug, um Familieninteressen und persönliche Wünsche gänzlich zurücktreten zu lassen und es hat, wie Spittler in seiner Geschichte des Fürstenthums Hannover (Bd. I, S. 100) treffend bemerkt, der unglückliche Kreislauf von politisch-ernsthaften Entschliefungen und menschlicher Nachgiebigkeit gegen unpolitische Leidenschaften wohl keine Familienverfassung mehr zerrüttet, kein Haus länger in unbedeutender Schwäche erhalten, als das welfische. Die romanisirende Jurisprudenz wies Mittel und Wege, die Rechtsgültigkeit der auf Untheilbarkeit gegründeten Successionsordnungen in Frage zu stellen; auch mag sein, daß man durch eine einschränkende, thatsächlich keineswegs gerechtfertigte Auslegung die Tragweite jener Hausgesetze lediglich auf den alten Besitz zur Zeit des Erlasses derselben, das eigentliche „Fürstenthum Braunschweig, wolfenbüttelschen Theils“, zurückbeziehen und wegen des

¹⁾ In: Lünig's Reichsarchiv pars spec. II cont. II, S. 286 ff.

späteren Zuganges, der noviter acquisita, frei verfügen zu dürfen meinte. Schon Herzog August hat trotz der den Landständen gegebenen Reverse mittelst letztwilliger Verfügung die Abzweigung der Grafschaften Dannenberg und Blankenburg zu Gunsten seiner jüngeren Söhne (Anton Ulrich und Ferdinand Albrecht I.) angeordnet und die Durchführung dieser Absicht ist nur durch das unerklärliche Verschwinden des Testaments später vereitelt worden (s. die Erzählung bei Havemann, Braunschw. Geschichte III, S. 177 f.; auch: v. Heine- mann, Bb. III, S. 114). Herzog Anton Ulrich aber sah sich „zur Befestigung des zwischen seinen Söhnen August Wilhelm und Ludwig Rudolf und den beiderseitigen Erben und Nachkommen erfordernden guten Vernehmens“ veranlaßt, den Jüngeren (Ludwig Rudolf) für den Ausschluß von der Nachfolge in den Hauptlanden schadlos zu halten, indem er ihm die Grafschaft Blankenburg, die „als eine dem Fürstenthum Wolfenbüttel zwar annectirte, aber durch besondere Regierung, durch ein eigenes corpus der Landschaft, auch absonderliche Reichs- und Kreis-Matricular-Anschläge davon jederzeit distinguirte Provinz sich am füglichsten zu solchem Zweck eigne, sammt aller Landes-Superiorität und Herrlichkeiten, Rechten, Regalien pp. zur erblichen Abfindung per modum statuti familiae für sich und seine ehelichen Stammerben“ überließ, mit dem Zusatz, daß er die „hergebrachte“ Session und Stimme auf Reichs- und Kreistagen zwar exerciren, jedoch ohn' wohlbegründete Ursach von den votis des regierenden Herzogs zu Wolfenbüttel nicht abfallen und in negotiis circa bellum et pacem von den consiliis des fürstlichen Hauses weder separiren, noch mit dessen Widerwärtigen in Conföderation treten möge, es sei denn im Falle einer ihm angethanen, harten Bedrängniß oder öffentlichen tort¹⁾. Da jedoch der Herzog August Wilhelm in der Folge kinderlos verstarb, so wurde Blankenburg, vom Kaiser Joseph inzwischen (am 1. November 1707) zu einem reichsunmittelbaren Fürstenthum erhoben, mit dem Hauptlande wieder vereinigt. Seitdem hat innerhalb des Hauses Braunschweig-Wolfenbüttel eine Theilung der Landeshoheit nicht wieder stattgefunden. Die Nebenlinie Braunschweig-Bevern gegründet durch Ferdinand Albrecht I. 1667, nach dem Tode Ludwig Rudolf's zur Regierung des Herzogthums gelangend und gleichzeitig als apanagirte Linie erneuert (1735), als solche aber 1809 erloschen, war von Anbeginn an mit Regierungsrechten nicht ausgestattet.

Herzog Karl I. verlegte 1753 die Residenz von Wolfenbüttel nach Braunschweig. Unter Karl Wilhelm Ferdinand wurde der den beiden Linien des Gesamtthauses verbliebene Gemeinbesitz am Harze nach einem Theilungsfuße, der $\frac{4}{7}$ an Hannover, $\frac{3}{7}$ an Braunschweig überwies, bis auf geringe Gebiete, hinsichtlich deren erst in neuester Zeit eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, gelöst (Theilungsrecess vom 4. October 1788) und in Folge des Reichs-Deputations-Haupt-Schlusses vom 25. Februar 1803, § 4, die Abtei Gandersheim der Landeshoheit unterworfen²⁾.

¹⁾ Urkunde vom 3. Juli 1704, im Landschaftlichen Archiv.

²⁾ Die im R. D. G. Sch. mit erwähnte Abtei Helmstedt, das Kloster St. Ludgeri, war nicht mehr reichsunmittelbar.

Nach der Auerstädter Schlacht besetzten französische Truppen das Herzogthum und behandelten es als Feindesland, obgleich es sich am Kriege Preußens gegen Napoleon nicht betheiligt hatte. Der Frieden von Tilsit einverleibte es dem neugeschaffenen Königreich Westphalen. Nach Abwerfung der Fremdherrschaft ist es bei der Abneigung des Herzogs Friedrich Wilhelm gegen einen Gebietsaustausch in eben dem Bestande, den es zuvor hatte, aus den Verhandlungen des Wiener Congresses über die Umgestaltung der deutschen Staaten hervorgegangen. Auch seit dieser Zeit sind in dem Gebietsumfange des Landes wesentliche Veränderungen nicht eingetreten (vergl. S. 80). Ein auf dem ersten ordentlichen Landtage gestellter Antrag, die Landesregierung zu ersuchen, wegen der Zurückgabe der vormaligen Grafschaft Reinstein an das Haus Braunschweig von Neuem mit der preußischen Regierung zu verhandeln und eventuell den dieserhalb bei dem ehemaligen Reichskammergericht zu Wezlar geführten Proceß zu reassumiren, ist nicht weiter verfolgt, obwohl sein Urheber dafür hielt, daß „das gute Vernehmen zwischen den höchsten Regierungen beider Länder und die so allgemein gerühmte Gerechtigkeitsliebe des Königs von Preußen eine günstige Beendigung erwarten lasse“ (Sitzung vom 14. November 1833), und ein späterer Antrag, auf dem 6. ordentlichen Landtage eingebracht und dahingehend, die Regierung wolle mit den Nachbarländern über Zusammenlegung und Abrundung des Staatsgebietes in Unterhandlung treten und wenn diese erfolglos bleiben sollte, beim nächsten Reichstage ein Gesetz darüber beantragen, ist dem Uebergang zur Tagesordnung verfallen (Sitzung vom 14. November 1849).

§ 2.

Die Landstände.

Als die Lande Braunschweig und Lüneburg zu einem selbstständigen Herzogthum erhoben wurden, beschränkten sich die Regierungsbefugnisse der Landesherren vorerst nur auf eine Reihe einzelner und verschiedenartiger, auf Guts- und Schutzherrschaft, Lehnsherrschaft und Gerichtsbarkeit wurzelnder Gerechtsame; je mehr aber die auswärtigen Händel der letzten Hohenstaufen, die Wirren des Interregnum, die eigennützige, vornehmlich der Mehrung der Hausmacht zugekehrte Politik der Habsburger und Luxemburger den Verband des Reiches lockerten und das kaiserliche Ansehen herabminderten, um desto leichter ward es den Fürsten, jene Einzelrechte zusammen zu schließen und im Laufe der Zeiten einer wahren, öffentlichen Gewalt anzunähern. In den welfischen Landen ist dieser Gang der Entwicklung nicht zum Wenigsten durch den Umstand gefördert, daß von den Tagen Rudolfs von Habsburg herab bis zum Ausgang des 14. Jahrhunderts aus der Reihe der deutschen Könige nur ein Einziger den nieder-sächsischen Boden betreten und es unternommen hat, dort einen bestimmenden Einfluß zu gewinnen. Gleichwohl ward solche Gunst der Verhältnisse von den Landesherren nicht derartig ausgenutzt, daß ihre Machtstellung in eben dem Maße, in welchem sie der Reichsgewalt gegenüber im Erstarken begriffen war, auch nach innen, in den Beziehungen zu den eigenen Landsassen, eine ent-

sprechende Festigung errungen hätte. Die schon unter den Söhnen Otto's des Kindes beginnenden und demnächst sich stetig wiederholenden Landestheilungen zersplitterten den alten Besitz und minderten das Ansehen des Hauses. In unaufhörlichen Fehden erschöpften die Herzöge ihre Kraft. Nicht selten nahm der Kampf den kläglichsten Ausgang und schuf wirthschaftliche Bebrängnisse, denen die Einnahmequellen des Landesherrn — der Ertrag seiner Hausgüter und der Regalien (Zölle, Geleit, Münze, Bergwerk, Judenschuß) — nicht abzuhelpfen vermochten. Die Aufnahme von Anleihen gegen hohen Zins, Verkäufe und Verpfändungen von Domanialgut und Gefällen steigerte die Verriittung des fürstlichen Haushalts. So trieb den Landesherrn die zwingende Noth, in immer stärkerem Maße den Beistand der angeseheneren Landsassen anzusprechen, der dann wiederum nicht ohne Gegendienst und Gegenleistung auf Kosten der Herrschaftsrechte zur Verfügung gestellt zu werden pflegte.

Von jeher hatten die Vasallen und die fürstlichen Dienstleute (Ministerialen) an der Ausübung der Landeshoheit in gewissem Umfange theilgenommen, hatten auf den Landtagen — den *placitis provincialibus* — und späterhin den Hof- und Ritterschaften bei wichtigeren Angelegenheiten Rath erteilt, mit ihrem Herrn über den zu seinen Fehden zu leistenden Rosßdienst verhandelt, das Recht gefunden und bei der Gesetzgebung mitgewirkt. Aus ihrer Zahl nahmen die Herzöge ihren ständigen Beirath und vielfach Schiedsrichter für Streitigkeiten, die etwa innerhalb des fürstlichen Hauses oder mit auswärtigen Großen erwachsen konnten¹⁾. Seit der Mitte des 13. Jahrhunderts erscheinen dann neben der Mannschaft bei besonderem Anlaß auch Prälaten („de papheit“) und Vertreter städtischer Gemeinden. Als der Herzog Johann die Schulden seines in Dänemark Krieg führenden Bruders, des Herzogs Albrecht, weder durch Verkauf und Verpfändung seiner Güter, noch durch Anleihe bei den Juden hat decken können und sich die Gläubiger, bei denen er Einlager hielt, nicht anders vom Halbe zu schaffen weiß, ersucht er die Äbte, Prälaten und Kleriker, Mannen (*milites*) und Bürger in Lüneburg, eine Besteuerung der Salinen ihm verstaten zu wollen (Urk. vom 22. April 1263, Sudendorf, I, Nr. 56) — wie es scheint, der erste urkundlich bezeugte Vorgang im Bereich der welfischen Lande, gelegentlich dessen die Stände gemeinsam genannt werden. Der Regel nach verhandelt der Landesherr zunächst noch mit den einzelnen theilgenommenen Genossenschaften gesondert, je nach Anlaß und Zweck, und erst von der Mitte des 14. Jahrhunderts an mehrten sich die Beläge dafür, daß die drei Stände, welche „die Herrschaft im Lande haben“, anfangs im Fürstenthum Lüneburg, einige Jahrzehnte später auch im braunschweigischen Theil, zum gemeinsamen Nutz und Frommen in dauernder Vereinigung zusammentreten²⁾. Im Lande

¹⁾ Ein Beispiel eines solchen Schiedsgerichts: der Vergleich zwischen Albrecht von Braunschweig und Albrecht von Sachsen vom 28. Februar 1258, bei Sudendorf, Urkundenbuch zur Geschichte der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg, Thl. I, Nr. 46.

²⁾ Der wolkenbüttler Landtag von 1314, dessen ältere Quellen gedenken, ist nirgends nachzuweisen.

zu Lüneburg war es vornehmlich der nach dem Tode des Herzogs Wilhelm († 1369) sich erhebende, langwierige Streit um die Erbfolge, der den Zusammenschluß der Stände beschleunigte, unter den letzteren hauptsächlich den Städten zeitweise zu entscheidender Bedeutung verhalf und schließlich in der denkwürdigen „Sate“ vom 20. September 1392 die Machtbefugnisse der Stände zu einem Höhepunkt steigerte, welcher die landesherrliche Gewalt völlig in den Schatten zu stellen drohte, freilich auch auf die Dauer nicht behauptet werden konnte. In der Herrschaft zu Braunschweig wird der Mitwirkung der Stände wiederholt gedacht bei dem Abschluß der Hausverträge, die eine weitere Zersplitterung des fürstlichen Erbes zu verhüten bezweckten. Unter diesen Verträgen ist am bemerkenswertheften die Erbeinigung vom 21. Juli 1415 — ein Versuch, die vollständige Vereinigung des gegenwärtigen und künftigen Besitzes beider Linien des Gesamtthauses mit gemeinsamer Erbhuldigung und Gesamtregierung durch den Ältesten beider Linien zu begründen, unter Einsetzung eines aus Mitgliedern der Ritterschaft und Abgeordneten der Städte beider Herrschaften bestehenden Regentschaftsrathes und unter dem Gebot an die Stände, demjenigen Fürsten, der eine Theilung verlangen werde, die Huldigung zu weigern. Allein gegenüber der privatrechtlichen Auffassung der Landeshoheit war der Staatsgedanke noch zu wenig ausgebildet, als daß eine solche Vereinbarung hätte Bestand haben können, und als nach der schon im Jahre 1428 wiederum vollzogenen Erbaueinandersezung, die das mittlere Haus Braunschweig und das mittlere Haus Lüneburg entstehen ließ (s. oben S. 2) und die beiden Lande dauernd von einander geschieden hat, der Kaiser Sigismund es unternahm, die Theilung anzufechten, waren es wiederum die Landstände, die, als von ihren Fürsten erwählte Schiedsrichter, diesen Versuch zurückwiesen¹⁾. Sie vermittelten zu wiederholten Malen in den Händeln, welche die Herzöge mit auswärtigen Fürsten, wie mit auffälligen Städten, namentlich dem emporblühenden Braunschweig, auszutragen hatten. Sie hatten ferner von Rechts wegen theilzunehmen an der Territorialgesetzgebung, die freilich, wie auch in anderen deutschen Gebieten, bis tief in das 16. Jahrhundert hinein sich recht unfruchtbar erwies und eigentlich nur in dem bekannten Reccesse des Herzogs Heinrich des Friedsamern mit der Landschaft vom 17. Mai 1433 eine Landesordnung von allgemeinerer Bedeutung und zugleich von der wohlthätigsten Wirkung hat entstehen lassen. Vornehmlich aber ward ihr guter Wille angerufen, um die Abgaben und Leistungen verfügbar zu machen, die der Landesherr bei der Unzulänglichkeit seiner ordentlichen Einkünfte und bei der wachsenden Schuldenlast oft und dringlich in Anspruch zu nehmen gezwungen war.

Abgesehen von gewissen Gefällen und Diensten, die kraft der landesherrlichen Vogtei hauptsächlich zur Bestreitung der Kriegskosten erhoben werden konnten und die schon früh zu einer regelmäßigen Last geworden zu sein scheinen (Mai- und Herbstbeden), hatte der Landesherr das Recht zur Auf-

¹⁾ Siehe das Nähere bei Zachariae, Successionsrecht im Gesamtthause Braunschweig-Lüneburg, S. 71.

erlegung einer Schätzung nur als Grundherr, mithin lediglich in Ansehung seiner eigenen Hinterlassen, der Meier und Hörigen auf seinen Hausglitern. Die Hülfeleistung der Landsassen war daher von ihm bittweise (petitio „Bede“) anzusprechen¹⁾. Sie bestand bis zum Ausgang des Mittelalters der vorherrschenden Naturalwirthschaft entsprechend zumeist in Korn- und Viehlieferungen, die auf dem platten Lande nach einer allgemeinen Regel je nach Anzahl der Hufen, der Pflüge, des Viehbestandes umgelegt und nach der Ablieferungszeit (Mai-, Herbstbeden) oder der Art der Leistung (Ruh- und Haferbeden, Grundbeden) benannt wurden²⁾. Die Städte, unter denen Braunschweig schon seit dem 13. Jahrhundert seinen Haushalt mehr und mehr auf Geldwirthschaft zu begründen angefangen und neben Grundzinsen, Kopf- und Vermögenssteuern auch Verbrauchsabgaben eingeführt hatte, fanden sich wohl mit bestimmten Summen ab; nach ihrem Vorgange erhielten seit Mitte des 15. Jahrhunderts auch indirecte (Verbrauchs-) Steuern allgemeineren Eingang, darunter zuerst die Tranksteuer auf das von auswärts eingeführte Bier, die „Bierziese“³⁾. Die Ritterschaft war rücksichtlich des selbst bewirthschafteten Eigenthums, der Ritterhufe, soweit es sich um Lasten handelte, die durch den Reichsdienst oder zum Zweck der Landesvertheidigung verursacht wurden, von der Schätzung frei, weil sie den Heeresdienst unmittelbar zu leisten hatte; sie erlangte aber bei den außergewöhnlichen Anforderungen, die eine kampferfüllte Zeit an die Lehnsfolge stellte, bald weitergehende Begünstigungen und nicht minder wußten die geistlichen Herren unter Berufung auf die dem Kirchengut zukommenden Immunitäten sich manche Erleichterung zuzuwenden. Bei häufiger Wiederkehr der Anforderungen aus gleichartigem Anlaß verwißte sich dann mehr und mehr der eigentliche Ursprung der Leistung; die Beden nahmen in manchen Fällen den Charakter einer herkömmlichen, gemeinen Last an und wurden zu einer ordentlichen Abgabe (Grundbede — Landbede — Landschätzung), bei der der Beweggrund der Beihülfe nicht mehr auf das „mitleidige Gemüthe“ zurückgeführt, sondern, wie bei den Anforderungen zu Zwecken des Reichsdienstes (dem „gemeinen Pfennig“ und den Römermonaten) oder für Einrichtungen des Reichs (den „Kammerzielern“), in einer bestehenden Pflicht erblickt wird. Daneben treten endlich auf Grund eines besonderen Anlasses die sogen. nothwendigen Steuern im Fall einer echten Landesnoth (namentlich: Auslösung des Landesfürsten aus der Gefangenschaft) und behuf der hochzeitlichen Ausstattung der fürstlichen Töchter (die sogen. Fräulein- oder Prinzessinsteuer). Ueber die

¹⁾ Ueber Ursprung und Wesen der Beden vergl. neben Eichhorn, Deutsche Rechtsgeschichte II, § 306 und III, § 423 f., neuerdings besonders: Zeumer, Deutsche Städtesteuern (in Schmoller's Forschungen I, S. 36 f.) und Wagner, Finanzwissenschaft II, S. 199 f., III, § 32.

²⁾ Ein Beispiel über die Vertheilung einer solchen, im Jahre 1478 neu geordneten, indeß anscheinend nach gleichem Verhältniß schon seit längerer Zeit aufgelegten Bede in Ribentrop, Sammlung der Landtags-Abschiede I, Nr. 5 und 6.

³⁾ Ziese, Accise von accisura. Einschnitt, nach der ursprünglichen Verrechnungsweise am Kernholz.

angeforderten Leistungen entschied aber nicht die Stimmenzahl, nicht das Uebergewicht mehrerer Ständevertretungen gegenüber einer einzelnen, vielmehr bewilligte — mochte die Unterhandlung mit der „gemeinen Landschaft“ ¹⁾ oder noch mit einzelnen Ständeclassen gepflogen werden — ein jeder Stand für sich und seine Untergebenen und brachte dabei seine Sonderrechte und seinen Eigenvortheil nach Kräften zur Geltung.

Wenn die Landstände nach dem Urtheil eines neueren Geschichtsforschers ²⁾ in der Verwirrung des 14. und 15. Jahrhunderts eigentlich die einzige zusammenhaltende Macht im Staate und gleichsam den Krystallisationspunkt darstellen, um den sich die centrifugalen Elemente der Gesellschaft sammeln konnten, so bereitet sich mit dem Ausgang des Mittelalters auf den Gebieten des öffentlichen Lebens jener bedeutungsvolle Umschwung vor, der den Sieg des Landesfürstenthums über die widerstrebenden Sondergewalten bezeichnet und eine straffere Ordnung der staatlichen Verhältnisse angebahnt hat. Der Kampf zwischen einheimischem und fremdem Recht hatte sich zu Gunsten des letzteren entschieden und die gelehrten Juristen, die in den Rath des Fürsten eintraten und mit der Umgestaltung der Gerichtsverfassung zu einem einflußreichen Beamtenstande wurden, begründeten aus den Constitutionen des *corpus juris* die Doctrin von der Allgewalt des Landesherrn, während durch den allgemeinen Landfrieden den Ständen das Recht des bewaffneten Widerstandes und somit ein wirksamer Schutz gegenüber einer praktischen Verwerthung jener neuen Anschauung entzogen war. Mit dem Verfall der Hanse nahm auch der Niedergang der Städte seinen Anfang, durch die Einwirkungen der Reformation sahen sich die Prälaten in ihrem Besitzstande bedroht, die Ritterschaft endlich verlor an Bedeutung, je mehr in Folge der Einführung der Feuerwaffen die Wehreinrichtung sich veränderte und geworbene Söldnerschaaren das Lehnsaufgebot der reifigen Mannschaft zu ersetzen begannen. Daß es den Ständen in den braunschweigischen Landen trotz alledem geglückt ist, bis in den Beginn des 17. Jahrhunderts sich auf der Höhe der errungenen Machtposition zu behaupten, danken sie im Wesentlichen der endlosen Kette auswärtiger Verwickelungen, die von der hildesheimer Stiftsfehde bis zum Tage von Sievershausen die Regierung des Herzogs Heinrich des Jüngeren erfüllten, seine Thatkraft von den inneren Zuständen des Landes abzogen, die Mittel des Staates erschöpften, einen ansehnlichen Theil des fürstlichen Kammergutes dem Adel in die Hände lieferten und dem Nachfolger im Regiment die mühevollen Aufgabe zurückließen, durch eine planmäßige und besonnene, auf die äußerste Sparsamkeit gegründete Verwaltung sein Fürstenthum aus der wirthschaftlichen Zerrüttung wieder emporzuheben. Die Lösung dieser Aufgabe war ohne die Inanspruchnahme der getreuen Landstände nicht zu verwirklichen, die Beihilfe der Landschaft aber nicht ohne

¹⁾ Eine Bezeichnung, die wohl zuerst in einer Urkunde der grubenhagenschen Herzöge vom Jahre 1458 vorkommt, dann im Revers der braunschweiger Herzöge von 1488 — Ribbentrop, I, Nr. 8 — wiederholt ist.

²⁾ v. Heinemann, Braunschw. Geschichte, Bd. 2, S. 236.

Gegendienste zu haben. Die Fehden Heinrich's des Jüngeren hatten neuere Steuerarten — Hufenschaz, Scheffelschaz, Schaffschaz — entstehen lassen, die Landstände wiederholt zur Abwendung der Landesnoth hohe Summen bewilligt der Herzog selbst „mit einhelligem Rath des von gemeiner Landschaft verordneten Ausschusses“ ¹⁾ in dem Ausschreiben vom 10. September 1557 auf eine gleichmäßige Vertheilung der Steuern und eine sichere Erhebung derselben Bedacht genommen. Als der Herzog Julius bald nach seinem Regierungsantritt einen offenen Landtag nach Bokenem berief, um die Mittel zur Tilgung der von seinem Vater nachgelassenen Schulden zu erlangen, ging das Bestreben der Stände dahin, Erhebung und Verwaltung der Steuern thunlichst in eigene Hand zu bekommen. Ihre Forderung, daß zu diesem Zweck der bisher auf der Beste Wolfenbüttel aufbewahrte Schatzkasten außerhalb des Machtbereichs des Herzogs, in der Stadt Braunschweig aufgestellt werden möge, fand zwar ungnädige Aufnahme, allein der Herzog genehmigte doch, daß ein gemeinschaftlicher, zum Theil aus fürstlichen Räten, zum Theil aus den Ständen zusammengesetzter Ausschuß zur Beaufsichtigung der bestimmungsgemäßen Verwendung der Schatzungen ernannt und dem fürstlichen Rentmeister ein ständischer „Gegenschreiber“ zur Seite gesetzt wurde. Die von der Landschaft dem Herzog wiederholt zu allgemeinen Landeszwecken, sowie zur Förderung der neu gegründeten Helmstedter Hochschule bewiesene Willfährigkeit erhielt Anerkennung durch die Zusage, sie abgesehen von Reichshülfe und Fräuleinsteuer hinfüro mit keiner weiteren Steuer und Schatzung beschweren zu wollen und die geschehenen Verwilligungen allen ständischen Privilegien, Briefen, Freiheiten und Rechten, aufgerichteten Verträgen, Erklärungen, Recessen und Abschieden unvorgreiflich sein und bleiben zu lassen (Salzdahlumer Revers vom 23. December 1586). Unter dem Herzog Heinrich Julius kam dann nach langwierigen Vorarbeiten und nicht ohne Widerstand eines Theils der Ritterschaft auf dem Landtage zu Salzdahlum (Landt.-Abschied vom 3. Juni 1597) die für die Entwicklung der bauernrechtlichen Verhältnisse so wichtige Ordnung des Meierwesens zum Abschluß, welche die Erbllichkeit der Meiergüter und die Unveränderlichkeit der Meierzinse feststellte, den Umfang der zu leistenden Herrendienste regelte und die Meier, sofern sich nur „die armen Bauersleute verhalten, wie aufrichtigen frommen Meiern und guten Hausvätern gebühret“, vor der Willkür des Gutsheern sicher stellte. Zugleich ward der Landschaft in Erfüllung ihres früheren Ansuchens gestattet, den Schatzkasten auf das Kapitelhaus zu St. Blasien in Braunschweig zu nehmen und darin die einkommenden Schatzungen einzusammeln. Zur Verwaltung derselben ist das Collegium der Schatzräthe eingesetzt. Die Schatzräthe oder Schatzverordneten — 2 Prälaten, 3 Mitglieder der Ritterschaft und die Vertreter der Städte Helmstedt

¹⁾ Ein solcher Ausschuß wird schon erwähnt in einem Erlaß des Herzogs Heinrich des Älteren von 1505, dann wiederholt unter Heinrich dem Jüngeren, jedoch immer nur als für einen einzelnen, bestimmten Zweck, die Erhebung irgend einer verwilligten Schatzung, vorübergehend niedergesetzten Aufsichtsbehörde.

und Alfeldt ¹⁾ — hatten sowohl „Namens und von Wegen der gemeinen Landschaft wolffenbüttelschen Theils“, wie auch für deren großen und kleinen Auschuß ²⁾ den „richtigen Eingang der Land-, Reichs- und Türkensteuer ohne Ansehung und Verschonen einiger Person oder Güter zu beaufsichtigen, die Säumnigen anzumahnen, die gebührliche Verwendung der Schatzungen zu beachten, bei dem Landesherrn die etwa nöthige Execution in Antrag zu bringen, auch in Vollmacht der gemeinen Landschaft erheischender Nothdurft nach Geld aufzuleihen, darüber unter dem Schatzsiegel Verschreibungen auszustellen, versuras zu machen und also Alles, was von Nöthen sein werde, zu beschaffen“ (Schöninger Revers vom 31. December 1598 bei Ribbentrop, I, Nr. 30). In dieser seiner Eigenschaft als eine dem Landesherrn wie der Landschaft verpflichtete Steueraufsichtsbehörde ist dann das Schatzcollegium, dessen Zusammensetzung mehrfach geändert wurde, unter Zugiehung des Landrentmeisters und im Beirath des Landsyndicus bis zum Zusammenbruch der altständischen Verfassung in Wirksamkeit geblieben.

Uebrigens war das Regiment des Herzogs Heinrich Julius durchaus nicht dazu angethan, das gute Einvernehmen zwischen der Landesherrschaft und den Landständen zu fördern. Während die Letzteren unter dem Herzog Julius zu allen wichtigeren Landesangelegenheiten zugezogen waren, das Recht der Visitation von Kirchen und Schulen erlangt, neben den fürstlichen Räten Abgeordnete in das Generalconsistorium zu entsenden, an dem neu gegründeten Hofgericht zu Gandersheim eine Anzahl von Stellen zu besetzen hatten, erblickte sein leidenschaftlicher und eigenwilliger Nachfolger, durchdrungen von dem Bewußtsein seines fürstlichen Imperium, in dem zähen Widerstande, den die Landschaft, auf ihren hergebrachten Gerechtsamen fußend, den in Folge der kostspieligen Liebhabereien des Fürsten merklich wachsenden Anforderungen entgegensetzte,

¹⁾ Braunschweig hatte schon dem Herzog Julius gegenüber den Anspruch erhoben, gleich einer Reichsstadt die Reichsteuer unmittelbar in die Reichscasse abzuführen, dem Herzog nur eine Schutzvogtei, nicht die Landesherrschaft über sich zugestanden, auch die Landtage nicht mehr beschickt. Es erlangte auch nach seiner Unterwerfung durch die Herzöge Rudolf August und Anton Ulrich keinen Sitz im Schatzcollegium. Wolfenbüttel war als Burgsitz des Landesfürsten von der Theilnahme an den Reichs-, Kreis- und Landessteuern befreit und gehörte der Landschaft nicht an. Die im Landtags-Abchied vom 10. October 1682 und in den landschaftlichen Privilegien von 1710, Art. 108 wiederholte Zusage, dies Verhältniß beseitigen zu lassen, ist nicht erfüllt; wenigstens war Wolfenbüttel noch im Jahre 1770, wie auch Braunschweig, von den landschaftlichen Gefällen befreit (Landt.-Absh. von 1770, Art. 37) und ist bis zum Untergang der alten Ständeversammlung auf den Landtagen nicht vertreten gewesen.

²⁾ Der große Auschuß wird zuerst in einer Urkunde vom 5. Juli 1571 — Ribbentrop, Landtags-Abchiede I, Nr. 20 — erwähnt als eine Abordnung der Stände zur Abstellung der zwischen der Landschaft und dem Herzog obwaltenden Mißverständnisse, und scheint seit 1595 für die Dauer eingesetzt zu sein. Der engere Auschuß, dessen oben schon gedacht ist, fiel seiner Zusammensetzung nach mit dem Schatzcollegium zusammen und wurde als Beirath von der Fürstl. Geheimrathskube zugezogen in Landesangelegenheiten, die nicht in den Geschäftskreis des Schatzcollegiums fielen.

eine anmaßliche Beeinträchtigung seiner Hoheitsrechte und fand in seinem Kanzler Jagemann ein willfähriges Werkzeug, seine selbstherrlichen Neigungen durchzusetzen. Die gegen den Abgesandten der Stadt Braunschweig auf dem salzdahlumer Landtag geübte Gewalt erbitterte die Stände und mahnte sie zur Eintracht, Klagen des Adels und der Städte über des Fürsten Eigenmächtigkeit gingen an das Kammergericht zu Speyer und vielleicht hat nur der Umstand, daß der Herzog während des letzten Jahrzehnts seiner Regierung meist außerhalb seines Landes weilte und am kaiserlichen Hofe zu Prag vorzugsweise in Angelegenheiten des Reiches thätig war, es verhütet, daß der offenkundige Gegensatz zwischen der altständischen Verfassung und der neuen Staatsraison zum ernststen Austrage gelangte. Noch einmal bewährte sich dann — unter dem Herzog Friedrich Ulrich — das Ansehen der Stände, als es galt, die Willkürherrschaft des Statthalters von der Streithorst und seines Anhangs, der „ungetreuen Landdroste“, zum Fall zu bringen (1622), bald hernach aber griff der 30 jährige Krieg auch in die niedersächsischen Gebiete herüber und führte, wie auch in den meisten anderen deutschen Staaten, das Ständethum einem, wenn auch allmäligen, so doch unaufhaltsamen Verfall entgegen. Nicht ohne eigenes Verschulden der Stände hat sich diese Wandlung vollzogen. Anstatt durch das Elend der langen Kriegsjahre zu einem einmüthigen Zusammenhalten sich gedrungen zu sehen und dem Landesfürsten als getreue Rätthe zum Besten des gesammten Landes zur Seite zu stehen, sonderten sie sich in ihren einzelnen Abtheilungen nur um so schärfer von einander ab und ließen über dem Bestreben, deren „ererbte Privilegien“ unverbrüchlich zu bewahren, die pflichtmäßige Rücksicht auf das allgemeine Wohl unbedenklich zurücktreten. Der Vorwurf, daß in diesen Zeiten das Ständewesen mehr und mehr in einem kleinlichen, beschränkten Standesegoismus verknöchert sei ¹⁾, wird nicht ganz abgewiesen werden können. Bald nach seiner Regierungsübernahme hatte der Herzog August die Landstände zusammenberufen ²⁾ und er hat in seiner langen Regierungszeit fast Jahr aus Jahr ein mit ihnen oder den Ausschüssen verhandelt, um Ordnung in das zerrüttete Staatswesen zu bringen, aber die Durchführung seiner guten Absichten ist ihm durch die Eignisucht der Stände in nicht geringem Maße erschwert. Vor Allem durch die Ritterschaft, die auf Grund ihrer alten Verpflichtung zum Roßdienst trotz der völligen Unzulänglichkeit dieser Dienstleistungen, der vielfachen Umgestaltungen der Steuerverhältnisse und der drückenden Landesnoth sich hartnäckig weigerte, an den zur Beschaffung der Landesvertheidigungsmittel ausgeschriebenen Contributionen sich zu betheiligen, auch ihre Ansprüche thatsächlich durchsetzte ³⁾.

¹⁾ v. Heinemann, Bd. 3, S. 151.

²⁾ Und zwar anstatt wie bisher nach Salzdahlum oder in die kleineren Landstädte, zum ersten Male in die Fürstl. Burg zu Braunschweig, aber unter der Zusicherung, daß solches „in keine Consequenz gezogen, sondern nach verbesserten Räuften inständtliche die Landtage in loco solito gehalten werden mögen“.

³⁾ Näheres darüber s. in der Schrift von Bode, Beitrag zu der Geschichte der Feudalstände im Herzogthum Braunschweig, 1843.

In den Drangsalen des Krieges hatten die Zeitumstände es hin und wieder mit sich gebracht, daß die Angelegenheiten des Landes anstatt mit der versammelten Landschaft nur mit den Ausschüssen in Berathung genommen wurden. Das gleiche Verfahren wiederholte sich auch in den nachfolgenden Friedensjahren. Es führte die Landesherrschaft weit bequemer, schneller, erfahrungsmäßig auch sicherer zum Ziele und machte ihr zugleich geringere Kosten, da der Herzog auf den von ihm ausgeschriebenen Landtagen die Stände zu unterhalten, sie „mit Futter und Mahl“ zu versehen hatte¹⁾. Kein Wunder daher, daß die Landesfürsten diesen Brauch zu fördern suchten, und da von der Landschaft, so viel man sieht, Einsprache nicht erfolgte, so wurde er unter den Herzögen Rudolf August und Anton Ulrich zu einer Regel, die nur in wenigen Fällen²⁾ Ausnahmen aufweist. Die Regierungszeit der beiden genannten Herzöge zeigt die landesherrliche Machtvollkommenheit bereits auf ihrer Höhe. Hatten die Stände wieder einmal, wie auf dem Landtage von 1682, einen ansehnlichen Theil der fürstlichen Kammer Schulden auf das Land übernommen, so erkannte der Herzog einen solchen Beweis der „ungefärbten, unterthänigsten Devotion, Liebe und Treue, so die gehorsamen Landstände gegen ihren gnädigsten Landesherrn und die Posterität tragen“, wohl huldvoll an und ließ sich gern bereit finden, der gesammten Landschaft, wie deren einzelnen corporibus ihre Privilegien und Freiheiten feierlich zu bestätigen³⁾, aber dem geschriebenen Wort entsprach nicht durchweg der thatsächliche Zustand der Dinge. Es ist für den Umschwung der Stellung des Landesherrn zu den Ständen bezeichnend, wenn die althergebrachte Benennung der „getreuen“ Landschaft zurücktritt hinter der der „gehorsamen Landschaft“, wenn unter den Beschwerdepunkten der Stände auch der sich findet, daß auf die in wichtigen Angelegenheiten öfters von ihnen übergebenen memorabilia keine Resolution erfolge⁴⁾ und wenn der Herzog

¹⁾ Alfelder Landt.-Abschied vom 12. October 1614. Traten dagegen die Städte auf Grund ihres Convocationsrechts zusammen, so hatten sie für ihren Unterhalt selbst zu sorgen.

²⁾ Landtag von 1673 und von 1682, daneben einige Convocationstage, jo vom Jahre 1692.

³⁾ So namentlich im Landt.-Abich. vom 10. October 1682 und den Landschaftlichen Privilegien vom 8. Januar 1710 (abgedruckt in Steinacker's Sammlung der größeren Organisations- und Verwaltungsgesetze des Herzogthums Braunschweig, 1837). Ob und in wie weit die Anerkennung dieser von den Ständen selbst zusammengetragenen Privilegien mit dem Religionswechsel des Herzogs Anton Ulrich in Zusammenhang zu bringen ist, läßt sich nicht sicher bestimmen.

⁴⁾ Von welcher „Consideration“ derartige Memorabilien unter Umständen waren, ergibt sich aus einer in der landschaftlichen Registratur befindlichen Eingabe des engeren Ausschusses an den Herzog August Wilhelm vom 17. October 1717, in welcher Beschwerde geführt wird, weil in den allgemeinen Ausschreiben und Edicten an die Drostien, Amtsräthe, Gerichtsherren, Befehlshaber und sonstige Obrigkeiten die Prälaten, Ritterschaft und Städte nicht mehr, wie früher, besonders und zwar an erster Stelle genannt würden. Und die Eifersucht, mit der innerhalb der einzelnen Curien auch noch in späteren Zeiten auf Wahrung des Herkommens gehalten ist, wird in bester Weise gekennzeichnet durch das Aergerniß, das sich erhob, als im Jahre 1774 der Bürgermeister der Stadt Braunschweig sich erdreistet hatte, den in

die Erwartung ausspricht, daß die Stände „ihre künftig etwa nöthig findenden Erinnerungen mit gebührendem Respect und condonablen Expressionen vorbringen lassen werden“, mit der gnädigsten Versicherung, solchenfalls „selbiges in Unguten nicht aufnehmen, noch getreue Stände deswegen beunruhigen oder zu ihrem Nachtheil etwas beibringen lassen zu wollen“ (Landt.-Abschied vom 28. Juni 1702, Art. 21 und 3). Den wiederholt ihnen gegebenen Versicherungen nach sollen die Stände des Vaterlandes perpetui consilarii sein und bleiben, aber ohne ihr Vorwissen und ihren Beirath verfolgen die Herzöge, namentlich Anton Ulrich, eine weit ausschauende und gefahrdrohende Politik und schließen Bündnisse mit dem Kaiser, mit Dänemark, Frankreich, den Generalstaaten; kaum daß sie sich geneigt finden lassen, dem engeren Ausschuß, so oft „es dazu Gelegenheit geben wird, von dem statu publico und den vorfallenden Reichs- und Kreis-Affairen, wie auch sonst im Krieg oder Frieden angehenden Sachen vertrauliche Nachricht zu ertheilen“ (Salzdahlumer Landt.-Abschied vom 10. October 1682). Und wie genügsam waren die Stände geworden! Im Juli 1674 ist „Communication gegeben von einer mit Kaiserlichen, auch Königl. Dänemarkischen Majestäten, auch Brandenburg, Zelle und Hessen, auch den Staaten von Holland getroffener Alliancen, wovon man nach dem Exempel und Herkommen gerne vorher die Communication gehabt hätte, so aber ist Glück dazu gewünscht worden“¹⁾. Nur in der dringenden Noth des Jahres 1702, als in Folge der Zerwürfnisse der Herzöge mit der lüneburger Linie ihres Hauses hannöversche und cellische Truppen in das Herzogthum eingerückt waren, gelang es einmal den zufällig versammelten Deputirten der Stände, ihren Rath zur Geltung zu bringen²⁾.

Da auch die Theilnahme der Stände an der Gesetzgebung längst aufgehört hatte³⁾, so blieb ihnen hauptsächlich nur die Mitwirkung bei der Ordnung des Finanzwesens. Zwar hatte auch das Recht der Steuerbewilligung an seiner Bedeutung dadurch verloren, daß die von den Herzögen mit fremden Mächten abgeschlossenen Subsidienverträge es ihnen öfters ermöglichten, auch ohne ständische Beihülfe eine ansehnliche Truppenzahl aufzustellen und zu unterhalten, aber es

den Sitzungen des großen Ausschusses den Vertretern der Städte angewiesenen Nebensitz zu verlassen und an der Tafel der Prälaten und Ritterschaft neben dem Landyndicus Platz zu nehmen. Auf die ob solcher Ungebühr von den Städten Seesen, Königsutter und Schöningen erhobene, vom Ausschuß unterstützte Beschwerde sind Verhandlungen ergangen, die ein stattliches Actenheft füllen, und es haben mehrere landesfürstliche Rescripte abgelassen werden müssen, ehe die Gemüther sich wieder beruhigten. Ein ähnlicher Streit hatte 1672 zwischen den Städten Braunschweig und Helmstedt stattgefunden.

¹⁾ Wismann, Annalen der wolfsenbüttler Landschaft, handschriftlich S. 287.

²⁾ Wismann, a. a. O., S. 95 bis 128.

³⁾ Die größeren Verwaltungsgesetze und Proceßordnungen des 17. Jahrhunderts — Landesordnung von 1649, Kanzleiordnung von 1651, Hofgerichtsordnung von 1663, Amtskammerordnung von 1688 —, ebenso wie die Erneuerte Kirchenordnung von 1709, sind ohne die Stände erlassen. Anders ein Jahrhundert vorher die Hofgerichtsordnung von 1556 und die Kirchenordnung von 1569.

hat thatsächlich doch die einzige Schranke gebildet, die der Verschwendung und dem Prunk des fürstlichen Absolutismus Einhalt setzte.

Seit 1682 ist ein allgemeiner Landtag bis zum Jahre 1768 vom Landesherrn überhaupt nicht mehr ausgeschrieben¹⁾. Um diese Zeit nöthigte die völlige Zerrüttung der Landesfinanzen, eine Folge der überaus kostspieligen Hofhaltung und der Heimsuchungen des 7 jährigen Krieges, den Herzog Karl, zur Abwendung des drohenden Staatsbankrotts die Hülfe der Landschaft in Anspruch zu nehmen. Die zu Braunschweig am 17. December 1768 begonnenen Verhandlungen hatten nach langwierigen Commissionsberatungen das Ergebniss, daß gegen die Zusage erheblicher Einschränkungen des Hofhaltes und des Militärs der größte Theil der Kamerschulden als Landeschulden übernommen und zu ihrer Tilgung verschiedene Steuern erhöht, eine außerordentliche Contribution noch einige Zeit in Hebung belassen und eine Kopfsteuer neu eingeführt wurde. Dagegen benutzte die Landschaft die Gunst der Gelegenheit, um auf eine Bestätigung ihrer alten Rechte zu dringen, und hatte zu diesem Vorgehen allerdings insofern gerechten Anlaß, als Zweifel darüber, ob nicht mit der im Jahre 1735 erfolgten Thronbesteigung der bevernischen Linie des Fürstenhauses die Privilegien von 1710 ihre Gültigkeit verloren hätten, erhoben waren²⁾ und weder Herzog Ferdinand Albrecht II., noch der Herzog Karl bei dem Regierungsantritt die üblichen Reversalen erlassen hatte. Sie erlangte denn auch, daß einer von ihr theils aus Landtagsabschieden, Recessen, Verordnungen hergestellten, theils auf das Herkommen fußenden, vielfach den Inhalt der Privilegien von 1710 wiederholenden Aufzeichnung ihrer Gerechtsame nach mancherlei Abänderungen die landesfürstliche Anerkennung zu Theil wurde.

Diese urkundliche Verbriefung der ständischen Rechte — die Privilegia und Befugnisse gesammter Landschaft vom 9. April 1770 — hat die Grundlage gebildet, auf der späterhin die Erneuerte Landschafts-Ordnung vom 25. April 1820 errichtet ist. Sie bestimmt, daß die Stände, so oft die Umstände es nöthig oder rathsam machen, bei Abfassung von Gesetzen und Verordnungen von Zeit zu Zeit in Rath zu nehmen sind (Art. 10), daß sie zu keinen anderen Schatzungen und Steuern, als zur Reichs-, Kreis- und Prinzessinnensteuer³⁾ und zu demjenigen, was zur nothwendigen Defension des Vaterlandes gehört, verbunden (Art. 24), auch zur Uebernahme ohne Noth contrahirter landesfürst-

¹⁾ Im Jahre 1702 ist nur mit den Ausschüssen und noch einigen zugezogenen Ständemitgliedern verhandelt. Dagegen haben Convocationstage stattgefunden im Jahre 1714 und 1751: 1714 versammelten sich die Stände zu Gandersheim, um über die zur Verstärkung des Militärs erforderlichen Kosten zu beschließen, Wis mann, S. 169 und 173; 1751 ist über eine allgemeine Verbesserung der Wege im Herzogthum berathen. Das Convocationsrecht der Stände behuf „Berathschlagung der Landesnothdurft“ ist schon im Landtagsabschiede vom 27. Januar 1619, Art. 38 als eine hergebrachte alte Freiheit bezeichnet.

²⁾ Struben, Nebenstunden II, S. 556.

³⁾ Zulezt bewilligt im Jahre 1795 zum festgesetzten (Priv. Art. 25), übrigens auch altherkömmlichen Betrage von 20000 Gulden bei der Vermählung der Prinzess Karoline mit dem Prinzen von Wales, dem späteren König Georg IV.

licher Schulden nicht gehalten sein sollen (Art. 21). Anlagen und Schatzungen, welche gemeine Lasten sind, sollen nur nach vorgängiger Communication auf offenen Landtagen und darauf erfolgter Bewilligung aller Stände ausgeschrieben und aufgebracht werden (Art. 23). In Betreff der Zuziehung der Landschaft bei allgemeinen Landesangelegenheiten haben die in früheren Zeiten erlangten Zusicherungen eine wesentliche Abschwächung erfahren, indem der Landesherr sich nur geneigt erklärt, durch die Geheimen Rätthe bei paßlicher Gelegenheit dem Ausschuss vom statu publico vertrauliche Nachricht zugehen zu lassen (Art. 6). Ueber Ort und Zeit der Landtage soll mit dem engeren Ausschuss verhandelt, in der Regel aber der Landtag zu Salzdhalm gehalten, übrigens dafür Sorge getragen werden, daß zu dem allgemeinen Landesbedarf auch das Fürstenthum Blankenburg das Seinige beitrage (Landt.-Abschied Art. 39 u. 37)¹⁾. Die Verwaltung der von der Landschaft bewilligten Steuern liegt nach wie vor dem Schatzcollegium ob, das sich in jedem Viertelsjahr versammelt und dann einige Wochen hindurch fast täglich Sitzungen abhält, besoldet wird und daneben Tagegelder bezieht. Es besteht aus dem Dechanten St. Blasii zu Braunschweig als dem Vertreter der Prälaten, drei Mitgliedern der Ritterschaft und dem ersten Bürgermeister der Stadt Helmstedt²⁾. Die Mitglieder des Schatzcollegiums bilden zugleich den engeren Ausschuss, der indeß begrifflich von jenem verschieden ist. Die Schatzrätthe gelten, wie oben erwähnt, als gemeinschaftliche Beamte des Landesfürsten und der Landschaft, als Mitglieder des engeren Ausschusses sind sie dagegen nur der letzteren verpflichtet. In ihrer Eigenschaft als engerer Ausschuss werden sie bei der Visitation der Universität Helmstedt zugezogen, haben bei einer allgemeinen Rekrutenaushebung mitzuwirken, die Landesbrandversicherungsanstalt zu leiten, und sind gehalten, den einzelnen Curien oder Ständen auf Erfordern Nachrichten aus den landschaftlichen Acten mitzutheilen (Landt.-Absch. Art. 1, 15, 16 u. 40, Nr. 3). Der große Ausschuss, wohl auch „Landrath“ genannt und aus vier Prälaten, neun Mitgliedern der Ritterschaft³⁾ und den Städten Braunschweig, Schöningen,

¹⁾ Blankenburg hatte seine eigene ständische Verfassung, die Landstandschaft ruhte auf fünf landesherrlichen Stimmen (wegen der einzelnen Aemter), der Prälatenstimme von Michaelstein, auf fünf ritterschaftlichen Stimmen und den beiden Städten Blankenburg und Hasselfelde (Receß vom 11. Januar 1690). Auf dem Landtage von 1768 war demgemäß das Fürstenthum Blankenburg nicht vertreten und die Bezeichnung der Privilegien von 1770 als „gesammter Landschaft Privilegien“, bringt nur (wie bei Schulze, Hausgesetze der regierenden deutschen Fürstenthümer, Bd. I, S. 391 übersehen sein wird) den Gegensatz zu den einzelnen Curien der Stände dort gleichfalls bestätigten Gerechtsamen zum Ausdruck.

²⁾ Der Ursprung dieser Besetzung wird sich schwer nachweisen lassen; nach dem Landtagsabschiede vom 22. November 1643 wird das Schatzcollegium noch gebildet von drei Prälaten, vier Mitgliedern der Ritterschaft und den Städten Braunschweig, Helmstedt und Seesen, nach den Privilegien von 1710 dagegen ist es „bisher und jetzt“ in derselben Weise zusammengesetzt, wie gemäß der Privilegien von 1770, und diese Angabe findet ihre Bestätigung in den Schatzprotokollen, soweit sie (von 1679 an) in der landschaftlichen Registratur erhalten sind.

³⁾ Die betreffenden Mitglieder wurden von der Curie, zu der sie gehören, gewählt.

Seesen und Königsutter gebildet, wählt die landschaftlichen Beamten und tritt bei wichtigeren Landesangelegenheiten mit dem engeren Ausschuß zu gemeinsamer Berathung zusammen, nimmt auch durch hierzu abgeordnete Mitglieder mit dem engeren Ausschuß auf der fürstlichen Geheimrathsstube alle Landes- und Kriegskassenrechnungen ab (Priv. Art. 15 u. 16); die Wahl der Ausschüsse unterliegt der landesfürstlichen Bestätigung.

Wenige Jahre nach Schluß des erwähnten Landtages, im November 1774, trat in Folge eines Versehens, das bei der Berechnung der Gesamtmöhe der Landeschulden untergelaufen war, die Landschaft — und zwar nicht auf Grund landesfürstlichen Ausschreibens, sondern dem von höchster Stelle gegebenen Wunsche entsprechend auf Einberufung seitens des engeren Ausschusses — aufs Neue zusammen und genehmigte zur Deckung des Fehlbetrages eine Erhöhung der Kopfsteuer. Dem Zwecke der Schuldentilgung diente auch bald hernach der vielberufene Subsidienvertrag des Herzogs mit der Krone England vom 9. Januar 1776, der für den Krieg in Amerika braunschweigische Truppen zur Verfügung stellte¹⁾. Alle diese Maßnahmen würden indessen eine dauernde Besserung der Finanzwirtschaft nicht haben sichern können, wenn nicht der Erbprinz Karl Wilhelm Ferdinand in den letzten Regierungsjahren seines Vaters mit thatkräftiger Hand in die Verwaltung des Landes eingegriffen und späterhin als Landesfürst durch die äußerste Einschränkung aller Ausgaben

¹⁾ Die Annahme v. Heinemann's in seiner Geschichte von Braunschweig und Hannover, Bd. III, S. 296, daß dem Vertrage von den Ausschüssen zugestimmt sei, ohne daß ihn auch nur eine Stimme als unmenschlich oder als unstatthaft bezeichnet hätte, trifft doch nicht ganz zu. Nur das Schatzcollegium hat Kenntniß vom Vertrage erhalten, jedoch erst, nachdem der Abschluß desselben eine vollendete That- sache geworden war; auch erfolgte die Mittheilung kaum aus freien Stücken. Schatz- protokoll vom 26. Januar 1776: „Da allgemein bekannt; daß die hiesigen Truppen in englischem Sold nach Amerika gehen, wegen dieser den statum publicum be- treffenden Sache aber keine Communication an Fürstl. Schatzcollegium geschehen, so ist resolviret, deßhalb Serenissimo unterthänigste Vorstellung zu thun.“ Die letztere ist abgegangen am 29. Januar und kreuzte sich mit einem (nur in einem kurzen Auszuge vorliegenden) fürstl. Rescript vom 27. Januar, in welchem der Herzog „im Vertrauen bekent“, daß der fragliche Vertrag abgeschlossen sei, um „die nur allzu wohlbekannten, sehr mißlichen Landesumstände durch fremde Hülfe zu erleichtern“. Bei den nahen Beziehungen, die zwischen den ritterschaftlichen Mitgliedern des Schatzcollegiums und dem Geheimrathscollegium bestanden, darf wohl angenommen werden, daß die Absicht, Vorstellung zu erheben, vielleicht selbst der Beschluß vom 26. Januar den Geheimrathen nicht unbekannt geblieben war und die sofortige Ab- sendung des Rescripts veranlaßt hat. In der Sitzung der Schatzräthe vom 13. Februar ist dann nach Verlesung desselben beschloffen, „Serenissimo für die in gnädigstem Vertrauen ertheilte Nachricht unterthänigst zu danken und zugleich vor- zutragen, daß man unterthänigst gewünschet, daß besonders in diesem so bedenk- lichen Falle vorher möchte gnädigste Communication gegeben und Fürstl. Schatz- collegium mit seinem devotesten Beirath gehört sein, mit unterthänigster Bitte, daß die gnädigste Vorsee wegen Zurückbehaltung der Landeskinde genau ins Werk gerichtet werde, auch das Land künftig mit der Rekrutirung (Anwerbung von nach- zuziehenden Ersatzmannschaften), welche schädlicher als der Ausmarsch sein würde, verschonet bleibe und die Subsidien zu des Landes Besten verwandt werden mögen“.

Abhülfe geschaffen hätte. Die landesväterliche Fürsorge des Herzogs ist von ständischer Seite jederzeit dankbar anerkannt und namentlich der Erlaß des Edicts vom 1. Mai 1794 ihm zum höchsten Ruhme angerechnet, aber seine bei allem Wohlwollen herrische Art hat doch das gute Einvernehmen mit der Landesvertretung zu wiederholten Malen ernstlich gefährdet, wie denn im Jahre 1788 die ohne Zuziehung der Stände begonnene Umgestaltung des Schulwesens¹⁾ und am Beginne des neuen Jahrhunderts der langwierige Streit über die Frage, ob ein Mitglied des Fürstl. Ministeriums zugleich Mitglied des Schatzraths sein könne²⁾, die Einberufung der gesammten Stände seitens des engeren Ausschusses zur Folge hatte. Der aus dem letzteren Anlaß ausgeschriebene, vom 21. bis zum 26. Januar 1801 währende Convocationstag war der letzte Landtag, der in altbraunschweigischer Zeit gehalten ist.

Einige Jahre später führte die persönliche Theilnahme des Herzogs am Kriege von 1806 das Verhängniß über sein Land herauf. Am 26. October 1806, da eben im landschaftlichen Hause eine Conferenz der Minister mit dem

¹⁾ Der Herzog beabsichtigte, die Schulen von der Aufsicht des Consistoriums loszulösen und einem eigenen Schuldirectorium zu unterstellen. Vom engeren und hernach auch dem großen Ausschusse wurde gegen diesen Plan Einspruch erhoben, weil die Zahl der oberen Landescollegien, die den Obrigkeiten und Ständen zu befehlen hätten, vom Landesherrn nicht einseitig vermehrt werden könne, weil ferner dem Consistorium die Aufsicht über das Schulwesen im Lande nicht ohne Weiteres entzogen werden dürfe und weil endlich die Stände bei der betreffenden Angelegenheit mindestens gutachtlich zu hören seien. Nur der letztere Einwand hatte nach Art. 10 der landschaftl. Privilegien von 1770 guten Grund. Auf dem Convocationstage beschloß dann die Landschaft, hinsichtlich der Einrichtung des Schuldirectoriums einige (aus einem Berichte der vereinigten Ausschüsse vom 16. Februar 1788 näher ersichtliche) Wünsche dem Herzog vorzutragen und für den Fall der Ablehnung dieser Anträge eine Rechtsverwahrung gegen die geplante Reform einzulegen.

²⁾ Der Geheimrath v. Bötticher auf Linden, zugleich Mitglied der Ritterschaft, bewarb sich im Jahre 1800 um die erledigte Stelle eines Schatzraths und hielt trotz der Bitte, seine Bewerbung zur Vermeidung von Weiterungen zurückzuziehen, dieselbe aufrecht, da er „Serenissimi höchsten Rechten nicht präjudiciren dürfe“. Das Schatzcollegium hatte anzuerkennen, daß in verschiedenen Fällen Schatzräthe ihr Amt ohne Einspruch hatten weiterführen dürfen, ungeachtet sie hernach in das Geheimrathscollegium berufen waren, mußte aber von der Wahl des Geheimraths v. Bötticher eine Gefährdung seiner Unabhängigkeit um so mehr besorgen, als auch schon ein höherer Hofbeamter zu den Schatzräthen gehörte. Es wurde daher die Wahl ausgesetzt, Einberufung der Landschaft beschlossen und von dieser die ihr vorgelegte Frage, ob die Verbindung der Stelle eines Ministers mit der eines Schatzraths für das Land nachtheilig und daher in Zukunft abzustellen sei, mit großer Stimmenmehrheit bejaht. Der Herzog, der schon während der Vorberhandlung seinen Unwillen über das Vorgehen des Schatzcollegiums zu erkennen gegeben, auch das Recht, über die Zulässigkeit einer Convocation allein zu entscheiden, für sich in Anspruch genommen hatte, versagte in einem sehr ungnädigen Rescript vom 5. April 1801 dem Beschlusse der Landschaft die Bestätigung, erklärte vielmehr „ernstlich und bestimmt“, daß es hinsichtlich der Vereinbarkeit der beiden Aemter „in allen und jeden Punkten sein unabänderliches Verbleiben haben müsse“ — eine Willensäußerung, die indessen den Ausschusse und die Ritterschaft nicht abhielt, die Wahl schließlich auf ein anderes Mitglied zu lenken.

Schatzcollegium stattfand¹⁾, rückten die ersten französischen Truppen in die Stadt Braunschweig ein. Zwei Tage hernach ward die Hoffnung auf Anerkennung der Neutralität des Landes vernichtet durch die Bekanntmachung, daß der Kaiser der Franzosen vom Herzogthum als einer mit den Waffen gewonnenen Eroberung Besitz ergreife. Die bisherigen Behörden beließ man bis auf Weiteres in Wirksamkeit und so ist auch das Schatzcollegium, am 7. December 1806 vom französischen Gouvernement in Eid und Pflicht genommen, in unausgesetzter Thätigkeit geblieben, um all den ausgeschriebenen Contributionen und den sonstigen Anforderungen, die von den neuen Herren an das Land gestellt wurden, Genüge zu leisten. Vergeblich entsandte nach Abschluß des Tilsiter Friedens der engere Ausschuß eine Abordnung nach Paris, um bei dem Kaiser Napoleon und dem König Jerome auf die thunlichste Erhaltung der bisherigen Verfassung hinzuwirken. Am 7. December 1807 verkündete die erste Nummer des Gesetzbulletins für das Königreich Westphalen den Inhalt der vollzogenen Constitutionsurkunde, die an die Stelle der bisherigen ständischen Gliederung eine Repräsentativ-Versammlung nach dem französischen Vorbilde setzte. In der Erwägung, daß bei den eingetretenen, veränderten Verhältnissen es bedenklich sein dürfte, die Conferenzen des engeren Ausschusses noch ferner fort dauern zu lassen, beschloßen die zum engeren Ausschuß und Schachfachen des Herzogthums Verordneten unterm 9. Februar 1808, Sr. Majestät dem König berichtlich anzuzeigen, daß das Collegium sich als aufgelöst betrachten müsse und nur noch die Wünsche und Bitten hege, daß für Abtragung der Landeschulden und Erhaltung der milden Stiftungen Sorge getragen, das Landesbrandversicherungs-Institut beibehalten und der besoldeten landschaftlichen Dienerschaft der Unterhalt nicht entzogen werden möge. In der Zusammenkunft vom 11. Februar 1808 ist der betreffende Bericht genehmigt und diese letzte Sitzung des Schatzcollegiums darauf mit den herzlichsten Wünschen für das Wohl des Landes geschlossen.

§ 3.

Die Erneuerte Landschafts-Ordnung und der Verfassungsstreit der Stände mit Herzog Karl II.

Die von Napoleon dem Königreich Westphalen octroyirte Constitution vom 15. November 1807 sprach die Gleichheit aller Unterthanen vor dem Gesetz und die Aufhebung aller Adelsvorrechte, auch die Unabhängigkeit des Richterstandes aus, ordnete ein einheitliches Steuersystem an und setzte an die Stelle der alten Landstände eine allgemeine Landesvertretung von 100 Personen, welche aber nicht unmittelbar vom Volke, sondern von dem Departementscollegium gewählt wurden und über die vom Staatsrath verfaßten Gesetze

¹⁾ Nach dem Eintreffen der ersten Nachrichten über den unglücklichen Ausgang der Auerstädter Schlacht hatte das Schatzcollegium bei dem Ministerium Beschwerde erhoben, weil es trotz der bedrängten Lage in Ungewißheit gelassen und bisher ganz übergangen sei.

entwürfe, über die Auflagen und das jährliche Finanzgesetz zu berathschlagen hatten. Da der Landesvertretung, den „Reichsständen“, keinerlei Rechte zugestanden waren, die die Macht der Krone irgendwie hätten wesentlich einschränken können, so hat man die in jener Verfassung gegebene Repräsentation des Volkes nicht mit Unrecht als ein „Reichstrugbild“ bezeichnet, als eine leere Form, die nur der Autokratie habe zur Umhüllung dienen sollen. Immerhin aber brach die westphälische Constitution doch vollständig mit dem Privilegienwesen, das den Kern der altständischen Verfassungen ausgemacht hatte.

Bald nach seiner Rückkehr verhiess Herzog Friedrich Wilhelm die Herstellung einer Verfassung, wie sie „für das gemeine Wohl und die Bedürfnisse der Unterthanen der Lage des Landes nach am zuträglichsten sei“ (Verordnung vom 30. December 1813); er sah aber doch von Einberufung der alten Stände ab, um — wie er den ehemaligen Schatzrathen gelegentlich erklärte — zunächst die Beschlüsse des Wiener Congresses abzuwarten. Auf dem Congreß hat er sich dann der Anzahl deutscher Fürsten angeschlossen, die in der Note vom 16. November 1814 bei den deutschen Großmächten die Wiederherstellung der Kaiserwürde und die Einführung landständischer Verfassungen in den Einzelstaaten unter Gewährung eines bestimmten Mindestmaßes von Rechten an die Landesvertretungen in Antrag brachten. Als nach dem Tode des Herzogs die vormundschaftliche Regierung ungeachtet der Bestimmung des Artikels 13 der Bundesacte, demnach in allen Bundesstaaten eine landständische Verfassung „stattfinden solle“, mit weiteren Schritten zögerte, traten auf Veranlassung und unter Leitung des Schatzraths v. Plessen¹⁾ diejenigen Mitglieder der Ritterschaft, die bis zum Jahre 1808 dem Schatzcollegium angehört hatten, zusammen, brachten zunächst für sich allein, in der Folge aber unter Herausziehung einer großen Anzahl ehemaliger „Mitstände“ in wiederholten Eingaben an das Geheimrathscollgium die Wiederherstellung der alten Ständeverfassung in Antrag und erhoben, da die Antwort sich immer nur auf allgemeine Verträge beschränkte, schließlich (Gesuch vom 30. Juli 1817) unmittelbar bei dem Prinz-Regenten Vorstellung mit der Bitte, noch im laufenden Jahre einen offenen Landtag ausschreiben lassen zu wollen. Auch dann zog sich indessen die Sache noch hin, bis endlich durch eine Verordnung vom 6. September 1819 die gesammten Landstände des Herzogthums Braunschweig und des Fürstenthums Blankenburg auf den 12. October desselben Jahres zur Verathung des Entwurfs einer revidirten Landschaftsordnung zusammenberufen wurden. Die Eröffnung des Landtages fand im Residenzschlosse zu Braunschweig in Gegenwart der minderjährigen Prinzen Karl und Wilhelm, wie des erblindeten Herzogs August durch den Grafen Münster, hannoverschen Staatsminister und Bevollmächtigten des Prinz-Regenten, unter großer Feierlichkeit

¹⁾ Hans Georg Gottfried v. Plessen auf Büstedt, geb. 1765 zu Herzberg in Mecklenburg-Schwerin, gest. am 13. Januar 1837, im braunschweigischen Staatsdienst seit 1796, Schatzrath seit dem 23. Juli 1801, ein Mann von vielseitiger Bildung und gründlichem Wissen, der sich um das Zustandekommen der Verfassungsgeetze große Verdienste erworben hat.

statt. In einer längeren Rede entwickelte der Graf Münster die Grundsätze, von denen die Regierung bei der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs ausgegangen sei. Keine sogenannte zeitgemäße Verfassungsurkunde, keine auf bloße Theorien gebaute Repräsentativverfassung, sondern Erhaltung der auf frühere Verträge gestützten Landtagsordnung unter Bewahrung des vorhandenen Guten und besonnerer Verbesserung des Mangelhaften. Kein bedenklicher Versuch einer unbewährten Neuerung, daher — entsprechend den Beschlüssen des deutschen Bundes, die als höchstes Gesetz anzusehen sind — Beibehaltung der landständischen Verfassung. Doch nicht ohne einige Abänderungen des Bestehenden, wie sie die Zeitverhältnisse gebieten. Daher: Vereinigung der Vertretungen des Herzogthums Braunschweig und des Fürstenthums Blankenburg zu einer Landschaft, Auflösung der Curie der Prälaten, die nicht mehr zu den großen Grundbesitzern gehören und somit nicht länger ein volles Drittheil des ständischen Stimmengewichts zu beanspruchen haben, jedoch Verwerthung der Kenntnisse und Erfahrungen der (Titular-) Prälaten, indem man die Letzteren unter Vertheilung in die beiden anderen Curien im Landtage beibehält. Ferner: Heranziehung der Besitzer freier Bauergüter, die keiner gutherrlichen Abhängigkeit unterworfen sind, zu den landständischen Berathungen, Einräumung des Stimmrechts an die bisher überhaupt nicht vertreten gewesene Stadt Wolfenbüttel und stärkere Berücksichtigung der größeren Städte Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt im Verhältniß zu den übrigen.

Diesen allgemeinen Grundsätzen gemäß theilt der Entwurf der revidirten Landschaftsordnung im Titel I (Wesen und Bestandtheile der Landschaft, Eigenschaften und Wahlen ihrer Mitglieder) die gesammte Landschaft in zwei Curien, deren erste die Hälfte der bisherigen Prälatencurie und die Besitzer der landtagsfähigen Güter, d. h. die Ritterschaft in sich schließt, während die zweite die andere Hälfte der Prälatencurie, die Deputirten der Städte und die Abgeordneten der Besitzer ländlich freier, aber bisher nicht landtagsfähiger Güter auf dem platten Lande, wie in Städten und Flecken umfaßt. Ein ausreichender Grund für diese Neuerung ist schwer zu finden. Offenbar hatte man das Zweikammersystem vor Augen, wie es in den deutschen Mittelstaaten bis auf Baden und Hessen eingeführt und für Hannover geplant war, sah aber von einer folgerechten Durchführung desselben bei den kleinen Verhältnissen des Herzogthums ab und schuf nun eine unglückliche Halbheit, die in dem schwerfälligen Geschäftsgange der Ständeversammlung die Schattenseiten jenes Systems unverfälscht zur Schau stellte. Daß man indessen den Grundgedanken der bisherigen Ständeversammlung, die Einheit der Landschaft trotz ihrer Dreitheilung, nicht anzutasten beabsichtigte, beweist der § 1 des Entwurfs, laut dessen die beiden Curien nach wie vor ein untrennbares Ganzes bilden sollen, und die Stände meinten in der Folge diesen Gedanken dadurch noch um so schärfer zum Ausdruck bringen zu können, daß auf ihren Antrag die Bezeichnung „Curie“ durch das Wort „Section“ ersetzt wurde. — Im Einzelnen waren für die Stadt Braunschweig sechs, für Wolfenbüttel und Helmstedt je zwei Abgeordnete bestimmt, während die übrigen neun Städte nur je einen Ab-

geordneten zu stellen hatten (§ 5). In jeder Stadt ist der Bürgermeister oder in dessen Ermangelung der Kämmerer vermöge seines Amtes Deputirter, die übrigen Abgeordneten der größeren Städte sind für jeden Landtag von den Stadtdeputirten (den späteren Stadtverordneten) zu wählen (§ 11). Die Besitzer der Schrift- und Freisassengüter haben für den Bezirk eines jeden Kreisgerichts, deren es nach der Bekanntmachung vom 22. Januar 1814 im Herzogthume 21 gab, je einen Abgeordneten zu stellen (§ 6 u. 12). Da die alte Prälatencurie aus 12 Mitgliedern bestand und die Anzahl der „landtagsfähigen, adligen Güter“ (Rittergüter) sich auf 78 belief, so zählte hiernach die erste Curie 84, die zweite 46 Abgeordnete. — Der Titel II handelt von den Pflichten und Rechten der Landstände. In Betreff der Steuern stellt der § 15 den allgemeinen Grundsatz auf, daß die zur Erhaltung des verfassungsmäßigen Zustandes und zur Erfüllung der Landesverpflichtungen erforderlichen Steuern auch ferner nach Bedürfniß aufzubringen, ohne Zustimmung der Stände aber nicht zu vertheilen, auszuschreiben und zu erheben sind, daß jedoch, wenn zu anderen Staatszwecken oder Einrichtungen neue Abgaben oder Leistungen den Landeseinwohnern auferlegt werden sollen, es hierzu stets der Einwilligung der Stände bedarf. Die Erhebung, Verwaltung und Berechnung der verwilligten und ausgeschriebenen Steuern wird unter die Aufsicht und Leitung eines an die Stelle des alten Schatzcollegiums tretenden, gleich diesem in Hinsicht seiner Amtsführung sowohl dem Landesherrn, als den Ständen verpflichteten und verantwortlichen Landes-Steuercollegium gestellt, aus acht Räten bestehend, von denen die eine Hälfte vom Landesherrn, die andere von den Ständen ernannt wird (§ 19). In dringenden Fällen, wo mit Ausschreibung einer nöthigen Steuer bis zur nächsten Ständeverammlung nicht gezögert werden kann, darf die Landesherrschaft mit dem Landes-Steuercollegium die erforderlichen Maßregeln einstweilen vereinbaren (§ 18). Bei Erlaß von allgemeinen Verordnungen über wichtige Gegenstände, von Landesgesetzen, die „bleibende Normen für die bürgerlichen und rechtlichen Verhältnisse der Unterthanen enthalten“, von neuen Ordnungen über die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte und über wichtige Angelegenheiten der Landespolizei und Verwaltung sollen die Stände, so oft es die Umstände gestatten und rathlich machen, gutachtlich gehört werden (§ 27 u. 28). Es bleibt also insoweit bei den Privilegien von 1770. Auf den Landtagen dürfen die Stände Vorschläge zu allgemeinen Landesgesetzen, Verfügungen und Anstalten eingeben (§ 29), auch wegen bemerkter Mängel oder Mißbräuche bei der Gesetzgebung, Rechtspflege und Verwaltung sich über deren Abstellung gutachtlich äußern (§ 30). Zur Sicherung des verfassungs- und ordnungsmäßigen Ganges der Staatsgeschäfte wird die früherhin schon übliche Contrasignatur der landesherrlichen Rescripte seitens eines Mitgliedes des Geheimen Rathscollegiums für unerläßlich erklärt, dergestalt, daß eine nicht gegengezeichnete Verfügung des Regenten in Landesangelegenheiten als erschlichen angesehen werden soll (§ 32). Die dem Steuercollegium von Seiten der Landschaft zugeordneten Mitglieder bilden zugleich deren bleibenden Ausschuß für die zwischen den Landtagen nöthig oder rathsam

befundenen Mittheilungen. Wie die Landesherrschaft Nachrichten, Berichte und Gutachten nach Gutdünken vom Ausschusse einziehen kann, so darf auch dieser unaufgefordert, zumal bei ungewöhnlichen und dringenden Anlässen Vorstellungen und Anträge in landschaftlichen Angelegenheiten an den Landesherrn richten (§ 35). Der frühere große Ausschuß wird beseitigt. — Titel III giebt Bestimmungen über Versammlung der Stände auf dem Landtage und über die Geschäftsordnung. Eine Convocation der Stände in Ausübung ihres alten Rechtes soll künftig nur stattfinden auf Grund besonderer Erlaubniß des Landesherrn (§ 37), der Landtag regelmäßig alle drei Jahr gehalten werden (§. 38). Jede Curie beräth für sich und faßt ihre Beschlüsse nach unbedingter Stimmenmehrheit (§ 43); kein Mitglied darf hinsichtlich seiner Abstimmung Instructionen und Eingaben von Anderen annehmen oder beachten (§ 44). Nur in dem Falle, daß ständischer Seits ein Antrag an den Landesherrn gebracht werden soll, der eine wesentliche Abänderung der bisherigen Landes- oder Steuer-Versaffung enthält, bedarf es innerhalb jeder einzelnen Curie der Zustimmung von wenigstens zwei Dritteln der Versammlung (§ 63). Erst das völlige Einverständniß beider Curien stellt einen gültigen Beschluß der Landschaft dar (§ 65), bei einer Meinungsverschiedenheit derselben tritt eine für den Einzelfall zu wählende Ausgleichs-Commission zum Zweck der Herbeiführung einer Verständigung zusammen (§ 66). Ist eine solche nicht zu erreichen, so wird das Ergebniß der Verhandlungen jeder Curie in einen Bericht gesammter Landschaft aufgenommen und der Landesherrschaft mitgetheilt; neue Verathung ist während derselben Tagung dann nicht mehr zulässig (§ 67, 68). Vor Schluß des Landtages sollen die Gegenstände und Punkte, über die zwischen der Landesherrschaft und den Ständen eine Vereinbarung erzielt ist, in herkömmlicher Weise in einem Landtagsabschied oder Receß zusammengetragen werden (§ 75). — Der letzte Abschnitt des Entwurfs enthält einige allgemeine Bestimmungen über Tagegelber¹⁾ und setzt fest²⁾, daß der jedesmalige Landesherr die Erbhuldigung der Unterthanen nicht eher verlangen und sich leisten lassen dürfe, als er nicht die Landschaftsordnung förmlich und bündig angenommen und bestätigt, auch wegen Aufrechterhaltung der über die Primogenitur im Fürstlichen Hause Braunschweig-Wolfenbüttel bestehenden Verträge und des pacti Henrico-Wilhelminum die hergebrachte Versicherung schriftlich ausgestellt habe (§ 77).

Sofort nach der Eröffnung des Landtages traten die Mitglieder der braunschweig-wolfenbüttelschen Landschaft zur Wahl eines Landshyndicus zusammen und beschloßen in ihren ersten Sitzungen, daß vorkommendenfalls entgegen dem regelmäßigen, früheren Brauch nicht nach Curien, sondern nach Kopfszahl abgestimmt werden solle, setzten auch eine Commission aus Mitgliedern

¹⁾ Grundsatz ist dabei, daß jedes nicht aus eigenem Rechte erscheinende Mitglied von seinen Wählern für Reisekosten und Aufenthalt bei dem Landtage zu entschädigen ist.

²⁾ In Erweiterung des Artikels 9 der landschaftlichen Privilegien vom 9. April 1770.

der drei Curien zur Vorberathung des Verfassungsentwurfs ein. Einige Tage darauf zeigten ihnen die blankenburger Stände an, daß sie zu gemeinschaftlichen Vorberathungen bereit seien und zu diesem Zwecke gleichfalls Deputirte ernannt hätten, übrigens dem die völlige Vereinigung der beiden Landschaften des Herzogthums aussprechenden § 1 des Verfassungsentwurfs nur unter gewissen Einschränkungen zustimmen könnten¹⁾.

Die Berathungen der Commission begannen am 27. October 1819 und waren am 20. December zu Ende geführt. Eine Anzahl von Streitfragen ist in dieser Zeit schon endgültig abgethan, ein Antrag auf Wiederherstellung der Stifter und Klöster von der Regierung abgelehnt, da während der Minderjährigkeit des Landesherrn hierüber nicht entschieden werden könne, der Wunsch, daß neben dem im Entwurf allein vorgesehenen engeren Ausschuß auch der große Ausschuß mit seinen bisherigen Zuständigkeiten beibehalten werden möge, genehmigt. Die noch unerledigt gebliebenen Forderungen der Commission bezogen sich hauptsächlich auf die Einsetzung einer besonderen Verwaltung für die Klostergüter, auf eine andere Fassung des das Steuerbewilligungsrecht der Stände betreffenden § 15 des Entwurfs, die dem Art. 24 der Privilegien von 1770 entsprechend außer Zweifel stelle, daß neben der Aufbringung des zur Defension des Vaterlandes Erforderlichen die Stände nur zur Reichs-, Kreis- und Prinzessinssteuer verpflichtet seien, auf Abänderung der das Recht der ständischen Mitwirkung bei der Gesetzgebung ordnenden, für völlig unzulänglich erachteten Bestimmungen, endlich auf Beseitigung der dem Convocationsrecht gesetzten Schranke²⁾. Auch über diese Punkte wurde in einer Zusammenkunft mit den Ministern am 23. December 1819 ein Einverständniß erzielt, das den Wünschen der Commission durchweg Rechnung trug. Somit stand der Wiederaufnahme der Plenarverhandlungen ein Hinderniß nicht länger im Wege und es wurden die Mitglieder der beiden Landschaften auf den 17. Januar 1820 wieder zusammenberufen. Nach einer Berichterstattung des Landsyndicus über den Gang und das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen erklärten die versammelten

¹⁾ Namentlich wurde verlangt, daß in solchen Fällen, in denen ein Beschluß der vereinigten Landschaft mit der Grundverfassung (worunter insbesondere die Steuerverfassung begriffen wurde) des Fürstenthums Blankenburg unverträglich sei, das getrennt abzufassende Votum der blankenburger Stände der Regierung „specialiter vorgetragen werden müsse“. Die Forderung ist später nicht weiter verfolgt.

²⁾ Einem Antrage, die erneuerte Landschaftsordnung gemäß der Gestattung des § 60 der Wiener Schlußacte unter die Garantie des deutschen Bundes zu stellen, war vom Geheimrathscollegium entgegengehalten, daß der Hauptzweck des Bundes ohnehin auf die Aufrechterhaltung und Sicherung des Rechtszustandes in Deutschland gehe, hierunter aber die Rechte und Verhältnisse der Landesherrschaft und Stände gegen einander vorzüglich begriffen seien (Rescript v. 18. December 1819). Von den Ständen ist der Antrag dann nicht weiter verfolgt und auch auf dem Landtage 1820/23 nicht wieder aufgenommen, weil die E. L. O. die bestehende Verfassung im Allgemeinen nicht abgeändert, sondern nur das, was früherhin in thatächlicher Geltung gewesen sei, ausdrücklich festgesetzt habe (Protokoll der ersten Section vom 17. Juni 1822).

Stände einstimmig ihre Zufriedenheit mit dem erreichten Abschluß, beauftragten die Commission, den vom Fürstl. Geheimrathscollegium ihnen übersandten, den gefaßten Beschlüssen entsprechend eingebesserten Entwurf der „Erneuerten Landschafts-Ordnung“ in ihrem Namen durch Unterschrift und Siegel zu vollziehen und ermangelten nicht, in einem Dankschreiben an den Prinzregenten die Regententugenden Sr. Königl. Hoheit und die Weisheit seiner Räthe in das hellste Licht zu stellen, dabei aber auch das eigene Verdienst nicht ganz unter den Scheffel zu setzen. Ungeachtet nun Alles somit in bester Ordnung war, ließ die Verkündung des Verfassungsgesetzes einige Monate hindurch auf sich warten, bis im Mai 1820 den Deputirten der Landschaft vom Geheimrath v. Schmidt-Phisfeldeck mitgetheilt wurde, daß der Regent die neue Landschaftsordnung unterm 25. April zwar bestätigt habe, daß indessen der Publication noch ein Bedenken entgegenstehe. Denn die Bestimmung des § 15, laut deren auch die zur Erfüllung der Bundesverpflichtungen erforderlichen Steuern nicht ohne Zustimmung der Stände vertheilt, ausgeschrieben und erhoben werden sollten, könne die Meinung erwecken, als dürften die Stände durch Verzögerung ihrer Zustimmung einen Aufschub in der Ausführung der Bundesbeschlüsse herbeiführen; das Verhältniß zu den übrigen deutschen Staaten erfordere aber die Beseitigung jeder Zweifel erregenden Wortstellung. Die Deputirten setzten die übrigen Mitglieder der Landschaft von dem nachträglichen Begehren des Prinzregenten in Kenntniß, erwirkten deren Zustimmung zu der Streichung des beanstandeten Satzes und machten dem Geheimrathscollegium von diesem Beschlusse Anzeige. Unterm 19. Juni 1820 ist darauf die Veröffentlichung der erneuerten Landschaftsordnung in der vorgeschriebenen Weise erfolgt.

Bald hernach fanden die in Betreff der Vertreter der Stadtgemeinden, wie des freien bürgerlichen Grundbesitzes erforderlichen Ergänzungswahlen statt und durch Verordnung vom 9. October 1820 wurden die Stände auf den 23. November desselben Jahres zum allgemeinen Landtag zusammengerufen. Es harrten ihrer, abgesehen von der Feststellung der Etats, zahlreiche und bedeutame Aufgaben in Betreff des Landesschuldwesens, der Steuergesetzgebung¹⁾, des Justizwesens, der gewerblichen und Gilde-Verhältnisse. Der Thätigkeit und dem Geschick der eingesetzten Commissionen gelang es, die bei manchen Fragen scharf hervortretenden Gegensätze auszugleichen und überall ein Einvernehmen mit der Landesregierung herbeizuführen. Nach Feststellung des Landtags-Abschiedes ist der Landtag am 12. August 1823 geschlossen. —

In einem Patente vom 6. Juni 1823 hatte der Regent die Erklärung abgegeben, am bevorstehenden 30. October, dem Tage, an welchem der Herzog Karl sein 19. Lebensjahr vollendet haben werde, die vormundschaftliche Regierung niederlegen zu wollen, in der Hoffnung, daß der Herzog „bei der sorgfältigen Vorbereitung, welche Sr. Liebden genossen, nunmehr sich im Stande

¹⁾ Darunter namentlich die Gesetzesvorlage betreffs der Ausgleichung der öffentlichen Abgaben, durch welche die bisherigen Steuerbefreiungen der Ritterschaft gegen Entschädigung (Steuer-Relutionscheine) in Wegfall gebracht wurde.

befinden werde, Sich der Lasten der Regierung zum wahren Wohl und Nutzen Seiner Lande selbst zu unterziehen“. Es ist bekannt, wie schmachvoll diese Hoffnung getrogen hat. Des Herzogs Verhalten gegenüber den Ständen, die ihm durch den engeren Ausschuß schon im Juli 1823 unter Bezugnahme auf den bevorstehenden Regierungsantritt den Ausdruck ihrer Ergebenheit und ihres Vertrauens hatten darbringen lassen, erregte von vornherein einiges Mißtrauen. Zwar hatte er sich das bei einem Thronwechsel übliche Geschenk der Landschaft im Betrage von 20 000 Thalern in Gnaden gefallen lassen, aber er stellte in seinem Patent vom 30. October 1823 die Reversalen nicht aus, wie er dagegen freilich auch von der Forderung des Erbuhldigungsseides einstweilen ab sah. Der Landtag wurde auch dann nicht einberufen, als die Verathung des neuen Etats zur dringendsten Nothwendigkeit geworden war. Auf eine mündliche Anfrage der Mitglieder des Ausschusses nach dem Grunde der Unterlassung gab — im Frühjahr 1826 — einer der Geheimen Rätthe ausweichende Antwort und rieth, mit amtlichen Anträgen noch zu warten, da es nicht auf einige Monate ankomme und die Versammlung der Stände wohl bis in den Herbst verschoben werden dürfe. Um diese Zeit aber erfolgte die Entlassung des Geheimraths v. Schmidt-Phildeck aus dem Staatsdienste, und unterm 18. Mai 1827 erschien das bekannte Patent des Herzogs, das den Rechtsbestand aller dem letzten Jahre der Regierungsvormundschaft angehörnden Verordnungen in Frage stellte. Es bewog den engeren Ausschuß, in einer Eingabe an den Landesherrn die Vermuthung, daß vielleicht in einigen Punkten Aenderungen der erneuerten Landschaftsordnung gewünscht würden, auszusprechen und um Bezeichnung der in Betracht kommenden Einzelheiten zu bitten, damit man sich darüber mit seinen Auftraggebern ins Einvernehmen setze: es werde ein Leichtes sein, dem ganzen deutschen Vaterlande Zeugniß darzulegen, daß im Herzogthum Braunschweig Herr und Stände „in ihren Ansichten hinsichtlich des gemeinen Besten niemals verschiedener Meinung sein können und daß in treuer Willfährigkeit die Letzten nie den landesväterlichen Wünschen ihres Durchlauchtigsten Herzogs entgegen sind ¹⁾“. Die Erwiderung des Herzogs erkannte die geäußerten patriotischen Gesinnungen an und bemerkte, daß es allerdings zweckmäßig erscheine, wenn für die landständischen Verhältnisse ein fester und dauerhafter Rechtszustand eintrete, weshalb vom Staatsministerium ²⁾ über die nothwendig scheinenden Veränderungen in der erneuerten, bis jetzt nicht anerkannten Landschaftsordnung Bericht erstattet und dann ferner mit der Landschaft communicirt werden solle (Rescript vom 30. Mai 1827). Es erscheint unbegreiflich, wie der Ausschuß, anstatt in Folge dieses Rescripts, das eine unumwundene Mißachtung der vereinbarten Verfassung aussprach, nach dem Beispiel seiner Vorgänger zu einer Convocation der Landschaft

¹⁾ Das Schreiben, dessen unterwürfiger Ton durchaus nicht eben angenehm berührt, ist von dem Oberappellations- und Geheimrath v. Strombeck abgefaßt und datirt vom 26. Mai 1827.

²⁾ Die durch Verordnung vom 31. Mai 1827 eingeführte Bezeichnung für das bisherige „Geheimrathscollegium“.

zu schreiten, keinerlei Anstalt traf, den Rechtszustand zu wahren ¹⁾. Auch als bekannt geworden war, daß die vom Herzog eingesetzte Commission die ihr vorgelegte Frage, ob die erneuerte Landschaftsordnung Beeinträchtigungen landesherrlicher Rechte enthalte, bis auf einen einzigen Punkt ²⁾ verneint habe, begnügte sich die Vertretung der Stände damit, in einem neuen Gesuch an den Herzog Versicherungen ihrer treuen Ergebenheit abzugeben, auf das seit Jahrhunderten ungetrübt erhaltene Verhältniß zwischen Herrn und Ständen hinzuweisen und schließlich Sr. Hochfürstl. Durchlaucht die allerunterthänigste Bitte um baldige Berufung des Landtages dringend ans Herz zu legen (Schreiben der vereinigten Ausschüsse vom 7. October 1828). Wie indessen das Gesuch unbeantwortet blieb, die Unzufriedenheit über die Willkürherrschaft im Lande wuchs und wiederholt Mahnungen von Mitgliedern der Stände einliefen, auch die Fändel des Herzogs mit dem König Georg von England einen Verlauf nahmen, der für die Selbständigkeit des Landes fast schien bedrohlich werden zu können, da war denn doch ein entschiedenes Vorgehen nicht länger zu vermeiden. In der Sitzung vom 21. März 1829 beschloßen die vereinigten beiden Ausschüsse, zur Ergänzung der im größeren Ausschusse entstandenen Lücken, sowie zur Berathung über die vom Herzog in Betreff der Landschaftsordnung gemachten Eröffnungen vom Convocationsrecht Gebrauch zu machen, und unterm 11. April wurde das Ausschreiben an die Ständemitglieder erlassen. Vergeblich hatte der Herzog diese Beschlüsse zu verhindern gesucht, hatte durch den Geheimrath v. Strombeck, ein Mitglied des Ausschusses, mittheilen lassen, daß er eine Schmälerung der ständischen Rechte keineswegs beabsichtige, vielmehr geneigt sei, selbst solche billige Wünsche zu gewähren, die vielleicht von der vormundtschaftlichen Regierung abge schlagen seien ³⁾ und hatte auch die Convocation der Stände genehmhalten wollen, dafern sich der Zweck der Zusammenkunft allein auf die Ergänzung des größeren Ausschusses beschränken werde. Als sich der Ausschuss jedoch nicht beirren ließ, trug der Herzog unterm 9. April bei der Bundesversammlung zu Frankfurt darauf an, die Landschaftsordnung für unverbindlich zu erklären und legte dem Ausschusse gegenüber, da weder durch die landschaftlichen Privilegien von 1770, noch durch die unverbindliche Landschafts-Ordnung von 1820 die Befugniß zum Zusammentreten der Stände „auf eigene Autorität“ begründet werde, in einem Schreiben vom 20. April gegen die geschehene Convocation Verwahrung ein. Indessen ließen sich die Stände von dem einmal eingeschlagenen Wege nicht mehr abbringen. Am 21. Mai trat die Landschaft zur Berathung zusammen. Nach einem einleitenden Vortrage des Landsyndicus hielt der Schatzrath

¹⁾ In der späteren Versammlung der Stände sind ihm denn auch schwere Vorwürfe über seine Unschlüssigkeit nicht erspart geblieben.

²⁾ Den § 32, laut dessen jedes landesherrliche Rescript als erschlichen gelten soll, wenn ihm die Contrafignatur des Ministers fehlt.

³⁾ Nach einer Registratur v. Strombeck's vom 15. März 1829, deren Zuverlässigkeit vom Herzog in einer seiner der Bundesversammlung eingereichten Rechtfertigungsschriften zwar bestritten, indessen wohl nicht anzuzweifeln ist.

v. Meßen, zum Präsidenten der Versammlung gewählt, eine Ansprache, in der die Nothwendigkeit der Ergreifung entschiedener Maßregeln entwickelt, die Beeilung des Recurses an die Bundesversammlung als durch die Umstände geboten dargestellt und die Pflicht der Stände hervorgehoben wurde, die Landschafts-Ordnung aufrecht zu erhalten. Als ein Mitglied der Versammlung rieth, zunächst die Entscheidung der zwischen dem Herzog und dem König Georg bei der Bundesversammlung anhängigen Streitsache abzuwarten, die nahe bevorstehen müsse, erhoben sich viele Stimmen gegen diese Ansicht, keine zu deren Unterstützung. Die zur Abstimmung gestellte Frage, ob sofort der Recurs an die Bundesversammlung ergriffen werden solle, ward mit allen Stimmen gegen eine ¹⁾ bejaht, am Tage darauf von den vereinigten Ausschüssen dem Herzog von diesem Beschluß schriftliche Mittheilung gemacht, eine vom Landsyndicus entworfene Beschwerdeschrift an die Bundesversammlung ²⁾ genehmigt und zu ihrer Ueberreichung, wie zur etwa weiter erforderlichen Vertretung der ständischen Rechte der Landsyndicus nebst zwei Mitgliedern der Ausschüsse, dem Kammerherrn v. Gram-Sambleben ³⁾ und dem Oberhauptmann v. Kalm-Halchter, nach Frankfurt abgesandt. Es schien nochmals, als ob der Herzog einlenken wollte. Mitteltst eines Rescripts vom 25. Mai ließ er der getreuen Landschaft eröffnen, daß er die vor der Usurpation bestandenen landschaftlichen „Verhältnisse“ und namentlich die landschaftlichen Privilegien vom 9. April 1770 damit anerkenne und nicht abgeneigt sei, mit den Ständen über Modificationen, die durch die veränderten Zeitumstände für nöthig erachtet werden möchten, Verhandlungen eröffnen zu lassen. Allein diese Verheißung fand keinen Glauben ⁴⁾. Die vereinigten Ausschüsse erwiderten, daß eine Anerkennung der Privilegien ohne Anerkennung der Abänderungen, die jene durch die E. L. D. erfahren hätten,

¹⁾ Die des Propstes Bernard, welcher sich der Abstimmung unter dem Vorgeben enthielt, daß ihm die Sache noch zu neu sei. Bernard, früher Steuereirector, gehörte zu den Günstlingen des Herzogs und war gleich dem Hofrath Friede mitteltst der Ernennung zum Propst in die Stände eingeschoben. Die auf diese Weise in die Landschaft Befördereten hatten einen Revers zu unterschreiben, daß sie nur für des Herzogs Interesse stimmen oder ihre Würde aufgeben sollten.

²⁾ Im Druck veröffentlicht als: „Darlegung der zwischen dem Durchl. Herzoge Karl von Braunschweig-Lüneburg und Höchstseinen Landständen obwaltenden Differenz, die unterm 25. April 1820 publicirte erneute Landschafts-Ordnung betreffend“, Frankfurt 1829.

³⁾ Kammerherr und Landdrost Ludwig Thedel Aug. v. Gram auf Samleben, geb. am 24. August 1791, gest. am 22. Juni 1858, gehörte bis zum Jahre 1849 der Ständeversammlung an als eines ihrer einflußreichsten und fähigsten Mitglieder, von stark liberaler Gesinnung und mit einer ausgesprochenen Neigung zur Opposition. Im Frühjahr 1848 wurde er mit Hollandt und Trieps als Vertrauensmann der Stände nach Frankfurt gesandt, um in der Nationalversammlung an der Vorberatung der deutschen Verfassung theilzunehmen, war Präsident des Landtages von 1848 und legte 1849 zunächst dieses Amt, bald hernach auch sein Mandat als Abgeordneter wegen Kränklichkeit nieder.

⁴⁾ Jenes Rescript war nicht contrasignirt, mußte daher als erschlischen gelten. Lag darin eine Falle, die der Landschaft gestellt werden sollte?

und der letzteren selbst den Ansichten der Stände nicht entspreche und daß sie daher pflichtwidrig handeln würden, wenn sie die Auerbietung des Herzogs als eine geeignete Grundlage für weitere Unterhandlungen entgegennehmen wollten (Schreiben vom 30. Mai 1829). Die Spannung zwischen den streitenden Theilen verschärfte sich noch, als im Herbst des Jahres v. Gramm, in seiner Eigenschaft als Titular-Kammerherr zur Ableistung des Huldigungseides aufgefordert, sich dessen als Mitglied der Landschaft, bis die Bestätigung der Landschaftsordnung und der Erlaß der Reversalen Höchsten Orts erfolgt sein werde, geweigert hatte und ihm darauf der Zutritt bei Hofe und zu allen unter dem Hofetat stehenden Orten ¹⁾ untersagt, jedem Staatsdiener aber irgend welcher Ver-
kehr mit ihm aufs Strengste verboten war (Rescripte vom 12. u. 14. November 1829). Die Ausschüsse wandten sich an den Herzog mit der Bitte, durch Aufhebung der harten Verfügung und durch Ertheilung eines förmlichen Abschiedes an ihren Mitstand die Kränkung zu verwischen, die er und sie mit ihm erlitten hätten (Eingabe vom 18. November 1829), aber der Herzog ließ das Schreiben durch das Staatsministerium ungelesen zurückschicken: nicht eher, so lautete sein Bescheid, werde auch das Ministerium von den Ausschüssen schriftliche Anträge wieder entgegennehmen, als bis bei der Bundesversammlung die in den Beschwerdeschriften der Landstände aufgestellte Behauptung, daß die bislang zu wiederholten Malen und stets ohne Vorbehalt erfolgte Annahme und Beantwortung solcher Eingaben durch das Staatsministerium als thatsächliche Anerkennung des Rechtsbestandes der erneuerten Landschafts-Ordnung auch von Seiten des Landesherrn angesehen werden müsse, zurückgenommen und in Folge dieser Erklärung die ohnehin ganz ungegründete Klage beim Bunde zurückgezogen sei (Rückschreiben vom 20. November 1829). Damit war denn jedem dienstlichen Verkehr der ständischen Vertretung mit der höchsten Staatsbehörde ein Ende gesetzt.

Inzwischen nahm das Verfahren bei der Bundesversammlung ²⁾ seinen regelrechten, wenn auch langamen Fortgang. Eine Streitschrift folgte der anderen, ein Versuch der Stände, eine Beschleunigung der Entscheidung herbeizuführen, blieb ohne Erfolg. Erst unterm 20. August 1830 konnte ihr Bevollmächtigter in Frankfurt (v. Gramm) die erfreuliche Thatsache melden, daß die von der Bundesversammlung eingesetzte Reclamations-Commission einstimmig den Antrag beschlossen habe, der hohe Bund wolle dem Herzoge von Braunschweig eröffnen, daß er in Gemäßheit des 54. und 56. Artikels der Wiener Schlußacte die in anerkannter Wirksamkeit bestehende erneuerte Landschafts-Ordnung nicht anders, als auf verfassungsmäßigem Wege abändern könne. Als dann aber die Bundesversammlung selbst — in der Sitzung vom 4. November 1830 — sich endlich in der Lage sah, das entscheidende Votum

¹⁾ Dahin gehörten unter Anderem das Hoftheater, das Museum, die Bibliothek zu Wolfenbüttel, die Domkirche.

²⁾ Eine ausführliche, actenmäßige Darstellung desselben ist enthalten in der Schrift: Die braunschweig-hannoverschen Angelegenheiten und Zwistigkeiten vor dem Forum der deutschen Großmächte und der Bundesversammlung, 1863.

abzugeben¹⁾, war in Braunschweig die Katastrophe längst eingetreten, der Herzog Karl außer Landes und die Regierung vom Herzog Wilhelm, zunächst unter Zustimmung seines Bruders, bis auf Weiteres übernommen.

Als bald nach der Flucht des Herzogs hatten sich die beiden Ausschüsse versammelt. Sie übermittelten ihrem Bevollmächtigten in Frankfurt zur Verhütung einer Einmischung des Bundestages eine Darstellung der Sachlage, sandten Vertrauensmänner an die Höfe von Berlin und Hannover ab, suchten nach dem Eintreffen des Herzogs Wilhelm dessen Abneigung zur Ergreifung von Maßnahmen, die auf eine Thronentsetzung seines Bruders hingen könnten, zu überwinden und beriefen am 27. September die Landschaft zusammen. Letztere genehmigte den Entwurf einer Adresse, in der die Regierungsweise des Herzogs Karl eingehend geschildert und der Herzog Wilhelm „bei der auf die Grundsätze des allgemeinen Staatsrechts sich stützenden Unmöglichkeit, daß der Herzog Karl die Regierung fortsetze“, gebeten wurde, die Herrschaft dauernd zu übernehmen. In der Frühe des 27. September ließ bei dem Herzog ein Schreiben seines Bruders ein, das ihn mit der einstweiligen Ausübung der Regierungsrechte, vorbehaltlich jedoch der Aufrechterhaltung der jetzt bestehenden organischen Grundgesetze des Landes bevollmächtigte. Noch an demselben Tage entsprach er den Wünschen der Stände durch ein Patent, in welchem die einstweilige Uebernahme der Regierung, und zwar ohne Erwähnung der erteilten Vollmacht²⁾ bekannt gemacht wurde. Da in Betreff der von der Landschaft erbetenen endgültigen Beseitigung der früheren Herrschaft der Herzog in einem Schreiben, das den Ständen den Dank für

¹⁾ Bekanntlich wurde der Antrag der Commission, wenn auch nur mit Stimmenmehrheit, von ihr angenommen.

²⁾ Die Verschweigung derselben geschah auf dringende Vorstellung der ständischen Vertretung. „Am 27. September Morgens 3 Uhr gelangte vom Herzog Karl aus London an den Herzog Wilhelm ein Schreiben mit Bitte um einstweilige Uebernahme der Regierung und mit der beigefügten Vollmacht, beglaubigt durch den von dort zurückgekehrten Hauptmann v. Grabau, an. Er. Durchlaucht hatten sich darauf dahin geäußert, daß Sie diese Beweise des Vertrauens Ihres Herrn Bruders unmöglich mit Undank belohnen, sich in der Art, wie Sie früher Willens gewesen, auf die Eingabe der Stände äußern und nur in Erwähnung der Ermächtigung vom Herzoge Karl die Regierung übernehmen könnten. Höchst Denselben ist darauf erwidert, daß eine Regierung innerhalb der Grenzen der Befugnisse, welche die Vollmacht erteile, den bestehenden Beschwerden nicht Abhülfe verschaffen, das Land in Hinsicht auf die Fortdauer der getroffenen Einrichtungen derselben Ungewißheit aussetzen werde, welche nach Beendigung der Vormundschaft eingetreten sei, und die eröffnete Aussicht zur Herstellung der Regierung des Herzogs Karl nicht allein der Wiederbelebung des Vertrauens der Unterthanen im Wege stehen, sondern höchst wahrscheinlich sogleich neue Unruhen erwecken werde. Da nun auch die letzterwähnte Befürchtung sich sofort bestätigte, als das Publicum von der im Namen des Herzogs Karl beabsichtigten Uebernahme der Regierung etwas erfuhr, so entschloß sich der Herzog Wilhelm, die Worte: „nach dem Wunsche unseres vielgeliebten Bruders als Generalgouverneur“ aus dem Patente wegzulassen und die Antwort an die Stände so, wie sie gestern beschloffen war, abgehen zu lassen“ (Registatur des Landyndicus Pricelius vom gleichen Tage, in den landschaftlichen Acten).

daß ihm entgegengetragene Vertrauen aussprach, erklärt hatte, daß er selbst zwar sich nicht entschließen könne, die zu diesem Zweck erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, es aber geschehen lassen werde, wenn die Landschaft sich unmittelbar an den König von Großbritannien und Hannover, durch dessen Vermittelung das gewünschte Ziel unzweifelhaft zu erreichen sei, mit den geeigneten Anträgen wende, so beschloßen die Stände unverzüglich, zur Ueberreichung eines entsprechenden Gesuches an den König Wilhelm IV. den Grafen Oberg nach London abzusenden¹⁾. Die Dinge nahmen denn auch zum Heile des Landes den erhofften Verlauf. In einem Patente vom 21. November gab der König davon Nachricht, daß der Versuch einer glücklichen Verhandlung mit dem Herzog Karl zwar an dessen bekannter Sinnes- und Handlungsweise gescheitert sei, die Landschaft jedoch zur Abhülfe ihrer gerechten Beschwerden von ihm Schutz und Beistand zu erwarten habe und daß er mit dem Herzog Wilhelm diejenigen Maßregeln berathen und ergreifen werde, die geeignet seien, ihm die Ausübung der Regierungsrechte zu sichern. Als der Herzog Karl dann die seinem Bruder ausgestellte Vollmacht zurücknahm, verkündete der Herzog Wilhelm dem Lande den Entschluß, eingedenk seiner höheren Pflichten die Verwaltung des Herzogthums bis dahin, daß dessen endliches Schicksal entschieden sein werde, fortzuführen (Patent vom 26. November 1830). Am 2. December einigte sich die Bundesversammlung zu einem Beschlusse, durch welchen der Herzog um einstweilige Weiterführung der Regierung ersucht und den Agnaten des Herzogs Karl anheimgegeben wurde, diejenige Definitiv-Anordnung für die Zukunft, welche bei dem beklagenswerthen Stande der Dinge die dauernde Ruhe und gesetzmäßige Ordnung im Herzogthum Braunschweig erheische, in Gemäßheit der Hausgesetze und des in deutschen und anderen souveränen Staaten üblichen Herkommens zu berathen und zu bewirken. In der Bundestagsitzung vom 10. März 1831 legten die Gesandten Hannovers und Braunschweigs die getroffene agnatische Anordnung vor, welche die Regierung im Herzogthum Braunschweig bei der absoluten Regierungsunfähigkeit des Herzogs Karl für erledigt erklärte und definitiv auf den Herzog Wilhelm als den nächsten Agnaten mit allen verfassungsmäßigen Rechten und Pflichten eines regierenden Herzogs von Braunschweig übertrug, und noch ehe die Bundesversammlung über die staatsrechtliche Behandlung der heiklen Sache sich schlüssig gemacht hatte, erschien das Patent des Herzogs Wilhelm vom 20. April 1831, das unter Bezugnahme auf die agnatische Vereinbarung die endgültige Uebernahme der Regierung aussprach, vom Erlaß der verfassungsmäßigen Reversalen Kenntniß gab und die Ableistung des allgemeinen Huldigungsseides anordnete. Dieser vollendeten

¹⁾ Die betreffende Adresse, vom 28. September 1830, ruft den Schutz des Königs als den zeitigen Ältesten des Welfenhauses und nahen Agnaten des Herzogs Wilhelm, der „jetzt unsere einzige Hoffnung ist“, an, bezieht sich darauf, daß die Stände auf solchen Beistand um so mehr Anspruch hätten, als sie dem König mit Huldigungsseiden verpflichtet seien, und erbittet eine Vermittelung dafür, daß der Herzog Karl zur Niederlegung der Regierung bewogen werden möge.

Thatsache gegenüber ließ sich sodann die Bundesversammlung daran genügen, den Vorgang „in ihr Protokoll zu verzeichnen und den Bundesregierungen die Beurtheilung desselben und alles Weitere anheimzustellen, dabei aber ausdrücklich zu bemerken, daß durch diese ohne Zuthun des Durchlauchtigsten Bundes vollzogene Anordnung keinen begründeten Rechten und insbesondere nicht den Successionsrechten einer etwaigen Descendenz des Herzogs Karl von Braunschweig präjudicirt werden könne“ (Protokoll der Bundesversammlung vom 4. Mai 1831).

§ 4.

Die Neue Landschafts-Ordnung und der Finanz-Nebenvertrag.

Befreit von der Gefahr weiterer Anfechtungen und gefestigt durch das Vertrauen der Bevölkerung, wandte die neue Regierung ihre Sorgfalt unverzüglich auf die Ordnung der inneren Angelegenheiten des Landes. Mitteltst der Verordnung vom 11. Juni 1831 wurde die Landschaft auf den 30. September desselben Jahres zusammenberufen. Unter den in der Thronrede angekündigten Vorlagen war vor Allem der Entwurf einer revidirten Landschafts-Ordnung genannt. Daß ein solcher eingebracht wurde, nachdem eben erst die Rechtsgültigkeit der erneuerten Landschaft von 1820 durch den Beschluß der Bundesversammlung außer Frage gestellt war, darf auffällig erscheinen. In der Begründung der Vorlage ist denn auch gesagt, daß bei Abänderungen einer Verfassung, die erst vor einem Jahrzehnt entstanden und das achtungswürdige Denkmal einer väterlichen Regierung sei, die sorgfältigste Erwägung habe stattfinden müssen, daß man jedoch den allgemeinen Wünschen des Landes und der Stimme der Erfahrung das Ohr nicht habe verschließen dürfen und daß namentlich in Beziehung auf die der Verbesserung bedürftige Zusammensetzung der Stände die vormundtschaftliche Regierung selbst ihr Werk nicht als abgeschlossen angesehen habe. Auch ist nicht außer Betracht zu lassen, daß in der unmittelbar vorausgehenden Zeit mehrere deutsche Staaten ¹⁾ Verfassungen erhalten hatten, in denen die alte, ständische Gliederung mehr oder weniger beseitigt und eine stärkere Vertretung des Bauernstandes eingeführt war — ein Umstand, der auf die Entschließung der braunschweigischen Regierung schwerlich ohne Einfluß geblieben sein wird.

Nach Ansicht der Motive hat der Entwurf der revidirten Landschafts-Ordnung die wesentlichen Grundlagen der bisherigen Verfassung ganz oder doch ihrem Geiste nach beibehalten und unterscheidet sich von der bestehenden hauptsächlich nur dadurch, daß die in dieser bereits festgestellten Grundsätze eine vollständigere und zeitgemähere Entwicklung und eine festere und klarere Bestimmung erhalten haben. In Betreff der Einteilung und der Anordnung des Stoffs folgt er allerdings durchaus der E. L. = D. Auch die Bestimmungen des Titels I über die Vertretung des Landes beruhen auf den Grund-

¹⁾ Sachsen = Meiningen (1829), Schwarzburg = Sondershausen (1830), Kurhessen (5. Januar 1831), Sachsen = Altenburg (29. April 1831). Außerdem lagen Verfassungs-Entwürfe vor für Sachsen (1830) und Hannover (1831).

fägen derselben. Die Motive bemerken, daß schon die E. L.-D. keine eigentlich ständische Verfassung sei, da man die Prälaten als wissenschaftlich gebildete und geschäftskundige Männer, die bei allen die Religion, Jugendbildung, Rechtsgesetzgebung und Staatsverwaltung betreffenden Angelegenheiten Rath und Belehrung ertheilen könnten, in der Ständeverammlung beibehalten habe, daß auch die Rittergutsbesitzer nicht die Vertreter eines Standes, sondern des größeren Grundeigenthums seien, da Jeder ohne Unterschied der Geburt ein Rittergut erwerben könne, und daß die Abgeordneten der Städte die Interessen des Handels und der Gewerbe, die Freisassen die kleineren Grundeigenthümer zu vertreten hätten; aber die Art und Weise, in der die Vertretung dieser verschiedenen staatsbürgerlichen Interessen geordnet sei, erscheine ungenügend. Vor Allem habe die Trennung in zwei Sectionen beseitigt werden müssen. Ein wahres Zweikammer-System, derart, daß jede Kammer eine für sich bestehende getrennte Staatsgewalt bilde, sei im Herzogthum weder geschichtlich begründet, noch jemals in wirkliche Ausübung gekommen, noch passe es auf ein Land von der Größe des unsern; der in den beiden Sectionen geschaffene Mittelzustand zwischen dem Ein- und Zweikammersystem aber böte zwar manche Nachtheile des letzteren dar, aber keinen seiner Vortheile, besonders nicht den sehr wesentlichen, daß der Beschluß einer Kammer stets noch der nachfolgenden Berathung der anderen unterworfen werde. Die Vereinigung beider Sectionen in einer Versammlung fördere den Geschäftsgang, ermögliche eine vielfeitigere und fruchtbarere Berathung und werde durch Beseitigung der jetzt zwischen den verschiedenen Ständen errichteten Scheidewand in der Ständeverammlung selbst größere Einigkeit, im Lande aber größeres Vertrauen erwecken. Eine nothwendige Folge der Annahme einer Kammer sei dann aber eine erhebliche Verringerung der bisherigen Zahl der Mitglieder der Stände.

Nach Maßgabe dieser allgemeinen Grundsätze soll die Ständeverammlung bestehen aus 45 Abgeordneten, und zwar aus 6 Abgeordneten der Prälaten und je 13 der Rittergutsbesitzer, der Städte, der Freisassen und Bauern (Entw. § 4). Sämmtliche Abgeordnete werden auf die Dauer von sechs Jahren frei gewählt; es giebt also künftig nicht mehr, wie es noch nach der E. L.-D. der Fall war, erbliche Landstandschaften, Abgeordnete von Amts wegen und Abgeordnete auf Lebenszeit. Von den Ständemitgliedern müssen 10 Abgeordnete der Ritterschaft Eigenthümer eines in dem Wahlbezirke, für den sie gewählt werden, belegenen Rittergutes, 10 Abgeordnete der Städte Handel- oder Gewerbetreibende mit einem bestimmten Communaleinkommen oder stimmfährende Mitglieder des Magistrats und in dem Wahlkreise, welcher sie sendet, wohnhaft, 10 Abgeordnete der Freisassen und Bauern Eigenthümer eines in dem Wahlkreise, für den sie gewählt werden, liegenden Freisassenhofes oder eines Bauerngutes (d. h. eines solchen Gutes, das nach Bauernrecht vererbt wird) sein und zugleich zu den Höchstbesteuerten des Wahlbezirks gehören; die übrigen 3 Abgeordneten der Ritterschaft, der Städte, der Freisassen und Bauern können unter den wissenschaftlich gebildeten Männern des Herzogthums, soweit diese überhaupt wählbar sind und ein gewisses Einkommen besitzen, gewählt werden

(§ 5, 48 bis 51)¹⁾. Für jeden Abgeordneten wird zugleich ein Stellvertreter gewählt, der dieselben Eigenschaften, wie jener, haben muß und einberufen wird, wenn der Abgeordnete den Auftrag niederlegt oder nicht fortbesorgen kann (§ 7). Unter den Inhabern der 12 landtagsfähigen Prälaturen wählt die Regierung diejenigen aus, die auf dem Landtage erscheinen sollen (§ 9 und 10), die landtagsfähigen Rittergüter des Herzogthums werden in vier, die Städte in sechs Wahlbezirke getheilt (die Stadt Braunschweig hat sechs Abgeordnete zu wählen), in Beziehung auf die Wahl der Abgeordneten der Freisassen und Bauern sieben Bezirke gebildet (§ 11 bis 16). Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses wird auf fünf Abgeordnete bestimmt, der größere Ausschuß nach dem Beispiel der meisten neueren Verfassungen aufgehoben (§ 17)²⁾. Die §§ 22 bis 90 enthalten die näheren Bestimmungen über Wahlberechtigung, Wählbarkeit und Wahlverfahren. Die städtischen Abgeordneten werden durch Wahlberechtigte und durch Wahlmänner gewählt; wahlberechtigt sind die stimmführenden Mitglieder des Stadtmagistrats, die Stadtverordneten, welche dreimal als solche gewählt sind, und die Prälaten der bisherigen zweiten Section in der Stadt, in welcher sie ihren Wohnsitz haben (§ 39); die Wahlmänner erhalten ihren Auftrag durch die „Wähler“, zu denen alle diejenigen gehören, die entweder das Bürgerrecht gewonnen haben oder Eigenthümer eines Hauses im Stadtbezirke sind und Communalsteuern zahlen (§ 36). Die Abgeordneten der Freisassen und Bauern werden ebenfalls durch Wahlmänner erwählt (§ 40); das Recht, letztere zu ernennen, hat jeder Eigenthümer oder Nutznießer eines Reithofes, sowie jeder, der Stimmrecht bei den Beschlüssen der Gemeinde hat und Contribution, wie Proviandgeld³⁾ bezahlt (§ 41). Wähler, Wahlmänner und Wahlberechtigte haben bis auf die Mitglieder der Ritterschaft, denen es nachgelassen ist, ihre Abstimmung in einem versiegelten Schreiben dem Vorsitzenden des Wahlcollegiums zuzuschicken, in Person bei den Wahlen zu erscheinen (§ 56) und haben vor der Wahl an Eidesstatt anzugeloben, ohne allen Einfluß und Nebenrücksichten so, wie sie es vor Gott und ihrem Gewissen ver-

¹⁾ In den Motiven wird anerkannt, daß die doppelt so starke Vertretung des Grundbesitzes unter Umständen zu einer Gefährdung der städtischen Interessen führen könne. Allein „es würde eine offenbare Ungerechtigkeit sein, wenn man in einem Lande, das wesentlich ein Aderbau treibendes ist und wo die Bevölkerung der Städte nicht einmal ein Drittel der ganzen Population ausmacht, den Städten eine gleiche Zahl von Repräsentanten wie den Grundeigenthümern hätte geben wollen. Ueberdies sprach für das angenommene Verhältniß das bisher bestehende“.

²⁾ Motive: „Die Natur der Geschäfte des landständischen Ausschusses macht es wünschenswerth, daß er nicht zu zahlreich sei; deshalb hat es denn auch nicht zweckmäßig geschienen, zwei verschiedene Ausschüsse, den engeren und größeren, beizubehalten, eine Einrichtung, die zwar in die L.-D. von 1820 übergegangen ist, aber noch aus der Zeit stammt, wo oft in 30 Jahren kein Landtag gehalten wurde.“

³⁾ Das Proviandgeld war an Stelle der Getreidelieferungen getreten, die (zuerst im 30jährigen Kriege zur Anlegung von Kornmagazinen) von den Unterthanen erfordert wurde; es ist späterhin nach dem Contributionsfuß erhoben und hat zu Zeiten bei hohen Kornpreisen die Summe von 10000 Thalern überstiegen.

antworten zu können denken, nach ihrer besten Ueberzeugung stimmen zu wollen (§ 55).

Der Titel II des Entwurfs handelt von den Rechten und Pflichten der Landschaft. Bei dem Finanzwesen hat das ständische Steuerbewilligungsrecht gegenüber den Bestimmungen der E. L. u. D. insofern eine wesentliche Erweiterung erhalten, als es sich auch auf allgemeine Abgaben, die bei der Ausführung polizeilicher Einrichtungen oder bei der Leitung des Handels auferlegt werden, namentlich auf Zölle, Weggelder und Packhauseinrichtungen, sowie auf die Gerichtsporteln erstrecken soll (§ 96). Eine Neuierung von der einschneidendsten Bedeutung für die ganze Finanzwirtschaft des Staates wird in Vorschlag gebracht in den Bestimmungen der §§ 101 bis 103 über die Trennung des fürstlichen und Domänenhaushalts vom eigentlichen Staatshaushalt (Näheres darüber siehe S. 39 f.). Während die Stände gemäß der früheren Finanzverfassung nur die Etats über neu anzulegende Steuern mit dem Landesherrn gemeinschaftlich zu reguliren hatten (E. L. u. D., § 24), wird ihnen nunmehr das Recht zugestanden, gemeinschaftlich mit der Landesregierung die Einnahme- und Ausgabe-Etats des gesammten eigentlichen Staatshaushalts im Voraus, für eine Finanzperiode von sechs Jahren festzustellen (§ 105); auch die bisher der Mitwirkung der Stände entzogenen Etats über Einnahme und Ausgabe des Klosterfonds unterliegen der Feststellung der Landschaft (§ 112). Das durch die E. L. u. D. eingefetzte Steuercollegium bleibt als Landessteuer- und Finanzcollegium in seiner Eigenschaft als eine vom Landesherrn und den Ständen gemeinschaftlich zu besetzende und von beiden abhängige Behörde bestehen und hat neben den Steuern fortan auch die für den Staatshaushalt bestimmten Kammereinkünfte zu verwalten, der engere Ausschuss bleibt aber nicht mehr, wie bisher, dieser Behörde einverleibt, sondern die Landschaft erhält das Recht, die Hälfte der Mitglieder des Collegiums zu wählen, ohne hierbei an Mitglieder der Ständerversammlung gebunden zu sein (§ 107, 109). In Beziehung auf die Gesetzgebung ist die Mitwirkung der Stände erheblich erweitert, der Grundsatz aufgestellt, daß kein Gesetz ohne ihre Zustimmung oder doch nicht ohne ihren Rath gegeben werden kann (§ 113 bis 117). Bei dem Militärwesen findet sich die bedeutungsvolle Bestimmung, daß keine Truppen in fremden Sold gegeben werden dürfen (§ 120). In Betreff der Rechtspflege ist die Unabhängigkeit der Gerichte unter den ausdrücklichen Schutz der Verfassung gestellt, auch die Unabsetzbarkeit der Richter gesetzlich ausgesprochen (§ 121 bis 123) — wie die Motive bemerken, als sprechende Beweise von dem festen Willen der Regierung, jeden Mißbrauch der Gewalt unmöglich zu machen und den Gesetzen die gehörige Achtung zu verschaffen. Der Ausschuss erhält die Stellung einer beaufachtigenden und berathenden Behörde, einer beschließenden nur in Fällen, in denen eine zeitige Versammlung des Landtages unthunlich oder Gefahr im Verzuge ist; in solchen Fällen können mit Bewilligung des Ausschusses neue Steuern einstweilen und vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung der Ständerversammlung auferlegt, ohne diesen Vorbehalt aber Staatsanleihen geschlossen und Staatsgüter veräußert oder verpfändet werden (§ 136, 137).

Dem Ausschuß steht es auch zu, in den (im Entwurf einzeln festgestellten) Fällen, in denen die Stände vom Convocationsrecht Gebrauch machen dürfen, den Landtag zusammenzurufen (§ 140).

In dem Titel III (von den Landtagen und der Behandlung der Geschäfte auf denselben) sind zahlreiche Bestimmungen der E. L. V., namentlich in Betreff der Geschäftsordnung aufgenommen. Die nach dem Fortfall der beiden Sectionen der Landschaft im Entwurf aufgestellte Regel, daß unbedingte Stimmenmehrheit entscheidet (§ 151), soll, abgesehen von dem aus der E. L. V. herübergenommenen Ausnahmefall (Abänderung der Landes- oder Steuerverfassung), eine weitere Ausnahme dann erleiden, wenn „die Entscheidung eigenthümliche privatrechtliche Verhältnisse der Ritterschaft, der Städte, der Bauern oder eigenthümliche staatsbürgerliche Interessen einer dieser drei Standesclassen betrifft“ (§ 152). In solchen Fällen kann die betheiligte Standesklasse, wie die Regierung auf Abstimmung nach Ständen antragen (§ 153). Bei der Abstimmung hat alsdann jeder Stand nur eine Stimme und ein Vorschlag ist nur bei Stimmeneinhelligkeit aller drei Stände als angenommen anzusehen (§ 154). Die Motive bemerken, daß diese Bestimmungen getroffen seien als das geeignetste Auskunftsmittel, um bei einem Widerstreit der verschiedenen, in der Art der Zusammensetzung der Stände zum Ausdruck gelangenden staatsbürgerlichen Interessen eine jede Standesklasse in ihren wohl erworbenen Rechten unter durchaus constitutionellen Formen zu schützen. „Darin besteht hauptsächlich die bürgerliche Freiheit, daß ohne gesetzlichen Grund Niemandem ein wohl erworbenes Recht ohne seine Zustimmung entzogen werden kann. Dieser gerechte Grundsatz ist so alt als unsere deutschen Rechtsinstitute; er findet sich in der Verfassung jeder Dorfgemeinde, wie in der ehemaligen Reichsverfassung und in der deutschen Bundesacte. Man wird ihn nie ungestraft verletzen, und indem man ihn in Zweifel stellt, macht man alle Rechtsverhältnisse wanken.“ In Folge der veränderten Zusammensetzung der Ständeverammlung ist das Recht der Regierung, den Landtag aufzulösen, aus den neueren Verfassungsurkunden in den Entwurf aufgenommen (§ 160). Die landständischen Verhandlungen sollen ohne Verzug durch den Druck bekannt gemacht werden (§ 161)¹⁾.

Der letzte Titel enthält dann noch einige allgemeine Bestimmungen, namentlich über den Erlass der Reversalen (§ 194), die Einsetzung eines Compromißgerichts bei einem entstehenden Streit über die Auslegung der Verfassung (§ 196) und über die Zahlung von Tagegelbern an die Abgeordneten (§ 197).

¹⁾ An die Zeit der alten Stände — vergl. oben S. 14, Anm. 4 — erinnert der § 149 des Entwurfs: „Im Verhandlungsaal werden den Abgeordneten der Ritterschaft und zwei bisher zur 1. Section der Stände gehörigen Prälaten die Plätze zur Rechten, den Abgeordneten der Städte und zweien Prälaten von der 1. und 2. Section in der Mitte, und den Abgeordneten der Freisassen und Bauern nebst den zwei übrigen Prälaten zur Linken angewiesen. Welche Abgeordnete der Prälaten denen der Ritterschaft, der Städte und Bauern beizuordnen seien, bestimmt die Landesregierung.“ Prophete rechts, Prophete links, das Weltkind in der Mitten! — Der Paragraph ist auf Antrag der Commission gestrichen.

Der Entwurf ¹⁾ gelangte sogleich nach der Eröffnung des Landtags an die Stände und ist von den beiden Sectionen, die sich zu diesem Zwecke, nicht ohne Bedenken über die verfassungsmäßige Zulässigkeit eines solchen Verfahrens, vereinigt hatten, unter dem Vorsitz des Schatzraths v. Plessen ²⁾ vom 1. October 1831 an einer allgemeinen Berathung unterzogen. Sie diente dazu, die Ansichten der Versammlung über die hauptsächlichsten Neuerungen des Entwurfs zu klären und der zur näheren Vorprüfung desselben niederzusetzenden Commission betreffs einer Reihe von Fragen bestimmte Wünsche und Anleitungen mit auf den Weg zu geben. Schon in der ersten Sitzung stellte sich in Betreff der Beseitigung der bisherigen Sectionen und der Aufhebung des Uebergewichts der Ritterschaft allseitiges Einverständniß heraus, dagegen hielt man für zweckmäßig, anstatt der vom Landesherrn ernannten Prälaten gewählte Vertreter der höheren Wissenschaften in die Landschaft zu entsenden. Die in der Vorlage gegebenen Bestimmungen über die Art und Weise der zu bewirkenden Trennung des fürstlichen und des Staatshaushalts hielt man für bedenklich und schritt zur Wahl einer besonderen Deputation, die bei dem Ministerium über den eigentlichen Sinn der betreffenden Paragraphen näheren Aufschluß erbitten sollte. Es kam in Frage, ob es sich nicht empfehle, alljährlich einen Landtag zu halten und unter dieser Voraussetzung den Ausschuß als entbehrlich in Wegfall zu bringen, doch fand der Antrag keinen Anklang, da, wenn die Etats nur von drei zu drei Jahren festzustellen seien, die Stände sich häufig ohne genügenden Berathungsstoff versammeln müßten und dann, nach Stoff suchend, „Manches zu Tage fördern würden, was besser unberührt geblieben wäre“. Dagegen soll die Commission prüfen, ob nicht auch der größere Ausschuß wieder einzuführen sei. Für und gegen Oeffentlichkeit der Verhandlungen wird gestritten, endlich noch in Anregung gebracht, daß der Vorlage, ähnlich wie es in anderen Verfassungsurkunden geschehen sei, ein Abschnitt über die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten eingefügt werde.

Nach Beendigung dieser ersten Lesung und nachdem die Stände über eine andere Vorlage, die Uebernahme der Kosten für die zur Abwendung der Cholera getroffenen Vorkehrungen auf die Landessteuerkasse betreffend, Beschluß gefaßt hatten, wurde der Landtag am 12. October 1831 „in Erwägung des Herannahens der asiatischen Cholera“ bis auf Weiteres vertagt, worauf die Commission ³⁾ ihre Arbeit begann. Ueber manche Fragen kam man ohne

¹⁾ Eine Recension desselben, die auf die späteren Anträge der Stände wohl nicht ohne Einfluß geblieben ist, enthält die Schrift des seiner Zeit angesehenen liberalen Publicisten Bötz, *Notum über den Entwurf der revidirten Landschaftsordnung des Herzogthums Braunschweig*, 1831.

²⁾ Des Präsidenten der 1. Section; den Vorsitz in der 2. führte der Magistratsdirector Bode-Braunschweig.

³⁾ Sie bestand aus dem Landdrost v. Gramm-Sambleben, dem Grafen v. Oberg, Rammerrath v. Belthelm, Hofrath Bruns und Geheimrath v. Strombeck als Deputirten der 1., dem Magistratsdirector Bode, Hofrath Hettling, Steuerrath Langerfeldt, Gutsbesitzer v. Unger-Gr. Stöckheim und Kaufmann Grassau als Deputirten der 2. Section.

Schwierigkeit hinweg. In Beziehung auf die Zusammensetzung der Stände entschied man sich, eine Aenderung des § 4 des Entwurfs dahin in Vorschlag zu bringen, daß die Landschaft bestehen solle aus 45 Abgeordneten, von denen 10 aus den Rittergutsbesitzern, 15 aus den Handel oder Gewerbe treibenden Bewohnern der Städte oder den stimmungsführenden Mitgliedern der Magistrate, 10 aus den Besitzern der Freisassen- und Bauernhöfe und 10 mit der allgemeinen Beschränkung, daß unter ihnen zwei Personen der höheren Geistlichkeit des Landes entnommen werden müssen, ohne Rücksicht auf Standesverhältnisse und Wohnort zu wählen seien. Die Eintheilung der Wahlbezirke rief manche Abänderungsvorschläge hervor. Beibehaltung des größeren Ausschusses in einer Besetzung von 13 Abgeordneten, beschränkte Oeffentlichkeit der Verhandlungen unter Ausgabe einer bestimmten Anzahl von Einlaßkarten ward gewünscht, die im § 152 des Entwurfs vorgesehene Abstimmung nach Ständen unter Vorbehalt eines Vermittelungsantrages verworfen, eine Erweiterung der Rechte der Landschaft betreffs der Mitwirkung bei der Gesetzgebung dahin, daß kein Gesetz ohne Zustimmung der Stände zu erlassen sei, sowie grundgesetzliche Anerkennung des Rechts der Unterthanen, mit Bittschriften und Beschwerden sich an die Landschaft zu wenden, für erstrebenswerth bezeichnet. Daneben zahlreiche Anträge von mehr nebensächlicher Bedeutung. Auch die äußere Anordnung des Stoffs in der Vorlage gab zu vielfachen Ausstellungen Anlaß. Die Auseinanderfolge der Einzelbestimmungen des Titels II (Rechte und Pflichten der Landschaft) befriedigte nicht, weshalb eine Umarbeitung dieses Theils des Entwurfs vorgenommen wurde. Man hielt es für richtiger, die ziemlich zahlreich im Titel III der Vorlage enthaltenen Bestimmungen über das Wahlverfahren aus dem Entwurf fortzulassen und sie mit einigen nöthig scheinenden Ergänzungen in ein besonderes Wahlgesetz aufzunehmen; Hettling¹⁾ erhielt den Auftrag, ein solches auszuarbeiten. Diese Beschlüsse führten dann zur wiederholten Besprechung der schon in den Plenarberatungen aufgeworfenen Frage, ob nicht die Vorlage zu einer Verfassungsurkunde, wie deren in mehreren anderen Bundesstaaten kürzlich erlassen seien, umzugestalten, die Ordnung der Verhältnisse der Landschaft zu einem umfassenden Landesgrundgesetz zu erweitern sei²⁾. Demgemäß wurden auch nach dieser Richtung hin dem Staatsministerium Vorschläge unterbreitet.

In den Mittelpunkt aller Commissionsarbeiten jedoch stellte sich die Aufgabe, betreffs der Trennung des fürstlichen und Domanalhaushalts vom eigentlichen Staatshaushalt eine der Regierung und Landesvertretung annehmbare Grundlage für eine Verständigung zu finden. Sie hat unendliche Mühe gemacht.

¹⁾ Joh. Heinr. Aug. Hettling, geb. 1786 zu Blankenburg a. H., seit 1826 Hofrath beim Landesgerichte zu Wolfenbüttel, 1831 auch Propst von Marienberg und als solcher Mitglied der Ständeversammlung, später Oberappellationsgerichtsath und seit 1850 Präsident des Obergerichts, gest. zu Wolfenbüttel am 28. October 1857.

²⁾ In jener Beschränkung des Entwurfs hatte schon die oben erwähnte Schrift von Bölig einen wesentlichen Mangel neben vielfach anerkannten Vorzügen desselben erblickt.

Das Kammergut des fürstlichen Hauses diente seit alten Zeiten, soweit es nicht für den Unterhalt des Regentenhauses in Anspruch genommen wurde, den Zwecken der Landesverwaltung. Wie sich das Verhältniß zuletzt entwickelt hatte, lag den Ständen nur ob, die für Erfüllung der bundesmäßigen Verpflichtungen, für Aussteuer der Prinzessinnen des fürstlichen Hauses und für die nothwendige Vertheidigung des Vaterlandes erforderlichen Ausgaben durch Steuern aufzubringen, daneben auch die Zinsen der Landeschuld abzuführen. Zu den Kosten der Landesvertheidigung wurden außer dem Unterhalt des Militärs herkömmlicher Weise die Legationskosten gerechnet. Auf dem Landtage von 1821 hatte die Landschaft aus Rücksicht auf die Unzulänglichkeit der Kammereinkünfte auch die Kosten des neu errichteten, gemeinschaftlichen Oberappellationsgerichts auf die Landessteuerkasse ¹⁾ übernommen. Im Uebrigen wurde der Staatsbedarf, namentlich die persönlichen wie sachlichen Ausgaben für Rechtspflege und allgemeine Landespolizei durchweg aus der Kammerkasse bestritten. Auf die Verwaltung dieser Kasse hatten die Stände keinerlei Einfluß. Erwiesen sich die Einnahmen des Kammerguts und die hergebrachten Steuern zur Deckung des Staatsbedarfs unzureichend, so trat allerdings die Nothwendigkeit an die Regierung heran, die Unzulänglichkeit der ihr zu Gebote stehenden Mittel der Landschaft glaubhaft darzulegen, um durch Bewilligung einer außerordentlichen Steuer oder durch Uebernahme eines Theils der Kammer Schulden auf das Land die nöthige Beihilfe zu erlangen. Es leuchtet ein, daß diese Art der Wirthschaftsführung die unangenehmsten Verwickelungen nach sich ziehen, ja Regierung und Stände in Betreff der finanziellen Verhältnisse des Landes geradezu in eine feindselige Stellung gegen einander bringen mußte. Die Landschaft gerieth leicht in Versuchung, alle Landesaussgaben thunlichst, auf die Kammerkasse abzuschieben, wogegen die Regierung sich auf den Einwand zurückzog, daß die Kammerkasse sie zu tragen außer Stande sei. Dieser Widerstreit beherrschte eigentlich seit den letzten beiden Jahrhunderten die ganze Verfassungsgeschichte des Staates. Zugleich aber gefährdete die bestehende Einrichtung auch die Wohlfahrt des Landes insofern, als sie für eine ordnungsmäßige Bewirthschaftung des Kammergutes durchaus keine Sicherheit darbot. Gewiß hatte der Landesherr, schon um hinsichtlich der Gestaltung seiner Hofhaltung seinen Neigungen und Launen keinen Zwang antun zu müssen, das dringendste Interesse daran, die Einkünfte des Kammergutes möglichst in die Höhe zu bringen, allein die Gefahr lag doch nahe, daß dabei weder auf die Bedürfnisse des Landes, noch auf die Zukunft Rücksicht genommen wurde — es sind Beispiele genug dafür vorhanden —, daß ferner zum Zweck einer augenblicklichen Vermehrung der Einnahmen die nothwendigen Wirthschafts- und Verwaltungsausgaben herabgedrückt und damit die nachhaltige Ertragsfähigkeit der Güter beeinträchtigt wurde. Zu verschiedenen Malen, zuletzt noch bei der Berathung der E. L. D., hatten daher die Stände

¹⁾ Unter Verwaltung des vom Landesherrn und den Ständen gemeinschaftlich besetzten Landessteuercollegiums, s. oben S. 23.

den Versuch gemacht, eine gewisse Theilnahme an der Verwaltung des Kammerguts zu erlangen, allein stets ohne Erfolg.

Nun gingen die Vorschläge der Regierung, wie sie in den §§ 102 bis 104 der Vorlage enthalten waren, dahin, daß durch eine Uebereinkunft zwischen dem Landesherrn und den Ständen die Summe festzusetzen sei, die jährlich von den Kammereinkünften nach Abzug der Kosten des fürstlichen und Domaniaalhaushalts auf andere Staatszwecke verwendet werden könne, daß die betreffende Abversionalsumme durch Besteuerung der Domänen, wie durch Ueberweisung anderer Kammereinkünfte aufgebracht und an die Landessteuercasse gezahlt werden solle und daß nach Maßgabe dieser — seitens der Landesherrschaft kündbaren — Uebereinkunft alle Lasten des Staatshaushalts, sowie jeder zur Erreichung des Staatszwecks erforderliche Aufwand und alle dahin gehörigen Ausgaben, die bisher von den Einkünften der Domänen und Regalien gezahlt seien, aus der Landessteuercasse zu bestreiten sein würden. Wie oben erwähnt, hatten diese Bestimmungen schon bei den ersten Plenarberatungen der Landschaft Widerspruch gefunden. Die Stände vertraten dabei die Ansicht, daß das Kammergut nicht nur etwa aushilfsweise zu allgemeinen Landeszwecken in Anspruch zu nehmen sei, sondern daß es von jeher vorzugsweise dafür gedient, der Bedarf des Landesherrn hinter den Anforderungen des Staates daher von Rechts wegen zurück zu stehen habe. In folgerechter Durchführung dieses Grundsatzes kamen sie zu dem Ergebnis, daß, wenn überhaupt eine Auseinandersetzung der Nutzungsberechtigten eingeleitet werden solle, nicht das Land, sondern der Landesherr die Rolle des Abfindlings zu übernehmen habe. Demnach war bereits in der Plenar Sitzung vom 4. October 1831 auf Antrag Bode's¹⁾ eine Umkehrung der von der Regierung vorgeschlagenen Uebereinkunft dahin gutgeheißen, daß eine gewisse Anzahl von Domänen ausgesondert werden möge, deren Ertrag für den fürstlichen Hofstaat bestimmt bleibe, wogegen alle übrigen Güter, Regalien und sonstigen bei der Kammer verwalteten Aufkünfte dem Finanzcollegium zur Bestreitung des Staatshaushalts zu überweisen seien. Die Ausführbarkeit dieses Plans ward in der Commission eingehend berathen, auch vom Ministerium in Erwägung genommen; es ergaben sich indessen bald Bedenken, die in den Commissionsitzungen vom 10. und 11. November 1831 lebhaft erörtert sind. Bruns²⁾ wies darauf hin, daß mit der Aussonderung von Domänen dem Landesherrn gerade die Nutzung desjenigen Theils des Staatsvermögens in die Hände gegeben

¹⁾ Wilhelm Bode, geb. am 18. Mai 1779 zu Königsutter, seit 1825 Magistratsdirector zu Braunschweig, in dieser Stellung um Förderung des städtischen Gemeinwefens, wie namentlich um Hebung des Volksschulwesens, der Wohlthätigkeits- und Armenanstalten unablässig bemüht, daneben seinen Neigungen zu geschichtlichen Studien folgend, bis in seine letzten Jahre hinein schriftstellerisch vielfach thätig, im Ruhestand seit 1848, gest. am 20. Mai 1854. Auf dem Convocationstage von 1829 in den großen Auschuß gewählt, gehörte Bode der Ständeversammlung und dem Auschuß, dem letzteren als Präsident, ununterbrochen bis 1849 an.

²⁾ Joh. G. Theod. Bruns, geb. am 10. Mai 1786 zu Helmstedt, 1831 Hofrath am Landesgerichte in Wolfenbüttel, gleich seinem Freunde und Gesinnungs-

werde, der den bereitesten und sichersten Ertrag vom Grundeigenthum unmittelbar gewähre, daß auf das Land aber die Gefahr des Wechsels in den Erträgen der übrigen Domanialnutzungen und Gefälle übergehe und daß die getrennte Verwaltung der für den Landesherrn ausgeschiedenen und der dem Lande verbleibenden Domänen erhebliche Kosten verursache, die bei der gemeinschaftlichen Verwaltung des gesammten Kammerguts größtentheils erspart würden. Langerfeldt ¹⁾ machte darauf aufmerksam, daß nach den letzten Kammerkassenrechnungen die gesammten Domänen des Landes nur einen Ertrag von 155 713 Thlr. abgeworfen hätten und daß man daher zur Beschaffung der für den fürstlichen Haushalt angeforderten Mittel auch auf die Forsten ihrem Hauptbestande nach ²⁾ werde greifen müssen. Uebereinstimmend erkannte man an, daß den einfachsten Ausweg aus den obwaltenden Schwierigkeiten die Vereinbarung einer Civilliste für den Landesfürsten darbieten werde, war aber bei der bekannt gewordenen Abneigung ³⁾ des Herzogs gegen einen derartigen Ausgleich im Zweifel, ob es räthlich sei, den Gedanken weiter zu verfolgen. Indessen stimmte man schließlich doch allseitig einem Antrage von Bruns bei, der, wenn er auch — nicht der Form nach, aber in der Sache selbst — dem Vorschlage einer Civilliste sich näherte, seinen Einzelheiten nach geeignet schien, die Bedenken der Regierung zu überwinden. Dieser Antrag ging dahin: Das gesammte Staatsvermögen, einschließlich des Kammerguts, wird durch die verfassungsmäßige Finanzbehörde unter landesherrlicher Oberaufsicht und ständischer Mitaufsicht verwaltet. Vom Ertrage des Kammerguts verbleibt dem Landesherrn für den Bedarf seiner Hofhaltung jährlich diejenige Summe, welche $\frac{1}{3}$ von der gesammten Jahreseinnahme aus den Erträgen des in Grundeigenthum, Capitalvermögen und Realprästationen bestehenden Kammerguts ausmacht. Diese Quote wird entweder für das einzelne Rechnungsjahr oder für die Finanzperiode nach der jährlich oder in einem größeren Zeitdurchschnitt wirklich er-

genossen Hettling ein scharfsinniger, gelehrter Jurist, gest. am 17. September 1835 als Director des Kreisgerichts in Braunschweig. Er war der Vater des bekannten Romanisten Georg Bruns in Berlin und des nicht minder berühmten Tübinger Professors der Chirurgie Victor v. Bruns.

¹⁾ Jac. Friedr. Langerfeldt (Vater des späteren Ministers, Geheimraths Langerfeldt), geb. am 29. April 1773 zu Hannover, ursprünglich Kaufmann, aber schon am Beginn des 19. Jahrhunderts in der Stadtverwaltung zu Braunschweig, namentlich auf dem Gebiet des Armenwesens als Obercommisär thätig, am 6. December 1820 von der 2. Section der Landschaft zum Mitgliede des Landessteuercollegiums gewählt, in der Ständeverammlung von 1831 vielbeschäftigt und namentlich in Finanzangelegenheiten sehr angesehen. Er wurde gegen Ausgang des Jahres 1832 als Mitglied des Herzogl. Finanzcollegiums in den Staatsdienst übernommen, schied aus der Ständeverammlung aus und starb als Geheimer Finanzrath a. D. zu Braunschweig am 15. December 1849.

²⁾ Gesammtertrag der Forsten damals auf 150 601 Thlr. angegeben.

³⁾ Den Grund derselben glaubte man in der Besorgniß des Herzogs vor einer Mediatisirung der kleineren deutschen Fürsten erblicken und auf die Erwägung zurückführen zu müssen, daß in einem solchen Falle Einkünfte, die auf Grundbesitz ruheten, für sicherer zu halten seien, als eine Geldrente.

hohenen Einnahme festgestellt, wobei die für abgelöste Dienste und Grundabgaben, ferner als Kauffumme für veräußerte Domanialzubehörungen und Berechtigungen zur Einnahme gelangenden Capitalien zur Tilgung von Staatsschulden verwandt und die vierprocentigen Zinsen derselben in der Einnahme vom Kammergut berechnet werden. Die auf dem Kammergut haftenden Schulden werden ausschließlich von der Staatskasse verzinst und planmäßig abgetragen. Um welchen aliquoten Theil die dem Landesherrn vorbehaltene Summe im Fall seiner Vermählung oder der nothwendigen Gewährung von Witthumsberechtigungen, wie von Apanagen für Prinzen des fürstlichen Hauses zu erhöhen ist, unterliegt der weiteren Uebereinkunft zwischen Landesherrn und Ständen.

Nachdem man noch beschlossen hatte, der Regierung nöthigenfalls so weit entgegenzukommen, daß ein bestimmter Mindestbetrag des landesfürstlichen Reservats festgestellt und Nachzahlung des demnach etwa Erforderlichen verbürgt werden solle, sandte die Commission den Antrag in einer vorsichtig verallgemeinerten Fassung (Bestimmung einer Quote des reinen Domanialeinkommens zur Bestreitung des fürstlichen Bedarfs und gemeinschaftliche Verwaltung des Domanialguts durch ein gemischtes Collegium) unterm 12. November 1831 an das Staatsministerium ab, aber schon wenige Tage darauf kam die Antwort, daß er hauptsächlich wegen der geforderten Mitverwaltung des Kammerguts nicht annehmbar sei. Sonach schien kaum etwas anderes übrig zu bleiben, als zum ursprünglichen Ausgangspunkte der Verhandlungen — Ausscheidung eines Theils der Kammergüter für den Unterhalt des Landesherrn und der Hofstatt — wieder zurückzukehren. Auf dieser Grundlage ist denn auch in den nächsten Monaten verhandelt. Zu Anfang December legte die Commission dem Ministerium einen von Vobe ausgearbeiteten Entwurf des mit der Regierung abzuschließenden Vertrags vor. Laut desselben sollen die Einkünfte gewisser, noch näher zu bestimmender Kammerämter, Forsten und Bergwerke in die Herzogl. Hofstaatskasse unmittelbar abgeführt werden, das gesammte zur Bestreitung der Staatsausgaben bestimmte Einkommen von Staatsgütern, Domänen und Steuern in einer Kasse, der Staatsfinanzkasse, eingezogen und berechnet, diese Kasse unter das Staatsfinanzcollegium gestellt und von dessen Mitgliedern die Hälfte durch die Stände, vorbehaltlich des Bestätigungsrechts des Landesherrn und unbeschadet der Fortdauer ihrer Eigenschaft als „ständischer Diener und beratthender Mitglieder des engeren Ausschusses“ gewählt werden. Da die Kosten des Hofstaats fortan in einer besonderen Kasse zur Vereinnahmung und Verrechnung gelangen würden, so hatte der Entwurf diejenigen Aufwendungen zusammengestellt, die unter dem Bedarf des Landesherrn und des fürstlichen Hauses zu begreifen seien. Alle nicht auf den Hofstaat sich beziehenden Etats, auch die der Klostergüter und des von der Universität Helmstedt herrührenden Studienfonds sollten vom Staatsfinanzcollegium, also bei dessen Zusammensetzung unter Mitwirkung der Stände, revidirt, festgestellt und controlirt werden. Weitere Bestimmungen regelten Organisation und Geschäftskreis dieser Behörde.

Die Regierung erklärte sich mit dem Grundgedanken dieses Entwurfs zwar einverstanden, wick aber bezüglich der Ausführung desselben ganz erheblich von den Wünschen und Hoffnungen der Commission ab. In einem vom Ministerium der Commission übermittelten Gegenentwurf¹⁾ wurden sämmtliche Domänen, Forsten und Bergwerke, Salinen, Glas- und Zieglhütten, Steinbrüche, Kalk- und Gyps Brennereien, Braunkohlengruben und Torfstiche, die Porcellanfabrik und die Münze (also der jetzt im § 162 der N. L. = D. angegebene Vermögensbegriff) als Herzogl. Kammergut nebst den Herzogl. Schlössern und den der Hofhaltung gehörigen Gebäuden, Anlagen und Inventarien für den Landesherrn in Anspruch genommen, so daß für Zwecke des Staats nur zurückblieben die Einkünfte aus den zu den Domänen gehörigen, der Ablösung unterworfenen Zehnten, Diensten, Korn- und Geldgefällen. Zugleich aber trat der Entwurf dem Versuch der Commission, den Ständen durch die aus ihnen zu wählenden Mitglieder des Finanzcollegiums auf die gesammte Finanzverwaltung des Landes Einfluß zu sichern, entgegen, indem diese Behörde nur aus vom Landesherrn ernannten Beamten zusammengesetzt und gleich den übrigen Landesbehörden der Regierung unterstellt wurde.

Die Commission war durchaus nicht gewillt, die in diesen Gegenvorschlägen enthaltenen Forderungen zuzugestehen. Sie hob hervor, daß die Auscheidung der Hauptmasse des Kammerguts weit über den Bedarf des Landesfürsten, auch wenn er die auf dem Kammergut lastenden Ausgaben (darunter auch die Besoldung der betreffenden Beamten) übernehme, hinausgehe, daß für die Zukunft eher eine Steigerung als eine Abnahme in den Kammerkünften zu erwarten sei und daß schon zur Sicherstellung des „Staatsgrundvermögens“ gegen Eigenmächtigkeiten, wie sie unter der Regierung des Herzogs Karl vielfach vorgekommen seien, eine Einwirkung auf die Verwaltung des Kammerguts den Ständen nicht versagt werden dürfe. Das Ministerium erwiderte darauf, daß bei erheblichen Steigerungen der Kammerkünfte die Besteuerung der Domänen und Forsten den Ständen das geeignetste Mittel an die Hand gebe, um die Ueberschüsse in die Staatskasse zurückfließen zu lassen, daß aber eine Einmischung der Landschaft in die Verwaltung des landesfürstlichen Domanium zu keiner Zeit zuzulassen sei und auch künftighin um so weniger in Frage kommen könne, als in der dem Finanzcollegium anheimfallenden Aufsicht über Rechnungs- und Kassenwesen beim Kammergut die unter den obwaltenden Verhältnissen einzig mögliche Sicherung gegen Gefährdungen zu finden sei. Dagegen erklärte sich die Regierung, um die Bedenken der Commission zu beschwichtigen, bereit, in den Vertragsentwurf einige Zu-

¹⁾ „Entwurf einer zwischen der Landesherrschaft und den Landständen über die Trennung des Fürstl. Haushalts vom Staatshaushalt und über die Organisation der Finanz-Verwaltungsbehörde zu treffenden Vereinbarung.“ Er enthält 64 Paragraphen, von denen die meisten die Verfassung und den Geschäftskreis der zu bildenden Finanz-Verwaltungsbehörden, der Kammer, der Ober-Steuerdirection, der Ober-Baudirection und des Finanzcollegiums betreffen. Sie haben die Grundlagen zu den später erlassenen, einzelnen Organisationsgesetzen abgegeben.

satzbestimmungen aufzunehmen, deren eine die fortdauernde Rechtsgültigkeit des Edicts vom 1. Mai 1794 ausdrücklich anerkannte und deren andere den Ständen die Befugniß einräumte, Nachweisungen darüber zu verlangen, daß auf die Unterhaltung der Gebäude bei den Domänen, sowie auf die Forstcultur und auf die Instandhaltung der Berg- und Hüttenwerke die zur Sicherung eines nachhaltigen Ertrages erforderlichen Verwendungen gemacht worden seien (Schreiben vom 17. Februar 1832). Da aber diese Zugeständnisse der Commission nicht genügten, so schien man zu Ausgang Februar 1832, nachdem seit den ersten Plenarberathungen fast 6 Monate verflossen waren, von einer Einigung noch ebenso entfernt zu sein, als beim Beginn der Verhandlungen.

Inzwischen muß jedoch, noch während diese Erörterungen im Gange waren, in vertraulichen Besprechungen einzelner Mitglieder der Commission mit dem Ministerium, namentlich dem spiritus rector desselben, Geheimrath v. Schleinitz¹⁾, die Frage einer Civilliste wieder in Anregung gebracht sein²⁾. Es scheint, als ob namentlich Bode im Verlaufe der Unterhandlungen die bedenklichen Seiten des bislang von ihm befürworteten Planes mehr und mehr erkannt habe und

¹⁾ Wilhelm v. Schleinitz, geb. am 4. Juni 1794 zu Blankenburg a. S., hatte als Student 1814 den Feldzug nach Brabant mitgemacht und 1815 als Lieutenant bei Waterloo gefochten, wurde 1818 Assessor am Landesgerichte, 1823 von den Ständen zum ordentlichen Mitgliede dieses Gerichts gewählt, trat 1830 in das Ministerium zunächst nur als beratendes Mitglied ein, übernahm aber schon das Jahr darauf als wirklicher Geheimrath die Leitung der Justiz und der auswärtigen Angelegenheiten. Ein äußerst scharfsinniger und kenntnißreicher Jurist von gründlicher Bildung und staatsmännischer Tüchtigkeit, dem das Land namentlich auf dem Gebiet des Rechtswesens Vieles zu danken hat, von einer Energie, die sich gelegentlich zur Herrschsucht steigerte und nicht frei von einem gewissen Hange zum Bureaukratismus, dem feudalen Adel verhaßt, aber auch bei den Beamten seines Dienstzweiges mehr gefürchtet als beliebt, dabei seiner vielseitigen Fähigkeiten wegen der Regierung unentbehrlich und von erprobter Rechtschaffenheit, war Schleinitz, seit 1843 Staatsminister, der einzige vormärzliche Minister in Deutschland, der seine Stellung auch in den Stürmen des Jahres 1848 bewahrt hat. Er starb am 3. November 1856. Ein jüngerer Bruder von ihm war der spätere preussische Hausminister Alexander v. Schleinitz. Näheres über ihn enthält der Lebensabriß (von P. Zimmermann) in der allgemeinen deutschen Biographie, Bd. 31, S. 459.

²⁾ Die Acten der landschaftlichen Registratur sind hier lückenhaft. Verschiedene Schriftstücke, auf die in den Commissionsprotokollen Bezug genommen wird, fehlen. Auch wird die Feststellung der Zeitfolge der vorhandenen Schriftstücke dadurch erheblich erschwert, daß Vieles gar nicht mit einem Datum versehen ist. Die Unvollständigkeit der Acten ist schon auf dem Landtage von 1834 zur Sprache gekommen. Uebrigens hatte die Commission bei dem Beginne ihrer Berathungen beschlossen, die Verhandlungen mit dem Ministerium, soweit irgend anständig, nur mündlich zu führen. Manche Aenderungen im Entwurfe der R. L.-O. und des Nebenvertrages sind offenbar mit dem Geheimrath v. Schleinitz nur mündlich beredet und dann sofort in den späterhin der Landschaft vorgelegten, neuen Entwurf eingetragen. — Aus den Acten des Herzogl. Staatsministeriums, deren Einsicht mir freundlichst gestattet ist, läßt sich hinsichtlich der Verhandlungen, die zum Abschluß des Finanz-Nebenvertrages führten, überhaupt nur sehr wenig entnehmen.

num mit Entschiedenheit für Aufstellung einer „fixirten, indisputablen Civil-
liste“ eingetreten sei. Er verhandelte nebst dem Landsyndicus darüber mit den
Ministern und auf seinen Vortrag erklärte die Commission am 2. März 1832
sich geneigt, auf Feststellung einer jährlichen Summe für den Bedarf des
Landesherrn und seines Hofstaats einzugehen, wenn diese Summe auf das Ge-
samt-Domanium ohne Ausscheidung einzelner Gegenstände reducirt werde,
wobei es sich von selbst verstehe, daß „die bisherige staatsrechtlich feststehende
Qualität des Domanium durchaus nicht alterirt werde“, — jedoch unter dem
Vorbehalt, daß der Etat über das Kammergut künftig ebenmäßig, wie die
Etats über die anderen Zweige der Staatsverwaltung, mit den Ständen fest-
gestellt würden.

Es läßt sich mit einigem Grund vermuthen, daß der Herzog bei seinem
anfänglichen Widerstande gegen die Ueberweisung einer Civilliste weniger von den
seits der Commission ihm untergelegten Bedenken (S. 42, Anm. 1) geleitet
wurde, als von der Besorgniß, daß die Annahme einer festen Geldrente einer Ver-
zichtleistung auf die ihm, bzw. seinem Hause an dem Domanium zustehenden
privaten Rechte gleichachtet werden könne. Da nach der Erklärung der
Commission diese Deutung fortan ausgeschlossen war, auch die Zeit zum Ab-
schluß drängte, so zögerte die Regierung nicht länger, ihrerseits ihre Forderungen
zu stellen¹⁾, die im Wesentlichen darauf hinausliefen, daß als Betrag des
landesfürstlichen Reservats die Jahressumme von 245 000 Thalern²⁾ nebst den
Zinsen des sogenannten Bevern'schen Capitals und behufs der Deckung der
Kosten des Neubaus und der ersten Einrichtung eines neuen Residenzschlosses
die Bewilligung einer auf den Credit des Kammergutes aufzunehmenden An-
leihe von 600 000 Thalern³⁾ in Anspruch genommen werde. Ueber diese Be-
dingungen und über die Frage, ob die Finanzen des Landes ohne Erhöhung
der Steuern und ohne Beschränkung der zur Schuldentilgung zu verwendenden
Summen die Zahlung der landesfürstlichen Rente im angeforderten Betrage

¹⁾ Sie sind enthalten in der „schließlichen Erklärung über die bei der be-
absichtigten Sonderung des Fürstl. Haushalts vom Staatshaushalt an noch unerledigt
gebliebenen Gegenstände“. Das Schreiben ist bei der Commission eingegangen am
13. April 1832 und nachträglich datirt als Schreiben vom 22. Februar 1832. Ist
letztere Datirung richtig, so bestätigt sie, daß schon während der Verhandlungen
über Aussonderung des Kammerguts für den Landesherrn auch das Ministerium
den Ausweg der Feststellung einer Civilliste ernstlich ins Auge gefaßt hat.

²⁾ Vom Staatsministerium war, als es noch in dessen Absicht lag, die Domänen,
Forsten, Bergwerke u. s. w. bis auf die ablösbaren Gefälle dem Landesherrn zur
Nutzung zu überweisen, eine Berechnung aufgestellt, nach welcher die Einnahmen der
dem Landesfürsten verbleibenden Kammergüter auf 435 679 Thaler und die auf
diesen Gütern lastenden Ausgaben (Unterhaltungskosten, Besoldungen, aufzuliegende
Steuern) auf 194 414 Thaler sich beliefen, so daß zur Bestreitung der Hofhaltung
ein Ueberschuß von 241 265 Thalern zurückblieb.

³⁾ Die Gesamtkosten des Baues waren auf 822 000 Thaler veranschlagt.
Zur Bestreitung dieser Kosten oder anderer Staatsausgaben war der Herzog erbdtig,
während der nächsten sechs Jahre sich jährlich 25 000 Thaler von dem Betrage der
Civilliste absetzen zu lassen. F. N. B. Art. 1.

würden ermöglichen lassen, ist dann noch zwischen der Commission und dem Ministerium bis Ende Juli 1832 verhandelt. Ebenso wenig indessen, wie die erstere ihr Begehren, der Ständeversammlung eine Mitwirkung bei der Feststellung der Kammerkassen-Etats zu sichern, durchzusetzen vermochte, gelang es ihr, eine Herabminderung des Reservats auf die von ihr für ausreichend erachtete Summe (220 000 Thaler) zu erreichen. Die Regierung beharrte dabei, daß der beanspruchte Jahresbetrag zur Erhaltung des Ansehens und der Würde des fürstlichen Hauses erforderlich sei und zugleich von den Einnahmen des Landes ohne neue Steuerauflagen erübrigt werden könne. Das einzige Zugeständniß an die Commission lag darin, daß auf ihren Wunsch das der Hofhaltung des Landesherrn vorbehaltene Landgestüt auf den Kammerkassen-Etat übertragen wurde, der betreffende Etatsansatz zu jährlich 8000 Thaler von der Civilliste demnach in Abstrich kam und somit die Jahressumme der letzteren auf 237 000 Thaler sich beschränkte. Da auf weitere Nachgiebigkeit nicht zu rechnen war, und die Commission anzuerkennen hatte, daß in manchen anderen Verfassungsfragen von Erheblichkeit ein weitgehendes Entgegenkommen von der Regierung bewiesen war, so ließ sie schließlich ihren Widerstand fallen und war bereit, bei der Ständeversammlung den Abschluß eines Finanzvertrages auf den gegebenen Grundlagen zu befürworten.

Mittlerweile hatten auch die Verathungen über die revidirte Landschaftsordnung selbst einen guten Fortgang genommen. Der Geheimrath v. Schleinitz war anfänglich zwar von dem Wunsche der Stände, die Landschaftsordnung zu einem umfassenden Landesgrundgesetz ausgestaltet zu sehen, durchaus nicht erbaut, bemerkte, daß die Regierung Bedenken tragen müsse, den einmal eingeschlagenen Weg zu verlassen, zumal sie ihn auf dringenden Wunsch eines großen Theils der Landeseinwohner betreten habe und die höheren politischen Gründe, die ihn veranlaßt hätten, in sehr verstärktem Maße fortbauerten, und machte auch sonst aus seiner Abneigung gegen eine „neumodige“ Verfassung kein Hehl¹⁾. Als dann aber die Commission dem Ministerium eine „vorläufige Zusammenstellung der Grundprincipien, auf deren Aufnahme in die Landschaftsordnung sie ihre ferneren Anträge richten müsse“²⁾, mit der Bitte

¹⁾ In seinen Bemerkungen zu dem betreffenden Commissionsentwurf heißt es: „Ueberdies lehrt auch schon jetzt die Erfahrung, daß die schönen allgemeinen Phrasen, die zu einer solchen Verfassung gehören und die eigentlich keinen praktischen Werth haben, doch gerade ihrer Allgemeinheit wegen eines großen Mißbrauchs fähig sind, wie denn z. B. in Hessen aus der Freiheit der Person das Recht der Civilbedienten abgeleitet wird, dem Landesfürsten mit großen Schnurbärten wider dessen Willen vor die Augen zu kommen. Es wird daher nothwendig sein, auf dem eingeschlagenen Wege zu bleiben.“

²⁾ Diese Zusammenstellung, die von Bruns herrührt, handelt in ihren einzelnen Theilen 1. von den allgemeinen Rechten und Pflichten der Landeseinwohner; 2. vom Staatsdienst; 3. von der Rechtspflege; 4. von Kirchen, Unterrichtsanstalten und milden Stiftungen; 5. von den Gemeinden und Gemeindebehörden, entsprechend den Capiteln II (§ 24 bis 40), V (§ 153 bis 160), VII (§ 191 bis 210), VIII (§ 211 bis 230) und III (§ 40 bis 56) des jetzigen Inhalts der A. L. = O. Die

einreichte, daß die Regierung zur Vervollständigung des Grundgesetzes auch die Bestimmungen zusammentragen lassen möge, die über Regierungsform, Untheilbarkeit des Landes, Thronfolge, Regentschaft und dergleichen im pactum Henrico-Wilhelminum und anderen Hausverträgen enthalten seien¹⁾, unterwarf er die betreffenden Vorschläge im Einzelnen wohl einer scharfen Kritik, beseitigte Manches, was ihm mit dem „monarchischen Princip“ nicht im Einklang zu stehen schien, aber beharrte doch nicht länger bei der grundsätzlichen Verneinung, verhandelte auch wiederholt mit den Deputirten der Commission (Bruns, Fetting, v. Cramm) und ließ Anfangs Juli 1832 der letzteren selbst eine in Gemäßheit ihrer Vorschläge zusammengestellte „Neue Redaction der Landschaftsordnung“ (zweiter Entwurf) zugehen, die den gesammten Rechtsstoff in sich aufgenommen hatte, welcher uns gegenwärtig in der neuen Landschafts-Ordnung vorliegt, und die auch in der Eintheilung desselben und der Reihenfolge der einzelnen Paragrapheu ihr völlig gleicht. In Beziehung auf die Zusammensetzung der Ständeversammlung bietet sie wesentliche Unterschiede gegenüber der früheren Vorlage dar. Die Zahl der Abgeordneten der Ritterschaft und der Freisassen und Bauern ist je um drei, die der Städte um einen Abgeordneten vermindert, die Vertretung der Prälaten, soweit sie auf Ernennung seitens des Landesherrn beruht, den Wünschen der Stände gemäß beseitigt. Die der Ritterschaft, den Städten, den Freisassen und Bauern verbliebenen Abgeordneten müssen nun sämmtlich aus den betreffenden drei Standesclassen gewählt werden. Dagegen treten der Ständeversammlung zu 16 Abgeordnete, die gemeinschaftlich von diesen drei Standesclassen aus „Männern der höheren Geistesbildung“ gewählt werden, und zwar sollen nach der Landschafts-Ordnung (§ 79) zwei derselben der höheren Geistlichkeit bis zum Superintendenten einschließlichs angehören, nach dem Wahlgesetz dagegen (§. 71) vier aus den auf Lebenszeit ernannten 12 Prälaten und nur, falls diese aus gesetzlichen Gründen die Wahl ablehnen zu müssen im Voraus erklärt haben, aus einer vom Staatsministerium aufzustellenden, die nicht entschuldigten Prälaten und höhere Staatsbeamte umfassenden Liste von 12 Personen gewählt werden, während für die übrigen zehn weitere Beschränkungen nicht bestehen. Somit setzte sich die Ständeversammlung zusammen aus 48 Abgeordneten, nämlich 10 der Ritterschaft, 12 der Städte, 10 der Fleckenbewohner, Freisassen und Bauern und 16 der gemeinsam zu wählenden Abgeordneten (§ 60). Die Ritterschaft war zu einem Wahlkreise vereinigt, die Eintheilung der städtischen und ländlichen Wahlbezirke mehrfach verändert (§ 61 bis 64). Der größere Ausschuss war nicht wieder hergestellt, die Zahl der Mitglieder des allein vorgesehenen, an die Stelle des ehemaligen engeren Ausschusses tretenden neuen Ausschusses dagegen um zwei vermehrt, auch bestimmt, daß eine jede der drei Standesclassen in diesem Aus-

Capitel IV (§ 57 bis 152) und — wenigstens in den grundlegenden Bestimmungen — VI (§ 161 bis 190) lagen im Entwurfe der revidirten L.-O. bereits vor; die gleichfalls darin enthaltenen Bestimmungen über das Wahlverfahren und die Geschäftsordnung sind in die betreffenden Sondergesetze übertragen.

¹⁾ Das spätere Capitel I (§ 1 bis 23) der N. L.-O.

schoß durch je ein Mitglied vertreten sein müsse (§ 87). Bei der Abstimmung sollte es der Mehrheit von zwei Dritteln sämmtlicher Stimmen fernerhin nur bei Aenderungen der Landesverfassung, nicht auch der Steuerverfassung bedürfen (§ 141). Die Abstimmung nach Ständen war ersetzt durch die Bestimmung, daß bei einer beabsichtigten Aenderung in der Vertretung einer der drei Standesclassen es neben der hier erforderlichen Stimmenmehrheit (zwei Dritteln der Landschaft) zugleich auch der Mehrzahl der Stimmen des betheiligten Standes bedürfe (§ 142).

Die Commission, welcher zugleich mit dem Entwurfe oder doch bald nachher auch die in Betreff der Organisation der Finanzverwaltungsbehörden zu erlassenden Gesetze, sowie der Entwurf des Wahlgesetzes, der Geschäftsordnung für die Landesversammlung und eines Civilstaatsdienstgesetzes zugehen, berieth über alle diese Vorlagen in der Zeit vom 5. Juli bis zum 18. August 1832. Ihre Verhandlungen gingen schnell von Statten. Die zu der neuen Redaction der Landschaftsordnung gestellten Anträge sind nicht zahlreich, der erheblichste betrifft die ständische Mitwirkung bei der Gesetzgebung. Das Ministerium fügte die Aenderungen, mit denen es einverstanden war, in den Entwurf ein und ließ die so eingebesserte Vorlage (dritter Entwurf) als „Neue Landschafts-Ordnung“ mittelst Rescripts vom 12. August 1832 sämmtlichen Ständemitgliedern zugehen. Am 27. August trat dann die Landschaft wieder zusammen. Unter den zahlreichen Vorlagen, über die sie zu beschließen hatte, befand sich auch der inzwischen ausgearbeitete Entwurf des „Nebenvertrages, die Ordnung des Finanzwesens“ betreffend, in welchem außer den Vereinbarungen über die Civilliste und der Feststellung der Etatschemata eine Reihe von Bestimmungen aufgenommen war, die man sonst dem Landtags-Abschiede vorzubehalten pflegte. In der Ständeverversammlung wurde zu der „Neuen Landschafts-Ordnung“ nur eine mäßige Anzahl von Aenderungsanträgen eingebracht und zu lebhafteren Verhandlungen führten eigentlich allein die §§ 9 (Rechte der Stände bei Feststellung des Militär-etats) und 168 der Vorlage. In Beziehung auf letzteren griff v. Cramm mit Entschiedenheit den schon von der Commission vertretenen Anspruch wieder auf, daß auch die Feststellung des Kammer-Etats unter ständischer Mitwirkung auf gleiche Weise erfolge, wie die des Staatshaushaltsetats. Indessen wurde der Antrag, zunächst bis zur Berathung des Finanznebenvertrages zurückgestellt, von der ersten Section nur mit geringer Stimmenmehrheit angenommen, von der zweiten zurückgewiesen¹⁾, schließlich dem Anheimgaben der Ausgleichs-commission entsprechend von beiden Sectionen abgelehnt²⁾. Während das Wahlgesetz nur zu wenigen Ausstellungen Anlaß bot, rief der Entwurf der Geschäftsordnung eine mehrtägige Verhandlung über die Frage der Oeffentlichkeit der Ständeverathungen und in deren Folge gleichfalls widersprechende Beschlüsse der Sectionen hervor, bis man übereinkam, von der Zulassung von

¹⁾ Auch jetzt beriethen die Sectionen gemeinsam, doch stimmte eine jede für sich besonders ab.

²⁾ Das Nähere siehe in Anmerkung 2 zu § 168 der N. L.-O.

H a m m, Verfassungsgeetze.

Zuhörern in den Sitzungen der Stände einstweilen noch abzusehen, aber die Sitzungsprotokolle — allerdings ohne Nennung der Namen der Antragsteller und Redner — durch den Druck zu veröffentlichen¹⁾.

Nachdem die Stände den gesammten Arbeitsstoff durchberathen hatten, machten die Rückäußerungen der Regierung nochmals eine Wiederaufnahme der Verhandlungen nöthig. Am 6. October 1832 waren sie zu Ende gebracht. Ohne Zögern wurde noch am gleichen Tage zur entscheidenden Abstimmung geschritten. Landesgrundgesetz, Wahlgesetz, Geschäftsordnung, Finanz-Nebenvertrag, die Gesetze über Organisation der Kammer, der Steuerdirection, des Finanzcollegiums, der Kreisdirectionen und der Ministerialcommission, endlich das Civilstaatsdienstgesetz — sämmtlich ein und derselben Schlußabstimmung unterstellt — gelangten in beiden Sectionen zur einstimmigen Annahme, worauf das Präsidium ersucht ward, diesen Beschluß zur Kenntniß der Landesregierung zu bringen und dabei die Dankesgefühle auszusprechen, von denen die Ständeverammlung dem Herzog gegenüber wegen der huldvollen Berücksichtigung ihrer Wünsche durchdrungen sei. Einige Tage vergingen noch mit Feststellung der nöthigen Uebergangsbestimmungen; man verständigte sich dahin, daß bis zur Eröffnung der neuen Ständeverammlung die beiden Sectionen der Landschaft die Rechte der künftigen Versammlung und zwar unter den noch bestehenden Formen, der engere und größere Ausschuß aber die dem künftigen Ausschuß obliegenden Befugnisse auszuüben hätten, und man ermächtigte die Regierung, den Staatshaushaltsetat für das Jahr 1833, jedoch ohne Erhöhung der bisherigen Steuern, in der durch die neue Landschaftsordnung und den Finanz-Nebenvertrag vorgeschriebenen Form aufzustellen und zu vollziehen. Der engere und der größere Ausschuß ward durch Neuwahlen ergänzt, der Landtags-Abschied von einer Commission entworfen und seitens der Landschaft genehmigt. Am 12. October 1832 fand darauf der feierliche Schluß des Landtages statt. Im Bevernschen Schloß richtete nach Verlesung des Landtags-Abschiedes der Präsident v. Plessen an den Herzog eine Ansprache, in welcher nochmals der Dank für das den

¹⁾ Die sofortige Zulassung von Zuhörern fand man bedenklich, da zur öffentlichen Rede eine formelle, erst durch Uebung zu erlangende Ausbildung gehöre, über deren Vorhandensein die künftige Ständeverammlung, zumal wenn sie in den ersten Finanzperioden alljährlich zusammentrete, allein zu urtheilen im Stande sein werde. Gegen die Veröffentlichung der Namen in den zu druckenden Protokollen war schon in der Commission (von Hettling) geltend gemacht, daß sie der Eigensucht, die auch in der Regel Servilismus und verkehrten Liberalismus erzeuge, das Feld eröffne, um sich nach Umständen in der einen oder anderen Farbe zu zeigen, wogegen die Scheu vor dem öffentlichen Reden manches gediegene Urtheil ersticke und die Rücksicht auf äußere Verhältnisse Viele abhalten werde, sich so frei und unbefangen, wie unter Collegien, vor dem gesammten Publicum zu äußern. — Es sind demgemäß in den gedruckten Sitzungsprotokollen die einzelnen Redner nur mit den verschiedenen Buchstaben des Alphabets bezeichnet und zwar unter einer fortlaufenden Reihenfolge der letzteren, die der Zeitfolge des Vortrags eines jeden Ständemitgliedes in der betreffenden Sitzung entsprach. Bei dieser Einrichtung ist es dann bis zum Jahre 1848 geblieben.

Ständen entgegengebrachte, landesväterliche Wohlwollen abgestattet und auf die hohe Bedeutung der neuen Landschaftsordnung hingewiesen wurde. „Wir überliefern sie, heißt es in dieser Rede, dem billigen Urtheile der Mit- und Nachwelt, wohl wissend und es niemals verkennend, daß Alles an der Hand der Erfahrung reift und die bessernde Zeit überall nachhelfen und ergänzen muß. Der Augenblick ist gekommen, in welchem wir von einer lieben, zum Theil Jahrhunderte hindurch gedauert habenden Gewohnheit scheiden und in dieser Form erscheinen Höchsthoch Stände nicht wieder . . . Mögen unsere Nachkommen das beste Vermächtniß, was wir ihnen überlassen, treu bewahren!“ Und mit einem Ausblick in die Zukunft, der vorschauend eine lange Reihe von Jahren umfaßt hat, durfte der Herzog Wilhelm seine Erwiderung schließen. „Sie kehren nun in Ihre Heimath zurück und die alte Form schwindet, wenn Ihre Versammlung sich auflöst, aber in welcher Gestalt auch künftig die Abgeordneten dieses Landes sich um mich vereinigen mögen, Ich weiß, daß Ich die alte Gesinnung, die alte Treue wiederfinden werde.“

So war denn aus der revidirten Landschaftsordnung eine wirklich neue Landschaftsordnung geworden und aus der Landschaftsordnung, wenn nicht dem Namen — darin hatte die Abneigung an Höchster Stelle nicht überwunden werden können —, so doch der Sache nach eine „neumodige Verfassung“ nach Art der in anderen deutschen Ländern kürzlich entstandenen. Allmählich und zögernd, ohne jeden „momentanen Einschnitt“ hat sich die Wandlung vom alten Patrimonialstaate über die Zwischenstufe der E. L. u. D. hinweg zum modernen Rechtsstaate mit der Ministerverantwortlichkeit und dem ständischen Recht der Budgetbewilligung vollzogen. Zwar hat auch in der N. L. u. D. die Zusammensetzung der Ständeversammlung noch starke Anklänge an die alte ständische Gliederung, aber sie war doch auf eine breitere Grundlage gestellt, neben dem großen Grundbesitz die Bauernschaft zu ihrem Rechte gekommen und neben beiden Handel und Gewerbe nicht länger unvertreten geblieben. Wenn der Ständeversammlung durch die Bestimmungen über Wahlrecht und Wählbarkeit ein ausgesprochen conservativ-plutokratischer Anstrich gegeben war, so ist die N. L. u. D. auch darin eben nur ein Kind ihrer Zeit geblieben, aber in Beziehung auf die Rechtsstellung, die sie den Ständen einräumt, darf sie wohl als eine der liberalsten der damaligen und mancher späteren Verfassungsurkunden angesehen werden. Es mag hier nur erinnert sein an die Bestimmungen, welche in Beziehung auf die Unabhängigkeit der Gerichte und die verfassungsmäßigen Grundrechte der Unterthanen die Landstände geradezu als Wächter der Gesetze hinstellen (§ 103, 107), an die jedes vernünftige Maß eigentlich überschreitende Gebundenheit der Regierung in Beziehung auf die Verwaltung des Staatsgrundvermögens einschließlich des Kammergutes, insofern ohne Zustimmung der ständischen Vertretung kein Ar verkauft, kein Quadratmeter verlassener Straßenstrecke veräußert, keine Wegegerechtigkeit an einem herrschaftlichen Grundstücke bestellt werden kann, an die weitgehende Zuständigkeit des Ausschusses und an das innerhalb gewisser Grenzen der Ständeversammlung belassene Convocationsrecht. Durch die Gesetzgebung des neuen

Deutschen Reiches ist manche Bestimmung unseres Landesgrundgesetzes be-
seitigt, hier und da hat auch die Landesgesetzgebung die allgemeinen Grundzüge,
die die neue Landschaftsordnung ihr verschiedentlich vorzeichnet, verlassen müssen
und die Zusammensetzung der Landstände ist wiederholt umgestaltet, wie es der
Wechsel der Zeit erforderte. Im Großen und Ganzen aber wird man sagen
dürfen, daß die braunschweigische Landesverfassung, obwohl mehr als ein halbes
Jahrhundert seit ihrer Entstehung vergangen ist, allen billigen Ansprüchen
auch jetzt noch hinreichend Rechnung trägt, daß die Machtvertheilung zwischen den
beiden staatlichen Gewalten — der Landesregierung und der Landesvertretung —
in wohldurchdachter Weise durch sie geordnet ist und daß es nicht leicht sein
würde, Besseres an ihre Stelle zu setzen.

§ 5.

Die späteren Aenderungen der Neuen Landschafts-Ordnung und ergänzende Gesetze.

I. Da bei den Berathungen des Ausschusses sehr bald Zweifel darüber
entstanden waren, in wie weit die Bestimmungen im § 14 des Edicts vom
1. Mai 1794 durch die §§ 164 und 165 der N. L.-O. betroffen seien, und
da es zugleich der Regierung erforderlich schien, für die zweckmäßige Ver-
wendung der zum Grundvermögen des Kammergutes und des vereinigten
Kloster- und Studienfonds gehörigen baar eingehenden Capitalien, namentlich
der in Gemäßheit der soeben vereinbarten Ablösungs- und Gemeinheits-
theilungsordnung zu erhebenden Ablösungs- und Entschädigungsgelder eine
allgemeinere Vorfrage zu treffen, so legte schon auf dem ersten ordentlichen
Landtage das Staatsministerium mittelst Schreibens vom 12. November 1834
der Ständeversammlung den Entwurf eines Gesetzes vor, die ohne besondere
ständische Zustimmung zulässigen Veränderungen mit dem Grundvermögen des
Kammergutes und des vereinigten Kloster- und Studienfonds betreffend. Der
Entwurf stellte zunächst die einzelnen Fälle fest, in denen es bei Veräußerungen
des Kammergutes und des vereinigten Kloster- und Studienfonds der ständischen
Zustimmung nach wie vor nicht bedürfe (§ 1), bezeichnete diejenigen Zwecke, zu
denen die in derartigen Fällen eingehenden Capitalentschädigungen, Kaufgelder
für anderweite Veräußerungen und Activcapitalien des Kammer- und Kloster-
vermögens ohne jede Verhandlung mit der Landesvertretung verwendet werden
dürften (§ 2 und 3), und traf die Anordnung, daß alle zum Grundvermögen
der Kammer und des vereinigten Kloster- und Studienfonds gehörigen, baar
einkommenden Capitalien ausschließlich für den bei dem Finanzcollegium ver-
walteten sog. Ablösungsfonds, der nunmehr die Bezeichnung: Kammer- und
Klostercapitelfonds erhielt, zu erheben und zu berechnen seien (§ 4 und 5). Um
eine möglichste Gewähr für eine sorgfältige Beobachtung der Bestimmungen
dieses Gesetzes zu geben, war dasselbe schließlich (§ 6) für einen Bestandtheil
des Landesgrundgesetzes erklärt, so daß Ueberschreitungen, insbesondere unzu-

läßige Geldverwendungen, als Verletzungen der Verfassung anzusehen sind. Der Entwurf wurde mit einigen von der Commission in Vorschlag gebrachten Aenderungen seitens der Ständeversammlung in der Sitzung vom 18. December 1834 gegen wenige verneinende Stimmen angenommen und ist unter dem angegebenen Titel unterm 20. December als Gesetz vollzogen (Gesetz- und Verordnungsammlung von 1835, Nr. 3).

II. Die Bewegung, welche nach Ausbruch der Februar=Revolution in Paris die deutschen Gebiete ergriff, nöthigte alsbald die Regierung, einen außerordentlichen Landtag zusammenzurufen, der am 31. März 1848 eröffnet wurde ¹⁾. Als Verathungsgegenstände hatte die Einberufungsverordnung Freiheit der Presse, öffentliche, mündliche Rechtspflege und Geschworenen=Gerichte, Oeffentlichkeit der landständischen Verhandlungen und allgemeine Landesbewaffnung in Aussicht gestellt. Die Antwort der Stände auf die Thronrede des Herzogs nannte unter den Wünschen, die, durch ganz Deutschland laut geworden, auch hier zu Lande allgemein getheilt würden und die als Bürgerschaft, wie als Ergebniß einer freien Verfassung gelten mußten, den Erlaß eines neuen Wahlgesetzes. Die Regierung kam diesem Wunsche mit dem Bemerken, daß die zu gewärtigende Umgestaltung des Deutschen Bundes mit ihren Folgen wohl selbst die Vereinbarung eines neuen Landesgrundgesetzes bedingen werde, daß aber zu einer solchen Aufgabe die gegenwärtige Versammlung nicht als berufen erscheine, während einer Vertagung der Ständeversammlung nach und legte zugleich den Entwurf eines die Zusammensetzung der Landschaft ändernden Gesetzes vor. Beide Entwürfe wurden alsbald von der zu diesem Zwecke um zwei Mitglieder verstärkten Justizcommission in Verathung genommen ²⁾.

Der Gesetzentwurf, die Zusammensetzung der Versammlung der Abgeordneten des Landes und des Ausschusses derselben betreffend, läßt die Abgeordneten=Versammlung bestehen aus 13 Vertretern der Städte und 25 der Landgemeinden. Die Städte bilden 7, die Landgemeinden 13 Wahlbezirke. Die Hälfte sämmtlicher Abgeordneten kann frei gewählt werden — und zwar nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes durch indirecte Wahlen, bei denen zur Wahl der Wahlmänner jeder volljährige männliche Landeseinwohner in seiner Gemeinde oder dem betreffenden Wahlkreise zugelassen, und als Wahl=

¹⁾ Eine ausführlichere Wiedergabe der Verhandlungen, die von 1848 an bis 1898 über Aenderungen in der Zusammensetzung der Landesversammlung und über ein neues Wahlgesetz stattgefunden haben, ist enthalten in der Anlage 15 der Druckfachen des 24. ordentlichen Landtages.

²⁾ Die Mitglieder der Commission waren: v. Campe (der spätere Staatsminister, damals Obergerichtsrath), Trieps (Advocat in Braunschweig, Führer der „gemäßigten Linken“, seit 1861 Obergerichtsrath in Wolfenbüttel und als solcher wiedergewählt, bekanntlich zuletzt Justiz- und Kultusminister), Hollandt (Advocat in Braunschweig, Führer der „radicalen Linken“, und mit Trieps und v. Grammsamleben vom ständischen Ausschuß im März 1848 als Vertrauensmann zum Vorparlament nach Frankfurt entsandt, auch Mitglied der Nationalversammlung), Gaase und Stolle. Hinzugetreten waren: v. Grammsamleben und Mansfeld.

mann in den Städten jeder stimmberechtigte Bürger, in den Landgemeinden jeder stimmberechtigte Eigentümer oder lebenslängliche Nutznießer eines Wohnhauses wählbar ist. Für die andere Hälfte der Abgeordneten werden besondere Voraussetzungen der Wählbarkeit erfordert, in den Städten: Mitgliedschaft des Magistrats oder Betrieb von Handel, Gewerbe, Ackerbau, auf dem Lande: Grundbesitz, dort wie hier zugleich aber: Zugehörigkeit zu den Höchstbesteuerten, also diejenigen Voraussetzungen, die die R. L.-O. betreffs der städtischen und ländlichen Abgeordneten allgemein aufgestellt hatte.

Die Commission empfahl zunächst, die beiden vorgelegten Gesetze nur als provisorische zu erlassen und darüber, welche Bestimmungen erforderlich seien, um die für die hohe Stellung der Abgeordneten geeigneten Männer zu ermitteln und deren Wahl, soweit gesetzlich möglich und überhaupt zulässig, zu sichern, den Ausspruch des Volkes durch neue Wahlen zu veranlassen. Weitere Anträge gingen dahin, directen Wahlen den Vorzug zu geben, die in den Entwürfen beibehaltenen Wahlen von Stellvertretern der einzelnen Abgeordneten zu beiseitigen und für sämtliche Abgeordneten die nämlichen Eigenschaften als Voraussetzung der Wählbarkeit zu erfordern, so jedoch, daß in Betreff der Hälfte der Abgeordneten die Wahlberechtigung nur auf die Höchstbesteuerten beschränkt werde ¹⁾. In der Verathung der Ständeversammlung entspann sich über den letzteren Antrag der Commission ein Kampf, der fast zwei volle Sitzungstage andauerte, aber mit der Annahme des Vorschlages endete. Zugleich beschloß man im Verfolg eines Antrages v. Gramm's, die Zahl der Abgeordneten von 38 auf 54 zu erhöhen, von denen 20 in zehn städtischen und 34 in achtzehn ländlichen Bezirken zu wählen seien, so daß in jedem Bezirk, mit Ausnahme der Aemter Walkenried und Thedinghausen, die Wahl von zwei Abgeordneten — und zwar eines derselben durch die Höchstbesteuerten —, in den beiden genannten Aemtern aber eines frei zu wählenden Abgeordneten erfolgen solle. Wenige Tage nach diesen Beschlüssen, am 22. August 1848, legte das Ministerium eine neue Redaction des Gesetzes über die Zusammensetzung der Landesversammlung, in welcher sämtliche Aenderungsanträge bis auf einige unwesentliche Abweichungen in der Fassung Aufnahme gefunden hatten, und ein in Uebereinstimmung damit auf der Grundlage directer Wahlen neu ausgearbeitetes Wahlgesetz der Ständeversammlung vor. Die erstere dieser beiden Vorlagen fand ohne weitere Verhandlungen von Erheblichkeit am 25. August einstimmige Annahme, während das Wahlgesetz, im Fortgang der Verathung nochmals an die Commission zurückverwiesen und von der Regierung abermals nach Maßgabe der Commissionsbeschlüsse umgestaltet, in der Sitzung vom 1. September 1848 die Zustimmung der Ständeversammlung mit allen gegen eine Stimme erhalten hat. Beide Gesetze sind unterm 11. September 1848 (Gesetz- und Verordnungs-Sammlung Nr. 43 und 44) veröffentlicht.

¹⁾ Eine Minderheit der Commission, geführt von v. Gramm-Sambleben, schlug dagegen vor, insoweit an die Vorlage sich anlehnend, die betreffenden Abgeordneten nicht von, sondern aus den Höchstbesteuerten wählen zu lassen.

III. Der Landtag, welchem die endgültige Vereinbarung der Verfassungsgesetze vorbehalten war — der sechste ordentliche Landtag —, ist hervorgegangen aus den Wahlen, die auf Grund des provisorischen Wahlgesetzes vom 11. September 1848 alsbald vollzogen waren. Wenn der Ausfall dieser Wahlen einen zutreffenden Maßstab für das Urtheil über den Werth des allgemeinen Wahlrechts abgeben könnte, so würden alle Einwendungen gegen dasselbe verstummen müssen, insofern sich auch bei derjenigen Hälfte der Abgeordneten, die nicht von den Höchstbesteuerten zu wählen war, die Wahlen, namentlich in den ländlichen Bezirken, vielfach auf erprobte höhere Beamte lenkten, die sich ihre Unabhängigkeit der Regierung gegenüber durchaus zu wahren wußten, zugleich aber bei den zahlreichen und wichtigen Aufgaben des Landtages sich als Arbeitskräfte außerordentlich brauchbar erwiesen. Die Ständeversammlung vereinigte in sich eine seltene Fülle von Talent und Wissen und es ist bewundernswerth, was sie in jenen unruhigen Jahren in ernster, hingebender Thätigkeit geleistet hat. Von so Mancherlei von geringerer Bedeutung abgesehen, mag hier nur Erwähnung finden die vollständige Umgestaltung der Gerichtsverfassung, eine Civil- und Strafproceßordnung, die von der deutschen Rechtswissenschaft uneingeschränkt als mustergültig anerkannt worden sind, die Neuorganisation der Landesverwaltung, einschließlich der Finanz-, Eisenbahn- und Postverwaltung, die revidirte Städte- und Landgemeinde-Ordnung, Wege- und Wassergesetze, Einführung der Grundsteuer, Neuordnung der Wehrpflicht, auf dem Gebiete des Cultus endlich die Gesetze über die Einrichtung von Kirchenvorständen und über die Gemeindeschulen.

In den letzten Abschnitt der Wirksamkeit dieses Landtages, der am 19. December 1848 zusammengetreten war und am 20. November 1851 geschlossen ist, fallen die Verathungen über die endgültige Gestaltung der Verfassungsgesetze. Als die Regierung an die Ausarbeitung der letzteren herantrat, war die Lage der politischen Verhältnisse eine völlig andere geworden, die so hoffnungsfreudig eingeleitete Bundesreform kläglich gescheitert, der alte Deutsche Bund in Frankfurt wieder hergestellt. Durchgreifende Abänderungen der N. L. O., wie sie bei Eröffnung des außerordentlichen Landtages von 1848 im Hinblick auf die erwartete Beseitigung der bisherigen Bundesverfassung vorbehalten waren, kamen unter solchen Umständen nicht ferner in Betracht; genug, wenn in Bezug auf die Zusammensetzung des Landtages und hinsichtlich des Wahlverfahrens ein gemäßigter Fortschritt gegenüber den complicirten Bestimmungen des Landesgrundgesetzes und des Wahlgesetzes sich noch erreichen ließ.

Am 20. December 1850 war eine Vertagung des Landtages eingetreten. Im Laufe derselben ließ das Ministerium dem ständischen Ausschuß den Entwurf eines Gesetzes über die anderweite Zusammensetzung der Landesversammlung nebst dem eines Wahlgesetzes zur Ueberweisung an die eingesetzte Verfassungscommission ¹⁾ zugehen.

¹⁾ Mitglieder derselben: v. Schmidt-Philbeck, Oberlandesgerichtsrath in Wolfenbüttel, später Oberstaatsanwalt, Triepß, v. Hohnhorst, Kreisdirector in Braun-

Der betreffende Gesetzesentwurf stellte die Zahl der Abgeordneten auf 43 fest, von denen 10 die Stadtgemeinden, 11 die Landgemeinden, 19 die Höchstbesteuerten, 3 die evangelische Geistlichkeit zu entsenden hatten. Der Entwurf des Wahlgesetzes ließ durchweg unmittelbare Wahl zu, beseitigte aber die im Gesetz von 1848 zugelassenen allgemeinen Wahlen, indem er als Wahlkörper für die Abgeordneten der Städte die Mitglieder des Stadtmagistrats und die Stadtverordneten, für die der Landgemeinden die Amtsräthe des Kreises einsetzte. Nach längeren Verhandlungen einigte sich die Commission dahin, eine Dreitheilung der Abgeordneten der Höchstbesteuerten nach Grundbesitz, Gewerbe und Beruf in Vorschlag zu bringen und auf Beseitigung der Abgeordneten der Geistlichkeit zu dringen: es fehle ihnen insoweit die Berechtigung, da auch kein anderer Stand besonders vertreten sei; seien sie aber gedacht als Vertreter der Kirche, so müsse man einestheils auch den anderen anerkannten Religionsgenossenschaften eine Vertretung gestatten, andererseits aber den Einwand erheben, warum denn die aus der Gemeinschaft aller Gläubigen bestehende Kirche mit Ausschluß der Laien nur durch Wahlen ihrer Lehrer an der staatlichen Vertretung theilnehmen solle. Gegenvorschlag der Commission: 42 Abgeordnete, von denen auf die Stadt- und Landgemeinden je 10, das Amt Theedinghausen 1 und auf die Höchstbesteuerten 21 Abgeordnete entfallen, von letzteren wiederum 7 auf die Großgrundbesitzer, 6 auf die größeren Gewerbetreibenden, 8 auf die „höheren wissenschaftlichen Berufsstände“ ¹⁾. In Beziehung auf das Wahlgesetz wurde hauptsächlich die Art der Zusammensetzung der Wahlkörper in den Städten und Landgemeinden beanstandet und eine Aenderung dahin gewünscht, daß für die Städte den Mitgliedern des Stadtmagistrats und den Stadtverordneten eine Anzahl Wahlmänner, doppelt so groß als die der Stadtverordneten, zur Seite trete, in den Landgemeinden die Wahlkörper aber durch Wahlmänner zu bilden seien, von denen jeder Gemeinderath im Wahlbezirk einen aus seiner Mitte zu bestimmen habe. Eine Zusammenkunft, die am 25. August 1851 zwischen dem Ministerium und der Commission stattfand, führte betreffs der Art der künftigen Zusammensetzung der Landesversammlung völliges Einverständniß herbei. Die Commission gab ihren bisherigen Widerstand gegen die Vertretung der Geistlichkeit bezw. der Kirche auf und die Regierung willigte in alles Uebrige. Auch über die erheblicheren Fragen im Wahlgesetz verständigte man sich. Das Staatsministerium stellte auf Grund der getroffenen Vereinbarungen neue Entwürfe der beiden Gesetze auf und die Commission erstattete darüber unterm 1. October 1851 einen gründlichen, lichtvollen Bericht, der die leitenden Gedanken der Gesetze näher darlegt, auf deren Einzelfragen aus-

schweig, Uhde, Schulrath in Braunschweig, Schaper, Landesgerichtsprocurator in Wolfenbüttel, damals Präsident der Landesversammlung, Hollandt und Schmid, Amtsassessor in Schöningen, zuletzt Präsident des Oberlandesgerichts in Braunschweig, 1884 Mitglied des Regentenschaftsraths. Dem letzteren war das Referat übertragen.

¹⁾ Der Commissionsbericht vom 1. October 1851 bezeichnet die Abgeordneten dieser Berufsstände als den „senatorischen Kern, der den übrigen Elementen der Vertretung zur Sammlung und sicheren Führung dienen könne“.

föhrlich eingeht und das System des allgemeinen Wahlrechts unbedingt abweist. „Den Ausgangspunkt bildet die Grundanschauung, daß das zum Staate vereinigte Volk nach seiner wahren Existenz nicht unterschiedlose Masse, Gesamtheit der Einzelnen ist, sondern organische Gliederung von Berufs- und örtlichen Gemeinschaften, wie sie auf dem Grund und Boden als ihrer allgemeinen Unterlage ruhen, und daß sich aus den verschiedenen Lebensstellungen eine verschiedene Gesinnung entwickelt. Indem das Volk repräsentirt wird, soll deshalb nicht der Wille der einzelnen Menschen im Staate, sondern das innewohnende Interesse eines jeden Standes, einer jeden Berufsstellung und die aus diesen verschiedenen Lebensrichtungen hervorgehende Eine Gesamtgesinnung zur Geltung gebracht werden. Erst vermittelt der Stände und örtlichen Verbände werden die einzelnen Personen vertreten, so jedoch, daß in jedem Stande und jeder Gemeinde alle Mitglieder, die genügende Bürgschaft der Unabhängigkeit und Theilnehmung an der öffentlichen Ordnung gewähren, in selbstthätiger Weise näher oder entfernter an der Vertretung theilnehmen. Das ist das Ideal, dessen Verwirklichung der Entwurf angestrebt hat.“ Mit dem nachdrücklichen Hinweise auf die derzeitige Constellation des politischen Horizonts wurde die unverweilte Annahme der Hauptgrundsätze der Vorlagen empfohlen.

Am 14. October 1851 begann die Berathung, eingeleitet durch einen Vortrag des Ministers v. Schleinitz, in welchem die Erfordernisse eines gesunden Repräsentationsystems gekennzeichnet, die Mängel der Gesetzgebung von 1848 hervorgehoben und die wesentlichen Unterschiede des neuen Gesetzentwurfs gegenüber den Bestimmungen der N. L.-V. erörtert wurden. Die Landesvertretung eines monarchischen Staates, heißt es in dieser Ansprache, habe, um den ihr anvertrauten Wirkungskreis würdig erfüllen zu können, zwei Hauptbedingungen zu genügen. Sie müsse zunächst in einem organischen Zusammenhange mit den übrigen Staatseinrichtungen stehen. Dieser Zusammenhang werde nach unten dadurch hergestellt, daß ein Theil der Vertretung aus den Gemeinden, diesen ersten Elementen des Staatslebens, hervorgehe, nach oben dadurch, daß ein Stand vorhanden sei, ebenbürtig oder nahestehend der Krone, getragen durch dasselbe Rechtsprincip, wie diese, nämlich durch Erblichkeit und gegründet auf das festeste, aller conservativen Elemente, den großen Grundbesitz. Die zweite Bedingung sei die, daß die selbständigen und wesentlichen Grundlagen des Staates und die Träger des höheren Staatslebens, die „verschiedenen Interessen“ ihre gehörige Berücksichtigung finden — der größere Grundbesitz, der größere Handel- und Gewerbebetrieb, die geistige und religiöse Bildung. Denn es könne nicht genügen, nur die materielle Wohlfahrt und Macht zu fördern, die nur Mittel zu einem höheren Zwecke sein dürften, und der letzte Staatszweck sei „Gerechtigkeit und ein vollkommenes Leben“. Wo die Kleinheit des Gebietes und die fehlenden Elemente zu einer wahren Pairskammer ein Zweikammersystem unmöglich machten, vermöge man freilich nur eine sehr unvollkommene Analogie dieser Einrichtungen ins Leben zu rufen, aber am wenigsten scheine das bestehende Provisorium zu einem angemessenen Ersatz derselben geeignet, durchaus verwerflich die Beibehaltung der in jenem zugelassenen directen

Wahlen. „Diese Kopfzahlwahlen sind mit keiner Staatsverfassung bei den Verhältnissen, wie sie bei uns bestehen, auf die Dauer verträglich, am wenigsten aber mit der Monarchie. Wir wollen aber die Monarchie mit monarchischen Institutionen ¹⁾. Wir sind nicht kurzfristig genug, um zu glauben, daß man einen Thron mit republikanischen Institutionen umgeben könne, ohne zu bewirken, daß er in den Abgrund der Revolution versinkt. Wir wollen aber auch die Kopfzahlwahlen um deswillen nicht, weil sie die Verfassung gefährden; in stürmischen Zeiten werden sie deren Umsturz herbeiführen und in ruhigen Zeiten nicht die Kraft dazu haben, sie zu erhalten.“ Auf Grund dieser Erwägungen und der Thatfache, daß die Gesetzgebung unter Voraussetzungen entstanden sei, die sich nicht erfüllt hätten, habe die Regierung zu der Ansicht gelangen müssen, daß die N. L. D. von 1832 als Ausgangspunkt wieder aufzunehmen sei, da sie im Wesentlichen den richtigen Grundsätzen und den Verhältnissen des Landes entspreche. Den Schluß der Rede bildet ein eindringlicher Appell an die Versammlung, zu einer Einigung die Hand zu bieten.

Die erste Lesung des Gesetzes über die Zusammensetzung der Landesversammlung endete mit der Annahme eines Antrages Caspari-Reuter (Braak), Inhalts dessen die Landesversammlung zu bilden war aus 43 Abgeordneten, nämlich 10 der Städte, 12 der Landgemeinden, 18 der Höchstbesteuerten — und zwar unter Beseitigung der Dreitheilung derselben — und 3 der Kirche. Nachdem dann auch das Wahlgesetz in erster Lesung erledigt war, trat die Commission zur Vorbereitung der zweiten Lesung wieder zusammen. Ihre Anträge brachten wesentliche Aenderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung in Vorschlag, indem sie durch Verminderung der ländlichen Abgeordneten um ein Mitglied und durch Vermehrung der Höchstbesteuerten um drei Mitglieder die Gesamtzahl der Abgeordneten auf 45 feststellten, die durch die Anträge Caspari-Reuter hinausescamotirten Berufsstände und höchstbesteuerten Gewerbetreibenden, die ersteren mit sechs, die letzteren mit fünf Abgeordneten, wieder einführten, für den Kreis Blankenburg die Wahl eines von den Höchstbesteuerten aller Classen gemeinsam zu wählenden Abgeordneten vorsahen und die höchstbesteuerten Grundbesitzer nach dem Werthertrage ihres Besitzes in zwei Classen, eine jede zur Wahl von fünf Abgeordneten berechtigt, eintheilten ²⁾.

In der Berathung vom 5. November 1851 fanden die Anträge der Commission Widerspruch nicht allein bei der radicalen Linken, sondern auch bei den Vertretern der Landgemeinden, denen die ihnen eingeräumte Anzahl von Abgeordneten im Veraleich zu denen der Städte und des großen Grundbesitzes

¹⁾ Eine nachdrückliche Abgabe gegenüber einer früheren, damals unwidersprochen gebliebenen Meinung Hollandt's (Sitzung vom 8. April 1848), die Monarchie sei nur dann für „einigermassen gesichert“ zu halten, wenn sie sich mit republikanischen Institutionen umgebe.

²⁾ Letzterer Vorschlag ist von der Commission damit begründet, daß er den Wünschen der ländlichen Abgeordneten entspreche und gewissermaßen eine historische Berechtigung habe.

zu gering bemessen schien. Der Staatsminister v. Schleinitz nahm daher, indem er eine Verständigung mit der Landesversammlung auf Grund der Commissionsanträge in Aussicht stellte, nochmals Gelegenheit, den Ernst der Lage zu betonen und selbst auf die Möglichkeit einer Oetroyirung der Verfassungsänderung mit Hilfe des Bundestages hinzudeuten. War doch eben erst in Kurhessen der reactivirte Bundestag mit gewaffneter Hand, den „Strafbayern“, zur Herstellung des gesetzlichen Zustandes gegen die Stände vorgegangen! „Welche Entschliekung Sr. Hoheit fassen werde, wenn die Versammlung die Vorlage ablehne — warnte der Minister —, wisse er zwar nicht, wohl aber könne er vorher sagen, daß alle verfassungsmäßigen Mittel würden angewendet werden, um die Vertretung des Landes in einer den Verhältnissen entsprechenden Weise zu ordnen, und wenn diese Mittel nicht ausreichten, könne die Regierung sich auch auf das Bundesrecht stützen; er wünsche aber nichts weniger, als daß die Nothwendigkeit sich ergebe, diesen Weg zu betreten.“

Gleichwohl erfolgte die Annahme der einzelnen Gesetzesparagraphen nach Maßgabe der Commissionsanträge nur mit einer nicht erheblichen Stimmenmehrheit (28 gegen 21 Stimmen), für die Commission ein unabweisliches Gebot, zu der Schlußabstimmung über das Gesetz unter allen Umständen eine Vermittlung mit den Wünschen der widerstrebenden ländlichen Abgeordneten anzubahnen. Eine solche wurde denn auch, ohne namhafte Zugeständnisse zu bedingen, gefunden. Als man am 18. November 1851 zur Abstimmung über das Ganze des Gesetzes schritt, erklärte Reuter-Braak für sich und Namens einiger Freunde, die gleich ihm in der zweiten Lesung der Minderheit angehört hätten, daß sie dem Gesetze zustimmen würden, wenn den Landgemeinden noch ein Abgeordneter zugelegt, die Gesamtzahl der Landtagsmitglieder daher auf 46 erhöht werde. Der Staatsminister stimmte dem Wunsche unter Voraussetzung der Genehmigung des Herzogs zu, ein Versuch der äußersten Linken, unter Berufung auf Bestimmungen der Geschäftsordnung die nachträgliche Zulassung des Vermittlungsvorschlages abzuwenden, wurde vom Präsidenten abgewehrt und nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung dem Gesetz mit der bezeichneten Aenderung in namentlicher Abstimmung durch 37 gegen 15 Stimmen die verfassungsmäßige Zustimmung ertheilt. Am Tage darauf gelangte auch das Wahlgesetz, das übrigens nur der einfachen Stimmenmehrheit bedurfte, gegen 12 verneinende Stimmen zur Annahme. Beide Gesetze sind publicirt unterm 30. November 1851 (Ges. u. Verordn.-Sammlung Nr. 48 und 49).

IV. Nachdem auf dem 11. ordentlichen Landtage (1864) der Antrag eines Abgeordneten auf Einführung eines unmittelbaren Wahlrechts bei der Wahl der Abgeordneten der Stadt- und Landgemeinden abgelehnt und drei Jahre später eine Wiederaufnahme des Antrages unter einer auf die Zulassung zugleich des allgemeinen Wahlrechts gerichteten Erweiterung gleichfalls ohne Erfolg geblieben war, bewog auf dem 14. ordentlichen Landtage eine von Bewohnern des Herzogthums eingereichte Bittschrift um Erlaß eines zeitgemäßen Wahlgesetzes die Landesversammlung, sich eingehender mit der Frage einer Aenderung der bestehenden Gesetzgebung zu beschäftigen. Bei den Verhandlungen ergab

sich eine starke Meinungsverschiedenheit, zumal über den Werth des allgemeinen Wahlrechts, weshalb man sich (Sitzung vom 11. März 1873) damit begnügte, an die Regierung unter Abstandnahme von irgend welchen bestimmten Aenderungs-vorschlägen das ganz allgemeine Ersuchen zu richten, die Gesetzgebung über die Zusammensetzung der Landesversammlung und das Wahlgesetz einer Revision zu unterziehen — ein Ersuchen, dem die Regierung schon im Herbst desselben Jahres durch Vorlegung zweier Gesetzentwürfe Folge gab. Sie enthielten gegenüber dem bisherigen Verfassungsrecht tiefgreifende Aenderungen. Ihre Grundlagen waren: Verminderung der Zahl der Abgeordneten auf 33 — begründet mit der Einschränkung des Wirkungskreises der Landesversammlung in Folge der Errichtung des Deutschen Reiches —, Beseitigung der besonderen Vertretung der Kirche — begründet mit dem Erlaß der Synodal-Ordnung vom 31. Mai 1871 —, Wahl der Abgeordneten wie bislang zur einen Hälfte aus Land und Stadt nach den ungefähren bisherigen Verhältnißzahlen, zur anderen Hälfte durch Höchstbesteuerte und wissenschaftliche Berufsstände — begründet mit der Nothwendigkeit, in der Landesvertretung das erforderliche Ebenmaß zwischen den bewegenden und erhaltenden Kräften beizubehalten — und schließlich directes allgemeines Wahlrecht bei allen Wahlen. Welch eine Wandlung hatte sich demnach in wenigen Jahrzehnten in den staatspolitischen Anschauungen der leitenden Kreise vollzogen! Auf dem Landtage von 1851 hatte der Minister v. Schleinitz die entschiedenste Verwahrung gegen die republikanische Institution des allgemeinen Stimmrechts eingelegt, das die Monarchie in den offenen Schlund der Revolution hinabstürzen werde; jetzt war sein Nachfolger, der Staatsminister v. Campe, im Grunde seines Herzens keineswegs von weniger conservativer Sinnesart, der Ansicht, daß denn doch zwischen Massenwahlrecht und Massenherrschaft eine weite Kluft liege, die nicht leicht übersprungen werde, so lange diejenigen Potenzen, denen die Masse naturgemäß folge — Besitz, gesellschaftliche Stellung, Bildung und Intelligenz —, ihr Uebergewicht geltend zu machen verständen.

Die zur Vorprüfung der Vorlagen eingesetzte Commission ¹⁾ war mit den Grundzügen der Gesetze zwar einverstanden, hatte aber betreffs des Einzelnen eine große Reihe von Aenderungsanträgen zu stellen. Da sie indessen mit ihren Wünschen bei dem Ministerium keine ungünstige Aufnahme fand, so sah sie dem Beginn der Plenarberathungen mit guten Hoffnungen entgegen. Allein bevor noch die Weihnachtsferien der vertagten Landesversammlung zu Ende gingen, fanden die Neuwahlen zum Reichstage statt und brachten die unerfreuliche Ueberraschung, daß die socialdemokratischen Stimmen auf 352 000, d. i. auf fast die dreifache Anzahl gegenüber den Wahlen von 1871, angewachsen waren. Mit diesem Ergebniß war das Geschick wenigstens des Wahlgesetzes von vornherein besiegelt. Die Bedenkllichkeiten des allgemeinen Stimmrechts erschienen

¹⁾ Mitglieder: Schmid, Köpp und Müller, Beide Rechtsanwälte in Wolfenbüttel, Bantler, Kaufmann in Braunschweig, Haessler, Rechtsanwalt in Braunschweig.

mit einem Schlage in ein ganz anderes Licht gerückt und hatten die Freunde der Vorlage, selbst innerhalb der Commission, zum größeren Theil in deren verschiedene Gegner umgewandelt. Es lohnt nicht, die Einzelheiten der Verhandlungen weiter zu verfolgen. In erster Lesung des Wahlgesetzes fiel der entscheidende § 2 (directe allgemeine Wahl) mit 29 gegen 16 Stimmen. Als dann das Gesetz über die Zusammenfassung der Landesversammlung an die Reihe kam, war sofort zu ersehen, daß die ausgedehnten und unfruchtbaren Beratungen über das Wahlgesetz die Theilnahme der Versammlung eigentlich erschöpft hatten und daß, nachdem jenes gefallen, auch in Betreff des anderen Gesetzes keine Neigung vorhanden war, den bisherigen Bestzustand der einzelnen Interessentengruppen unnöthiger Weise ändern zu lassen. Der Ausfall der Abstimmungen war denn auch über die Maßen kläglich. In Betreff des § 1 der Vorlage, der die Zahl der Landesabgeordneten feststellte, wurde angenommen nur der Antrag der Commission, laut dessen die Anzahl der Abgeordneten aus den Höchstbesteuerten auf 18 bestimmt wurde, alles Andere, die Vorschläge der Regierung, die Anträge der Commission, ein Antrag aus der Versammlung auf Wiederherstellung einer Vertretung der Kirche, ging in einer Reihe ablehnender Beschlüsse spurlos unter (Sitzung vom 3. Februar 1874). Auch der Versuch der Commission, in zweiter Lesung ein annehmbares Ziel zu erreichen, erwies sich als verlorene Liebesmühe. War in erster Lesung hinsichtlich der Frage, aus wie viel Abgeordneten der einzelnen Interessentkreise die Landesversammlung bestehen solle, ein Mehrheitsbeschluß nur in Beziehung auf die Zahl der Höchstbesteuerten erreicht, so geschah es jetzt nur in Betreff der Abgeordneten der Landgemeinden; das allgemeine Wahlrecht ward abermals verworfen und der im Wahlgesetz über das Wahlverfahren handelnde Abschnitt mit allen Commissionsanträgen in einer Abstimmung bei Seite geschoben. Auf das Schreiben der Landesversammlung, welches die trostlosen Ergebnisse des dreitägigen Redekampfes der Regierung mittheilte, erwiderte das Staatsministerium unterm 22. März 1874, daß die Vorlagen durch die Beschlußfassungen zu hinfällig und lückenhaft geworden seien, als daß eine Durchführung derselben noch thunlich erscheine, und daß die Landesregierung daher mit dem Vorbehalt, in späterer Zeit darauf zurückzukommen, sich genöthigt sehe, die Zurückziehung der beiden Geszentwürfe ausdrücklich auszusprechen. Als dann ungeachtet dieses Vorbehaltes die Sache auf sich beruhen blieb, griff der Abgeordnete Haensler einige Jahre später, auf dem 16. ordentlichen Landtage, auf die letzten Verhandlungen zurück in dem Antrage (Sitzung vom 13. December 1878), die Landesversammlung möge die Regierung ersuchen, die auf dem 14. ordentlichen Landtage unternommene Revision der Gesetzgebung über die Zusammenfassung des Landtages und über das Wahlgesetz im Wesentlichen auf dem Grunde der früheren Vorlage und des Commissionsberichtes der Landesversammlung von Neuem in Angriff zu nehmen. Allein auf den Antrag der Commission, die der Ansicht war, daß wohl die Verbesserungsbedürftigkeit der Verfassungsgesetze aus theoretischen Gründen anzuerkennen sein möge, die Erfahrung aber nachtheilige Wirkungen der geltenden Bestimmungen bisher nicht dargethan

habe, ging die Landesversammlung in ihrer Sitzung vom 17. Juni 1879 über den erneuten Reformversuch zur Tagesordnung über.

V. Auf einem anderen Gebiete hatten sich schon seit Anfang der 60er Jahre Verhandlungen bewegt, die durch die Ereignisse von 1866 eine veränderte Richtung erhielten und nach manchen Mühen auf dem 16. ordentlichen Landtage zum Abschluß gelangt sind. Sie betrafen die Sicherstellung der Selbstständigkeit des Herzogthums für die Zukunft. Die auf eine Vermählung des Herzogs Wilhelm gerichteten Wünsche des Landes waren nicht in Erfüllung gegangen, einer demnächstigen Vereinigung des Herzogthums mit Hannover aber sah man mit mancherlei Besorgnissen entgegen. Der Verfassungsbruch von 1837 stand noch in frischem Angedenken und das höchstpersönliche Regiment des Königs Georg — die Dictirung des Wahlgesetzes, die kirchliche und politische Reaction in Hannover — ließ die öffentliche Meinung im Herzogthum mit der Aussicht auf die kommenden Zeiten sich durchaus nicht befreunden. Die allgemeine Mißstimmung fand ihren Weg naturgemäß in die Presse und bald wurden hier Winke und Anregungen gegeben, wie der Anfall des Landes an den Nachbarstaat unter Umständen vielleicht noch eine Weile hinausgeschoben und wie er wohl selbst endgültig abgewendet werden könne. Auf den ersteren Ausweg verwies eine Schrift ¹⁾, die im Interesse des Herzogs Karl erschienen, mit Sachkenntniß abgefaßt ist und, wenn nicht einer Wiedereinfügung des Herzogs zum Zweck der Selbstregierung, doch dessen Regentschaft im Falle früheren Todes des Herzogs Wilhelm vorzuarbeiten bezweckte. Von einer anderen Seite ²⁾ wurde mit der überraschenden Begründung, daß das Herzogthum nach der Abwerfung der Fremdherrschaft dem Herzog Friedrich Wilhelm nicht etwa auf Grund seines Erbrechtes, sondern in Folge einer neuen Verleihung seitens der Großmächte wiederum zu Theil geworden, der Erbanspruch Hannovers also erloschen sei ³⁾ und das Land nach dem künftigen, unbeerbten Tode der Herzöge Karl und Wilhelm ein herrenloses Gut darstellen werde, der braunschweigischen Bevölkerung der dringende Rath erteilt, von dem ihr zustehenden Recht der Selbstbestimmung eintretendenfalls dahin Gebrauch zu machen, daß sie die Einverleibung des Herzogthums in Preußen beschließen. Wenn man nun auch annehmen darf, daß die seltsamen Rechtsdeductionen dieser Schrift auf die Landesvertretung keinen Eindruck gemacht haben, so war doch der Landtag zu jener Zeit zweifellos aus zumeist liberalen

¹⁾ „Der Aufstand in der Stadt Braunschweig am 6. und 7. September 1830 und der bevorstehende Anfall des Herzogthums Braunschweig an Hannover“, 1858.

²⁾ In der Schrift: „Die Regierungsfolge im Herzogthum Braunschweig nach dem Erlöschen des Braunschweig-Wolfenbüttelschen Fürstenhauses“, Januar 1861. Die bekannte Bohlmann'sche Denkschrift über die prioritätischen Ansprüche Preußens auf Braunschweig erschien ebenfalls 1861, lag aber noch nicht vor, als der Landtag die Successionsfrage zur Sprache brachte.

³⁾ „Der erste Grundsatz, der bei dem Thron-Successionsrechte der deutschen Fürsten eintritt, ist nun, daß solches vom ersten Erwerber des Landes abgeleitet werden muß, daß also Niemandem, der nicht vom ersten Erwerber abstammt, ein Erbfolgerecht zusteht.“ S. 15.

Elementen zusammengesetzt, die sich mit Entschiedenheit der neuen preussischen Aera zuneigten, zum Theil dem Nationalverein angehörten oder doch von dessen Bestrebungen wesentlich beeinflusst waren. Ließ sich nun aber einmal der Anfall Braunschweigs an Hannover nicht abwenden, so erschien es Angeichts der dortigen Verhältnisse um so dringender geboten, die Zukunft des Landes ernstlich ins Auge zu fassen und mindestens auf die Einwirkung blinder Zusicherungen bezüglich Aufrechterhaltung der Landesverfassung Bedacht zu nehmen. In diesem Ziele kamen alle politischen Richtungen zusammen.

So lief denn in der Sitzung vom 18. April 1861 bei dem Präsidenten der Landesversammlung ein von 41 Abgeordneten, an erster Stelle von Bieweg unterzeichneter Antrag ein, folgenden Inhalts:

„In Erwägung, daß für den durch die heftigsten Gebete des Landes unabweidbaren Fall dereinstiger Thronerledigung die Rechtsverhältnisse in verschiedenen Beziehungen ungewiß zu sein scheinen und die Hebung dieser Ungewißheit durch die wichtigsten vaterländischen Interessen geboten, vom Lande erwartet und nicht länger hinauszuschieben ist, beschließt die Landesversammlung,

Herzogl. Staatsministerium zu ersuchen, daß dasselbe die Frage, wie im Falle der Erledigung des Thrones unseres Herzogthums die Succession sich ordne und auf welche Weise dann die verfassungsmäßigen Rechte und die Interessen des Landes sicher zu stellen sein würden, in Erwägung ziehen, darüber der Landesversammlung Mittheilung machen und mit derselben über die zur Durchführung der für nöthig erachteten Maßregeln etwa zu treffenden Vorkehrungen sich ins Einvernehmen setzen möge,

unter Hinzufügung der Versicherung, daß die Landesversammlung gern bereit sein werde, der Landesregierung bei ihren Bestrebungen, jene für das Herzogthum so wichtigen Fragen in einer dem wahren Interesse desselben entsprechenden Weise zu ordnen, die kräftigste Mitwirkung zu Theil werden zu lassen.“

Der Antrag wurde noch am nämlichen Tage in vertraulicher Sitzung berathen, einstimmig angenommen und dem Ausschuß überwiesen, um die weiter erforderlichen Vorverhandlungen mit der Regierung zu führen. Als besondere Fragen, die einer vorsorglichen Prüfung bedürfen möchten, hatte der Bericht-erstatte bezeichnet: 1. ob, wenn der Herzog Wilhelm bei Lebzeiten seines Bruders abgerufen werde, die Regierung des Landes durch eine Regentschaft und durch welche zu führen sei? 2. ob der jeweilige König von Hannover ein Successionsrecht mit Ausschluß des Herzogs Karl in Anspruch zu nehmen habe? 3. ob ein blinder Mann, wenn nächster Agnat, das Recht habe, die Regierung oder Regentschaft für sich zu fordern?

Nach längerem Zögern trat das Ministerium über den Antrag mit dem Ausschuß in Verhandlung und theilte ihm unterm 31. October 1862 zur Begutachtung den Entwurf von wechselseitigen Anerkennungsurkunden mit, die zwischen dem Herzog und dem König von Hannover „zur Erläuterung der Verhältnisse, welche eintreten, sowie eine der beiden regierenden Linien des Hauses Braunschweig-Lüneburg der anderen succedirt“, vorläufig vereinbart waren. Der Artikel 1 dieses Entwurfs giebt den Wortlaut der über die

Regierungs-Erbfolge in den Verfassungen der beiden Länder enthaltenen Bestimmungen wieder (N. L.-D. § 14 und Hannov. Landes-Verfassungsgesetz vom 6. August 1840, § 12). Artikel 2 erklärt, daß diese auf den Hansgesetzen des Gesamthauses und dem Staatsrecht der beiden Länder beruhenden Bestimmungen bei eintretenden Thronerledigungen zur Norm würden dienen müssen. Artikel 3 erkennt an, daß im Fall des Uebergangs der Regierung des einen Staats auf die andere Linie des Gesamthauses das Königreich Hannover und das Herzogthum Braunschweig „als selbstständige deutsche Bundesstaaten neben einander fortbestehen müssen, jedoch vorbehaltlich der Bestimmungen des Art. 16 der Wiener Schlußacte vom 15. Mai 1820“¹⁾ und daß in einem solchen Falle „die Verfassung jedes der beiden Staaten wegen dieses Erbanges oder wegen irgend eines sonstigen Grundes eine Aenderung nicht erleide, vielmehr unverändert aufrecht erhalten bleibe“. Artikel 4 nimmt Bezug auf die Bestimmungen beider Verfassungen über den Erlaß der Reversalen (N. L.-D. Art. 4, Hannov. Verf. § 14) und stellt fest, daß eine etwaige Aenderung der Selbstständigkeit oder der Verfassung beider Staaten der Zustimmung der betreffenden Landesvertretung bedarf. Der Artikel 5 endlich fügt den Vorbehalt hinzu, daß „die verfassungsmäßig bestehenden Regierungsbefugnisse zu Verwaltungsanordnungen solcher Art, welche zu ihrer Rechtsgültigkeit der Zustimmung der Landesvertretung verfassungsmäßig nicht bedürfen, selbstverständlich keine Beschränkung erleiden“. — Der Ausschuß war im Allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Nur der Artikel 5 erweckte sein Mißtrauen, weil er völlig überflüssig sei und zu Mißdeutungen führen könne. Zur Begründung dieser Besorgniß wurde darauf hingewiesen, daß auch die hannoversche Verfassung unter Anderem „in einer Staatsangelegenheit von hoher Bedeutung durch den einseitigen Erlaß der Verordnung vom 24. November 1850, die Beglaubigung der Unterschriften des damaligen Kronprinzen betreffend, eine die Rechte der Landesvertretung zur Mitwirkung bei organischen Staatseinrichtungen verkennende Deutung erfahren habe“²⁾. Dem Ministerium gelang es, das Ersuchen des Ausschusses um Beseitigung des beanstandeten Artikels in Hannover durchzusetzen. Die Anerkennungs-Urkunden sind darauf vom König und dem Herzog am 3. März 1863 vollzogen³⁾.

¹⁾ „Wenn die Befugungen eines souveränen deutschen Hauses durch Erbfolge auf ein anderes übergehen, so hängt es von der Gesamtheit des Bundes ab, ob und inwiefern die auf jenen Befugungen haftenden Stimmen im Plenum, da im engeren Rath kein Bundesmitglied mehr als eine Stimme führen tann, dem neuen Besitzer beilegt werden sollen.“

²⁾ Während ein Patent vom 17. Juli 1841 vorgeschrieben hatte, daß die Unterschrift des künftigen, erblindeten Landesherrn in Gegenwart der Minister und zweier, aus 12 hierzu eidlich verpflichteten Standesherrn oder höheren Beamten gezommener Zeugen, nachdem von Einem der Letzteren der Wortlaut der zu unterzeichnenden Verfügung laut und deutlich vorgelesen war, erfolgen sollte, hatte die angegebene Verordnung die Gegenwart dieser Zeugen in Wegfall gebracht und die Verlesung der betreffenden Verfügungen durch Vortrag ihres Inhalts seitens eines Ministers ersetzt.

³⁾ Beglaubigte Abschriften sind dem Ausschuß der Landesversammlung zugestellt und im landschaftlichen Archiv niedergelegt.

Im December 1863 trat der Landtag von Neuem zusammen. Der Ausschuß erstattete in vertraulicher Sitzung Bericht vom Ergebniß der Verhandlungen und bemerkte, daß er auch die in der Landesversammlung erörterten drei Fragen wegen der Erbfolge des Herzogs Karl, der Anrechte Hannovers und der Regierungsfähigkeit des Königs Georg dem Ministerium mit dem Ersuchen um eine Meinungsäußerung unterbreitet, aber eine Auskunft darüber nicht erhalten habe. Die Landesversammlung genehmigte die bisherigen Schritte des Ausschusses und ermächtigte ihn, über die angegebenen, noch unerledigt gebliebenen Fragen mit dem Ministerium weiter zu verhandeln. Zugleich kam zur Sprache ¹⁾, ob es nicht auch räthlich sei, eine Garantie der braunschweigischen Verfassung durch die preußische Regierung zu suchen. Die Neigungen für Preußen hatten zwar durch den dortigen Conflict mit dem Abgeordnetenhaus eine merkliche Abkühlung erlitten, auch wurden Bedenken erhoben, ob überhaupt Preußen einem solchen Ansinnen Folge geben werde. Aber man meinte doch, den Versuch nicht unterlassen zu sollen, da im Fall des Gelingens die sicherste Gewähr gegen künftige Uebergriffe Hannovers gegeben sei und da man mindestens bei dieser Gelegenheit Genaueres über etwa auf preussischer Seite bestehende eigene Successionsgelüste ermitteln werde. Es wurde auch hervorgehoben, daß man schon aus Rücksichten auf dringende Landesinteressen die Successionsfrage so lange wie möglich in der Schwebe zu halten suchen müsse, da noch Zollvereins- und Eisenbahn-Angelegenheiten mit Hannover zu ordnen seien, auf deren Erledigung jene Frage, so lange sie eine offene bleibe, von Einfluß sein werde. Alle diese Gründe führten schließlich zur Annahme des Antrags (vertrauliche Sitzung vom 20. Juni 1864), doch ist er, soweit ersichtlich, vom Ausschuß nicht weiter verfolgt.

Erst auf dem nachfolgenden ordentlichen Landtag, nachdem die Geschiede Hannovers sich inzwischen erfüllt hatten, kam die Zukunft des Herzogthums wiederum zur Sprache. In Folge Initiativ-Antrages der staatsrechtlichen Commission richtete die Landesversammlung auf Grund eines Beschlusses vom 13. August 1867 an die Landesregierung das Ersuchen, für den Fall, daß nach Erledigung des Thrones im Herzogthum in der jetzt regierenden Linie die Krone Preußen zur Succession berufen sein sollte, mit dieser einen Vertrag anzustreben, durch welchen dem Herzogthum die bestehende und im Vertrage vom 18. August 1866 ²⁾ anerkannte Selbstständigkeit, sowie dessen Verfassung bis dahin gesichert werde, daß in ordnungsmäßiger Weise Aenderungen vereinbart seien. Allein das Ministerium verwies, als nach einiger Zeit der Ausschuß an die Erledigung des Ersuchens erinnerte, auf den § 14 der N.L.D., der in Beziehung auf das Thronfolgerecht einen zweifellosen Aufschluß ertheile, erklärte, daß, so lange diese grundgesetzliche Bestimmung Aenderungen nicht erlitten habe, es durchaus unthunlich erscheine, mit Preußen Verhandlungen zu eröffnen, de nen die Voraussetzung zur Grundlage diene, daß der Landesverfassung

¹⁾ Ein Antrag Vorwerfs.

²⁾ Dem Grundvertrage des Norddeutschen Bundes.

zuwider die Krone Preußen nach Erledigung des Throns zur Succession berufen sei, und ging von diesem Standpunkte auch dann nicht ab, nachdem der Ausschuß bemerktlich gemacht hatte, wie für den nicht unwahrscheinlichen Fall, daß das bestehende Successionsrecht dem Eindrucke politischer Ansichten und realer Machtverhältnisse weichen müsse, der Vortheil des Landes es dringend gebiete, nach Kräften dafür zu sorgen, daß nicht das Staatsvermögen, besonders der Kloster- und Studienfonds der herkömmlichen Verwendung durch Vereinigung mit dem Vermögen des Großstaats entzogen werde (Schreiben vom 14. März 1868). Die Sache blieb demnach einstweilen auf sich beruhen, wurde aber auf dem nächsten Landtage, während der Krieg mit Frankreich im Gange war, um so nachdrücklicher wieder aufgenommen. Der Abgeordnete Müller-Wolfenbüttel verwies in der Sitzung vom 9. December 1870 auf die Zeitungsmittheilungen, denen zufolge der König Georg im Einverständniß mit dem Kaiser der Franzosen die Welfenlegion gegen Preußen gerüstet, zu ihrer Bewaffnung in feindlichen Kriegshäfen Chassépotgewehre bereit gehalten, auch sein persönliches Eintreffen in Frankreich zur Förderung dieser landesverrätherischen Zwecke in Aussicht gestellt habe, und trug, falls diese Nachrichten durch Nachforschungen der Landesregierung nicht widerlegt werden sollten, darauf an, die Regierung um eine baldigste Gesetzesvorlage zu ersuchen, durch welche die §§ 14 und 26 der N. L.-O., soweit sie die Regierungsfolge des vormaligen Königs von Hannover und seiner Nachkommen betreffen, außer Kraft zu setzen seien. Die Verfassungscommission, der der Antrag überwiesen wurde, war besonnen genug, sich vom patriotischen Ungestim desselben nicht beirren zu lassen. Sie erklärte die betreffs der Richtigkeit jener Zeitungsmittheilungen erbetenen Nachforschungen für überflüssig, weil die feindselige Stellungnahme des Königs Georg ohnehin als erwiesen gelten könne, und für bedenklich, weil sie nur zu dem Zwecke empfohlen sei, um davon eine Abänderung früher vereinbarter Bestimmungen wegen der Regierungsnachfolge abhängig zu machen. Zugleich erachtete sie eine Erörterung über die Erbfolgefrage in einer Zeit, in der selbst festbegründete Rechtsverhältnisse an der Macht der Thatfachen zerstückelt seien, und bei der Schwierigkeit der dabei entstehenden, durch die allein betheiligten Gewaltten nicht zu entscheidenden Fragen für zwecklos, erkannte es aber für Landesvertretung und Landesregierung als eine heilige und unabweisliche Pflicht, Sorge zu tragen, daß für den Fall einer Thronerledigung des Landes Wohl und das besondere Verfassungsleben des Herzogthums sicher gestellt werde. Auf Grund solcher Erwägungen gab sie anheim, über den Antrag Müller zwar zur Tagesordnung überzugehen, die Landesregierung aber zu ersuchen, in kürzester Frist diejenigen Maßregeln, die im Falle einer Thronerledigung auch selbst vorübergehenden Störungen in der Verwaltung des Landes vorzubeugen geeignet seien, mit der Landesversammlung zu beschließen und für die dieserhalb getroffene Vereinbarung die Garantie der Reichsgewalt nachzusuchen — ein Antrag, der in der Sitzung vom 30. März 1871 die Billigung des Staatsministers v. Campe, sowie die Zustimmung der Landesversammlung fand und für die Richtungslinie aller späteren Verhandlungen bestimmend geworden ist.

Von einem Einverständniß über die Mittel zum Zweck war man allerdings vorerst noch ziemlich weit entfernt. Nach Schluß des Landtages verhandelte der Ausschuß mit dem Ministerium auf Grundlage eines von Schmid ausgearbeiteten Gesegentwurfs, der dem Kaiser die Regierung mit den Rechten und Pflichten eines Regierungsvormundes und mit der Ermächtigung, die Regierungsgeschäfte bis auf Weiteres einem Statthalter zu übertragen, überwies. Das Staatsministerium beanstandete den Eingang des Entwurfs insoweit, als dort der berechnigte Thronfolger als „ungewiß“ bezeichnet war, erhob aber auch in der Sache selbst Einspruch, da der Kaiser in seiner Eigenschaft als König von Preußen an und für sich nicht unbetheiligt erscheine und da preußischer Seits „nicht officiell, aber doch officiös“ Ansprüche auf die demnächstige Regierungsnachfolge im Herzogthume erhoben seien¹⁾. Dem Gegenvorschlage des Ministeriums, daß der Landesherr den Regenten aus den regierenden Fürsten der zum Deutschen Reiche gehörenden Staaten auszuwählen und daß bei dem Mangel einer solchen Vorsorge oder im Falle der Ablehnung des ernannten Regenten die Landesversammlung die Wahl zu treffen habe, vermochte wiederum der Ausschuß nicht beizupflichten, hielt es für mißlich, auf lange Jahre im Voraus die Person des zu ernennenden Regenten zu bestimmen und wünschte der Landesversammlung die Wahl des Regenten ausschließlich zu übertragen. In dieser Lage der Verhandlungen trat der Landtag wieder zusammen. Der Verfassungscommission desselben gelang es, nach wiederholten Berathungen und Besprechungen mit dem Ministerium einen Ausgleich der widerstreitenden Meinungen in der Weise herbeizuführen, daß vor der Thronerledigung der Herzog mit der Landesversammlung über die Person des künftigen Regenten sich verständigen und die Vereinbarung, so oft eine Neuwahl nöthig werde, wiederholen, nach der Thronerledigung aber zu gleichem Zwecke das Staatsministerium mit der Landesversammlung in geeigneter Weise zusammenwirken solle. Ein vom Ministerium aufgestellter Gesegentwurf vom 6. März 1873 trug diesem Grundgedanken Rechnung. Unter vorausgesetzter Garantie des deutschen Kaisers war dort verfügt, daß, falls bei erfolgter Erledigung des Throns der berechnigte, regierungsfähige Thronerbe nach übereinstimmender Ansicht des Staatsministeriums und der Landesversammlung oder deren Ausschusses an der unmittelbaren Uebernahme der Regierung behindert sei, eine Regentschaft einzutreten habe (§ 1), für diesen Fall der Großherzog von Oldenburg²⁾ zum Regenten ernannt (§ 2), dem Herzog oder der Landesversammlung, je nachdem die etwaige Wahl eines anderen Regenten

¹⁾ Conferenz vom 24. und Schreiben vom 27. Februar 1872. Bemerkenswerth ist, daß in der Conferenz der Staatsminister v. Campe die Successionsfähigkeit des Königs Georg wegen der Blindheit desselben nach den Satzungen des älteren deutschen Reichsstaatsrechts, die auch in braunschweigischen Hausverträgen ausdrücklich anerkannt seien, mit Bestimmtheit verneinte.

²⁾ In den vorangegangenen Verhandlungen war vom Staatsminister der König von Sachsen in Vorschlag gebracht, aber hauptsächlich wegen seines katholischen Glaubensbekenntnisses von der Commission beanstandet.

vor oder nach eingetretener Thronerledigung sich als erforderlich erweise, dieselbe übertragen (§§ 3 u. 4) und dem Regenten Vollmacht gegeben, mit den Regierungsgeschäften einen Statthalter widerruflich zu beauftragen (§ 5). In geheimer Sitzung der Landesversammlung vom 26. März 1873 fand der Entwurf fast einstimmige Genehmigung. So schien man alle Klippen glücklich umsegelt zu haben, als nach einiger Zeit das Staatsministerium die Mittheilung machte, daß vom Kaiser die Uebernahme der erbetenen Garantie abgelehnt sei, da dem Deutschen Reiche die Prüfung der Legitimation seiner Mitglieder, namentlich also die Prüfung der Berechtigung zu der Erbfolge in einem Bundesstaate unter keinen Umständen entzogen werden könne, diesem Rechte und dieser Pflicht des Reiches aber durch den vorgelegten Entwurf bei der dort vorgesehenen Eventualität vorgegriffen werde (Schreiben vom 9. Februar 1874). Unter diesen Umständen glaubte man, von irgend welchen weiteren Schritten sich keinerlei Erfolg versprechen zu dürfen. Man beschloß demnach (Sitzung vom 25. März 1874), im Vertrauen, daß die Reichsgewalt zur gewiesenen Zeit für die Aufrechterhaltung von Recht, Frieden und Wohlfahrt im Herzogthume aus eigenem Antrieb mit gewissenhafter Pflichttreue sorgen werde, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen.

Dem Abgeordneten v. Beltheim gebührt das Verdienst, diese Resignation wirksam bekämpft zu haben. Unter Hindeutung auf den seit den letzten Verhandlungen erfolgten Tod des Königs Georg und die Aufrechterhaltung der Ansprüche desselben seitens des Herzogs von Cumberland, sowie unter Hervorhebung des Umstandes, daß es nur eines „auf gemessene Zeit berechneten, interimistischen Zustände begründenden Gesetzes“ bedürfen werde, trug er bei dem Beginne des 16. ordentlichen Landtages in der Sitzung vom 13. December 1878 mit Entschiedenheit darauf an, von Neuem in Erwägung zu nehmen, ob und welche Maßregeln zu treffen seien, damit im Falle einer Erledigung des Thrones die in der reichsverfassungsmäßig verbürgten Selbstständigkeit des Landes einbegriffene ordnungs- und verfassungsmäßige Verwaltung vor Störungen gesichert werde. Der Antrag, von den beiden Berichterstattern ¹⁾ warm befürwortet, fand am 20. December Annahme und schon am 6. Januar 1879 legte das Ministerium der Landesversammlung den Entwurf eines Gesetzes vor, die provisorische Ordnung der Regentschaftsverhältnisse bei einer Thronerledigung betreffend. Das Begleitschreiben bemerkte, daß, wie der Antrag des Landtages, so auch der Gesetzentwurf übereinstimmend nur auf die provisorische Sicherung der verfassungsmäßigen Landesverwaltung gegen Unterbrechungen und Gefährdungen berechnet sei, daß er in dieser Beschränkung aber — und darin liegt ein weitgreifender Unterschied der Vorlage gegenüber dem Entwurf von 1873 ²⁾ — nach Inhalt und Fassung über die nächste Veranlassung hinaus allgemein dem Bedürfniß Genüge leisten solle, bei ein-

¹⁾ Den Abgeordneten Bode und Ernesti.

²⁾ Dem Eingange desselben nach soll nur Vorsoorge getroffen werden, so lange „dem Regierungsantritte des erbberechtigten, regierungsfähigen Thronfolgers Hindernisse entgegenstehen“.

tretenden Thronerledigungen keine Stockung oder Unterbrechung im Regierungsgange entstehen zu lassen, um so eine Lücke auszufüllen, die das Landesgrundgesetz vom 12. October 1832 darbot. In Betreff einiger von der Commission gewünschten Abänderungen wurde schnell eine Verständigung erreicht, der Entwurf dem entsprechend umgearbeitet, in Uebereinstimmung mit dem Staatsministerium die neue Redaction den Berathungen zu Grunde gelegt. Am 15. Februar 1879 erhielt die neue Vorlage einstimmig die verfassungsmäßige Zustimmung der Landesversammlung und sie ist am Tage darauf vom Landesfürsten als Gesetz vollzogen.

Das sogenannte Regentenschaftsgesetz ist bei seinem Erscheinen vielfach mit Geringschätzung beurtheilt und es hat nicht an Stimmen gefehlt, die für den Eintritt desjenigen Falles, der zu seinem Erlaß doch immerhin den nächsten Beweggrund gebildet hatte, ihm im Voraus jede praktische Bedeutung abgesprochen haben. Durch die Ereignisse des Jahres 1884 sind alle diese Weissagungen als irrig erwiesen. Die Einsetzung der Regentchaft des Prinzen Albrecht von Preußen hat sich genau nach den Bestimmungen und unter den Rechtsformen des Gesetzes vom 16. Februar 1879 vollzogen und es ist nicht abzusehen, wie die Verhältnisse im Herzogthume sich nach dem Tode des Herzogs Wilhelm hätten gestalten können, wenn es an der in jenem Gesetz geschaffenen Rechtsgrundlage gefehlt hätte.

VI. Nachdem auf dem 19. ordentlichen Landtage das Gesetz, betreffend die Aenderung der Wahlperioden der Landesversammlung und der Finanzperioden, vom 26. März 1888, Nr. 12, vereinbart war, wurde auf dem 22. ordentl. Landtage eine gründliche Umgestaltung des Wahlgesetzes, sowie bezüglich der Zusammensetzung der Landesversammlung eine Aenderung zu Gunsten der Vertretung der Stadt Braunschweig von Neuem in Anregung gebracht durch eine Bittschrift des Bürgervereins und der Bezirksvereine zu Braunschweig, auch von der Commission des Landtages befürwortet. In der Erwägung indessen, daß die geplante Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer im Herzogthume ohnehin eine Aenderung des Wahlgesetzes und des Gesetzes über die Zusammensetzung der Landesversammlung herbeiführen werde, beschloß die Landesversammlung in ihrer Sitzung vom 14. Februar 1895, über die Bittschrift zur Tagesordnung überzugehen. Der nächste Landtag bereits leitete eine Steuerreform des Landes nach dem Vorbilde Preußens in die Wege. Das Gesetz vom 16. April 1896 hob die Personalsteuer auf und ersetzte sie durch eine allgemeine Einkommensteuer; der Erlaß eines Gemeindeabgabengesetzes und eines Ergänzungsteuergesetzes wurde vorbehalten und von der Regierung die Durchführung der neuen Besteuerungsart in der Weise zugestanden, daß von der Grund- und Gewerbesteuer bei Fortfall der bisherigen Steuererlasse, sowie der Ueberweisungen von Staatseinnahmen an Kreise und Gemeinden 75 Procent als Staatssteuern außer Hebung gesetzt und in entsprechendem Maße den Gemeinden als Steuerquellen überwiesen werden sollten. Da die bisherige Zusammensetzung des Landtages mit dem bestehenden Steuersystem eng zusammenhing, indem ein Theil der Abgeordneten ihr Amt lediglich dem zu zahlenden

Höchstmaß von Grund- und Gewerbesteuer verdankte, so war mit einer so wesentlichen Umgestaltung der staatlichen Besteuerungsordnung die Nothwendigkeit auch einer Aenderung in der Zusammensetzung der Landesversammlung unabweislich gegeben. Unterm 3. November 1898 legte demnach die Regierung dem Landtage den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung der Gesetzgebung über die Zusammensetzung der Landesversammlung, sowie eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Wahlgesetzes, zur Berathung vor. Hinsichtlich der einzuführenden Neuerungen hatte sie sich in beiden Gesetzen, von den Schwierigkeiten ausgehend, auf die alle seit 1851 unternommenen Aenderungsversuche gestoßen waren, auf das unumgänglich Nothwendigste beschränkt. Nach dem ersteren der beiden Gesetzentwürfe hatten die Wahlkörper der höchstbesteuerten Grundbesitzer, Gewerbetreibenden und wissenschaftlichen Berufsstände nur je einen Abgeordneten weniger zu wählen und es waren die hierdurch frei werdenden drei Sitze für Abgeordnete aus der Zahl der höchstbesteuerten Einkommensteuerspflichtigen bestimmt. Die übrigen Aenderungen betrafen hauptsächlich die Vertheilung der Abgeordneten der höchstbesteuerten Grundbesitzer auf die beiden Classen und die Zusammensetzung der Wahlkörper. Im Entwurf des Wahlgesetzes war unter Anderem die nach den bisherigen Bestimmungen behuf der Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden stattfindende doppelte Wahlmännerwahl beseitigt, der Wahlkörper der Berufsstände durch Erhöhung des zur Wahl berechtigenden Dienst- oder Berufs-Mindesteinkommens auf 4500 Mk. erheblich eingeschränkt, das zu der Wahl der höchstbesteuerten Einkommensteuerspflichtigen befähigende Einkommen in der Stadt Braunschweig auf mehr als 12 500, im übrigen Herzogthume auf mehr als 10 000 Mk. festgesetzt, für unentschuldigtes Ausbleiben im Wahltermin eine Geldstrafe eingeführt und an Stelle der bisherigen Stimmabgabe zu Protokoll geheime Wahl mittelst ver- schlossener Stimmzettel gesetzt.

Die beiden Vorlagen riefen in der Landesversammlung eine allgemeine Enttäuschung hervor. In Beziehung auf die anderweite Zusammensetzung des Landtages war man von vornherein allseitig darüber einig, daß der Vorschlag der Regierung — Einreihung eines besonderen Wahlkörpers der höchstbesteuerten Einkommensteuerspflichtigen in das alte System unter sonst nahezu unveränderter Beibehaltung des letzteren — nicht als annehmbar erscheinen könne. Betreffs des Wahlgesetzes wurde mit gleicher Entschiedenheit die Beibehaltung der Bestimmung, die bei den Wahlen der Abgeordneten der Stadt- und Landgemeinden den Wahlkörper aus dem Magistrat und Stadtverordneten, bezw. dem Gemeindevorsteher und Gemeinderath nebst einer festgesetzten Anzahl von Wahlmännern zusammensetzt, beanstandet, von manchen Seiten auch Einführung directer Wahlen als wünschenswerth hingestellt. Im Einzelnen gingen indessen die Ansichten namentlich hinsichtlich der Zusammensetzung des Landtages je nach der Verschiedenheit des politischen Standpunktes, wie auch der Berufs- und Standesinteressen weit aus einander. Durchdrungen vom Bewußtsein der Nothwendigkeit, schon im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der eben erst eingeführten Steuerreform zu einer Verständigung über die Vorlagen zu gelangen

und mit Recht überzeugt davon, daß, wenn die gegebene Veranlassung nicht ausgenutzt werde, in absehbarer Zeit sich kaum wieder eine Gelegenheit darbieten werde, grundlegende Aenderungen der Verfassungsgesetzgebung vorzunehmen, beschränkte die zur Verathung der Gesetzentwürfe eingesetzte Commission¹⁾ sich nicht darauf, die ihr wünschenswerth erscheinenden Aenderungen festzustellen, sondern veranlaßte auch die Landesversammlung, zu wiederholten Malen zu vertraulichen Besprechungen zusammenzutreten, um so die vorhandenen Gegensätze zunächst klar zu stellen, Schritt für Schritt eine Vermittelung derselben anzustreben, durch vorläufige Abstimmungen über die Ausgleichsvorschläge die Wahrscheinlichkeit, auf einer bestimmten Grundlage demnächst die verfassungsmäßig erforderliche Stimmenanzahl vereinigen zu können, genau zu ermitteln, die Stellung der Landesregierung gegenüber durch ein thunlichst einmüthiges Vorgehen zu kräftigen und so Unterlassungen zu vermeiden, die bei den Verhandlungen des Jahres 1874 sich schwer gerächt hatten. Das eingeschlagene Verfahren führte zum Ziel; bei ihrer Berichterstattung vom 25. Januar 1899 war die Commission auf Grund eines in jenen Vorberathungen erreichten Einverständnisses in der Lage, den Gegenentwurf eines Gesetzes, betreffend die Zusammensetzung der Landesversammlung, sowie Grundlinien für ein neues Wahlgesetz einzureichen. In ersterem hatte weniger die Zahl der Abgeordneten (statt 46 jetzt deren 48), als das Verhältniß zwischen den auf Grund allgemeiner Wahlen berufenen Abgeordneten und den Vertretern der besonderen Standesclassen eine durchgreifende Aenderung erfahren. Während bislang beide Arten von Vertretung einander fast die Wage hielten (22 Höchstbesteuerte, bezw. Vertreter der Kirche gegenüber 24 aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Abgeordneten), legte die Commission das Schwergewicht auf den Theil der Volksvertretung, der nicht als Ersatz für die fehlende erste Kammer anzusehen war, und schlug vor, daß 30 Abgeordnete — darunter 8 der Stadt Braunschweig, deren Bedeutung und Einwohnerzahl entsprechend — durch allgemeine, 18 durch besondere Ständewahlen zu berufen seien. Von Ersteren waren 15 Abgeordnete den Städten, 15 den Landgemeinden (unter Beseitigung des Vertreters für Thedinghausen) zugewiesen, während von den Letzteren 3 auf die Großgewerbetreibenden, 4 auf die Großgrundbesitzer (unter Fortfall der bisherigen Eintheilung in zwei Classen), 5 auf die höchstbesteuerten Einkommensteuerepflichtigen, 4 auf die wissenschaftlichen Berufsstände und 2 auf die Geistlichen der evangelischen Landeskirche, die nunmehr als eine besondere Abtheilung der Berufsstände erscheinen, gerechnet wurden. Die erheblicste Einbuße unter den Höchstbesteuerten hatte somit der Großgrundbesitz erlitten, dessen Vertretung von 10 auf 4 Abgeordnete herabgedrückt war. Die „Grundlinien für das Wahlgesetz“ behielten die bestehenden allgemeinen Voraussetzungen des Wahlrechts und der Wählbarkeit bei, beseitigten jedoch die Wahlberechtigung juristischer Personen, brachten für die allgemeinen Wahlen in

¹⁾ Mitglieder: Semler, v. Seelen, v. Rosenstern, Bodemann, Reuter, Wehrenpennig, Schwerdtfeger; Berichterstatter: v. Seelen.

Stadt und Land, da die Zulassung directer Wahlen bei dem Staatsministerium auf Widerstand gestoßen war, indirecte Wahlen nach dem Dreiclassen-Wahlssystem auf der Grundlage der Gemeinde-Wählerlisten unter Beseitigung des bisherigen Vorrechts der Gemeindebehörden in Vorschlag, suchten das „Steuerfoll-Princip“ bei der Vertheilung der Wahlberechtigten in drei Classen dadurch abzuschwächen, daß in die erste Classe mindestens 5, in die zweite mindestens 20 Procent aller Wahlberechtigten zu setzen seien und gaben eine Reihe von Anhaltspunkten für die Abgrenzung der Urwahlbezirke, Zahl der Wahlmänner in denselben, Wahlort und Wahlverfahren.

Am 31. Januar 1899 fand die Berathung über die Vorschläge der Commission statt. Der Staatsminister v. Otto legte die Beweggründe dar, aus denen die Regierung in ihren Vorlagen zu einer einschneidenden Umgestaltung des Gesetzes über die Zusammensetzung der Landesversammlung und des Wahlgesetzes sich nicht habe bewegen finden können, wies in dieser Beziehung auf die Schwierigkeiten hin, denen die Landesregierung bei dem Reformversuche von 1873 begegnet sei, und auf die seitdem wiederholt hervorgetretene Abneigung der Landesversammlung, in den Grundlagen der beiden Gesetze wesentliche Aenderungen eintreten zu lassen, sprach die Hoffnung aus, daß an der Hand der von der Commission eingebrachten Vorschläge eine Verständigung sich werde erreichen lassen und erklärte, daß die Landesregierung ihrerseits es an Entgegenkommen in dieser Hinsicht nicht werde fehlen lassen. Als nach Schluß der allgemeinen Berathung in die Verhandlung über die einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfs über die anderweite Zusammensetzung der Landesversammlung eingetreten wurde, gelangten sie sämmtlich, zum Theil ohne weitere Erörterungen, mit großer Stimmenmehrheit zur Annahme und es fand darauf der Entwurf als Ganzes gegen acht, der der Grundzüge des Wahlgesetzes gegen fünf verneinende Stimmen Genehmigung. Unterm 17. Februar ließ dann das Ministerium einen im Wesentlichen diesen Beschlüssen nachgebenden, neuen Entwurf des Gesetzes über Zusammensetzung der Landesversammlung, am 22. desselben Monats ein neues Wahlgesetz der Landesversammlung zugehen. Der erstere wich vom Entwurf der Commission hauptsächlich insoweit ab, als die Zahl der Abgeordneten der Stadt- und Landgemeinden von je 15 auf 14 herabgesetzt und von den damit frei werdenden Sitzen einer den Gewerbetreibenden (des Wahlbezirks Kreis Braunschweig), der andere dem Amtsbezirk Thebinghausen überwiesen war. In den Sitzungen vom 9. bis 11. März 1899 fanden die letzten entscheidenden Berathungen statt. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Landtages beharrte die Landesversammlung gegenüber den angegebenen Aenderungen des Regierungsentwurfs bei den Vorschlägen, die der Entwurf der Commission enthalten hatte. Das Wahlgesetz erfuhr eine Reihe von Aenderungen, die meist das Wahlverfahren betreffen, in ihrer Fassung zum Theil Einiges zu wünschen übrig lassen¹⁾, im Allgemeinen aber nicht von

¹⁾ Der Commission, die diese Aenderungen in Vorschlag brachte, ist daraus jedoch kein Vorwurf zu machen, da die Geschäftslage eine außerordentliche Beschleunigung der Vorberathungen erfordert hatte.

Erheblichkeit waren. Da das Einverständniß der Landesregierung mit sämmtlichen zu den beiden Vorlagen beschlossenen Aenderungen sofort ausgesprochen wurde, so konnte im unmittelbaren Anschluß an die Berathungen die Endabstimmung stattfinden. Am 9. März erhielt der Entwurf des Gesetzes über die Zusammenfügung der Landesversammlung mit 36 gegen 7, zwei Tage hernach der des Wahlgesetzes mit 37 gegen 6 verneinende Stimmen die verfassungsmäßige Zustimmung der Versammlung. Beide Entwürfe sind unterm 6. Mai 1899 durch Vollziehung seitens des Landesfürsten zum Gesetz erhoben.

§ 6.

Quellen und Literatur des braunschweigischen Verfassungsrechts.

Eine ausführliche Darstellung der Verfassungsgeschichte des Herzogthums und des älteren Rechts wird auf große Schwierigkeiten stoßen, da die Quellen unzulänglich, vielfach zerstreut und nicht leicht aufzufinden sind. Eine amtliche Ausgabe der Gesetze und Verordnungen des Herzogthums ist erst im Jahre 1814 begründet, für die frühere Zeit liegen Privatsammlungen in dem Fredericksdorff'schen Promptuarium und der Bearbeitung desselben von Ad. Steinacker (1838) vor. Die wichtigste Quelle für die älteren Zeiten bilden die Landtags=Abschiede und die von den Landesfürsten mit der Landschaft geschlossenen sonstigen Reccessen und Verträge. Eine Herausgabe derselben ist begonnen von Ph. H. Ribbentrop, aber unvollendet geblieben (2 Bände, 1793 und 1797). Einige der wichtigeren Landtags=Abschiede (von 1597, 1619, 1770, auch die Privilegien von 1710 und 1770) und der älteren Landesordnungen (aus neuerer Zeit auch das Edict vom 1. Mai 1794) sind abgedruckt in R. Steinacker's Sammlung der größeren Organisations= und Verwaltungsgesetze des Herzogthums, 1837. Das landschaftliche Archiv enthält neben sämmtlichen Landtags=Abschieden aus der neueren Zeit auch manche der älteren Reccessen und Hausverträge in den Ausfertigungen, daneben weist die landschaftliche Bibliothek verschiedene Sammlungen derselben in Abschriften auf; leider ist aus der älteren Registratur und dem Archiv in der Westphälischen Zeit Manches abhanden gekommen. Von dem Vorhandenen erscheinen beachtenswerth hauptsächlich die handschriftlichen Aufzeichnungen Wismann's¹⁾: „Annales der löblichen Landschaft, wie solche denen landschaftlichen Reccessen, actis et actitatis conform und aus denselben nicht sonder große Mühe und Fleiß gezogen worden“, ein die Zeit von 1345 bis 1723 umfassendes Inhaltsverzeichnis von Urkunden, Reccessen, Verträgen, Verhandlungen mit der Landschaft oder den Ausschüssen in chronologischer Ordnung und zumal für die letzte Hälfte des 17. Jahrhunderts von großem Werthe. Ueber zahlreiche Einzelheiten geben auch Aufschluß die Verhandlungen des Schatzcollegiums, über welche vom

¹⁾ Dr. jur. Johann Wismann, 1687 Adjunkt des Landsyndicus, 1691 zum Landsyndicus erwählt, gest. am 30. Juli 1726.

Jahre 1679 an die sehr eingehend und sorgsam geführten „Schatzprotokolle“ vorliegen. Die Registratur des Herzogl. Staatsministerium kommt für die vor dem Erlaß der neuen Landschafts-Ordnung liegende Zeit nicht in Betracht, da sie zum größten Theile, wenn nicht völlig im Schloßbrande von 1830 untergegangen ist. Dagegen dürfte vielleicht in der Registratur der Herzogl. Kammer Manches von Werth zu finden sein. Für die Auslegung der neueren Gesetze und die Handhabung des Verfassungsrechts sind von erheblichster Bedeutung die „Verhandlungen der Landesversammlung des Herzogthums Braunschweig“, welche die amtlichen Protokolle, die ausführlichen Sitzungsberichte und in den Anlagen die Vorlagen der Regierung, Berichte der Commissionen und die Beschlüsse der Landesversammlung enthalten. Sie sind im Buchhandel zwar nicht zu erhalten, befinden sich aber im Besitze vieler Behörden und Beamten des Landes.

Auch die Literatur ist recht dürftig. Aus der älteren Zeit finden sich manche Nachrichten in J. J. Moser's zahlreichen staatsrechtlichen Schriften. Ribbentrop behandelt in seinen „Beiträgen zur Kenntniß der Verfassung des Herzogthums Braunschweig, Wolfenbüttelschen Theils“ (1787), nur die allgemeine politische Geschichte und einige lehnrechtliche Fragen; v. Liebhaber's Einleitung in das Landrecht des Herzogthums Braunschweig und Lüneburg enthält im Band 1 (1791) zwar einen Abschnitt über das „Recht der Landstände“, giebt dort aber der Hauptsache nach nur die Bestimmungen der Privilegien und des Landtags-Abschiedes von 1770 wieder. Mancke's Kur- und Fürstlich Braunschweig-Lüneburgisches Staatsrecht (bearbeitet bis zum Jahre 1800, herausgegeben von v. Lenthe, 1859) hat vornehmlich die Verhältnisse im Kurfürstenthum Hannover zum Gegenstande, doch enthalten die Abhandlungen über die Landstände und das Besteuerungsrecht auch manches Brauchbare in Beziehung auf Braunschweig-Wolfenbüttel. Das Buch ist hauptsächlich eine fleißige Materialiensammlung¹⁾. Aus neuerer Zeit sind zu erwähnen: v. Bülow, Beiträge zur Geschichte des braunschweigischen Landes und zur Kenntniß seiner Verfassung und Verwaltung (1829), ferner dessen Schrift: Zur Erläuterung der Landschafts-Ordnung von 1820 (1831); de Dobbeler, über geschichtliche Entstehung, Charakter und zeitgemäße Fortbildung der landständischen Verfassung des Herzogthums Braunschweig und Fürstenthums Blankenburg (1831); v. Strombeck, staatswissenschaftliche Mittheilungen, vorzüglich in Beziehung auf das Herzogthum Braunschweig (1831); v. Bülow, Mittheilungen zur Erläuterung der braunschweigischen Geschichte und Gesetzgebung (1839); namentlich aber Bode, Beiträge zur Geschichte der Feudalstände (1843), ausgesprochener Maßen zwar eine Streitschrift²⁾, aber eine solche, die auf gründlicher Kenntniß der Landesgeschichte beruht und in Betreff der Entwicklung der landständischen Verfassung viele nähere Anhaltspunkte darbietet. Ueber

¹⁾ v. Meier nennt es in seiner Einleitung zur hannoverschen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte (1898) zutreffend „ein bloßes Knochengengerüst ohne inneres Leben“.

²⁾ Gegen v. Grone, Geschichte der corporativen Verfassung des braunschweigischen Ritterstandes nebst Vorschlägen zu ihrer Reorganisation, 1842.

die Entwicklung der Landstände im Herzogthum Braunschweig-Lüneburg vom 13. bis zum Ausgang des 14. Jahrhunderts ist zu vergleichen die Inaugural-Dissertation von G. Herden (1888); in Beziehung auf die spätere Zeit darf auch auf die allgemeinen Werke über braunschweigische Geschichte, namentlich von Havemann (Geschichte der Lande Braunschweig und Hannover, 3 Bände, 1853 bis 1857) und v. Heinemann (Geschichte von Braunschweig und Hannover, 3 Bände, 1882 bis 1892) hingewiesen werden. Die Verfassungsgeschichte unseres Jahrhunderts hat bis zum Jahre 1846 K. Steinacker für Rottsch-Welcker's Staatslexicon (Bd. 2, S. 612 bis 655) in einem Aufsatze bearbeitet, der die stark ausgeprägte, politische Richtung des Verfassers zwar nicht verleugnet, aber doch immer noch von Werth und von großem Interesse ist. Das geltende Verfassungs- wie Verwaltungsrecht des Herzogthums endlich hat eine nach Form und Inhalt gleich vorzügliche Darstellung gefunden in der Arbeit Otto's, „Das Staatsrecht des Herzogthums Braunschweig“, die in Marquardsen's Handbuch des öffentlichen Rechts (Bd. 3, zweiter Halbband, S. 95 bis 134) 1884 erschienen ist. An weiteren Bearbeitungen des Verfassungsrechts und der Verfassungsgesetze fehlt es bislang völlig.

I.

Die Neue Landschafts-Ordnung

für das

Herzogthum Braunschweig

vom

12. October 1832.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Eingedenk Unseres hohen Berufes, das Glück Unserer getreuen Unterthanen nach Kräften zu befördern und die Rechte Aller zu sichern, haben Wir eine Revision der Landschafts-Ordnung von 1820 nothwendig erachtet, und nach beendigter Berathung und getroffener Uebereinkunft mit getreuer Landschaft erlassen Wir, mit Zustimmung Unserer getreuen Stände, die gegenwärtige neue Landschafts-Ordnung als das Grundgesetz des Landes [jedoch hinsichtlich der im § 109 und 110 enthaltenen, sich auf das gemeinschaftliche Oberappellationsgericht beziehenden Bestimmungen, unter ausdrücklichem Vorbehalt¹⁾ der dieserhalb mit den Fürstlichen Häusern Waldeck und Pyrmont, Lippe und Schaumburg-Lippe, zu treffenden Verabredungen].

1) Dieser Vorbehalt hat seine Erledigung gefunden durch den § 9 der „Ordnung des gemeinschaftlichen Oberappellationsgerichts zu Wolfenbüttel“ vom 16. September 1835 Nr. 44. — Das Oberappellationsgericht des Herzogthums Braunschweig und der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, Lippe und Schaumburg-Lippe war auf Grund der Verordnung vom 13. Januar 1816, Nr. 14 am 2. Januar 1817 in Wirksamkeit getreten und ist im Einverständniß mit den betheiligten Regierungen aufgehoben durch das Gesetz vom 8. October 1855, Nr. 50. Gleichzeitig erhielt jedoch der erste Senat des Obergerichts den Auftrag, als Oberappellationsgericht für das Fürstenthum Schaumburg-Lippe Recht zu sprechen, und das von der Schaumburg-Lippeschen Regierung ernannte Mitglied des bisherigen gemeinschaftlichen Gerichtshofes trat zu diesem Zwecke in den ersten Senat des Obergerichts ein (Gesetz von 1855, Nr. 50, § 2 und 3). Die Umgestaltung der Gerichtsverfassung in Folge der Reichsgesetzgebung hat dann auch diesem Ueberbleibsel der früheren Beziehungen ein Ende gesetzt (Gesetz vom 1. April 1879 Nr. 11, § 11).

Erstes Capitel.

Von dem Herzogthume, der Regierungsform und dem Landesfürsten.

§ 1.

1. Untheilbarkeit¹⁾ und Unveräußerlichkeit des Landes.

Die sämtlichen Herzogl. Lande bilden einen, durch dasselbe Grundgesetz verbundenen, untheilbaren Staat, und kein Bestandtheil des Herzogthums kann ohne Zustimmung der Stände, Grenzberichtigungen ausgenommen, veräußert werden²⁾ ³⁾.

¹⁾ Ueber die früheren Landestheilungen und die Versuche, ihnen vorzubeugen, vergl. Einleitender Theil, § 1.

²⁾ Die Veränderungen im Bestande des Staatsgebietes, welche seit Erlass der N. L. = D. stattgefunden haben, sind hauptsächlich herbeigeführt durch die Auftheilung des Communion-Unterharzes (Staatsverträge vom 9. März 1874 und vom 18. September 1887, Einverleibungspatente vom 1. Januar 1875 und 1. October 1890; Gesetz vom 2. Januar 1875 Nr. 2, und vom 24. September 1890 Nr. 52 — übrigens auch schon Gesetz vom 25. September 1850 Nr. 42, und vom 21. März 1861 Nr. 17). Eine im Jahre 1876 rezeßmäßig geordnete Auswechselung einiger unbedeutender Grenzflächen mit dem Herzogthum Anhalt, sowie die zahlreichen Austauschungen, die aus Anlaß von Separationen in den Grenzgebieten des Herzogthums und des vormaligen Königreichs Hannover seit dem Jahre 1864 erfolgt sind, haben Abtretungen bewohnter Gebäude nicht in sich begriffen. Auch in diesen Fällen ist die Zustimmung der Landesversammlung in Antrag gebracht und ertheilt, da unter den „Grenzberichtigungen“ des § 1 nur die Feststellung zweifelhafter oder verdunkelter Grenzen zu verstehen ist (Schreiben des Staatsministeriums vom 22. Juni 1864 — Verhandlungen des 11. ordentlichen Landtages, Prot. 76, Anlage 1 — und Beschluß der Landesversammlung vom 27. desselben Monats).

³⁾ Zum Erwerbe von Landesgebiet wird es an und für sich — vorbehaltlich der Bestimmung im § 8, Absatz 2 — der ständischen Zustimmung nicht bedürfen. Neu erworbene Gebietstheile behalten ihre bisherige Gesetzgebung bis zu einer ausdrücklichen Einführung der Gesetze des einverleibenden Staates bei (gelegentliche Verhandlungen hierüber: 10. ordentlicher Landtag, Sitzung vom 20. Februar 1861), unterfallen auch nicht ohne Weiteres der Verfassung des letzteren [vergl. Zachariae, Deutsches Staats- und Bundesrecht,

II, § 241, S. 601, v. Könnig, Preussisches Staatsrecht, I, § 33, Anm. 2, Pözl, Bayerisches Verfassungsrecht (5. Aufl.), § 23, Nr. 4]. Ueber die Frage, inwieweit eine Mitwirkung des Reiches bei Gebietsänderungen von Bundesstaaten erforderlich ist, s. u. A. namentlich Laband, Staatsrecht des Deutschen Reiches (2. Aufl.), § 22; auch: Triepß, Das Deutsche Reich und die deutschen Bundesstaaten, S. 146 u. f.

§ 2.

2. Regierungsform.

Die Regierungsform des Herzogthums ist die erblich monarchische.

§ 3.

3. Staatsoberhaupt.

Der souveräne¹⁾ Landesfürst, als Oberhaupt des Staates, vereinigt in sich die gesammte, ungetheilte Staatsgewalt²⁾, und übt sie auf verfassungsmäßige Weise aus.

Seine Person ist heilig und unverletzlich³⁾ 4).

1) Deutsche Bundesacte vom 8. Juni 1815, Art. 1: „Die souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands... vereinigen sich zu einem beständigen Bunde, welcher der Deutsche Bund heißen soll.“ Auch nach der Verfassung des Deutschen Reiches ist den Landesherren für ihre Person die volle Unabhängigkeit souveräner Regenten verblieben, dagegen findet auf die im Reiche vereinigten Staaten der Vollbegriff der Souveränität nicht mehr Anwendung. Als Glied des Deutschen Reiches ist das Herzogthum der einen und untheilbaren Souveränität des Reiches untergeordnet.

2) Wiener Schlußacte vom 15. Mai 1820, Art. 57: „Da der Deutsche Bund mit Ausnahme der freien Städte aus souveränen Fürsten besteht, so muß dem hierdurch gegebenen Grundbegriff zu Folge die gesammte Staatsgewalt vereinigt bleiben und der Souverän kann durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden.“ Die praktische Folgerung aus diesem Satze liegt darin, daß der Landesherr bei Ausübung der Staatsgewalt die Vermuthung der Berechtigung für sich hat: „es stehen ihm alle Hoheitsrechte zu, welche ihm nicht ausdrücklich entzogen, der Volksvertretung dagegen nur die, welche ihr ausdrücklich übertragen sind“ (G. Meyer, Lehrbuch des deutschen Staatsrechts, 5. Aufl., S. 16 u. 227). Ueberhaupt ist „nach der Auffassung des deutschen Staatsrechts die Aufgabe der Landstände nicht, zu herrschen, sondern beschränkend zu dem herrschenden Willen des Monarchen hinzutreten, so daß dieser erst zur rechtlichen Existenz gelangt, wenn er da, wo es die Verfassung fordert, den Willen der Landstände in sich aufgenommen hat“ (v. Gerber, Grundzüge eines Systems des deutschen Staatsrechts, 3. Aufl., S. 126).

³⁾ Im Prädikate „heilig“ ist kein rechtliches Attribut enthalten. Ueber die doppelte Bedeutung der „Unverletzlichkeit“ des Landesherrn: G. Meyer, Staatsrecht, § 84, S. 227 f. — Princeps legibus solutus est? Zeitschrift für Rechtspflege, Bd. 33, S. 11. In vermögensrechtlichen Streitigkeiten hat der Landesherr vor den ordentlichen Gerichten des Landes Recht zu nehmen; ein besonderer Gerichtsstand, wie er im § 5 des Einf.-Gesetzes zum deutschen Gerichtsverfassungsgeetze vorbehalten ist, besteht im Herzogthum nicht. Soweit das Schatullvermögen des Landesherrn in Frage kommt, ist die Klage gegen die Herzogl. Generalhofintendantur zu richten, die zur Vertretung der Interessen der Hofstaatskasse durch Verordnung vom 12. Januar 1835 Nr. 8 eingesetzt ist.

⁴⁾ Die Ehrenrechte, welche die Hoheitsstellung des Landesherrn äußerlich kundgeben, bestehen in einem bestimmten Titel (früher „Durchlaucht“, später nach dem Vorgang der sächsischen Herzöge „Hoheit“, Patent vom 22. August 1844 Nr. 41), militärischen Ehren (jetzt Verordnung, die Publication der Militärconvention betreffend, vom 1. April 1886 Nr. 21, Art. 6 f.), Kirchen- und der Befugniß, einen Hofstaat zu halten.

§ 4.

4. Reversalen.

Der Landesfürst wird in dem Patente, durch welches er seinen Regierungsantritt verkündigt und die allgemeine Huldigung anordnet, zugleich bei seinem Fürstlichen Worte versichern, daß er die Landes-Verfassung, in allen ihren Bestimmungen, beobachten, aufrecht erhalten und beschützen wolle ¹⁾.

Die Urschrift dieses Patentcs, unter des Landesfürsten Hand und Siegel, wird dem ständischen Ausschusse zur Aufbewahrung in dem ständischen Archive zugestellt.

¹⁾ Aus der früheren Zeit: Art. 79 der landschaftlichen Privilegien vom 9. April 1770 (die hergebrachte „Religions-Affecuranz“ im Art. 1 daselbst) und E. L.-D. vom 25. April 1820, § 79. Dort, wie hier, soll die Erbhuldigung nicht eher in Anspruch genommen werden dürfen, ehe nicht das pactum Henrico-Wilhelminum vom Landesfürsten förmlich bestätigt ist. Die R. L.-D. hat dagegen die Rechtsfolgen der Unterlassung einer Ausstellung der Reversalen nicht festgesetzt. Eintretendenfalls würde der zur Wahrung der Verfassungsrechte berufenen Landesvertretung das Convocationsrecht (§ 113, Nr. 2) die nächste Handhabe bieten, auf die Erfüllung der im Landesgrundgesetze niedergelegten Zusicherung zu dringen, unter Umständen auch eine Anklage gegen die bei der Weigerung mitbetheiligten Minister in Frage kommen können. Indessen wird durch eine solche Verletzung der ertheilten Zusage weder die fortdauernde Rechtsgültigkeit der Verfassung selbst in Frage gestellt,

noch auch, wie jetzt wenigstens ziemlich allgemein anerkannt ist, die Ausübung der Regierungsrechte bezw. der Beginn der staatsbürgerlichen Gehorsamspflicht einstweilen aufgehoben (Schulze, Lehrbuch des deutschen Staatsrechts, Bd. 1, S. 246 f.).

§ 5.

5. Innere Verwaltung.

Die gesammte Staats-Verwaltung geht vom Landesfürsten aus. Sie wird nur vermöge der von ihm verliehenen Gewalt unmittelbar oder mittelbar in seinem Namen ausgeübt, und steht unter seiner Oberaufsicht.

Kein Landesgesetz und keine Verordnung tritt in Kraft, bevor sie von der Landesregierung¹⁾ verkündigt sind²⁾.

¹⁾ Allem Anschein nach findet sich der Ausdruck „Landesregierung“ („der Landesfürst in verfassungsmäßiger Function“, Otto, Staatsrecht des Herzogthums Braunschweig in Marquardsen's Handbuch des öffentlichen Rechts, Bd. 3, Abth. 2, § 4, II, Anm. 5) zuerst vereinzelt in der E. L. = D. vom 25. April 1820 neben der bisher üblichen Bezeichnung „Landesherrschaft“ und ersetzt diese durchgängig seit der R. L. = D.

²⁾ Nach der Verordnung vom 5. Jan. 1814 Nr. 2 erfolgt die Verkündigung in der Gesetz- und Verordnungsammlung. Mit Ablauf des achten Tages, nachdem die Ausgabe und Versendung eines Stückes dieser Sammlung durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt gemacht ist, soll eine jede der darin erwähnten Verfügungen „für gehörig publicirt erachtet werden, mithin verbindliche Kraft haben“.

§ 6.

Fortsetzung.

Der Landesfürst kann in einzelnen Fällen Dispensationen von den gesetzlichen Vorschriften ertheilen, jedoch, insofern dritte Personen wegen ihrer Rechte theilhaftig sind, nur mit deren Zustimmung¹⁾.

¹⁾ Eine Dispensationsgewalt in diesem Umfange findet sich nur in sehr wenigen Verfassungsurkunden anerkannt und ist mit den Einrichtungen eines Verfassungsstaates nicht recht zu vereinbaren. Vergl. v. Gerber, Ueber Privilegienhoheit und Dispensationsgewalt im modernen Staate (Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft, Bd. 27, S. 427). Auch: G. Meyer, Staatsrecht, § 178, Anm. 12 und dortige Citate. „Der staatsrechtlichen Natur des Gesetzes im modernen Verfassungsstaat entspricht allein der Satz, daß nur noch in denjenigen Fällen dispensirt werden könne, wo das Gesetz oder überhaupt

das geltende Recht dies ausdrücklich zuläßt“ (v. Gerber, a. a. D., S. 447). Thatsächlich hat aber auch wohl schon seit geraumer Zeit die Handhabung der Dispensationsgewalt diese Grenzen durchweg innegehalten. Im Bereich des öffentlichen Rechts wird das landesherrliche Begnadigungsrecht wohl als Ausfluß der Dispensationsgewalt angesehen. Einzelne weitere Fälle des Dispensationsrechts s. im Gesetz vom 1. April 1879 Nr. 14, § 11 und 13 und im Kirchengesetz vom 27. Februar 1889 Nr. 7, § 4 und 11 (Befreiung von gewissen Bestimmungen der Prüfungsordnungen). Auf privatrechtlichem Gebiete ist die Befreiung von Ehehindernissen, dem Aufgebodt und den Alterserfordernissen bezüglich der Annahme an Kindesstatt (B. G. B. § 1322 und 1745, Ausf.-B.-D. vom 1. August 1899 Nr. 64, § 1) dem Staatsministerium, Abtheilung für Justiz, überwiesen.

§ 7.

6. Auswärtige Verhältnisse.

Der Landesfürst vertritt den Staat in allen Verhältnissen zu dem Deutschen Bunde und zu anderen Staaten¹⁾.

Er ordnet die Gesandtschaften und Missionen an, schließt Staats-Verträge, und erwirbt dadurch Rechte für das Herzogthum, so wie er dasselbe zur Erfüllung der vertragsmäßigen Verbindlichkeit verpflichtet²⁾.

¹⁾ Nachdem an die Stelle des Deutschen Bundes das Deutsche Reich getreten ist, hat die völkerrechtliche Vertretungsbefugniß der Landesherren der Gliedstaaten wesentliche Einschränkungen erfahren. Im Allgemeinen: § 11 der N.-B. Betreffs des Gesandtschaftsrechts der Bundesglieder: Laband, Staatsrecht, II, § 71. Ueber die Frage, in wie weit den einzelnen Gliedstaaten die Befugniß zum Abschluß von Staatsverträgen, sei es ausschließlich, sei es neben der Reichsgewalt, verblieben ist, vergl. namentlich: Pröbst, Annalen des Deutschen Reichs 1882, S. 246 bis 262. Auch: Laband, Staatsrecht, I, § 63. Hinsichtlich der Auslieferungsverträge s. unten § 206, Anm. 2. — Privatrechtlichen Bestimmungen der Staatsverträge, die ein Bundesstaat mit einem ausländischen Staate vor dem Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuches geschlossen hat, ist durch Art. 56 des Einführungsgesetzes des letzteren die fernere Gültigkeit gewahrt.

²⁾ Unter den deutschen Verfassungsurkunden ist die N. V.-D. neben dem insoweit ähnlich lautenden hannoverschen Staatsgrundgesetz diejenige, welche die Trennung der völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Seite der Staatsverträge am schärfsten dahin zum Ausdruck bringt, daß der Abschluß des Vertrages Vorrecht der Krone und die völkerrechtliche Gültigkeit von einer Mitwirkung der Landesvertretung unabhängig ist, die staatsrechtliche Wirksamkeit desselben aber von seinem Inhalt abhängt, indem in jedem Einzelfalle nach Maßgabe desselben zu prüfen und zu entscheiden ist, ob und inwieweit die landständische

Zustimmung in Anspruch genommen werden muß. Die Vermuthung E. Meier's (Abschluß von Staatsverträgen, 1874, S. 107, Anm.), daß die betreffenden Bestimmungen der beiden Verfassungsgesetze auf directen englischen Einfluß zurückzuführen seien, trifft für die braunschweigische N. L. = D. nicht zu, da deren gesamntes Capitel 1 im Regierungsentwurf zunächst fehlte und der § 8 dann, wie manche andere Bestimmungen des Capitels, ohne Weiteres aus dem hannoverschen Verfassungsentwurf von 1831 (Cap. 2, § 2) herübergenommen ist.

§ 8.

Fortsetzung.

Die Ständeversammlung wird, sobald es die Umstände zulassen, von solchen Verträgen in Kenntniß gesetzt¹⁾.

Die zur Ausführung derselben erforderlichen Mittel bedürfen der ständischen Bewilligung und, sollen in deren Folge neue Landesgesetze erlassen oder die bestehenden aufgehoben oder abgeändert werden, so ist hierzu die verfassungsmäßige ständische Mitwirkung²⁾ erforderlich^{3) 4)}.

1) „In Kenntniß gesetzt.“ Die Frage, ob ungeachtet dieses entgegenstehenden Wortlautes die Landesvertretung die Vorlegung der Verträge selbst unter keinen Umständen zu beanspruchen habe, ist auf dem 5. ordentlichen Landtage gelegentlich des Abschlusses einer Etappen-Convention mit dem Königl. preussischen Gouvernement mit Lebhaftigkeit verhandelt und hat einen der — meist recht unerheblichen — Streitpunkte gebildet, um derentwillen ein ernstes Zerwürfniß zwischen der Landesregierung und der Landesvertretung hervorgerufen wurde (das Nähere darüber § 185, Anm. 3). Das Staatsministerium erkannte an, daß die Durchführung des Vertrages, da sie die Bewilligung von Staatsmitteln nöthig mache, ohne Mitwirkung der Stände nicht zu erreichen sei, beharrte aber gegenüber dem wiederholten Ersuchen der Ständeversammlung um Mittheilung des Wortlautes der Convention auf dem Standpunkte, daß die Vorlegung eines geschlossenen Vertrages zur ständischen Genehmigung als ein verfassungsmäßiges Recht nicht in Anspruch genommen werden könne, daß vielmehr der Landesregierung nach freiem Belieben die Wahl zustehe, entweder den Vertrag selbst vorzulegen, so daß dessen mit ständischer Genehmigung zu publicirende Bestimmungen den Charakter gesetzlicher, auch über die einzelne Finanzperiode hinaus schlechthin maßgebender Dispositionen erlangen würden, oder (wie es im Fragefalle geschehen war) lediglich die Bewilligung der zur Ausführung des Vertrages nöthigen Mittel durch Aufnahme entsprechender Anforderungen in dem Staatshaushaltsetat der einzelnen Finanzperioden zu beantragen (Schreiben des Staatsministeriums vom 19. und vom 30. März 1846, Anl. 1 zu Protokoll 28 und Anl. 1 zu Protokoll 34 der Verhandlungen des 5. ordentlichen Landtages). Gleichwohl wird die Landesversammlung, insofern sie im

Einzelfälle ohne Einsicht des Vertragsentwurfs selbst sich außer Stande sieht, die ihr nach § 8, Abs. 2 obliegenden Entschließungen pflichtmäßig zu treffen, eine solche auch fordern dürfen und es hat denn auch die Regierung schon in dem ersten Jahrzehnt nach dem Erlaß der N. V.-D. mehrfach und seit dem erwähnten Verfassungskstreit wohl ausnahmslos der Landesvertretung da, wo deren Mitwirkung überhaupt in Frage kam, die abgeschlossenen Verträge im Wortlaut zugehen lassen. In dem angegebenen Streitfalle hat die Ständeversammlung die Rechtsfrage nicht weiter verfolgt, die betreffende Etatforderung aber aus sachlichen Gründen abgelehnt.

²⁾ Nach Maßgabe der im § 98 f. aufgestellten Grundsätze.

³⁾ Der staatsrechtliche Grundsatz (Laband, Staatsrecht I, S. 657; G. Meyer, Staatsrecht, § 189, Anm. 10), demnach die Mitwirkung der Landesvertretung, soweit sie erforderlich ist, vor der Ratification des Staatsvertrages in Anspruch genommen werden soll, ist im Herzogthum der Regel nach befolgt. Das entgegengesetzte Verfahren hat in einem Einzelfalle die Regierung in eine überaus mißliche Lage versetzt. Im Jahre 1846 hatte Preußen, zugleich im Namen des Herzogthums Braunschweig und anderer zum Zollverein gehöriger Staaten, mit Großbritannien einen Vertrag wegen Schutzes der Urheberrechte abgeschlossen. Die Veröffentlichung des Vertragsinhaltes war im Herzogthum unter ständischer Zustimmung in der Form eines Gesetzes erfolgt. Am 30. November 1855 legte das Staatsministerium dem Ausschuß dann den Entwurf eines Gesetzes vor, welches einen von den früher bereits betheiligten Regierungen vereinbarten Zusatzvertrag, der die Bestimmungen des Hauptvertrages von 1846 auch auf Uebersetzungen ausdehnte, in Wirksamkeit treten zu lassen bezweckte. Der Ausschuß lehnte in eingehender, von Bieweg herührender Begründung die Zustimmung zum Erlaß des Gesetzes ab, da seiner Ansicht nach die Ausführung des Zusatzvertrages mit ansehnlichen materiellen Nachtheilen für den hiesigen Buchhandel und den mit ihm in Verbindung stehenden Industriezweigen sein werde. Er beharrte auch bei dieser Haltung, obwohl das Staatsministerium in der Erwiderung auf die angegebenen Gründe darauf hinwies, daß der Zusatzvertrag vom Herzog bereits ratificirt und in England sogar schon publicirt sei. Das Ministerium ließ darauf die Gelegenheit durch den Legationsrath v. Liebe begutachten und eröffnete dem Ausschuß, daß nach dem Inhalt dieses Erachtens den englischen Autoren schon nach dem Vertrage von 1846 in Verbindung mit dem Landesgesetze vom 10. Februar 1842 ein Anspruch auf den Schutz ihrer in England erschienenen Werke gegen Uebersetzung zustehe, bat demnach wiederholt, die bisherigen Bedenken fallen zu lassen und erklärte schließlich, daß anderenfalls die Regierung vom Erlaß eines Gesetzes, das „kein erhebliches praktisches Interesse habe“, abstehen und sich, da der Zusatzvertrag keine irgend wesentliche Bestimmungen, zu deren Ausführung es eines Gesetzes unbedingt bedürfe, in sich schließe, darauf beschränken werde, ihn auf Grund der §§ 7 und 8 der N. V.-D. als einen vom Landesfürsten abgeschlossenen Staatsvertrag zu publiciren (Schreiben vom 14. März 1857). „Es war nun (Ausschußbericht vom 15. December 1857. Anl. 20

zu Protokoll 6 des 9. ordentlichen Landtages) zwar nicht zu verkennen, daß eine ohne ständische Mitwirkung erfolgende Publication des Vertrages, weil dadurch eine wichtige Controverse in das vom Schutze des literarischen Eigenthums handelnde Recht eingeführt wird, mancherlei Irrungen und Unzuträglichkeiten herbeiführen könne, der Ausschuß war aber, da seine ablehnenden Erklärungen auf eine durch reifliche Prüfung der Sache gewonnene Ueberzeugung sich stützten, nicht in der Lage, diesen Uebelstand abzuwenden.“ Der betreffende Zusatzvertrag ist darauf durch Verordnung vom 16. Juli 1857 Nr. 39 veröffentlicht. In der Landesversammlung hat gelegentlich der Berathung des Ausschußberichts das Verfahren der Regierung zu keinerlei Erinnerungen Anlaß gegeben. Spätere Staatsverträge ähnlichen Inhalts sind dann regelmäßig nur mittelst Einführungs-Verordnung publicirt. — Ueber das Verfahren der Regierung bei Abschluß des Bündnißvertrages mit Preußen vom 18. August 1866 und die aus der Genehmigung desselben damals gezogenen, weitgehenden Folgerungen in Rücksicht auf die Publication der Verfassung des Norddeutschen Bundes: Otto, Staatsrecht, S. 106, Anmerkung.

4) Hinsichtlich der Verkündigung der Staatsverträge hat das Oberlandesgericht im Anschluß an die Ausführungen von E. Meier in der vorermähnten Schrift sich in einem Urtheil vom 27. Februar 1885 dahin ausgesprochen, daß die Publication nur dann unerlässliches Erforderniß sein würde, wenn es sich um einen Staatsvertrag handele, durch welchen nicht bloß die Contrahenten, sondern auch deren Unterthanen kraft dauernd festgestellter Rechtsätze direct gebunden, insbesondere in ihren Privatrechten unmittelbar berührt würden (Zeitschrift für Rechtspflege, Bd. 32, S. 163 f.). In einem späteren Urtheil (daselbst, Bd. 40, S. 40) ist die Frage nicht zur Entscheidung gelangt. Vergl. übrigens auch Laband (2. Aufl.) I, S. 663.

§ 9.

7. Militärhoheit¹⁾.

Dem Landesfürsten steht die Verfügung über die bewaffnete Macht, deren Formation, Organisation, Ausbildung und Disciplin ausschließlich zu ²⁾ ³⁾.

Ohne seine Erlaubniß darf sich in dem Herzogthume keine bewaffnete Macht bilden oder aufstellen.

1) Der § 9 bestimmt die Stellung des Landesfürsten rücksichtlich der Militärhoheit im Verhältniß zu den ständischen Rechten. Daß durch dessen Inhalt übrigens des Budgetrecht der Stände, wie es in den §§ 186 u. f. geordnet ist, nicht etwa in Beziehung auf die Anforderungen des Militäretats geschmälert werden solle, war schon gelegentlich der Berathung der N. L.-D. durch eine landesfürstliche Entschließung vom 28. September 1832 ausdrücklich anerkannt.

²⁾ Nach der Kriegsverfassung des Deutschen Bundes bildete das braunschweigische Contingent mit dem hannoverschen gemeinsam die erste Division des 10. Bundesarmee-corps; die nähere Ordnung dieses bundesrechtlichen Verhältnisses war im Jahre 1843 zwischen Hannover und Braunschweig vertragsmäßig festgestellt. Unter Vorbehalt aller aus der Kriegsverfassung des Bundes hervorgehenden Verpflichtungen sowohl, wie der mit Hannover getroffenen Verabredungen wurde dann unterm 1. December 1849 eine Militärconvention mit Preußen verlaublich, die aber nur kurze Zeit Bestand hatte. Die Errichtung des Norddeutschen Bundes übertrug die Grundsätze der preussischen Heeresverfassung auf die ihm beitretenden Gliedstaaten und unterstellte die Truppen des Bundes im Krieg und Frieden dem Oberbefehl des Königs von Preußen. Auch nach der Gründung des Reiches verblieben indessen die braunschweigischen Truppen längere Jahre hindurch im besonderen Contingentsverbande und erst nach der Einsetzung der gegenwärtigen Regentschaft wurde in Ausführung der Bestimmungen des Abschnittes XI der N.-B. die Militär-Convention mit der Krone Preußen vom 9./18. März 1886 geschlossen, die unterm 1. April desselben Jahres in Kraft getreten ist (Gesetz u. V.-D.-Sammlg. 1886 Nr. 21). Nach Artikel 1 dieser Convention verzichtet Braunschweig auf die Stellung eines selbständigen Militär-Contingents; die dasselbe bildenden Truppentheile bleiben zwar als solche erhalten, werden aber unmittelbare Bestandtheile des preussischen Heeres dergestalt, daß der König von Preußen die Ausübung der Militärhoheitsrechte übernimmt. Damit ist die Contingentsherrlichkeit des Landesfürsten mit den in ihr wurzelnden Rechten — der Commandogewalt, der Militärgerichtsbarkeit, der Militärverwaltung — auf Preußen übergegangen. Die im Artikel 66 der N.-B. den Bundesfürsten (nicht: Contingentsherren) bezüglich aller ihren Gebieten angehörenden Truppentheile vorbehaltenen Rechte (Laband: „Territoriale Militär-Hoheitsrechte“) werden durch den Art. 1 der Convention nicht betroffen und sind in den Art. 6 bis 8 derselben näher festgestellt (militärische Ehrenrechte und das Recht, die Truppen zu polizeilichen Zwecken in Anspruch zu nehmen). — Fahnenleid: Artikel 5; Begnadigungsrecht: Artikel 6, Abs. 4.

³⁾ Die Militär-Convention vom 1. December 1849 war der Abgeordneten-Versammlung nach der Ratification vorgelegt, ist aber in der Gesetz- und Verordnungsammlung nicht publicirt. Da zur Ausführung jenes Vertrages gesetzliche Maßregeln nicht zu ergreifen und die in Folge desselben aufzubringenden Mittel geringer waren, als die bislang für das laufende Militärbedürfnis auf Grund der bundes- und landesgesetzlichen Bestimmungen angeforderten und bewilligten Summen, so hätte es in Betreff der Convention der ständischen Mitwirkung an und für sich nicht bedurft; auch wurde die Genehmigung der Landesvertretung nur in Antrag gebracht, weil eine förmliche Vereinbarung über den Gegenstand des Vertrages im „wohlverstandenen Interesse des Landes und der Regierung ebenso zweckmäßig als wünschenswerth erscheine“ — ein Zugeständnis, das sich aus der hohen politischen Bedeutung des Vertragsabschlusses mit Preußen unter den damaligen Zeitverhältnissen (vergl. darüber

Schreiben des Staatsministeriums vom 10. Februar und Bericht der Verfassungscommission vom 12. März 1850, Anl. 2 zu Prot. 120 und Anl. 6 zu Prot. 137 des 6. ordentlichen Landtages) leicht erklärt. In Betreff der Militärconvention von 1886 hat dagegen das Staatsministerium im Begleitschreiben vom 20. März 1886 (Anl. 168 der Verhandlungen des 18. ordentlichen Landtages) die Mitwirkung der Landesvertretung nicht nur für unerlässlich erachtet, sondern auch zur Ausschließung aller Rechtsunsicherheit die Genehmigung des Vertrages mittelst der für Verfassungsänderungen im § 141 der N. L. u. D. vorgeschriebenen Stimmenzahl anheimgegeben, insofern in der aus dem Vertragsinhalt zu entnehmenden Verzichtleistung auf Hoheitsrechte (die bei der Convention von 1849 überall nicht in Frage kam) eine Aenderung des durch die N. L. u. D. begründeten Rechtszustandes erblickt werden müsse. Umgekehrt befand sich, wie aus der Berichterstattung über die Vorlage hervorgeht (Prot. 57 vom 24. März 1886 unter III), die Commission der Landesversammlung im Zweifel darüber, ob durch die Ausführung des Staatsvertrages die N. L. u. D. irgendwie eine Abänderung erleide und ob der Vertrag überhaupt der Zustimmung der Landesvertretung verfassungsmäßig bedürfe. Die letztere Frage war allerdings wohl zu bejahen, da gemäß des Artikels 1 des Vertrages die braunschweigischen Truppentheile dem preussischen Heere als unmittelbare Bestandtheile einverleibt wurden, laut des § 102 der N. L. u. D. aber weder das Truppen-corps, noch eine Abtheilung desselben in den Dienst eines auswärtigen Staates gegeben werden soll. Dagegen läßt sich die Annahme, daß der Verzicht auf die bisherige Stellung eines selbstständigen Contingents, wie er eben den wesentlichen Inhalt des abgeschlossenen Vertrages bildet, gleich einer Verfassungsänderung zu beurtheilen sei, weder aus dem § 102 des Landesgrundgesetzes folgern, noch dürfte sie aus anderen Bestimmungen der N. L. u. D. zu begründen sein. Namentlich nicht aus § 9 derselben, wie denn auch gelegentlich der Vorberathung der Militärconvention von 1849 bezüglich der Militärhoheitsrechte des Landesherren von der ständischen Commission bemerkt ist, daß gerade, weil dem Landesfürsten die aus diesem Hoheitsrechte abfließenden Befugnisse ausschließlich zuständen, er darüber vollkommen rechtsgültige Verträge schließen könne, ohne überhaupt an ständische Mitwirkung gebunden zu sein (s. den vorerwähnten Commissionsbericht vom 12. März 1850 — Verfasser: Trieps —, S. 12 am Schluß). Uebrigens hat die neueste Militärconvention (die vor der Ratification der Landesversammlung zugegangen war) in der Sitzung vom 24. März 1886 thatsächlich die einstimmige Genehmigung der letzteren gefunden.

§ 10.

8. Verleihung von Titeln, Würden u. s. w.

Der Landesfürst hat allein das Recht, Titel, Rang, Würden¹⁾, gesetzlich zulässige Privilegien²⁾, Standeserhöhungen und Ehrenzeichen zu verleihen.

Titel, Rang, Würden, Privilegien, Standeserhöhungen und Ehrenzeichen, welche Landeseinwohnern von auswärtigen Regierungen verliehen worden, dürfen nur mit Zustimmung des Landesfürsten angenommen werden.

¹⁾ Verleihung von Staatsämtern: Civilstaatsdienstgesetz vom 4. April 1889 Nr. 17, § 3 bis 5.

²⁾ Vergl. auch hier den bei § 6 erwähnten Aufsatz von v. Gerber, namentlich S. 434 bis 445. Seit dem Erlaß der R. L.-O. hat sich der Umfang der landesfürstlichen Privilegienhoheit mit der fortschreitenden Entwicklung der modernen Gesetzgebung stetig vermindert und sie darf namentlich auf dem Gebiete des gewerblichen Lebens in Folge Eingreifens der Reichsgesetzgebung — Gewerbe-Ordnung, Gesetze über Schutz des Urheberrechts, Patentschutzgesetzgebung u. dergl. — wohl völlig als beseitigt gelten, während sie im Bereiche des Verkehrswesens sich in der Ertheilung von Ermächtigungen zu Eisenbahn-Unternehmungen noch vielfach bethätigt. In Betreff des Privatrechts gehört hierher namentlich die Verleihung der Rechtsfähigkeit an Vereine (jetzt: B. G.-B. § 21 und 22; Ausf.-Gef. § 5; religiöse Vereine: Einf.-Gef. § 84 und Gesetz, die Verhältnisse der Dissidenten betreffend, vom 25. März 1873 Nr. 62, § 20) und Stiftungen (B. G.-B. § 80; Ausf.-Gef. § 10); die Volljährigkeitserklärung (B. G.-B. § 3) und die Ehelichkeitserklärung (B. G.-B. § 1723) erfolgen jetzt seitens des Staatsministeriums, Abtheilung für Justiz (Ausf.-Gef. § 3; Ausf.-B.-O. vom 1. August 1899 Nr. 64, § 2), doch bedarf es zum Erwerbe des Adels durch den für ehelich Erklärten, wie durch den an Kindesstatt Angenommenen nach wie vor der Genehmigung des Landesherrn (Ausf.-B.-O. Nr. 64, § 2 und 3). — Betreffs der Ausstellung von Inhaberpapieren, die wohl auch hierher gerechnet ist, vergl. jetzt B. G.-B. § 795; Ausf.-Gef. § 25 und § 118, Nr. 77 und 93.

§ 11.

9. Verhältniß des Herzogs zu dem Deutschen Bunde.

Der Landesfürst theilt als Mitglied des Deutschen Bundes alle aus diesem herfließenden Rechte und Verpflichtungen¹⁾.

¹⁾ Der Paragraph ist ersetzt durch den Eingang und den Art. 1 der Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 26. Juli 1867, bezw. der Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871.

§ 12.

Fortsetzung.

Allgemeine Anordnungen und Beschlüsse des Deutschen Bundes erhalten dadurch Gesetzeskraft für das Herzogthum, daß sie von dem Landesfürsten verkündigt werden^{1) 2)}.

¹⁾ Nachdem in Folge der politischen Ereignisse des Jahres 1848 an Stelle der Bundesversammlung eine provisorische Reichs-Centralgewalt zu Frankfurt a. M. eingesetzt war, hatte das Gesetz vom 4. Mai 1849 Nr. 17, das Verhältniß der Reichsgesetzgebung zur Landesgesetzgebung betreffend, im § 1 „zur Beseitigung aller formellen Bedenken“ ausgesprochen, daß der § 12 des Landesgrundgesetzes durch die Reichsgesetzgebung aufgehoben sei und keine Anwendung mehr finde. Mit dem Wegfall ihrer Voraussetzung, einer bestehenden Reichs-Centralgewalt, wurde aber diese Erklärung von selbst gegenstandslos und der § 12 der N. L.-O. trat daher mit der Wiederherstellung des Deutschen Bundes und der Bundesversammlung wieder in Kraft, wonach denn auch seitens der Landesregierung seitdem verfahren ist. In Beziehung auf die durch Reichsgesetz vom 27. December 1848 publicirten „Grundrechte des deutschen Volkes“ hat dann das „declaratorische Gesetz“ vom 4. Juli 1851 Nr. 27 festgestellt, daß die Bestimmungen jenes Reichsgesetzes bis auf wenige, einzeln aufgeführte Ausnahmen als solche außer Kraft getreten seien, diese Ausnahmen aber, sowie alle in Uebereinstimmung mit dem Reichsgesetz bestehenden, bezw. auf den Grund desselben erlassenen Gesetze (dahin gehören: Gesetz, die gänzliche Aufhebung des Lehnsverbandes betreffend, vom 13. December 1849 Nr. 51 und Gesetz, die Aufhebung der Familien-Fideicommissse betreffend, vom 19. März 1850 Nr. 12) als Landesgesetze zu gelten hätten. Der bald hernach (23. August 1851) ergehende Beschluß der wiederhergestellten Bundesversammlung, welcher aus Rücksicht auf die innere Ruhe und Ordnung der Bundesstaaten, wie auf die allgemeine Sicherheit des Bundes die Bundesregierungen aufforderte, die seit dem Jahre 1848 getroffenen staatlichen Einrichtungen und erlassenen gesetzlichen Bestimmungen einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und, falls sie mit den Grundgesetzen des Bundes nicht in Einklang ständen, die nothwendige Uebereinstimmung ohne Verzug wieder zu bewirken, hatte demnach für das Herzogthum keine Bedeutung mehr. — Von den zur Ausführung von Bundesbeschlüssen erlassenen Landesgesetzen hat gegenwärtig wohl nur noch das Gesetz wegen der Arbeitervereine vom 16. November 1854 Nr. 58 Gültigkeit behalten, soweit nicht Bestimmungen des Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 31. Mai 1869 (§ 17) entgegenstehen.

²⁾ In Betreff der Gesetze des Deutschen Reiches: N. B. Art. 2.

§ 13.

10. Sitz der Regierung.

Der Sitz der Regierung kann, dringende Nothfälle ausgenommen, nicht außer Landes verlegt werden¹⁾.

¹⁾ In verschiedenen Verfassungsurkunden (Oldenburg, Art. 14, § 2; Coburg-Gotha, § 4, 5, 8 und 9; Waldeck, § 13; Preuß. ä. L., § 4) findet sich zugleich die Bestimmung, daß der Landesherr seinen „wesentlichen“ Aufenthalt im Lande zu nehmen habe.

§ 14.

11. Regierungserbfolge¹⁾.

Die Regierung wird vererbt in dem Fürstl. Gesamt-Hause Braunschweig-Lüneburg nach der Maleerbfolge und dem Rechte der Erstgeburt, und zwar zunächst in dem Mannesstamme aus rechtmäßiger, ebenbürtiger²⁾ und hausgesetzlicher Ehe.

Erlischt der Mannesstamm des Fürstl. Gesamt-Hauses, so geht die Regierung auf die weibliche Linie nach gleichen Grundsätzen über.

¹⁾ Vergl. hierzu die Ausführungen bei Otto, Staatsrecht, S. 107 f. und über die Frage, ob eine Aenderung der in Betreff der Thronfolge bestehenden Grundsätze nur mit Zustimmung der Agnaten erfolgen könne, die Literaturangaben bei G. Meyer, Staatsrecht, § 86, Anm. 3.

²⁾ Der Begriff der „Ebenbürtigkeit“ wird von der R. L. = D., wie von der großen Mehrzahl der neueren Haus- und Verfassungsgesetze als ein dem Herkommen nach feststehender vorausgesetzt. Gemäß der bis in die neueste Zeit vorherrschenden Ansicht galten die Ehen in den souveränen deutschen Fürstenthümern für ebenbürtig nur dann, wenn beide Theile dem hohen Adel, also einem gegenwärtig oder früherhin regierenden Fürstenthume oder doch einem ehemals reichsständischen Hause angehörten. Das im braunschweigischen Hause beobachtete Herkommen entspricht dieser Auffassung. Vergl. Heffter, die Sonderrechte der souveränen und mediatisirten Häuser Deutschlands (1871), S. 318 f.

§ 15.

12. Volljährigkeit des Landesfürsten.

Der Landesfürst wird mit vollendetem 18. Jahre volljährig¹⁾.

¹⁾ Durch diese Feststellung hat eine alte Streitfrage ihre Erledigung gefunden. Das pactum Henrico-Wilhelminum läßt die Mündigkeit der Herzöge von Braunschweig, die in den frühesten Zeiten (Urkunde von 1292 im Urkunden-

buch der Stadt Göttingen, 1863, Nr. 36) mit Vollendung des 12. Lebensjahres eintrat, wohl im Hinblick auf die gleiche Anordnung der Goldenen Bulle mit dem 18. Jahre beginnen und die Rechtsbeständigkeit dieses Hausvertrages ist seither von den Landesfürsten vielfach, zuletzt vom Herzog Karl I. in den Landständischen Privilegien von 1770 Art. 9 in förmlichster Weise bezeugt. Zweifelsgründe sind hergenommen aus dem Umstande, daß im braunschweigischen Hause ein durchaus gleichmäßiges Herkommen sich nicht gebildet und daß der Herzog Julius in seinem Testament von 1582 den Eintritt der Volljährigkeit seines ältesten Sohnes auf das 25. Lebensjahr festgesetzt hat. Indessen läßt der Wortlaut des Testaments es unzweifelhaft erscheinen, daß hier nicht eine Anordnung von allgemeiner Gültigkeit hat getroffen werden, namentlich nicht, wie wohl angenommen ist, die landesgesetzliche Anerkennung der betreffenden Bestimmungen der Reichs-Polizeiordnungen von 1548 und 1577 hat ausgesprochen werden sollen, sondern daß es sich um eine besondere Verfügung für den Einzelfall handelt. Die Frage ist bekanntlich praktisch geworden in Folge der Streitigkeiten, welche die Regierung des Herzogs Karl II. hervorrief, und ist vielfach literarisch erörtert, dabei dann meist im Sinne des pactum Henrico-Wilhelminum beantwortet. Immerhin würde die Verlängerung der Vormundschaft über den Herzog Karl bis zur Vollendung seines 19. Lebensjahres, eine Maßnahme, der anscheinend eine testamentarische Bestimmung des Herzogs Friedrich Wilhelm zu Grunde lag, dem Herzog Karl zu einer Beschwerde schon deshalb nicht haben gereichen können, weil er selbst sich damit einverstanden erklärt hatte.

§ 16.

13. Regierungsvormundschaft¹⁾.

Eine Vormundschaft tritt ein, wenn der Landesfürst wegen Minderjährigkeit zur eigenen Ausübung der Regierung nicht fähig ist²⁾.

¹⁾ Der Fall einer bloßen Stellvertretung des Landesfürsten bei einer vorübergehenden Behinderung desselben ist in der R.-L.-O. nicht vorgesehen, doch wird die in Bezug auf Preußen viel verhandelte Frage, ob eine solche nur dann statthaft sei, wenn die betreffende Landesverfassung sie ausdrücklich für zulässig erklärt, zu verneinen sein. Ueber die Unterschiede in der Rechtsstellung eines Stellvertreters des Landesherrn und eines Regenten vergl. v. Gerber, Grundzüge, § 33, Anm. 8.

²⁾ Nach dem allgemeinen deutschen Staatsrechte, welches insoweit den Grundsätzen des Lehenrechts folgte, schlossen Geisteskrankheit, sowie schwere körperliche Gebrechen, falls sie schon bei Eintritt des Erbfolgefalles vorhanden und als unheilbar anzusehen waren, von der Thronfolge aus — eine Rechtsanschauung, die in der älteren Geschichte des Herzogl. Hauses ein hausgesetzliches und zugleich mit den Ständen vereinbartes Anerkenntniß in dem Vertrage

der Herzöge Bernhard und Heinrich vom Jahre 1415 (Zachariae, Deutsches Staats- und Bundesrecht I, § 70, Anm. 6) gefunden hat und noch in neuester Zeit aufrecht erhalten ist in den Verhandlungen, die dem Erlaß des Regentenschaftsgesetzes vorangegangen sind. Im Einverständniß mit dem Vertreter der Landesregierung hat die Verfassungscommission damals in ihrem Berichte vom 9. März 1874 — Anl. 225 der Drucksachen des 14. ordentlichen Landtages — festgestellt, daß der Verlust des Augenlichtes den König Georg von Hannover von der Thronfolge ausschließe und daher, falls die jüngere Linie des Gesamt-hauses zur Erbfolge gelangen sollte, sofort den früheren Kronprinzen die Reihe treffen werde. Siehe auch S. 67, Anm. 1. Dagegen ward bei Minderjährigkeit des Thronfolgers, wie im Falle einer nach dem Antritt der Herrschaft hervortretenden Regierungsunfähigkeit des Landesherrn eine Regierungsvormundschaft oder Regentschaft eingesetzt, hinsichtlich deren in manchen Beziehungen die Grundsätze des römischen Rechtes über Vormundschaften in Anwendung gebracht wurden. Die Verfassungsgesetze der deutschen Staaten lassen in allen Fällen der Regierungs-unfähigkeit des Thronberechtigten eine Regentschaft eintreten. Da namentlich auch diejenige Gruppe der Verfassungsurkunden, welcher die N. L.-D. der Zeit ihrer Entstehung nach angehört und welcher sie die einzelnen Paragraphen ihres Capitels I, vielfach sogar wörtlich entlehnt hat, fast ausnahmslos (Kurhessen, Königreich Sachsen, der hannoversche Entwurf von 1831, anders allein Sachsen-Altenburg) als einen Grund für Einsetzung einer Regentschaft neben der Minder-jährigkeit des Thronfolgers jede andere Ursache hinstellt, die den Thronberech-tigten an der Ausübung der Regierung dauernd oder auf längere Zeit „behindert“, so muß es auffallen, daß in der N. L.-D. ausschließlich des Falles der Minder-jährigkeit Erwähnung geschieht. Ein Uebersehen liegt hier gewiß nicht vor, doch geben die Commissions- und Plenarberatungen des Gesetzes über den Grund der Unterlassung keinen Aufschluß; gleich den vorangehenden Paragraphen ist auch der § 16 ohne Weiteres genehmigt. Man wird indessen kaum fehl gehen, wenn man für die Lücke des Gesetzes die Erklärung in den Verhältnissen sucht, unter denen sich soeben der Thronwechsel im Herzogthum vollzogen hatte. Die agnatische Anordnung, laut deren die Regierung wegen der „absoluten Regierungsunfähigkeit“ des bisherigen rechtmäßigen Herrschers als erledigt be-trachtet und endgültig auf den Herzog Wilhelm übertragen wurde, entsprach ohne Zweifel weit mehr dem Wohle des Landes, als anerkannten Grundsätzen des Staats- und Fürstenrechtes und war in der Bundesversammlung zunächst nicht ohne ernstlichen Widerspruch geblieben. Es leuchtet aber ein, daß Ange-sichts des eingeschlagenen Verfahrens es sich von selbst verbot, aus den Ver-fassungen der anderen Bundesstaaten in das Landesgrundgesetz eine allgemeine Bestimmung hinüberzunehmen, die in Zukunft die Rechtsfolgen einer Regierungs-unfähigkeit des Landesherrn nach anderen Normen hätte beurtheilen lassen, als soeben, wenn auch in einem besonders bösgear teten Falle („Mißbrauch der Staatsgewalt“) zur Geltung gebracht waren, und da eine Aufstellung von Unterscheidungen nach Beschaffenheit des Einzelfalles mit den erheblichsten Schwierigkeiten verbunden gewesen sein möchte, so ergab sich der Ausweg, eine

Fürsorge zu treffen nur rücksichtlich desjenigen Behinderungsgrundes, dessen rechtliche Behandlung keinem Streit unterliegen konnte — der Minderjährigkeit des Thronfolgers —, im Uebrigen aber Alles dem Bedürfniß und der Rechtsanschauung der Zukunft vorzubehalten. Die Lücke, welche hiernach vorliegt, ist in neuerer Zeit theilweise ausgefüllt durch das Gesetz, die provisorische Ordnung der Regierungsverhältnisse bei einer Thronerledigung betreffend, vom 16. Februar 1879 Nr. 3. Das Nähere s. bei diesem Gesetz, § 1, Anm. 1.

§ 17.

a) Anordnung derselben für den minderjährigen Regierungsnachfolger.

Der Landesfürst kann für seinen minderjährigen Nachfolger¹⁾ den Vormund bestellen.

Er wird diesen aber aus den regierungsfähigen Agnaten des Hauses wählen, oder, falls besondere Gründe, hiervon abzugehen, vorhanden sein sollten, seiner Gemahlin oder seiner Mutter die Vormundschaft übertragen, und nur wenn keine dieser Personen vorhanden ist, steht es ihm zu, einen nicht regierenden volljährigen Prinzen aus den zum Deutschen Bunde gehörenden Fürstenhäusern²⁾ zum Regenten zu ernennen.

¹⁾ „Nachfolger“ — also nicht nur für den minderjährigen Descendenten.

²⁾ Die Ansicht Otto's (Staatsrecht, S. 109), daß an Stelle des nicht mehr existirenden Rechtsbegriffes „Deutscher Bund“ nach Sinn und Grund der Verfassungsbestimmung das Deutsche Reich zu setzen sein werde, ist wohl nicht ganz unbestreitbar. Es scheint hier doch nur eine doppelte Auffassung möglich zu sein. Entweder nimmt man an, daß in Betreff der Schlußbestimmung des § 17 (gleich der im § 19) der Fortbestand des Deutschen Bundes als nothwendige Voraussetzung ihrer ferneren Anwendbarkeit gedacht und gewollt sei. Dann würde der Wegfall dieser Voraussetzung aber doch nur die Folge haben können, daß mit ihr jene Bestimmung selbst hinfällig geworden ist und insoweit nunmehr eine Lücke des Gesetzes vorliegt, nicht aber, daß an Stelle des Deutschen Bundes ein Staatenverband gesetzt wird, der keine Fortsetzung des ersteren ist, sondern eine von Grund aus neue Schöpfung. Oder aber man legt dem Hinweise auf die Mitgliedschaft des Deutschen Bundes eine solche Bedeutung nicht bei, sondern erblickt darin nur eine allgemeine zusammenfassende Kennzeichnung des Kreises, auf den sich das Wahlrecht zu beschränken hat, so daß also der Sinn der fraglichen Bestimmung nur dahin gehen würde, daß das Fürstenhaus, aus welchem der Regierungsvormund entnommen werden dürfe, zu denjenigen gehören müsse, die bei Erlaß der R. L.-O. im Deutschen Bunde vereinigt gewesen seien. Nach dieser Auffassung würde die fernere Anwendbarkeit des Schlusssatzes des § 17 durch die Ereignisse des Jahres 1866 überhaupt

nicht in Frage gestellt sein, demgemäß aber gegebenenfalls für den Landesfürsten, wenn auch vielleicht ein staatspolitisches Bedenken, doch keineswegs ein staatsrechtliches Hinderniß vorgelegen haben, den Regierungsvormund auch aus denjenigen, ehemals zum Deutschen Bunde gehörigen Fürstenhäusern zu wählen, die im Deutschen Reiche nicht mehr vertreten sind. Uebrigens soll weder bestritten werden, daß eine nähere Erörterung dieser Frage unter den zur Zeit obwaltenden Umständen eine recht müßige sein möchte, noch daß es bei einer Revision der N. L.-D. es sich nur empfehlen kann, das Deutsche Reich auch hier an Stelle des Bundes zu setzen.

§ 18.

Fortsetzung.

Hat der Landesfürst keine Anordnung über die Vormundschaft getroffen, so gebührt dieselbe dem nach der Erbfolgeordnung zunächst stehenden volljährigen, regierungsfähigen Agnaten, und falls dieser die Regentschaft ausschlägt, dem nachfolgenden, sodann der Mutter des minderjährigen Landesfürsten, und endlich dessen Großmutter von väterlicher Seite, sofern diese im Wittwenstande verblieben sind.

§ 19.

Fortsetzung.

Wäre keine der Personen, welche das Gesetz zur Vormundschaft beruft, vorhanden, oder schlugen Dieselben die Vormundschaft aus, so wählt die Ständeversammlung, auf den Vorschlag des Staatsministeriums, den Vormund aus den volljährigen, nicht regierenden Prinzen der zum Deutschen Bunde gehörenden Fürstenhäuser.

§ 20.

b) Reversalen des Vormundes.

Der Vormund verkündigt durch ein Patent den Eintritt der vormundschaftlichen Regierung und stellt die Reversalen nach den in § 4 enthaltenen Bestimmungen für die Dauer der Vormundschaft aus ¹⁾ ²⁾.

¹⁾ Nach der Ansicht von Zachariae (Staats- und Bundesrecht I, § 81, Anm. 16) und Schulze (Staatsrecht I, § 112) würde eine Weigerung des Vormundes, die Reversalen auszustellen, als Verzicht auf die Amtsführung anzusehen sein. Aber warum sollen, mindestens soweit die Berufung zur Regentschaft auf Gesetz (§ 18) beruht, andere Grundsätze gelten,

als bei dem Regierungsantritt des Thronfolgers? Vergl. auch v. Verber, Grundzüge, § 34, Anm. 12.

2) Der Regierungsvormund führt die Regierung mit allen Regierungsrechten und Pflichten des Landesherrn. Ein im Entwurf der R. L. u. D. dem § 20 angefügter Zusatz, gemäß dessen während einer Regierungsvormundschaft Aenderungen der Verfassung nicht zulässig sein sollten, ist auf Antrag der Commission gestrichen, da die Regentschaft des Königs Georg IV. den besten Beweis für die Unhaltbarkeit einer solchen Bestimmung bei lange andauernder Vormundschaft liefere, dieselbe auch den Grundsätzen des allgemeinen Staatsrechts zuwiderlaufe (Comm.-Sitzung vom 6. Juli 1832). Vergl. auch Gesetz vom 16. Februar 1879 Nr. 3, § 4, Nr. 1. — Die persönliche Rechtsstellung des Regierungsvormundes ist in der R. L. u. D. nicht geordnet. Ueber den ihm gebührenden Rechtsschutz vergl. R.-St.-G.-B. § 96 und 97, 100 und 101. Für seine Regierungshandlungen ist der Regent gleich dem Monarchen unverantwortlich.

§ 21.

c) Erlöschen der Vormundschaft.

Die Vormundschaft erlischt, sobald der Landesfürst volljährig geworden ist, und seinen Regierungsantritt auf die verfassungsmäßige Weise verkündigt hat. (§ 4.)

§ 22.

14. Erziehung des Regierungsnachfolgers.

Wenn der vorhergehende Landesfürst über die Erziehung des minderjährigen Landesfürsten keine Bestimmungen getroffen hat, so gebührt die Leitung der Erziehung des minderjährigen Landesfürsten dem Vormunde unter Beirath des Staats-Ministeriums.

Die Mutter des minderjährigen Landesfürsten und nach dieser dessen Großmutter von väterlicher Seite sind indeß berechtigt, hierbei mit ihrem Gutachten und Rathe gehört zu werden¹⁾.

¹⁾ Die hier gegebenen allgemeinen Bestimmungen über die persönliche (privatrechtliche) Vormundschaft sind durch das B. G.-B., dessen Vorschriften für die landesherrlichen Familien nur subsidiäre Bedeutung haben (Einf.-Ges. Art. 57), nicht berührt.

§ 23.

15. Hausgesetze.

Die inneren Verhältnisse des Herzogl. Hauses werden von dem Landesfürsten, als dem Oberhaupte der Familie, durch Hausgesetze geordnet. Diese bedürfen der ständischen Zustimmung nicht; es können indeß durch dieselben keine in diesem Landesgrundgesetze enthaltenen Bestimmungen abgeändert werden ¹⁾.

¹⁾ Hausgesetz, die Vermählungen der Prinzen und Prinzessinnen des Durchlauchtigsten Gesamtthaus Braunschweig-Lüneburg betreffend, vom 19. bis 24. October 1831 (Gesetz- und V.-D.-Sammlg. von 1832, Nr. 45). Hannoversches, soweit es das Gesamtthaus angeht, im Einverständniß mit dem Herzog von Braunschweig erlassenes Hausgesetz vom 19. November 1836 (abgedruckt bei Schulze, Die Hausgesetze der regierenden deutschen Fürstenthümer, Bd. I, S. 490 f.).

Zweites Capitel.

Von den allgemeinen Rechten und Pflichten der Unterthanen.

§ 24.

1. Landeseinwohnerrecht.

a) Dessen Erwerbung.

Wer auf gesetzliche Weise das Recht des Wohnsitzes innerhalb der Grenzen des Staatsgebietes erworben hat, ist Landeseinwohner ¹⁾.

¹⁾ Für den „Erwerb des Rechts des Wohnsitzes“ innerhalb des Staatsgebietes war zur Zeit des Erlasses der R. L.-D. maßgebend die Verordnung, das Wohnortsrecht der Unterthanen in polizeilicher Hinsicht betreffend, vom 4. Mai 1830 Nr. 30. Ausländer konnten nach derselben ein Wohnortsrecht in hiesigen Landen nur erwerben mittelst Verfügung der Herzogl. Kammer (§ 23), die in jedem Falle aber erst nach Einholung der Genehmigung der Landesregierung erteilt werden durfte (Schreiben des Staatsministeriums vom

24. October 1833, Anlage 2 zum Landtagsprotokoll vom 2. November 1833). Das Gesetz vom 23. Januar 1852 Nr. 8 erforderte, abgesehen von den Fällen, in denen das Wohnortsrecht durch Geburt, durch Anstellung im Staatsdienst, bei Frauen durch Verheirathung erworben wurde, zu dessen Begründung die ausdrückliche Aufnahme in eine Gemeinde als Gemeindegensasse und gewährte in gewissen Fällen einen gerichtlich verfolgbaren Anspruch auf diese Aufnahme, der jedoch den Ausländern versagt wurde. Die Aufnahme der letzteren als Landeseinwohner blieb nach wie vor der ausdrücklichen Genehmigung des Staatsministeriums vorbehalten (§ 26). Auch nach dem Gesetz vom 3. August 1864 Nr. 42, welches zur freieren Gestaltung der Verkehrsverhältnisse die bisherigen Bestimmungen in mehrfacher Hinsicht erweiterte, verpflichtete der „dauernde Aufenthalt“ im Herzogthume die Ortsfremden zwar zur Tragung aller öffentlichen und Gemeindelasten gleich den Ortseingesessenen, verlieh ihnen aber nicht die durch Wohnungsrecht bedingten bürgerlichen und politischen Rechte (§ 8). Doch konnte nach sechsjähriger Dauer des Aufenthaltes ein gerichtlich verfolgbarer Anspruch auf Verleihung des Wohnortsrechts seitens des Inländers erworben werden, moegen der Gestattung des Aufenthaltes an Ausländer eine solche Folge nicht zukam. Diesen Bestimmungen wurde jedoch durch die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes über die Freizügigkeit, den Erwerb und Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit und den Unterstützungswohnsitz der hauptsächlichste Theil ihrer Bedeutung entzogen und es ist, um Unsicherheiten in der praktischen Handhabung der einander durchkreuzenden reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen vorzubeugen, durch das Gesetz vom 30. Mai 1873 Nr. 15 unter formeller Aufhebung der Gesetze von 1852 und 1864 festgesetzt, daß die Gemeindegensassenschaft fortan durch Wohnsitz (juristisches Domicil) in der betreffenden Gemeinde begründet, ein Wohnortsrecht aber in der Bedeutung und mit den Wirkungen, die ihm bisher gesetzlich beigelegt waren, ferner nicht erworben werde. In Folge dieser Umgestaltungen der früheren Gesetzgebung ist an die Stelle des Begriffs „Landeseinwohner“ der des „Staatsangehörigen“ getreten und die Ausdrucksweise der N. L.=D., wie es auch in Beziehung auf den § 14 des Gesetzes über die Zusammensetzung der Landesversammlung vom 22. November 1851 Nr. 48 in dem entsprechenden § 7, Abs. 2 des Gesetzes vom 6. Mai 1899 Nr. 31 geschehen ist, dementsprechend abzuändern, der § 24 der N. L.=D. aber hinfällig geworden.

§ 25.

b) Dessen Folgen.

Alle Landeseinwohner sind dem Landesfürsten Treue, Ehrfurcht und Gehorsam schuldig¹⁾, und verpflichtet, den Gesetzen und den dieselben vollziehenden Behörden zu gehorchen. Sie genießen sämmtliche durch Verfassung und Gesetz zugesicherten

Rechte, vorbehaltlich der in Bezug auf die Ausübung einzelner Rechte geltenden Beschränkungen.

1) Nur die „Landeseinwohner“ schulden dem Landesfürsten Treue und Gehorsam; nur sie sind daher als „Untertanen“ anzusehen. Ausländer oder Angehörige eines anderen Bundesstaates erlangen die Rechte der „Landeseinwohner“ durch Aufnahme in den Untertanenverband. In der Ueberschrift des Capitels ist mithin der Ausdruck „Untertanen“ insofern ungenau gewählt, als der § 28 ausschließlich, der § 39 zugleich auch von den „Fremden“ handelt. — Auch die neuere Staatsrechtslehre führt die Untertanenverpflichtungen fast durchweg auf die beiden Gesichtspunkte des Gehorsams und der Treue zurück (so namentlich Laband, Staatsrecht I, S. 131 f.; anderer Meinung: G. Meyer, Staatsrecht, § 224, Anm. 1), giebt aber der Treupflicht ihrem juristischen Inhalt nach im Gegensatz zu der Auffassung früherer Zeiten nur eine negative Bedeutung, als der „Rechtspflicht zur Unterlassung von Handlungen, welche auf eine Beschädigung des Staates oder auf eine Verletzung der dem vornehmsten Vertreter desselben schuldigen Pietät (Hoch- und Landesverrath und Majestätsbeleidigung) abzielen“.

§ 26.

c) Bedingungen der Ausübung politischer Rechte.

Erbhuldigungseid.

Nur Landeseinwohner sind zur Ausübung politischer Rechte im Herzogthume befugt¹⁾.

Alle männlichen Landeseinwohner sind nach zurückgelegtem ein und zwanzigsten Lebensjahre verpflichtet, den Erbhuldigungseid zu leisten²⁾. Dieser soll also lauten:

„Ich schwöre Treue und Gehorsam dem Durchlauchtigsten „Landesfürsten und dessen Nachfolgern an der Landesregierung aus dem Durchlauchtigsten Hause Braun-schweig³⁾, sowie Gehorsam den Gesetzen⁴⁾.“

1) Durch das Gesetz vom 3. August 1867 Nr. 55 ist an die Stelle des § 1 des (Landes-) Wahlgesetzes für den Norddeutschen Bund vom 13. November 1866, welcher das Wahlrecht auf unbescholtene Landeseinwohner, die das 25. Lebensjahr zurückgelegt hatten, beschränkte, die Bestimmung gesetzt: „Wähler ist jeder unbescholtene Staatsbürger eines Staates des Norddeutschen Bundes, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat“, und der Abs. 1 des § 26 der N. L.-O., soweit er der Ausübung dieses Wahlrechts entgegensteht, außer Wirksamkeit gesetzt. Setzt: Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 31. Mai 1869, §. 4. Auch in anderer Beziehung hat die Reichsgesetz-

gebung gewisse Einschränkungen des in Absatz 1 aufgestellten Grundsatzes herbeigeführt: G. V. u. G. § 31, 36, 84, 113.

2) Thatsächlich ist die Erfüllung der Verpflichtung nie allgemein gefordert und zumal in den letzten Jahrzehnten der Eid nur von denen geleistet, die in ein besonderes Dienstverhältniß als Staats-, Kirchen-, Schul- und Gemeindebeamte getreten sind, desgleichen von den Abgeordneten nach Maßgabe des § 132 der R. V. u. D.

3) Ueber die Tragweite dieses Zusatzes: Schmid, Der braunschweigische Erbhuldigungseid, und dagegen die überzeugenden Ausführungen von P. Zimmermann, Was bedeutet der Ausdruck Hans Braunschweig in unserem Erbhuldigungseid? (1886).

4) Der während einer auf Grund des Gesetzes vom 16. Februar 1879 Nr. 3 angeordneten Regentschaft zu leistende Huldigungseid ist festgestellt durch das Gesetz vom 12. Februar 1886 Nr. 9, eine Ergänzung des f. g. Regentschaftsgesetzes. Siehe in Betreff desselben Anm. 2 zu § 6 des Regentschaftsgesetzes.

§ 27.

d) Dessen Erlöschen.

Das Landes = Einwohnerrecht geht durch Auswanderung verloren ¹⁾.

Einzeln darin begriffene Befugnisse erlöschen durch den Verlust der dieselben bedingenden Eigenschaften oder in Folge der Uebertretung bestimmter Gesetze ²⁾.

1) Jetzt: Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870, § 13 u. f. Einführungsgesetz zum B. G. u. D. Art. 41.

2) Vergleiche namentlich: Gesetz über die Zusammensetzung der Landesversammlung vom 6. Mai 1899 Nr. 31, § 13, Nr. 3. Städte-Ordnung vom 18. Juni 1892 Nr. 32, § 17 u. 29, Landgemeinde-Ordnung vom gleichen Tage Nr. 35, § 17, 18.

§ 28.

2. Fremde.

Fremde während ihres Aufenthalts im Staatsgebiete genießen den Schutz der Gesetze und sind zu deren Beobachtung verpflichtet.

Die Verwaltungs = Behörden entscheiden, ob und wie lange ihnen der Aufenthalt zu gestatten sei ¹⁾.

1) Das Gesetz über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 giebt in Ausführung des Art. 3 der Verfassung des Norddeutschen Bundes im § 1

jedem Bundesangehörigen das Recht, innerhalb des Bundesgebietes an jedem Orte sich aufzuhalten oder niederzulassen, wo er eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen sich zu verschaffen im Stande ist. Als Fremde im Sinne des § 28 sind gegenwärtig daher nur diejenigen anzusehen, welche nicht Bundes- (Reichs-) Angehörige sind. Sie unterliegen der Ausweisung seitens der Landesverwaltungsbehörden, sobald sie dem hiesigen Staate in irgend einer Beziehung lästig werden. — Ueber die Fälle, in denen Staatsangehörige aus dem Gebiete ihres eigenen Heimathstaates, nicht aber aus dem Bundesgebiete ausgewiesen werden können, siehe Laband, Staatsrecht, Bd. 1, S. 150 f.

§ 29.

3. Einzelne Rechte¹⁾.

a) Religionsfreiheit.

Jedem Einwohner wird vollkommene Freiheit des Gewissens und des religiösen Glaubens, auch das öffentliche Bekenntniß desselben in einer der im Staate jetzt gestatteten kirchlichen Gesellschaften²⁾, gewährt³⁾; Niemand darf jedoch seine Religion verschüßen, um sich einer gesetzlichen Verpflichtung zu entziehen. Äußere Religionsübung ist der Obergewalt des Staates unterworfen⁴⁾.

¹⁾ Ueber die rechtliche Natur der in den folgenden Paragraphen aufgeführten „Grundrechte“ oder „individuellen Freiheitsrechte“ ist in neuerer Zeit viel gestritten. Siehe die Literaturnachweise bei Laband, Bd. 1, S. 141 f., Anm., G. Meyer, § 217. Auch: Mansfeld, Der publicistische Reactionsanspruch und sein Rechtsschutz im Herzogthum Braunschweig 1895, S. 13 bis 17. Gegen die zur Begründung des „publicistischen Reactionsanspruches“ aufgestellte Ansicht, daß der Staat über die Privatrechte der Individuen ad libitum disponiren könne, ohne daß er damit die Privatrechtsordnung umstürze und daß, wenn er es nicht thue und die öffentliche Gewalt durch Rechtsregeln beschränke, der Schutzgrund gegen Willkürlichkeiten in eben dieser Beschränkung, d. h. im öffentlichen Recht, nicht im Privatrecht liege (S. 12), vergl. übrigens die Ausführungen des Oberlandesgerichts in Zeitschr. für Rechtspflege, Bd. 44, S. 187.

²⁾ Der zweite Entwurf der N. L.=D. enthielt am Schluß des § 29 einen Zusatz, laut dessen die Rechtsverhältnisse der Juden durch ein besonderes Gesetz geordnet werden sollten — eine Zusicherung, die schon im Landtags-Abchiede von 1823, Art. 56 erteilt war. Jener Satz ist jedoch auf Antrag der Commission gestrichen, weil er den Anspruch auf eine gesetzliche Bestimmung begründe, die schon früher große Schwierigkeiten gefunden habe, indem die Grenze einer Beschränkung der Juden nach den verschiedenen, dormalen über ihren Einfluß herrschenden Ansichten schwer zu bestimmen sei (Protokoll vom

6. Juli 1832). Auch in der Plenarſitzung vom 4. September 1832 entſchied man ſich ungeachtet einiger inzwiſchen eingegangenen Vorſtellungen der jüdiſchen Gemeinde dahin, daß in den Beſtimmungen des Grundgeſetzes Alles vermieden werden müſſe, was einer künftigen Ordnung ſtörend in den Weg treten könne, hielt es aber, da die Regierung einen umfaſſenden Geſetzesvorſchlag über die Verhältniſſe der Juden im Allgemeinen den künftigen Ständen vorzulegen verheißen habe, für räthlich, daß dieſe Zuſage in den Landtags-Abschied aufgenommen und wegen des fortdauernden Genuſſes der Rechte, in deren Beſitz die Juden ſich gegenwärtig ſchon befanden, eine Verſicherung hinzugefügt werde. Demgemäß genehmigte man einen vom Abt Lenz ausgehenden Antrag, zuſolge deſſen zur Sicherſtellung wenigſtens der Bekenntnißfreiheit der Juden in den § 29 der Zwiſchensatz: „auch das öffentliche Bekenntniß deſſelben in einer der im Staate jetzt geſtatteten kirchlichen Geſellſchaften“ eingefügt werden möge — ein Beſchluß, der denn auch die Zuſtimmung der Regierung fand. Uebrigens war die verfaſſungsmäßig dem Einzelnen gewährleiſtete Gewiſſens- und Glaubensfreiheit zunächſt inſofern keine „vollkommene“, als zwar der Uebertritt vom Judenthum zu einer der drei chriſtlichen Religionsparteien, ſowie der Uebergang aus der einen dieſer Parteien in die andere freiland, dagegen der Uebertritt vom Chriſtenthum zum Judenthum, ſowie der Austritt aus einer der chriſtlichen Religionsgemeinſchaften ohne gleichzeitigen Uebertritt als rechtlich ſtatthaft nicht angeſehen wurde. Auch blieb die Verordnung vom 3. Mai 1815, laut deren jedes Kind chriſtlicher Eltern binnen einer beſtimmten Friſt zur Taufe gebracht werden mußte, in gerichtlich anerkannter Wirkſamkeit, weil ein directer Zwang zur Erfüllung dieſer Verpflichtung nicht vorgeſehen war und in der Androhung einer Geldſtrafe für den Ungehörſamſatzfall eine mittelbare Nöthigung zur Innehaltung der geſetzlichen Vorſchrift und daher ein Widerſpruch mit der Beſtimmung des § 29 der N. L. D. nicht erblidt wurde. An dieſen Beziehungen hat auch die Geſetzgebung von 1848 nichts geändert, inſeſondere iſt noch ungeachtet deſſelben durch ein Reſcript des Staatsminiſteriums vom 6. September 1852 der Uebertritt von Chriſten zur jüdiſchen Gemeinde als unzuläſſig verboten. Wiederholte Anträge aus der Landesverſammlung, die durch die allmähliche Zunahme der Sectenbildungen veranlaßt waren, führten dann zum Erlaſſe des Geſetzes, die Verhältniſſe der Diſſidenten betreffend, vom 25. März 1873 Nr. 62, welches im § 16 allgemein den Uebertritt aus der jüdiſchen, wie aus einer chriſtlichen Religionsgenoffenſchaft nach Vollendung des 14. Lebensjahres, auch den Austritt ohne gleichzeitigen Uebertritt nach erlangter Volljährigkeit freſtellt, und des Geſetzes, die Verabſäumung der ſechswöchigen Tauffriſt betreffend, vom gleichen Tage Nr. 63, durch welches die Strafbefimmung der Verordnung vom 3. Mai 1815 beſeitigt wurde.

3) Die Rechtsgleichheit der anerkannten chriſtlichen Confeſſionen iſt ausgeſprochen im § 211 der N. L. D. Hinfichtlich der Juden hat die Bundesverſammlung die im Art. 16 der Bundesacte gegebene Zuſage, in Verathung zu ziehen, wie auf eine möglichſt übereinſtimmende Weiſe die „bürgerliche Ver-

besserung“ der Befenner des jüdischen Glaubens in Deutschland zu bewirken sei und wie ihnen insbesondere der Genuß der bürgerlichen Rechte gegen die Uebernahme aller Bürgerpflichten in den Bundesstaaten verschafft und gesichert werden könne, unerfüllt gelassen. Auch im Herzogthum hatte die vorhin erwähnte Anregung der Landstände weiter keine Folge, als daß im Art. 19 des Landtags-Abschiedes vom 12. October 1832 die Bestimmung aufgenommen wurde, daß den jüdischen Glaubensgenossen diejenigen bürgerlichen Rechte, in deren Besitz sie sich befänden, gesichert bleiben und daß demnächst darüber weiter berathen werden solle, inwiefern die hinsichtlich ihrer noch bestehenden gesetzlichen Beschränkungen aufgehoben oder gemindert werden könnten. Erst die Stürme des Jahres 1848 schufen hier eine durchgreifende Wandlung mittelst der beiden Gesetze vom 23. Mai 1848 Nr. 27 und 28, deren ersteres alle aus dem Glaubensbekenntniß hervorgehenden Rechtsungleichheiten im öffentlichen und Privatrechte vorbehältlich der Parochialgerechtsame und der übrigen kirchlichen Verhältnisse aufhob, während das andere das Verbot der Ehen zwischen Juden und Christen beseitigte und als Form der Eheschließung zwischen Angehörigen beider Bekenntnisse die Civilehe einführte. Das Bundesgesetz vom 3. Juli 1869, betreffend die Gleichberechtigung der Confessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung, fand daher einen seinem Inhalt entsprechenden Rechtszustand im Herzogthum bereits vor.

⁴⁾ Ueber religiöse Vereine und Versammlungen und die Ausübung des religiösen Cultus seitens derselben: Gesetz vom 25. März 1873 Nr. 62, § 18 f.

§ 30.

b) Freiheit der Meinungen.

Niemand darf wegen geäußelter Meinungen zur Verantwortung gezogen werden, es sei denn, daß durch deren Äußerung eine gesetzliche Vorschrift übertreten oder daß zu gesetzwidrigen Handlungen angereizt wäre ¹⁾).

¹⁾ Hierher gehört auch die Lehrfreiheit, die ihre Grenze in der Amtspflicht des Staats-, Kirchen- oder Schuldieners hat. Ueber kirchliche Irrlehre vergl. v. Schmidt-Phisfeld, Das evangel. Kirchenrecht des Herzogthums Braunschweig, § 4.

§ 31.

c) Freiheit der Presse und des Buchhandels.

Die Freiheit der Presse und des Buchhandels soll bestehen unter Beobachtung der Beschlüsse des Deutschen Bundes und der gegen den Mißbrauch dieser Freiheit zu erlassenden Gesetze ¹⁾).

¹⁾ Früheres Recht: Bundesacte, Art. 18, Bundespreßgesetz vom 20. Sept. 1819, Bundesbeschluß vom 3. März 1848, bekannt gemacht durch Verordnung vom 6. März 1848 Nr. 4; Gesetz, die Aufhebung der Censur und provisorische Bestimmungen über die Verhältnisse der Presse betr., vom 13. März 1848 Nr. 5; Gesetz über die Freiheit der Presse und des Buchhandels vom 4. Mai 1848 Nr. 25; Gesetz, das Reichsgesetz vom 27. Dezember 1848 betr., vom 4. Juli 1851 Nr. 27 in § 1, Nr. 3 und Bundesbeschluß zur Verhinderung des Mißbrauchs der Presse vom 6. Juli 1854, in vielen Staaten unausgeführt geblieben, im Herzogthum veröffentlicht durch Verordnung vom 24. September 1854 Nr. 50 und vollzogen durch Gesetz vom 9. Februar 1855 Nr. 6. — Jetzt: Reichsverfassung, Art. 4, Nr. 16 und Gesetz über die Presse vom 7. Mai 1874.

§ 32.

d) Sicherheit der Person und des Eigenthums.

Der Staat gewährt jedem Einwohner und jeder rechtlich bestehenden Corporation ¹⁾ Sicherheit der Person, des Eigenthums und der übrigen Rechte, und unterwirft sie keinen anderen Beschränkungen, als denen, welche auf Recht und Gesetzen beruhen ²⁾ ³⁾.

¹⁾ Die Worte „und jeder rechtlich bestehenden Corporation“ sind auf Antrag der Stände eingefügt. Der Zusatz entspricht der im § 216 für die Stiftungen gegebenen Zusicherung. Im Uebrigen schließt sich der Paragraph eng an die Bestimmungen der sächsischen, hessischen, hannoverschen, kurhessischen Verfassung an.

²⁾ In Beziehung auf die Ausdrücke „Recht und Gesetz“, die sich auch in jenen Verfassungsurkunden finden, vertritt Pfeiffer in seinen praktischen Ausführungen (Bd. 5, S. 521 f.) die Ansicht, daß „Recht“ auf die unter den Staatsbürgern gegen einander in ihren privatrechtlichen Verhältnissen unter dem Einfluß und Schutz der Gesetze begründeten Einschränkungen der Freiheit und des Eigenthums zu beziehen sei, wogegen Zachariae (Magazin f. hannoversches Recht, Bd. 1, S. 31 f.) mit gutem Grunde darauf hinweist, daß die Verfassungsgesetze ihrem Zwecke und Gegenstande nach es nur mit dem Rechtsverhältniß zwischen Regierung und Unterthanen zu thun haben, daß auch nicht wohl unvermittelt „Recht“ im subjectiven Sinne neben „Gesetz“ als objectiver Rechtsnorm gestellt werde, und daß unter „Recht und Gesetz“ eher „ungeschriebenes“ und „gesetzliches Recht“ verstanden sei. Sicher ist, daß der § 32 nicht allein den Schutz des Staats gegen widerrechtliche Eingriffe Dritter grundgesetzlich gewährleisten, sondern auch, wie aus der Verbindung mit § 33 hervorgeht, der Ausübung der Staatsgewalt gegenüber eine Schranke ziehen will (Otto, Staatsrecht, S. 100, auch: Zeitschr. für Rechtspflege, Bd. 41, S. 55).

³⁾ In den Commissions- und Plenarverhandlungen war dringend gewünscht, daß an dieser Stelle „zur Wiederbefestigung des früher so sehr er-

schütterten Vertrauens zu der Postanstalt“ eine Bestimmung wegen der Wahrung des Briefgeheimnisses aufgenommen werden möge. Der Antrag ist von der Regierung abgelehnt, weil entsprechende, strenge Vorschriften in der Postordnung vom 13. August 1832 enthalten seien und eine unvollständige Wiederholung derselben nutzlos scheine, ihre wörtliche Aufnahme in das Landesgrundgesetz sich aber gleichfalls nicht empfehle.

§ 33.

Fortsetzung¹⁾.

Privateigenthum und Privatgerechtsame können für wesentliche Zwecke des Staats oder einer Gemeinde nur in den gesetzlich bestimmten oder durch dringende Nothwendigkeit gebotenen Fällen²⁾, gegen vorgängige volle Entschädigung³⁾, auf Verfügung der competenten Verwaltungsbehörden⁴⁾, in Anspruch genommen werden. War es unmöglich, die Entschädigung vorgängig zu ermitteln, so muß dieselbe nachträglich ohne Anstand festgestellt und geleistet werden.

Ein Streit über den Betrag der Entschädigung ist im ordentlichen Rechtswege zu erledigen⁵⁾.

¹⁾ Der § 33 enthält die grundlegenden Bestimmungen über das Recht der Zwangseenteignung, in Betreff dessen es an einem umfassenden Landesgesetz noch immer fehlt. Eine Anregung zum Erlass eines solchen ist zwar vom Ausschuß der Landesversammlung bei den Verhandlungen gegeben, die der Vereinbarung des Gesetzes vom 13. September 1867 Nr. 78 vorangingen, allein das Ministerium wies darauf hin, daß das ganze Rechtsgebiet der Zwangseenteignung durch die nationalökonomischen Fortschritte der Neuzeit wohl eine große Bedeutung gewonnen habe, die Theorie indessen hinter den Vorgängen der Praxis noch überall zurückgeblieben sei, und daß es an beachtenswerthen Fortschritten in der Gesetzgebung fehle, weshalb es gerathen sei, sich vorerst auf das unmittelbar praktische Bedürfniß zu beschränken und nur das Entschädigungsverfahren näher zu regeln. Die Commission, der der Gesetzentwurf überwiesen wurde, schloß sich „bei der großen Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit der Expropriationszwecke und Objecte und bei der Unklarheit und Unfertigkeit von Theorie und Praxis“ der Ansicht des Ministeriums an, die dann auch in der Landesversammlung selbst weiter nicht auf Widerspruch traf. Seitdem ist freilich ein volles Menschenalter vergangen.

²⁾ Die gesetzlich bestimmten Fälle betreffen:

a) die Anlage von Wegen, Straßen und Plätzen, und die Gewinnung der dazu erforderlichen Materialien — Verordnung vom

26. März 1823 Nr. 17, jetzt: Wegeordnung vom 29. Juni 1899 Nr. 56, § 48, 49, Bauordnung vom 13. März 1899 Nr. 25, § 9 f.;

- b) die Herstellung von Eisenbahnen und deren Nebenanlagen — Declaration vom 4. Mai 1835 Nr. 28, die thatsächlich die Verordnung vom 26. März 1823 Nr. 17 nicht „erläutert“, sondern deren Inhalt auf ein neues Anwendungsgebiet (Eisenbahnanlagen) erstreckt und sich damit neben dieselbe als eine Rechtsnorm von selbständiger Bedeutung stellt, eben darum aber auch nicht (wie in Hampe's braunsch. Privatrecht § 39, Anm. 13 angenommen wird), ohne Weiteres mit jener Verordnung steht und fällt, und namentlich nicht durch die Wegeordnung vom 11. Mai 1840 Nr. 25 § 86 als beseitigt anzusehen ist;
- c) den Betrieb des Bergbaues — Berggesetz vom 15. April 1867 Nr. 23, § 138 f.;
- d) Veränderungen des Laufes öffentlicher Gewässer und Verleihung von Wassernutzungsrechten — Wassergesetz vom 20. Juni 1876 Nr. 64, § 38, 48, 50, 62 bis 65, 67, 78, 86 —, auch die Anlegung von Fischpässen — Fischereigesetz vom 1. Juni 1879 Nr. 38, § 36.

Das Gesetz, die Anlegung von Torfstichen betr., vom 11. Mai 1840 Nr. 19 ist nach seiner Begründung eher als eine Novelle zur Gemeinheitstheilungsordnung anzusehen. — Aus Gründen „dringender Nothwendigkeit“ wird das Recht der Zwangsenteignung überall da zugestanden, wo eine nach ernster Erwägung als begründet erkannte Forderung der Staats- oder Gemeinwohlthfahrt es gerechtfertigt erscheinen läßt (Otto, Staatsrecht, S. 101).

³⁾ „Vorgängige, volle Entschädigung“: Berggesetz § 140, Gesetz vom 13. September 1867 Nr. 78, § 1, 8 u. 9, 13, Wassergesetz §. 6. Das hiesige Oberlandesgericht hat übrigens wiederholt anerkannt, daß nicht nur dem Expropriaten für die Abtretung von Grundeigenthum oder Grundgerechtsamen, sondern auch dritten Anliegern für die ihnen aus der Durchführung der Zwangsenteignung entstehenden Beeinträchtigungen und Belästigungen (Umwegen u. A.) volle Entschädigung nach den Grundsätzen des Gesetzes von 1867 zustehe (Zeitschr. für Rechtspflege, Bd. 26, S. 159 f.; Bd. 29, S. 43 f.).

⁴⁾ Zuständige Behörden in Betreff der Entscheidung über die Statthaftigkeit des Zwanges sind nach der Wegeordnung (§ 53) die Kreisdirectionen und bei Abtretung von Gebäuden, Hofräumen und Hausgärten das Ministerium, nach dem Berggesetz (§ 145) die Kreisdirectionen, entweder (bei fisciatischen Betrieben) allein oder gemeinschaftlich mit der Bergbehörde, nach dem Wassergesetz (§ 5), sowie bei Enteignungen zum Zweck von Eisenbahnanlagen das Ministerium. In Fällen der Zuständigkeit der Kreisdirection bezw. Bergbehörde ist das Ministerium Beschwerdeinstanz.

⁵⁾ Dieses Gebot, das bei seiner allgemeinen Fassung allerdings zu Auslegungszweifeln Anlaß geben kann, hat sich bei der Landesgesetzgebung bisher

keine Anerkennung zu verschaffen vermocht. Die Verordnung vom 26. März 1823 Nr. 17, laut deren die Feststellung der bei Enteignungen für Wegebauten zu zahlenden Entschädigung seitens des Fürstl. Geheimraths-Collegii erfolgte, ist nach Erlaß der R. L.=D. in unbestrittener Wirksamkeit geblieben, hat durch die Declaration vom 26. März 1835 Nr. 28 eine Erweiterung ihres Anwendungsgebietes erfahren und ist dann ersetzt durch den fünften Abschnitt der Wegeordnung vom 11. Mai 1840 Nr. 25, welcher die Ausmittelung der Entschädigungen einem unter Leitung der Aemter stattfindenden Verwaltungsverfahren überwies. Die bezeichnete Declaration hat jedoch die einstimmige, die Wegeordnung fast die einstimmige Zustimmung der Landstände erhalten, so daß dem Erforderniß des § 141 der R. L.=D. genügt ist. Unterm 16. Januar 1866 legte dann das Staatsministerium den Entwurf eines Gesetzes über die Ausmittelung der Entschädigungen bei Expropriationen dem Ausschuß der Landesversammlung mit dem Ersuchen vor, zu demselben die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen. Dieser Entwurf übertrug die Leitung des Schätzungsverfahrens und die Feststellung der Entschädigung der Kreisdirection, ließ aber (§ 10) gegenüber dem Feststellungsbescheide beiden Theilen den Rechtsweg offen. Ein Schreiben des Ministeriums vom 28. März 1866 rechtfertigte diese Bestimmung damit, daß es nothwendig erscheine, den fehlenden Einklang mit der R. L.=D. wieder herzustellen, daß nach § 33 der letzteren die Entschädigungsfrage offenbar nicht Verwaltungssache, sondern Justizsache sei, daß man aber den Expropriaten in seinem eigenen Interesse nicht von vorn herein auf die Klage und den Schutz der Gerichte verweisen und ihn zu Processen und lästigen Beweisführungen zwingen, sondern ihm zunächst im Verwaltungswege ein auf genaue Prüfung gegründetes Gebot machen solle, damit er ohne Proceß zum Ziele kommen könne. In der Berathung über den Entwurf fanden indeß die Vorschriften, die der Entwurf über die Zulässigkeit des Rechtsweges enthielt, weil sie zu unbestimmt gehalten waren und zu allerlei erheblichen Streitfragen Anlaß bieten konnten, eine durchaus abfällige Beurtheilung, auch zerklüfteten sich die Verhandlungen bald, da der Ausschuß theils wegen der großen Bedeutung des Gesetzes, theils auf Grund von Bedenken, die dem § 122 der R. L.=D. entnommen wurden, wenig geneigt war, die Vorlage zum Gesetz zu erheben, das Ministerium aber den Vorschlag des Ausschusses, das Gesetz nur als provisorisches in Kraft treten zu lassen, nicht für zweckmäßig ansah. Als darauf im December 1866 der 12. ordentliche Landtag eröffnet wurde, unterbreitete ihm die Regierung eine Gesetzesvorlage, die im Wesentlichen zwar auf der Grundlage des mit dem Ausschusse erörterten Entwurfs aufgebaut war, das Abschätzungsverfahren aber der Leitung der Landesökonomie=Commission unterstellte und den Vorbehalt des Rechtsweges völlig beseitigte. Im auffälligen Widerspruch mit den Ausführungen des Ministerialschreibens vom 28. März 1866 war in den Motiven (Anl. 24 der Verhandlungen des bezeichneten Landtages) bemerkt, daß nach § 33 der R. L.=D. zwar der Rechtsweg — anscheinend gleichsam als höhere Instanz nach dem administrativen Verfahren — zugelassen sei, daß aber aus der anerkannten

Nothwendigkeit eines rechtlichen Schutzes für das Privateigenthum sich durchaus nicht die Folgerung ergebe, als müsse ein im Verwaltungsverfahren legal gefundenes Resultat nur deshalb, weil es einer Partei nicht genüge, der Nachprüfung im Rechtswege unterworfen werden. „Es wird heutzutage nicht mehr bezweifelt, daß es auch ein Verwaltungsrecht giebt und daß die Verwaltung nicht bloß nach Willkür und Ermessen verfährt, so daß als höhere Instanz noch der Rechtsweg bleiben müsse.“ Die Commission des Landtages, mit den Grundsätzen des Entwurfs im Wesentlichen einverstanden, erklärte in ihrem Berichte namentlich auch „das kostbare und weilläufige Institut der gerichtlichen Correctur für entbehrlich und selbst für unräthlich“, gab indessen als „nützliche Maßregel“ anheim, zur Vermeidung von Zweifeln einige Fälle hervorzuheben, in denen überhaupt ein gerichtliches Verfahren zulässig bleibe (Aufsehung eines abgeschlossenen Vergleiches und wesentliche Verletzung des vorgeschriebenen Verfahrens), und brachte zu diesem Zwecke die Bestimmung in Antrag, die jetzt den Inhalt des § 18 des Gesetzes vom 13. September 1867 bildet. Uebrigens erkannte sie an, daß der § 33 der R. L.=D. durch die erwähnten Gesetze von 1835 und 1840 bereits eingeschränkt sei und nicht erst der Abänderung durch den vorgelegten Entwurf bedürfe, weshalb zur Annahme desselben die einfache Stimmenmehrheit genüge. Bei der damaligen Sachlage erschien letztere Auffassung durchaus zutreffend, da der Gesetzesentwurf nach seiner ursprünglichen Fassung nur das Verfahren bei Wege- und Eisenbahnbauten, also nur in den von den Gesetzen von 1835 und 1840 betroffenen Fällen zu ordnen bezweckte; sie wurde aber hinfällig, als im Lauf der weiteren Berathungen der Geltungsbereich der Vorlage auf alle Expropriationen, die nach dem § 33 der R. L.=D. vorkommen könnten, ausgedehnt war. In der Landesversammlung selbst hat dann die Einschränkung des Rechtsweges Widerspruch zunächst nicht gefunden und der Gesetzesentwurf ohne wesentliche Aenderungen, dem Anscheine nach mit bedeutender Stimmenmehrheit, Genehmigung erhalten, allein schon wenige Jahre hernach führte ein Antrag aus der Mitte der Versammlung zu einem Beschlusse, mittelst dessen die Regierung zu einer Aenderung des Gesetzes in der Richtung ersucht wurde, daß bei Feststellung der Entschädigungssumme der Rechtsweg in erweitertem Umfange eröffnet und wenigstens gegen den die Summe betreffenden Ausspruch der Landesökonomiecommission nach Analogie der Schweizer Gesetzgebung eine Beschwerde an das Obergericht zugelassen werde (Sitzung vom 3. Mai 1871). Seitdem haben in der Landesversammlung über die Zweckmäßigkeit einer Reihe von Einzelbestimmungen des Expropriationsgesetzes vielfach Verhandlungen stattgefunden, in denen auch die Frage, ob und in wie weit eine gerichtliche Nachprüfung des Abschätzungsergebnisses zu erfordern sei, wiederholt erörtert ist, zuletzt auf dem 23. ordentlichen Landtage mit dem Resultate, gegen die Feststellung der Entschädigung die Zulassung der Klage bei dem Verwaltungsgerichtshof der Landesregierung gegenüber in Antrag zu bringen (Beschluß vom 20. Mai 1896). — Für das Entschädigungsverfahren bei Wasserregulirungen gelten die Bestimmungen des Gesetzes vom 13. September 1867 (Wassergesetz, § 6, 7). Betreffs der Zwangse enteignungen

bei dem Bergbau: Berggesetz, § 145 f. — Die Bestimmungen des Gesetzes vom 13. September 1867 sind durch das B. G. B. nicht berührt. Einf.=Gesetz § 109, braunschw. Ausf.=Gesetz vom 12. Juni 1899 Nr. 36, § 45.

§ 34.

e) Freie Wahl des Berufs und Rechtsgleichheit zum Staatsdienst.

Die Wahl des Berufs und Gewerbes, sowie der vorbereitenden Bildungsanstalten des In- und Auslandes, ist frei. Die Verschiedenheit des Standes und der Geburt soll bei Besetzung von Civil=Ämtern und Militärgraden keinen Vorzug begründen ¹⁾).

¹⁾ Als die Regierung nach Wiederherstellung des Bundestages der Versammlung der Abgeordneten den Entwurf eines Gesetzes vorlegte, das die Grundrechte aufzuheben bezweckte, erachtete die Verfassungs=Commission es für angezeigt, neben einigen anderen Bestimmungen den Art. 2, § 7, Abs. 2 der Grundrechte: „Alle Standesvorrechte sind abgeschafft“ beizubehalten, wie denn auch geschehen ist (Gesetz vom 4. Juli 1851 Nr. 27, § 2, 1). Zur Begründung war im Commissionsbericht gesagt, daß im Privatrechte allerdings durch diesen Vorbehalt nichts geändert werde, da in jenem Gebiete schon vor Erlaß der Grundrechte Vorrechte der fraglichen Art nicht mehr bestanden hätten, daß aber im öffentlichen Recht das Erforderniß des Adels bezüglich der Aufnahme in das Kloster Steterburg und die Bevorzugung der Ritterschaft bei Verleihung der landschaftlichen Stipendien vielleicht hierher zu zählen sein würden, wenn sich nicht besondere Privatrechtstitel für diese Befugnisse sollten nachweisen lassen. Schon bei der Verathung der Stats für das Finanzjahr 1849 war von der Commission in Frage gestellt, ob die Einrichtung im Stift Steterburg, nach welcher die erledigten Klosterstellen ausschließlich mit Töchtern adeliger Familien, und soweit der adeligen Ritterschaft und dem Stifte das Wahlrecht zusteht, nur mit Töchtern adeliger Rittergutsbesitzer des Landes besetzt werden, mit dem § 7 der Grundrechte noch ferner vereinbar sei. Die Commission neigte der Verneinung dieser Frage zu, hatte aber, um ihre Ansicht sicher begründen zu können, das Ministerium um nähere Mittheilung über die Rechtsverhältnisse des Stifts ersucht und die Erwiderung erhalten, daß eine gutachtliche Aeußerung des Propstes von Steterburg über die aufgeworfene Rechtsfrage eingefordert sei. Die gewünschte Auskunft ist jedoch, obgleich in der Folge auch die Landesversammlung den Ansichten und Anträgen der Commission beigetreten war, trotz wiederholter Erinnerung nicht erfolgt, dagegen in einem Schreiben vom 31. März 1852 der Landesvertretung die Mittheilung gemacht, daß der Propst von Steterburg eine Erweiterung des Statuts durch einen Zusatz, der auch die Töchter bürgerlicher Rittergutsbesitzer für aufnahmefähig und die bürgerlichen Rittergutsbesitzer für wahlberechtigt erkläre, in Vor-

schlag gebracht, die Versammlung adeliger Rittergutsbesitzer indessen im Einverständniß mit dem Stiftsconvent eine derartige Aenderung des bestehenden Zustandes einstimmig abgelehnt habe. Seitdem ist die Frage, die auf Verhandlungen zwischen der Ritterschaft und den Herzögen Rudolf August und Anton Ulrich vom Jahre 1691 zurückführt und bei der Unklarheit mancher Einzelheiten derselben der rechtlichen Beurtheilung Schwierigkeiten darbietet, auf sich beruhen geblieben. — Die Bevorzugung der Ritterschaft in Betreff der landschaftlichen Stipendien ist auf dem 19. ordentl. Landtage durch eine Vereinbarung mit der Regierung in Fortfall gebracht.

§ 35.

f) Auswanderung.

Jeder Landeseinwohner hat das Recht der Auswanderung ohne Erlegung einer Abzugssteuer, jedoch unter den durch die Verpflichtung zum Kriegsdienste oder sonstige Verbindlichkeiten gegen den Staat und Privatpersonen eintretenden Beschränkungen ¹⁾.

¹⁾ Schon die Bundesacte, Art. 18 hatte den Unterthanen der Deutschen Bundesstaaten Freiheit von der Abzugssteuer in den Fällen zugesichert, wo das Vermögen in einen anderen Bundesstaat überging. Die näheren Ausführungsbestimmungen enthielt der Bundesbeschluß vom 23. Juni 1817, publicirt durch B. D. vom 2. Januar 1818 Nr. 3. — Ueber die Entlassung aus der Staatsangehörigkeit zum Zwecke der Aus- oder Ueberwanderung jetzt: Bundesgesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870, § 15, und in Beziehung auf die Beschränkungen aus Rücksicht auf Erfüllung der Wehrpflicht daneben: Reichsmilitärsgesetz vom 2. Mai 1874, insbesondere § 60 und die Novelle zu letzterem vom 6. Mai 1880, Art. 1, § 1, Ziff. 8.

§ 36.

g) Ablösbarkeit der gutherrlichen und sonstigen Realrechte.

Alle privatrechtlichen Reallasten an Zehnten, Hand- und Spanndiensten, Geld-, Getreide- und sonstigen Natural-Abgaben und Leistungen, womit das Eigenthum oder das erbliche Besizrecht an einem Grundstücke beschwert ist oder in Zukunft beschwert werden könnte, sowie auch alle bloß persönlichen, d. h. gewissen Personen ohne den Besiz eines Grundstückes obliegenden Dienste und Leistungen sind, ohne Rücksicht auf den Rechtsgrund

ihrer Entstehung, der Ablösung dergestalt unterworfen, daß ihre Aufhebung gegen eine Entschädigung, welche das Gesetz bestimmen wird, verlangt werden darf¹⁾).

¹⁾ Diese verfassungsmäßige Zusage ist eingelöst durch die Ablösungs- und die Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 20. December 1834 Nr. 20 und 22. Zu ersterer: die späteren Gesetze vom 29. Juli 1837 Nr. 26, vom 14. Mai 1840 Nr. 12 und vom 23. April 1867 Nr. 19. Zu letzterer: Gesetze vom 3. August 1836 Nr. 19, vom 12. Februar 1842 Nr. 31 und vom 18. Februar 1850 Nr. 5. Eine anschauliche Darstellung der Grundgedanken dieser Gesetzgebung giebt die Arbeit von R. Lüderßen, Die Befreiung und Mobilisirung des Grundbesizes im Herzogthum Braunschweig, 1881.

§ 37.

h) Aufhebung der Feudalrechte.

Alle im Umfange des Herzogthums belegenen Lehne jeder Art, es mögen solche von dem Landesfürsten, von öffentlichen Anstalten, Corporationen oder von Privatpersonen releviren, unmittelbare oder Afterlehne sein, sind der Aufhebung des lehnherrlichen und agnatischen Lehnsverbandes in den noch gesetzlich zu bestimmenden Verhältnissen unterworfen¹⁾).

¹⁾ Behuf der Ausführung dieses Paragraphen ist die Auflösung des Lehnsverbandes vorbereitet durch das Gesetz, die Aufhebung der Feudalrechte und die Errichtung von Familienstammgütern betr. vom 28. März 1837 Nr. 3 und, nachdem inzwischen die Grundrechte des deutschen Volkes allen Lehnsverband für beseitigt erklärt hatten, durchgeführt durch das Gesetz vom 13. December 1849 Nr. 51. Auch die Aufhebung der Familienfideicommissse wurde im Verfolg des § 38 der Grundrechte durch Gesetz vom 19. März 1850 Nr. 12 ausgesprochen, doch ist die Errichtung in der Form der Familienstammgüter wieder freigegeben mittelst Gesetzes vom 20. Mai 1858 Nr. 30 (vergl. hierzu Ausführungs-Ges. zum B. G.-B. § 41). Dasselbe schließt sich im Wesentlichen den Bestimmungen an, die das Gesetz vom 28. März 1837 in Betreff der Rechtsverhältnisse der Familienstammgüter enthält.

§ 38.

i) Recht der Beschwerde.

Jedermann darf in seiner Angelegenheit schriftliche Bitten an den Landesfürsten und die Landesbehörden in vorschriftsmäßiger Weise und mit Beobachtung der vorgeschriebenen Ordnung richten

und Beschwerden über gesetz= oder ordnungswidriges Verfahren der Behörden bis zur obersten Staatsbehörde, welche ihn unmittelbar bescheiden wird ¹⁾, schriftlich verfolgen.

1) Dieser Zwischenatz verdankt seine Entstehung einem Antrage der Ständeversammlung. Das weitergehende Ersuchen derselben, dem Bittsteller bei abschlägiger Bescheidung auch die Beweggründe mitzutheilen, ist dagegen von der Regierung abgelehnt mit dem Bemerken, daß sie zwar regelmäßig die Gründe dem abschlägigen Bescheide beifüge, aber gerechtes Bedenken tragen müsse, dem Bittsteller ein verfassungsmäßiges Recht darauf zu gewähren, da alsdann unbedeutende und böswillige Supplicanten die Regierung zu endlosen Verhandlungen nöthigen und die Behörden ohne wesentlichen Nutzen noch mehr mit Geschäften überladen würden, als es ohnehin schon der Fall sei (Rückschreiben vom 28. September 1832). Diese Erwiderung, die sich nicht binden will, auf das bisher Uebliche verweist und damit dem guten Willen das Meiste überläßt, die Unbestimmtheit des Begriffes der „Bescheidung“, sowie die unmittelbare Verbindung des Beschwerderechts mit dem Recht der Bitte, lassen es als ausgeschlossen erscheinen, daß durch den § 38 ein wirklicher Rechtsschutz gegenüber behördlichen Eingriffen, ein Anspruch auf sachliche Prüfung und sachliche Entscheidung habe zugestanden werden sollen (vergl auch D. Mayer, Deutsches Verwaltungsrecht, Bd. 1, S. 154 f.); vielmehr hat das Recht der „förmlichen Beschwerde“ erst seine Anerkennung und Ausbildung durch weitere Einzelgesetze erhalten, die allerdings nicht immer einen Instanzenzug bis zur „obersten Staatsbehörde“ zulassen. An Stelle der Beschwerde an das Staatsministerium ist auf Grund des Gesetzes vom 14. März 1895 Nr. 25 alsdann der Regel nach die Klage bei dem Verwaltungsgerichtshof getreten, doch blieb auch in einzelnen Fällen jene neben dieser wahlweise zugelassen. Der Gedanke, daß dieser Gang der Entwicklung in Widerstreit mit dem § 38 sich setze, und daß somit die Einräumung eines geordneten Beschwerde- und Rechtsweges, der über die durchaus unbestimmten Zusagen jenes Paragraphen weit hinausgeht, der für die Abänderung des Landesgrundgesetzes erfordernten Stimmenmehrheit bedürfe, hat der Gesetzgebung überall und wohl mit Grund fern gelegen.

§ 39.

4. Einzelne Pflichten.

a) Staatslasten.

Die Theilnahme an den Staatslasten trifft Alle, welche im Staatsgebiete wohnen oder Grundeigenthum besitzen, allgemein und nach gleichmäßigen Grundsätzen ¹⁾. Nur Erlasse, jedesmal höchstens für die Dauer einer Finanzperiode, keine Befreiungen von

denselben können bewilligt werden²⁾. Die Fürstl. Schlösser, Paläste, Gebäude und Gärten und das Grundeigenthum und Einkommen der Kirchen und übrigen frommen Stiftungen, soweit dasselbe jetzt von den ordentlichen Steuern befreiet ist, sind frei von Staatslasten³⁾.

1) Vergl. Grundsteuergesetz vom 24. August 1849 Nr. 33, § 5; Gewerbesteuergezet vom 27. März 1893, Nr. 14 § 1; Einkommensteuergesetz vom 16. April 1896 Nr. 21, § 2 u. 3; Ergänzungsteuergesetz vom 11. März 1899 Nr. 15, § 2.

2) Grundst.-Gesetz § 89, Gew.-St.-G. § 24, Eink.-St.-G. § 62, Ergänzungst.-St.-G. § 38.

3) Befreit von der Grundsteuer sind nach § 5 des Gesetzes vom 24. August 1849 nur die Staats- und Kammergüter, sowie diejenigen Grundstücke des Landesherrn, denen eine Befreiung durch die Verfassung ausdrücklich zugestanden ist. Die Steuerfreiheit der Kirchen, Pfarren, Pfarrwittwenhäuser, Schulen und milden Stiftungen betreffs ihres Grundbesitzes, die theils in Folge alten Herkommens, theils nach der Kirchenordnung vom 1. Mai 1709, der Verordnung, die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betreffend, vom 21. October 1821, § 16 und dem Art. 20 des Landtags=Abschiedes vom 11. Juli 1823 bestand und durch § 39 der N. L.=O. aufrecht erhalten war, wurde zunächst im Grundsteuergesetz gegen Feststellung einer Entschädigung beseitigt, da sie von der Abgeordneten=Versammlung für unverträglich mit dem § 173 der Frankfurter Reichsverfassung gehalten ward, ist aber wiederhergestellt durch das Gesetz vom 20. April 1855 Nr. 22, § 1. Der § 2 desselben gewährt zugleich Steuerfreiheit den Gütern des Kloster- und Studienfonds, dem schon seit dem Jahre 1840 bei seinen unzureichenden Mitteln die Steuern regelmäßig hatten erlassen werden müssen. Da ferner alle von öffentlichen Armen- und Wohlthätigkeitsanstalten betriebenen Gewerbe von Entrichtung der Gewerbesteuer verschont geblieben sind (Gew.-St.-G. § 3, Nr. 2), das Capitaleinkommen der Kirchen und milden Stiftungen aber auch der Einkommensteuer, die den Ersatz der ehemaligen Personalsteuer darstellt, nicht unterliegt, so kommt eine Besteuerung zu Staatszwecken in Ansehung der Kirchen und frommen Stiftungen überhaupt nicht in Frage. Ueber die Befreiung dieser Stiftungen von anderen Steuern vergl. v. Schmidt=Phiseldack, evangel. Kirchenrecht des Herzogthums Braunschweig (1894), S. 291 f., auch Gemeindeabgabengesetz vom 11. März 1899 Nr. 12, § 19, 3 und 28. Hinsichtlich der Befreiung der landesfürstlichen Residenzschlösser, Gärten u. dergl. von den Gemeindesteuern und Kreisabgaben: Kreisordnung vom 5. Juni 1871 Nr. 35, § 11, 1; Gem.=Abgabengesetz § 19, 1; Wege=Ordnung vom 29. Juni 1899 Nr. 56, § 26, 1. Endlich betreffs der Heranziehung des Fiscus, des Kammerguts und des Kloster- und Studienfonds zu der Gemeinde=Einkommensteuer: Gem.=Abgabengesetz § 27, 4 und 37.

§ 40.

b) Waffendienst.

Alle Landeseinwohner sind in dem gesetzlichen Verhältnisse zur Vertheidigung des Vaterlandes im Kriegsdienste ¹⁾, und zum Waffendienste behuf des Gemeindefschutzes ²⁾ verpflichtet.

1) Setzt: Reichsverfassung, Art. 57, Bundesgesetz, betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienste, vom 9. November 1867, Reichsgesetz betr. Aenderungen der Wehrpflicht, vom 11. Februar 1888, R.=G. betr. die Wehrpflicht der Geistlichen vom 8. Februar 1890.

2) Nach dem zur Ausführung dieser Bestimmung erlassenen Gesetz über den Waffendienst behuf des Gemeindefschutzes vom 19. März 1850 Nr. 25 sind in den Städten alle unbescholtenen Bürger, in den Landgemeinden alle unbescholtenen Gemeindegengenossen bis zum zurückgelegten 50. Lebensjahr zum Dienst in der Bürgerwehr verpflichtet. Die St.=D. vom 18. Juni 1892, wie die L.=G.=D. vom gleichen Tage haben diese Verpflichtung innerhalb der angegebenen Altersgrenze erstreckt auf alle großjährigen Gemeindegengenossen mit Ausschluß der activen Militärpersonen (St.=D. § 185, L.=G.=D. § 128). Sonstige persönliche Leistungen der Gemeindegengenossen sind nur da in Anspruch zu nehmen, wo eine besondere gesetzliche Verpflichtung vorliegt — wie nach § 4 des Gesetzes, das Feuerhülfswesen betreffend, vom 2. April 1874 Nr. 16 — oder wo den Bedürfnissen nicht zweckmäßig auf andere Weise genügt werden kann. Nachdem das Feuerhülfswesen durch das bezeichnete Gesetz geordnet ist, wird ein Aufgebot zum Gemeindefschutze wohl nur in den vom 8. Abschnitt der St.=D. und L.=G.=D. umschlossenen Fällen (Auflauf oder Aufruhr) in Frage kommen können.

Drittes Capitel.

Von den Gemeinden ¹⁾.

A. Allgemeine Bestimmungen.

§ 41.

a) Gemeinde-Bezirke.

Jedes Grundstück im Lande muß einem bestimmten Gemeindebezirke angehören ²⁾.

Die Landesregierung wird diese Gemeinde-Bezirke, soweit sie noch zweifelhaft sind, durch Verordnungen ³⁾ bestimmen.

1) Im Verfolg der im § 54 der R. L.=D. gegebenen Zusage legte die Regierung schon dem 1. ordentl. Landtage den Entwurf einer Städteordnung vor, die von den Ständen ohne wesentliche Abänderungen genehmigt und unterm 4. Juni 1834 als Gesetz veröffentlicht wurde. Die Ausarbeitung einer Landgemeindeordnung verzögerte sich dagegen um ein volles Jahrzehnt und als endlich im November 1844 der Landesvertretung ein Gesetzentwurf zuing, fand er schon in den Vorberathungen bei den liberalen Mitgliedern der Commission, namentlich aber auch in den Plenarverhandlungen vielfachen und heftigen Widerspruch. Den hauptsächlichsten Stein des Anstoßes bildete die den größeren Gütern eingeräumte Sonderstellung, die in der verschiedenartigen Organisation der Gemeinde als Dorfgemeinde, Landgemeinde und Gutsgemeinde und in der Vertheilung des Stimmrechts innerhalb der combinirten (Land-) Gemeinden hervortrat. Nach § 3 des Entwurfs sollten die Landgemeinden gebildet werden entweder durch die Dorfgemeinde und deren Bezirk allein oder durch die Dorfgemeinde und die in demselben Gemeindebezirke belegenen Ritter-, Kammer- und Klostergüter oder durch ein solches Gut und dessen Bezirk allein, und der § 96 bestimmte, daß in den durch eine Dorfgemeinde und ein oder mehrere Ritter-, Kammer- und Klostergüter gebildeten Landgemeinden die Dorfgemeinde und diese Güter gleichberechtigte Gemeindegensossen seien, und daß daher ein rechtsgültiger Gemeindebeschluß nur durch Uebereinstimmung sämmtlicher Gemeindegensossen, indem der Gutseigenthümer einem von der Dorfgemeinde gefaßten Beschluß beitrete oder diese durch Beschluß einem Antrage oder Beschluße jener beistimme, entstehen könne, bei einem Zwiespalt aber die Angelegenheit im Verwaltungswege zu regeln sei. Gegen den § 3, der allerdings den bestehenden Verhältnissen entsprach, wurde in der Ständerversammlung geltend gemacht,

daß man unter Gemeinden nur Vereine von Staatsbürgern, geschlossen zur Erstrebung gemeinsamer fortdauernder Lebenszwecke, zu verstehen habe, weshalb weder eine einzelne Person eine Gemeinde bilden könne, noch ein einzelnes Grundstück, das sich höchstens zu einem Localpolizeibezirk eignen möge,

daß diese Auffassung auch in den §§ 41 bis 56 der R. L.=D. anerkannt werde, da in Beziehung auf einzelne Güter und ihre Besitzer weder ein Gemeindeverband, noch eine Gemeindeverfassung (§ 44), weder ein vom Privatvermögen des Besitzers gesondertes Gemeindevermögen, noch ein Oberaufsichtsrecht des Staats über solches (§ 46), noch eine Gemeindeleistung (§ 49), weder ein Gemeindevorstand (§ 42), noch die Wahl eines solchen (§ 55) denkbar sei,

daß ferner auch die Verhältnisse der größeren Güter nicht von solcher Bedeutung erscheinen könnten, um die Schaffung einer eigenen Art von Landgemeinden für die aus ihnen und Dorfgemeinden bestehenden Verbände zu rechtfertigen, und

daß endlich ein inneres, selbständiges Gemeindeleben, auf dessen Erweckung die Gesetzgebung vornehmlich gerichtet werden müsse, aus der vorgeschlagenen Vertheilung der Gemeinden nicht erwartet werden dürfe.

Gegen den § 96 hingegen wandte man mit Fug und Recht ein, daß der allgemeine Begriff der Rechtspersönlichkeit Einheit des Willens voraussetze, es bei der Bestimmung des § 96 an einem Gesamtwillen aber überhaupt fehle,

daß der Ausweg, der die Ordnung der ungelösten Fragen der Verwaltungsbehörde überweise, die Selbstständigkeit der Dorfgemeinden sowohl, als der Güter, zu einem leeren Schein herabsinken lasse, und

daß die durch den § 96 herbeigeführte Zurücksetzung der combinirten Landgemeinden in Beziehung auf ihre Selbstverwaltung gegenüber den Dorfgemeinden durch kein staatsrechtliches Princip und durch keine Rücksicht der Zweckmäßigkeit zu begründen sei, zumal wenn man das Zufällige jenes Umstandes und die Thatfache sich vergegenwärtige, daß in Folge der Ablösungsordnung die Landbewohner sich meistens schon von dem früheren Verhältnisse der realen Abhängigkeit von den Gutsherren freigemacht oder doch dazu die Gelegenheit hätten, daß also diejenigen Rücksichten, die früherhin eine abgeschlossene Stellung jener größeren Güter hätten bedingen mögen, ihre Grundlage verloren hätten.

Anderer Streitpunkte von Bedeutung hatten das von der Regierung in Anspruch genommene Recht, die Bildung neuer Gemeinden auch gegen den Widerspruch der Betheiligten im Verordnungswege zu verfügen, die Beschränkung des Stimmrechts in den Dorfgemeinden auf die Besitzer der Reihfestellen und die Einengung der Selbstverwaltung der Gemeinden durch das Aufsichtsrecht der Aemter zum Gegenstande. Da das Ministerium in keiner dieser Fragen sich nachgiebig erwies, so erfuhr nach langwierigen Verhandlungen der Gesetzentwurf in der Sitzung vom 9. Januar 1845 eine entschiedene Ablehnung (mit 31 gegen 13 Stimmen, unter den letzteren die von neun Rittergutsbesitzern). — Erst dem 6. ordentlichen Landtage war es vorbehalten, die Verhältnisse der Landgemeinden in zeitgemäßer Weise zu ordnen und in Durchführung der Grundsätze der R. L. = D. das System der staatlichen Bevormundung zu beseitigen. Man verhehlte sich freilich keineswegs, daß die Verwirklichung des Rechts der freien Selbstverwaltung in den Landgemeinden, auch innerhalb der gesetzten und gebotenen Grenzen, ein Wagniß sei, das leicht mißgücken konnte. Wenn vor wenigen Jahren gegenüber dem Entwurf vom November 1844 in der Landtagscommission das Urtheil dahin gegangen war, daß „ohne alles Bedenken in der Zügelung der Landgemeinden weit mehr nachgelassen werden mußte, als wirklich geschehen sei“, so sprach in Hinsicht des neuen Entwurfs der Commissionsbericht vom 26. October 1849 die Besorgniß aus, ob nicht der jetzt beabsichtigte große Fortschritt bedenklich sein könne, da es in vielen Gemeinden an Elementen fehle, die zur Bildung der Gemeindeorgane erfordert würden. Durch die Erfahrung ist diese Befürchtung längst als grundlos erwiesen. Nicht minder, wie die auf der Grundlage des Gesetzes von 1834 revidirte Städteordnung vom 19. März 1850, hat auch die am gleichen Tage als Gesetz veröffentlichte Landgemeinde-Ordnung sich im Laufe der Jahre durchaus bewährt und ist zum Ausgangspunkt

der Entwicklung eines kraftvollen Gemeindelebens geworden. Die neuerdings erfolgte Umarbeitung beider Gemeindeordnungen, deren Ergebniss in den Gesetzen vom 18. Juni 1892 Nr. 32 und 35 vorliegt, war theils in Folge der in den letzten Jahrzehnten zahlreich ergangenen, abändernden oder eingreifenden Reichs- und Landesgesetze nothwendig, theils wünschenswerth geworden, um verschiedene sachliche Aenderungen eintreten zu lassen und bei einigen Bestimmungen die in der Gesetzesanwendung hervorgetretenen Zweifel über die Absicht des Gesetzgebers durch eine genauere Fassung zu beseitigen.

²⁾ Wie ein gelegentlich der Verhandlungen über den ersten Entwurf einer L.=G.=D. den Ständen zugegangenes Schreiben des Staatsministeriums vom 27. December 1844 (Anl. 3 zu Prot. 77 des 4. ordentl. Landtages) näher ausführt, haben die §§ 41 und 42 nur allgemeine Vorschriften der Verordnung vom 4. Mai 1830, das Wohnortsrecht der Unterthanen betreffend, wiederholen sollen. Der Abs. 1 des § 41 ist wörtlich wieder aufgenommen im § 7 der L.=G.=D. vom 19. März 1850, doch ist nach dem § 8 derselben die Absonderung größerer Forstbezirke und mit diesen im Zusammenhang liegender Grundstücke, sowie an den Landgrenzen belegener Grundflächen, die einem inländischen Gemeindeverband bisher nicht angehört haben, zu selbständigen Gemarkungen für statthaft erklärt. — In der St.=D. von 1834 entsprach dem § 41, Abs. 1 der N. L.=D. der § 5. Jetzt: St.=D. vom 18. Juni 1892 § 4, L.=G.=D. § 6 und 7.

³⁾ Ueber die Frage, zu welcher Gemeinde die einzeln belegenen Aemter, Klöster, Vorwerke, Landgüter, Fabriken, Manufacturen und sonstigen gewerblichen Niederlassungen betreffs des Wohnortsrechts zu rechnen seien, hatte der § 38 der Verordnung vom 4. Mai 1830 Bestimmungen getroffen und in einer Anlage der Verordnung war eine Feststellung der einzelnen Gemeindebezirke erfolgt. Die Ergänzung dieses bald hernach als nicht ganz vollständig erkannten Verzeichnisses ist in der N. L.=D. dem Verordnungswege vorbehalten, weil die Mitwirkung der Stände bei der Gesetzgebung sich auf allgemeine Landesgesetze zu beschränken habe und die Feststellung zweifelhafter Gemeindegrenzen Verwaltungssache sei. So auch noch der § 6 der St.=D. von 1834, wogegen nach den beiden Gemeindeordnungen von 1850 (und ihnen entsprechend in der St.=D. von 1892 § 5 und 6, der L.=G.=D. §. 6 und 7) die Feststellung zweifelhafter Gemeindebezirke und der Gemarkungen stets, die Veränderung feststehender Gemeindebezirke oder Gemarkungen im Fall eines Widerspruchs der betreffenden Gemeinden oder der theilhaftigen Eigenthümer auf gesetzlichem Wege zu geschehen hat.

§ 42.

b) Gemeindegemeinschaften.

Jeder Landeseinwohner muß einer bestimmten Gemeinde angehören, und zwar derjenigen, in welcher er den gesetzlichen Bestimmungen zufolge ¹⁾ seinen Wohnsitz hat.

¹⁾ Die betreffenden „gesetzlichen Bestimmungen“ waren zur Zeit des Erlasses der R. L.-D. enthalten in der Verordnung vom 4. März 1830. Nach der gegenwärtigen Gesetzgebung sind Gemeindegengenossen alle Reichsangehörigen, welche in der betreffenden Stadt oder Gemeinde ihren Wohnsitz (juristisches Domicil, d. h. Aufenthalt mit der Absicht dauernder Niederlassung) haben (so zuerst: Gef. vom 30. März 1873 Nr. 15, § 1; jetzt: St.-D. § 10, L.-G.-D. § 12).

§ 43.

c) Markgenossen.

Grundbesitzer, welche das Recht des Wohnsitzes in der Gemeinde nicht erlangt haben, genießen wegen ihres Besitzthums denselben Schutz, welcher den Einwohnern gewährt wird, sie sind aber auch, wie diese, zu den auf den Grundstücken haftenden Lasten verpflichtet¹⁾.

¹⁾ Vergl. St.-D. § 157, Nr. 2; § 160 und 177, L.-G.-D. § 102, § 105, Nr. 2 und 108. Gem.-Abg.-Gef. § 19, 27 Nr. 2 f.

§ 44.

d) Bildung neuer Gemeinden.

Keine Gemeinde kann sich bilden ohne Genehmigung der Landesregierung, und ohne diese darf eine Gemeinde weder ihren Gemeindeverband durch Aufnahme anderer Gemeinden erweitern, noch durch Bildung neuer und besonderer Gemeinden verändern, noch ihre rechtlich bestehende Gemeindeverfassung eigenmächtig umgestalten¹⁾.

¹⁾ Die Bedeutung dieser Bestimmung ist auf dem 4. ordentl. Landtage anlässlich der Verathung des ersten Entwurfs einer L.-G.-D. streitig geworden. Von den Ständen wurde die Ansicht vertreten, daß im § 44 nur von der Genehmigung der Landesregierung zu der von einer Gemeinde ausgehenden Aenderung ihres Verbandes („darf . . erweitern“) die Rede sei, die Zustimmung der Gemeinde also überall vorausgesetzt werde und ohne eine solche die Bildung einer neuen Gemeinde überhaupt nicht zulässig sei. Dagegen berief sich das Ministerium darauf, daß die Verordnung vom 4. Mai 1830 das Recht der Landesregierung, Gemeinden zu bilden und den Gemeindeverband zu ändern, ausdrücklich feststelle, ohne einer Zustimmung der Gemeinden zu gedenken, und daß diese Verordnung durch das Landesgrundgesetz aufrecht erhalten sei. Seither ist dieser Streitpunkt durch die Gesetzgebung dahin entschieden, daß neue Gemeinden nur im Wege der Gesetzgebung gebildet werden können (L.-G.-D. vom 19. März 1850, § 2 und gleichlautend die vom 18. Juni 1892 a. a. D.).

§ 45.

e) Vermögensverhältnisse ¹⁾).

1. In Beziehung zum Staate.

Das Vermögen und Einkommen der Gemeinden und ihrer Anstalten darf nie mit dem Staatsvermögen oder den Staatseinnahmen vereinigt werden ²⁾).

¹⁾ Die §§ 45 und 46 sind fast wörtlich dem Entwurf des Hannoverschen Verfassungsgesetzes von 1831 entnommen.

²⁾ Vergl. St.=D. § 152, L.=G.=D. § 96.

§ 46.

Fortsetzung.

Die Gemeinden haben ihr Vermögen durch ihre Behörden selbständig zu verwalten. Die Oberaufsicht der Regierungsbehörden erstreckt sich nur darauf, daß die Verwaltung überhaupt den bestehenden Gesetzen gemäß geschehe, daß insbesondere das Gemeindevermögen erhalten, das Einkommen davon zu Gemeindezwecken verwandt, und daß bei der Vertheilung der Gemeinde-Abgaben nach gleichmäßigen Grundsätzen verfahren werde ¹⁾).

Der Regierungsbehörde steht die Entscheidung auf die Beschwerden zu, welche gegen die Gemeinde-Verwaltung erhoben werden ²⁾).

¹⁾ Die Bestimmung über die Erhaltung des Gemeindevermögens und dessen ausschließliche Verwendung zu Gemeindezwecken ist wiederholt in den Gemeindeordnungen (jetzt St.=D. § 152, L.=G.=D. §. 96), die auch über die Ausübung des Aufsichtsrechts der Behörden das Nähere enthalten (St.=D., § 212 und L.=G.=D. § 163). Eine Erweiterung der in der R. L.=D. bezeichneten Richtung des Aufsichtsrechts liegt in der Befugniß, die Ausführung von Beschlüssen und Verfügungen der Gemeindeorgane einstweilen zu untersagen, insofern dadurch nach dem Dafürhalten der Staatsbehörde das Gemeinwohl gefährdet wird (vergl. auch St.=D. § 105 und 106, L.=G.=D. § 72). Gleichlautende Bestimmungen fanden sich übrigens schon in den Gemeindeordnungen vom 19. März 1850 und betreffs der Städte vergl. St.=D. vom 4. Juni 1834, § 73, Abs. 2.

²⁾ Jetzt: Gesetz, betr. die Verwaltungsrechtspflege, vom 5. März 1895 Nr. 26, § 45.

§ 47.

2. Mehrerer Gemeinden.

In den Ortschaften, welche aus verschiedenen Gemeinden zusammengesetzt sind, bleibt die Verwaltung des einer jeden derselben besonders zustehenden Vermögens und der Gerechtsame getrennt, es sei denn, daß das Gegentheil durch ordnungsmäßig gefaßte Beschlüsse der beteiligten Gemeinden festgestellt würde ¹⁾.

¹⁾ Auch gegenwärtig finden sich, wenn auch vereinzelt, im Herzogthum noch Ortschaften, die verschiedene Gemeinden in sich vereinigen (Königsutter, Thedinghausen), oder in denen ein Gut mit seinen Zubehörungen neben der (Dorf-)Gemeinde einen selbständigen Gemeindebezirk darstellt (Destedt, Cremlingen). Uebrigens sind auch hier und da verschiedene Ortschaften zu einem Gemeindeverbande zusammengeschlossen (Ahlshausen, Sievershausen u. a.).

§ 48.

3. Einzelner Gemeindemitglieder.

Durch die mit dem Wohnsitzrechte verbundene Aufnahme in die Gemeinde allein werden keine Anrechte an den Gemeindegütern gewonnen, deren Mitbenutzung an den Besitz gewisser Grundstücke in der Gemeinde geknüpft ist, auch nicht an den Gütern, welche gewissen Genossenschaften gehören ¹⁾.

¹⁾ In Betreff der Verhältnisse der Genossenschaften (Gemeinheiten) enthielten die Gemeindeordnungen vom 19. März 1850 einige allgemeine Bestimmungen (St.-D. § 174 bis 180; L.-G.-D. § 119 bis 124), die bei Erlass der Gesetze vom 18. Juni 1892 einstweilen ausdrücklich aufrecht erhalten wurden, da die Absicht dahin ging, Verfassung und Verwaltung der Genossenschaften in einem besonderen Gesetze zu ordnen. Letzteres ist geschehen durch das Gesetz, die Realgenossenschaften betreffend, vom 26. Mai 1896 Nr. 32, in dessen Schlußparagrafen dann die angegebenen Bestimmungen der früheren St.-D. und L.-G.-D. außer Kraft gesetzt sind.

§ 49.

f) Gemeindelaften.

1. Allgemeine Pflicht dazu.

Von den verfassungsmäßig der Gemeinde oder mehreren im Verbande stehenden Gemeinden aufgelegten Gemeindelaften und Leistungen kann kein Mitglied der Gemeinde oder des Verbandes,

sowie auch kein in derselben belegenes Grundstück anders, als aus gesetzlichen Gründen befreiet werden ¹⁾).

¹⁾ Die St.=D. von 1834 stellte in den §§ 44 und 45 die gesetzlichen Befreiungen von den städtischen Lasten fest mit dem Hinzufügen (§ 47), daß die Stadtbehörden nicht berechtigt seien, persönliche oder dingliche Befreiungen von den Gemeindelaften anzuordnen. Auch die L.=G.=D. vom 19. März 1850 hob die von ihr nicht ausdrücklich erwähnten Befreiungen auf und bestimmte, daß neue Befreiungen nach Bekanntmachung dieses Gesetzes nicht mehr erworben werden können (§ 95, auch aufgenommen in die St.=D. von 1850 § 153, unter Fortfall des erwähnten § 47 des Gesetzes von 1834). In den Gesetzen vom 18. Juni 1892 sind diese Bestimmungen als nach dem übrigen Inhalt der betreffenden Gesetze ohnehin selbstverständlich und daher entbehrlich weggelassen. Betreffs der gesetzlichen, bezw. gestatteten Befreiungen von den Gemeindesteuern vergl. jetzt Gemeindeabgabengesetz vom 11. März 1899 § 19, 22 bis 35.

§ 50.

2. Deren rechtliche Begründung.

Keine Gemeinde kann mit Leistungen und Ausgaben beschwert werden, wozu sie nicht nach allgemeinen Gesetzen oder besonderen Rechtsverhältnissen verbunden ist. Dasselbe findet auch auf mehrere im Verbande stehende Gemeinden Anwendung ¹⁾).

¹⁾ Der Paragraph entspricht fast wörtlich dem § 43 der Verfassungs-urkunde für Kurhessen vom 5. Januar 1831; ähnlich auch der Entwurf für Hannover, § 44, nur daß hier statt auf „besonderen Rechtsverhältnisse“ neben den allgemeinen Gesetzen auf „Herkommen oder andere Rechtstitel“ verwiesen ist.

§ 51.

3. Entschädigung wegen allgemeiner Lasten.

Alle Lasten, welche nicht durch die örtlichen Bedürfnisse der Gemeinden oder eines Verbandes von Gemeinden, sondern durch die Erfüllung allgemeiner Verbindlichkeiten des Landes oder einzelner Theile desselben herbeigeführt werden, z. B. Einquartierungen und Kriegszuhren, müssen, insoweit nicht besondere Rechtsverhältnisse eine Ausnahme begründen, von dem gesammten Lande oder dem betreffenden Landestheile in dem Maße getragen werden, daß diejenigen, welchen die Last wirklich aufgelegt ist, Entschädigung erhalten ¹⁾).

¹⁾ Folgt wiederum fast im Wortlaut der kurhessischen Verfassung, § 44. — Ueber „Einquartierungen, Kriegsführen“ u. dergl. ist gegenwärtig zu vergleichen: Bundesgesetz, betreffend die Quartierleistung für die bewaffnete Macht im Frieden, vom 15. Juni 1868, und Reichsgesetz vom 21. Juni 1887, R.-G. über die Kriegseleistungen vom 13. Juni 1873 (hierzu Landes-Verordnungen vom 18. October 1890 Nr. 62, und vom 11. März 1895 Nr. 23) und R.-G. über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden in der Redaction vom 24. Mai 1898, nebst Ausf.-B.-D. vom 13. Juli 1898.

§ 52.

g) Gemeindebeamten.

Sämmtliche Vorstände, sowie die übrigen Beamten der Gemeinden, sind auf Festhaltung der Landesverfassung und Wahrnehmung der dadurch begründeten Rechte der Gemeinden zu verpflichten¹⁾.

¹⁾ Kurhessische Verfassung, § 46, Hann.-Entw. § 31. — Die Ausführungsbestimmungen jetzt in St.-D. vom 18. Juni 1892 § 73 und 124; L.-G.-D. § 63 und 77. — Die Eidesformel ist festgestellt in der Verordnung vom 20. December 1832 Nr. 44, § 2. Der Eid wird regelmäßig mit Ableistung des Huldigungseides (§ 26) verbunden.

B. Besondere Bestimmungen.

§ 53.

1. Für die städtischen Gemeinden.

a) Allgemeine Rechte.

Die Bürgerschaft in den Städten und denjenigen Flecken, welchen eine städtische Verwaltung zugestanden ist, soll be-
rechtigt sein:

1. durch eine doppelte Wahlhandlung ihre Vertreter zu wählen¹⁾;
2. durch diese Vertreter und die stimmführenden Mitglieder des Magistrats die Beamten der Stadtverwaltung frei zu wählen, und zwar in dem Maße, daß nur die stimmführenden Mitglieder des Magistrats der Landesfürstlichen Bestätigung bedürfen²⁾;
3. durch diese Vertreter bei der Verwaltung aller Gemeindeangelegenheiten, insbesondere bei allen denen, welche

das Vermögen, die Rechte und Verbindlichkeiten, sowie die Bewilligung der von der Gemeinde zu tragenden Lasten und Leistungen zum Gegenstande haben, mitzuwirken³⁾).

¹⁾ Die doppelte Wahlhandlung, die nach der St.-D. von 1834 entsprechend den für die Wahl der städtischen Landtagsabgeordneten geltenden Vorschriften gestaltet war, ist schon in der St.-D. vom 19. März 1850 beseitigt und durch directe Classenwahlen ersetzt. Jetzt: St.-D. vom 18. Juni 1892, § 30 bis 40.

²⁾ Wahlverfahren: St.-D. § 68. — Der landesfürstlichen Bestätigung bedarf schon seit der Gesetzgebung vom 19. März 1850 nur noch der Vorsetzende des Stadtmagistrats. St.-D. § 71.

³⁾ St.-D. § 21. § 44 bis 53.

§ 54.

b) Städteordnung.

Auf den Grund der Bestimmungen dieses Capitels sollen die Rechtsverhältnisse der städtischen Gemeinden und deren Beamten durch die allgemeine Städteordnung und die jeder einzelnen städtischen Gemeinde durch ein besonderes Statut¹⁾ näher und ausführlicher festgesetzt werden.

¹⁾ In Rücksicht auf dieses Gebot bestimmte der § 3 der St.-D. von 1834, daß für jede einzelne Stadt des Landes ein Statut errichtet werden müsse, welches alle die Punkte, die nach der ausdrücklichen Vorschrift des Gesetzes einer Ergänzung oder näheren Bestimmung bedürften, regeln solle und welchem zugleich die für die Stadt daneben noch geltenden, die Stadtverfassung, Verwaltung und Polizei betreffenden statutarischen Bestimmungen binnen einer zweijährigen Frist anzufügen seien. Eine gleiche Vorschrift enthielt auch der Entwurf der St.-D. von 1850; sie ist aber auf Antrag der Commission, da ein Bedürfniß für eine solche Zwangsbestimmung, der seit dem Jahre 1834 nur von einer Stadt genügt sei, durchaus nicht vorliege, von der Abgeordnetenversammlung — und zwar mittelst der verfassungsmäßig erforderlichen Stimmenzahl — beseitigt. Ob ein Statut zu errichten ist, unterliegt dem freien Ermessen der Stadtverwaltung. St.-D. § 2.

§ 55.

2. Für die Landgemeinden.

a) Ortsvorsteher und Ortsgeschworene.

Den Landgemeinden steht das Recht zu, ihre Ortsvorsteher, unter Vorbehalt der Bestätigung von Seiten der Regierungs-

behörde, zu wählen¹⁾. Gleichfalls haben sie das Recht, ihre Ortsgeschworenen selbst zu wählen, und durch diese alle Gemeindeangelegenheiten mit zu berathen, insofern nicht bei wichtigen Gegenständen den Rath der versammelten Gemeinde zu vernehmen erforderlich erachtet würde²⁾.

Diesen Grundsätzen gemäß sollen die Verhältnisse der Landgemeinden durch eine Gemeindeordnung festgestellt und in dieser über die Wahl des Ortsvorstehers und der Ortsgeschworenen das Nähere bestimmt werden³⁾.

¹⁾ Die Bezeichnung „Ortsvorsteher“ (nach der Landes-Ordnung von 1647 „Bauernmeister“) ward an Stelle des „Ortsmaires“ der westfälischen Zeit eingeführt durch die V.-D. vom 30. December 1813 Nr. 4. Die Befugnisse der fraglichen Beamten sind in der V.-D. vom 19. Februar 1814 Nr. 35, geregelt. Die Bestallung der Ortsvorsteher erfolgte durch die Kreisgerichte.

²⁾ § 7 der V.-D. vom 19. Februar 1814 Nr. 35: „Die Gemeindecapitulationen auf dem Lande sollen den Ortsvorstehern durch die Kreisgerichte in Gegenwart zweier bis dreier unbescholtener Männer (Geschworene) abgenommen, auch deren und nöthigenfalls der versammelten Gemeinde Rath in allen den Fällen vernommen werden, wenn von Verpachtung, Veräußerung, Vertauschung oder Erwerbung unbeweglicher Güter für die Gemeinde oder auch von Anleihen für dieselbe die Rede ist.“ In früherer Zeit erscheinen die Dorfgeschworenen als leiblich polizeiliche Gehülfsen des Bauernmeisters.

³⁾ Der Entwurf der L.-G.-D. von 1850 übertrug die Gemeindeverwaltung einem Ortsvorstande, der sich aus dem Ortsvorsteher und 2 bis 4 Ortsgeschworenen zusammensetzte und bei seiner Beschlussfassung in gewissen Fällen der Zustimmung der versammelten Gemeinde oder eines Ausschusses derselben bedurfte. In der ersten Lesung des Gesetzes wurde jedoch die Beschlussfassung der versammelten Gemeinde ersetzt durch die Einführung des „Gemeinderaths“ und in der zweiten, auf einen Antrag Schmid's, der Ortsvorstand und damit das Amt der Ortsgeschworenen beseitigt und die Erledigung der eigentlichen Verwaltungsgeschäfte, wie die Ausführung der vom Gemeinderath gefassten Beschlüsse in die Hand des (Orts-)„Gemeindevorstehers“ allein gelegt. — Ueber die Wahl des letzteren und der Mitglieder des Gemeinderaths jetzt: L.-G.-D. § 19, Abs. 1; § 20 bis 30, 55 und 60. Uebrigens enthält schon die L.-G.-D. vom 19. März 1850 den Vorbehalt, daß die Organisation derjenigen Gemeinden, auf welche die Bestimmungen über die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten und über die Gemeindeämter nicht vollständig anwendbar seien, im gesetzlichen Wege anderweit geordnet werden solle (was in zahlreichen Einzelfällen denn auch seither geschehen ist), und die L.-G.-D. vom 18. Juni 1892 hat hierin nichts geändert (L.-G.-D. § 19, Abs. 2).

§ 56.

b) Neue Anbauer.

[Neue Anbauer sollen nicht ohne vorgängige Vernehmung der Landgemeinde, und im Falle eines Widerspruchs, nicht ohne vorgängige Entscheidung der Verwaltungsbehörden über die vorgebrachten Gründe, zugelassen werden¹⁾.]

¹⁾ Die Vorschrift des § 56 erklärte sich daraus, daß die landesfürstliche Verordnung vom 9. März 1780 den Neuanbauern ein gewisses Theilnahme-recht an der gemeinsamen Hude und Weide zugestanden hatte. Gelegentlich der Berathung des Entwurfs der Bauordnung von 1876 machte die Landtags-commission darauf aufmerksam, daß jener alten Bestimmung allmählich jeder innere Grund des Fortbestehens entzogen sei, da in den meisten Gemeinden die gemeinsame Weide in Folge der Special-Separationen aufgehört habe, die fortschreitende Entwicklung der wirthschaftlichen Verhältnisse für Landwirthschaft und Industrie Beseitigung der hinsichtlich der Wahl der Wohnung und der gewerblichen Betriebsstätte etwa noch bestehenden Beschränkungen erfordere und die durch die Reichsgesetzgebung gewährleistete Freizügigkeit und Niederlassungs-freiheit mit der betreffenden Vorschrift nicht recht verträglich sei. Ein aus diesen Erwägungen hervorgehender Antrag der Commission auf Beseitigung des § 56 der N. L.-O. fand die Zustimmung der Landesversammlung und des Ministeriums. Durch Gesetz vom 18. September 1876 Nr. 84 ist der § 56 aufgehoben und durch ein Gesetz vom Tage darauf die Verordnung vom 9. März 1780 außer Kraft gesetzt.

Viertes Capitel.

Von den Landständen.

Erster Titel.

**Von dem Wesen und Zwecke der Landstände und
von der Zusammensetzung der Stände-Versammlung
und des ständischen Ausschusses.**

Erster Abschnitt.

Wesen und Zweck der Stände.

§ 57.

Die Stände des Herzogthums vertreten in dem grundgesetzlichen Verhältnisse zu der Landesregierung die Gesamtheit der Landeseinwohner und sind daher berechtigt und verpflichtet, deren verfassungsmäßige Rechte und allgemeine Interessen wahrzunehmen, und auf die gesetzlich vorgeschriebene Weise geltend zu machen ¹⁾ ²⁾.

¹⁾ In diesem Paragraphen, aus dem die §§ 94, 96 und 133 weitere Folgerungen entwickeln, ist der Charakter der modernen Repräsentativ-Verfassung zum Ausdruck gebracht, übrigens nur wiederholt, was schon im § 1 der E. L.-O. vom 25. April 1820 mit gleicher Unzweideutigkeit ausgesprochen war. Wenn die Eröffnungssrede des Landtages von 1819 feierliche Verwahrung dagegen eingelegt hatte, an die Stelle einer auf frühere Verträge gestützten Landschafts-Ordnung eine auf unbewährte Theorien gestützte Repräsentativ-Vertretung setzen zu lassen, so ist der mit diesem Worte hier verbundene Begriff lediglich auf die Zusammensetzung der Stände zu beziehen und jener Satz dahin zu verstehen, daß an der bisherigen Zusammensetzung der Landschaft nichts von Belang geändert, namentlich nicht etwa einer jeden Classe von Landeseinwohnern der Eintritt in die Ständeversammlung grundsätzlich ermöglicht werden solle. In dieser Hinsicht war aber auch die N. L.-O. ihrem ursprünglichen Inhalt nach, wenngleich sie Wahlrecht und Wählbarkeit in manchen Beziehungen

verallgemeinert hatte, noch weit davon entfernt, als „Repräsentativ-Verfassung“ gelten zu dürfen.

²⁾ Die auch in anderen deutschen Verfassungsurkunden sich findende Bezeichnung der Stände als der Vertreter der Gesamtheit der Landeseinwohner hat keine positive, juristische Bedeutung. Die Stände haben Vollmacht oder Auftrag weder von ihren Wählern — dem widerspricht schon der § 57, wie der § 132 —, noch von der Gesamtheit der Staatsangehörigen, denn diese Gesamtheit ist kein Rechtssubject, juristisch daher ohne Willen und außer Stande, Rechte durch Vertreter auszuüben. Die Stände üben vielmehr die nach der Verfassung ihnen zustehenden Befugnisse aus als ein öffentliches Amt, mag ihnen dasselbe mittelst einer Wahl, oder auf Grund einer Berufung seitens des Landesherrn übertragen sein; sie sind im Rechtsinn, wie jetzt fast durchgängig anerkannt wird (dagegen freilich neuerdings: Kieker, Die rechtliche Natur der modernen Volksvertretung, 1893, der die Volksvertretung geradezu als einen fremden Bestandtheil im Leben des Staates bezeichnet und sie definit als ein „auf besondere Weise aus den Unterthanen gebildetes Collegium, das kraft gesetzlicher Fiction das ganze Volk, die Gesamtheit der Unterthanen ist, und an dessen Zustimmung die Krone bei gewissen, verfassungsmäßig bestimmten Acten gebunden ist“), „ein aus Wahlen der Bevölkerung hervorgehendes Organ des Staates“ (G. Meyer, Staatsrecht, S. 265), und zwar dasjenige Organ, durch welches „der Antheil der Staatsangehörigen an den Willensentschlüssen und der Lebensthätigkeit des Staates vermittelt und ausgeübt wird“ (Laband, Staatsrecht, Bd. 1, S. 274). Die Landschaft steht nicht mehr, wie in früheren Zeiten, dem Landesherrn gegenüber als eine privilegierte Körperschaft, die mit ihm unter den Formen eines privatrechtlichen Vergleiches eine Verständigung sucht; die Landesvertretung trägt vielmehr gegenwärtig den staatsrechtlichen Charakter eines „öffentlichen Collegiums“ (v. Gerber, Grundzüge des deutschen Staatsrechts, S. 134; Schulze, Deutsches Staatsrecht I, S. 460; G. Meyer, Staatsrecht S. 266, während Zachariae und Böpfel am Begriff einer öffentlich rechtlichen Corporation festhalten). Insofern ihr die Rechte einer juristischen Person etwa noch zustehen, ist darin nur eine durchaus nebensächliche, zufällige, für ihr inneres Wesen durchaus gleichgültige Eigenschaft zu erblicken. An dem Fortbestande dieser Rechte läßt sich allerdings in Beziehung auf die „Landschaft“ des Herzogthums, da die Umwandlung der „Landstände“ in die „Landesversammlung“ nur den Wechsel betreffs der äußeren Zusammensetzung zum Gegenstande hat (Gesetz vom 22. November 1851, § 28), kaum zweifeln. Die R. L.-D. erwähnt noch die Capitalien und Grundstücke (landschaftliches Haus) der Landschaft (§ 127); die Proceßfähigkeit der Ständeversammlung und des Ausschusses ist als fortbauend angesehen in der Bekanntmachung, die Bestallung des Landshyndicus betreffend, vom 26. October 1833 (§ 12, unter 2) und unter den Grundstücken der juristischen Personen, die nach § 90 der Reichs-Grundbuchordnung nur auf Antrag ein Grundbuchblatt erhalten, nennt die Ausf.-B.-D. vom 12. Juni 1899 Nr. 50 im § 1 auch die Grundstücke der Landschaft.

§ 58.

Die gesammte Landschaft bildet ein ungetrenntes Ganzes¹⁾.

¹⁾ Damit ist die in der E. L.-O. von 1820 eingeführte Eintheilung der Landschaft in zwei an Rechten und Ansehen einander völlig gleiche Sectionen beseitigt.

§ 59.

Sie übt ihre verfassungsmäßige Wirksamkeit entweder in voller Versammlung auf Land- und Convocationstagen¹⁾ durch die Ständeverversammlung²⁾, oder, zwischen den Landtagen und während deren Vertagung, durch das Organ des ständischen Ausschusses³⁾.

¹⁾ Ueber Landtage vergl. § 128 bis 148, über Convocationstage § 113.

²⁾ Die Bezeichnung hat wiederholt gewechselt. Das provisorische Gesetz vom 11. September 1848 führte die Benennung „Versammlung der Abgeordneten“, das Gesetz vom 22. November 1851 Nr. 48 die der „Landesversammlung“ ein.

³⁾ Mit dieser Bestimmung hat nicht, wie es scheinen könnte, festgestellt werden sollen, daß der Ausschuß nur für die Zeit zwischen den Landtagen und während der Vertagungen rechtlich vorhanden sei und wirksam werden könne. Wie in der Sitzung der Ständeverversammlung vom 10. März 1834 anerkannt ist, handelt der § 59 vielmehr nur von den staatsrechtlichen Befugnissen, die kraft gesetzlicher Uebertragung an Stelle der Ständeverversammlung dem Ausschuß zustehen (§ 118 bis 126, 189 und 190), wohingegen er die nach § 127 ihm obliegenden Verwaltungsmaßnahmen auch während einer Tagung der Stände wahrzunehmen und, soweit erforderlich, zu deren Erledigung Sitzungen abzuhalten unbehindert ist.

G e s e z , betreffend die Zusammensetzung der Landesversammlung vom 6. Mai 1899 Nr. 31¹⁾.

1) Die über die Zusammensetzung der Ständeversammlung und des ständischen Ausschusses handelnden §§ 60 bis 93 der N. L.-O. waren formell schon außer Kraft gesetzt durch das provisorische Gesetz vom 11. September 1848 Nr. 43, an dessen Stelle später das Gesetz vom 22. November 1851 Nr. 48 trat. Letzteres ist wiederum beseitigt durch das nachstehende Gesetz.

Von Gottes Gnaden, Wir, Albrecht, Prinz
von Preußen 2c., Regent des Herzogthums
Braunschweig,

erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das nachfolgende Gesetz:

§ 1.

Die Landesversammlung besteht aus 48 Abgeordneten¹⁾, von welchen 30 durch allgemeine Wahlen, und zwar 15 in den Stadtgemeinden, 15 in den Landgemeinden, die übrigen 18 von den in § 4 aufgeführten Berufsständen in besonderen Wahlen gewählt werden²⁾.

1) Die bisherige Anzahl der Abgeordneten ist mithin nicht wesentlich verändert. Von der 1873 beabsichtigten erheblichen Herabsetzung der Zahl ist mit Recht Abstand genommen. Umfang und Bedeutung der Thätigkeit der Landesversammlung hat sich zwar gemindert, seitdem das Reich das Gebiet des Privat-, Straf- und Proceßrechts der Landesgesetzgebung im Wesentlichen genommen und die Regelung großer Verwaltungsgebiete, wie der Zoll- und Steuergesetzgebung, des Militär-, Post- und Eisenbahnwesens ganz oder zum größten Theil an sich gezogen hat, doch bleibt immerhin noch ein wesentlicher Bereich von Aufgaben der Landesgesetzgebung vorbehalten und wird mit den gesteigerten Verkehrsverhältnissen und den verwickelteren Formen des socialen Lebens nur zunehmen, während zugleich die Durchführung zahlreicher Reichsgesetze neue Anforderungen stellt. Auch ergibt ein Vergleich mit anderen Bundesstaaten

daß die Durchschnittszahl von einem Abgeordneten auf 10000 Einwohner nicht zu hoch gegriffen ist.

2) In Folge der Verschiebung des bisherigen Zahlenverhältnisses zwischen den aus allgemeinen Wahlen der Stadt- und Landgemeinden hervorgehenden und den von besonderen Berufsclassen zu wählenden Abgeordneten hat sich auch das Machtverhältniß in der Landesversammlung zu Ungunsten der Regierung geändert, insofern in den politischen Gemeinden, namentlich den Städten, leichter eine radicalere Strömung überhand nehmen kann, während die Abgeordneten der höchsten Steuerclassen und der Berufsstände, der „Ersatz der ersten Kammer“ in Zeiten stärkerer politischer Bewegung der Regierung bei dem Beharren auf den gewiesenen Bahnen eher eine Stütze darbieten werden. Trotz dieser von ihr erwähnten Bedenken erkannte die Regierung jedoch bei Berathung des vorliegenden Gesetzes an, daß das bisherige Uebergewicht der aus besonderen Wahlen hervorgegangenen Abgeordneten nicht gerechtfertigt sei, und stellte nur die grundsätzliche Forderung auf, daß die Zahl der Abgeordneten besonderer Steuerclassen und Berufsstände im Hinblick auf die Vorschrift bezüglich der Abstimmung über Verfassungsbestimmungen auf keinen Fall unter ein Drittel der Abgeordneten sinken dürfe (Schreiben vom 17. Februar 1899, Anl. 207 der Drucksachen des 24. ordentl. Landtages).

§ 2.

Die 14 Städte des Herzogthums bilden 9 Wahlbezirke, in deren jedem die nachbemerkte Zahl von Abgeordneten gewählt wird:

1) Braunschweig I	3	Abgeordnete,
2) Braunschweig II	3	„
3) Braunschweig III	2	„
4) Wolfenbüttel und Schöppenstedt	2	„
5) Helmstedt	1	Abgeordneter,
6) Schöningen und Königslutter .	1	„
7) Holzminden, Stadtoldendorf und Eschershausen	1	„
8) Gandersheim, Seesen und Bad Harzburg	1	„
9) Blankenburg und Hasselfelde .	1	„ ¹⁾ .

1) Der § 2 behält den Grundsatz der früheren Gesetzgebung bei, nach welchem auch die kleineren Städte des Landes unter einander zu gemeinschaftlichen Wahlkreisen vereinigt werden, obwohl in ihnen Handel und Gewerbe dem Ackerbau gegenüber völlig zurücktritt und sie daher in ihren Interessen den Flecken und größeren Landgemeinden des Herzogthums weit näher

stehen, als den größeren Städten. Die engen Verhältnisse des Herzogthums haben dabei dann allerdings Verlegenheiten herbeigeführt, die thatsächlich eine starke Verklümmernng, wenn nicht dem Erfolg nach unter Umständen völlige Versagung des Rechts auf besondere Vertretung im Landtage hier und da zur Folge haben dürften. Auch hat die betreffende Eintheilung das Bedenkliche, daß bei der Verleihung städtischer Verfassung an irgend eine andere Gemeinde des Herzogthums, von denen manche an Bedeutung und Einwohnerzahl den kleineren Städten schon jetzt kaum noch nachstehen, den mühsamen Aufbau des § 2 leicht wieder in Gefahr bringen kann. Ein Vorschlag, die kleinen Landstädte mit der Bevölkerung ihres Amtsbezirks in gemeinsamen Bezirken wählen zu lassen, ist jedoch in den Vorbesprechungen abgelehnt. — Eschershausen zählte noch nach dem Gesetz vom 11. September 1848 zu den Landgemeinden, hat dann städtische Verfassung erhalten und im Gesetz vom 22. November 1851 demgemäß Berücksichtigung erlangt, ebenso Bad Harzburg durch Gesetz vom 8. März 1894 Nr. 10.

§ 3.

Die Landgemeinden werden in 6 Wahlbezirke eingetheilt, in deren jedem die dabei bemerkte Zahl von Abgeordneten gewählt wird:

- | | |
|--|--------------------------------|
| 1) Landkreis Braunschweig . . . | 3 Abgeordnete, |
| 2) Landkreis Helmstedt | 3 " |
| 3) Landkreis Wolfenbüttel ohne
Amtsbezirk Harzburg. | 3 " |
| 4) Landkreis Gandersheim mit
Amtsbezirk Harzburg | 3 " |
| 5) Landkreis Holzminden | 2 " |
| 6) Landkreis Blankenburg | 1 Abgeordneter ¹⁾ . |

¹⁾ „Um die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit zu schaffen, daß jede Klasse zum Wort kommt und einen der Ihrigen wählt, sind thunlichst, soweit es die örtliche Zusammengehörigkeit gestattet, Wahlbezirke für drei Abgeordnete bei der Zusammensetzung des Landtages vorgesehen.“ Comm.-Bericht vom 25. Jan. 1899.

§ 4.

Zu den wahlberechtigten¹⁾ Berufsständen gehören und es wählen:

- I. Die angestellten Geistlichen der evangelischen Landeskirche . . . 2 Abgeordnete²⁾ aus ihrer Mitte,
- II. Die Großgrundbesitzer 4 „³⁾,
- III. Die Gewerbetreibenden 3 „⁴⁾,
- IV. Die wissenschaftlichen Berufsstände 4 Abgeordnete⁵⁾,
- V. Die höchstbesteuerten Einkommensteuerverpflichtigten 5 „⁶⁾.

1) Die allgemeinen Voraussetzungen der Wahlberechtigung bei den Berufsständen sind im § 4 des Wahlgesetzes gegeben. Es sind demnach wahlberechtigt Staatsangehörige, die das 25. Lebensjahr zurückgelegt, mindestens ein Jahr lang vor der Wahl im hiesigen Lande ihren Wohnsitz gehabt haben, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden und weder für ihre Person, noch hinsichtlich ihres Vermögens unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehen, noch auch sich im Concurse befinden. — Bei dem Wahlkörper der wissenschaftlichen Berufsstände wird als Voraussetzung der Wahlberechtigung Vollendung des 35. Lebensjahres erfordert (Wahlgesetz §. 8).

2) Die Berechtigung des Fortbestehens einer Vertretung der evangelischen Kirche oder der Geistlichkeit im Landtage ist von jeher mit besonderer Freude angefochten. Der erste Entwurf des Verfassungsgesetzes von 1851 wollte eine Vertretung der Geistlichkeit schaffen. Die Einwendungen der Commission (vergl. Einleitd. Theil S. 56) führten dann aber dahin, daß die betreffenden Abgeordneten beibehalten wurden als Vertreter der Kirche. Bezüglich der Berechtigung einer solchen Vertretung hatte die Regierung namentlich auch auf den großen Grundbesitz der Kirche verwiesen. Indessen wurde die Uebertragung der Wahl dieser Vertretung auf die Geistlichen des Landes nur als ein einstweiliges Abkommen hingestellt und die Forderung der Commission (Bericht vom 1. October 1851, § 11; Anl. 1 zu Prot. 190 des 6. ordentl. Landtages), daß nach der bevorstehenden anderweiten Ordnung der kirchlichen Verfassung, namentlich nach Erlaß des der Landesvertretung schon vorliegenden Gesetzes über Errichtung von Kirchenvorständen eine Aenderung des Wahlkörpers erfolgen solle, von der Regierung nicht beanstandet. Der § 19 des Wahlgesetzes vom 23. November 1851 brachte einen entsprechenden Vorbehalt zum Ausdruck. Nachher ist man zwar nicht wieder darauf zurückgekommen, doch hatte, als inzwischen die Synodal-Ordnung in Kraft getreten war, der Regierungsentwurf von 1873 die Beseitigung der Vertretung der Kirche überhaupt in Vorschlag gebracht. Jedenfalls vermag ein nur aus Geistlichen sich zusammensetzender Wahlkörper eine Vertretung weder der evangelischen Kirche, noch auch des kirchlichen Grundbesitzes zu schaffen. Wenn daher jetzt das Gesetz wieder zu dem ursprünglichen Ausgangspunkte, eine Vertretung des geistlichen Standes zuzulassen, zurückgekehrt ist, so entgeht es den gegen die bisherige

Bestimmung mit Recht erhobenen Einwendungen und entspricht zugleich Rücksichten der Billigkeit, da andernfalls die Geistlichen der evangelischen Kirche — wie es der Entwurf von 1873 gleichfalls vorsah — dem Wahlkörper der wissenschaftlichen Berufsstände hätten eingereiht werden müssen. Die Abgeordneten der Geistlichkeit bilden nunmehr eine besondere Abtheilung der wissenschaftlichen Berufsstände, jedoch mit der auffälligen Bevorzugung, daß ihrem Wahlkörper außer den geistlichen Mitgliedern des Consistoriums, den General-Superintendenten und Special-Superintendenten die in einem Gemeindepfarramte stehenden selbständigen Geistlichen ausnahmslos angehören (Wahlgesetz, § 5), während die Mitglieder des Wahlkörpers der wissenschaftlichen Berufsstände sonst mindestens das 35. Lebensjahr zurückgelegt haben müssen (s. Anm. 1) und unter der weiteren, der Bestimmung des § 5 des Wahlgesetzes gegenüber unabweislichen Absonderlichkeit, daß die emeritirten Geistlichen mit den anderen wissenschaftlichen Berufskreisen gemeinsam wählen. In Beziehung auf die vom Wahlkörper der evangelischen Geistlichkeit vorzunehmenden Wahlen besteht gegenüber den Wahlen sämmtlicher übrigen wahlberechtigten Berufsstände der fernere Unterschied, daß jene sich auf Mitglieder des Wahlkörpers lenken müssen („aus ihrer Mitte“). Eine besondere Begründung aller dieser Unterschiede ist aus den Verhandlungen über das Gesetz nicht zu entnehmen.

3) Dem Wahlkörper der Großgrundbesitzer gehören an die Grundbesitzer mit einem Grundsteuercapital von mindestens 6000 Mk.; sinkt jedoch die Zahl der demnach in einem Kreise — die Kreise Holzminden und Blankenburg hier zusammengerechnet — wahlberechtigten Großgrundbesitzer unter 25 herab, so wird sie bis auf diese Ziffer ergänzt aus denjenigen Grundbesitzern des Kreises — bezw. der Kreisverbindung Holzminden-Blankenburg —, die mindestens 4000 Mk. an Grundsteuercapital haben. Näheres: Wahlgesetz, § 6. Nach dem Wahlgesetz vom 23. November 1851 genügte ein Grundsteuercapital von 4500 bezw. 3000 Mk. Das Gesetz vom 28. Januar 1878 Nr. 3 hatte dann, nachdem inzwischen die Grundsteuer auch in der Stadt Braunschweig eingeführt war, die dortigen Grundbesitzer gleichfalls in die Wahlkörper der höchstbesteuerten Grundbesitzer aufgenommen. Die Folge war, daß nach und nach eine Anzahl Wahlberechtigter in den Wahlkörper der höchstbesteuerten Grundbesitzer 1. Klasse eintrat, die nur wegen des Grundsteuercapitals ihrer Wohnhäuser den Großgrundbesitzern zuzählen waren, Gewerbetreibende, Architekten, Häuserspeculanten u. A. Da dieses Ergebnis der Absicht der Gesetzgebung von 1851, in dem betreffenden Wahlkörper eine Vertretung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes darzustellen, zuwiderlief und die Gefahr nicht abzuweisen war, daß bei einem weiteren Wachsthum der Stadt Braunschweig und bei fernerer Erhöhung der alle 10 Jahre der Revision unterliegenden Grundsteuercapitale der dortigen Wohngebäude der Einfluß des ländlichen Grundbesitzes im Wahlkörper schließlich völlig herabgedrückt werden könne, so hatte bei den Verhandlungen über den Entwurf des gegenwärtigen Gesetzes die Commission in Vorschlag gebracht, die Wahlberechtigung der höchstbesteuerten

Gewerbetreibenden der der höchstbesteuerten Grundbesitzer voranzustellen, so daß bei einem Zusammentreffen beider Wahlbefugnisse in einer Person das Wahlrecht nach § 6 des Gesetzes ausschließlich innerhalb des Wahlbezirkes der Gewerbetreibenden auszuüben gewesen sein würde. Die Regierung zog dagegen den einfacheren und folgerichtigeren Ausweg vor, das Grundsteuercapital der Wohngebäude bei der Ermittlung der die Wahlberechtigung verleihenden Grundsteuercapitale überhaupt nicht in Anrechnung bringen zu lassen. Eine entsprechende Bestimmung ist demgemäß im § 6 des Wahlgesetzes aufgenommen.

4) Den Wahlkörpern der Gewerbetreibenden gehören nach § 7 des Wahlgesetzes diejenigen Gewerbetreibenden an, welche nach Maßgabe des Gesetzes vom 27. März 1893 Nr. 14 zu einer jährlichen Gewerbesteuer von mindestens 96 Mk. (nach dem früheren Recht wurde dieser Mindestbetrag zuletzt — Gesetz vom 3. August 1864 Nr. 47 — nur von den Gewerbetreibenden der Stadt Braunschweig erfordert, bei den Uebrigen genügte ein solcher von 60 Mk.) veranlagt sind. Obwohl Grund- und Gewerbesteuer ihre ehemalige Bedeutung als Staatssteuern verloren haben, hat doch die Höhe der Steuerveranlagung als Voraussetzung der Wahlberechtigung in den betreffenden beiden Wahlkörpern beibehalten werden müssen, da sich ein anderer zutreffender Maßstab für Umfang und Bedeutung des landwirthschaftlichen und gewerblichen Betriebes nicht leicht finden ließ.

5) Das Wahlgesetz vom 23. November 1851 hatte die Berufsarten und Beamtenklassen, welche in den Wahlcollegien der der Grund- und Gewerbesteuer nicht unterworfenen Berufsstände vereinigt waren, einzeln aufgezählt. Als in Folge der neuen Reichs-Justiz-Organisation eine Abänderung einiger, die Zusammensetzung des Wahlkörpers der Berufsstände betreffenden Bestimmungen des Wahlgesetzes nothwendig geworden war, um sie mit den durch die Reichsgesetzgebung und die ihr entsprechende Landesgesetzgebung geschaffenen neuen Einrichtungen in Einklang zu bringen, wies das Ministerium auf die Uebelstände hin, die aus der namentlichen Aufzählung gewisser Beamtenklassen ohne Anhaltspunkt eines allgemeinen Grundsatzes insofern herzuleiten seien, als danach Beamtenklassen, die „nach ihrem Bildungsgange und ihrer Stellung in der Beamtenhierarchie flüchtig einen wohlbegründeten Anspruch auf Aufnahme unter die sog. Intelligenz erheben könnten“ — namentlich die älteren Assessoren —, nicht zum Wahlkörper gehörten. Es war daher im § 1 der Vorlage der Vorschlag gemacht, alle Staatsbeamten, die von einem Diensteinkommen zu mindestens 3600 Mk. zur Personalsteuer veranlagt seien, in das Wahlcollegium aufzunehmen, welches daneben alle Schulbeamten, die Geistlichen der katholischen und reformirten Kirche, sowie der jüdischen Gemeinde, ferner Ärzte, Rechtsanwälte und Notare bei einem Diensteinkommen von mindestens gleichfalls 3600 Mk. (anstatt, wie bisher, nach einer, eine gewisse Reihe von Jahren hindurch ausgeübten Berufsthätigkeit) umfaßte. Aus jenem Entwurf ist unter geringfügigen Aenderungen das Gesetz vom 9. April 1881 Nr. 23 hervorgegangen. Allein die bei der Berathung desselben von der Commission ausgesprochene Annahme, daß die neue Bestimmung hinsichtlich der Staats-

und Schulbeamten ihrer Wirkung nach der früheren Vorschrift des Wahlgesetzes ziemlich gleichkomme, erwies sich in der Folge als ein bedeutungsvoller Irrthum, da nach einer Neuordnung der Gehaltsverhältnisse eine große Zahl von Subalternbeamten, an die das Gesetz sicherlich nicht gedacht hatte, unter den Berufsständen wahlberechtigt, damit aber der Grundgedanke der Verfassungsgesetzgebung seit dem Erlaß der R. L. = D., in der Vertretung der „höheren Wissenschaft“ (§ 7 des Entwurfs vom 10. August 1851) einen Ersatz für die geistige Bedeutung der ehemaligen Prälaturen zu schaffen, einigermaßen getrübt wurde. Zur Beseitigung dieses Uebelstandes schlug der erste Regierungsentwurf, betreffend Aenderung des Wahlgesetzes, vom 3. November 1898 vor, den Wahlkörper dieser Abtheilung aus denjenigen Staats- und Schulbeamten, Aerzten, Rechtsanwälten, Notaren, Geistlichen der katholischen und der reformirten Kirche und der jüdischen Gemeinde bestehen zu lassen, deren Dienst- bzw. Berufseinkommen behufs der Staatseinkommensteuer zu mindestens 4500 Mk. veranlagt sei. Auf Antrag der Commission ist aber von dem Erforderniß eines bestimmten steuerpflichtigen Einkommens ganz abgesehen und nur die Forderung akademischer Vorbildung, sowie einer gewissen Dauer der Berufsausübung als Voraussetzung der Wahlberechtigung aufgestellt. In Folge dessen hat der Wahlkörper einen Umfang und eine Zusammensetzung erfahren, die der inneren Berechtigung durchaus entbehren und den früheren Rechtszustand noch als das weitaus geringere Uebel erscheinen lassen; ganz abgesehen davon, daß der Wortlaut des Paragraphen auch der Auslegung einige Zweifel darbietet. Wahlgesetz, § 8: „Den Wahlkörpern der wissenschaftlichen Berufsstände gehören an diejenigen, welche ein die Voraussetzung ihres Berufs bildendes Hochschulstudium beendet, eine entsprechende Staatsprüfung oder, wo mehrere Prüfungen gefordert werden, diese Mehrzahl von Prüfungen bestanden und seit dem Bestehen der Prüfung oder der Prüfungen, mindestens aber seit vollendetem 30. Lebensjahre den auf das Hochschulstudium und die Prüfung sich stützenden Beruf fünf Jahre lang innerhalb des Deutschen Reiches ausgeübt haben.“ Nach der Begründung des Entwurfs zum neuen Wahlgesetz (Schreiben vom 22. Februar 1899 — Anl. 217 der Druckfachen des 24. ordentl. Landtages) ist als Berufsausübung, soweit Beamte in Frage kommen, die Beschäftigung nicht nur in etatmäßiger Stelle, sondern auch außerhalb einer solchen, anzusehen — eine Auffassung, die im Commissionsbericht vom 6. März 1899 ausdrücklich gebilligt und auch in den Verhandlungen der Landesversammlung ohne Widerspruch geblieben ist.

*) Eine Gruppe von Abgeordneten, die in Folge der veränderten Steuer- gesetzgebung neu geschaffen ist: „zwar keine eigentliche Ständesvertretung, aber eine gerechter Weise denen einzuräumende Vertretung, die, ohne einem der vorhergehenden Berufsstände anzugehören, die directen Staatssteuerlasten auf ihre Schultern genommen haben und hervorragend am Bestehen und Wohlergehen des Staatsdienstes interessiert erscheinen“ (Commissionsbericht vom 25. Januar 1899). Der Wahlkörper wird gebildet durch diejenigen Staatseinkommensteuerpflichtigen, deren Einkommen in der Stadt Braunschweig zu mindestens

10000, in den beiden anderen Wahlbezirken zu mindestens 9000 Mf. veranlagt ist. Beträgt jedoch die Zahl der Wahlberechtigten in den beiden Wahlbezirken der Stadt Braunschweig und der Landgemeinden weniger als 100, im Wahlbezirk der übrigen Städte des Herzogthums weniger als 50, so ist sie in jedem der Wahlbezirke bis zu 100 bezw. 50 aus den Steuerpflichtigen mit geringerem Einkommen gemäß der Reihenfolge, in der sie nach der Höhe ihres Einkommens im Wahlbezirk auf einander folgen, zu ergänzen (Wahlgesetz § 9). — Von einer Berücksichtigung auch der Ergänzungssteuer, an die in der Commission wohl gedacht wurde, ist aus Zweckmäßigkeitsgründen abgesehen.

§ 5.

Bei den besonderen Wahlen der im § 4 aufgeführten Berufsstände werden die Abgeordneten in folgenden Bezirken gewählt:

- I. 1 Abgeordneter der Geistlichen des Kreises Braunschweig und des Kreises Wolfenbüttel,
1 Abgeordneter der Kreise Helmstedt, Holzminden, Gandersheim und Blankenburg,
- II. 4 Abgeordnete der Großgrundbesitzer des Landes,
- III. 1 Abgeordneter der Gewerbetreibenden des Kreises Braunschweig,
1 Abgeordneter der Kreise Wolfenbüttel und Helmstedt,
1 Abgeordneter der Kreise Holzminden, Gandersheim und Blankenburg,
- IV. 2 Abgeordnete der wissenschaftlichen Berufsstände des Kreises Braunschweig,
1 Abgeordneter der Kreise Wolfenbüttel und Helmstedt,
1 Abgeordneter der Kreise Holzminden, Gandersheim und Blankenburg,
- V. 2 Abgeordnete der höchstbesteuerten Einkommensteuerpflichtigen der Stadt Braunschweig,
1 Abgeordneter der übrigen Städte des Landes,
2 Abgeordnete der Landgemeinden zusammen.

§ 6.

Die Wahlberechtigung in einer der voranstehenden Abtheilungen der §§ 4 und 5 schließt das Wahlrecht in jeder folgenden¹⁾ aus. Wer an mehreren Orten in derselben Abtheilung wahlberechtigt ist, kann sein Wahlrecht nur an einem Orte ausüben und hat sich darüber vor der Wahl zu entscheiden²⁾.

1) Ein mehrfaches Wahlrecht innerhalb der Klassen der Höchstbesteuerten war auch nach dem früheren Recht ausgeschlossen. Während jetzt aber neben der unmittelbaren Ausübung der Wahl in einem der Wahlkörper der Berufsstände nur das indirecte Wahlrecht bei den Wahlmänner- und Abgeordnetenwahlen für Stadt und Landgemeinden in Frage kommt, konnte nach der Gesetzgebung von 1851 ein Mitglied der Höchstbesteuerten auch noch ein weiteres directes Wahlrecht, z. B. bei den allgemeinen Wahlen in der Eigenschaft als Mitglied einer Stadtverordnetenversammlung ausüben.

2) Dieser Fall kann nur bei den Wahlberechtigten der höchstbesteuerten Gewerbetreibenden eintreten.

§ 7.

Wahlberechtigung und Wählbarkeit sind an die physische Person¹⁾ geknüpft; active Militärpersonen sind von ersterer ausgeschlossen²⁾.

Im Uebrigen ist als Abgeordneter wählbar jeder männliche Braunschweigische Staatsangehörige, der das 30. Lebensjahr zurückgelegt und mindestens 1 Jahr lang vor seiner Wahl im hiesigen Lande seinen Wohnsitz gehabt hat³⁾.

Nicht wählbar ist, wer rechtskräftig zu Freiheitsstrafen wegen einer Strafthat verurtheilt ist, für welche auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann, wer sich im Concurse befindet oder für seine Person oder sein Vermögen unter Vormundschaft oder Pflegschaft steht, endlich wer auf Grund der Geschäftsordnung auf immer von der Landesversammlung ausgeschlossen ist⁴⁾. ⁵⁾.

Ob die Voraussetzungen der Wählbarkeit vorliegen, entscheidet im Zweifel endgültig die Landesversammlung⁶⁾.

1) Ob die Wahlberechtigung von vornherein auch Actiengesellschaften, also juristischen Personen, hat zugestanden werden sollen, kann nach dem Wortlaut der Bestimmungen des Wahlgesetzes vom 23. November 1851 sehr wohl in Zweifel gezogen werden; es sind aber deren Vertreter in der vom Steuercollegium jährlich aufzustellenden Liste der Wahlberechtigten stets geführt und nicht beanstandet. Doch ist schon bei den Verathungen des Wahlgesetz-Entwurfs von 1873 darauf hingewiesen, daß nicht das Gewerbe, das Geschäft, sondern der Gewerbetreibende in Betracht zu ziehen sei und die Wahlkörper nach Absicht des Gesetzes bestehen sollen „aus Menschen mit Herz und Kopf, ausgerüstet mit einer Summe von Erfahrungen auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs in Folge hervorragender persönlicher Betheiligung an diesen, nicht aber auch aus Actiengesellschaften, denen das von persönlicher Verantwortlichkeit losgelöste Capital innewohne“ (Bode in der Sitzung vom 31. Januar 1874).

2) Der Ausschluß der activen Militärpersonen vom Wahlrecht entspricht der Vorschrift des § 49 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874.

3) Es steht hiernach Nichts im Wege, die Wahl — was ursprünglich durch den § 72 der N. L. D. ausdrücklich ausgeschlossen, schon nach dem provisorischen Gesetz von 1848 aber wieder für zulässig zu erachten war — auf ein Mitglied des Staatsministeriums zu richten. Der Fall ist im Jahre 1849 eingetreten (Wahl des Ministers v. Geyso im 6. städtischen Wahlbezirk).

4) Diese draconische Maßregel kann auf Beschluß der Landesversammlung über einen Abgeordneten verhängt werden, falls derselbe in einer Sitzung der Landesversammlung entweder „die dem Landesfürsten oder dessen fürstlichen Hause schuldige Ehrerbietung verletzt, oder Anträge auf Umsturz der Verfassung macht, oder die Grenzen der freien Äußerungen auf eine die Ruhe des Landes oder des gesammten Deutschlands (!) gefährdende Weise überschreitet“ (Geschäftsordnung vom 12. October 1832 § 65, der auch noch Angriffe auf die Würde des deutschen Bundes und der Bundesversammlung unter gleiche Strafe stellt, und jetzt G. D. vom 20. Januar 1893 Nr. 8, § 57). Hinsichtlich der Verhandlungen des Ausschusses, dessen Verathungen nicht öffentlich sind und dessen Sitzungsprotokolle in der Regel nicht durch den Druck bekannt gemacht werden (G. D. § 88), sind ähnliche Bestimmungen nicht gegeben. — Das Gesetz vom 22. November 1851 forderte auch noch als Voraussetzung der Wählbarkeit „unbescholtenen Ruf“. Man hat diese Bestimmung fallen lassen, weil der ihr unterliegende Begriff sehr dehnbar und schwer festzustellen, die Vorschrift daher ohne praktische Bedeutung sei.

5) Einen weiteren Fall des Verlustes der Wählbarkeit enthält der § 110 der N. L. D. (Verurtheilung eines Mitgliedes des Ausschusses wegen Verfassungsverletzung).

6) Ein zur Beseitigung etwaiger Zweifel über die Zuständigkeit der Landesversammlung auf Antrag der Commission eingefügter Zusatz, der indessen gegenüber dem bestimmten Inhalt des § 64 des früheren, § 47 des jetzigen W. G. und des § 7 der G. D. vom 20. Januar 1893 wohl entbehrlich war.

Bei der Berathung des neuen W.-G. hat das Prüfungsrecht der Landesversammlung übrigens eine bemerkenswerthe Erweiterung erfahren. Der § 64 des Wahlgesetzes vom 23. November 1851 lautete im ersten Absatze: „Entstehen Zweifel, Beschwerden und Reclamationen über die Wahl eines Abgeordneten, mögen sie nun die Zulässigkeit desselben, die Gültigkeit der Wahl oder das dabei beobachtete Verfahren betreffen, so entscheidet darüber die Versammlung der Abgeordneten des Landes in erster und letzter Instanz.“ Der § 5 desselben Gesetzes in Verbindung mit den §§ 39 der St.-O. und 30 der L.-G.-O. vom 19. März 1850 überwies Beschwerden wegen der Bildung der Wahlcollegien für die allgemeinen Wahlen der Entscheidung der vereinigten Versammlung der Stadtverordneten und des Magistrats, bezw. des Amtsraths (späterhin des Kreisauschusses). Sonach war der § 64, da anderenfalls die Landesversammlung nicht hätte als erste und letzte, also als einzige Instanz in Frage kommen können, folgerichtig doch wohl dahin auszulegen, daß er sich nur auf die Hauptwahlen selbst, nicht auf die vorbereitenden Handlungen, Aufstellung der Listen und Wahlmännerwahlen beziehe. Der § 64 ist in das neue W.-G. als § 49 übernommen, auf Antrag der Commission jedoch hinter den Worten: „Entstehen Zweifel, Beschwerden und Einwendungen bezüglich der Wahl“ die Einschaltung hinzugefügt: „einschließlich der Urwahlen“, und am Schluß des Absatzes anstatt der Worte: „in erster und letzter Instanz“ gesagt: „in letzter Instanz“. Da nun aber, wie man bei jener Aenderung vielleicht übersehen hat, durch das Gesetz vom 5. März 1895 Nr. 26 § 66 gegenüber der Entscheidung der vereinigten städtischen Behörden, bezw. des Kreisauschusses inzwischen auch noch die Klage bei dem Verwaltungsgerichtshof zugelassen ist, so findet auch gegen das Urtheil desselben zur Zeit noch eine weitere Beschwerde an die Landesversammlung statt — eine Neuerung, die der grundsätzlich dem Verwaltungsgerichtshof eingeräumten Stellung gegenüber ihre Bedenken hat und auch insofern nicht zweckmäßig erscheint, als die Landesversammlung erst dann zusammentritt und endgültig entscheiden kann, wenn auf die Wahlen der Wahlmänner längst die der Abgeordneten gefolgt sind.

§ 8¹⁾.

Die Wahlen der Abgeordneten der Stadt- und der Landgemeinden (§§ 2 und 3) sind mittelbare. Die Wahlberechtigten wählen, eingetheilt nach dem Maße der von ihnen aufgebrachten directen Gemeindesteuern, in drei Klassen, auf deren jede ein Drittheil der Steuern fällt, als Urwähler die Wahlmänner, und zwar jede Klasse für sich die gleiche Zahl von Wahlmännern. Die Wahlmänner aller drei Klassen wählen vereint die Abgeordneten. Im Wahlgesetze kann bestimmt werden, daß der ersten Klasse

bis zu mindestens 5, der zweiten Klasse bis zu mindestens 20 Procent der Gesamtheit der Wahlberechtigten angehören sollen²⁾.

Die Wahlen der Abgeordneten der Berufsstände (§§ 4 und 5) erfolgen unmittelbar durch die Wahlberechtigten.

Die näheren Bestimmungen über die Wahlberechtigung und das Wahlverfahren enthält das Wahlgesetz³⁾.

1) Die ersten beiden Absätze des Paragraphen sind in das Gesetz auf Wunsch der Regierung aufgenommen, die es für nothwendig hielt, daß nach der wesentlichen Verschiebung der Machtverhältnisse in der Landesversammlung in Folge der neuen Zusammensetzung der letzteren wenigstens die grundlegende Bestimmung, auf der sich das Wahlverfahren aufbaue, ihre Stelle im Gesetz-entwurf finde und damit zu einer Verfassungsnorm werde.

2) Diese Bestimmung, die das Uebergewicht der Höchstbesteuerten bei den Wahlen der Gemeinden zu mindern bezweckt, ist getroffen im W.=G. § 1.

3) Das Wahlgesetz gehört nicht zu den Verfassungsgesetzen im eigentlichen Sinne, kann daher mit einfacher Stimmenmehrheit geändert werden. Ursprünglich waren (vergl. Seite 35) alle Vorschriften über das Wahlverfahren im Entwurf der N. L.=D. selbst enthalten, und als man dann aus ihnen ein besonderes Wahlgesetz zusammenstellte, wurde im § 70 der N. L.=D. ausdrücklich ausgesprochen, daß das W.=G. keinen Theil des Landesgrundgesetzes bilde. Während ferner am Schluß des Gesetzes über die Zusammensetzung der Landesversammlung vom 22. November 1851 die Bestimmungen dieses Gesetzes wiederum zu einem Theile des Landesgrundgesetzes erklärt sind, fehlt der betreffende Zusatz im Wahlgesetz vom 23. November 1851. Dagegen gehört das W.=G. zu den mit dem Landesgrundgesetze publicirten Gesetzen (L.=N. vom 12. October 1832, Art. 1) und kann daher nur von der Landesversammlung selbst, nicht schon unter Mitwirkung des Ausschusses ergänzt, erläutert oder abgeändert werden (N. L.=D. § 122).

§ 9.

Die Wahl zum Abgeordneten kann abgelehnt werden¹⁾.
Niemand kann einen Auftrag zum Abgeordneten von mehreren Wahlkörpern annehmen.

1) So zuerst das provisorische Gesetz vom 11. September 1848, während nach § 82 der N. L.=D. nur ein höheres Alter (65. Lebensjahr), Krankheit oder Körperschwäche und Unabkömmlichkeit in häuslichen oder Geschäftsverhältnissen zur Ablehnung berechtigten.

§ 10.

Civilbeamte¹⁾, Geistliche und Schullehrer bedürfen keinesurlaubes zum Eintritt in die Landesversammlung²⁾. Ihr Dienstgehalt läuft während ihrer Thätigkeit als Abgeordnete fort, die Kosten der Vertretung im Dienste trägt der Staat.

1) Bei der Berathung der N. L.=D. ist die Frage aufgeworfen, ob nicht, wie es in anderen Verfassungsurkunden geschehen, die zu Abgeordneten gewählten Staatsdiener ihres Dienstes während der Dauer des Landtages zu entbinden seien. Aber die allgemeine Ansicht, die der Auffassung der Ständeversammlung von der inneren Unabhängigkeit des Staatsbeamten Ehre macht, ging dahin, daß „der Diensteid, dem Staatsoberhaupt und nicht der Person des Fürsten geleistet, keine Verpflichtungen enthalte, welche die Freiheit eines zum Abgeordneten gewählten Staatsdieners beschränkten, und es schon bedenklich sei, durch Aufnahme einer solchen Bestimmung in die Verfassungsurkunde der entgegenstehenden Ansicht überhaupt Raum zu geben“ (Sitzung beider Sectionen vom 8. October 1831).

2) Nach der früheren Gesetzgebung hatten die Beamten Urlaub zwar nachzusuchen, doch durfte er nicht versagt werden. Die jetzige Fassung entspricht dem § 21 der Reichsverfassung.

§ 11.

Die Wahlperioden der Landesversammlung werden auf die Dauer von vier Jahren festgesetzt.

§ 12.

Vor dem Beginne einer neuen Wahlperiode, sowie nach einer vom Landesfürsten nach § 147 der Neuen Landschafts-Ordnung verfügten Auflösung der Landesversammlung werden sämtliche Abgeordnete neu gewählt¹⁾.

Bei jeder Wahl können die bisherigen Abgeordneten wieder gewählt werden.

Im Falle der Auflösung der Landesversammlung dauert die neue Wahlperiode, von dem auf die Neuwahl folgenden Januar an gerechnet, noch vier Jahre.

1) Der § 11 wiederholt den § 1, der § 12 den § 2 des Gesetzes vom 26. März 1888 Nr. 12. Vor diesem Gesetz währte die Wahlperiode sechs

Jahre. Nach Ablauf derselben sollte dem Entwurf der R. L. = D. gemäß die Neuwahl sämtlicher Abgeordneter stattfinden, allein die Commission war der Ansicht, daß, falls nach Ablauf von je drei Jahren die Hälfte der Abgeordneten ausscheide, man damit „etwas Stabiles in der Kammer erhalte“. Die Regierung gab diesem Wunsche nach. Umgekehrt hatte der Entwurf des Gesetzes von 1888 vorgeschlagen, daß vor Beginn eines jeden dritten Landtages, also alle vier Jahr, die Hälfte der Abgeordneten neu gewählt werde, wogegen nunmehr seitens der Commission erinnert wurde, daß eine achtjährige Dauer der Wahlperiode der Abgeordneten die schon vorhandene Abneigung der Bevölkerung gegen das derzeitige System des Wahlgesetzes in bedenklicher Weise verschärfen werde, eine Verkürzung auf zwei Jahre wegen der alsdann zu häufigen Wiederholung der Wahlhandlungen ebenso wenig zu empfehlen und daher der zweckmäßigste Ausweg der sei, nach Ablauf von je vier Jahren den Auftrag sämtlicher Abgeordneten erlöschen zu lassen.

§ 13.

Der Auftrag der Abgeordneten erlischt¹⁾:

- 1) durch Ablauf der Zeit, für welche sie gewählt sind,
- 2) durch Auflösung der Versammlung und zwar in beiden Fällen mit Beendigung der neuen Wahl des betreffenden Wahlkörpers,
- 3) durch Wegfall einer der Voraussetzungen der Wahlbarkeit,
- 4) durch Annahme eines Staats- oder Hofamtes, welches der Abgeordnete zur Zeit seiner Wahl noch nicht bekleidete²⁾, also nicht durch Versetzung; jedoch kann der Ausscheidende wiedergewählt werden,
- 5) wenn der Abgeordnete vor Ablauf der Zeit, für welche er erwählt war, seinen Auftrag niederlegt oder zu dessen Ausrichtung in Folge dauernder körperlicher oder geistiger Schwäche unfähig wird,
- 6) zur Strafe, wenn die Versammlung die Ausschließung eines Mitgliedes auf Grund der Geschäftsordnung beschließt³⁾.

Darüber, ob die Voraussetzungen der Nr. 3 bis 6 vorliegen, entscheidet im Zweifel die Landesversammlung — in Eilsfällen der Ausschuß — im Einvernehmen mit Herzoglichem Staatsministerium. Im Falle der Nr. 5 er-

läßt die Landesregierung für den Wahlbezirk neue Wahlauschreiben; die in Folge solcher Wahlauschreiben gewählten Abgeordneten treten nur für die Zeit ein, für welche der ausgeschiedene Abgeordnete gewählt gewesen¹⁾).

¹⁾ Betreffs des Auftrages der Mitglieder des Ausschusses vergl. jedoch § 18, Abs. 2. Ein weiterer, im § 13 nicht erwähnter Fall, in welchem der Auftrag des Abgeordneten erlischt, tritt ein nach § 110 der R. L.-D. in Folge der Verurtheilung eines Mitgliedes des Ausschusses wegen Verfassungsverletzung.

²⁾ Und zwar — nach der bislang gleichmäßig erfolgten strengen Auslegung der in einer Beschränkung auf Staatsämter schon in der R. L.-D. enthaltenen, im Gesetz von 1851, wie vorsteht, erweiterten Bestimmung — ohne Unterschied, ob mit dem neuen Amt ein höherer Rang oder ein höheres Gehalt verbunden ist oder nicht. Andererseits ist die Verleihung eines höheren Ranges oder anderen Titels ohne Aenderung des Amtes belanglos. Vergl. Ausschlußbericht vom 14. December 1887, § 10 — Drucksachen des 19. ordentl. Landtages, Anl. 5.

³⁾ Eine solche Ausschließung vom Landtage unter Anordnung von Neuwahlen findet, abgesehen von dem in Anm. 4 zu § 7 erwähnten Falle, statt nach § 4 und 39 der Geschäftsordnung, wenn ein bei Beginn des Landtages unentschuldigt fehlender Abgeordneter zuwider der an ihn ergehenden Aufforderung sich nicht binnen drei Tagen einfindet oder wenn ein Abgeordneter, nachdem er drei Sitzungen hinter einander unentschuldigt versäumt hat, der schriftlichen Aufforderung des Präsidenten zur Theilnahme an den Sitzungen binnen bestimmter Frist nicht nachkommt. Im ersteren Falle verliert er jedoch nur „das Recht, auf diesem Landtage zu erscheinen“, so daß die angeordnete Ersatzwahl (nach der G.-D. von 1832 trat in einem solchen Falle der Stellvertreter zunächst ein) anscheinend nur für die Dauer des betreffenden Landtages Gültigkeit haben würde — ein ganz anomales Verhältniß! —; im letzteren ist er dagegen schlechthin „als ausgeschieden anzusehen“.

⁴⁾ Diese Bestimmungen füllen eine Lücke des Gesetzes vom 22. November 1851 aus, das nicht ausdrücklich feststellte, welche Organe darüber zu entscheiden haben, ob im gegebenen Falle eine Unfähigkeit des Abgeordneten zur Ausübung seines Amtes anzunehmen sei. Wird ein Einvernehmen zwischen dem Staatsministerium und der Landesversammlung oder dem Ausschuß nicht erreicht, so gilt, wie bei den Verhandlungen über das Gesetz anerkannt ist (Gesetzesbegründung — Anl. 122 der betr. Drucksachen — S. 29, Commissionsbericht vom 25. Januar 1899 — Anl. 175 — S. 14), jene Frage als verneint.

§ 14.

Der Ausschuß der Landesversammlung soll aus sieben Personen bestehen, welche die Landesversammlung

aus ihrer Mitte nach voller Stimmenmehrheit wählt. Wird solche im ersten Wahlgange nicht erreicht, so entscheidet bei der zu wiederholenden Wahl, welche sich nur auf die beiden — eintretenden falls bei Stimmengleichheit auf die mehreren — Personen mit den meisten Stimmen zu erstrecken hat, einfache Stimmenmehrheit und nöthigenfalls das Loos¹⁾.

¹⁾ Auf dem ersten ordentlichen Landtage ist darüber verhandelt, ob ein Abgeordneter die Wahl zum Mitgliede des Ausschusses ablehnen könne und ob ein Staatsdiener zur Annahme einer solchen Wahl von Neuem der Erlaubniß der Regierung bedürfe. Das Staatsministerium hatte Beides bejaht und ausdrücklich ausgesprochen, daß im Eintritt in die Ständeversammlung eine Dispensation von anderen Dienstgeschäften für den Fall der Wahl zum Mitgliede des Ausschusses nicht enthalten sei. Die für die Uebergangszeit noch bestehenden beiden Ausschüsse und die zur Prüfung des von ihnen erstatteten Berichts späterhin eingesetzte Commission verneinten dagegen jene Fragen, da nach § 59 der R. L.-O. der Ausdruck „Landchaft“ sowohl die Ständeversammlung, wie den Ausschuß begreife, dieser „eine Fortsetzung jener und mit ihr ein Ganzes bilde, das Amt des Abgeordneten aber alle einem solchen nach der R. L.-O. zulässiger Weise zu übertragenden Pflichten ohne Weiteres umfasse und daher in der Erlaubniß zur Annahme der Wahl als Mitglied der Ständeversammlung von vornherein auch die Befreiung von den Staatsdienstgeschäften rücksichtlich einer etwaigen Wahl zum Mitgliede des Ausschusses zu erblicken sei, wie denn andererseits eine Weigerung eines Abgeordneten, einen Theil der unter Umständen im Auftrage eines Ständemitgliedes enthaltenen Pflichten zu erfüllen, als unstatthaft erscheinen müsse“ (Ausschuß-Bericht vom 4. und Commissions-Bericht vom 25. Juli 1833). Die Ständeversammlung trat in der Sitzung vom 29. Juli 1833 dieser wohlbegründeten Ansicht bei. Späterhin sind derartige Zweifel nicht wieder aufgetaucht.

§ 15¹⁾.

Der Ausschuß wird gewählt, wenn der Landtag ver-
tagt, verabschiedet oder aufgelöst wird, vor dessen Aus-
einandergehen.

¹⁾ Die §§ 15 bis 20 entsprechen wörtlich den §§ 24 bis 29 des Gesetzes vom 22. November 1851 Nr. 48.

§ 16.

Bei der Wahl des Ausschusses wird zugleich für jedes
Mitglied desselben ein Stellvertreter auf gleiche Weise ge-
wählt.

Dieser tritt in den Ausschuß ein, wenn das Mitglied, für welches er gewählt worden, behindert ist¹⁾; sollte auch der Stellvertreter behindert oder bereits einberufen sein, so rückt statt seiner der an Jahren älteste der übrigen Stellvertreter ein.

Ueber die Einberufung der Stellvertreter entscheidet der Ausschuß.

¹⁾ In den ersten Zeiten nach Erlaß der N. L.-D. hat man angenommen, daß der Stellvertreter, wenn der betreffende Vormann durch Tod oder Niederlegung des Auftrags aus der Ständeverammlung ausgeschieden war, nur so lange in den Ausschuß zu berufen sei, als der Landtag noch nicht habe zu einer neuen Wahl zusammentreten können (Protokoll der Ständeverammlung vom 9. December 1842). Diese Deutung findet allerdings eine Stütze im Wortlaut des Gesetzes (wörtlich ebenso N. L.-D. § 90, Abs. 2, Gesetz vom 22. November 1851 § 25, Abs. 2), demnach der Stellvertreter nur im Falle einer „Behinderung“ des Vormanns einzutreten hat. Sie erscheint gleichwohl unzulässig, weil nach Maßgabe des § 17 (ebenso schon N. L.-D. § 92, Gesetz von 1851, § 26) eine Ergänzung des Ausschusses durch Neuwahlen erst dann stattfinden soll, wenn die Zahl der Mitglieder des Ausschusses und der Stellvertreter unter sieben herabgesunken ist.

§ 17.

Sind sowohl von den Mitgliedern des Ausschusses, als von deren Stellvertretern, vor Ablauf der Zeit, für welche sie gewählt waren, so viele abgegangen, daß die Uebrigbleibenden nicht wenigstens die Zahl von sieben ausmachen, so ist zu einer Ergänzung des Ausschusses durch neue Wahlen zu schreiten¹⁾.

¹⁾ Zu diesem Zweck darf unter Umständen vom Convocationsrecht Gebrauch gemacht werden (N. L.-D. § 113, 4).

§ 18.

Der Auftrag des Ausschusses erlischt mit der Eröffnung jedes neuen ordentlichen Landtages¹⁾.

Der Auftrag der Mitglieder des Ausschusses erlischt mit dem Abgeordneten-Auftrage, jedoch in den § 13 unter 1 und 2 aufgeführten Fällen erst am Tage der Eröffnung des neuen Landtags.

¹⁾ Der Ausschuß bleibt demnach auch während eines oder mehrerer zwischen den ordentlichen Landtagen zusammenberufener außerordentlicher Landtage in Wirksamkeit, während die beiden Präsidenten (s. § 136, Anm. 3) und die Commissionen in jedem Falle neu zu wählen sind.

§ 19.

Auf die nach diesen Bestimmungen gebildete Landesversammlung und deren Ausschuß gehen alle Rechte und Pflichten über, welche nach dem Landesgrundgesetze vom 12. October 1832 der Ständeversammlung und deren Ausschüsse zustehen und obliegen¹⁾.

¹⁾ Vorsorglicher Weise aus dem Gesetz vom 22. November 1851 wieder übernommen.

§ 20.

Dieses Gesetz bildet einen Theil des Landesgrundgesetzes und kann nur, wie das Landesgrundgesetz selbst authentisch interpretirt, abgeändert oder aufgehoben werden.

Dasselbe tritt am 1. Januar 1900 mit der Maßgabe in Kraft, daß auf Grund der dadurch geänderten Gesetzgebung über die Zusammensetzung der Landesversammlung vor jener Zeit eine Wahl sämtlicher Abgeordneten stattfindet und am 1. Januar 1900 eine neue vierjährige Wahlperiode beginnt.

Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes tritt das Gesetz Nr. 48 vom 22. November 1851 nebst den dasselbe abändernden Gesetzesbestimmungen außer Kraft.

Zweiter Titel.

Von den Rechten und Pflichten der Landschaft.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Grundsätze.

§ 94.

Die Landstände haben die heilige Pflicht, in ihrem Wirkungskreise, der Verfassung gemäß; die Wohlfahrt des Vaterlandes, frei von anderen Rücksichten, gewissenhaft zu befördern.

§ 95.

Sie sind schuldig, bei Ausübung ihrer ständischen Rechte und Befugnisse die Verfassung genau zu beobachten, und dürfen sich nur mit den Gegenständen beschäftigen, welche Bestimmungen der Verfassung ihrem Wirkungskreise überwiesen haben¹⁾.

¹⁾ Der Art. 95, von der Regierung dem zweiten Entwurf der N. L. D. eingefügt, entspricht ähnlichen Bestimmungen der bayerischen (Titel VII, § 1), hessischen (Art. 66) und sächsischen Verfassung (Art. 79). Mit Recht ist dagegen bemerkt, daß ebenso wenig, wie die Befugnisse der Krone, so auch die der Volksvertretung in einer erschöpfenden Aufzählung sich zusammenstellen lassen und daß die Beschränkung, die dem Landtage zu setzen ist, nicht sowohl in den Gegenständen, als in der Form seiner Thätigkeit zu suchen sei; eine Einschränkung der Staatsgewalt freilich kann von ihnen nicht weiter in Anspruch genommen werden, als es die Verfassung innerhalb der von ihr bestimmt gezogenen Grenzen ausdrücklich zuläßt. Daher darf durch eine Bestimmung nach Art der im § 95 enthaltenen das Recht der Stände beispielsweise nicht als ausgeschlossen gelten, bezüglich der Ausübung des Stimmrechts der Landesregierung im Bundesrathe oder betreffs einer für wünschenswerth zu erachtenden Richtung der Reichs-Gesetzgebung, sowie auch hinsichtlich einer Einwirkung auf auswärtige Beziehungen des Deutschen Reiches geeigneten Falls Anfragen, Anträge, Ersuchen an die Landesregierung zu richten, obwohl die Befugniß hierzu aus den Einzelbestimmungen der N. L. D. nirgends besonders zu begründen sein wird. Die Landesversammlung hat zur Zeit des deutschen Bundes von diesem Rechte bei allen sich bietenden Gelegenheiten Gebrauch gemacht. So hat sie (freilich ohne Erfolg) auf die Ausführung der im Art. 18 der Bundesacte vorbehaltenen gleichförmigen Bestimmungen über die Pressfrei-

heit bei der Bundesversammlung hinzuwirken versucht (Beschluß vom 15. Januar 1841 — Erwiderung vom 3. Mai 1841) (Anl. 2 zu Prot. 71 des 3. ordentl. Landt.) und Anträge auf Herbeiführung eines einheitlichen Rechts für Deutschland eingebracht (Beschluß vom 8. März 1861); so ist von ihr nach der Beseitigung des Hannoverschen Staatsgrundgesetzes von 1833 im Protokoll die Erklärung niedergelegt, daß sie das zuversichtliche Vertrauen zu der Landesregierung habe, sie werde die ihren Beziehungen zum deutschen Bunde entsprechenden Maßregeln ergreifen, welche geeignet seien, die Herstellung des verfassungsmäßigen Zustandes im Königreich Hannover zu bewirken (Sitzung vom 22. November 1837); der Beschluß ist am 28. Mai 1839 und am 7. März 1843 wiederholt, ungeachtet angesehene Stimmen aus der Versammlung darauf hingewiesen hatten, daß weder aus § 105, noch aus § 106 der N. L. u. D. und anderen Bestimmungen sich ein derartiges Vorgehen rechtfertigen lasse. Ähnlich ein Beschluß vom 13. December 1844, der die Erwartung ausdrückt, die Landesregierung werde im Verein mit ihren hohen Verbündeten auf Ergreifung geeigneter Maßregeln Bedacht nehmen, um die der Krone Dänemark angehörenden deutschen Staaten vor der ihre Selbständigkeit bedrohenden Gefahr zu schützen. Aus den Jahren 1848 bis 1850 liegen zahlreiche Resolutionen vor, die die Schleswig-Holsteinische Frage, die Gründung einer deutschen Centralgewalt, das Dreikönigsbündniß u. A. betreffen. Am 25. März 1861 legt die Landesversammlung, unter stillschweigender Zustimmung des Staatministeriums, feierliche Verwahrung ein gegen den Bundesbeschluß vom 27. März 1852, der die kurhessische Verfassung vom 5. Januar 1831 beseitigt hatte, mit dem dringenden Ersuchen, die Landesregierung wolle unablässig dahin wirken, daß die ehemalige kurhessische Verfassung, soweit sie nicht bundeswidrige Bestimmungen enthalte, wiederum zur thatsächlichen Geltung gelange. Im Jahre 1863 nimmt auch der Ausschuß wiederholt die Gelegenheit wahr, in Beziehung auf die thatkräftige Vertretung der Rechte Schleswig-Holsteins und auf Herbeiführung der Anerkennung des Herzogs von Augustenburg seitens des deutschen Bundes dem Staatsministerium seine Ansichten und Wünsche auszusprechen, nicht etwa „in dem Glauben, daß es einer Mahnung bedürfe, damit die Landesregierung in dieser hochwichtigen vaterländischen Angelegenheit die Rechte der Herzogthümer und gleichzeitig die deutschen Interessen wahrnehme, als vielmehr in der Ueberzeugung, daß es, wenn in dieser die Ehre aller deutschen Länder und Regierungen so nahe angehenden Sache kritische Perioden eintreten, eine Gewissenssache für die Organe der deutschen Landesvertretungen und dem Zwecke selbst förderlich sei, der in allen Schichten der Bevölkerung vorherrschenden Stimmung an geeigneter Stelle Ausdruck zu geben“ (Ausschuß-Bericht vom 9. December 1863, § 17). Weitere Schritte behuf der Einsetzung des Herzogs von Augustenburg in seine Thronrechte geschahen dann auch von der Landesversammlung selbst, die der Regierung in der Sitzung vom 10. Mai 1864 ein einmüthiges Dankes- und Vertrauensvotum wegen der von ihr eingenommenen Haltung darbrachte, auch späterhin in Betreff der Erhaltung Luxemburgs bei Deutschland (Beschluß vom 15. April 1867).

§ 96.

Alle Abgeordneten sind in ihren landschaftlichen Rechten und Pflichten einander gleich. Keiner ist als der besondere Vertreter seiner Standesklasse zu betrachten¹⁾.

¹⁾ Während der § 57 das Verhältniß der Ständeversammlung der Landesregierung gegenüber feststellt, ordnet der § 96 die Stellung der einzelnen Mitglieder der Versammlung zu einander, sowie — zugleich mit dem § 133 — zu ihren Wählern.

Zweiter Abschnitt.

Einzelne Rechte und Pflichten der Ständeversammlung.

I. Mitwirkung im Finanzwesen.

§ 97.

Die Bestimmungen über die Mitwirkung der Ständeversammlung im Finanzwesen sind im sechsten Capitel enthalten.

II. Mitwirkung bei der Gesetzgebung¹⁾.

§ 98.

a) Fälle, wo die Zustimmung der Stände erforderlich ist²⁾.

Die ständische Zustimmung ist erforderlich:

1. wenn dieses Landesgrundgesetz³⁾; oder die mit demselben erlassenen Gesetze⁴⁾ ergänzt, erläutert oder abgeändert,
2. wenn neue organische Staatseinrichtungen getroffen oder die bestehenden verändert⁵⁾,
3. wenn Landesgesetze gegeben, aufgehoben, abgeändert oder authentisch erklärt werden, die das Landes=Finanz= und Steuerwesen, die Militärpflichtigkeit und die Aushebung der Mannschaften, das bürgerliche oder Strafrecht, den bürgerlichen oder Strafproceß⁶⁾ betreffen.

¹⁾ Die nachfolgenden Paragraphen handeln nur von der Staatsgesetzgebung. Ueber die kirchliche Gesetzgebung und deren Verhältniß zur Staatsgesetzgebung s. § 212, Anm. 2.

2) Die Zuziehung der Stände bei der Gesetzgebung war nach dem früheren Verfassungsrecht mehr oder weniger dem Ermessen des Landesfürsten überlassen. Nach der E. L.=D. soll es bei wesentlichen Veränderungen der Landesverfassung, der Landescollegien, der Gerichts- und allgemeinen Verwaltungsbehörden, bei einer beabsichtigten Abweichung von vertragsmäßig zwischen dem Landesfürsten und der Landschaft getroffenen Bestimmungen und bei allgemeinen Gesetzen in Ansehung der Zehnten, Dienste, Meier- und sonstigen gutherrlichen Verhältnisse und Gefälle, sowie der Theilung der Gemeinheiten der Verhandlung und Uebereinkunft mit den Ständen bedürfen; ein neues Civil- und Criminalgesetzbuch, eine neue Proceß- und allgemeine Polizeiordnung kann nicht ohne Berathung mit den Ständen eingeführt werden und bei Abänderungen der bestehenden allgemeinen Civil- und Criminalgesetze sind sie, so oft es die Umstände gestatten, mit Bemerkungen, Gutachten und Rath zu hören (§ 26 bis 28). Nicht eben weiter ging auch, so weit die Zustimmung der Stände in Frage kam, der erste Entwurf der N. L.=D., indem er sie nur erforderte bei Erlass, Aenderung, authentischer Erklärung oder Aufhebung von Gesetzen, welche die Landes- oder Steuerverfassung oder die Landescollegien, Gerichts- und allgemeinen Verwaltungsbehörden, deren Wirkungskreis und ihre Verhältnisse betreffen, oder sich auf Bestimmungen beziehen, die zwischen dem Landesherrn und den Ständen vertragsmäßig getroffen sind (§ 113). Um so bedeutsamer war dagegen der Zusatz (§ 114), daß bei allen übrigen gesetzlichen Bestimmungen die Stände zuvor mit ihrem Gutachten und Rath gehört werden müssen. Die ständische Commission hielt es jedoch für dringend geboten, die dem Zustimmungsrecht der Stände gezogenen Grenzen wesentlich zu erweitern. Zu diesem Zwecke trug sie darauf an, den Paragraphen dahin zu fassen:

„Die ständische Zustimmung ist erforderlich, wenn in Bezug auf staatsbürgerliche oder privatrechtliche Verhältnisse oder auf die organische Einrichtung des Staats neue gemeingültige Bestimmungen eingeführt oder die bestehenden ergänzt, erläutert oder abgeändert werden.“

Es können also auch Veränderungen in Betreff der Landesverwaltung überhaupt, insonderheit mit den Landescollegien, deren Wirkungskreis und der amtlichen Stellung derselben ohne ständische Zustimmung nicht vorgenommen werden.“

Der Geheimrath v. Schleinitz bezeichnete diesen Wunsch als unannehmbar, da er Alles umfasse, kein Gesetz sich denken lasse, das alsdann nicht der ständischen Zustimmung bedürfe, und die Uebertragung einer so weitgehenden Gesetzgebungsgewalt an die Stände mit dem monarchischen Princip und dem Art. 57 der Wiener Schlußacte kaum verträglich sei, obwohl zugegeben werden müsse, daß in verschiedenen Verfassungsurkunden ähnliche Bestimmungen aufgenommen seien. Im Fortgange der Verhandlungen war er jedoch, zumal die Ständeversammlung selbst schon bei dem Beginne ihrer Berathungen auf eine genauere Feststellung und angemessene Erweiterung ihrer Rechte bei der Gesetzgebung Werth gelegt hatte, zu einem Entgegenkommen innerhalb gewisser Grenzen bereit, erkannte an, daß der Wortlaut des Entwurfs zu Meinungsverschieden-

heiten mit den Ständen führen und „verdrießliche Entscheidungen der Gerichte“ veranlassen könne, und brachte — neben den im § 120 bis 123 aufgenommenen Bestimmungen — die gegenwärtige Fassung des § 98 in Vorschlag, die seiner Ansicht nach eine möglichst sichere Grundlage für die Befugnisse der Regierung darstelle. Dennoch bleiben in einzelnen Fällen Zweifel, die öfters in der Eingangsformel der betreffenden Gesetze: „nach angehörtem Rath und Gutachten und, soweit erforderlich, mit Zustimmung der Landesversammlung“ zum Ausdruck gelangen. Eine Unterscheidung zwischen Fällen, in denen es der Zustimmung der Landesvertretung bedarf, und anderen, in denen diese nur gutachtlich zu hören ist, haben nur noch die Verfassungen von Sachsen-Altenburg (§ 210) und Anhalt (§ 18, 19). In den übrigen deutschen Staaten wird die Zustimmung des Landtages entweder erfordert bei Erlass von Gesetzen, die „die persönliche Freiheit und das Eigenthum der Unterthanen betreffen“ — eine Ausdrucksweise, die auch einer sehr verschiedenen Deutung fähig und keineswegs von vornherein gleichmäßig ausgelegt ist (vergl. Zachariae II, S. 160, Seydel, Bayr. Staatsrecht bei Marquardsen III, Abth. 1, S. 165, Schenkel, Bad. Staatsrecht, ebenda selbst Abth. 3, S. 12) — oder in allen Fällen der Gesetzgebung (so in Preußen, Württemberg, Sachsen, Hessen-Darmstadt, Oldenburg und den meisten der kleineren Staaten). In dieser Beziehung ist die braunschweigische Verfassung daher wohl in Rückstand gerathen.

³⁾ Zu Bestandtheilen des Landesgrundgesetzes sind erklärt:

1. Das Gesetz, die ohne besondere ständische Zustimmung zulässigen Veränderungen mit dem Grundvermögen der Kammer und des vereinigten Kloster- und Studienfonds vom 20. December 1834.

2. Das Gesetz über die Verhältnisse und die Verwaltung der Herzogl. Leihhausanstalt in ihrer Eigenschaft als Landes-Creditinstitut vom 7. März 1842 Nr. 63 — jetzt: Gef. vom 20. August 1867 Nr. 72 mit späteren Änderungen (siehe § 186, Anm. 1).

3. Die Vereinbarung über die Werthpapiere des Staats, Anl. B zum Landtags-Abschied des 14. ordentl. Landtages vom 12. Juni 1874 Nr. 31 (s. § 172, Anm. 8).

4. Das Gesetz, die provisorische Ordnung der Regierungsverhältnisse bei einer Thronerlebigung betr., vom 16. Februar 1879 Nr. 3 und dessen Ergänzung betreffs der Huldigungsseide vom 12. Februar 1886 Nr. 9.

Ferner gilt als ein Bestandtheil des Landesgrundgesetzes der Finanz-Nebenvertrag vom 12. October 1832. (Das Nähere siehe bei demselben, Eingang Anm. 1.) Verschiedene, in Beziehung auf die Einnahmen und Ausgaben bei der Eisenbahnverwaltung im Art. 5 des Landtags-Abschieds vom 10. November 1867 Nr. 101 getroffene, zu Theilen der Landesverfassung erhobene Vereinbarungen sind durch den Verkauf der Eisenbahnen hinfällig geworden.

⁴⁾ Das Wahlgesetz, die Geschäftsordnung für die Landschaft, das Gesetz über den Civilstaatsdienst und die Gesetze über Organisation und Geschäftskreis der Ministerialcommission, der Kreisdirectionen, der Kammer, des Finanzcollegiums und der Steuerdirection (Landtags-Abschied vom 12. October 1832,

Art. 1). Da diese Gesetze, wenn sie auch keinen Bestandtheil des Landesgrundgesetzes bilden, doch zum Theil mit der Neuordnung der ständischen Verhältnisse im engsten Zusammenhange stehen, zum Theil aber zur Durchführung der in der N. L. u. D. wesentlich umgestalteten Staatsverwaltung erlassen sind, so werden die in § 98, Nr. 1 und § 122 in Beziehung auf sie getroffenen Bestimmungen, auch nachdem eines oder das andere dieser Gesetze völlig durch ein neues ersetzt ist (wie z. B. das Civilstaatsdienstgesetz im Jahre 1889), in Bezug auf das an die Stelle getretene Gesetz als fortbestehend anzusehen sein.

⁵⁾ Die Nr. 2 soll einen prägnanteren Ausdruck geben für die „Gesetze, welche die Landescollegien, Gerichts- und allgemeinen Verwaltungsbehörden, deren Wirkungskreis und ihre Verhältnisse betreffen“, wie es im ersten Entwurfe hieß.

⁶⁾ Jetzt: Reichsverfassung, Art. 4, Nr. 13 (bezw. Reichsgesetz vom 20. December 1873) und 14, Art. 57 bis 68. — Der Erlaß von Landesgesetzen ist auf dem durch diese Verfassungsbestimmungen umschlossenen Gebiete zur Zeit noch zulässig im Strafrecht bezüglich der Materien, die nicht Gegenstand des Reichsstrafgesetzbuchs sind, und im bürgerlichen Recht nach Maßgabe des Art. 3 des Einführungsgesetzes zum B. G. u. V. — Ueber sogen. Nothgesetze aus dem Bereiche des § 98, Nr. 3: N. L. u. D., § 120.

§ 99.

b) Fälle, wo das Gutachten der Stände erfordert wird.

Bei allen übrigen, namentlich den das Landespolizeiwesen ¹⁾ betreffenden gesetzlichen Bestimmungen, müssen die Stände zuvor mit ihrem Gutachten und Rath gehört, und es können in solchen Gesetzen Polizeistrafen bis zu einmonatigem einfachen Gefängniß oder diesem entsprechenden Geldstrafen angedrohet werden ²⁾.

¹⁾ Nach dem damaligen Sprachgebrauch umfaßte die „Landespolizei“ die Sicherheits- und Wohlfahrtspolizei, also die gesammte sogen. innere Verwaltung des Staats. Ein Ueberbleibsel dieser Anschauung hat sich noch im Schema des Staatshaushalts-Etats erhalten, wo die Ausgaben für Kreisdirectionen, Medicinalanstalten, Landes-Ökonomie-Commission und Ortspolizei unter dem Capitel „Polizeiverwaltung“ zusammengefaßt sind.

²⁾ Die Verordnung vom 15. Januar 1814, betr. die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizeiverfassung, betrachtete als „Polizei-Vergehen“ diejenigen, welche keine höhere Strafe nach sich ziehen, als 14 Tage Gefängniß oder 10 Thaler Geldbuße. Die Regierung war der Ansicht, bei diesem rein formellen Grundsatz der Gesetzgebung nicht stehen bleiben zu können, wenn ihre Zuständigkeit hinsichtlich der Strafverfügungen nicht zu sehr eingeengt werden solle, und erhöhte daher im Schlußsatz des § 99 das Höchstmaß der zulässigen Polizeistrafen für die Zukunft. „Einfaches“ Gefängniß bezeichnet

dabei den Gegensatz zu „geschärftem“ Gefängniß, das in einer Anwendungsart (Fasten) noch im früheren Polizeistrafgesetzbuch vom 18. August 1855 Nr. 42 beibehalten ist. Uebrigens wäre zu wünschen, daß das im § 99 bezeichnete Strafmaß mit der reichsgesetzlichen Abgrenzung der Uebertretungen gegenüber den Vergehen in Einklang gebracht würde.

§ 100.

c) Form der Gesetze.

Die Gesetze sollen im Eingange der erfolgten Zustimmung, oder des vorher angehörten Gutachtens und Rathes der Ständeversammlung oder des ständischen Ausschusses ausdrücklich Erwähnung thun.

Alle in dieser verfassungsmäßigen Form von dem Landesfürsten verkündigten Gesetze müssen von allen Landeseinwohnern, Behörden und Gerichten befolgt werden ¹⁾).

¹⁾ Vorausgesetzt jedoch, daß zugleich dem Erforderniß des § 155 genügt ist. — Der zweite Absatz fehlte im ersten Entwurf und ist bei den vorerwähnten Verhandlungen mit der landständischen Commission vom Minister v. Schleinitz eingefügt. „Es wird klar ausgesprochen, daß alle Gesetze von den Gerichten befolgt werden müssen, die unter Mitwirkung des Ausschusses oder der Ständeversammlung erlassen sind, d. h. alle ohne Ausnahme. Also hier kann nur ein Widerspruch von Seiten der Stände entstehen. Hierin liegt aber bei der Ungewißheit, die über diesen Punkt jetzt herrscht, ein großer Gewinn.“ (Handschriftl. Bemerkungen des Ministers in den Acten des Herzogl. Staatsministeriums.) Sonach steht dem Richter ein Prüfungsrecht weder nach der Richtung zu, ob ein nur mit Rath und Gutachten der Landesversammlung erlassenes Gesetz der Zustimmung der letzteren, noch, ob ein mit einfacher Stimmenmehrheit genehmigtes Gesetz seinem Inhalte nach der im § 141 der N. L.-D. vorgesehenen stärkeren Mehrheit (siehe darüber Zeitschr. für Rechtspflege, Bd. 42, S. 110 und die dortigen weiteren Ausführungen), noch endlich, ob ein mit Zustimmung des Ausschusses erlassenes Gesetz, das unter die im Landtags-Abschied vom 12. October 1832, Abs. 1 bezeichnete Gesetzesgruppe fällt, der Zustimmung der Landesversammlung selbst bedurft hätte. Das durch die Eingangsformel der Gesetze bekundete Inverständnis der Landesregierung und der Landesvertretung über die Form der verfassungsmäßigen Mitwirkung der letzteren schließt demnach jede weitere Beanstandung der Gültigkeit des Gesetzesinhalts aus. Allerdings immer nur unter dem Vorbehalt, daß der Gesetzesinhalt der sachlichen Zuständigkeit der Landesgesetzgebung überhaupt unterfällt; die Schranke, die durch die Verfassung des Deutschen Reiches der Gesetzgebung der Einzelstaaten gezogen ist, kann begreiflicher Weise durch jene Bestimmung nicht durchbrochen werden. — Uebereinstimmend: Otto, Staatsrecht, S. 104, Anm. 2.

§ 101.

d) Verordnungen.

Verordnungen, d. h. solche Verfügungen, welche aus dem allgemeinen Verwaltungs- oder Obergerichtsrechte der Regierung hervorgehen, oder welche die Ausführung und Handhabung der bestehenden Gesetze betreffen, erläßt die Landesregierung ohne Mitwirkung der Stände ¹⁾.

¹⁾ Die begriffliche Trennung von Gesetz und Verordnung ist im Herzogthum erst durch die N. L.-D. scharfer begründet. Von den sog. Rechtsverordnungen kommen nur die Ausführungsverordnungen in Betracht; allgemeine „Polizeiverordnungen“ — polizeiliche Strafverbote mit verbindlicher Kraft für den Bereich des ganzen Herzogthums — unterliegen den Formen des Gesetzes (N. L.-D., § 99, 123). Ueber örtliche Polizeiverordnungen (Statutarautonomie): Kreisordnung, § 7; St.-D., § 2 und 100; L.-G.-D., § 4 und 74. Die Verordnungen bedürfen der Verkündigung gleich den Landesgesetzen (N. L.-D. § 5, Abs. 2). Eine in Form einer Verordnung erlassene Verfügung, die ihrem Inhalt nach Gesetz ist, hat keine verbindliche Kraft; hier tritt, wie auch bei den Verhandlungen seitens des Ministers v. Schleinitz ausdrücklich anerkannt ist, das richterliche Prüfungsrecht in vollem Umfange in Wirksamkeit.

III. Mitwirkung beim Militärwesen ¹⁾.

§ 102.

Ein größeres, als das durch die Bundesgesetzgebung vorgeschriebene Truppencorps wird ohne Zustimmung der Stände nicht aufgestellt werden.

Ohne deren Bewilligung kann weder das Truppencorps, noch eine Abtheilung desselben in den Dienst eines auswärtigen Staates gegeben werden.

Gleichfalls ist deren Bewilligung erforderlich, wenn durch Werbung, besonders von Ausländern, Truppen gebildet werden sollen.

¹⁾ Beseitigt durch Art. 63 der Reichsverfassung. Uebrigens wiederholte der § 102 nur, was der Hauptsache nach schon bestehenden Rechtsens war, da die Bestimmung in Abs. 1 der B.-D. vom 30. Juli 1821 Nr. 15 entsprach, der Abs. 2 nach Auffassung der Regierung nicht ausschloß, daß der Landesfürst von einer befreundeten Macht, mit der er seine Truppen gemeinschaftlich operiren lasse, Subsidien erhalte, und die Werbung — Abs. 3 — auf Veranlassung der Stände schon durch ein Patent vom 6. Juli 1768 verboten war.

IV. Rechte in Beziehung auf Rechtspflege.

§ 103.

a) Unabhängigkeit der Gerichte.

Die Stände haben das Recht, auf die durch die Landes- und Bundesgesetzgebung¹⁾ festgestellte Unabhängigkeit der Gerichte in den Grenzen ihrer Zuständigkeit zu halten^{2) 3)}.

Insbesondere wird es den Parteien, welche sich durch landesfürstliche Verfügungen in der gerichtlichen Verfolgung ihrer Rechte für beeinträchtigt halten, gestattet, sich an die Ständeverversammlung zu wenden, und diese ist befugt, auf die Abhülfe der von ihr begründet erachteten Beschwerden bei der Landesregierung anzutragen.

¹⁾ Landesgesetzgebung: in Wiederholung älterer (z. B. in den landschaftlichen Privilegien von 1770, Art. 13, gegebenen) Zusicherungen: N. L. u. D., § 193. Bundesgesetzgebung: Wiener Schlußacte, Art. 29. Reichsgesetzgebung: G. v. B. vom 27. Januar 1877, § 1. Bei einer Justizweigerung ist äußerstenfalls Beschwerde bei dem Bundesrath zu erheben: N. B., Art. 77.

²⁾ „ihrer“ Zuständigkeit, d. h. der Zuständigkeit nicht der Stände, sondern der Gerichte; ein Antrag, zu größerer Klarstellung die Worte: „in den Grenzen ihrer Zuständigkeit“ zu ersetzen durch: „im ganzen Umfange der gerichtlichen Competenz“, ist von der Regierung als überflüssig bezeichnet. Ebenso wurde von derselben ein Versuch der ständischen Commission, die im Abs. 2 des § 103 den Parteien beigelegte Befugniß auch auf Beamte zu erstrecken, mit Entschiedenheit abgewiesen. „Es wäre sonst gar keine Ordnung möglich. Jeder, der nicht Lust hätte, zu gehorchen, suchte Schutz bei der Ständeverversammlung“ (v. Schleinitz, in seinen handschriftlichen Bemerkungen zu den Commissionsentwürfen).

³⁾ Der § 123 des ersten Entwurfs erhob noch den „zwar angenommenen, aber durch die Landesgesetze nicht ausdrücklich ausgesprochenen Grundsatz“ zum Gesetz, daß ein Richter seines Amtes nicht anders entsetzt oder wider seinen Willen entlassen werden könne, als auf Grund eines rechtskräftigen Erkenntnisses des zuständigen Gerichts. Dieser Paragraph ist auf Antrag der Commission in verallgemeinerter Fassung in das Civilstaatsdienstgesetz vom 12. October 1832 Nr. 25 (§ 60 und 62) übertragen (jetzt: Civilstaatsdienstgesetz vom 4. April 1889 Nr. 17, § 43 f., § 143).

§ 104.

b) Präsentationsrecht zu zwei Rathsstellen im Landesgerichte.

[Die Ständeverversammlung hat das Recht, zu zwei Rathsstellen im Herzogl. Landesgerichte Candidaten zu präsentieren.

Sie wählt diese durch absolute Stimmenmehrheit, und ihre Wahl kann auf Jeden fallen, der ein Richteramt oder ein öffentliches juristisches Lehramt 5 Jahre bekleidet, oder 10 Jahre hindurch mit Auszeichnung die advocatorische Praxis betrieben und in den beiden letzten Fällen die vorschriftsmäßige Prüfung zur Erlangung des Richteramtes bestanden hat ¹⁾.]

¹⁾ Auch dieses letzte Ueberbleibsel der Theilnahme der Stände an der Rechtsfindung, das sich bis in die neueste Zeit (nach Maßgabe der Gesetze vom 19. März 1850 Nr. 19, § 1 und vom 17. Januar 1870 Nr. 9, § 3) erhalten hatte, ist durch die Vorschrift des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes, § 15, beseitigt. Ausf.-Ges. vom 1. April 1879 Nr. 11, § 6. Nach der Hofgerichtsordnung von 1559 waren von den acht Assessoren des Hofgerichts zwei aus der Ritterschaft, zwei aus den Städten zu nehmen und noch nach den Privilegien vom 9. April 1770 vier Stellen am Hofgericht aus den Ständen zu besetzen (Art. 12). Die Gerichtsverfassung des Jahres 1817 stellte das Hofgericht nicht wieder her und setzte als ordentliches Gericht zweiter Instanz das Landesgericht ein. Die Besetzung zweier Stellen an diesem Gerichte wurde alsdann durch den Landtagsabschied von 1823, Art. 37, den Ständen als Ersatz ihrer früheren Befugnisse eingeräumt.

V. Recht der Vorschläge.

§ 105.

Die Ständeversammlung ist berechtigt, dem Landesfürsten Vorschläge zu Gesetzen, Verordnungen, allgemeinen Verfügungen und zur Errichtung öffentlicher Anstalten zu machen ¹⁾; diese Vorschläge werden genau geprüft werden, und es sollen stets landesfürstliche Entschlüsse, und zwar im Ablehnungsfalle mit Anführung der Gründe, darauf erfolgen ²⁾.

¹⁾ Die Annahme (G. Meyer, Staatsrecht, § 158, Anm. 2 und Otto, Staatsrecht, S. 124), daß durch diesen Paragraphen der Ständeversammlung das Recht der Initiative im eigentlichen Sinne, d. h. das Recht der Einbringung eines förmlichen Gesekentwurfs zur Berathung, eingeräumt sei, ist nicht für zutreffend zu halten. Der Paragraph, welcher sachlich den § 29 der E. L.-D. wiedergiebt, betrifft nur das Recht der Stände zur Stellung allgemeiner Anträge. Allerdings hatte die Commission beantragt, den Paragraphen, der schon im ersten Entwurf enthalten war, unter die die Mitwirkung der Stände bei der Gesetzgebung behandelnden Bestimmungen (jetzt § 98 bis 101) zu stellen und den Wortlaut im ersten Satz dahin einzuschränken: „Die Landschaft ist befugt, der Landesregierung Vorschläge zu neuen Gesetzen und Verordnungen

oder zur Aenderung der bestehenden zu machen“, aber die Regierung ging nicht darauf ein. Neben dem Antrage findet sich die Randbemerkung von v. Schlei-
nitz: „Ist unpassend, da die Stände nicht die Initiative haben und haben sollen, also gehört dieses zu dem Capitel von Vorschlägen.“ Und an einer anderen Stelle ausführlicher: „Es ist unpassend, bei dem Abschnitt von der Gesetzgebung dieses Rechts zu erwähnen, da ihre Vorschläge hier keinen größeren Effect haben, als bei allen anderen Landesangelegenheiten und wenn dieses Recht hier besonders erwähnt wird, daraus gewiß mit der Zeit gefolgert wird, daß dasselbe auch etwas absonderliches sei, was um so mehr zu vermeiden sehr nothwendig ist, als zwischen dem Recht des Vorschlages und der eigentlichen Initiative die Grenze sehr fein ist und deren Verdunkelung oder Ueberschreitung dem monarchischen Princip leicht gefährlich wird.“ Thatsächlich hatte auch das Recht der Initiative, das seit dem Jahre 1848 den Landständen fast überall beigelegt ist (Ausnahmen: Sachsen-Altenburg, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt und Neuf ä. L.), unter den zur Zeit der Entstehung der N. L.-D. bereits vorhandenen Verfassungsgesetzen deutscher Staaten nur in Weimar (Grundgesetz von 1816, § 117) und Meiningen (Grundgesetz von 1829, § 86) Anerkennung gefunden. Vergl. auch Zachariae, Staats- und Bundesrecht, Bd. 2, § 159, Anm. 2.

²⁾ Nicht in der N. L.-D., sondern in der Geschäftsordnung findet sich erwähnt das Recht der Interpellation, dessen sonst auch in den Verfassungs-
urkunden gedacht zu werden pflegt. Die Unterlassung hat ihren natürlichen Grund darin, daß an den Sitzungen der Ständeverammlung vor dem Jahre 1832, wie hernach bis 1848 Mitglieder des Ministeriums oder andere Regierungsbevollmächtigte nicht theilnahmen (G.-D. vom 12. October 1832, § 32). Ueber das Interpellationsgericht hat daher zuerst in der Geschäftsordnung vom 19. April 1852, § 35, Bestimmung getroffen werden können. Setzt: G.-D. vom 20. Januar 1893 Nr. 8, § 33.

VI. Recht der Mitaufsicht auf die übrigen Landes- angelegenheiten.

§ 106.

Die Ständeverammlung ist befugt, wegen bemerkter Mängel oder Mißbräuche bei der Gesetzgebung, Rechtspflege und Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, Vorträge an die Landes-
regierung zu richten, und sich über deren Abstellung gutachtlich zu äußern ¹⁾.

¹⁾ Von dieser, schon in der E. L.-D. § 30 ertheilten Befugniß hat die Landesversammlung zu wiederholten Malen Gebrauch gemacht (vergl. namentlich Verhandlungen des 14. ordentlichen Landtages vom 12. und 21. Februar 1873). — Liegt ein Mißbrauch der im § 106 angedeuteten Art vor, wenn eine staatliche Behörde gegen Angriffe einzelner Abgeordneter sich in amtlichen

Blättern und mit Ermächtigung des Staatsministeriums zur Wehr setzt? Die Frage ist auf dem 16. ordentlichen Landtage zwischen der Landesversammlung und dem Staatsministerium lebhaft erörtert (Sitzung vom 29. November 1879, vom 17. u. 29. Januar 1880, Commissionsbericht vom 8. Januar und Ministerialschreiben vom 23. Januar 1880 — Anl. 162 und 185 der betreffenden Drucksachen).

§ 107.

Sie hat das Recht, darüber zu wachen, daß Niemand in seinen verfassungsmäßigen Rechten verletzt, insonderheit ohne gesetzlichen Grund und ohne eine ordnungsmäßige Verfügung der competenten Polizei- oder Gerichtsbehörde verfolgt, verhaftet, bestraft oder sonst an Freiheit oder Eigenthum gekränkt werde, und sie kann in einem solchen Falle auf Abstellung der Beschwerde und auf Bestrafung der Schuldigen bei der Landesregierung antragen¹⁾.

¹⁾ Ueber einige Fälle, in denen die Ständeversammlung — allerdings mit sehr fragwürdiger Berechtigung — auf Grund erhobener Beschwerden unter Bezugnahme auf die im § 107 ihr zugestandene Befugniß Vorstellung bei der Landesregierung erhoben hat, vergl. die Schreiben derselben vom 21. März und 4. April 1846 und die Er widerungen des Staatsministeriums vom 7. und 8. desselben Monats (Anl. 2 zu Prot. 28, 3 zu Prot. 38, 1 und 3 zu Prot. 41 des 5. ordentl. Landtages). Von Amtswegen ist sie eingeschritten, als im Jahre 1849 der Hauptmann D. den Mannschaften seiner Compagnie den Besuch des „Volkvereins“ verboten und damit in das durch die §§ 30 und 31 der Grundrechte jedem Deutschen verfassungsmäßig gewährleistete freie Vereinigungsrecht eingegriffen hatte. Die Sache ist übrigens im Sande verlaufen (vergl. Interpellation vom 21. April 1849, Commissionsbericht vom 18. und Schreiben vom 23. Mai 1849 — Anl. 3 zu Prot. 23 und 3 zu Prot. 27 der Verhandlungen des 6. ordentl. Landtages, endlich Sitzung vom 15. März 1850).

VII. Recht der Anklage.

§ 108.

1. Antrag auf Bestrafung.

Die Ständeversammlung kann auf Bestrafung der Mitglieder des Staatsministeriums und des ständischen Ausschusses antragen¹⁾, welche einer Verletzung der, auf den vorliegenden Fall unzweifelhaft anwendbaren Bestimmungen dieses Landesgrundgesetzes²⁾ sich schuldig gemacht haben.

Ein solcher Antrag muß spätestens binnen sechs Jahren nach eingetretener Verletzung gemacht werden.

In Ansehung der dem Staatsministerium untergeordneten Beamten sind dergleichen Anträge von der Ständeverammlung nur dann statthaft, wenn diese Beamten da, wo sie in den Grenzen eigener Verantwortlichkeit handeln, die Verfassung verletzt zu haben beschuldigt werden, und der Antrag auf Bestrafung bei den vorgesetzten Behörden und zuletzt bei dem Staatsministerium angebracht und acht Wochen lang unbeachtet geblieben ist³⁾. [In diesem Falle wird der Antrag auf Bestrafung bei dem Landesgerichte gemacht, welches die Untersuchung durch zwei seiner Mitglieder zu führen und das erste Erkenntniß abzugeben hat, gegen welches die ordentlichen Rechtsmittel zulässig sind⁴⁾.]

1) Die Einführung des Rechts der Ministeranklage, das übrigens auch in der württembergischen, altenburgischen, hessischen Verfassung sich schon vorfand, ist in den Motiven zur N. L.-D. als ein Beweis des festen Willens der Regierung, jeden Mißbrauch der Gewalt unmöglich zu machen und den Gesetzen Achtung zu verschaffen, bezeichnet. Aus eben dieser Rücksicht war dort auch vorgeschlagen, nicht nur die Staatsbeamten, sondern auch die Ständemitglieder, die gleichfalls in der Lage seien, die Verfassung gefährden zu können — und zwar ohne Beschränkung auf die Mitglieder des Ausschusses — für deren Aufrechterhaltung verantwortlich zu machen. Die ursprüngliche Fassung im Eingang des Paragraphen, laut deren die Landesregierung auf Bestrafung der Abgeordneten und die Ständeverammlung auf Bestrafung der Mitglieder des Staatsministeriums wegen verletzter Verfassung anzutragen befugt sein sollte, wurde in der Commission in verschiedenen Hinsichten bemängelt, namentlich aber die Ausdehnung des Anklagerichts gegen Mitglieder der Ständeverammlung beanstandet, da letztere ohne Mitwirkung des Staatsministeriums einer Verfassungsverletzung sich überhaupt nicht schuldig machen könnten. Das Ministerium bestritt diese Ansicht unter Bezugnahme auf eine ähnliche Bestimmung der württembergischen Verfassung und verwies beispielsweise auf eigenmächtige Convocationen der Landschaft, Abstimmungen über Regierungsvorlagen in nicht beschlußfähiger Versammlung und Ueberschreitungen der Zuständigkeiten des Ausschusses. In Folge von Vermittelungsversuchen führten dann die weiteren Verhandlungen zur Ausnahme der jetzt vorliegenden Bestimmung. Uebrigens ist neben Braunschweig Württemberg der einzige deutsche Staat, in welchem eine Anklage wegen verletzter Verfassung gegen Mitglieder der Landstände zugelassen wurde. Im Herzogthum hat diese Verfassungsbestimmung ihre Bedeutung schon verloren durch die dem § 134 der N. L.-D. durch das Gesetz vom 9. August 1867 Nr. 64 gegebene Er-

weiterung, in Württemberg durch den Art. 11 des R.-St.-G.-B., wie dort auch durch das Verfassungsgesetz vom 23. Juni 1874 Nr. 7, ausdrücklich anerkannt ist.

2) Auch hier hat die Feststellung des Wortlautes Schwierigkeiten gemacht. Der erste Entwurf ließ die Anklage schlechthin zu wegen Verletzung der Verfassung. Nachträglich erschien der Regierung diese von ihr selbst ausgegangene Formulirung zu allgemein und zu unbestimmt; ihrem Vorschlage jedoch, das Anklagerecht ausdrücklich auf vorsätzliche Verletzungen der Verfassung zu beschränken, widersetzte sich die Commission, da, „wenn hiermit der dolus bezeichnet werden solle und dieser stets erwiesen werden müsse, der Zweck der Bestimmung, eine Schutzwehr für Aufrechterhaltung der Verfassung zu bilden, wesentlich abgeschwächt werde“. Die Regierung verfolgte ihren Antrag nicht weiter, bemerkte aber, daß nach anerkannten Grundsätzen des Strafrechts eine Verletzung des Landesgrundgesetzes nur dann vorliege, wenn klaren und unzweifelhaften Beziehungen desselben entgegen gehandelt sei, und erklärte es für nöthig, diese Voraussetzung des Anklagerechts zur Beseitigung „doch immer möglicher Zweifel“ im Gesetz deutlich auszusprechen, was denn auch, wie der obige Text ergibt, geschehen ist.

3) Die vorstehenden Bestimmungen sind seither zwar nirgends formell aufgehoben, aber gegenüber der umfassenden Neuordnung, die das Disciplinerverfahren gegen Beamte inzwischen erhalten hat (Civilstaatsdienstgesetz § 18, 34, 39 f.), als bedeutungslos anzusehen. Die weitaus meisten deutschen Verfassungsgesetze kennen überhaupt nur ein Anklagerecht der Stände gegenüber den Ministern.

4) Der Schlußsatz hat eine Aenderung erlitten durch das Gesetz vom 19. März 1850 Nr. 19, dessen § 2, Absatz 1, lautet: „Der nach § 109 zu bildende gemeinschaftliche Gerichtshof soll auch für die in dem dritten Absätze des § 108 bezeichneten Fälle eintreten.“ Es fällt hiernach auch die im ursprünglichen Texte des § 108 wegen des Untersuchungsverfahrens getroffene Bestimmung und der Instanzenzug fort. Das bezeichnete Gesetz ist in der Voraussetzung, daß bei der damals bevorstehenden Revision der Verfassung auch die weitere Umgestaltung des Staatsgerichtshofes in Frage kommen werde, als provisorisches erlassen, demnächst aber bestehen geblieben.

§ 109.

2. Bildung eines gemeinschaftlichen Gerichtshofes.

Soll aber ein Antrag auf Bestrafung eines Mitgliedes des Staatsministeriums oder des ständischen Ausschusses wegen verletzter Verfassung gemacht werden, so wird zuvörderst ein eigener Gerichtshof gebildet. Derselbe soll bestehen aus sieben Mitgliedern des Oberlandesgerichts zu Braunschweig, von

denen drei durch das Loos, zwei von der Landesregierung und zwei von der Versammlung der Abgeordneten des Landes erwählt werden. Den Vorsitz übernimmt, wenn der Oberlandesgerichts-Präsident zu den in den Gerichtshof eintretenden Mitgliedern gehört, dieser; wenn der Senats-Präsident und nicht der Oberlandesgerichts-Präsident zu denselben gehört, der Senats-Präsident; wenn keiner der beiden Präsidenten zu denselben gehört, das nach dem Dienstalter im Oberlandesgericht älteste Mitglied des Gerichtshofs. Die erforderlichen Secretäre ordnet das Oberlandesgericht bei.

Die drei durch das Loos zu bestimmenden Mitglieder werden zuerst, hiernächst die von den Abgeordneten, zuletzt die von der Landesregierung zu bestimmenden Mitglieder gewählt¹⁾.

1) Die durch besonderen Druck hervorgehobenen Aenderungen des ursprünglichen Textes sind herbeigeführt durch das schon erwähnte Gesetz vom 19. März 1850 Nr. 19, § 2 und 3, sowie durch Gesetz vom 30. März 1894 Nr. 14, § 1. — Den Vorschlag der Stände, den Gerichtshof durch das Oberappellationsgericht und den Präsidenten des Landesgerichts bilden zu lassen, hatte v. Schleinitz, da hierdurch ein permanenter Gerichtshof über die Regierung und die Verfassung gesetzt werde, bedenklich gefunden, obwohl in anderen Staaten eine derartige Einrichtung bestand. Ein besonderer, von beiden streitenden Theilen zu besetzender Staatsgerichtshof findet sich zur Zeit nur noch in Sachsen (Verf., § 142, 143), Württemberg (§ 195 und 196), Sachsen-Weimar (§ 51 bis 53) und Oldenburg (Art. 201, Anl. 3).

§ 110.

3. Verfahren und Erkenntniß.

[Fassen die Stände den Beschluß, auf eine Untersuchung und Bestrafung anzutragen, so wählen sie zugleich die zwei Mitglieder des Gerichtshofes und machen von diesem Beschlusse und dessen Gründen, sowie von der getroffenen Wahl bei der Regierung Anzeige, mit dem Ersuchen, daß diese gleichfalls die erforderlichen Wahlen treffe. Zugleich benachrichtigen sie hiervon das gemeinschaftliche Oberappellationsgericht, welches verpflichtet ist, den gemeinschaftlichen Gerichtshof zu constituiren, und daher

im Falle, daß die erforderliche Zahl der Mitglieder des Landesgerichts nicht binnen vier Wochen erwählt sein sollte, die fehlenden durch das Loos bestimmen läßt ¹⁾].

Dieser Gerichtshof prüft zuvörderst: ob Grund zu einer Untersuchung vorhanden sei? nachdem ihm der umständlich zu entwickelnde und erforderlichen Falls mit den gehörigen Dokumenten versehene Antrag auf Bestrafung übergeben ist. Er leitet bei vorhandenem Grunde die Untersuchung ein, führt dieselbe nach den Regeln des Untersuchungsprocesses ²⁾ und fällt das Erkenntniß in erster und letzter Instanz ³⁾. Dieses Erkenntniß beschränkt sich auf die Beantwortung der Frage: ob der Angeklagte sich der Verletzung einer, auf den vorliegenden Fall unzweifelhaft anwendbaren Bestimmung dieses Landesgrundgesetzes schuldig gemacht habe oder nicht? und überläßt die Beurtheilung des in der Verletzung des Grundgesetzes etwa liegenden gemeinen Vergehens, sowie die aus derselben entspringenden Entschädigungsansprüche den ordentlichen Gerichten ⁴⁾. — Wird der Angeklagte schuldig erkannt, so ist davon bei den Beamten Dienstentlassung und bei den Mitgliedern des Ausschusses Verlust der Abgeordneten-Eigenschaft und der Wählbarkeit die unmittelbare Folge.

Gegen das Erkenntniß findet kein anderes Rechtsmittel statt, als die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, wegen neu aufgefundenener Thatfachen oder Beweisgründe.

Die Verhandlungen und das Erkenntniß sollen auf Kosten des Gerichtsfiscus durch den Druck öffentlich bekannt gemacht werden.

¹⁾ Für das „gemeinschaftliche Oberappellationsgericht“ und das „Landesgericht“ würde zunächst auf Grund des Gesetzes vom 30. März 1894 Nr. 14 das Oberlandesgericht an die Stelle zu setzen sein. Aber der ganze erste Absatz des § 110 darf als beseitigt gelten. Er geht davon aus, daß zuerst die Wahl, dann die Ausloosung von Mitgliedern des Gerichtshofes stattfinden soll. Das Gesetz vom 19. März 1850 Nr. 19 hat aber (wie aus dem obigen gegenwärtigen Wortlaut des § 109 zu ersehen ist) im § 2 — ohne nähere Begründung — die umgekehrte Reihenfolge eintreten lassen und im § 3 die Vorschriften auch des § 110, insoweit sie entgegenstehen, aufgehoben.

²⁾ Der Untersuchungsproceß ist schon durch die braunschweigische Strafproceßordnung vom 22. August 1849 beseitigt und ein Untersuchungsverfahren nach Maßgabe derselben nicht mehr für anwendbar zu halten. Es fehlt daher zur Zeit an einer Bestimmung darüber, in welcher Weise vorkommenden Falls

— der Fall ist bislang noch nicht vorgekommen — zu verfahren sein würde. Einen geeigneten Anhaltspunkt würden die Vorschriften des Civilstaatsdienstgesetzes vom 4. April 1889 Nr. 17 über das Disciplinarverfahren gegen nicht richterliche Beamte darbieten können.

³⁾ Die Zulassung einer zweiten Instanz ist bei den Vorverhandlungen zur Sprache gekommen und von der Commission gewünscht, jedoch aufgegeben bei der Schwierigkeit, im Herzogthum eine geeignete Berufungsinstanz zu schaffen und bei der Abneigung der Regierung gegen die vorgeschlagene Actenversendung an eine Juristenfacultät. Sie findet sich auch nur in Schwarzburg-Rudolstadt (Grundges. vom 21. März 1854, § 8) und in Reuß jüngerer Linie (Grundges. vom 12. September 1879).

⁴⁾ Anderenfalls würde insoweit die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes gegenüber den Bestimmungen des deutschen G.=B.=G. (§ 13 und 14) nicht länger aufrecht zu halten sein. Vergl. auch Thudichum, Die Ministeranfrage nach geltendem deutschen Recht (in Hirth's Annalen 1885, S. 643).

§ 111.

4. Abolition solcher Untersuchung.

Die Abolition einer Untersuchung wegen verletzter Verfassung ist unzulässig, und der Verurtheilte kann im Staatsdienste nicht wieder angestellt werden ¹⁾.

¹⁾ Der letzte Satz, aus einem Antrage der Commission hervorgegangen, schließt, da bei Beamten der Urtheilspruch auf Dienstentlassung zu lauten hat, das Begnadigungsrecht des Landesherrn aus.

§ 112.

5. Ausschließliche Competenz der Ständeversammlung.

Nur die Ständeversammlung entscheidet darüber, ob ein Verfahren wegen verletzter Verfassung einzuleiten sei. Hat sie durch einen ordnungsmäßigen Beschluß das Verfahren der Mitglieder des Staatsministeriums oder des Ausschusses gebilligt, so findet eine ständische Anklage nicht weiter statt.

Die ordentlichen Gerichte dürfen daher wegen verletzter Verfassung gegen die Mitglieder des Staatsministeriums und des ständischen Ausschusses von Amtswegen nicht verfahren ¹⁾.

¹⁾ Der ganze Paragraph ist dem Entwurf ursprünglich fremd; der Absatz 2 wohl völlig überflüssig, auch auffällig, da, soweit die Verletzung des

Grundgesetzes nicht zugleich ein Amts- oder gemeines Vergehen in sich schließt und civilrechtliche Entschädigungsansprüche zu begründen vermag (vergl. § 110), soweit also lediglich ein durch die Anklage zu verfolgender Eingriff in den objectiven Rechtszustand vorliegt, ein Einschreiten der ordentlichen Gerichte an und für sich ausgeschlossen erscheint.

VIII. Recht der Convocationstage.

§ 113.

Kraft althergebrachten Rechts darf sich die Ständeversammlung in den durch das Gesetz ausdrücklich bestimmten Fällen, aber auch nur in diesen, auch ohne landesfürstliche Berufung versammeln, berathen und Beschlüsse fassen ¹⁾.

Dieses Convocationsrecht soll stattfinden:

1. auf Veranlassung einer plötzlichen allgemeinen Landesgefahr ²⁾;
2. wenn dieses Landesgrundgesetz verletzt wird und Anträge zu dessen Schutze zu machen sind, insbesondere, wenn der Landtag nicht innerhalb der gesetzlichen Frist ³⁾ berufen wird;
3. wenn der ständische Ausschuß zu ergänzen ist ⁴⁾;
- [4. wenn bei dem Landesgerichte von der Landschaft zu besetzende Vacanzen zwischen den Landtagen, und zwar vier Monate vor der Versammlung des nächsten Landtages, entstanden sind ⁵⁾];
5. wenn die Stelle des Landssyndicus erledigt ist.

In einer solchen Versammlung darf nichts vorgenommen werden, als der Gegenstand, der sie veranlaßt hat.

Nach einer von dem Landesfürsten verfügten Auflösung der Ständeversammlung ⁶⁾ kann das Convocationsrecht vor Eröffnung des Landtags nicht ausgeübt werden, ausgenommen in dem unter 1. aufgeführten Falle.

¹⁾ Das Recht der Stände, in „zugelassenen Fällen“ zur Berathschlagung der Landes-Nothdurft zusammenzutreten, wird schon im L.=A. vom 27. Januar 1619, Art. 38, als eine hergebrachte, alte Landesfreiheit bezeichnet. Den Worten in „zugelassenen Fällen“ hatte, obwohl unzweifelhaft damit auf ältere Auerkenntnisse, Verträge und das Herkommen verwiesen wurde, der Herzog Karl Wilhelm Ferdinand (1801) und zuletzt noch Karl II. (1829) die Deu-

tung zu geben versucht, als ob es vom Belieben des Landesherrn abhängt, im einzelnen Falle eine Convocation der Landschaft zuzulassen. Die E. L.=D. gestattete eine solche, wenn „die Mitglieder der Landschaft eine besondere Veranlassung zu haben glauben, über Gegenstände von gemeinsamem Interesse sich zu berathschlagen“ (§ 39); der Versuch der Regierung, das Convocationsrecht durch die Vorschrift, daß das Zusammentreten der Stände in jedem Falle der vorherigen Erlaubniß des Landesfürsten bedürfe, lahm zu legen, war an dem hartnäckigen Widerstande beider Sectionen gescheitert. Vom Convocationsrecht ist in früheren Zeiten nachweislich häufig Gebrauch gemacht, zuletzt noch im Jahre 1830. Seitdem die Landtage in bestimmter regelmäßiger Wiederkehr gehalten werden müssen, hat das „Palladium landständischer Freiheit“ an seiner alten Bedeutung viel verloren. Außer in Braunschweig ist eine Versammlung der Stände ohne Berufung des Landesherrn nur noch zugelassen in Sachsen-Weimar (L.=Gr.=G. vom 22. October 1850, § 34, Abs. 3), falls nach Auflösung des Landtages nicht rechtzeitig Neuwahlen ausgeschrieben werden, in Sachsen-Coburg-Gotha im Falle des etwaigen Ueberganges des Thrones an ein anderes Herrscherhaus, sowie bei jedem Regierungswechsel zum Zweck der Entgegennahme der verfassungsmäßigen Eidesleistung des Thronfolgers (L.=Gr.=G. vom 3. Mai 1852, § 158 und 160), endlich in Oldenburg im Falle einer Auflösung des Landtages — wie bei Sachsen-Weimar — und bei einem Regierungswechsel zur Leistung des Hulbigungseides (Rev. St.=Gr.=G. vom 22. November 1852, Art. 150, § 2 und Art. 198, § 2). — Die Zusammenberufung der Stände in den nach § 113 der N. L.=D. noch zugelassenen Fällen geschieht seitens des Ausschusses (vergl. § 125).

²⁾ Unter diesem Gesichtspunkte auch, wenn der Regentschaftsrath hat gebildet werden müssen (Ges. vom 16. Februar 1879 Nr. 3, § 3, Abs. 4).

³⁾ Eine durch die Abkürzung der Finanzperioden hervorgerufene, laut des § 3 des Gesetzes vom 26. März 1888 Nr. 12 erfolgte Abänderung des früheren Wortlautes („binnen drei Jahren“).

⁴⁾ Der Fall des § 17 des Gesetzes, betreffend die Zusammensetzung der Landesversammlung, vom 6. Mai 1899 Nr. 31.

⁵⁾ In Fortfall gekommen mit der Beseitigung des § 104 der N. L.=D.

⁶⁾ Eine Auflösung des Convocationstages selbst ist verfassungsmäßig nicht zulässig. Vergl. § 147.

IX. Recht, Bittschriften anzunehmen.

§ 114.

Die Ständeversammlung kann von Einzelnen und Corporationen Bittschriften und Beschwerden über die Landesbehörden annehmen, letztere jedoch nur, wenn die Beschwerdeführer nachweisen, daß sie bei der Landesregierung um Abhülfe ihrer Beschwerde vergeblich nachgesucht haben¹⁾.

¹⁾ Die im Text durch besonderen Druck gekennzeichneten Aenderungen beruhen auf dem Gesetz vom 20. April 1848 Nr. 16, § 1. Nach der ursprünglichen Bestimmung durften Beschwerden überhaupt nicht, Bittschriften aber nur unter der jetzt betreffs der Beschwerden geltenden Voraussetzung und auch dann nur in den Fällen des § 103 und 107 angenommen werden. Ueber die weitere geschäftliche Behandlung von Bittschriften und Beschwerden vergl. G.-D. vom 20. Januar 1893, § 45 bis 47. Abordnungen zur Ueberreichung derartiger Eingaben an die Landesversammlung dürfen hiernach nicht zugelassen werden.

X. Ernennung des Landsyndicus und dessen Substituten.

§ 115.

Der Ständeverammlung steht das Recht zu, einen Landsyndicus ¹⁾ zu bestellen, und zwar wird derselbe durch absolute Stimmenmehrheit, auf die für die Wahl der Abgeordneten vorgeschriebene Weise ²⁾, erwählt. Seine Aufstellung ist lebenslanglich, jedoch damit die Verwaltung eines anderen Staatsamts unvereinbar.

[Die Bestimmungen des Gesetzes über den Civil-Staatsdienst finden auf ihn nur insofern Anwendung, als dieses in der Bestallung erklärt ist ³⁾.]

Auch wird die Ständeverammlung für die Dauer jeder Landtagsversammlung dem Landsyndicus einen Substituten bestellen, und diesen gleichfalls nach absoluter Stimmenmehrheit erwählen ⁴⁾.

Von der Erwählung des Landsyndicus und des Substituten wird der Landesregierung Anzeige gemacht, und der Erwählte von der Ständeverammlung oder dem ständischen Ausschusse auf sein Amt, zugleich mit Ablegung des Erbhuldigungsseides, vereidet.

¹⁾ Als nach dem Eindringen des römischen Rechts der Landesfürst seine Räte aus der Zahl der gelehrten Juristen zu nehmen begann und nunmehr die Anforderungen der Landesherrschaft bald auf veränderte Rechtsgrundlagen und neue Doctrinen gestützt wurden, wurde es für die Landstände zu einer Nothwendigkeit, des gleichen Rüstzeuges sich zur Abwehr zu bedienen und bei eigener Unbekanntschaft mit dem fremden Rechte zur erfolgreichen Behauptung ihrer hergebrachten Gerechtsame einen geschulten Beirath sich an die Seite zu setzen. Das Amt desselben ist kaum jüngeren Ursprungs, als das der Schatzräthe, die im Jahre 1598 eingesetzt wurden (s. Seite 11); wenigstens geschieht

des Syndicus der Landschaft schon im ersten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts Erwähnung und er ist seitdem dauernd beibehalten. In den meisten deutschen Staaten ist die Stelle längst beseitigt; sie findet sich noch, meist nur für die Dauer der einzelnen Landtagsperioden, daher als Nebenamt, in Anhalt (Landsch.=D. von 1859, § 43), Lippe-Deimold (Verf.-Urkunde von 1836, § 38), Sachsen-Altenburg (Grundges. von 1831, § 228) und Schwarzburg-Sondershausen (Grundgesetz von 1857, § 60). Die Wahl unterliegt dort in der Regel der Bestätigung des Landesherrn. Im Herzogthum ist in den Verathungen über die N. L.=D. die Aufhebung des Amtes nicht in Frage gekommen, zumal es sich eben erst bei den Streitigkeiten mit dem Herzog Karl II. und den Verhandlungen am Bundestage den Ständen als eine nützliche Einrichtung erwiesen hatte. Den Geschäftskreis des Landsyndicus bestimmt näher die G.=D. für die Landesversammlung (§ 16 bis 21). Danach hat der Landsyndicus als ständiger Rechtsbeistand der Landschaft der Landesversammlung, deren Präsidenten und Commissionen, sowie dem Ausschuß auf Erfordern Gutachten anzufertigen und die erbetenen Nachrichten zu geben, in den öffentlichen Sitzungen das Protokoll zu führen, sowie auch in sonstigen Beziehungen das Amt des Schriftführers zu versehen, Archiv und Bibliothek der Landschaft unter Aufsicht und in Ordnung zu halten und dem landschaftlichen Kanzlei-, Kassen- und Rechnungswesen vorzustehen. Er führt im Ausschuß (nach der G. L.=D. auch in den Sitzungen beider Sectionen) beratende Stimme und hat dem Herkommen gemäß über die eingehenden Sachen dort die Berichterstattung zu übernehmen, sofern der Präsident nicht damit ausnahmsweise ein Mitglied des Ausschusses beauftragt. Auch ist er nach dem Gesetz über die Organisation der Finanz-, Eisenbahn- und Postverwaltung vom 19. März 1850 Nr. 10, § 11, befugt, an den Sitzungen des Finanzcollegiums theilzunehmen und sich die Uebersichten, Nachweisungen, Abschlüsse und Rechnungen, die jener Behörde von den Kassen eingereicht werden, sowie die Uebersichten, Voranschläge und Executions-Etats, die das Finanzcollegium dem Staatsministerium eingiebt, zur dienstlichen Benutzung vorlegen zu lassen.

²⁾ Dieselbe ist angegeben im Wahlgesetz vom 6. Mai 1899 Nr. 32, § 16.

³⁾ Die anwendbaren Bestimmungen des G.=St.=D.=G. werden nicht mehr in die Bestallung des Landsyndicus aufgenommen, nachdem schon im Jahre 1833 zwischen den Ständen und der Landesregierung eine Uebereinkunft darüber getroffen ist, inwiefern die Vorschriften jenes Gesetzes auf das Amt des Landsyndicus ein für alle Mal anwendbar seien (Bekanntmachung, die Bestallung des Landsyndicus betreffend, vom 26. October 1833 Nr. 25). Nach Erlaß des neuen G.=St.=D.=G. vom 4. April 1889 ist jene Uebereinkunft ersetzt durch die Bekanntmachung, betreffend die Vereinbarung über die Dienstverhältnisse der landschaftlichen Beamten, vom 18. December 1890 Nr. 73. Laut derselben wird das der Landesversammlung zustehende Oberaufsichtsrecht ausgeübt durch den Präsidenten der Versammlung, bezw. den Vorsitzenden des Ausschusses; hinsichtlich der Disciplinarbehörden und des Disciplinarverfahrens entscheiden

die für richterliche Beamte maßgebenden Vorschriften des C.-St.-D.-G. Verabschiedung und Versetzung in den Ruhestand regelt sich gleichfalls nach den allgemeinen Grundsätzen dieses Gesetzes. Ohne besondere Zustimmung der Landesversammlung oder des Ausschusses darf der Land syndicicus keine Titel, Ehrenzeichen, Aufträge, Geschenke oder Vergütungen von irgend einer Regierung (auch nicht von der Landesregierung) annehmen, noch einen mit dem Amte nicht vereinbaren Nebenerwerb oder Geschäftsführungen für Privatpersonen betreiben, auch nicht Mitglied des Vorstandes, Aufsichts- oder Verwaltungsrathes von auf Erwerb gerichteten Gesellschaften sein und nicht in Vereinigungen zur Gründung solcher Gesellschaften eintreten.

4) Der „Substitut“ ist nicht nur Vertreter, sondern zugleich Gehülfe des Land syndicicus, da er diesen bei der Führung des Protokolls und bei allen in den Sitzungen vorkommenden Geschäften zu unterstützen hat (C.-D., § 18). Er wird indessen nur nach dem Bedürfniß und auf den Antrag des Land syndicicus zugezogen. Da er den Letzteren aber bei dauernder Behinderung in seiner ganzen Amtsthätigkeit zu vertreten haben würde, so wird bei ihm die gleiche juristische Vorbildung (Fähigkeit zur Ausübung des Richteramts) erfordert. Vereinbarung vom 18. December 1890 Nr. 73, § 1. Seine Thätigkeit besteht hauptsächlich in der Anfertigung der täglichen Berichte über die Verhandlungen der Landesversammlung, welche als Beilage zu dem Amtsblatt des Herzogthums, den „Braunschweigischen Anzeigen“, veröffentlicht werden und die in anderen Staaten üblichen stenographischen Berichte ersetzen.

XI. Gerichtsporteln-, Stempel- und Porto-Freiheit.

§ 116.

Die Landschaft hat die Freiheit von Gerichtsporteln, Stempeln und Porto ferner zu genießen¹⁾.

1) Vergl. Ausführungsgesetz zum deutschen Gerichtskostengesetz vom 13. September 1899 Nr. 89, § 1. Stempelordnung vom 29. October 1821 Nr. 10, § 11. — Die Portofreiheit ist beseitigt durch das Gesetz des Norddeutschen Bundes vom 5. Juni 1869, betreffend die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes, § 6.

XII. Siegel.

§ 117.

Die Landschaft führt ein eigenes Siegel¹⁾.

1) Nach älterem deutschen Rechte ein äußeres Kennzeichen der Corporations-eigenschaft. Die Landschaft führt das nämliche Siegel, welches dem Schatzcollegium bei dessen Errichtung (1598) verliehen wurde.

Dritter Abschnitt.

Rechte und Pflichten des ständischen Ausschusses.

A. Allgemeiner Grundsatz.

§ 118.

Der ständische Ausschuß¹⁾ hat das Recht und die Pflicht:

1. zwischen den Landtagen auf die Vollziehung der zwischen dem Landesfürsten und den Ständen getroffenen Vereinbarungen zu sehen, sowie die ihm in dieser Hinsicht erforderlich scheinenden Anträge bei der Landesregierung zu machen;
2. diejenigen besonderen Befugnisse auszuüben, welche ihm das Gesetz²⁾ anweist.

¹⁾ Ein ständischer Ausschuß besteht in vielen deutschen Staaten, er fehlt in Preußen, Bayern, Sachsen, Hessen, Sachsen-Weimar-Eisenach, Neufältere Linie. Aber seine Befugnisse sind überall enger begrenzt, als in der N. L.-D. und beschränken sich vielfach nur auf eine Controle der Finanzverwaltung und auf Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Landesvertretung; daneben hat er auch wohl die an den Landtag zu bringenden Gesetzesvorlagen zu begutachten oder „vorzubereiten“. Darüber hinaus ist er zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung nur auf Grund besonderer Vollmacht des Landtages zuständig. Vergl. namentlich: Württemberg, Art. 187 f.; Baden, Art. 51; Oldenburg, § 166 bis 178; Anhalt, § 35 bis 40; Sachsen-Meiningen, Art. 60; Sachsen-Coburg-Gotha, Art. 91 bis 103.

²⁾ „Das Gesetz“, nicht: dieses Gesetz, sondern die geltende Gesetzgebung. Die Aufzählung der dem Ausschuß zustehenden Befugnisse in den §§ 119 bis 127 ist wie vom Staatsministerium in Uebereinstimmung mit dem Ausschuß anerkannt ist (Ausschußbericht vom 9. Dec. 1839, § 12), nicht abschließend, sondern nur „exemplificativ“. Vergl. auch § 232 der N. L.-D. und Anmerkung 1 zu § 124. Befugnisse, die durch die Landesgesetzgebung seit dem Erlaß der N. L.-D. dem Ausschuß beigelegt sind, sind enthalten namentlich in der Vereinbarung über die Werthpapiere des Staates (Anl. B zum L.-A. vom 12. Juni 1874), dem Gesetz, die braunschweigische Landes-Brandversicherungs-Anstalt betreffend, vom 5. April 1886 Nr. 20, § 2, dem C.-St.-D.-G. vom 4. April 1889 Nr. 17, § 136, Abs. 3, dem Gesetz, betreffend die Anlegung und Hinterlegung von Geld bezw. Werthpapieren der Pflegebefohlenen, Stiftungen, Gemeinden etc. vom 13. Juni 1890 Nr. 25, § 1, Ziffer 4 (der einzigen Bestimmung dieses Gesetzes, die

nach dem Ausführungsgesetz zum B. G.-B., § 118, Ziff. 99, aufrecht erhalten bleibt), dem Gesetz, betreffend die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 Nr. 26, § 2, Abs. 2, dem Einkommensteuergesetz vom 16. April 1896 Nr. 21, § 40 und dem Ausführungsgesetz zum B. G.-B., § 102.

B. Besondere Befugnisse.

§ 119.

1. Im Finanzwesen.

Die Mitwirkung des ständischen Ausschusses im Finanzwesen ist in dem sechsten Capitel bestimmt.

§ 120.

2. Bei der Gesetzgebung.

Gebietet das Staatswohl dringende Eile oder würde der vorübergehende Zweck des Gesetzes durch Verzögerung vereitelt, so können zwischen den Landtagen die das Landes-, Finanz- und Steuerwesen, sowie die Militärpflicht und die Aushebung der Mannschaften ¹⁾ betreffenden Gesetze mit Zustimmung des Ausschusses erlassen werden. Die Landesregierung entscheidet unter Verantwortlichkeit sämtlicher stimmführenden Mitglieder des Staatsministeriums ²⁾ darüber: ob jene Voraussetzungen eingetreten seien? Gesetze dieser Art sind der Ständeversammlung baldigst zur Genehmigung vorzulegen und treten außer Wirksamkeit, wenn diese versagt wird ³⁾.

¹⁾ Durch die Reichsgesetzgebung beseitigt; s. § 98, Anm. 6.

²⁾ Es haben daher auch, wie im Falle des § 190, sämtliche stimmführende Mitglieder des Staatsministeriums das Gesetz zu contrasigniren. Uebrigens ist, soweit ersichtlich, ein Nothgesetz nach Maßgabe des § 120 bislang nicht erlassen. Das provisorische Gesetz, die Stellung des Polizeimilitärs in militärischer und strafrechtlicher Beziehung betreffend, vom 18. Juni 1868 Nr. 43 gehört nicht hierher.

³⁾ Die Vorlegung zur Genehmigung würde bei dem nächsten Zusammen-treten des Landtages zu geschehen haben. Bei Versagung der Genehmigung wird das Gesetz ohne Weiteres hinfällig. Wenn es daher auch in diesem Falle nicht noch einer besonderen Aufhebung desselben bedarf, so wird doch, damit jeder Unsicherheit über den bestehenden Rechtszustand vorgebeugt werde, die Versagung der Bestätigung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen sein (Laband, Staatsrecht, Bd. 1, § 69, S. 736; G. Meyer, § 161, Anm. 6; anders v. Gerber,

Grundzüge, S. 154, Anm. 6, der eine Bekanntmachung nur für wünschenswerth erachtet). Die Beseitigung des Nothgesetzes läßt die durch dasselbe aufgehobenen oder abgeänderten Gesetze zwar wieder in Gültigkeit treten, hat aber keine rückwirkende Kraft (v. Gerber, a. a. O., Anm. 7; G. Meyer, Anm. 9).

§ 121.

Fortsetzung.

Einzelne, das bürgerliche und Strafrecht, den bürgerlichen und Straf-Proceß betreffende¹⁾ Gesetze (nicht aber ganze Gesetzbücher, eine Hypotheken=Ablösungs= und Gemeinheits=Theilungs=ordnung) können zwischen den Landtagen mit Zustimmung des Ausschusses erlassen werden.

¹⁾ Siehe hierzu Anm. 6 zu § 98.

§ 122.

Fortsetzung.

Durch die mit Zustimmung des Ausschusses erlassenen Gesetze kann indeß nie dieses Landesgrundgesetz oder ein mit demselben publicirtes Gesetz ergänzt, erläutert oder abgeändert, oder eine organische Einrichtung getroffen oder verändert werden¹⁾.

¹⁾ Siehe § 98, Anm. 2 bis 4. Auch nicht auf Grund besonderer Vollmacht der Landesversammlung.

§ 123.

Fortsetzung.

Alle Gesetze, bei welchen das Gutachten und der Rath der Stände gehört werden muß, können zwischen den Landtagen mit dem Gutachten und Rath des Ausschusses erlassen werden, mit Ausnahme einer allgemeinen Polizeiordnung.

§ 124.

3. Verbindlichkeit, der Landesregierung Berichte und Gutachten zu erstatten.

Die Landesregierung kann von dem ständischen Ausschusse, so oft es ihr gut dünkt, Nachrichten, Berichte und Gutachten einziehen¹⁾.

Insbefondere kann sie Gesetzentwürfe, welche sie demnächst an die Ständeversammlung zu bringen denkt, dem Ausschusse zuvor zur Begutachtung vorlegen.

1) Der § 35 der E.-L.-V., dem diese Bestimmung entnommen ist, enthält noch den Zusatz, daß der (engere) Ausschuß auch berechtigt sei, unaufgefordert, besonders bei ungewöhnlichen und dringenden Vorfällen und Anlässen Vorstellungen und Anträge in landschaftlichen Angelegenheiten an den Landesherrn zu richten und seine gutachtliche Meinung pflichtmäßig zu äußern. Im Hinblick auf den Vorbehalt im § 232 der N. L.-V. ist seitens des Ausschusses und der Landesversammlung angenommen, daß diese Befugniß fortbestehe, und die Ausübung der letzteren auch von der Regierung nicht beanstandet.

§ 125.

4. Recht, die Ständeversammlung zu berufen.

Der Ausschuß ist befugt, in den § 113 aufgeführten Fällen die Ständeversammlung zusammen zu berufen, um die erforderlichen Beschlüsse und Wahlen zu veranlassen.

Von einer solchen Berufung, sowie von deren Zwecke, ist sogleich bei der Erlassung der Convocationschreiben der Landesregierung Anzeige zu machen.

§ 126.

5. Besondere Aufträge.

Die Ständeversammlung kann, mit Zustimmung der Landesregierung, dem Ausschusse durch specielle Vollmacht für einzelne bestimmte Geschäfte alle die Rechte übertragen, welche sie selbst hat¹⁾.

1) Die nothwendige Begrenzung giebt der § 122. — Die Vollmacht kann nur ertheilt werden für die Zeit der Amtsdauer des jeweiligen Ausschusses, also nur für die einzelne (zweijährige) Sitzungsperiode. Erstreckt sich das Geschäft, auf das die Vollmacht sich bezieht, auf längere Zeit, so ist der Auftrag nach Beginn der neuen Sitzungsperiode zu wiederholen. Anderer Meinung: Erkenntniß des Oberlandesgerichtes vom 27. Februar 1885 (Zeitschr. für Rechtspflege, Bd. 32, S. 163), in welchem übrigens der eigentliche Kern der Rechtsfrage kaum berührt wird. Dagegen: Ausschußbericht vom 14. December 1887, § 3 — Druckfachen des 19. ordentl. Landtages, Anl. 5 — und Verhandlung der Landesversammlung vom 23. Februar 1888. — Uebrigens ist bei wichtigeren Angelegenheiten wohl die Ermächtigung nur unter einem bestimmten

Vorbehalt erteilt; so hat z. B. bei Ueberweisung eines mit Oldenburg abgeschlossenen Zollvertrages an den Ausschuß die Ständerversammlung ausbedungen, daß die Beschlußfassung über jenen Vertrag nur in vollzähliger Versammlung des Ausschusses erfolgen dürfe und, falls auch nur ein einziges Mitglied über die aufgeworfenen Fragen zweifelhaft sein sollte, der Ausschuß bei der Landesregierung auf Einberufung der Ständerversammlung (zu einem außerordentlichen Landtage) anzutragen habe (Schreiben vom 2. Mai 1835, Anl. 3 zu Prot. 257 A des 1. ordentl. Landtages).

§ 127.

6. Sonstige Befugnisse.

Außerdem hat der ständische Ausschuß die Oberaufsicht über das landschaftliche Archiv [die Führung der Rittermatrikel]¹⁾, die Ertheilung der landschaftlichen Stipendien²⁾, die Leitung der Verwaltung der Sammlungen, Capitalien und Grundstücke der Landschaft³⁾; sowie die ihm durch die Geschäftsordnung übertragenen Functionen⁴⁾, zu besorgen.

¹⁾ Die Führung der Rittermatrikel (ursprünglich eines Katasters für die Besteuerung derjenigen Besitzungen, von denen Kriegesdienste geleistet werden mußten) ist dem Ausschuß abgenommen durch Gesetz vom 5. März 1891 Nr. 9. — Sie liegt jetzt der Ritterschaft selbst ob, der durch höchstes Rescript vom 19. Februar 1891 Corporationsrechte verliehen sind.

²⁾ Die Gründung der landschaftlichen Stipendien stammt aus dem Jahre 1711. Nach der vom Herzog Anton Ulrich unterm 13. August 1711 bestätigten Stiftungsurkunde waren 1500 Thaler jährlich sowohl „von Adelligen als Bürgerlichen Geschlechts und Herkommens zu verwenden solchergestalt, daß 900 Thaler in drei Stipendiis vor drei Adelige und die übrigen 600 Thaler vor sechs Personen bürgerlichen Standes erogirt werden sollten“; die Verwaltung hatte das Schatzcollegium zu führen. Nachdem auf dem 19. ordentlichen Landtage durch eine Verständigung zwischen der Landesregierung und der Landesversammlung das bisherige Vorrecht der Ritterschaft unter Ueberlassung einer gewissen Abfindungssumme an die letztere beseitigt war, ist das landschaftliche Stipendienwesen neu geordnet. Die an die Stelle der alten Stiftungsurkunde getretene Vereinbarung findet sich in der Anlage D des Landtagsabschiedes vom 7./14. September 1889, Nr. 44. Neben den eigentlichen landschaftlichen Stipendien verwaltet der Ausschuß noch einige von Privatpersonen gestiftete Stipendien (Göz v. Dlenhusen'sches, v. Mahrenholz'sches, v. Voß'sches und Angott'sches Stipendium), sowie ein Stipendium der Herzog Wilhelm-Zubläums-Stiftung.

³⁾ Capitalien der Landschaft sind nicht vorhanden. Als Grundstück der Landschaft kommt nur das landschaftliche Haus in Betracht, das im letzten

Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts erbaut ist und in welchem die erste Sitzung (der Ausschüsse) am 11. April 1798 abgehalten wurde. Die Sammlungen der Landschaft bestehen aus der landschaftlichen Bibliothek, der Gemäldesammlung und der Münzsammlung. Die Bibliothek, deren ältere Bestände und handschriftliche Aufzeichnungen manches Werthvolle aufweisen, ist durch Art. 21 des L.=A. vom 12. October 1832 für eine öffentliche erklärt; die weitere dortige Bestimmung, daß sie besonders in den vaterländischen Schriften aus anderen öffentlichen Sammlungen, sowie durch Ankauf vervollständigt, zu diesem Zweck eine bestimmte Summe auf den Klosterfonds angewiesen und über ihre Benutzung und Beaufsichtigung ein Reglement erlassen werden solle, ist indessen nicht zur Ausführung gelangt. Die Gemäldesammlung enthält hauptsächlich Bildnisse von Mitgliedern des braunschweigischen Herzogshauses, von denen einige aus der Salzdahlumer Galerie herrühren; die landschaftliche Sammlung vaterländischer Münzen endlich ist auf Wunsch der Stände in das Herzogl. Museum aufgenommen (L.=A. vom 12. October 1832, Art. 20).

*) Sie betreffen das Anmelungsverfahren, das der Eröffnung des Landtages vorangeht, die Vorprüfung und Berichterstattung über die Wahlen der Abgeordneten (§ 2 bis 10), die Mitwirkung bei der Feststellung des Landtagsabschiedes (§ 78) und die Einleitung der Verhandlungen auf Convocationstagen (§ 79 bis 82).

Dritter Titel.

Von den Landtagen, der Behandlung der Geschäfte auf denselben, sowie von den Verhandlungen des ständischen Ausschusses.

Erster Abschnitt.

Von den Landtagen.

§ 128.

1. Ordentliche und außerordentliche Landtage.

Die Ständerversammlung muß alle zwei Jahre zu einem ordentlichen Landtage von der Landesregierung berufen werden.

Außerdem steht es der Letzteren frei, jederzeit die Ständerversammlung zu einem außerordentlichen Landtage zusammenzurufen ¹⁾.

Die ordentlichen Landtage sollen im Monat Januar beginnen ²⁾).

¹⁾ In Beziehung auf die Verhandlungen der außerordentlichen Landtage enthält die R. L.=D. keine beschränkende Bestimmungen; sie sind daher nicht etwa ausschließlich auf Erledigung der eingegangenen Regierungsvorlagen angewiesen, vielmehr findet der § 138 auch auf sie Anwendung. Vergl. auch v. Gerber § 42, Anm. 2.

²⁾ Die durch besonderen Druck bemerklich gemachten Aenderungen sind herbeigeführt durch das Gesetz, die Abänderung verschiedener Bestimmungen der R. L.=D. vom 12. October 1832 und der dieselben ergänzenden Gesetze, insbesondere die Aenderung der Wahlperioden der Landesversammlung und der Finanzperioden betreffend, vom 26. März 1888 Nr. 12, § 2. — Nach der früheren Bestimmung trat die Ständeversammlung alle drei Jahre zu ordentlichen Landtagen zusammen und die letzteren begannen in der Regel im Monat November.

§ 129.

2. Ungegesetzliche Versammlungen.

Mit Ausnahme der in dem § 113 aufgeführten Fälle dürfen die Abgeordneten sich nicht versammeln, ohne von dem Landesfürsten berufen zu sein.

Solche landesfürstlich nicht berufenen Versammlungen sind strafbar und deren Beschlüsse ungültig.

§ 130.

3. Berufung der Ständeversammlung.

Der Landesfürst beruft die Abgeordneten durch eine Verordnung, in welcher er zugleich die Zeit und den Ort der Versammlung bestimmt, und in der Regel die den Ständen vorzulegenden Propositionen, insofern sie Gesetzentwürfe betreffen, im Allgemeinen bezeichnet.

§ 131.

4. Eröffnung des Landtages.

Der Landtag wird von dem Landesfürsten in Person¹⁾ oder durch einen landesfürstlichen Bevollmächtigten unter den von Höchstdemselben zu bestimmenden Feierlichkeiten eröffnet.

1) Unter dem Herzog Wilhelm hat eine Eröffnung des Landtages seitens des Landesfürsten in Person zuletzt am 19. December 1848 stattgefunden; während der gegenwärtigen Regentschaft ist bislang nur der erste Landtag seit der Einsetzung derselben vom Prinz Regenten persönlich eröffnet.

§ 132.

5. Eid der Abgeordneten.

Bei der Eröffnung des Landtages schwört jeder Abgeordnete folgenden Eid ¹⁾:

„Ich schwöre Treue dem regierenden Landesfürsten und
„Höchstdessen Nachfolgern aus dem Hause Braunschweig,
„Gehorsam den Gesetzen, und gewissenhafte Ausübung und
„Erfüllung der Rechte und Pflichten eines Abgeordneten.“

Dieser Eid wird bei folgenden Landtagen nur von Denen geleistet, welche zum ersten Male als Abgeordnete gewählt sind. Mitglieder, die bei Eröffnung eines Landtages nicht beeidigt sind, leisten den Eid bei ihrem Eintritte in die Ständeversammlung vor dieser.

1) Für die Dauer einer auf Grund des Gesetzes vom 16. Februar 1879 Nr. 3 eingesetzten Regentschaft ist die Eidesformel bestimmt im § 1, Abs. 2 des Gesetzes vom 12. Februar 1886 Nr. 9.

§ 133.

6. Unzulässigkeit von Instructionen und Mandaten.

Die Abgeordneten haben bei ihren Abstimmungen ganz allein ihrer, auf sorgfältige Prüfung der vorliegenden Gegenstände gegründeten, eigenen Ueberzeugung und ihrem Gewissen zu folgen, keineswegs aber Instructionen von Anderen anzunehmen und zu beachten ¹⁾. Sie können ihre ständischen Befugnisse nur bei persönlichem Erscheinen in der Ständeversammlung ausüben ²⁾ ³⁾.

1) Eine ausdrückliche Anerkennung des staatsrechtlichen Satzes, daß die Thätigkeit des Abgeordneten nicht als die Ausübung eines Mandatsverhältnisses, sondern als ein öffentliches Amt anzusehen ist.

2) Die E. L.-D. kannte noch sowohl eine Vertretung von Amtswegen — bei landtagsfähigen Frauenzimmern, Minderjährigen, Hausföhlen — als auch auf Grund schriftlicher Vollmacht (E. L.-D., § 20). Die N. L.-D. hatte da-

gegen eine allgemeine Stellvertretung im Amte insofern eingeführt, als sogleich bei der Wahl der Abgeordneten für die zehn Mitglieder der Ritterschaft fünf, für jeden der anderen Abgeordneten je ein Stellvertreter mit zu wählen war, der dieselben Eigenschaften haben mußte, wie jene, und einberufen wurde, wenn der Abgeordnete den übernommenen Auftrag niederlegte oder nicht länger besorgen konnte (N. L.=D., § 80). Diese Einrichtung ist dann durch die Gesetzgebung von 1851 beseitigt.

³⁾ Ueber die den Abgeordneten zustehenden Tagegelder und Reisekosten vergl. G.=D. vom 20. Januar 1893, § 89 bis 95.

§ 134.

7. Recht der freien Aeußerung ¹⁾).

Die Mitglieder der Landschaft haben bei ihren Berathungen das Recht, ihre Meinung frei zu äußern, und können wegen Verletzungen der Geschäftsordnung [welche weder ein besonderes Verbrechen, noch eine persönliche Beleidigung enthalten] ²⁾, nur von der Ständerversammlung selbst zur Verantwortung gezogen werden.

¹⁾ Die §§ 134 und 135 fehlten im ersten Entwurf und sind von der Commission nach Maßgabe der gleichen Bestimmungen der sächsischen (Art. 83 und 84) und württembergischen (Art. 183 und 184) Verfassung in Vorschlag gebracht.

²⁾ Im Einklang mit den eingeklammerten Worten enthielt der § 65 der Geschäftsordnung vom 12. October 1832 und späterhin der § 59 der G.=D. vom 19. April 1852 die Bestimmung, daß durch die zur Aufrechterhaltung der Redeordnung getroffenen Verfügungen der Landesversammlung das gerichtliche Verfahren wegen gesetzwidriger Aeußerungen der Abgeordneten nicht ausgeschlossen werde. In der Sitzung vom 12. December 1866 trug Köpp darauf an, in dem § 59 der G.=D. vom 19. April 1852 den Satz aufzunehmen, daß kein Abgeordneter wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gemachten Aeußerungen gerichtlich oder disciplinarisch verfolgt, oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden dürfe, und daß die Disciplinargewalt über die einzelnen Abgeordneten nur der Versammlung und deren Präsidenten zustehe. Zur Begründung des Antrages wurde auf die jüngsten Erfahrungen hinsichtlich der parlamentarischen Redefreiheit in Preußen hingewiesen und bemerkt, daß die härteste Kritik der in der braunschweigischen Geschäftsordnung geltenden Bestimmungen in dem Lobe der „Kreuzzeitung“ liege, die bei Besprechung des gegen Zweiten eingeleiteten Strafverfahrens jene für mustergültig erklärt habe. Nach der Annahme des Antrags seitens der Landesversammlung legte dann die Regierung unterm 14. Juni 1867 den Entwurf eines Gesetzes vor, in welchem im Hinblick auf die Vorschrift im

Art. 30 der Verfassung des Norddeutschen Bundes eine Aenderung des § 59 der G.=D. dahin in Vorschlag gebracht wurde, daß der die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens betreffende Satz des Paragraphen gestrichen und durch die nachfolgenden Bestimmungen ersetzt werden solle:

„Dagegen darf kein Abgeordneter zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gemachten Äußerungen gerichtlich oder disciplinär verfolgt, oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden. Insoweit der § 134 der Neuen Landschaftsordnung vom 12. October 1832 hiervon abweichende Bestimmungen enthält, wird derselbe aufgehoben.“

Der Gesetzentwurf erlangte in der Sitzung vom 30. Juli 1867 die einstimmige Genehmigung der Landesversammlung und ist als Gesetz vom 9. August 1867 Nr. 64, Abänderungen des § 59 der Geschäftsordnung für die Landesversammlung vom 19. April 1852 betr., publicirt. — Vergleiche übrigens auch: Reichs-Strafgesetzbuch, Art. 11. Ob die Äußerungen und Abstimmungen der Abgeordneten, wenn sie den Thatbestand einer strafbaren Handlung an und für sich enthalten, nicht doch unter anderen Gesichtspunkten (Anstiftung, Nothwehr u. A.) der strafrechtlichen Würdigung unterfallen können, ist nicht unbestritten (siehe die Literaturangaben bei G. Meyer, Staatsrecht, S. 302). Das Reichsgericht hat die Frage verneint (Entsch. in Strafsachen; Bd. 4, S. 14 f.). Der Redefreiheit der Abgeordneten entspricht der weitere Rechtssatz (R.-St.-G.-B., § 12), daß wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen eines Landtages von jeder Verantwortlichkeit frei bleiben. Zur Auslegung: Entsch. des Reichsgerichts in Strafsachen, Bd. 15, S. 32 f.; Bd. 18, S. 207 f.

§ 135.

8. Persönliche Unverletzlichkeit der Mitglieder der Ständeversammlung.

Kein Mitglied der Ständeversammlung kann während der Landtagsversammlung verhaftet werden, als entweder im Wege des Wechselverfahrens¹⁾, oder wenn dasselbe auf frischer verbrecherischer That ergriffen wird²⁾, oder mit Zustimmung der Ständeversammlung. In den beiden ersten Fällen hat die verhaftende Behörde dem Staatsministerium, und dieses der Ständeversammlung sofort Anzeige von der Verhaftung zu machen³⁾.

¹⁾ Der Wechselarrest ist jedoch beseitigt durch das Gesetz des Norddeutschen Bundes, betr. die Aufhebung der Schuldhaft, vom 29. Mai 1868. Als Mittel zur Erzwingung des Offenbarungsseides ist die Haft unstatthaft gegen Mitglieder einer deutschen gesetzgebenden Versammlung während der Sitzungsperiode, sofern nicht die Versammlung die Vollstreckung genehmigt (R.-G.-B.-D.,

§ 904, 1), und wird gegen Mitglieder einer solchen Versammlung unterbrochen, wenn die Versammlung die Freilassung beantragt (R.=E.=P.=D., § 905, 1).

²⁾ Die landesgesetzlichen Bestimmungen über die Voraussetzungen, unter denen gegen Mitglieder einer gesetzgebenden Versammlung während der Dauer einer Sitzungsperiode eine Strafverfolgung eingeleitet oder fortgesetzt werden kann, sind von den Reichsproceßgesetzen unberührt gelassen (Einf.=Gesetz zur R.=Str.=P.=D., § 6, Abs. 2). Auch der § 135 betrifft nur die Inhaftnahme zum Zwecke der Strafverfolgung, nicht zum Zwecke der Strafverbüßung. Die bereits ausgeführte Verhaftung bleibt bestehen. — Weitergehende Bestimmungen enthält für Mitglieder des Reichstages der Art. 31 der R.=V.

³⁾ Ueber die Zulässigkeit der Vernehmung von Landtagsmitgliedern als Zeugen oder Sachverständige außerhalb des Sitzes der Versammlung während der Dauer der Sitzungsperiode vergl. R.=E.=P.=D., § 382 und 402, R.=Str.=P.=D., § 49 und 72, R.=Mil.=Str.=P.=D., § 207 und 208. In Betreff des den Landtagen und den einzelnen Mitgliedern derselben zustehenden besonderen strafrechtlichen Schutzes: R.=Str.=G.=B., § 105 und 106.

§ 136.

9. Von den Beamten der Ständeverversammlung.

Die Ständeverversammlung wählt ihre Beamten aus ihrer Mitte, nämlich einen Präsidenten und einen Vicepräsidenten¹⁾.

Diese Wahl wird von dem an Jahren ältesten Mitgliede der Versammlung geleitet und geschieht vermittelst verschlossener Zettel durch absolute Stimmenmehrheit, wobei nach den für die Wahl der Abgeordneten vorgeschriebenen Grundsätzen²⁾ verfahren wird.

Zu der Stelle des Präsidenten und Vicepräsidenten werden für jede Stelle drei Candidaten dem Landesfürsten präsentiert, von denen derselbe Einen bestätigt³⁾, der alsdann sein Amt sofort antritt.

Das Amt des Präsidenten und Vicepräsidenten erlischt mit ihrer Eigenschaft als Abgeordnete⁴⁾.

¹⁾ In Betreff der auf dem sechsten ordentlichen Landtage aus besonderem Anlaß (Theilnahme des Vicepräsidenten an der Nationalversammlung zu Frankfurt) erfolgten Wahl eines zweiten Vicepräsidenten s. Protokoll der Sitzung vom 23. April 1849 S. 84 und Rückschreiben des Staatsministeriums vom Tage darauf — Anl. 3 zu Protokoll 10 der betr. Landtags-Verhandlungen.

²⁾ Siehe dieselben im Wahlgesetz vom 6. Mai 1899 Nr. 32, § 16 (unbedingte Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit schließlich Entscheidung durch das Loos).

³⁾ Eine Beschränkung, die nur noch in Anhalt (Gesetz vom 19. Februar 1872, § 13) und in Sachsen-Altenburg (Gesch.-Ordnung, § 2) sich findet.

⁴⁾ Da es nicht eines besonderen Ausspruches bedarf, daß ein Amt, welches durch die Abgeordneten=Eigenschaft bedingt wird, mit dem Wegfall derselben ohne Weiteres erlischt, so würde der Schlußabsatz des § 136 entweder etwas sehr Ueberflüssiges enthalten oder aber die Deutung zulassen dürfen, daß der einmal gewählte Präsident und sein Vertreter das ihnen übertragene Amt für die ganze Dauer der betreffenden Legislaturperiode, auf die sich ihre Eigenschaft als Abgeordnete bezieht, beibehalten, daß also die in der ersten Sitzungsperiode erfolgten Wahlen auch für die zweite ohne Weiteres in Wirksamkeit bleiben. Mit Rücksicht jedoch auf den § 13 der Geschäftsordnung vom 12. October 1832, laut dessen nach einer Eröffnung des Landtages zunächst die Wahl der Präsidenten allgemein vor sich gehen muß, hat sich die Ständeverammlung in ihrer Sitzung vom 21. November 1837 dahin ausgesprochen, daß der § 136 insoweit „nichts mehr besage, als daß der gewählte Präsident dieses Amt niederlegen müsse, wenn er aufhöre, Abgeordneter zu sein“, und festgestellt, daß die Wahl des Präsidenten und Vice-Präsidenten nicht allein für jeden ordentlichen, sondern auch für einen jeden außerordentlichen Landtag zu wiederholen sei.

§ 137.

10. Gehülfspersonal.

Für die Schreiberei und Registratur werden von dem Präsidenten die für die Zeit der ständischen Versammlungen nöthigen Officianten angenommen, und zur Verschwiegenheit und gehörigen Verrichtung ihrer Dienstgeschäfte eidlich verpflichtet und angewiesen ¹⁾.

¹⁾ Die „Annahme“ (Anstellung) der Beamten erfolgt vom Präsidenten der Landesversammlung, bezw. dem Vorsitzenden des Ausschusses, die Beeidigung und Dienstamweisung vom Landssyndicus (Geschäfts-Ordnung, § 22).

§ 138.

11. Gegenstände der ständischen Berathung.

Die Landesfürstlichen Propositionen, die Anträge der Abgeordneten und die eingegangenen verfassungsmäßig zulässigen Bittschriften bilden die Gegenstände der Verhandlungen ¹⁾. Von allen zur Berathung stehenden Gegenständen kommen die Landes=

fürstlichen Propositionen zuerst zum Vortrage und zur Berathung, und müssen, insofern nicht zwischen der Landesregierung und den Ständen ein anderes vereinbart wird, in der Ordnung, in welcher sie vorgelegt sind, erledigt werden ²⁾).

1) Die Vorlagen der Regierung werden seit 1848 bei den Berathungen der Landesversammlung vertreten durch Mitglieder des Staatsministeriums oder durch besondere Regierungs-Bevollmächtigte. Dem Recht der Minister, den Verhandlungen der Landesversammlung beizuwohnen, entspricht die Pflicht hierzu, wenn ihre Anwesenheit von der Landesversammlung für erforderlich erachtet wird (so zuerst die Geschäfts-Ordnung von 1852, § 33, jetzt G.=D. von 1893, § 31, Abs. 2).

2) Vorlagen der Regierung, wie Anträge einzelner Abgeordneten müssen, wenn sie auf einem Landtage nicht erledigt worden sind, demnächst von Neuem eingebracht werden, gehen also nicht als anhängige Sachen auf den nächsten Landtag über (Grundsatz der sogen. Discontinuität der Sitzungsperioden).

§ 139.

12. Von der Beschlußnahme.

A. Erforderliche Zahl der Mitglieder.

Die Ständeversammlung kann auf Land- und Convocations-tagen keinen Beschluß fassen, wenn nicht mindestens zwei Dritttheile der gesetzlichen Zahl ihrer Mitglieder anwesend sind ¹⁾).

1) Der Umstand, daß zur Zeit der Abstimmung verschiedene Mandate erledigt sind, hat daher auf die Berechnung der beschlußfähigen Zahl keinen Einfluß. — Eine Ausnahme von der Vorschrift des § 139 ist zugelassen durch den § 50 der Geschäftsordnung von 1852 (jetzt: G.=D., § 48) in der Hinsicht, daß die über Erinnerungen gegen das Sitzungsprotokoll zu fassenden Beschlüsse schon bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder der Landesversammlung als gültig anzusehen sind.

§ 140.

B. Regel.

Sie faßt über die zur Berathung und Entscheidung kommenden Angelegenheiten den Beschluß nach absoluter Mehrheit der Stimmen ¹⁾ 2).

1) Verfahren bei Stimmengleichheit: G.=D., § 70 und 66, Nr. 3 (die Frage ist, wenn sie nicht etwa nur die formelle Geschäftsbehandlung betrifft, in der nächsten Sitzung nochmals und zwar zur namentlichen Abstimmung zu bringen und gilt als verneint, wenn sich alsdann wiederum Stimmengleichheit ergibt).

2) Stimmenenthaltung: „Ein anwesendes Mitglied darf sich der Abstimmung nicht enthalten. — Ein bei dem Gegenstande der Verhandlung wegen eines Sonderinteresses betheiligtes Mitglied hat sich der Theilnahme an der Verhandlung und Abstimmung zu enthalten“ (G.D., § 69).

§ 141.

C. Erste Ausnahme.

Wenn ein Antrag auf Abänderung dieses Landesgrundgesetzes gemacht wird¹⁾, so müssen wenigstens zwei Drittheile der ganzen Landschaft²⁾ demselben beistimmen, um ihm Folge zu geben³⁾.

1) Der dem § 141 entsprechende § 156 des ersten Entwurfs lautete: „Soll ständischer Seits ein Antrag an den Landesherrn gemacht werden, welcher eine Abänderung der Landes- oder Steuer-Versaffung enthält, so müssen wenigstens zwei Drittel der Versammlung dem vorgeschlagenen Antrage beistimmen, um demselben Folge zu geben.“ Dieser Paragraph entsprach dem § 64 der E. L.-D. bis auf die Abweichung, daß letzterer nur bei wesentlichen Aenderungen der Landes- oder Steuer-Versaffung die verstärkte Stimmenmehrheit in Anspruch nahm. Der Beschränkung der Bestimmung des Entwurfs auf Veränderungen der Landesversaffung stimmte die Regierung ohne Weiteres zu, dagegen suchte sie ihr Vorrecht, die von ihr ausgehenden Anträge auf Verfassungsänderungen mit der gewöhnlichen unbedingten Stimmenmehrheit durchsetzen zu können, thunlichst zu wahren, sah sich schließlich jedoch dem entschiedenen Widerstande der Commission gegenüber zur Nachgiebigkeit gezwungen.

2) Also nicht mehr, wie nach dem ersten Entwurfe, „der Versammlung“. Es müssen daher unter allen Umständen mindestens 36 Stimmen zu Gunsten der Verfassungsänderung abgegeben werden, und es ist Einstimmigkeit erforderlich, wenn in der betreffenden Sitzung nicht mehr, als 36 Abgeordnete, anwesend sind. — Die Frage, ob bei einem aus mehreren Paragraphen bestehenden verfassungsändernden Gesetze die im § 141 verlangte Stimmenzahl nur vorhanden zu sein brauche bei der Abstimmung über das Gesetz im Ganzen oder ob sie auch bei der vorangehenden Beschlußfassung über jeden einzelnen verfassungsändernden Paragraphen des Gesetzentwurfs in Frage komme, ist von der Ständeversammlung mit großer Stimmenmehrheit — und gewiß mit Recht — in der Sitzung vom 8. December 1834 im ersteren Sinne entschieden, da die Abstimmung über einen jeden einzelnen Gesetzesparagraphen für nichts weiter zu halten sei, als für eine Erklärung, daß gegen dessen Inhalt, unter Voraussetzung der Annahme des Ganzen, Nichts zu erinnern sei. In Folge einer Wiederaufnahme der Verhandlungen ward dann zwar jener Beschluß trotz gewichtiger Gegengründe nach dreitägiger Berathung am 11. December 1834 mit der Mehrheit einer Stimme wieder aufgehoben, doch hat die ihm zu Grunde liegende Auffassung, wenn auch ein völlig gleichmäßiges

Verfahren seitdem nicht innegehalten und der betreffende Vorgang im Einzelfalle nicht immer im Sitzungsprotokoll genügend beurfundet ist, thatsächlich überwiegende Geltung erlangt. So bei der Abstimmung über das Gesetz, betr. die Zusammensetzung der Landesversammlung, im Jahre 1851, bei der Beschlußfassung über die einzelnen Paragraphen des entsprechenden Entwurfs von 1873, bei dem Gesetz über die Abkürzung der Finanzperioden im Jahre 1888 und es ist dieses Verfahren noch auf dem letzten ordentlichen Landtage gelegentlich der Berichterstattung der verstärkten Justizcommission über die Regierungsvorlage betreffs der Aenderungen in der Zusammensetzung der Landesversammlung, ohne Widerspruch zu finden, als das der Absicht des Gesetzes entsprechende bezeichnet [Bericht vom 25. Januar 1899 (Anl. 175 der Drucksachen des 24. ordentl. Landestages), S. 1].

³⁾ Ueber die Vorfrage, ob eine zur Beschlußfassung stehende Vorlage eine Aenderung des Landesgrundgesetzes oder der zu Bestandtheilen desselben erklärenden ergänzenden Gesetze (§ 98, Anm. 2) in sich schließe, entscheidet die Landesversammlung vorweg mit einfacher Stimmenmehrheit. So: Verhandlungen der Abgeordneten-Versammlung über den Beitritt des Herzogthums zum Dreikönigsbündniß in der Sitzung vom 11. August 1849. Vergl. auch Brie im Archiv für öffentliches Recht, Bd. 4, S. 60.

§ 142 ¹⁾.

[D. Zweite Ausnahme.

Wenn eine Abänderung in der Vertretung einer der drei Standesclassen vorgenommen werden soll, so muß die Mehrzahl der Abgeordneten des betheiligten Standes der für die Aenderung stimmenden erforderlichen Mehrheit beigetreten sein.]

§ 143.

[Wiederholung eines solchen abgelehnten Vorschlags.

Wird ein solcher Vorschlag abgelehnt und auf dem nächsten Landtage wieder vorgebracht, hat derselbe alsdann wiederum die Mehrheit der Stimmen des betheiligten Standes gegen sich, bilden aber zugleich sämmtliche für denselben abgegebene Stimmen die erforderliche Mehrheit der Stimmenzahl der ganzen Ständerversammlung, so ist der Vorschlag angenommen.]

¹⁾ Die §§ 142 und 143 bezeichnet schon der Bericht der Verfassungscommission über den Gesetzentwurf, die Aufhebung des Reichsgesetzes vom 27. December 1848 betreffend, vom 26. Juni 1851 — Verhandlungen des 6. ordentl. Landtages, Anl. 7 zu Prot. 185 — als „unanwendbar geworden“

in Folge des provisorischen Gesetzes über Zusammensetzung der Versammlung der Abgeordneten des Landes vom 11. September 1848 Nr. 43. Sie sind es auch dauernd geblieben, da das Gesetz vom 22. November 1851 die ehemalige Vertretung der drei Standesclassen nicht wieder ins Dasein zurückgerufen hat. So auch: Otto, Staatsrecht, § 8, S. 120.

§ 144.

13. Wirkung der Beschlüsse.

Die Wirkung und Beförderung eines gefaßten Beschlusses darf weder durch Verwahrungen, noch durch Berufung auf die höchste Entscheidung, noch auf andere Weise aufgehalten oder gehindert werden, sondern jedes ständische Mitglied muß sich das Resultat der Abstimmung schlechterdings gefallen lassen ¹⁾. Gleichwohl steht es einzelnen oder mehreren Abgeordneten frei, ihre besondere Meinung schriftlich auszuführen und zu verlangen, daß ihre Ausführung mit dem Beschlusse der Landschaft der Landesregierung mitgetheilt werde ²⁾.

¹⁾ Nach Zöpfl (Staatsrecht, Bd. 2, S. 342) sind die einzelnen Ständemitglieder gemeinrechtlich für befugt zu achten, Verwahrungen gegen landständische Beschlüsse zu Protokoll zu geben. — Ähnlich wie Abs. 1 des § 144 auch Reuß j. L. (Verf.-Urk. v. 1852), § 93.

²⁾ Der vorstehende Satz entspricht der kurheffischen (§ 105) und sächsischen Verfassung (§ 113) und ist auf Antrag der Stände dem Entwurf nachträglich eingefügt. In Bezug auf Sonderberichte der Commissions-Minderheiten: G.-D., § 28, Abs. 2. Außerhalb der Commissionen ist von der Ermächtigung bisher kaum Gebrauch gemacht.

§ 145.

14. Landesfürstliche Entschließung darauf.

Ein Beschluß der Ständeverammlung erhält nicht eher gesetzliche Gültigkeit, als bis ihm die landesfürstliche Zustimmung ertheilt und er als Gesetz publicirt ist ¹⁾.

Ob der Landesfürst ständischen Beschlüssen und Anträgen seine Zustimmung ertheilen wolle? — hängt von dessen freier Entschließung ab ²⁾. Wird die Zustimmung versagt, so werden die Gründe der Versagung den Ständen mitgetheilt werden ³⁾.

¹⁾ Vergl. auch § 5, Abs. 2. Die zwiefache Aufnahme der inhaltlichen gleichen Bestimmung in das Landesgrundgesetz erklärt sich daraus, daß das gesamte Capitel 1 der N. L.-D. im ersten Entwurfe nicht enthalten war.

²⁾ Die Sanction und der Verkündigungsbefehl werden, bis die Verkündigung selbst erfolgt ist, vom Landesherrn zurückgenommen werden können. Otto, Staatsrecht, S. 104. — Anders verhält es sich betreffs der Reichsgesetzgebung, bezüglich deren die Sanction dem Bundesrath zusteht, während dem Kaiser ein Veto nicht gegeben ist, so daß er der Pflicht zur Verkündigung der vom Bundesrath und Reichstag vereinbarten Gesetze sich verfassungsmäßig nicht entziehen kann. Näheres darüber: G. Meyer, Deutsches Staatsrecht, § 163, Anm. 5.

³⁾ Der Schlußsatz ist auf Antrag der Stände eingefügt.

§ 146.

15. Dauer des Landtags.

Die Landtagsverhandlungen sollen binnen drei Monaten vollendet werden ¹⁾. — Nur mit besonderer Landesfürstlicher Bewilligung kann der Landtag über drei Monate dauern.

¹⁾ Ein wohlmeinendes Gebot, das eine Besonderheit des braunschweigischen Landesgrundgesetzes bildet, unter den bisher stattgefundenen 24 ordentlichen Landtagen sich nur in ganz vereinzelter Ausnahmefällen hat verwirklichen lassen, aber gleichwohl nicht ohne Bedeutung ist, da es für die Regierung eine ernste Mahnung abgeben muß, die Vorlagen zeitig zur Eröffnung des Landtages einzubringen, für die Landesversammlung, die ihr obliegenden Geschäfte ohne Verschleppungen und unnütze Weitläufigkeiten zu erledigen. — Ob die „besondere“ — doch wohl gleichbedeutend mit „ausdrückliche“ — Bewilligung des Landesfürsten in jedem Falle eingeholt sein wird? Jedenfalls ist sie, wenn es geschehen, seit dem ersten ordentlichen Landtage der Ständeversammlung nicht mehr bekannt gegeben.

§ 147.

16. Vertagung, Verabschiedung und Auflösung der Ständeversammlung.

Der Landesfürst hat das Recht, die vor ihm berufenen Ständeversammlungen zu vertagen, zu verabschieden und aufzulösen ¹⁾.

Eine Vertagung über drei Monate hinaus ist unzulässig ²⁾.

In der Verordnung, durch welche die Ständeversammlung aufgelöst wird, sind zugleich die Wahlen neuer Abgeordneten zu verfügen, und es ist der Tag der Eröffnung der neu gewählten Ständeversammlung, und zwar innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten, zu bestimmen ³⁾.

1) Die „von ihm berufenen“ Ständeverfassungen. Die betreffenden Worte verdanken ihre Aufnahme in das Gesetz einem Antrage der Commission und bezwecken, die Auflösung eines Convocationstages auszuschließen.

2) Die Bestimmung, die einem Mißbrauche des Rechts des Landesherrn vorbeugen soll, ist lediglich getroffen im Interesse der Ständeverfassung. Dieselbe kann daher auf die Innehaltung der Vorschrift im Einzelfalle verzichten. Dabei ist regelmäßig die im § 141 bezeichnete Stimmenmehrheit erfordert.

3) Anderenfalls ist die Ständeverfassung für befugt anzusehen, nach § 113, Z. 2 zu verfahren.

§ 148:

17. Schluß des Landtags.

Nach dem Schlusse des Landtags¹⁾ werden die verschiedenen Gegenstände, worüber die Landesregierung und die Stände sich vereinigt haben, in einen Landtagsabschied kurz zusammengetragen²⁾, und dieser ist von dem Landesfürsten und, von Seiten der Stände, von dem Präsidenten³⁾ und dem Landsyndicus in doppelter Ausfertigung zu unterzeichnen, zu besiegeln und durch den Druck zur öffentlichen Kunde zu bringen.

1) Dem ursprünglichen Wortlaut des § 148 zu Folge sollte der Landtagsabschied vor dem Schluß des Landtages aufgestellt werden. Merkwürdiger Weise setzte sich mit dieser Bestimmung in Widerspruch die ebenfalls am 12. October 1832 publicirte Geschäfts-Ordnung, laut deren § 86 der Landtagsabschied nach dem förmlichen Schluß des Landtages durch eine von der Landesregierung und den Ständen ernannte gemeinschaftliche Commission zu entwerfen war. Thatsächlich wurde dann auch der Geschäfts-Ordnung gemäß verfahren und jenem offenkundigen Widerspruch erst abgeholfen durch das Gesetz, die Abänderung des § 148 des Landesgrundgesetzes betreffend, vom 19. April 1852 Nr. 24, welches das Eingangswort des § 148 nach der Bestimmung der Geschäfts-Ordnung umänderte. An Stelle einer besonderen Commission ist seit dem 2. ordentlichen Landtage der Ausschuß mit der Mitwirkung bei der Feststellung des L.=A. regelmäßig beauftragt. Vergl. G.=D. vom 20. Januar 1893, § 78.

2) Der Landtagsabschied, der in der gleichen Bedeutung auch in einer Reihe anderer, namentlich älterer Verfassungsurkunden sich erhalten hat, ist von rechtlicher Erheblichkeit, insofern er alle in Betreff der einzelnen Hauptetats der Staatsverwaltung, der Aufnahme von Anleihen und der Tilgung der Landesschulden auf dem jeweiligen Landtage erfolgten Vereinbarungen in sich aufnimmt — Feststellungen, die in anderen Staaten nur in Gestalt eines Gesetzes (im formellen Sinne) getroffen werden können. Auch im Herzogthume

hat übrigens aus besonderem Anlaß, namentlich bei voraussichtlich längerer Dauer des Landtages, die Veröffentlichung der Etats mittelst eines sogenannten Finanzgesetzes auf Grund des § 176 der N. L.=D. stattgefunden.

³⁾ Bei Wegfall des Präsidenten und des Vicepräsidenten des betreffenden Landtages ist der Landtagsabschied vom Vorsitzenden des Ausschusses zu vollziehen (Beschluß der Landesversammlung vom 18. December 1857).

Zweiter Abschnitt.

Verhandlungen des Ausschusses.

§ 149.

1. Wahl des Präsidenten.

Der ständische Ausschuß wählt sich einen Präsidenten aus seiner Mitte nach Stimmenmehrheit¹⁾.

¹⁾ Nach § 84 der G.=D. für den Fall des Abgangs oder einer Verhinderung des Präsidenten auch einen stellvertretenden Vorsitzenden.

§ 150.

2. Art der Geschäftsführung und Beschlußnahme.

Der Ausschuß betreibt die Geschäfte collegialisch, faßt seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit, ist aber zu einer Beschlußnahme nur befugt, wenn vier Mitglieder desselben anwesend sind¹⁾.

¹⁾ Näheres in der G.=D., § 85 bis 88. Der Ausschuß muß sich alljährlich wenigstens ein Mal versammeln (G.=D., § 85). Ergänzung des Ausschusses: Gesetz vom 6. Mai 1899 Nr. 31, § 17, N. L.=D., § 113, Z. 3.

§ 151.

3. Vortrag der vorgenommenen Geschäfte bei der Ständeversammlung¹⁾.

Ein Mitglied des Ausschusses hat von den zwischen den Landtagen vorgekommenen Geschäften auf dem nächsten Landtage²⁾ der Ständeversammlung ausführlichen Vortrag zu erstatten.

¹⁾ Der Entwurf der N. L.=D. beauftragte den Präsidenten des Ausschusses mit der Berichterstattung. An die Stelle des mündlichen Vortrages ist bei der großen Anzahl der vom Ausschuß in der Regel zu erledigenden Sachen von

vornherein schriftliche Berichterstattung getreten; die Anfertigung des Berichtes liegt dem Landshyndicus ob. Auf den ersten Landtagen wurde der Bericht des Ausschusses seitens einer besonders hierzu gewählten Commission vor der Berathung in der Versammlung noch einer Nachprüfung darauf unterworfen, ob der Ausschuss innerhalb der Grenzen seiner verfassungsmässigen Befugnisse und mit Wahrnehmung aller seiner Pflichten gehandelt habe. Seit dem Anfange der 50er Jahre ist diese Einrichtung als unnütz aufgegeben. — Vertraulich dem Ausschuss überwiesene Sachen werden der Landesversammlung in geheimer Sitzung durch Vorlesen mitgetheilt.

²⁾ Auch wenn derselbe ein ausserordentlicher ist (Auslegung der Ständeverversammlung vom 14. Mai 1839).

Dritter Abschnitt.

§ 152.

Geschäftsordnung.

Die näheren Bestimmungen über die Verhandlungen und die Form der Berathungen und Abstimmungen in der Ständeverversammlung und dem Ausschusse sind in der landschaftlichen Geschäftsordnung enthalten, welche zwar keinen Bestandtheil der Verfassung bildet, aber nur durch Uebereinkunft zwischen dem Landesfürsten und den Ständen abgeändert werden kann¹⁾.

¹⁾ Und zwar, da sie zu den Gesetzen gehört, die mit der N. L. D. erlassen sind, nur mit Zustimmung der Landesversammlung selbst. Die zur Zeit geltende G. D. vom 20. Januar 1893 Nr. 8 ist nur eine Redaction, die in Folge des Gesetzes vom 6. Juni 1892 Nr. 22 veranstaltet ist, und daher unter Mitwirkung des Ausschusses vor sich gehen konnte. — Die Geschäftsordnung hat sich übrigens von vorn herein nicht streng darauf beschränkt, die Grundsätze über die äusseren Formen der Geschäftsbehandlung auf Landtagen und in den Ausschusssitzungen festzustellen, enthält vielmehr auch einige Bestimmungen von materieller Bedeutung, die sehr wohl, wie in anderen deutschen Staaten auch geschehen, in dem Landesgrundgesetz oder dem Wahlgesetz ihre Stelle hätten finden dürfen. Dahin gehören: der § 7, Abf. 2, über nachträgliche Anfechtung von Abgeordnetenwahlen (eine Ergänzung des § 64 des Wahlgesetzes vom 23. November 1851 — jetzt: Gesetz vom 6. Mai 1899 Nr. 32, § 49), der auf die Redefreiheit der Abgeordneten bezügliche Schlussatz des § 57, welcher eine Abänderung des § 134 der N. L. D. enthält (vergl. S. 178, Anmerk. 2) und der § 75, in welchem vorgeschrieben ist, daß die Landesversammlung nur an den Landesfürsten oder das Staatsministerium Anträge richten und mit keiner anderen Landesbehörde in irgend eine Geschäftsverbindung treten darf, außer mit dem Oberlandesgerichte in den im

Landesgrundgesetze bestimmten Fällen (N. L.-D., § 108 bis 110, 231) und auf die dort festgesetzte Weise — eine Bestimmung, die in die Verfassung aufgenommen ist in Baden (Verf.-Urk. 1818, § 75), Württemberg (Verf.-Urk. 1819, § 126), Sachsen (Verf.-Urk. 1831, § 133), Hessen (Verf.-Urk. 1820, § 96), Preuß j. L. (Verf.-Urk. 1852, § 88).

Fünftes Capitel.

Von den obersten Landesbehörden und dem Civil-Staatsdienste.

§ 153.

1. Staatsdienst.

a) Verantwortlichkeit.

Alle Civil-Staatsdiener¹⁾ sind in dem ihnen angewiesenen Wirkungskreise für die Beobachtung der Gesetze und der Landesverfassung verantwortlich²⁾.

¹⁾ Als solche sind nach dem Gesetz über den Civilstaatsdienst vom 12. December 1832 Nr. 25, § 1 alle diejenigen anzusehen, welche zum Beamtenstande im engeren Sinne des Wortes gehören. Ausgeschlossen sind demnach: 1. die Hofbeamten, 2. die Officiere und Militärbeamten, 3. die landschaftlichen Beamten, 4. die Kirchen- und Schuldiener, 5. die Gemeindebeamten, 6. die Procuratoren und Advocaten, Aerzte und Wundärzte. Einbegriffen dagegen wiederum: die Lehrer an den Gymnasien und höheren Lehranstalten, sowie die Physici und die vom Staate besoldeten Wundärzte. So auch: Civilstaatsdienstgesetz vom 4. April 1889 Nr. 17, § 1, in welchem nach dem inzwischen erfolgten Abschluß der Militärconvention die Officiere und Militärbeamte nicht mehr erwähnt werden, dafür aber das Gensdarmiericorps unter der Reihe der nicht unter das Gesetz fallenden Beamten aufgeführt ist.

²⁾ C.-St.-D.-G. vom 4. April 1887, § 18: „Jeder Staatsbeamte hat die Verpflichtung, das ihm übertragene Amt der Verfassung, den Gesetzen, sowie den Dienstvorschriften und Anweisungen entsprechend wahrzunehmen.“ § 19: „Jeder Staatsbeamte ist für die Gesetzmäßigkeit seiner amtlichen Handlungen verantwortlich. Einer Anordnung des Vorgesetzten, welche innerhalb gesetzlicher Zuständigkeit und in der erforderlichen Form erlassen ist, hat der Untergebene Folge zu leisten, ohne dafür verantwortlich zu werden. Einer Anordnung des Vorgesetzten, welche Zweifel hervorruft, ob sie innerhalb gesetzlicher Zuständig-

keit und in der erforderlichen Form erlassen ist, hat der Untergebene, wenn Gefahr im Verzuge ist, sofort, wenn Gefahr im Verzuge nicht liegt, nach vergeblich gemachter Vorstellung Folge zu leisten, ohne dafür verantwortlich zu werden.“ (So auch schon der Hauptsache nach C.-St.-D.-G. vom 12. October 1832, § 23.) Die Bestimmung des Gesetzes vom 19. März 1850 Nr. 10, § 10, welche für das Finanzcollegium in verschiedenen Beziehungen eine uneingeschränkte Verantwortlichkeit begründete, ist als beseitigt anzusehen, da alle entgegenstehenden Bestimmungen im § 145, Abs. 2 des C.-St.-D.-G. aufgehoben sind. § 34: „Ein Staatsbeamter, welcher die ihm obliegenden Pflichten (§ 18) verletzt, begeht ein Dienstvergehen und hat die Disciplinarbestrafung verwirkt.“

§ 154.

b) Eid der Civil-Staatsdiener.

Dieselben sollen bei Ablegung des Dienstoides mit auf die Erfüllung dieser Pflicht vereidet werden¹⁾.

¹⁾ Die Eidesformel ist festgestellt durch die Verordnung vom 20. October 1832 Nr. 44, § 1. — C.-St.-D.-G. § 8: „Vor dem Dienstantritt ist jeder Staatsbeamte auf die Erfüllung aller Obliegenheiten des ihm übertragenen Amtes eidlich zu verpflichten. Das Bestehen des Dienstverbandes ist jedoch hiervon nicht abhängig.“ Betreffs der Kirchen- und Schuldiener: N. L.-D. § 226, der Gemeindebeamten: N. L.-D. § 52, der landschaftlichen Beamten: Bekanntmachung vom 18. December 1890 Nr. 73, § 3 und 21.

§ 155.

c) Contraſignatur.

Um den verfassungsmäßigen Gang der Staatsverwaltung und die dem Staatsministerium untergeordneten Staatsbeamten wegen ihrer Verantwortlichkeit zu sichern, sind die unter der Höchsten Unterschrift des Landesfürsten erlassenen Verfügungen in Landesangelegenheiten nur alsdann vollziehbar, wenn sie mit der Contraſignatur eines stimmführenden Mitgliedes des Staatsministeriums versehen sind^{1) 2)}.

¹⁾ „Verfügungen in Landesangelegenheiten“, d. h. nur wirkliche Regierungshandlungen, Ausübungen der Staatsgewalt. Daher bezieht sich die Bestimmung des § 155, wie vom Staatsministerium und der Versammlung der Abgeordneten übereinstimmend anerkannt ist (Sitzung vom 12. Mai 1849), auch auf die Ertheilung von Militärchargen und sie hat herkömmlich auch Anwendung gefunden auf Verleihung von Orden und Ehrenzeichen. Nicht hierher gehören dagegen die persönlichen Rundgebungen des Landesherrn, z. B. die Antwort auf

eine Adresse der Stände u. A. In Beziehung auf Kirchengesetze und Kirchenverordnungen ist die Nothwendigkeit der Contrafignatur ausdrücklich festgestellt durch § 4, Abs. 2 des Gesetzes vom 27. März 1882 Nr. 16. Sie ersetzt hier das placetum regium, dessen der Staat bei anderen Confectionen bedarf. Durch die Contrafignatur eines Kirchengesetzes übernimmt das betreffende Mitglied des Staatsministeriums daher die Verantwortlichkeit dafür, daß das Gesetz nichts enthält, was den staatlichen Normen widerstreiten und die staatlichen Interessen beeinträchtigen würde.

2) Neben den Regierungshandlungen, welche die Unterschrift des Landesherrn tragen, hat sich aus der älteren Zeit eine Form landesfürstlicher Erlasse in Uebung erhalten, in welcher die Unterschrift des Landesherrn durch die Bezugnahme auf dessen besondere Anordnung („auf höchsten Specialbefehl“) ersetzt wird. Ihre Zulässigkeit wird ausdrücklich anerkannt im E.-St.-D.-G. vom 12. October 1832 Nr. 21, § 7 (jetzt: E.-St.-D.-G. von 1889, § 5, Abs. 2) und bezüglich der Kirchengesetze und Kirchenverordnungen im Gesetz vom 27. März 1882 Nr. 16, § 4.

§ 156.

d) Verantwortlichkeit der Mitglieder des Staatsministeriums.

Die stimmführenden Mitglieder des Staatsministeriums sind insbesondere für die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit der von ihnen contrafignirten oder unterzeichneten Verfügungen verantwortlich¹⁾.

Diese Verantwortlichkeit trifft denjenigen höchsten Staatsbeamten, welcher contrafignirt oder unterzeichnet hat, persönlich, und ohne Zulassung der Berufung auf eine vorher mündlich oder schriftlich erklärte abweichende Meinung.

¹⁾ Während die Contrafignatur als ein Mittel, die Echtheit der Erlasse zu verbürgen oder Mißbrauch der Namensunterschrift des Fürsten zu verhüten, schon durch ein Rescript des Herzogs August Wilhelm vom 29. Mai 1714 angeordnet war und während nach der E. L. D. sogar alle mit derselben nicht versehenen Verfügungen des Landesherrn in Landesangelegenheiten als erschlischen gelten sollten, ist die persönliche, rechtliche Verantwortlichkeit der contrafignirenden Minister erst durch die R. L. D. begründet. Vergl. auch Otto, Staatsrecht, S. 103, Anm. 4. — „Die Verantwortlichkeit der Minister macht den Fürsten unverantwortlich“ (Dahlmann, Politik, S. 124). Indem die Minister als verantwortliche Zielpunkte hingestellt werden, soll „der politische Kampf in einer für das Staatsganze ungefährlchen Weise regulirt werden“ (v. Gerber, Grundzüge, S. 80, Anm. 1). Das Mittel, die Verantwortlichkeit geltend zu machen, bietet das Recht der Ministeranklage (§ 108 bis 110).

§ 157.

e) Gesetz über den Staatsdienst.

Die übrigen Rechtsverhältnisse der Staatsbeamten sind durch das hieneben erlassene Staatsdienstgesetz¹⁾ bestimmt.

¹⁾ Eines der im Art. 1 des L.-N. vom 12. October 1832 aufgeführten Gesetze, daher nur unter Mitwirkung der Landesversammlung selbst abzuändern. Jetzt: C.-St.-D.-G. vom 4. April 1889 Nr. 17 und Gesetz vom 3. April 1892 Nr. 9.

§ 158.

2. Staatsministerium.

Die unmittelbar unter dem Landesfürsten mit der obersten collegialischen Leitung der Landesverwaltung ausschließlich beauftragte Behörde ist das Staatsministerium.

Für die einzelnen Verwaltungszweige bestehen Ministerial-Departements¹⁾.

Dasselbe wird stets mindestens mit drei stimmführenden Mitgliedern besetzt sein, welche der Landesfürst nach eigener Wahl ernennt und nach Gefallen verabschiedet²⁾.

¹⁾ Eine Durchführung dieser — nachträglich eingeschalteten — Bestimmung enthält in Beziehung auf die Landesjustizverwaltung der Abschnitt 2 des Ausf.-Gesetzes zum D. G.-B.-G. vom 1. April 1879 Nr. 11. Die Ansicht der Landtagscommission, daß für die Angelegenheiten, die in den Gesetzen der „Landesregierung“ überwiesen seien, überall das Staatsministerium als Gesamtheit die zuständige Stelle bilde und daß gegen Verfügungen eines Ministerial-Departements Vorstellungen und Beschwerden an das Gesamtministerium nach wie vor zulässig sein würden, hat in der Sitzung vom 12. Januar 1878 das Ministerium als zutreffend anerkannt. Der Umstand, daß im Civilstaatsdienstgesetz von 1889 statt des Ausdruckes „Minister des Justiz-Departements“ überall gesagt ist: „Justizminister“, ist der Landesversammlung Anlaß zu einer ausdrücklichen Bevormungung geworden, daß die Aufnahme dieser im amtlichen Gebrauch bisher nicht üblichen Bezeichnung in den Gesetzestext die der Landesverfassung entsprechende amtliche Stellung der betreffenden Beamten nicht ändere (Schreiben vom 28. März 1889, Anl. 210 der Drucksachen des 19. ordentl. Landtages). Eine bei der Beratung des bezeichneten Gesetzes (Sitzung vom 23. Februar 1889) gegebene Anregung, es möge eine amtliche Bekanntmachung über die Vertheilung der einzelnen Verwaltungszweige unter die Mitglieder des Staatsministeriums

erlassen werden, hat trotz wohlwollender Entgegennahme Erledigung bisher nicht gefunden.

²⁾ Es steht ihnen in diesem Falle ein nach besonderen Bestimmungen (C.=St.=D.=G., § 134, Abs. 3) bemessenes Ruhegehalt zu.

§ 159.

3. Ministerial=Commission.

Zur Berathung der Gesetzentwürfe und anderer wichtigen Landesangelegenheiten [und zur Entscheidung der zwischen den Verwaltungsbehörden und Gerichten eintretenden Kompetenzstreitigkeiten] soll eine Commission bestehen.

Dieselbe soll zusammengesetzt sein aus den stimmführenden Mitgliedern des Staatsministeriums und den von dem Landesfürsten berufenen Beisigern.

[Mit der Entscheidung der Kompetenzconflicte soll eine eigene Section dieser Commission beauftragt werden, welche aus höheren Justizbeamten und aus höheren rechtskundigen Verwaltungsbeamten besteht, und in welcher das mit dem Departement der Justiz beauftragte Mitglied des Staatsministeriums den Vorsitz führt].

Das Nähere über die Organisation dieser Behörde bestimmt ein Gesetz ¹⁾.

¹⁾ Zur Ausführung des § 159 dient das Gesetz über die Organisation, den Geschäftskreis und das Verfahren der Ministerialcommission vom 30. October 1832 Nr. 22 — eines der mit der R. L.=D. publicirten Gesetze (§ 98, Anm. 4, § 122). An die Stelle der mit der Entscheidung der Kompetenzconflicte beauftragten Section dieser Behörde trat aber schon auf Grund des Gesetzes vom 19. Mai 1851 Nr. 19 ein besonderer Gerichtshof, dessen Zusammensetzung, Zuständigkeit und Geschäftsgang in Ausführung der Normativbestimmungen des § 17 des D. G.=B.=G. neu geordnet ist mittelst des Gesetzes die Bildung des Gerichtshofes zur Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten und das Verfahren vor demselben betreffend, vom 1. April 1879 Nr. 16. Der Gerichtshof besteht aus dem Präsidenten des Oberlandesgerichts, welcher den Vorsitz führt, zwei Räten desselben Gerichts und zwei höheren Verwaltungsbeamten. Die Ministerialcommission ist demnach gegenwärtig nur noch eine beratende Behörde, ähnlich dem Staatsrathe der größeren deutschen Staaten. Zu ihrem Geschäftskreise gehört hauptsächlich die Vorprüfung der Entwürfe zu Landesgesetzen, die ihr sämmtlich vorgelegt werden sollen; auch kann ihr Beirath überall bei wichtigeren Landesangelegenheiten vom Landesherrn in Anspruch genommen werden. Die Ministerialcommission ist nach den ihr übertragenen Geschäftszweigen in Sec-

tionen getheilt, ihre Mitglieder — und zwar ordentliche, wie außerordentliche — gehören ihr theils vermöge ihres Amtes an, theils werden sie nach freier Entschließung des Landesherrn von Jahr zu Jahr ernannt.

§ 160.

4. Kreis-Directionen.

Die Landes-Verwaltung und Polizei soll unmittelbar unter dem Staatsministerium durch Kreis-Directionen geleitet werden, deren Organisation und Geschäftskreis durch ein Gesetz bestimmt ist ¹⁾).

¹⁾ Das betreffende Gesetz, die Organisation und den Wirkungskreis der Kreisdirectionen und der durch dieselben zu bildenden Landesdirection betreffend, vom 12. October 1832 Nr. 27 (gleichfalls eines der mit der R. L. u. D. publicirten Gesetze) ist aufgehoben und ersetzt durch das Gesetz über die Organisation der Landesverwaltungsbehörden vom 19. März 1850 Nr. 26. In der Stadt Braunschweig wird, wie die Orts-, so auch die Landespolizei wahrgenommen von der Polizeidirection (Gesetz über die Polizeiverwaltung in der Stadt Braunschweig vom 19. März 1850 Nr. 27, § 1). Letztere ist der Kreisdirection Braunschweig untergeordnet, wenngleich der bisherige Recurs an die Kreisdirection neuerdings beseitigt ist; die Kreisdirectionen sind den übrigen unter dem Staatsministerium stehenden Staatsverwaltungsbehörden nebengeordnet (Gesetz vom 19. März 1850 Nr. 27, § 10; vom 26. Mai 1896 Nr. 27; vom 19. März 1850 Nr. 26, § 3). — Eine Erweiterung des Geschäftskreises der Polizeidirection ist gegenwärtig in Aussicht genommen.

Sechstes Capitel.

Von den Finanzen.

§ 161.

1. Sonderung des Fürstl. Haushalts von dem Staatshaushalte.

Zur Beförderung einer geregelten Finanzverwaltung soll der Fürstl. Haushalt von dem Staatshaushalte getrennt, das gesammte, zur Bestreitung der Staatshaushaltsbedürfnisse bestimmte Einkommen aus den Ueberschüssen des Cammerguts und der Steuerverwaltung aber vereinigt werden ¹⁾).

1) Ueber die Zeit vor Erlaß der N. L.-D. und die Entstehung dieses und der folgenden Paragraphen vergl. S. 39 fg. Die §§ 162 bis 172 sind, abgesehen von einigen Bestimmungen der §§ 164 und 168, die schon im ersten Entwurf enthalten waren, ausnahmslos erst in Folge der Verhandlungen über den Finanznebenvertrag der N. L.-D. eingefügt. Die Reihenfolge der Paragraphen des sechsten Capitels entspricht der Aufeinanderfolge der Einnahmequellen, mittelst deren der Bedarf des Staates zu decken ist: Ueberschüsse des Kammergutes (§ 162 bis 171), Erträge des werbenden Staatsvermögens (§ 172), Steuern (§ 173 bis 186), Anleihen (§ 187), Verkauf von Staatsgut (§ 189).

§ 162.

2. Cammergut.

Die sämmtlichen Herzogl. Domänen, Forsten, Jagden und Fischereien, die damit verbundenen Gefälle und Gerechtsame, sowie die heimfallenden Lehne, ferner die Verg- und Hüttenwerke, die Salinen, Glas- und Ziegelhütten, Steinbrüche, Kalk- und Gipsbrennereien, Braunkohlengruben und Torfstiche, die Porcellanfabrik und die Münze sollen das Cammergut bilden ¹⁾ ²⁾.

¹⁾ Außer den Einkünften der hier aufgeführten Güter, bezw. den erwähnten Gefällen und Gerechtsamen sind in früheren Zeiten bei der Kammerkasse noch vereinnahmt die Accise, Meß- und Pachtsofsgebühren, Zölle, der Ueberschuß vom Salzmonopol, Wege- und Brückengelder, Gerichtsporteln, sämmtliche Lehnsintraden, die Lotterie- und Posteinkünfte (vergl. § 172). Bei der engeren Abgrenzung des Kammergutes war zunächst Rücksicht darauf zu nehmen, daß nach der Ertragsfähigkeit desselben die auf den Reinertrag des Kammergutes angewiesene landesfürstliche Rente dauernd sichergestellt wurde. Im Uebrigen lag es nahe, dem Staatshaushalt vornehmlich diejenigen Einnahmequellen zu überweisen, die den Charakter von Gebühren für die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte oder für Gestattung der Benutzung der staatlichen Verkehrsanstalten trugen, wogegen die Einkünfte aus dem Grundbesitz und dem Gewerbebetrieb des Staates dem Kammergut vorbehalten blieben. Der § 172 bezeichnet die zu Gunsten des Staatshaushaltes ausgeschiedenen Einkünfte als solche, die „bei der Kammerkasse vorhin erhoben sind“. Sie sind allerdings von jeher nicht im Rechtsinn als Bestandtheile des eigentlichen Kammergutes angesehen, aber auch unter den im § 162 genannten Zubehörungen desselben befinden sich solche, die in dieser Hinsicht, d. i. in Betreff der Eigenthumszuständigkeit, wohl einer anderen rechtlichen Beurtheilung unterliegen dürfen, als die übrigen (vergl. darüber § 164, Anm. 1).

²⁾ Von den im § 162 aufgezählten Bestandtheilen des Kammergutes sind seit dem Erlaß der N. L.-D. die heimfallenden Lehne in Folge der Aufhebung

des Lehnverbandes außer Betracht gekommen, die Glas- und Zieglhütten, Kalk- und Gipsbrennereien, ein Theil der Berg- und Hüttenwerke (zu Klübe- land und Zorge) und die Helmstedter Braunkohlenwerke an Privatunternehmer verkauft, die Porcellanfabrik zu Fürstenberg und die Steinbrüche im Solling verpachtet; der Betrieb der Münze, der seit langen Jahren keinen Ueberschuß abgeworfen hatte, ist seit Beginn 1860 eingestellt und der Vorrath der Münz- kasse (Münzfonds) mit der Kammerkasse vereinigt. Von den beiden Salinen zu Salzdahlum und Schöningen befindet sich nur noch die letztere im herrschaft- lichen Besiz; die Berg- und Hüttenwerke beschränken sich auf den Antheil ($\frac{3}{7}$) an den Communionbergwerken am Harz (Rammelsberger Bergwerk, Hütten- werk und Schwefelsäurefabrik zu Oster, Hüttenwerke zu Juliusshütte und Sophien- hütte). In Folge der durch die Gesetzgebung von 1834 herbeigeführten Ablösung der herrschaftlichen Zehnten, Dienste und Gefälle, sowie auf Grund von Modifikationen, Gemeintheitstheilungen und Vergleichen, daneben aber auch als Entgelt für die Veräußerungen von Bestandtheilen des Grundvermögens sind dem Kammergut andererseits im Laufe der Jahre ansehnliche Capitalbestände wieder zugeführt, die in Gemäßheit des Gesetzes vom 20. December 1834 (Ges. = und V.-D.-Samml. von 1835 Nr. 3) im „Kammercapitalfonds“ zur Vereinnahmung gelangen. Auch vom Verkauf der Braunkohlenwerke ist der größere Theil im Betrage von einer Million Thalern jenem Fonds einverleibt (L.-A. vom 12. Juni 1874 Nr. 31, Art. 11). Doch hatte der Bestand des- selben in den vorangegangenen Jahren in Folge der theilweisen Tilgung der Kammer Schuld aus Mitteln des Kammercapitalfonds (s. darüber § 267, Anm. 1) und der vorschußweisen Entnahme der Kosten des Wiederaufbaues des Residenz- schlosses (L.-A. vom 2. Juni 1865 Nr. 28, Art. 2) sehr erhebliche Einbußen erlitten und ist auch in neuerer Zeit, abgesehen von den ihm obliegenden Aus- gaben für Beschaffung von Domänen-Inventarien, Drainirungen, Ablösungen u. A., in Folge namentlich des Erwerbes verschiedener Privatforsten von großem Umfange und einiger Landgüter, sowie des Neubaus des Herzogl. Museums wiederum stark verringert. Gegenwärtig beläuft er sich auf etwa 1740000 Mk. In Betreff einer Anzahl von Grundstücken, die zum Zwecke der Justizverwal- tung seit längeren Jahren benutzt waren, deren Eigenthum aber streitig sein konnte, hat eine Auseinandersetzung zwischen dem Fiscus und dem Kammergut neuerdings unter Zustimmung der Landesversammlung stattgefunden (vergl. Druckfachen des 18. ordentl. Landtages, Anl. 165, des 19. ordentl. Landtages, Anl. 5, § 5). — In Betreff der Kammer Schulden vergl. Anm. 1 zu § 167.

§ 163.

3. Stifter St. Blasii et Cyriaci.

Die Güter und Gerechtsame der auf den Grund des Reichs- deputationshauptschlusses vom 25. Februar 1803 aufgehobenen Stifter St. Blasii et Cyriaci werden, vorbehältlich der den

Präbendarien ausgesetzten Pensionen, dem Cammergute einverleibt, wie solches in Ansehung der Abtei Gandersheim und des Klosters St. Ludgeri vor Helmstedt früher schon geschehen ist ¹⁾).

¹⁾ Die bisher reichsfreien Abteien Gandersheim und Helmstedt (Kloster St. Ludgeri) sind dem Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel durch § 4 des Reichsdeputationshauptschlusses überwiesen (mit der Auflage einer immerwährenden, gegen Capital zu $2\frac{1}{2}$ Proc. ablösbaren Rente von 2000 Gulden zu der Stiftung der Prinzessin Amalie zu Dessau); die Einziehung der Stifter St. Blasii und Cyriaci zu Braunschweig erfolgte dagegen auf Grund der im § 35 des R. D. H. Sch. enthaltenen allgemeineren Ermächtigung, laut deren alle Güter der mittelbaren oder unmittelbaren, in den alten oder neuen Besitzungen der Landesfürsten belegenen, fundirten Stifter, Abteien und Klöster, deren Verwendung im R. D. H. Sch. nicht förmlich festgestellt war, der freien und vollen Disposition der Landesherren überlassen wurden, sowohl: „zum Behufe des Aufwandes für Gottesdienst, Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten, als zur Erleichterung ihrer Finanzen, jedoch unter dem Vorbehalt der festen und bleibenden Ausstattung der Domkirchen und der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit“. — Bei den Verhandlungen über den Entwurf der E. L. D. ist von der Prälatencurie die Wiederherstellung mindestens der Stifter St. Blasii und Cyriaci ernstlich in Antrag gebracht, die Beschlußfassung darüber aber von den Ständen auf den nächsten Landtag vertagt. Der Antrag wurde alsdann auch in beiden Sectionen angenommen; als jedoch das Geheimrathscollegium erklärte, daß während der Minderjährigkeit des Landesfürsten die geforderte Aenderung des bestehenden Zustandes für unzulässig zu halten sei, ließ man sich daran genügen, daß von dem Beschluß der Stände im Landtags-Abschied Act genommen und die landesherrliche Entschließung vorbehalten wurde (R. A. vom 11. Juli 1823, Art. 30). Die Sache ist damit auf sich beruhen geblieben.

§ 164.

4. Rechtsverhältnisse des Cammerguts.

Die bisherigen Rechtsverhältnisse des Cammerguts ¹⁾ und namentlich die Bestimmungen des Edicts vom 1. Mai 1794 ²⁾ bleiben unverändert.

Dasselbe ist daher fortwährend in seinem ganzen Bestande zu erhalten, und auf eine das nachhaltige Einkommen sichernde Weise zu benutzen. Die dazu gehörigen Grundstücke, Gerechtsame und Einkünfte können ohne Zustimmung der Stände nicht veräußert, also auch nicht verpfändet werden ³⁾.

Veräußerungen ohne ständische Zustimmung sind nichtig; der

Käufer hat weder gegen den Landesfürsten, noch gegen eine öffentliche Behörde ein Klagerrecht auf Rückzahlung des gezahlten Kaufgeldes, sondern er kann sich nur an die Personen halten, mit denen er contrahirt hat. Selbst in dem Falle, daß die von ihm gezahlten Münzstücke in einer öffentlichen Casse noch vorhanden wären, kann er solche nicht vindiciren⁴⁾.

¹⁾ Ueber Ursprung, Bestimmung, Eigenthum des Kammergutes vergl. Zachariae, Das rechtliche Verhältniß des fürstlichen Kammergutes, insbesondere im Herzogthum Sachsen-Meiningen, 1861 und das Eigenthumsrecht am deutschen Kammergut, 1864 (Gegenschrift gegen Meyser, Die Rechte des Staates an den Domänen und Kammergütern, 1863). Ferner: Zöpfel, Deutsches Staatsrecht II, § 485; Zachariae, Staats- und Bundesrecht II, § 207 bis 209; Gerber, Grundzüge, § 26; Schulze, Deutsches Staatsrecht I, § 86; G. Meyer, § 94. — In Betreff Braunschweigs: v. Bülow, Das Kammergut des Hauses Braunschweig (in den Mittheilungen zur Erläuterung der braunschweigischen Geschichte und Gesetzgebung, 1839), neuerdings: Ribbentrop, Ueber die Frage des Eigenthums an den Domänen und Forsten im Herzogthum Braunschweig (zwei kleinere Abhandlungen aus dem Gebiete des deutschen Staatsrechts, 1891). — Das Kammergut (Domanium) der deutschen Fürstenhäuser ist seinem geschichtlichen Ursprunge nach im Wesentlichen das alte Stammgut der landesherrlichen Familie, das im Laufe der Zeiten allerdings durch Reichslehen, Erwerbungen von Seiten anderer Reichsstände, wie auf Grund privatrechtlicher Geschäfte erhebliche Veränderungen erfahren hat. Auf der Grundlage dieses Besitzes hat sich die Landeshoheit entwickelt; „das Amt folgte dem Grundbesitz, nicht dieser dem Amte“. Er bildet die Ausstattung des fürstlichen Amtes und hat von jeher somit die Mittel zur Deckung der Kosten des fürstlichen Hofhaltes, wie der Landesverwaltung dargeboten. Nur insoweit diese Mittel im einzelnen Falle versagten, trat die Steuerbewilligung der Landstände ein. Die Rechtsverhältnisse des Kammergutes haben auch durch die Umwandlung des alten Patrimonialstaates in den modernen Verfassungsstaat an und für sich keine Veränderung erlitten. Die Entwicklung dieser Verhältnisse bietet innerhalb der braunschweigischen Lande Besonderheiten nicht dar. Die Frage nach der rechtlichen Natur des Kammergutes ist vielfach erörtert in den Berathungen der landständischen Commission, die nach Vorlegung des Entwurfs der E. L. V. in Betreff der beabsichtigten Besteuerung der Domänen stattgefunden haben. Aber wenn dort mit großem Nachdruck die „staatsrechtliche Eigenschaft“ des Kammergutes wiederholt betont ist, so hat damit, wie die nähere Begründung ausweist, doch nur die rechtliche Zweckbestimmung desselben zum Ausdruck gebracht werden sollen, wie denn auch selbst vom entschiedensten Vertreter der „Staatsgutsqualität“ des Kammergutes, dem Schatzrat v. Plessen, nicht in Abrede gestellt wurde, daß es „jure patrimoniali dem Landesfürsten gehöre“ (Gutachten vom 3. December 1819). Es

kam den Ständen damals nur darauf an, eine blühdige Zusicherung zu erhalten, daß das Kammergut nicht ausschließlich dem Bedarf des Landesfürsten zu dienen habe; eine Aenderung des bisherigen Rechtsverhältnisses lag ihnen im Uebrigen fern. Dagegen bestand innerhalb der Commission, die seit December 1831 mit dem Ministerium über die Trennung zwischen fürstlichem und Staatshaushalt verhandelte, die offensichtliche Neigung, die bestehende rechtliche Verschiedenheit zwischen Kammergut und Staatsgut im engeren Sinne völlig zu beseitigen. Der Anspruch, daß bei der Verathung über den Kammerkassenetat den Ständen die nämlichen Befugnisse zuzugestehen seien, wie bei Feststellung des Staatshaushaltsetats, berührte zwar nicht nothwendig die Frage nach der Eigenthumszuständigkeit des Kammergutes, sondern fand schon eine zureichende Begründung in dem berechtigten Interesse des Landes an einer Verwaltung jener Vermögenseinheit, die deren nachhaltige Ertragsfähigkeit sicherstellte und angemessene Ueberschüsse für den Staatsfädel gewährleistete, aber die Zurückweisung des Anspruches erfolgte seitens der Regierung auf Grund der Rechte, die dem Landesherrn am Kammergute zuständen, und diese Motivirung hat denn auch von der Ständeversammlung nicht bei Seite geschoben werden können (vergl. Anm. 2 zu § 168). Um so mehr dürfte bei der von der Commission gegebenen Anregung einer Civilliste der Gedanke mit im Spiele gewesen sein, auf diesem Wege, wie es in Bayern, Sachsen, Württemberg geschehen, eine Ablösung der landesherrlichen Ansprüche zu erreichen. Allein das Ministerium ging auf die betreffenden Vorschläge, soweit die Acten ersehen lassen, nicht eher ernstlich ein, als bis die Commission die Erklärung abgegeben hatte, daß dadurch „die bisherige staatsrechtlich feststehende Dualität des Domaniums durchaus nicht alterirt werden solle“ (s. auch S. 46) und schob nach erfolgter Einigung allen etwaigen Mißdeutungen einen Kiegel vor, indem es dem § 111 des ursprünglichen Entwurfs den ausdrücklichen Vorbehalt einfügte, der bei der späteren Redaction zum Abs. 1 des § 164 geworden ist. So ist bezüglich der Frage des Eigenthums am Kammergute Alles beim Alten geblieben und insoweit, wie von G. Meyer in seinem Staatsrecht treffend gesagt wird, ein Stück alter Verfassung erhalten, welches in das moderne Staatsleben hineinragt. Als Eigenthümer des Domaniums wird der jeweilige Landesherr anzusehen und bei einem Verlust der Landeshoheit seitens des regierenden Hauses zwar nicht das bisherige Eigenthumsverhältniß, ebensowenig aber auch (anderer Meinung: Zachariae, Staats- und Bundesrecht II, S. 431) die auf dem Kammergute lastende accessorische Zweckbestimmung zu Gunsten des Staates für beseitigt zu halten sein. Die Ansicht v. Strombed's (Staatswissenschaftliche Mittheilungen, vorzüglich in Beziehung auf das Herzogthum Braunschweig, 2. Heft, 1827, S. 114), daß das braunschweigische Kammergut deshalb zum reinen Staatsgut geworden sei, weil die Stände es so oft ausgelöst und von Schulden befreit hätten, ist ganz haltlos. — Im Einzelnen bedarf es allerdings der genaueren Untersuchung, auf welchem Erwerbstitel der Besitz der Kammergüter beruht. Wenn Domänen und Forsten ihrer Hauptmasse nach als das alte Familiengut des welfischen Hauses anzusehen sind, so befinden sich doch unter den im § 162

genannten Bestandtheilen des Kammergutes zugleich auch solche, die zu den Regalien gehören (Berg- und Hüttenwerke, Salinen) und die daher ebenso, wie etwaige Belehnungen seitens der Reichsgewalt, sowie die im § 163 erwähnten Säkularisationen dem Landesherrn vermöge seiner Amtsgewalt, also kraft eines öffentlich-rechtlichen Erwerbsgrundes zugefallen sind, mithin auch nicht wohl der gleichen Beurtheilung in Ansehung der Eigenthumsfrage unterworfen werden können. Vergl. G. Meyer, Staatsrecht, S. 257 f. und die Abhandlung von v. Bülow, der in Betreff der braunschweigischerseits säcularisirten Kirchengüter unterscheidet, ob sie auf Grund des § 7 oder des § 35 des R. D. H. Sch. eingezogen sind (S. 63). Ribbentrop folgt in seinem Aufsatze über die Frage des Eigenthums an den Domänen und Forsten im Herzogthum Braunschweig im Großen und Ganzen der Meinung Zachariae's; im Einzelnen enthalten seine Ausführungen manche bestreithare Sätze. Seine Ansicht, daß ein Erwerb des Landesherrn aus Mitteln seines Reservats durch Gestattung der Verwaltung desselben seitens der Kammer den Charakter eines Familienstammgutes erhalte und daß alsdann zu einer Veräußerung, ebenso wie bei sonstigen im Kammergute befindlichen Beständen des alten Stammgutes, es der Zustimmung sämmtlicher Agnaten bedürfe, wird ebenso wenig auf Zustimmung rechnen dürfen, als der Versuch, die Hausverträge über Untheilbarkeit des Landes und Primogenitur-Erbfolge aus dem Gedanken zu erklären, daß die braunschweigische Regentenfamilie „ein zur Erfüllung einer durch die göttliche Vorsehung ihr zugewiesenen weltgeschichtlichen Aufgabe berufenes, über den einzelnen Mitgliedern stehendes, daher trotz des Wechsels der letzteren unveränderliches Rechtssubject, eine juristische Person sei“. — Das Oberlandesgericht hat in einem Plenarbericht vom 31. März 1889, der die für Eintragungen in den Grundbüchern maßgebenden Grundsätze erörtert, sich dahin ausgesprochen, daß das Kammergut eine vom Staatsfiscus verschiedene juristische Person bilde, hinsichtlich deren es zweifelhaft sein könne, ob sie als Stiftung oder als Anstalt aufzufassen sei. „Die letztere Gestaltung ist indeß der ersteren immer noch so nahe verwandt, daß sie wie jene der heiklen Nothwendigkeit enthebt, darüber zu entscheiden, ob das fragliche Vermögen im Herzogthum, wie in vielen anderen deutschen Staaten, neuerdings verstaatlicht sei oder nach wie vor dem Herrscherhause gehöre.“ Vom Staatsministerium ist jedoch die Ansicht des Oberlandesgerichts betreffs der Rechtspersönlichkeit des Kammergutes nicht getheilt und im Uebrigen bemerkt, daß die Frage nach dem Eigenthum des letzteren auf sich beruhen bleiben könne, da sie nicht wohl bei der in Rede stehenden Gelegenheit nebenbei erledigt werden könne, ihre Entscheidung auch für jetzt durch praktische Ansichten nicht gefordert werde (Rescript vom 31. Mai 1889). Es ist demgemäß verfügt, daß das Grundvermögen der Kammer, da es nicht im Eigenthum der Behörde, die den gesetzlichen Namen „Herzogliche Kammer“ führe, noch weniger im Eigenthum einer der drei Directionen derselben stehe, nicht auf den Namen jener oder dieser, sondern in der Rubrik „Eigenthümer“ als „Kammergut“ einzutragen sei, wobei die Entscheidung darüber, wer der Eigenthümer des Kammergutes sei, vorbehalten bleibe. (Siehe den Bericht des Ober-

landesgerichts und die darauf ergangenen Ministerialrescripte in Zeitschr. für Rechtspflege, Bd. 36, Nr. 7.)

2) Das Edict des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand vom 1. Mai 1794 stellt die Voraussetzungen der Eingehung „rechtmäßiger Kammer Schulden“ und die Art der Tilgung derselben fest. Im Eingang weist der Herzog darauf hin, wie manche deutsche Staaten durch Schulden an den Rand des Verderbens gebracht, Industrie und Wohlstand untergraben, für die besten Anstalten keine Mittel mehr vorhanden seien und wie es daher als eine Angelegenheit der äußersten Wichtigkeit erscheine, solchen Ereignissen vorzubeugen. „Wir glauben, daß es eins der wirksamsten Mittel sein werde, diesen großen Zweck zu erreichen, wenn Wir Uns Selbst die Hände binden, keine Schulden zu machen und besonders Unsere Fürstl. Kammer zu sichern suchen, daß nie ohne eine rechtmäßige Ursache dergleichen auf sie gebracht werden können.“ Nachdem dann bemerkt ist, daß die gegenwärtig noch ungetilgten Schulden der Kammerkasse vom Herzog längst anerkannt seien und daher in die Classe der rechtmäßigen Kammer schulden gehörten, daß auch deren Amortisation schon weit vorgeschritten sei und es zu ihrer völligen Tilgung keiner ferneren Capitalaufnahme bedürfe, wird der Grundsatz aufgestellt, daß bezüglich der künftig zu contrahirenden Kammer schulden einzig und allein zum Augenmerk zu nehmen sei, ob dringende Landesbedürfnisse solche nothwendig machen und daß, wo dieses Merkmal fehle, die Schuld für eine rechtmäßige Kammer schuld nicht anzusehen, der Gläubiger hinsichtlich seiner Befriedigung nicht gesichert, die Zahlung der Schuld vielmehr als nichtig anzusehen sei (§ 4). Zu den rechtmäßigen Kammer schulden sollen gerechnet werden alle debita utilitatis, Schulden, die zum Nutzen des Herzogthums gemacht sind (zu „Erwerbung von Domaniastücken, Land und Leuten, Dörfer, Forsten, zu wirklichen einträglichen Verbesserungen, Tilgung fremder Ansprüche an das Land“ u. a. m.) und alle debita necessitatis, die „in Kriegs- und anderen gefährlichen Zeiten zur Rettung des Herrn oder des Landes, zur Vergütung der durch feindliche Invasionen verursachten Schäden, zur Anschaffung des Saatkorns in bedrängten Zeiten, zur Wiederaufbauung eines durch Brand verzehrten Fürstl. Residenzschlosses und in ähnlichen Nothfällen contrahirt werden“ (§ 5). Der Aufnahme eines Anlehens zu derartigen Zwecken hat eine Sachuntersuchung seitens des Fürstl. Ministeriums und des Engeren Ausschusses voranzugehen. Sind beide über die Rechtmäßigkeit der Anleihe einverstanden, so werden die nöthigen Schuldverschreibungen ausgestellt (§ 6); sind sie verschiedener Ansicht, so sollen die Acten an die Chefs, Directoren und Rätthe der Justizkanzlei, der Kammer und des Finanzcollegiums eingesandt und deren Meinungen eingeholt werden: „welche Meinung alsdann die meisten der drei einzuholenden Stimmen für sich hat, dabei hat es sein Bewenden“ (Recess, § 8). Die allmähliche Tilgung der erborgten Capitalien soll aus bestimmt anzuweisenden, namhaft gemachten Revenuen der Kammer erfolgen, die zugleich dem Gläubiger zur Specialhypothek dienen (§ 9). Die Uebernahme von Bürgschaften ist unter keinen Umständen unter rechtmäßige Kammer schulden zu rechnen (§ 12). Bei Veräußerungen, die der Landesfürst vornimmt, soll das

eingehende Capital als Abtrag vorhandener Schulden oder zum Ersatze des Abganges auf andere nützliche Art verwendet werden (§ 14). — Das im Edict aufgestellte Verbot des leichtsinnigen Schuldenmachens war an und für sich nicht neu, namentlich hatte schon der Herzog Julius in seinem Testament von 1582 angeordnet, daß sein Nachfolger „ganz und gar kein Geld aufnehmen solle, solches geschehe denn in scheinbaren Nothfällen gemeinen Fürstenthums und Vaterlandes oder daß demselbigen sonst dadurch ein fürtrefflicher Nug, Gedeihen und Wachsthum geschaffen werden könne“. Auch erklärte noch der Art. 21 der landschaftlichen Privilegien vom 9. April 1770, daß die Landschaft keineswegs gehalten sei, diejenigen Schulden, so ohne Landesnoth und also zum Ueberfluß, ohne ihren Consens gemacht worden, zu übernehmen. Aber solche Gebote und Zugeständnisse hatten thatsächlich wenig Erfolg gehabt, da dem Regenten *ex utilitate vel ex necessitate publica* die Eingehung von Kammer-schulden freigelassen war und jeder Landesfürst die Frage, ob eine der beiden Voraussetzungen vorlag, nach alleinigem Ermessen zu entscheiden beliebte. Die Bedeutung des Edicts liegt daher — abgesehen von der näheren Bestimmung über die Fälle der Zulässigkeit einer Anleihe und über die Art und Weise der Schuldentilgung — hauptsächlich in der genauen Ordnung des innezuhaltenden Verfahrens, wie in der Zuziehung des Ausschusses zu der anzustellenden Sachuntersuchung und abzugebenden Entscheidung. Diese Bedeutung des landesfürstlichen Entschlusses wurde vom engeren Ausschuss, als ihm der Entwurf des Edicts zur Begutachtung und Zustimmung unterm 13. März 1794 übermittelt wurde, denn auch dankbaren Herzens anerkannt. Er beschloß, bei der Wichtigkeit der Sache und zur Beseitigung eines jeden scheinbaren Einwandes gegen die Rechtsgültigkeit des zu fassenden Beschlusses den größeren Ausschuss zu gemeinsamer Berathung aufzufordern, und zog in Erwägung, ob nicht die Zustimmung der fürstlichen Agnaten oder die Bestätigung des Kaisers in Betreff des Edicts einzuholen sei. Beides wurde schließlich verworfen. Das Erstere hielt man weder für erforderlich, noch für rathsam, da alle Verträge zwischen dem Landesherrn und den Ständen ohne Weiteres für den Nachfolger an der Landesregierung verbindlich seien, übrigens auch vom Kurhause Hannover vielleicht Erschwerungen und Weiterungen erwartet werden könnten. Letzteres nicht, weil auch die kaiserliche Confirmation einen an und für sich nicht rechtsbeständigen Vertrag nicht gültig machen könne und bei den augenblicklichen Verhältnissen zwischen Kaiser und Reich „die Nachsichung gewissen Bedenklichkeiten unterworfen sei“. Dagegen meinte man, dem Plan des Herzogs nur dann Bestand für die Zukunft sichern zu können, wenn dem Edict ausdrücklich die Kraft eines Landesgrundgesetzes beigelegt und die einzelnen Bestimmungen desselben zugleich einem Landesrecess, einem Vertrage mit den Ständen einverleibt würden, zumal die Absichten des Herzogs Julius wohl hauptsächlich in Folge ihrer Einkleidung in die Rechtsform einer testamentarischen Anordnung nicht in Erfüllung gegangen seien; auch wünschte man „zu noch mehrerer Festhaltung“, daß jeder Landesherr bei Erlaß der Reversalen die genaue Innehaltung des Edicts anzugeloben habe. In beiden Hinsichten kam der Herzog dem Ansuchen des Aus-

schusses nach, genehmigte auch einige Aenderungen, die zu verschiedenen Paragraphen des Entwurfs in Antrag gebracht waren. Am 1. Mai 1794 ward der Vertrag, der im Wesentlichen den Wortlaut des Edicts wiedergiebt und nur in Beziehung auf das Verfahren bei der Prüfung der Rechtmäßigkeit einer Kammer Schuld genauere Bestimmungen enthält, vom Herzoge, wie von den Mitgliedern beider Ausschüsse unterzeichnet und am gleichen Tage das Edict vollzogen (der Vertrag ist nicht veröffentlicht, das Edict abgedruckt in Steinacker's Organisationsgesetzen, S. 613). — Da nun der die Regelung des Kammer Schuldenwesens betreffende Inhalt des Edicts theils schon durch den § 25 der E. L. = D. unanwendbar geworden war, theils durch das gleichzeitig mit der K. L. = D. erlassene Gesetz vom 12. October 1832 Nr. 29, die Ordnung und den Geschäftskreis des Herzogl. Finanzcollegiums betreffend (§ 8 und 9), ausdrücklich aufgehoben ist, so kann die Einschaltung des auf die fortdauernde Gültigkeit des Edicts bezüglichen Zwischenjages im § 164, wie auch die Stellung desselben im Zusammenhange des Paragraphen ergibt, nur Bedeutung haben in Beziehung auf allgemeine Grundsätze, die hinsichtlich der Rechtsverhältnisse, der Zweckbestimmung, der Unveräußerlichkeit des Kammergutes etwa dem Edict zu entnehmen sind. In letzterer Hinsicht ist aber nur der § 14 desselben (vergl. darüber Anm. 3) zu verwerthen. In Betreff der Rechtsverhältnisse des Kammergutes ergibt schon der Zweck und Anlaß des Edicts, daß dasselbe die Bestimmung des Kammergutes zur Bestreitung auch der Landesbedürfnisse nicht in Frage stellt, aber ebenso wenig läßt es daran zweifeln, daß sein fürstlicher Urheber sich als den rechtmäßigen Herrn des Kammergutes, seine Verfügungsgewalt daher an und für sich als unbeschränkt erachtete, und es als einen besonderen Beweis seines landesväterlichen Wohlwollens ansah, wenn er jener durch Erlaß bestimmter Ordnungsvorschriften die Grenzen enger zog.

³⁾ Ein unbedingtes Verbot der Veräußerung von Kammergütern oder Kammereinkünften ist wohl zuerst im § 25 der E. L. = D. ausgesprochen; die in den landschaftlichen Privilegien vom 9. April 1770 und in anderen Recessen gegebenen Zusicherungen betreffen die Veräußerung von „Dörfern, Schlössern und anderen ansehnlichen Stücken des Herzogthums“ und bei älteren Reversen ist es zudem zweifelhaft, ob dort nicht eine Uebertragung der Landeshoheit in Frage steht. Die Ausnahmen von dem Erforderniß der ständischen Zustimmung enthält, im Wesentlichen die im Art. 14 des Edicts vom 1. Mai 1794 angeführten Fälle wiederholend, das Gesetz vom 20. December 1834 (Gesetz und V. = D. = Samml. 1835 Nr. 3), auf dessen § 1 einstweilen zu verweisen ist. — In einem Schreiben vom 13. August 1834 (Anl. 1 zu Prot. 145 des 1. ordentl. Landtages) hat die Ständeversammlung sich ausdrücklich dahin ausgesprochen, daß dem Wortlaut des § 164 gemäß der Begriff „Veräußerung“ im weitesten Sinne auszulegen, daher nicht auf Uebertragung des Eigenthums zu beschränken sei, wie denn auch im § 165 die „Vererbleihung“ hierher gerechnet wird. Der „Verpfändung“ von Kammergütern ist in der bisherigen Praxis jede andere dingliche Belastung gleichgestellt. Die Vorschrift, daß auch die zum Kammergute gehörigen Einkünfte ohne ständische Zustimmung nicht veräußert werden

dürfen, hat in der Sitzung der Ständeversammlung vom 11. Mai 1849 zu dem Antrag Anlaß gegeben, das Staatsministerium darauf aufmerksam zu machen, daß auch bei Bewilligung eines Nachlasses an Domanialpachtgebern und Gefällen die Genehmigung der Landesvertretung einzuholen sei. Der Antrag ist jedoch mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt, nicht allein aus Rücksichten der Zweckmäßigkeit, insofern die empfohlene Maßregel gegen alle Grundsätze des constitutionellen Staatsrechtes verstoße und auf das Gebiet der Verwaltung hinüberführe, sondern auch aus Gründen des Rechts, weil die Verfassung nur Veränderungen in der Substanz des Kammergutes von ständischer Zustimmung abhängig mache und das Wort „Einkünfte“ im § 164 „das Capital, den Hauptstamm, nicht die Früchte“ bezeichne. — Ueber Veräußerung von Staatsgut im engeren Sinne, sowie über unentgeltliche Veräußerungen siehe § 189, Anm. 4 und 6, betreffs der Veräußerung von Gütern oder Gerechtsamen des vereinigten Kloster- und Studienfonds: § 224, hinsichtlich der Verwendung von Beständen des Kammer- und Klostercapitalfonds und der erweiterten Zuständigkeit des Ausschusses: Gesetz vom 20. Dezember 1834 § 2 und § 4, Anm. 1.

4) In Ansehung der vorstehenden privatrechtlichen Folgen einer unzulässigen Veräußerung sind jetzt die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches maßgebend.

§ 165.

Fortsetzung.

Durch die nothwendige Erhaltung des Kammerguts in seinem Bestande sind jedoch diejenigen, unter Zustimmung der Stände, zu treffenden Veränderungen nicht ausgeschlossen, welche bei einzelnen Besitzungen zur Beförderung der Landescultur oder sonst zur Wohlfahrt des Staates und Entfernung wahrgenommener Nachtheile durch Verkauf, Austausch oder Vererbleihung nothwendig oder gut befunden werden sollten¹⁾. Wird eine Ablösung der zum Kammergute gehörenden Dienste, Zehnten und Gefälle gegen Geld eintreten, oder eine Veräußerung einzelner Theile des Kammerguts im gesetzlichen Wege beschloffen²⁾, so ist gleichzeitig verfassungsmäßig über die nützliche Verwendung der eingehenden Gelder Vorsoorge zu treffen³⁾.

1) Der erste Satz des § 165 stimmt sonst ziemlich wörtlich überein mit dem § 18 der sächsischen Verfassung — bis auf den allerdings sehr erheblichen Unterschied, daß dort die Worte „unter Zustimmung der Stände“ fehlen, wie denn auch Bayern, Württemberg, Hessen und die anderen deutschen Verfassungsgesetze eine so weitgehende Beschränkung der Staatsverwaltung nicht kennen, in der Regel aber wenigstens verlangen, daß von den Fällen der im § 165

bezeichneten Veräußerungen der Landesvertretung nachträglich Kenntniß gegeben werde. — Unter „Vererblichung“ ist die Ueberlassung eines Kammergrundstücks zu Erbenzins verstanden. Ueber derartige Erbenzinsgüter der früheren Zeit vergl. Steinacker, Braunschw. Privatrecht, § 212; Hampe, § 151. Der Erbenzins gehörte zu den ablösbaren Reallasten (Ges. vom 20. December 1834 Nr. 20, § 1, 24 u. a.). — Die hier als zulässig bezeichneten Veränderungen sind sämmtlich Fälle von Veräußerungen gegen Entgelt, den allgemeinen Grundsätzen über Erhaltung des Kammergutes entsprechend. Vergl. übrigens § 189, Anm. 6.

²⁾ Die Verschiedenheit der Wortfassung: „wird eine Ablösung . . . eintreten“ und: „wird eine Veräußerung . . . beschlossen“ ist, — wie die landständische Commission bei der Vorberathung des Gesetzes vom 20. December 1834, die ohne ständische Zustimmung zulässigen Veränderungen mit dem Grundvermögen des Kammer- und Klostergutes betreffend, laut Protokolls vom 20. November 1834 festgestellt hat —, absichtlich gewählt, um erkennen zu lassen, daß die Bestimmung im § 14 des Edicts vom 1. Mai 1794, zufolge deren die Ablösung von Diensten, Zehnten und Gefällen der ständischen Mitwirkung nicht bedarf, in Kraft geblieben sei.

³⁾ Gesetz vom 20. December 1834, die ohne ständische Zustimmung zulässigen Veränderungen u. s. w. betreffend, § 2 bis 4.

§ 166.

5. Verwaltung des Cammerguts.

Das Cammergut wird, unter unmittelbarer Leitung des Herzogl. Staatsministerii, von der Herzogl. Cammer in drei abgesonderten Directionen für die Domänen, Forsten und Bergwerke verwaltet. Das Nähere hierüber ist durch das hieneben erlassene Gesetz bestimmt ¹⁾.

¹⁾ Gesetz, die Organisation und den Geschäftskreis der Herzogl. Kammer betr., vom 12. October 1832 Nr. 28 (zu den mit der N. L.-D. publicirten Gesetzen gehörig), hierzu auch Gesetz vom 19. März 1850 Nr. 10, § 3 bis 6 und in Ansehung der Zuständigkeiten der Herzogl. Kammer, Direction der Forsten, das Gesetz, die Ausübung der Forsthoheit und Forstaufsicht über Privatforsten betr., vom 30. April 1861 Nr. 26.

§ 167.

6. Verwendung des Cammerguts.

Die Aufkünfte des gesammten Cammerguts sollen, nach Absatz der Administrations- und Erhaltungskosten und der auf die

Amortisation und Verzinsung der Cammerschuld zu leistenden Zahlungen, wie bisher zur Bestreitung der Bedürfnisse des Fürsten und des Landes verwendet werden. Die successive Tilgung der Cammerschuld wird durch eine besondere Vereinbarung mit den Ständen bestimmt werden ¹⁾).

¹⁾ Siehe dieselbe in Art. 6 des Finanz-Nebenvertrages. Die gesammte ehemalige Cammerschuld ist bis auf verschiedene unablöbliche Capitalien im Verlauf von annähernd 232 000 Thalern (meist sogenannte Avariencapitalien, Schulden der Stadt Braunschweig, die zu berichtigen die Landesherrschaft nach Eroberung der Stadt aus den Mitteln des hierzu zurückbehaltenen sogen. großen Avars übernommen hatte), getilgt. Sie bezifferte sich nach der durch das Gesetz, die Ordnung des Kammer- und Landesschuldenwesens betreffend, vom 19. December 1834 Nr. 17 eingeleiteten Regulirung auf 3 284 335 Thaler. Die Tilgung erfolgte theils im Wege der Amortisation, theils durch Umwandlung der Kammer Schulden in Landesschulden, indem nach Maßgabe des Gesetzes vom 23. Februar 1855 Nr. 14 und des L.-A. vom 5. September 1855 Nr. 47, Art. 3 und 4 den Inhabern der Kammer Schuldenverschreibungen durch Vermittelung der Leihhausanstalt gleichwerthige Landesschuldverschreibungen ausgehändigt und für diese Ueberweisungen von den Darlehnsforderungen des Kammercapitalfonds an das Leihhaus der ihnen entsprechende Capitalbetrag abgesetzt, also Schuld und Forderung aufgerechnet wurde. Da auf diese Weise die Cammerschuld beseitigt ist auf Unkosten des Kammercapitalfonds, die Tilgung der Kammer Schulden aber dem Gesetze nach (Edict vom 1. Mai 1794, § 9, Gesetz vom 20. Februar 1837 Nr. 5, die Amortisation der Kammer- und Landesschulden betreffend, § 11) aus den hierzu verfügbaren Einkünften hätte stattfinden sollen, so ist zugleich vereinbart, daß nach Tilgung der ganzen Cammerschuld bis zur Rückerstattung der dazu aus dem Kammercapitalfonds verwandten Summe jährlich 20 000 Thaler aus den laufenden Kammer-Einkünften an jenen Fonds zu zahlen seien (L.-A. vom 5. September 1855, Art. 3, c).

§ 168.

7. Cammer-Stat und Rechnungen.

Der über die Verwaltung des Cammerguts vor dem Anfange und auf die Dauer einer zweijährigen Finanzperiode ¹⁾ aufgestellte Cammer-Stat wird den Ständen zur Erläuterung des, in dem Staatshaushalts-Stat (§ 184) aufzuführenden, Einnahmepostens von den Ueberschüssen des Cammerguts mitgetheilt, auch werden dieselben mit ihren gutachtlichen Anträgen und Be-

merkungen darüber gehört²⁾). Gleichergestalt werden den Ständen auf deren Verlangen die Cammer-Rechnungen von der abgelaufenen Finanzperiode zur Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte vorgelegt³⁾).

1) In der durch den Druck bezeichneten Weise abgeändert durch Gesetz vom 26. März 1888 Nr. 12.

2) Nachdem schon (vergl. S. 43 fg.) die ständische Commission sich bemüht hatte, der Landesvertretung in Beziehung auf die Feststellung der Kammerkassen-Etats größere Rechte zu gewinnen, nahm von Cramm-Samleben in den Plenarberatungen den Versuch wieder auf und trug (Sitzung vom 1. Sept. 1832) darauf an, den § 168 dahin abzuändern: „Der Kammeretat wird den Ständen zur Prüfung mitgetheilt und von der Landesregierung gemeinschaftlich mit ihnen festgestellt“. Zur Begründung wies er darauf hin, daß die für den Bedarf der fürstlichen Hofhaltung zurückzustellende Summe über alle Unglücksfälle erhaben sei, daß etwaige Ausfälle im Ertrage des Kammergutes künftig allein das Land treffen würden, welches dann mehr Steuern aufzubringen habe, und daß daher Nichts gerechter erscheine, als daß in Folge der Aenderung des bisherigen Zustandes den Ständen ein wirksamer Einfluß auf die Verwaltung des Kammergutes zu Theil werde. Nach langen Verhandlungen wurde der Antrag in der ersten Section angenommen, in der zweiten abgelehnt. Am 14. September berichtete dann Günther (später Präsident des Oberappellationsgerichts zu Wolfenbüttel) Namens der Ausgleichscommission: Es sei in Betracht gezogen, daß die künftigen Kammer-Etats im Wesentlichen nur die Einnahmen der Domänen, Forsten und Bergwerke in sich schließen, die sonstigen bei der Kammerkasse bisher vorgekommenen Einkünfte bei dem Staatshaushalt in Erscheinung treten und der ständigen Feststellung unterliegen würden, und man habe ferner erwogen, daß, weil jene Gegenstände als Familiengut des Herzogl. Hauses stets in Anspruch genommen seien, über dessen Ertrag die Landesfürsten bisher ausschließlich disponirt hätten, es billig sei, wenn in Hinsicht auf dasselbe auch künftig ein gewisser Vorzug beibehalten werde. Da sich jedoch das Gewicht der für den Antrag geltend gemachten Gründe nicht verkennen lasse, so schlage die Commission vor, im § 168 hinter den Worten: „werden mit ihren gutachtlichen Anträgen und Bemerkungen darüber gehört“ einzuschalten: „und falls diese unberücksichtigt bleiben sollten, sind die Gründe den Ständen bekannt zu machen“. Beide Sectionen traten, ungeachtet v. Cramm auf seinem Antrage beharrte, diesem Vorschlage bei. Das Ministerium erklärte in der Erwiderung auf die Beschlüsse der Ständeversammlung (Rückschreiben vom 28. September 1832) es für selbstverständlich, daß auf die Wünsche und Bemerkungen, die im § 168 erwähnt seien, Erwiderungen der Landesregierung erfolgen würden, da selbst im Falle des § 105 der N. L.=D. landesfürstliche Entschließungen verheißen seien, und daß es hiernach der Aufnahme eines ausdrücklichen Zusages in das Landesgrundgesetz nicht bedürfe. Die Ständeversammlung hat sich bei dieser Erklärung beruhigt, aber der weiteren Sicherheit halber in einem

Schreiben an das Ministerium vom 8. October 1832 ausdrücklich festgestellt, daß hiernach auch der Zusatz am Schlusse des § 105: „im Ablehnungsfalle mit Anführung der Gründe“ auf die im § 168 ihr zugestandenen Anträge und Bemerkungen bezogen werden dürfe.

3) Auch die Rechnungen über den Kammercapitalfonds „zur Einsicht“ (Gesetz v. 20. December 1834, § 8). — Der § 168 schließt eine directe Einwirkung der Ständeversammlung auf die Verwaltung des Kammergutes aus, insofern es sich nicht etwa um eine Abweichung von den Grundsätzen, die hinsichtlich der Normal-Etats der Beamten der Kammerverwaltung durch Gesetz oder Landtags-Abschied festgelegt sind, oder um eine Abänderung der Bestimmungen, die im Finanz-Nebenvertrag und in sonstigen Vereinbarungen über das Maß der zu Forstculturen, Bauten, Abträge der Kammerschuld aufzuwendenden Jahressummen getroffen sind, handelt. Aber schon auf dem ersten ordentlichen Landtage entstand bei den Etatberathungen die Frage, ob nicht die Ständeversammlung verfassungsmäßig für befugt zu halten sei, den Betrag der als Ueberschuß des Kammergutes an die Hauptfinanzkasse abzuführenden Summe, insofern derselbe auch im Staatshaushaltsetat als Cap. 1 der Einnahmen in Erscheinung tritt, auf Grund des § 185 der N. L.-D. direct anderweit festzustellen, wenn nach Ansicht der Landesvertretung der über die Verwaltung des Kammergutes aufgestellte Wirthschaftsplan der Regierung höhere Ueberschüsse mit einiger Sicherheit erwarten lasse. Die Ständeversammlung nahm dieses Recht mit Entschiedenheit in Anspruch, stellte den Betrag der Ueberschußsumme für die laufende Finanzperiode im Staatshaushaltsetat höher ein und begegnete dem Einspruch der Regierung mit der Erwiderung, daß die Versagung jener Befugniß die im § 184 der N. L.-D. den Ständen eingeräumte Mitwirkung beim Finanzwesen verkürzen und insbesondere das Recht der Steuerbewilligung beeinträchtigen würde (vergl. namentlich: Commissionsbericht vom 21. Mai 1834 — Protokoll 104, Anl. —, Ministerialschreiben vom 14. Juni 1834 — Prot. 125, Anl. 1, S. 7 —, Sitzung vom 22. Juli 1834 — Prot. 147, S. 1772 — Bericht vom 25. November 1834 — Prot. 195, Anl. 2, S. 5). Die Frage wurde damals nicht zum Austrage gebracht, weil die etatmäßigen Einnahmen sich ohnehin bald günstiger stellten, und der Gegensatz der Meinungen ist seitdem in solcher Schärfe nicht wieder aufgetreten; auch widerstreitet die obige Auffassung der Ständeversammlung der zweifellosen Absicht und dem klaren Wortlaut des Gesetzes, da eine erhöhte Einstellung der betreffenden Ueberschüsse nicht anders, als durch eine veränderte Einstellung der einzelnen Einnahme- oder Ausgabecapitel des Kammerkassen-Etats zu erwirken, ein auf Abänderung der Summe des Einnahmepostens des Staatshaushalts gerichteter Beschluß der Stände daher nur durch Ausübung indirecten Zwanges auf die Aufstellung der Etats der Kammerkasse durchzuführen ist, ein solcher aber mit dem Vorbehalt des § 168, laut dessen die Mittheilung des Kammer-Etats an die Stände überhaupt nur zur Erläuterung des Einnahmepostens in Capitel 1 des Staatshaushalts erfolgt, in den ärgsten Widerspruch sich setzen würde.

§ 169.

8. Bedarf des Landesfürsten.

Der Bedarf des Landesfürsten und Seines Hauses haftet zunächst und zuvörderst auf dem Reinertrage des Kammerguts. Die zur Bestreitung dieses Bedarfs erforderliche, von dem Landesfürsten vorbehaltene Summe ist in der mit den Ständen getroffenen besondern Uebereinkunft näher bestimmt ¹⁾).

Außerdem bleiben für den Bedarf der Hofhaltung vorbehalten: die Herzogl. Schlösser, sämtliche Hofgebäude, Gärten, Anlagen und Inventarien, sowie die bisher bei dem Oberhofmarschall-Amte und bei dem Oberstallmeister-Amte unmittelbar erhobenen Gefälle und herkömmlichen Naturallieferungen ²⁾. Die zur Hofhaltung gehörigen Immobilien sind von dem Lande untrennbar, und können ohne ständische Zustimmung nicht veräußert werden ³⁾.

¹⁾ Finanz-Nebenvertrag, Art. 1.

²⁾ Die fraglichen Lieferungen — freies Holz, Wildpret, Fische und die sogen. Küchenterminsgefälle sind allmählich bis auf das freie Brennholz abgelöst. Die Hofstatt bezieht dafür aus der Kammerkasse eine jährliche Entschädigung von 5608,11 Mk.

³⁾ Ein Verzeichniß der betreffenden Grundstücke ist enthalten in Anl. D des L.-N. vom 14. November 1864 Nr. 59. Dieselben bilden rechtlich nach wie vor Bestandtheile des Kammergutes (so auch: Otto, Staatsrecht, S. 129), sind jedoch hinsichtlich ihrer Verwaltung und Nutzung der Controle der Stände entzogen (§ 170, Abs. 2). Das Recht des Landesherrn an den der Hofstatt zugehörigen Grundstücken ist in den Verhandlungen der Landesversammlung verschiedentlich (vergl. z. B. Commissions-Bericht vom 26. Januar 1867, Anl. 37 der Drucksachen des 12. ordentl. Landtages, und Prot. vom 6. April 1892) unter den Gesichtspunkt des Nießbrauches gestellt. Dabei hat man aber die Frage, wer als Eigenthümer zu denken sei, unberührt gelassen. Sollte der Staat darunter verstanden sein, so widerspricht eine solche Annahme der geschichtlichen Entwicklung des Rechts der Kammergüter im Herzogthum, wie dem § 164 der N. L.-O., und die weiter etwa denkbare, auch hier und da vertretene Auffassung, daß das Herzogliche Haus als eine corporative Genossenschaft anzusehen und als solche Eigenthümerin des Kammergutes sei, ist schwerlich für zutreffend zu halten. Näheres darüber G. Meyer, Staatsrecht, S. 260, Anm. 14. Siehe auch oben § 164, Anm. 1.

§ 170.

Fortsetzung.

Unter dem Bedarfe des Landesfürsten und des Fürstl. Hauses sind mitbegriffen: die Kosten des Hofstaats, die Besoldungen und Pensionen der Hofdienerschaft, die Kosten des Marstalls, des Gestüts zu Harzburg, des Theaters und der Capelle, die Unterhaltung¹⁾ der Schlösser und der für die Hofhaltung bestimmten Gebäude, Gärten, Anlagen und Inventarien.

Ueber die Verwendung der zur Bestreitung dieses Bedarfs vorbehaltenen Summe, sowie über die Benutzung der im § 169 erwähnten Gegenstände steht den Ständen eine Controle nicht zu.

¹⁾ Der üblichen Bedeutung des Begriffs der „Unterhaltung“ nach würde somit dem Landesherrn allein die Instandhaltung der zur Hofstatt gehörigen Gebäude obliegen und er zu Neubauten aus Mitteln seines Reservats nur insoweit verpflichtet sein, als sie in Folge vernachlässigter Unterhaltung nothwendig geworden sind. Es ist jedoch zu berücksichtigen,

daß im § 171, Nr. 3 unter den Aufwendungen, die nicht vom Landesfürsten zu bestreiten sind, ausdrücklich genannt ist der Bau des fürstl. Residenzschlosses — eine Ausnahme, die bei obiger Auslegung der Erwähnung überhaupt nicht bedürfte und die in einem Schreiben der landständischen Commission vom 27. Juli 1832 (wenn auch mit Unrecht, s. Anm. 2 zu § 171) als ein dem Landesherrn für die Folge erwachsender besonderer Vortheil hingestellt ist,

daß ferner der Landesherr in der vor Erlaß der R. L.=D. liegenden Zeit, abgesehen von dem im § 5, b des Edicts vom 1. Mai 1794 erwähnten Falle (s. § 171, Anm. 2) die gesammte Unterhalts- und Baulast betreffs der fürstlichen Schlösser, Gebäude und dergl. aus seiner Generalkasse, in der er die ihm nach Abzug der Landesverwaltungskosten für seine Hofhaltung verbleibenden Ueberschüsse von den Kammerguteinkünften vereinnahmte, zu bestreiten hatte und daß es, wie die Verhandlungen über den Finanznebenvertrag ergeben, durchaus nicht in der Absicht der Stände lag, bei der Feststellung des landesfürstlichen Reservats für Ausgaben der Hofhaltung andere Mittel, als jenes, verfügbar zu stellen, und

daß denn auch, während der vom Ministerium ausgearbeitete „Entwurf einer zwischen der Landesherrschaft und den Landständen über die Trennung des Fürstl. Haushaltes vom Staatshaushalt und über die Organisation der Finanz- und Verwaltungsbehörden zu treffenden Vereinbarung“ (zum Protokoll der landständ. Commission vom 17. Februar 1832 überreicht; s. Seite 44, Anm. 1) in dem dem § 170 der R. L.=D. entsprechenden § 3 den Wortlaut aufwies: „die gewöhnliche Unterhaltung der Schlösser und der für die Hofhaltung bestimmten Gebäude, Anlagen und der Inventarien“, in den ferneren Ver-

handlungen dafür allgemein: „die Unterhaltung“ gesetzt und durch diese Aenderung diejenige Wortfassung wiederhergestellt ist, die schon in einem von der ständischen Commission herrührenden, durch Schreiben vom 2. December 1831 dem Ministerium mitgetheilten „Entwurfe zu den Bedingungen, unter denen die Bildung einer Staats-Finanzkasse zweckmäßig gefunden ist“ (s. oben S. 43) enthalten war. Hiernach ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß Regierung, wie Stände den Begriff der „Unterhaltung“ nicht in dem Sinne haben verstanden wissen wollen, der ihm gewöhnlich beigelegt wird, daß er vielmehr in weiterer Bedeutung — Erhaltung und Erneuerung — zu fassen ist und die Verpflichtung auch zu Neubauten in sich schließt. Wenn in vorgekommenen Fällen die Beschlußfassung der Landesversammlung mit der vorstehenden Auffassung nicht übereingestimmt hat, so liegt die Erklärung zum Theil vermuthlich in der Unbekanntschaft mit der Entstehungsgeschichte des § 170, zum Theil in der Unterstellung des Rechtsverhältnisses des Nießbrauchs (s. § 169, Anm. 3) und schließlich hin und wieder auch in gewissen Willigkeitsrückichten, doch ist namentlich in den Verhandlungen über den Neubau und die Versicherung des Theaters (Sitzungsberichte vom 17. April 1858 und vom 13. Mai 1865) auch eine abweichende Rechtsansicht nicht ohne Vertretung geblieben.

§ 171.

9. Apanagen, Witthümer und Schloßbaukosten.

Von der vorerwähnten Summe werden jedoch nicht bestritten:

1. die für die Prinzen und Prinzessinnen, Söhne und Töchter des regierenden Herzogs, bei selbstständiger Einrichtung, sowie bei deren Vermählung auszusendenden Apanagen, Einrichtungs- und Ausstattungskosten;
2. das der Wittne des Landesfürsten zu bewilligende standesmäßige Auskommen.

Diese unter Nr. 1 und 2 erwähnten Ausgaben werden, insofern höhere, als die durch Observanz feststehenden, Summen erfordert werden, oder eine solche Observanz nicht bestehen sollte, von dem Landesfürsten nach vorgängiger Uebereinkunft mit den Ständen festgestellt¹⁾.

3. die Kosten der Erbauung und der ersten Einrichtung eines Residenzschlosses in der Hauptstadt, welche von den Ständen besonders bewilligt und auf den Credit des Cammerguts aufgenommen werden²⁾.

¹⁾ Auch die in Nr. 1 und 2 bezeichneten Aufwendungen, die in früherer Zeit aus der Landessteuerkasse zu bestreiten, daher durch Steuern aufzubringen waren, lasten gleich der Nr. 3 nunmehr auf dem Cammergut. Dafür spricht

schon die Stellung des § 171 in der Reihenfolge der die Verhältnisse des Kammergutes behandelnden Paragraphen der N. L.=D. und es kommt hinzu, daß in dem dem jetzigen § 180 entsprechenden § 94 des ersten Entwurfs unter den durch Steuern aufzubringenden Landeslasten, deren Uebernahme indeß von den Ständen nicht verweigert werden konnte, ursprünglich als Nr. 3 „die Prinzessinsteuer nach den herkömmlichen Sätzen“ mitgenannt war — eine Bestimmung, die dann dort gestrichen und unter Erweiterung ihres Inhalts in den § 171 übertragen ist. — Die alte Prinzessinsteuer wurde zuletzt bei der Vermählung der Prinzessin Karoline mit dem Prinzen von Wales, dem späteren König Georg IV., in dem damals obervanzmäßigen Betrage von 20 000 Gulden entrichtet.

2) Das Edict vom 1. Mai 1794 führt im § 5, b unter den Fällen rechtmäßiger Kammerschulden auch die Verpflichtung zum Wiederaufbau eines durch Brand verzehrten fürstl. Residenzschlosses auf. Von der Ansicht ausgehend, daß diese Bestimmung auf Grund des § 164 der N. L.=D. als fortbestehend anzusehen sei, hat die Landesversammlung nach dem Schloßbrande von 1865 sich dahin ausgesprochen, daß die Nr. 3 des § 171 nicht auf den Neubau des Schlosses, welcher im Jahre 1832 in Frage stand, zu beschränken sei, sondern allgemeinere Geltung habe, und demgemäß die erforderlichen Mittel aus dem Kammercapitalfonds vorbehaltlich der allmählichen Rückerstattung aus den Kammereinkünften verwilligt (vergl. über die Rechtsfrage den Commissionsbericht vom 11. und den Sitzungsbericht vom 13. Mai 1865 in den Drucksachen des außerordentl. Landtages von jenem Jahr).

§ 172.

10. Bedarf des Landes¹⁾.

Die Ueberschüsse aus der Cammer-Verwaltung nebst den bei der Cammer=Casse vorhin erhobenen sonstigen Einkünften, namentlich den Lehnsgefällen²⁾, den Zöllen, Meß- und Pachthofs=Einnahmen³⁾, der Lotteriepacht⁴⁾, den Gerichtsporteln, Chaussée-, Wege-, Pflaster- und Brückengeldern⁵⁾, auch Postintraden⁶⁾, fließen in die Haupt=Finanz=Casse, und werden nebst den zur Deckung des Bedarfs bewilligten, bei derselben Casse zu vereinnehmenden Steuern⁷⁾, zur Bestreitung der Bedürfnisse des Landes verwendet⁸⁾ 9).

1) Die hier angegebenen Einkünfte bilden mit den Zinsen von dem in Werthpapieren angelegten Staatsvermögen, der Jahresrente aus dem Verkauf der Eisenbahnen und dem Reinertrag aus dem Leihhausgeschäft die ordentlichen Einnahmequellen des Staatshaushaltsetats im engeren Sinne. Gestaltung und Zusammensetzung dieses Etats, Bedeutung und procentuales Verhältniß der einzelnen Einnahme- und Ausgabe=Abtheilungen zu einander ist näher

zu ersehen aus dem gründlichen und lehrreichen Aufsatze von Kybik, der Staatshaushalt des Herzogthums Braunschweig in den Jahren 1833 bis 1886 (in Schanz, Finanzarchiv 1888, S. 187 bis 233).

²⁾ Lehnsgefälle sind auch im § 162 unter den Einnahmen vom Kammergut erwähnt. Es kommen hier Modificationsentschädigungen in Betracht, die bei der Kammerkasse oder der Hauptfinanzkasse zur Verrechnung zu bringen waren, je nachdem sie für das dem Lehnsherrn zustehende Heimfallsrecht oder für die demselben zu leistenden Dienste und Geldabgaben entrichtet wurden (Commissionsbericht vom 28. Februar 1834, § 8 — Anl. 1 zu Prot. 56 des 1. ordentl. Landtages).

³⁾ Der Abschluß des Herzogthums durch eigene Zolllinien und die dadurch bedingte Grenzcolleintrichtung sammt Zolltarif hörte in Folge Staatsvertrages mit dem Königreich Hannover vom 1. Mai 1834 bereits mit dem Jahre 1835 auf. Nachdem das Herzogthum dann eine Zeitlang dem Steuervereine angehört, von Seiten Hannovers aber durchaus keine freundschaftliche Behandlung erfahren hatte, trat es durch Staatsvertrag vom 19. October 1841 dem Zollverein Preußens bei, doch wurden der Harz- und Weserkreis noch bis zum Jahre 1844 im bisherigen Verbande belassen. Seit der Errichtung des Norddeutschen Bundes flossen in die Staatskasse des Herzogthums nur die Procente an Zoll- und Steuererhebungs- und Verwaltungskosten und seit 1879 die Antheile an den Mehrerträgen der Zölle und Verbrauchssteuern (R.-G. vom 15. Juli 1879, betr. den Zolltarif und den Ertrag der Zölle und Tabaksteuer § 8). — Die Meß- und Pachthofs-Einnahmen sind ohne Erheblichkeit; die ersteren bestehen hauptsächlich in den Buden-Stellengeldern, letztere zur Zeit in Waagegeldern und Niederlegungsgebühren.

⁴⁾ Die Landeslotterie ist hervorgegangen aus einer Veranstaltung von Geldlotterien, die durch landesfürstliches Rescript vom 2. Februar 1759 dem hiesigen Waisenhause für eigene Rechnung gestattet war. Nach Auflösung des Königreichs Westphalen wurde das Waisenhaus mit 200 Thaler Gold von jeder Lotterie abgefunden, eine Lotteriedirection des Staats eingerichtet und der fürstl. Kammer unterstellt, der Betrieb aber verpachtet. Kybik, a. a. O., S. 205. Das Gesetz vom 12. October 1832 Nr. 29, § 16 übertrug die Aufsicht über die Landeslotterie dem Finanzcollegium. — Die Einnahme aus der Lotterie ist allmählich zu einer sehr erheblichen geworden. Sie betrug (nach Kybik) im Zeitraum von 1833 bis 1840 jährlich durchschnittlich nur 12250 Thaler, in der Periode 1881 bis 1886 dagegen jährlich 393 300 Thaler und ist im Etat des Finanzjahres 1900 mit einem Betrage von 1 469 100 Mk. (d. i. annähernd $\frac{1}{10}$ der gesammten Einnahmen des eigentlichen Staatshaushalts) eingestellt. Unter diesen Umständen begreift es sich wohl, daß die zu verschiedenen Malen (1834, 1839, 1846, 1852) gegebenen Anregungen und gestellten Anträge auf Beseitigung der Lotterie keinen Erfolg gehabt haben.

⁵⁾ Die Chausseegelderhebung auf den Staatsstraßen, wie die staatliche Damm- und Brückengelderhebung, wurde durch das Gesetz vom 10. November 1873 Nr. 60 aufgehoben.

6) Die Postverwaltung, seit 1850 mit der Eisenbahnverwaltung unter Leitung der Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection vereinigt, ist auf Grund der Verfassung des Norddeutschen Bundes (Art. 4, Ziffer 10, 48 bis 52) zunächst auf diesen, dann auf das Deutsche Reich übergegangen.

7) Die directen Steuern wurden, soweit sie den Grundbesitz betrafen, zur Zeit des Erlasses der N. L.=D. nach der durch eine Verordnung vom 31. März 1817 Nr. 1 wiedereingeführten, althergebrachten Ordnung erhoben und setzten sich zusammen aus einer bunten Reihe von Auflagen und Abgaben, verschieden für Stadt und Land und nach ungleichen Vertheilungsätzen umgelegt. (Ueber die einzelnen Grundabgaben vergleiche Bode, Grundsteuer-System des Herzogthums Braunschweig 1824; auch Rybiß, S. 190). Erst das Gesetz über die Erhebung einer allgemeinen Grundsteuer vom 24. August 1849 Nr. 33 (spätere Aenderungen und Ergänzungen im Gesetz vom 23. März 1854 Nr. 17, vom 20. April 1855 Nr. 22, vom 11. Mai 1870 Nr. 51, vom 20. März 1873 Nr. 13 nebst Ausführungs-Verordnung vom 24. October 1876 Nr. 96) setzte an die Stelle dieser einzelnen Steuern und Abgaben eine gleichmäßige allgemeine Grundsteuer vom Reinertrage der ihr unterliegenden Grundstücke. An persönlichen Abgaben wurden daneben auf Grund der Verordnungen vom 29. October 1821 Nr. 11 und 9 erhoben eine Personalsteuer und eine Gewerbesteuer. Erstere, wesentlich eine Rangsteuer und zuletzt geordnet durch das Gesetz vom 29. Juni 1864 Nr. 33, ist vor Kurzem ersetzt durch eine allgemeine Einkommensteuer (Gesetz vom 16. April 1896 Nr. 21), an deren Seite dann noch eine das gesammte bewegliche und unbewegliche Vermögen des Pflichtigen nach Abzug der Schulden treffende Ergänzungssteuer trat (Gesetz vom 11. März 1899 Nr. 15). Beide Gesetze folgen in allen wesentlichen Bestimmungen dem Vorbilde Preußens (Gesetz vom 24. Juni 1891 und vom 14. Juli 1893). Die Gewerbesteuer ist nach dem Erlaß verschiedener, durch die Einführung der Gewerbefreiheit im Herzogthume (1864) und die Bundesgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 bedingter Gesetze zuletzt geregelt mittelst Gesetzes vom 27. März 1893 Nr. 15. In den Verhandlungen über den Entwurf des Einkommensteuergesetzes hat die Landesregierung zugestanden, daß von der Grund- und Gewerbesteuer bei Fortfall der bisherigen Steuererlasse und der Ueberweisungen von Staatseinnahmen an Kreise und Gemeinden 75 Proc. außer Hebung gesetzt, Grund- und Gewerbesteuer in entsprechendem Maße den Gemeinden in Anlehnung an die Grundsätze der preussischen neueren Steuergesetzgebung, doch unter Berücksichtigung der durch die Verhältnisse im Herzogthume gebotenen Aenderungen als Steuerquellen überwiesen und der in Folge dieser Maßregeln und der sonstigen Gestaltung des Etats sich ergebende, zur Deckung der Ausgaben erforderliche Fehlbetrag durch Einkommen- und Ergänzungssteuer gedeckt werde (Protokoll vom 19. und Schreiben des Staatsministeriums vom 21. März 1896, Anl. 71 der Drucksachen des 23. ordentl. Landtages). — An indirecten Steuern und Abgaben werden erhoben Stempelfteuern (Verordnung vom 27. October 1821 Nr. 10, von der jedoch nur noch wenige Bestimmungen in Gültigkeit geblieben sind;

der Erlass eines neuen Gesetzes ist schon seit längerer Zeit in Aussicht genommen), Veränderungssteuern (Gesetz vom 25. Juni 1879 Nr. 32) und Erbschaftsteuern (Gesetz vom 18. April 1876 Nr. 38 und vom 10. Juni 1892 Nr. 26, auch Ausf.-Gesetz zum V.-G.-B. vom 12. Juni 1899 Nr. 36, § 118, Ziff. 85).

⁸⁾ Wie schon erwähnt, erwachsen dem Staatshaushaltsetat weitere ordentliche Einnahmen aus den Geschäften der Leihhausanstalt (s. darüber § 186) und aus dem Verkauf der Eisenbahnen, welcher am 8. März 1870 zum Abschluß gelangte und die sämtlichen Staatsbahnen nebst den im Bau begriffenen Strecken einschließlich der dafür zur Verfügung gestellten und noch nicht verwandten Baufonds umfaßte. Der Kaufpreis bestand in Zahlung einer vom 1. Januar 1869 ab 64 Jahr hindurch zu entrichtenden „Annuität“ von 875 000 Thalern und einer Summe von 11 Millionen Thalern (L.-A. vom 25. bis 28. September 1871 Nr. 64, Art. 7). Von den Kaufgeldern ist der Betrag von 1 Million Thalern zur Ablösung der Stolgebühren, von 2 Millionen zur finanziellen Ausstattung der Kreiscommunalverbände (L.-A. 1871, Art. 7) und von 2½ Millionen zur Unterstützung des stark belasteten Kloster- und Studienfonds verwendet (L.-A. vom 12. Juni 1874 Nr. 31, Art. 4), während die zurückbleibende Summe (gleich dem aus dem Verkauf der herrschaftlichen Braunkohlenwerke dem Kammercapitalfonds zugehenden Erlöse) in Werthpapieren festgelegt ist, über deren Verwaltung eine besondere Vereinbarung mit der Landesversammlung getroffen wurde. Laut dieser Vereinbarung, die zu einem Bestandtheil des Landesgrundgesetzes erklärt ist, sollen die betreffenden, sowie durch ähnliche Operationen in den Besitz des Staats etwa ferner gelangenden zinstragenden Werthpapiere, gleichviel ob sie zum Staatsgute im engeren Sinne oder zum Kammergute oder zum Kloster- und Studienfonds gehören, zu keinem anderen Zweck verwendet werden, als zu welchem sie erworben sind, mithin nur zum Bezuge der davon erfolgenden Zinsen oder Dividenden; Veräußerungen, soweit sie nicht etwa nur zum Ersatz ausgeloofter oder gekündigter Obligationen durch andere nach bestimmten Gruppen bezeichnete Werthpapiere oder zur zinsbaren Belegung bei dem Leihhause erfolgen, sind nur gestattet mit Zustimmung der Landesversammlung, bezw. (bei Umtauschungen) der Finanzcommission oder des Ausschusses (L.-A. von 1874, Anl. B und Gesetz vom 10. Juli 1881 Nr. 27, § 3). Der Capitalbetrag (Nominalwerth) der zum Staatsgut im engeren Sinne gehörenden Werthpapiere beläuft sich zur Zeit auf etwa 18 Millionen Mark.

⁹⁾ Ueber das Landesschuldenwesen vergl. § 187, Anm. 3.

§ 173.

11. Steuer=Verwilligung.

a) Recht und Pflicht der Verwilligung.

Die Stände haben das Recht, daneben aber zugleich die Pflicht, die zur Erreichung der Staatszwecke erforderlichen Mittel

zu bewilligen, insoweit dieselben aus den Ueberschüssen des Cammerguts und dem übrigen Staatsvermögen nicht bestritten werden können¹⁾.

Insbesondere dürfen sie nie die Deckung derjenigen Ausgaben verweigern, welche auf den Grund verfassungsmäßig entstandener Verbindlichkeiten aus den Staatscassen gefordert werden können²⁾.

¹⁾ Während noch der § 93 des ersten Entwurfs nur das Steuerbewilligungsrecht der Landstände zum Ausdruck brachte, betont der § 173 daneben zugleich die Pflicht, die zur Erreichung der Staatszwecke erforderlichen Mittel zu bewilligen und bezeichnet damit den Gegensatz zu den Zuständen im alten Patrimonialstaat, in welchem, abgesehen von wenigen besonderen Einzelfällen, ein Steuerbeitrag nicht gefordert, sondern nur erbeten werden konnte. In Beziehung auf den Inhalt dieser Pflicht schrieb der Art. 2 des Bundesbeschlusses vom 28. Juni 1832 (die sogen. sechs Artikel, veröffentlicht im Herzogthum durch Bekanntmachung vom 31. Juli 1832 Nr. 11) vor: „Da nach dem Geiste des Art. 57 der Schlußacte und der hieraus hervorgehenden Folgerung, welche der Art. 58 ausspricht, keinem deutschen Souverain durch die Landstände die zur Führung einer den Bundespflichten und der Landesverfassung entsprechenden Regierung erforderlichen Mittel verweigert werden dürfen, so werden Fälle, in welchen ständische Versammlungen die Bewilligung der zur Führung der Regierung erforderlichen Steuern auf eine mittelbare oder unmittelbare Weise durch die Durchsetzung anderweiter Wünsche und Anträge bedingen wollten, unter diejenigen Fälle zu zählen sein, auf welche die Art. 25 und 26 der Schlußacte (Anrufung der Bundeshilfe) in Anwendung gebracht werden müßten.“ Die Bestimmungen dieses Bundesbeschlusses erregten vielfach Befürchtungen, als wenn dadurch den landständischen Befugnissen engere Schranken, als in den Landesverfassungen gezogen waren, gesetzt werden sollten, und sind demnach in verschiedenen Bundesstaaten nur unter gewissen Verwahrungen publicirt. In den Verathungen der braunschweigischen Ständeversammlung riefen sie die Besorgniß hervor, es könne der § 173 dahin gedeutet werden, daß die Frage, welche Mittel „zur Erreichung der Staatszwecke“ für erforderlich zu halten seien, in Zukunft ausschließlich der Beurtheilung der Regierung unterliegen solle. Auf ein Ersuchen um Aufschluß hierüber ward aber der geäußerte Argwohn unter Verweisung auf die übrigen Bestimmungen des Capitels 6 der N. L. u. D., insbesondere des § 185 für unbegründet erklärt. „Denn wenn einerseits die Stände die Verpflichtung haben, nicht nur die Ausgaben, deren Nothwendigkeit und Größe verfassungsmäßig feststeht, zu bewilligen, sondern auch diejenigen, welche zur Führung der Regierung oder für die Wohlfahrt des Landes erforderlich sind und sie daher Ausgaben dieser Art weder verweigern, noch deren Bewilligung an fremdartige Bedingungen knüpfen können, so haben sie andererseits auch das Recht, daß solche Ausgaben, deren Nothwendigkeit und Größe nicht feststeht, erst nach

vorangegangener Uebereinkunft in den Staatshaushaltsetat aufgenommen werden, sowie daß über die Art und Weise der Aufbringung der nothwendigen Mittel mit ihnen eine Vereinbarung getroffen werde“ (Rückschreiben des Staatsministeriums vom 28. September 1832). Der sowohl in diesem Schreiben, als auch im Bundesbeschluß vom 28. Juni 1832 ausgesprochene, in manche Verfassungen ausdrücklich aufgenommene, staatsrechtliche Grundsatz, daß es unzulässig sei, die Steuerbewilligung von „fremdbartigen“ Bedingungen abhängig zu machen, d. h. unter den hiesigen Verhältnissen von solchen Bedingungen, die nicht im § 175 ihre Begründung finden, ist anerkannt in der Sitzung der Ständeversammlung vom 21. Februar 1843.

²⁾ Wenn auch der (dem Gesetze erst nachträglich eingefügte) Absatz 2 sich unmittelbar nur auf Deckung der betreffenden Ausgaben durch Steuern bezieht, so ist doch der ihm zu Grunde liegende Rechtsatz seiner Natur nach ein allgemeiner und daher in Anwendung zu bringen auch bei Feststellung derjenigen etatmäßigen Ausgaben, die aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden können. Die „verfassungsmäßig entstandenen“ Verpflichtungen können neben den landesgesetzlichen auch privatrechtliche Verpflichtungen in sich schließen. Ueber die Erfüllung von Bundesverpflichtungen, an deren Stelle inzwischen die durch die Reichsverfassung begründeten getreten sind, siehe § 180, Z. 2.

§ 174.

Fortsetzung.

Keine allgemeine Steuer oder Landeslast kann ausgeschrieben, erhoben oder verändert werden, ohne ständische Bewilligung¹⁾.

Es macht hierbei keinen Unterschied, welche Gegenstände solche allgemeine Landesaufgaben und Leistungen betreffen: ob sie auf Grundstücke, Vermögen, Personen, Gewerbe oder auf den Verbrauch von Lebensmitteln und Consumtibilien gelegt werden sollen, auch bezieht sich dieses Bewilligungsrecht auf solche Ausgaben und Leistungen, welche die Leitung des Handels und der Gewerbe betreffen, oder welche zur Ausführung polizeilicher Einrichtungen und Maßregeln erforderlich sind, namentlich auf Weggelder, Zölle, Pachthausentrichtungen, imgleichen auf Gerichtssporteln²⁾.

¹⁾ Ausnahmen: § 180, 181, 189.

²⁾ Der Absatz 2 ist seinem ersten Theile nach wörtlich dem § 16 der E. L.=D. entnommen, enthält hinsichtlich seines letzteren Satzes („auch bezieht sich u.“) dagegen eine sehr wesentliche Erweiterung gegenüber den früher den Ständen zugestandenen Befugnissen. — Die Auslegung des § 174 hat innerhalb des ersten Jahrzehnts nach Erlaß der E. L.=D. wiederholt die umständ-

lichsten Erörterungen hervorgerufen. Namentlich führte schon auf dem ersten ordentl. Landtage die Frage, ob die Regierung befugt gewesen sei, in Ausführung des § 4 der Gefinde-Ordnung dem Gefinde die Lösung eines Dienstbuches gegen eine die Herstellungskosten erheblich überschreitende Gebühr allgemein vorzuschreiben, zu einem von beiden Seiten mit Eifer verfolgten Streit zwischen Ständen und Ministerium. Die Ersteren waren der Ansicht, daß jene Abgabe, insofern sie den baaren Kostenaufwand überschreite, die Natur einer eigentlichen Steuer annehme und somit, da nach §. 174 auch diejenigen Abgaben und Leistungen, die zur Ausführung polizeilicher Einrichtungen und Maßregeln erforderlich seien, der ständischen Zustimmung bedürften, nicht als gesetzmäßig angesehen werden könne, wohingegen das Ministerium die Gebühr zu den fraglichen Abgaben nicht rechnete und die betreffenden Verfassungsbestimmungen nur auf „Steuern im engeren Sinne des Wortes“ bezog. Die Ständeversammlung beharrte zwar bei ihrer Ansicht und hob hervor, daß die §§ 174 und 175 unterschiedslos von Landeslasten, Auflagen, Leistungen, Abgaben und Steuern handle (aber doch immer nur von allgemeinen Landeslasten, wohin auch die am Schluß des Paragraphen aufgeführten Beispiele zu rechnen sind!), doch wurde in Folge der Bereitwilligkeit der Regierung, den Erlös aus den Gefindebüchern allgemein den Armenkassen zu überweisen, die Sache nicht weiter verfolgt (vergl. namentlich Schreiben an das Staatsministerium vom 25. November 1833 — Anl. 1 zu Prot. 46 — Erwiderung vom 28. Februar 1834 — Anl. 1 zu Prot. 54 — Commissionsbericht vom 12. August 1834 — Anl. 4 zu Prot. 167 und Schreiben an das Staatsministerium vom 22. August 1834 — Prot. 172, Anl. 1). Auf dem dritten ordentlichen Landtage erhob sich ferner der Zweifel, ob die Feststellung des Schulgeldes in den Landgemeinden als eine Steuerauflage im Sinne des § 174 zu betrachten sei? Die Frage ist hier aber verneint, da der § 174 nur von allgemeinen Steuern und Landeslasten handle, die durch den Staatshaushaltetat liefern, in die öffentlichen Kassen fließen und von allen Landeseinwohnern zu tragen seien (Sitzung der Ständeversammlung vom 3. April 1840).

§ 175.

b) Umfang des Steuerverwilligungsrechts.

Das ständische Bewilligungsrecht erstreckt sich bei seiner Ausübung nicht allein auf die Art und den Betrag der öffentlichen Abgaben und Leistungen, sondern auch auf die Grundsätze und Verhältnisse, nach welchen selbige auf Gegenstände oder Personen zu legen und zu vertheilen sind, sowie auf die Dauer, Erhebungsweise und Verwendung der aufzulegenden Steuer¹⁾.

¹⁾ Der § 175 entspricht wörtlich dem § 17, Abs. 1 der E. L.-O. und dem § 78 des ersten Entwurfs zur N. L.-O., in welchem die Beibehaltung der

bisherigen Landessteuerkasse noch vorgesehen war. Während aber nach der ehemaligen Landesverfassung jede einzelne Steuer für einen besonders bestimmten Verwendungszweck bewilligt und ausgeschrieben wurde, ist die im § 175 beibehaltene Richtung des Steuerbewilligungsrechts auf die „Verwendung“ der Steuern nur insofern noch von Bedeutung, als der Regel nach zwar die verwilligten Steuern zur Deckung des gesamten, aus anderen bereiten Einnahmequellen nicht zu bestreitenden Steuerbedarfs unterschiedslos zu verausgaben sind, den Ständen gleichwohl aber freisteht, im Einzelfalle die Verwendung der Steuer für einen Einzelzweck der Staatsverwaltung, bezw. für einen bestimmten Ausgabeetat zu beschränken (so gegenüber den Ausführungen im Gutachten des Landssyndicus vom September 1846 — Anl. 4 A zu Prot. 5 des außerordentl. Landtages von 1848 — der Bericht des Ausschusses vom 13. October 1846 — Anl. 4 B desselben Protokolls, auch Commissionsbericht vom 14. October 1851, Anl. 1 zu Prot. 197 des 6. ordentl. Landtages. Vergl. auch § 177, Abf. 2).

§ 176.

c) Art der Steueranschreiben ¹⁾.

Nachdem über dieses Alles zwischen der Landesregierung und den Ständen eine Uebereinkunft getroffen worden, wird in deren Gemäßheit die verwilligte Auflage durch ein, auf die gewöhnliche Weise und „mit Bezug auf die Zustimmung der Landschaft“ zu publicirendes Gesetz ausgeschrieben und ihre Erhebung verfügt ²⁾.

¹⁾ Ueberschrift und Wortlaut des Paragraphen können sehr wohl zu Mißverständnissen Anlaß geben. Der Paragraph bezieht sich nicht etwa (vergl. auch Otto, Staatsrecht, S. 131) auf die eigentliche Steueranleihe („Steueranschreiben“), die durch Veröffentlichung des vereinbarten Staatshaushalts-Etats erfolgt, sondern auf die „Steuerverfassung“. Die hier und in einigen anderen Paragraphen über das Steuerwesen vorhandenen Unklarheiten erklären sich, wie schon das bei § 175 erwähnte Gutachten bestätigt, daraus, daß die betreffenden Paragraphen zum Theil wörtlich dem § 17 der E. L.=D. entnommen, zum Theil aus dem ersten Entwurf der N. L.=D. unverändert stehen geblieben sind, obgleich die hinsichtlich des Steuerbewilligungsrechts früher geltenden Grundsätze mehrfach geändert wurden und namentlich die noch im ersten Entwurf der N. L.=D. § 99 wiederholte Bestimmung des älteren Verfassungsrechts, wonach die bewilligten oder bestehenden Steueranleihen bis zu einer neuen Uebereinkunft fort erhoben werden, späterhin in der aus § 177 ersichtlichen Weise beseitigt ist.

²⁾ „Auf die gewöhnliche Weise“: § 5, Anm. 2. „Mit Bezug auf die Zustimmung der Landschaft“: nach § 17, Abf. 2 der E. L.=D. und dem ihm folgenden § 98 des ersten Entwurfs genügte die Bezugnahme „auf die gepflogene Unterhandlung mit der Landschaft“.

§ 177.

d) Dauer der Verwilligung.

Alle Abgaben werden längstens auf die Dauer einer regelmäßigen Finanzperiode von zwei Jahren¹⁾ bewilligt, und können nach dem Ablaufe derselben höchstens noch für ein Jahr, welches in die neue Finanzperiode einzurechnen ist, erhoben werden²⁾.

Die für einen kürzeren Zeitraum verwilligten Abgaben hören jedoch mit Ablauf der Verwilligungszeit, und die für einen vorübergehenden Zweck ausgeschriebenen Steuern mit der Erreichung desselben auf.

¹⁾ Gesetz vom 26. März 1888 Nr. 12.

²⁾ Ausnahmen: § 179. — Der Paragraph enthält eine durchgreifende Neuerung gegenüber dem bisherigen Recht und dem ursprünglichen Entwurf (Anm. 1 zu § 176); eine über den hier festgesetzten Zeitraum ohne vorangegangene Genehmigung der Stände erfolgte Erhebung auch der bislang verwilligten Steuern ist als verfassungswidrig anzusehen und bedarf der Indemnitätsertheilung. Näheres § 185, Anm. 3. — Ein Antrag der Stände, die Frist auf 6 Monat zu beschränken (so Bayern und Hessen, Württemberg 4 Monat), wurde regierungsseitig abgelehnt, weil eine so weitgehende Abkürzung eintretenden Falls zu einer „gänzlichen Verwirrung des Finanzwesens“ führen würde.

§ 178.

Fortsetzung.

Die Steuer=Verfassung¹⁾ erlischt jedoch nicht und die neu bewilligten Steuern werden in der folgenden Finanzperiode auf den Grund der bestehenden Steuer=Verfassung so lange ausgeschrieben, bis über die Abänderung derselben, sowie über die Einführung eines neuen Steuer=systems auf verfassungsmäßigem Wege eine anderweite Bestimmung getroffen worden ist.

¹⁾ „Steuer=verfassung“ ist die hergebrachte frühere Bezeichnung der geltenden Steuergesetzgebung, des Inbegriffs der Rechtsätze, welche „die Art und den Betrag der öffentlichen Abgaben und Leistungen, die Grundsätze und Verhältnisse, nach welchen selbige auf Gegenstände oder Personen zu legen und zu vertheilen sind, sowie Dauer, Erhebungsweise und Verwendung der Steuer“ (so § 175) zum Gegenstande hatten. Den außergewöhnlichen Fall der Einführung einer neuen „Steuer=verfassung“ unter angefügter Resolutiv=Bedingung bietet der Erlaß des Einkommensteuergesetzes vom 16. April 1896 in Verbindung mit dem Gesetz vom gleichen Tage Nr. 22, § 2.

§ 179.

Fortsetzung.

Die im § 177 bestimmte Dauer der Steuer-Erhebung kann bei den indirecten Steuern und bei den auf den Handel gelegten Abgaben mit Zustimmung der Stände verlängert werden¹⁾, auch sollen diejenigen Abgaben dieser Art, welche nach der bisherigen Verfassung von der Landesregierung ohne Mitwirkung der Stände bestimmt wurden und deren unveränderliche Beibehaltung von Seiten der Landesregierung durch die bestehenden Handels-Verträge zugesichert ist, für die Dauer dieser Verträge fortbestehen.

¹⁾ Eine auf Antrag der Commission aufgenommene Bestimmung, von der jedoch auch in Zeiten, wo sie mehr Bedeutung haben konnte, als gegenwärtig, nicht Gebrauch gemacht ist.

§ 180.

e) **Ausnahmen von dem ständischen Bewilligungsrechte.**

Ausnahmsweise müssen ohne Bewilligung der Stände diejenigen außerordentlichen allgemeinen Lasten und Leistungen von dem Lande aufgebracht und getragen werden, welche erforderlich sind:

1. außerordentlicher Weise zur Abwendung einer plötzlichen allgemeinen Landesgefahr,
2. zur Erfüllung der Bundesverpflichtungen¹⁾,

wobei jedoch dem ständischen Ausschusse die Gründe der desfallsigen Ausschreiben stets vorgelegt werden sollen.

Hinsichtlich der Art und Weise der Aufbringung der zu diesen Zwecken erforderlichen Mittel ist indeß die verfassungsmäßige ständische Mitwirkung erforderlich²⁾.

¹⁾ Im ersten Entwurf waren hier im Anschluß an § 15 der E. L.-D. außer den zur Erfüllung der Bundesverpflichtungen dienenden Leistungen die zur nothwendigen Vertheidigung des Vaterlandes erforderlichen Auflagen und die Prinzessinnensteuer genannt. Hinsichtlich der letzteren jetzt: § 171, 1. Eine weitere Beschränkung der „Nothbeden“ gegenüber dem älteren Landesrecht, nach welchem alle Reichs- und Kreissteuern vom Landesherrn ohne Weiteres erhoben werden konnten, liegt in dem Vorbehalt des § 180, daß nur die außerordentlichen Leistungen zur Erfüllung der Bundespflichten ohne Bewilligung der

Stände eingefordert werden dürfen. Die dem Herzogthum in früherer Zeit gegenüber dem Deutschen Bunde, jetzt als einem Gliedstaat des Deutschen Reiches obliegenden, regelmäßigen Leistungen (Ausgabecapitel 1 des Staatshaushalts-Etat: Allgemeine Landesverpflichtungen) gehören zu den im § 173, Abs. 2 bezeichneten Ausgaben und unterliegen daher nur formell der Bewilligung der Stände; sie werden in dem Etat aufgenommen, weil dieser eben einen vollständigen Wirthschaftsplan darzustellen bezweckt.

²⁾ Der Abs. 2 ist dem § 180 erst im zweiten Entwurf des Gesetzes von der Regierung hinzugefügt und lautete ursprünglich dahin, daß bezüglich der Aufbringung der erforderlichen Mittel die ständische Mitwirkung „nicht ausgeschlossen sei“. Gleich der jetzigen Wortfassung ist auch die Aufnahme der Zusatzbestimmung am Schluß des Abs. 1 aus einem Antrage der Stände hervorgegangen.

§ 181.

Fortsetzung.

Communal- und Locallasten.

Ebenso wenig bedarf es der ständischen Bewilligung und Zustimmung in Hinsicht der Aufbringung und Repartition der ihrer Natur und Beschaffenheit nach einzelnen Gemeinden, Städten, Ortschaften und Bezirken obliegenden Lasten, Ausgaben und Kosten, welche nach den Bestimmungen der Gesetze und des Herkommens und in Ermangelung derselben von der Regierung, durch die betreffenden Behörden zu reguliren sind.

§ 182.

12. Steuerdirection.

Die Verwaltung der Steuern und aller dahin gehörenden Landesabgaben ist der Steuerdirection übertragen ¹⁾, deren Organisation und Geschäftsführung durch das hierneben erlassene Gesetz bestimmt worden ist ²⁾.

¹⁾ Eine einschneidende Umgestaltung der alten Landesverfassung, nach welcher die Verwaltung der Steuern in früherer Zeit ausschließlich den Ständen zustand (Schatzcollegium) und noch nach der E. L. u. D. wenigstens deren Mitwirkung (Landesteuercollegium, vom Landesherrn und den Ständen gemeinschaftlich besetzt) unterlag.

²⁾ Gesetz vom 12. October 1832 Nr. 30, die Organisation und den Geschäftskreis der Steuerdirection betreffend — eines der mit der N. L. u. D. publicirten Gesetze (§ 122). Dazu: Ges. vom 16. December 1834 Nr. 15,

vom 23. November 1836 Nr. 28, vom 23. December 1841 Nr. 29, vom 19. März 1850 Nr. 10; betreffs der Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Behörde: Gef. vom 5. März 1895 Nr. 26, § 67 und vom 13. November 1896 Nr. 58. Die Steuerdirection zerfällt in die Abtheilung für directe Steuern, das Steuercollegium, und für indirecte Steuern, die Zoll- und Steuerdirection.

§ 183.

13. Finanz-Collegium.

Die obere Leitung des gesammten Finanzwesens, die Aufsicht über das Rechnungs- und Cassenwesen, sowie die Führung der allgemeinen Finanz=Controle ist dem Finanz=Collegio, über dessen Organisation und Geschäftsverwaltung das hierneben erlassene Gesetz das Nähere enthält, übertragen worden¹⁾. Die Haupt=Finanz=Casse, in welche alle zur Bestreitung der Bedürfnisse des Landes bestimmte Einnahmen fließen, ist demselben untergeordnet und allein nach dessen Anweisungen zu verfahren verpflichtet²⁾.

¹⁾ Gesetz vom 12. October 1832 Nr. 27, die Organisation und Geschäftsführung des Herzogl. Finanzcollegiums betr. (gleichfalls den mit der N. L.=D. publicirten Gesetzen angehörend) und vom 10. März 1850 Nr. 10 (hinsichtlich des § 10 dieses Gesetzes jetzt: Civilstaatsdienstgesetz, § 19). Auch: Gef. vom 1. April 1879 Nr. 11, § 32.

²⁾ Wiederholt im Gesetz vom 12. October 1832, § 3.

§ 184.

14. Staatshaushalts=Etat.

Die Grundlage der dem Finanz=Collegio übertragenen allgemeinen Finanz=Verwaltung bildet der Staatshaushalts=Etat, welcher vor dem Anfange der zweijährigen Finanz=Periode¹⁾ und für die Dauer derselben aus den Special=Einnahme- und Ausgabe=Etats aller einzelnen Verwaltungszweige²⁾ zusammengestellt wird.

¹⁾ Im § 105 des Entwurfs der N. L.=D. war die Dauer der Finanzperiode, wie in der bayerischen Verfassung, auf sechs Jahre festgesetzt; sie ist dann aber auf Andrängen der Stände nach dem Vorgang anderer Staaten (Württemberg, Sachsen, Hessen) auf drei Jahre ermäßigt. Als nach der Gründung des Deutschen Reichs fast auf jedem ordentlichen Landtage die Anträge auf Einführung einjähriger, der Einrichtung des Reichshaushalts entsprechender

Finanzperioden sich wiederholten, kam die Regierung soweit entgegen, daß sie mit der Abkürzung der Finanzperioden auf zwei Jahre und dem Beginn des Etatsjahrs am 1. April jedes Jahres sich einverstanden erklärte. Gef. vom 26. März 1888 Nr. 12, § 4. Finanzperioden von gleicher Dauer bestehen noch in Bayern, Sachsen und Baden, von einem Jahr in Preußen, Sachsen-Meinungen und Schaumburg-Lippe, von vier Jahren in Sachsen-Roburg-Gotha und Schwarzburg-Sondershausen, von drei Jahren in den übrigen deutschen Staaten.

2) Der § 184 bringt die durch § 161 angeordnete, durch § 172 näher begrenzte Trennung zwischen dem fürstlichen und dem Staatshaushalt in der Landesfinanzverwaltung zur Durchführung. Die Einrichtung des Etats ordnet Art. 8, Anl. E des Finanznebenvertrages; über die hauptsächlich seitherigen Aenderungen des betreffenden Etatschemas vergl. Anm. 2 zu Art. 8 jenes Vertrages. Dieses Schema umfaßt aber nur den regelmäßigen, jährlichen Ausgabebedarf; außerordentliche Ausgaben von größerem Belange wurden — von dem Nothfall einer Staatsanleihe abgesehen — aus den Mehreinnahmen früherer Finanzperioden gedeckt und die Anforderung außerhalb der eigentlichen Etatberathung von der Regierung besonders begründet als „Verwendung von Ueberschüssen“. Als indessen im Beginn der 60 er Jahre die Einnahmen aus dem Betriebe der Eisenbahnen eine ungewöhnliche Höhe erreicht hatten, erschien, um einer übermäßigen Ausstattung des Ausgaben Capitels „Extraordinär“ vorzubeugen, zum ersten Male im Etat ein Ausgaben Capitel „zu außerordentlichen Staatszwecken“, dessen Verwendung der Vereinbarung mit dem Ausschuß vorbehalten bleiben sollte (siehe darüber Commissionsbericht vom 24. Juli 1867, Verhandlungen des 12. ordentl. Landtages, Anl. 181). Zur Beseitigung verschiedener, aus dem früherhin üblichen Verfahren unzweifelhaft herzuleitender Uebelstände schlug dann die Landesregierung auf dem 16. ordentl. Landtage vor, im Staatshaushalt unter den Ausgaben für die Zukunft den einmaligen, außerordentlichen Ausgaben ständig in einem besonderen Capitel ihre Stelle zu geben, wogegen aber auch die Mittel zu ihrer Deckung unter den Einnahmen nachzuweisen, die Ueberschüsse aus den letzten Finanzjahren daher bei der Etaufstellung, soweit möglich, mit heranzuziehen und unter dem Einnahmeetat einzusetzen sein würden (Schreiben vom 20. März 1879, Landt.-Verhandl., Anl. 65). So ist auch seither verfahren, doch haben im betreffenden Capitel, dem Ausgaben Capitel 12 „zu außerordentlichen Staatszwecken“ neben den einmaligen auch gewisse, regelmäßig wiederkehrende Aufwendungen (Unterstützung der Gemeinden bei Kirchen- und Schulbauten, Förderung gemeinnütziger Zwecke, gewerbliches und kaufmännisches Fortbildungsschulwesen) ihre etatmäßige Stelle erhalten. — Das Capitel „Extraordinär“ dient der Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und Ausgaben, der Deckung vorkommender Minder-Einnahmen und Mehr-Ausgaben, endlich der Beseitigung unaufschieblicher, unvorhergesehener Ausgaben, nach einem gelegentlichen Anerkenntniß der Landesversammlung (Sitzung vom 26. Mai 1876) selbst solcher, wie der Erwerb von Grundstücken, unter Umständen dem Lande dauernde

Lasten auferlegen. Auch Verwendungen, deren Gegenstand eine Bekanntgebung nicht geeignet erscheinen läßt, können ohne nähere Angabe des Zweckes aus dem „Extraordinair“ bestritten werden; es ist alsdann aber die an das Finanzcollegium zu erlassende Zahlungsverfügung nicht nur vom Landesfürsten selbst und den sämtlichen Mitgliedern des Staatsministeriums zu vollziehen, sondern darin auch zu bemerken, daß die Ausgabe zu Landeszwecken nothwendig befunden sei (F. v. M. B. Art. 9).

§ 185.

Fortsetzung.

Den Ständen steht das Recht zu, gemeinschaftlich mit der Landesregierung den Staatshaushalts-Etat nach den einzelnen Abtheilungen festzustellen¹⁾. Die Verwendung und Vertheilung der für jede einzelne Abtheilung im Ganzen bewilligten Summen bleibt jedoch der Bestimmung der Landesregierung überlassen²⁾ und es kann, wenn die Verwendung nur für diese Abtheilung und ohne Ueberschreitung der feststehenden Special-Etats stattfindet, gegen eine von den einzelnen Positionen derselben eingetretene Abweichung an sich eine Erinnerung von Seiten der Stände nicht gemacht, wohl aber eine Nachweisung der Zweckmäßigkeit dieser Abweichung verlangt werden^{3) 4)}.

¹⁾ Die Mitwirkung der Stände im Finanzwesen beschränkte sich noch in der E. L. v. D. der alten Landesverfassung entsprechend im Wesentlichen auf das Recht der Steuerbewilligung; die Etats über „neu anzulegende Steuern“ waren vom Landesherrn und der Landschaft gemeinschaftlich zu reguliren, die Etats und Rechnungen über Einnahme und Ausgabe der Landessteuerkasse, sowie eine Nachweisung über Verwendung der durch die ausgeschriebenen Steuern eingegangenen Summen der Ständeverammlung „von einem Landtage zum anderen“ zu dem Zweck vorzulegen, um, wenn sie es „für angemessen und zuträglich erachte“, schriftliche Bemerkungen darüber einzureichen und Anträge darauf zu gründen, die dann „nach Beschaffenheit der Sache“ weitere Erörterungen, Unterhandlungen und gemeinsame Verfügungen herbeiführen konnten (E. L. v. D. § 24). Aus diesen bescheidenen und stark verclaustrierten Zuständen heraus hat sich in der N. L. v. D. das Recht der „Budgetbewilligung“ entwickelt. Wie der Staatshaushaltsetat laut des § 184 aus den Special-Einnahme- und Ausgabe-Etats aller einzelnen Verwaltungszweige zusammengestellt wird, so wird er gemäß des § 185 festgestellt nach den einzelnen Abtheilungen. Die Bezeichnungen „Special-Etats der Verwaltungszweige“ und „Abtheilungen“ (im Entwurf hieß es dafür: Hauptverwaltungszweige) decken denselben Begriff. Darauf weist schon der enge Zusammenhang des § 185 mit dem § 184 hin,

auch sind die im Etatschema, Anl. E des F.-M.-B. aufgeführten „Special-Etats“ im Art. 8 daselbst ausdrücklich „Abtheilungen“ genannt. Bei der Berathung über diesen Artikel und das Etatmuster wurde von der Ständeversammlung mit Rücksicht auf die Bestimmung des § 185 eine Zerlegung der Hauptabtheilungen, namentlich der Ausgaben in weitere Unterabtheilungen für geboten erachtet (Beschluß vom 18. August 1832). Das Ministerium erwiderte, daß Unterabtheilungen nur so weit, als sie für sich ein geschlossenes Ganzes zu bilden geeignet seien, in Frage kommen könnten, und kam dem Wunsche innerhalb der diesem Grundsatz entsprechenden Grenzen nach (Erklärung vom 28. September 1832). Die Bestimmungen des § 185 erleiden daher nach der dem Antrage der Stände gegebenen Begründung, wie auch das Herkommen bestätigt, Anwendung auch auf die Unterabtheilungen der einzelnen Etatcapitel, wo solche zugelassen sind.

2) Der festgestellte Etat ist sachlich nichts anderes, als ein in verfassungsmäßiger Weise vereinbartes Verwaltungs- und Wirthschaftsprogramm, in seiner rechtlichen Bedeutung ein „Zeugniß über die Angemessenheit der zu leistenden Ausgaben, dessen die Regierung zu ihrer Rechtfertigung gegenüber der Volksvertretung bedarf“ (D. Mayer, Verwaltungsrecht, Bd. 1, S. 385). Auch wenn er in die Form eines sogenannten Finanzgesetzes eingekleidet wird, stellt er keine absolut wirkende Norm dar; wie die Regierung um deswillen, weil im Finanzgesetz ein höherer Ausgabeansatz eingestellt wurde, eine mögliche Ersparniß nicht unterlassen darf, so bleibt sie unbehindert, eine größere Ausgabe zu leisten, so weit sich die Nothwendigkeit hierzu aus den veränderten thatsächlichen Verhältnissen ergeben hat. Aber sie bedarf alsdann der nachträglichen — bei einer genügenden Rechtfertigung des Verfahrens nicht zu versagenden — Genehmigung der Stände. Diese Genehmigung („Justificirung“) ist nach § 185 erforderlich bei Ueberschreitung der einzelnen Abtheilungen des Etats. Innerhalb der Abtheilungen verfügt die Regierung selbständig über die „Vertheilung“ der bewilligten Summen, insofern von einem Abtheilungsposten eine Uebertragung auf einen anderen zulässig ist, und über die „Verwendung“, insofern ein nicht vorgesehener, unter dieselbe Abtheilung gehöriger Ausgabebedarf durch Ersparnisse aus der für die Abtheilung bewilligten Gesamtsumme bestritten werden darf (sogenannte qualitative Etatüberschreitung). Hiernach ist namentlich die hin und wieder verhandelte Frage, ob die Regierung die innerhalb eines Specialetats über die einzelnen Verwaltungszweige für einen bestimmten Bau verwilligten Gelder zu einem anderen Bau verwenden dürfe, falls dieser unter den gleichen Specialetat gehört und die für letzteren bewilligte Gesamtsumme (Abtheilungs-, Capitelsumme) innegehalten wird, zu bejahen. Vergl. darüber: Bericht der Finanzcommission vom 4. April 1864, Antrag 25 (Druckf. des 11. ordentl. Landtages, Anl. 1 zu Prot. 23) und Protokoll vom 10. Mai 1864; sodann Verhandlungen der Landesversammlung vom 13. und 14. März 1883, Gutachten des Landyndicus vom 17. September 1884 (Druckf. des 18. ordentl. Landtages, Anl. 7) und Verhandlung vom 10. März 1885. — Im Allgemeinen auch: Sitzungsbericht vom 2. October 1851. —

Die Grundsätze des § 185 können keine Anwendung erleiden auf das Ausgaben-capitel „zu außerordentlichen Staatszwecken“. Die Zulässigkeit von Uebertragungen (virements) innerhalb der Einzelpositionen desselben wird hier durch eine ausdrückliche Vereinbarung mit der Landesversammlung bedingt (vergl. z. B. Landt.-Absch. vom 21./27. December 1883, Art. 2 A, 5).

3) Das Recht der Stände, die etatmäßigen Ausgaben für die Finanzperiode festzustellen, wird nach Maßgabe der im § 173 enthaltenen Grundsätze zu einer Bewilligungspflicht, soweit es sich um gesetzlich begründete Ausgaben handelt. Nähere Ausführungen: G. Meyer, Staatsrecht § 205. — Wie, wenn eine Verständigung über den Etat nicht zu erreichen ist? Zunächst würde die Regierung die für die letzte Finanzperiode bewilligten Abgaben noch für ein Finanzjahr weiter erheben dürfen. Unter Umständen könnte, falls eine Gesetzesauslegung in Frage kommt, die Entscheidung des im § 231 vorgesehenen Compromißgerichts angerufen werden. Das Schlußprotokoll der Wiener Ministerialconferenzen von 1834, Art. 21 verwies in dem Falle, wo die rechtzeitige Erledigung der Budgetfeststellung nicht hatte bewirkt werden können, auf Angehend des Bundeschiedsgerichts, berechnigte zugleich aber die Regierung, die zur Erfüllung der Bundespflicht und zur Führung einer der Landesverfassung entsprechenden, geordneten Verwaltung erforderlichen Steuern bis auf Weiteres fort zu erheben, jedoch — von außerordentlichen Ereignissen abgesehen — innerhalb des Gesamtbetrages der zuletzt bewilligten Steuern. Der Art. 76, Abs. 2 der Reichsverfassung kommt für das Herzogthum im Hinblick auf R. L.-D. § 231 nicht in Betracht. Allgemein wird anerkannt, nicht allein daß der Mangel eines Etatgesetzes nicht etwa den Stillstand der staatlichen Finanzverwaltung zur Folge haben kann, sondern auch, daß die Regierung ohne Ermächtigung der Landesvertretung zur Erhebung aller gesetzlich feststehenden Einnahmen und zur Bestreitung der auf gesetzlicher Verpflichtung beruhenden Ausgaben befugt ist, darüber hinaus aber auf eigene Verantwortlichkeit handelt und insoweit der nachträglichen Genehmigung seitens der Landesvertretung bedarf. Vergl. namentlich Laband, Staatsrecht II, § 129 und Anhang.

Die aufgeworfene Frage, die anlässlich des bekannten preussischen Verfassungsstreites aus dem Beginn der 60er Jahre eine reiche Literatur hervorgerufen hat, gewann im Herzogthum praktische Bedeutung auf dem 5. ordentl. Landtage des Jahres 1846. Bei der Verathung des Staatshaushaltsetats hatte die Ständeversammlung verschiedene Etatsansätze gestrichen, welche theils die durch eine Etappenconvention mit Preußen veranlaßten Quartierungs- und Verpflegungskosten preussischer Truppen, theils den laufenden Bedarf und die Pensionen bei der Militärverwaltung zum Gegenstande hatten. Der Gesamtunterschied zwischen den geforderten und bewilligten Summen belief sich auf 57500 Thlr. für die dreijährige Finanzperiode. Schon aus dem Verlauf des letzten Landtages war auf beiden Seiten eine merkbare Verstimmung zurückgeblieben; die Regierung hatte ihr dadurch Ausdruck gegeben, daß zum ersten Male seit Erlaß der R. L.-D. der Landtag nicht vom Herzog in Person

eröffnet war, und die bei den Neuwahlen sehr verstärkte linke Seite des Hauses hatte es sich nicht nehmen lassen, bei der Berathung über die Beantwortung der Thronrede diese Abweichung von der üblichen Form einer empfindlichen Kritik zu unterziehen. Der Streit wurde daher von vornherein mit ziemlicher Ge-
 reiztheit geführt, von den Ständen, weil ihrer Ansicht nach der Abschluß der
 Etappenconvention der ständischen Mitwirkung bedurfte, überdies aber der
 Militäretat wiederholt ihnen Aergerniß geboten hatte, von der Regierung, da
 der Herzog in Beziehung auf Ausübung seiner Militärhoheitsrechte am wenigsten
 zu Zugeständnissen geneigt war. Im Fortgange der Verhandlungen erklärte
 die Landesregierung sich bereit, die Entscheidung der schwebenden Fragen dem
 durch den Bundesbeschluß vom 30. October 1834 vorgesehenen Bundesschieds-
 gericht (vergl. § 231, Anm. 1) zu übertragen. Die Ständeversammlung
 wünschte dagegen den Streit auf jede andere Weise, als durch das Dazwischen-
 treten einer fremden Gewalt erledigt zu sehen, und richtete, da die Anrufung
 des Schiedsgerichts erst nach dem Fehlschlagen aller verfassungsmäßigen Mittel
 zur Beseitigung entstandener Irrungen zulässig war, an das Ministerium die
 Anfrage, ob nicht das Zusammentreten einer Deputation zur Einleitung
 gütlicher Verhandlungen nach § 33 der Geschäftsordnung genehm sei. Da-
 neben sandte sie an den Herzog eine Adresse, die den Zwist bedauerte, die
 Pflicht der Landesvertretung, nach Lage der Finanzen auf möglichste Ein-
 schränkung aller Verwaltungsausgaben hinzuwirken, betonte und mit der
 Hoffnung schloß, daß es der Weisheit und Euld des Landesherrn gelingen
 werde, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten auf einem anderen, als
 dem schiedsgerichtlichen Wege auszugleichen (3. April 1846). Allein noch
 am nämlichen Tage erwiderte der Herzog in einem ungnädigen Hand-
 schreiben, daß er mit Bedauern den Verhandlungen der Stände gefolgt sei,
 den Geist der Besonnenheit und Mäßigung, der frühere Landtage ausgezeichnet
 habe, vermisse, ein anderes Mittel, als die Herbeiführung eines Bundesschieds-
 spruchs zur Lösung der Streitfrage nicht sehe und nur wünschen könne, daß
 das Land den jetzigen Landtag in Zukunft zu beklagen nicht Ursache haben
 möge. Zugleich lehnte das Ministerium den Vorschlag der Ständeversammlung
 als aussichtslos ab. Im Uebrigen hatten die Vorlagen der Regierung ihre
 Erledigung gefunden und der Schluß des Landtages stand bevor. Unter diesen
 Verhältnissen setzten die Stände das Ministerium davon in Kenntniß, daß bei
 den unausgeglichenen Streitpunkten der Staatshaushalt im Sinne der §§ 148,
 175 und 176 des Landesgrundgesetzes als vereinbart nicht zu betrachten, der
 Landtagsabschied mithin auf die wegen anderer Gegenstände getroffenen Ver-
 ständigungen zu beschränken sei. Mehrere Monate später, unterm 13. Juli
 1846, veröffentlichte indessen die Regierung ein Finanzgesetz, dessen verfügender
 Theil dahin lautete: „Nachdem die in der anliegenden Uebersicht zusammen-
 gestellten Special-Einnahme- und Ausgabeetats der Herzogl. Hauptfinanzkasse,
 sowie die Etats der Verwaltungs- und der Reinertragskasse des vereinigten
 Kloster- und Studienfonds für die Finanzperiode von 1846/48 von Uns und
 Unfern getreuen Ständen festgesetzt worden, so soll danach verfahren und auf

Vollziehung dieser Etats gehalten werden.“ In den beigelegten Uebersichten waren die Capitelsummen aller nicht mit den Ständen verglichenen Etat-abtheilungen völlig weggelassen, während der Betrag der aufgeführten Capitelschlüsse durchweg mit den ständischen Beschlüssen übereinstimmte. Sofort trat der Ausschuß zusammen. Es wurde erwogen, ob das veröffentlichte Gesetz den verfassungsmäßigen Erfordernissen entspreche und wie im Vereinigungs-falle die Verwaltung der Staatsfinanzen wiederum in den verfassungsmäßigen Weg hineinzuleiten sei. Die Mehrheit des Ausschusses (darunter namentlich Trieps und Hollandt) erblickte in dem Vorgehen der Regierung eine Verfassungsverletzung in doppelter Beziehung. Einmal, insofern das Finanzgesetz nicht einen aus allen Special-etats zusammengesetzten und seinem Begriff gemäß förmlich abschließenden Staatshaushaltsetat umfasse, sondern nur Bruchstücke eines solchen bekannt mache. Diesem Urtheil neigte auch die Minderheit des Ausschusses zu. Sodann aber, weil die Frage, wie viel zur Deckung des Staatsbedarfs unter Berücksichtigung der zunächst in Betracht zu ziehenden Einnahmen noch erforderlich sei, flüchtig nicht vor Feststellung aller Ausgabeanforderungen beantwortet werden könne, demnach aber die einzelnen Einnahme- und Ausgabe-Etats, über die im Beginn der Etatberathungen ein Einverständniß erreicht sei, darunter namentlich die eingestellten Steueransätze, der Natur der Sache nach nicht als endgültig, sondern nur als vorläufig, und zwar unter der „im Grundgesetz liegenden“ Voraussetzung bewilligt zu betrachten seien, daß die Einigung über die Verwendung durch Feststellung des Gesammetats werde erreicht werden — also unter einer Voraussetzung, die sich nicht verwirklicht habe. Es wurde daher dem Ministerium von dieser Auffassung Mittheilung gemacht und in dem betreffenden Schreiben (vom 13. October 1846) gegen die Ausführung des Finanzgesetzes im Namen der Stände feierlich Verwahrung eingelegt, mit dem Vorbehalt, über die ferner nöthig erscheinenden Maßregeln im Laufe der nächsten vier Wochen Beschluß zu fassen. In seiner Antwort vom 3. November 1846 wies das Ministerium den Vorwurf der Verfassungsverletzung zurück, bestritt die Ansicht, daß die Beschlußfassung über die einzelnen Etatcapitel die Ständeversammlung vor Abschluß des gesammten Etats nicht endgültig binde, und bezog sich zur Widerlegung dieser Annahme darauf, daß den Ständen nach § 185 lediglich das Recht zur Feststellung der einzelnen Etatabtheilungen zustehe, folglich nicht die durch Aufrechnung der einzelnen Etats sich bildende Gesammtsumme, sondern die Summe eines jeden Special-etats den eigentlichen Gegenstand der Vereinbarung zwischen Regierung und Ständen abgebe, — obwohl doch als Ziel der ständischen Mitwirkung der § 185 ausdrücklich die Feststellung des Staatshaushaltsetats als eines Ganzen hinstellt und die Beschlußfassung über die einzelnen Abtheilungen nur den Weg aufweisen soll, auf welchem jenes Ergebniß verfassungsmäßig herbeizuführen ist. Weiter bemerkte das Ministerium, daß bei dem Mangel einer landesgrundgesetzlichen Bestimmung darüber, wie hinsichtlich der nicht vereinbarten Etatforderungen verfahren werden solle, und nach der Ablehnung einer bundeschiedsgerichtlichen Entschei-

dung die Landesregierung für die fraglichen Verwaltungszweige die nöthigen Anordnungen zwar habe allein treffen müssen, zumal die Ausgaben durch die Nothwendigkeit bedingt gewesen und dem größeren Theile nach auch von den Ständen nicht beanstandet seien, daß sie hierbei jedoch überall „die betreffenden Positionen nach Maßgabe der bei den Landtagsverhandlungen abgegebenen Erklärungen der Finanzverwaltung zu Grunde gelegt habe“. Der Gesamtbetrag jener Ausgaben übersteige nicht die Ansätze der entsprechenden vereinbarten Etats der letzten Finanzperiode und könne durch die verfügbaren Einnahmen völlig gedeckt werden. Die Antwort versetzte den Ausschuß in eine unbequeme Lage. An der thatsächlich wohlberechtigten Auffassung, daß das Vorgehen der Regierung mindestens der Form nach — der Erlaß des Finanzgesetzes ohne Zustimmung der Stände — an und für sich eine Verfassungsverletzung darstelle, hielt man freilich fest und war entschlossen, den Rechten der Landesvertretung keinerlei Abbruch geschehen zu lassen, aber es ließ sich doch wiederum nicht verkennen, daß unter den gegebenen Verhältnissen sachlich der Regierung nichts übrig geblieben sei, als die bei den Statberathungen nicht genehmigten Abtheilungssummen, um den Fortgang der Staatsverwaltung überhaupt möglich zu machen, mindestens im Verwaltungswege ergänzend festzustellen, und die verschiedenartige Würdigung, die das regierungsseitig eingeschlagene Verfahren schon unter den Mitgliedern des Ausschusses je nach dem politischen Standpunkte des Einzelnen fand, ließ es bedenklich erscheinen, eine Beschlußfassung der Stände durch eine Convocation derselben herbeizuführen, während andererseits von Erhebung einer Ministeranklage bei der Unsicherheit des Erfolges „ein Nutzen für die Landeswohlfaht nicht zu erwarten, das Mittel aber, um dem Staatsministerium Indignation über das Verfahren desselben erkennen zu geben, zu stark sei“. Demnach wurde ein Antrag Hollandt's, entweder bei der Regierung auf die Einberufung eines außerordentlichen Landtages zu dringen oder aber selbst die Stände sofort zu versammeln, abgelehnt und auf Grund eines Vorschlages v. Campe's dem Staatsministerium unter ausdrücklichem Vorbehalt weiter etwa nöthig werdender, verfassungsmäßiger Schritte (Convocation) erwidert, wie man bei der Ansicht, daß der gegenwärtige Zustand der Dinge weder den klaren Bestimmungen, noch dem Geiste des Landesgrundgesetzes entspreche, beharren müsse und einstimmig dafür halte, daß die mit der Ständerversammlung nicht vereinbarten Staatsausgaben so lange nicht für justificirt gehalten werden könnten, als sie die ständische Zustimmung nicht erhalten hätten (Schreiben vom 17. November 1846). Die Sache ruhte dann, bis die Ereignisse des Februar 1848 die Einberufung eines außerordentlichen Landtages veranlaßten. Der übliche Ausschußbericht gab der Ständerversammlung von den der Regierung gegenüber ergriffenen Schritten Kenntniß; die zur Prüfung dieses Berichts eingesetzte Commission erachtete dieselben jedoch für unzureichend, war der Meinung, daß es der damaligen Sachlage entsprochen haben würde, von allen zur Beseitigung der Streitfrage gegebenen Mitteln, insbesondere dem Rechte der Convocation, Gebrauch zu machen, und trug darauf an, daß die Versammlung mit dieser Ansicht, die ein Tadelsvotum gegen

den Ausschuß in sich schloß, sich einverstanden erklären möge. Als der Antrag am 22. April 1848 zur Berathung gelangte, war es indessen schon bekannt geworden, daß der Minister, welchen die Verantwortung für den Erlaß des Finanzgesetzes zunächst hätte treffen müssen (Staatsminister Schulz), vermuthlich wohl um der Regierung in ihrer ohnehin bedrängten Lage weitere Schwierigkeiten zu ersparen, um seinen Abschied nachgesucht und ihn auch erhalten habe. Von einer Ministeranklage war daher in der Versammlung nicht weiter die Rede, dagegen führte Trieps nach einer lebhaften Kritik des „blindhaften“ Verfahrens des Ministers dem Commissionsantrage gegenüber aus, daß durch das Verhalten des Ausschusses Nichts verloren sei und eine Convocation nicht nur eine gewaltige Aufregung im Lande hervorgerufen, sondern bei dem derzeitigen System und der Gewalt der Regierung geradezu ein Todesurtheil für die politischen Zustände des Herzogthums abgegeben haben würde. Er schloß mit dem Gegenantrag, die Versammlung möge sich dahin erklären, daß die Verfassung zwar verletzt und verhöhnt sei, der Ausschuß aber durch den Aufschub der Convocation das wahre wohlverstandene Interesse des Landes gewahrt und die Rechte der Ständeversammlung durch die erlassene Protestation gesichert habe. Da die Erörterungen bald auf das persönliche Gebiet hinüberführten und eine bedenkliche Erregung der Gemüther hervortreten ließen, so mahnte v. Grammsleben Angesichts der dem Landtage bevorstehenden hohen Aufgaben zur Eintracht und gab zu deren Beförderung unter Beifall der Versammlung und mit Erfolg anheim, von der Abstimmung über den Antrag der Commission abzusehen, wogegen Trieps dann seinen Gegenantrag zurückzog. Inzwischen hatte die Regierung zum Ausgleich die Hand geboten, für den Fall einer etwaigen Erneuerung der Etappenconvention mit Preußen die Inanspruchnahme der Mitwirkung der Ständeversammlung zugesagt, thunlichste Ersparungen am Militäretat für die nächste Finanzperiode in Aussicht gestellt und diejenigen Mehrausgaben dieses Etats, welche die Zustimmung der Stände auf dem letzten Landtage nicht gefunden hatten, in einer neuen Vorlage ausführlich begründet. In der Sitzung vom 16. August 1848 wurde die fragliche Summe nebst einer durch Erhöhung der Preise für Fourage und Lebensmittel hervorgerufenen Nachforderung vorläufig bewilligt und die Justification der gesamten Mehrausgaben dem nächsten ordentlichen Landtage vorbehalten. In letzterer Hinsicht sind Weiterungen nicht mehr entstanden, dagegen griff man auf dem folgenden Landtage bei der Berathung des Staatshaushalts wieder auf die Frage zurück, ob gegen den in Ruhestand versetzten, aber nebenamtlich (als Präsident des Consistoriums) nachträglich beschäftigten Staatsminister Schulz die Anklage wegen Verfassungsverletzung annoch zu erheben sei, und setzte zu deren näheren Prüfung eine besondere Commission ein (Sitzung vom 22. Mai 1849). Die Commission berichtete darüber in verneinendem Sinne. Sie war der Ansicht, daß das von der Regierung gewählte Verfahren mehr in der Form als der Sache nach gegen die Verfassung verstoße und die Frage, ob dadurch (wie der § 108 der N. L. = D. voraussetze) gegen eine „auf den vorliegenden Fall unzweifelhaft anwendbare Bestimmung des Landesgrundgesetzes“ verstoßen sei, einer ver-

schiedenen Beurtheilung unterliegen könne. Auch meinte sie, daß man bei den Verhandlungen vom 22. April 1848 auf das Recht zur Anlage thatsächlich schon Verzicht geleistet habe, und rieth um so mehr zum Frieden, als alle früheren Streitpunkte inzwischen längst gütlich erledigt seien. Als dieser Bericht erstattet wurde (14. October 1851), war seit der Einsetzung der Commission eine Zeit von mehr als zwei Jahren verstrichen und in der Lage der öffentlichen Verhältnisse ein bedeutungsvoller Umschwung eingetreten. Der Antrag der Commission, in Beziehung auf die Erlassung des Finanzgesetzes vom 13. Juli 1846 von weiteren Vorschritten abzustehen, fand daher in der Sitzung vom 21. October 1851 ohne jeden Anstand Zustimmung. — Auf späteren Landtagen hat die Landesversammlung, um der oben erwähnten Annahme, als ob die Feststellung der einzelnen Etatcapitel vor formellem Abschluß des Gesamtetats ohne Weiteres bindend sei, vorzubeugen, vorsichtshalber zu wiederholten Malen durch besonderen Beschluß den Vorbehalt ausgesprochen, daß die Steuern nur unter der Voraussetzung einer Einigung über den ganzen Etat als endgültig bewilligt anzusehen seien (1849, 1861 u. A.).

*) Bezüglich des Etats des Kloster- und Studienfonds s. § 220, Anm.

§ 186.

15. Leihhaus-Anstalt.

Die unter Landesfürstlicher Oberaufsicht als ein selbstständiges Institut bisher bestandene Leihhaus-Anstalt wird nebst deren Forderungen und Schulden vom Staate übernommen und unter dessen Gewähr fortbestehen; dieselbe soll zu dem Ende dem Finanz-Collegio unmittelbar untergeordnet werden und neben deren ursprünglichem Zwecke, welcher auch ferner in Gemäßheit der Leihhaus-Ordnung zu erfüllen ist, eine Hülfss-Credit-Anstalt für den Staat bilden und in ihren Operationen nach Anweisung des Finanz-Collegii verfahren¹⁾.

Der von den Operationen der Anstalt zu erwartende Gewinn soll zu den Staatseinkünften gezogen werden^{2) 3)}.

1) Die Herzogl. Leihhausanstalt, begründet zufolge landesfürstlichen Rescripts vom 9. März 1765, ist zu einem unter der Gewähr des Staates stehenden Landescreditinstitut zunächst ausgebildet durch das Gesetz vom 7. März 1842 Nr. 63, welches die Anstalt zur Ausgabe von Staatspapiergeld (bis zu 500 000 Thaler) ermächtigte und ihr die Bewerkstellung der verfassungsmäßig bewilligten Staatsanleihen und die vorstufweise Herbeischaffung der aus solchen zu ziehenden Geldmittel zur Deckung der Staatsbedürfnisse übertrug. Das Hypothekengeschäft des Leihhauses nahm erheblich zu, als zur leichteren

Durchführung der Ablösungen die Anstalt durch die Gesetze vom 20. December 1834 Nr. 21 und vom 13. November 1837 Nr. 48 verpflichtet wurde, den für Ablösungen privatrechtlicher Reallasten benötigten Capitalbedarf zu einem mäßigen Zinsfuß und gegen bestimmte Jahresabträge, sowie gegen den Eintritt des Leihhauses in die Rechtsstellung des ursprünglichen Gläubigers dem Pflichtigen zur Verfügung zu stellen. Das Gesetz vom 7. März 1842 nebst seinen späteren Ergänzungen ist dann aufgehoben durch das Gesetz vom 20. August 1867 Nr. 72, die Reform der Herzogl. Leihhausanstalt in ihrer Eigenschaft eines unter der Gewähr des Staates stehenden Landescreditinstituts betreffend. Es ermächtigte die Anstalt zur Ausgabe unkündbarer Landeschuldverschreibungen bis zum Gesamtbetrage ihrer hypothekarischen Ausstände (§ 5, dazu: Gesetz vom 24. December 1874 Nr. 89), bestimmte, daß, abgesehen von Anleihen der Gemeinden und Amtsroathsbezirke, Darlehen nur in solchen Leihhaus-Landeschuldverschreibungen zu gewähren seien (§ 17, anders jedoch wiederum: Gesetz vom 10. Juli 1881 Nr. 27), hob die Verpflichtung zur Bewilligung unkündbarer Darlehen zu Ablösungszwecken auf (§ 22), setzte den Höchstbetrag der auszugebenden Kassenscheine auf 1 000 000 Thaler fest (§ 15), erleichterte und erweiterte den Lombardverkehr (§ 19 und 21, hierzu: Gesetz vom 8. Mai 1876 Nr. 41) und gestattete die zeitweilige Verwerthung von Capitalbeständen der Anstalt durch Ankauf lombardfähiger Werthpapiere (auch hier zu vergl. Gesetz vom 8. Mai 1876) und durch näher begrenzte zinsbare Belegung (§ 23). Nach Erlass des Reichsbankgesetzes vom 14. März 1875 sind inzwischen die vom Leihhaus ausgegebenen Kassenscheine wieder eingezogen. Wegen der Aufhebung einiger Bestimmungen der §§ 13 und 14 des Gesetzes vom 20. August 1867 vergl. Ausf.-Gesetz zum B. G.-B. vom 12. Juni 1899 Nr. 36, § 118, S. 78. Im Anschluß an die Leihhausanstalt und als eine Abtheilung derselben besteht eine Sparkasse, die durch Gesetz vom 20. December 1834 Nr. 18 ins Leben gerufen und durch die Gesetze vom 10. Juni 1892 Nr. 27 und vom 4. April 1898 Nr. 17 einer durchgreifenden Neuordnung ihrer Verhältnisse unterzogen ist. — Die Verwaltung des Leihhauses ist durch Gesetz vom 19. März 1850 Nr. 10 dem Herzogl. Finanzcollegium, Abtheilung für Leihhausachen, übertragen; die bezeichnete Behörde vertritt die Anstalt in ihren Rechts- und Verwaltungsbeziehungen und handelt innerhalb ihres Wirkungskreises unter eigener Verantwortlichkeit, bedarf jedoch zu Veräußerungen der für die Anstalt erworbenen Grundstücke und zur Abtretung von Activforderungen derselben der Ermächtigung des Staatsministeriums, wosern nicht etwa jene Maßnahmen ohne Verlust an Capital und Zinsen geschehen können (Gesetz vom 20. August 1867, § 27).

²⁾ Der gesammte Reinertrag des Leihhausgeschäftes fließt dem Staatshaushalt zu. Bei den Verhandlungen über das Gesetz vom 7. März 1842 ist vereinbart, daß dem Ausschuß der Ständeversammlung behuf der Ausübung der ihm im § 189 übertragenen Befugnisse jährlich eine Uebersicht des Vermögensbestandes der Leihhausanstalt vorgelegt werde (Ministerialschreiben vom 15. Juli 1842).

3) Bei der Berathung des Gesetzes vom 7. März 1842 erklärten die Stände mit Rücksicht auf die hohe Wichtigkeit, welche die Operationen der Leihhausanstalt in ihrem nach § 186 der N. L.=D. festgestellten Verhältnisse zum Staate für den letzteren hätten, es für durchaus nothwendig, alle Maßregeln zu ergreifen, die geeignet seien, möglichen Mißbrauch, namentlich die Verwendung des Leihhausfonds zu anderen, als den gesetzlichen Zwecken, zu verhüten. In dieser Absicht trugen sie darauf an, daß das Gesetz zu einem Theil des Landesgrundgesetzes erklärt werden möge, hielten auch, ungeachtet das Ministerium anfänglich widerstrebte und einen zureichenden Grund für eine solche außergewöhnliche Maßnahme nicht anerkennen wollte, an dem Antrage fest und setzten ihn schließlich durch. Die entsprechende Bestimmung ist dann auch, ohne daß über das Erforderniß ihrer Beibehaltung irgendetwas Erörterungen stattgefunden hätten, in das Gesetz vom 20. August 1867 übergegangen, laut dessen § 29 dasselbe einen Theil des Landesgrundgesetzes vom 12. October 1832 bildet, so daß Verwendungen der zu dem Fonds der Leihhausanstalt gehörigen Gelder zu anderen als den gesetzlich festgestellten Zwecken ohne ständische Zustimmung als Verletzung der Landesverfassung anzusehen sind.

§ 187.

16. Staats-Anleihen¹⁾.

Staats-Anleihen können nicht ohne Einwilligung der Stände contrahirt werden²⁾. Ueber den Betrag, die Bedingungen und die Rückzahlung ist mit den Ständen eine Vereinbarung zu treffen.

Das Landesschuldenwesen wird gleichfalls nach gemeinsamen Beschlüssen regulirt³⁾.

¹⁾ Der § 187 wiederholt lediglich die Bestimmungen des § 25 der E. L.=D. und älterer Landesordnungen.

²⁾ Ausnahme: § 189, Ziffer 2.

³⁾ Zur Ausführung gebracht durch das Gesetz, die Ordnung des Kammer- und Landesschuldenwesens betreffend, vom 19. December 1834 Nr. 17, und durch Gesetz, die Amortisation der Kammer- und Landesschulden betreffend, vom 20. Februar 1837 Nr. 5. Hinsichtlich der Kammer- und Landesschulden vergl. § 167, Anm. 1. Die ältere Landesschuld belief sich nach Abschluß der gemäß des Gesetzes vom 19. Dec. 1834 stattgefundenen Regulierung auf 3 617 937 Thaler. Sie hatte in Folge von Anleihen zur Bestreitung der Eisenbahnbauten im Beginn der Finanzperiode 1867 den Betrag von 16 055 500 Thalern erreicht, der sich im Laufe des Jahres 1867 noch auf 16 238 322 Thaler steigerte. Bezüglich ihrer Tilgung ist laut des Landtags-Abschiedes vom 29. October 1867 Nr. 101, Art. 7 eine durch Ausloosung zu jährlich 1 Proc. zu bewirkende Amortisation „fest und unwiderruflich“ vereinbart, auch bestimmt, daß neue Anleihen nicht mit ihr zu vermischen, sondern besonders zu amortisiren seien. Eine im

Jahre 1869 gleichfalls zu Eisenbahnzwecken bei der Bank für Handel und Industrie zu Darmstadt aufgenommene Prämienanleihe von nominell 10 Mill. Thalern und damit zusammenhängend eine Anleihe von 1 287 000 Thalern wird getilgt nach Maßgabe der in der Bekanntmachung vom 6. Januar 1869 Nr. 4 enthaltenen Bedingungen. Am Schluß des Rechnungsjahres 1897/98 belief sich die ältere Landesschuld, abgesehen von der Prämienanleihe, noch auf 24 958 338 Mk. In den beiden Finanzperioden 1894/96 und 1896/98 sind ferner bei dem Leihhause Anleihen von insgesamt 3 645 855 Mk. aufgenommen; die Tilgung dieser „neueren Landesschuld“ erfolgt vermittelt derjenigen Zinsen, die durch die regelmäßigen Abträge auf die ältere Landesschuld zur Ersparung kommen (L.-M. vom 6. Juli 1895, Art. 2, I, 3 und vom 5. September 1896, Art. 3, I, 4).

§ 188.

17. Beaufsichtigung des Finanzwesens.

Den Ständen steht das Recht der Aufsicht über das Finanzwesen zu ¹⁾, und es werden ihnen daher die Staatshaushalts-Rechnungen der abgelaufenen Finanzperioden zur Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte vorgelegt werden ²⁾.

¹⁾ Zur Erläuterung und, so weit erforderlich, zur Rechtfertigung von Abweichungen von den Voranschlägen (den „Präsumtiv-Etats“) oder von Ueberschreitungen derselben wird in Betreff des Staatshaushaltes und der Kloster-Reinertragsklasse den Ständen durch Vorlegung der die Vollziehung der etatmäßigen Vereinbarungen nachweisenden „Executiv-Etats“ der erforderliche Aufschluß erteilt.

²⁾ Während nach § 188 der Ständeversammlung die Staatshaushalts-rechnungen der abgelaufenen Finanzperiode, d. h. der einzelnen Jahre derselben, „zur Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte“ zugehen sollen, werden zugleich dem Ausschuß gemäß des § 189, Abs. 1 die nämlichen Rechnungen „zur Einsicht“ — und zwar unaufgefordert — mitgeteilt. Das Verhältniß dieser Bestimmungen zu einander ist, wie die Ständeversammlung zu wiederholten Malen ausgesprochen hat, nicht klar; die Ursache liegt wohl darin, daß der § 188 sich im Entwurf der N. L.-D. schon vorfand, der § 189 dagegen erst nachträglich und nach mehrfacher Umänderung hinzugefügt wurde. Die bestehenden Zweifel haben übrigens in der Praxis ihre Bedeutung dadurch verloren, daß von der Ständeversammlung durchweg die Rechnungsprüfung dem Ausschuß übertragen ist. — Ueber Mittheilung der Kammer-Rechnungen siehe § 168, in Bezug auf die Rechnungen des Kloster- und Studienfonds § 223.

§ 189.

18. Befugnisse des ständischen Ausschusses im Finanzwesen.

a) regelmäßige.

Dem Ausschusse ist die Ausübung der ständischen Mitaufsicht über die Finanzverwaltung in dem Maße übertragen, daß ihm die Voranschläge des Staatshaushalts-Etats des zweiten [und des dritten] Jahres ¹⁾ jeder Finanzperiode zur Berathung ²⁾, sowie die Rechnungen der einzelnen abgelaufenen Finanzjahre zur Einsicht von der Landesregierung mitgetheilt werden ³⁾.

Auch kann derselbe, falls besondere Umstände die Veräußerung eines Staatsgutes ⁴⁾ nöthig oder rathsam machen, die ständische Zustimmung ertheilen, wenn das zu Veräußernde einen Werth von 10 000 Thalern ⁵⁾ nicht übersteigt ⁶⁾. Es ist jedoch zugleich über die Verwendung des eingehenden Preises eine Uebereinkunft zu treffen.

1) Die eingeklammerten Worte sind in Wegfall zu bringen in Folge des mehrerwähnten Gesetzes vom 26. März 1888 Nr. 12.

2) Ein Bericht des Ausschusses vom 9. December 1839, § 16 (Prot. 5, Anl. 1 der Verhandlungen des 3. ordentl. Landtages) sieht den Zweck des vorstehend begrenzten Mitaufsichtsrechts hauptsächlich darin, daß durch dasselbe „einer unwirtschaftlichen Verwendung der zur Verfügung der Landesregierung gestellten Summen, woraus Verlegenheiten im letzten Jahre einer Finanzperiode erwachsen würden, nach Kräften vorgebeugt und die nachtheiligen Folgen beseitigt werden sollen, zu denen möglicher Weise der Grundsatz führen könne, daß die Staatsregierung bei Verwaltung der Finanzen innerhalb einer Finanzperiode sich frei bewegen dürfe“. Ob diese Auffassung begründet ist, darf allerdings fraglich erscheinen; die Berathungen des letzten Entwurfs der R. L.-D. enthalten nichts, was zu ihrer Bestätigung sich verwerthen ließe.

3) Das Recht des Ausschusses zur Mitaufsicht über die Finanzverwaltung bethätigt sich ferner darin, daß ihm

1. eine Uebersicht der im Laufe eines jeden Jahres vorgekommenen Abobifikationen, sowie der bei dem Kammergut und dem vereinigten Kloster- und Studienfonds erfolgten Ablösungen, Gemeintheilungen und Vergleiche, sowie die Jahresrechnung des Kammer- und Klostercapitalfonds zur Einsicht mitzutheilen ist (Gesetz vom 20. December 1834, § 8),

2. eine Nachweisung des Vermögensbestandes der Leihhausanstalt jährlich zu gleichem Zweck zugestellt wird (vergl. § 186, Anm. 2),

3. über den Bestand sämmtlicher im Besitz des Staates befindlichen, aus

dem Verkauf der Eisenbahnen und der Braunkohlenwerke im Kreise Helmstedt herrührenden Werthpapiere und über die in Ansehung derselben etwa eingetretene Veränderungen alljährlich Auskunft zu ertheilen ist (L.=N. vom 12. Juni 1874, Anl. B, Nr. 4),

4. alljährlich ein vom Finanzcollegium zu erstattender Bericht über die Verwaltung der Landesbrandversicherungsanstalt zu übermitteln ist (Gesetz vom 5. April 1886 Nr. 20, § 2).

4) Die E. L.=D. enthielt im § 25 die allgemeine Vorschrift, daß es der Einwilligung der Stände bedürfe, wenn „Staats-, Kammer-, Stifts- und Klostergüter oder Einkünfte“ verpfändet oder veräußert werden sollten. Auch der § 111 des ersten Entwurfs der N. L.=D. stellte an seine Spitze den Satz: „Staats-, Kammer-, Stifts- und Klostergüter oder Einkünfte können nicht ohne Zustimmung der Stände veräußert oder verpfändet werden“. Als die Bestimmungen dieses Entwurfs über Art und Weise der zwischen Fürstlichem und Staatshaushalt zu vollziehenden Trennung durch die Vereinbarungen des Finanznebenvertrages umgestaltet wurden und darauf im Landesgrundgesetz die Verhältnisse des Kammergutes (§ 162 bis 191), wie des Kloster- und Studienfonds (§ 219 bis 225) eine eingehendere Ordnung erhielten, ist der allgemeine Grundsatz des § 111 in Einzelbestimmungen aufgelöst (§ 164, 165, 223) und dabei übersehen, an geeigneter Stelle eine solche auch betreffs des Staatsgutes im engeren Sinne aufzunehmen. Es leidet aber keinen Zweifel, daß das Wort „Staatsgut“ im § 189 neben dem Kammer- und Klostergut auch das Staatsvermögen im inneren Sinne mitumfaßt. Die Frage ist im Jahre 1845 zur Sprache gekommen, als der Eisenbahn-Restaurateur zu Zerzheim die Eintragung eines ihm zu superficiarischem Recht überlassenen fiskalischen Grundstückes bei den Gerichten beantragt hatte. Das Oberlandesgericht lehnte die Eintragung durch Beschluß vom 8. Juli 1845 ab, weil gleich den Kammer- und Klostergütern auch die Staatsgüter in engerem Sinne zufolge des § 15 der E. L.=D. in Verbindung mit § 232 und 189 der N. L.=D. nur unter Zustimmung der Stände veräußert werden dürften, die Mitwirkung der Letzteren aber nicht stattgefunden habe. Das Ministerium bestritt diese Ansicht, berief sich auf die seit dem Jahre 1832 befolgte, entgegenstehende Praxis und hielt die Bezugnahme auf den § 189 für unzutreffend, da der Ausschuß nur solche Rechte ausüben könne, die auch der Ständeversammlung selbst eingeräumt seien, und es um so weniger in der Absicht gelegen habe, dieser die in Frage kommende Befugniß beizulegen, als Staatsgüter zu nutzbarer Verwaltung (werbendes Staatsvermögen) gar nicht vorhanden seien, die Staatsgüter vielmehr überall nur zu bestimmten Verwaltungszwecken dienten und bei dem dauernden Wegfall eines solchen Zweckes unter gesetzlicher Verantwortung der Staatsbehörden ebenso rechtmäßig ohne ständische Mitwirkung verkauft werden könnten, als bei ihrem Erwerbe ein Mitbestimmungsrecht der Stände nicht stattgefunden habe (Schreiben vom 7. August 1845). Der Ausschuß, um eine gutachtliche Meinungsäußerung befragt, trat der Ansicht des Oberlandesgerichts bei, verwies auf die Motive zur N. L.=D., in denen ausdrücklich gesagt

sei, daß die Grundsätze des § 25 der E. L.-D. eine Aenderung nicht erleiden sollten, und erachtete die Nothwendigkeit einer Mitwirkung der Stände bei Veräußerungen der fraglichen Art „im innersten Wesen der Staatsfinanzverfassung“ so sehr begründet, daß es bei Errichtung des Grundgesetzes nur für erforderlich gehalten sei, in Betreff des Kammergutes und Klostervermögens besondere Bestimmungen zu treffen, zumal solche nicht im strengen Sinne des Wortes als Staatsgut angesehen werden könnten (Prot. vom 13. Sept. 1845, Ausschußber. vom 17. Nov. 1845, § 7, Nr. 19, Anl. 2 zu Prot. 4 des 5. ordentl. Landtages). Die Ständeversammlung schloß sich in der Sitzung vom 20. Februar 1846 dieser Auffassung an, nachdem namentlich v. Campe nähere Mittheilungen über die Zufälligkeiten, die eine Abweichung der Bestimmungen der E. L.-D. von denen ihres ersten Entwurfs und der E. L.-D. veranlaßt hätten, gemacht hatte, wobei er einräumte, daß man dann in Beziehung auf die Redaction des § 189 nicht „mit wünschenswerther Genauigkeit zu Werke gegangen sei“. In einem Rückschreiben vom 24. März 1847 erwiderte das Ministerium, daß es die verhandelte Frage, obwohl man den geltend gemachten Gründen nicht durchgängig beipflichten könne, für erledigt annehmen wolle, weil das Staatsvermögen in Folge der Anlegung von Eisenbahnen eine größere Ausdehnung und die Verfügung darüber eine höhere Bedeutsamkeit gewonnen habe, auch die Ständeversammlung den Ansichten des Ausschusses unbedingt beigetreten sei und bei der vom Oberlandesgericht abgegebenen Erklärung keine Aussicht vorliege, die Frage in anderem Sinne entschieden zu sehen. Seitdem ist die Zustimmung der Ständeversammlung bezw. des Ausschusses je nach der Zuständigkeitsgrenze regelmäßig eingeholt. Vergl. ferner das Gutachten des Ausschusses vom 15. Juni 1889 (Anl. 5, § 3, Nr. 1 der Verhandlungen des 20. ordentl. Landtages), laut dessen es bezüglich des Erfordernisses der ständischen Zustimmung auch keinen Unterschied macht, ob es sich um Finanzvermögen (werbendes Staatsvermögen) oder Verwaltungsvermögen handelt. Als eine Veräußerung von Staatsgut im Sinne des § 189 ist dagegen nicht zu erachten die Verwendung von rechnungsmäßig schon vorhandenen Ueberschüssen früherer Finanzjahre, die vielmehr als Steuervorschüsse anzusehen sind. Bei derartigen Verfügungen bedarf es daher stets einer mit der Landesversammlung selbst zu treffenden Vereinbarung. Siehe darüber zuletzt: Ausschußbericht vom 16. Decbr. 1881, § 4, Nr. 104, Anl. 9 der Drucksache des 17. ordentl. Landtages.

5) Die Werthsumme ist nach dem Landesmünzfuß vom 1832 zu berechnen, also nach Conventionsmünze. Vergl. Ausschußbericht vom 20. Nov. 1837, § 4, Nr. 8 (Anl. 1 zu Prot. 3 des damaligen außerordentl. Landtages) und vom 9. December 1839, § 8 (Anl. 1 zu Prot. 5 des 3. ordentl. Landtages). Da laut des § 30 des Gesetzes vom 18. December 1834 Nr. 16, die Münzverfassung betreffend, die nach Conventionsmünze bestimmten Gelbsätze nach Verhältniß von 36 zu 37 in Courant umzurechnen sind, so würde dem im § 189 bezeichneten Werthgegenstande ein Betrag von etwa $10277\frac{1}{3}$ Thaler Courant entsprechen.

6) Aus dem Schlußsatze ist gefolgert, daß unentgeltliche Veräußerungen von Staatsgut (darunter auch Kammer- und Klostergut) nur unter Zustimmung

der Ständeversammlung selbst zulässig seien. Commissionsbericht vom 13. Jannuar 1845, § 6 (Anl. 1 zu Prot. 82 des 5. ordentl. Landtages) und Beschluß der Ständeversammlung vom 18. Jannuar 1845. Allein die Schlusssätze des Paragraphen wiederholen nur die gleichartige Bestimmung des § 165, wo zwischen einer Mitwirkung der Stände und des Ausschusses nicht unterschieden wird, und sie finden sich schon im Edict vom 1. Mai 1794. Auch erscheint die Einschränkung der Zuständigkeit des Ausschusses sachlich wohl kaum gerechtfertigt, da es sich in den gegebenen Fällen nur um Gegenstände von geringem oder zweifelhaftem Werthe handeln wird. Das Staatsministerium ist übrigens der Auffassung der Ständeversammlung, auch insoweit die Abtretung entbehrlicher und werthloser Zubehörstücke des Staatsgutes in Betracht kommt, nachträglich beigetreten (Schreiben vom 18. December 1848, Anl. 1 zu Prot. 3 des 6. ordentl. Landtages). Doch fehlt es keineswegs an Belegen, in denen die hier gewiesene Schranke nicht innegehalten ist, wie andererseits auch in Fällen, in denen die Zuständigkeit des Ausschusses begründeteren Bedenken unterlag, die Lage der Sache aber eine alsbaldige Entscheidung forderte, der Ausschuss keinen Anstand genommen hat, mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse die von ihm erbetene Zustimmung zu ertheilen. In dieser Hinsicht ist zu erwähnen namentlich ein Beschluß vom 8. April 1865 (Verkauf von Zubehör eines Vorwerks zu Ahlshausen für 16 000 Thaler), hinsichtlich dessen der Ausschuss selbst die Bejahung der Zuständigkeitsfrage als eine etwas gezwungene Deutung des § 189 bezeichnete, seine Entschließung aber damit rechtfertigte, daß ein außerordentlicher Landtag zur Erledigung der Sache füglich nicht habe berufen werden können und eine Vertagung des Geschäftsabschlusses ohne erhebliche Nachtheile nicht zulässig erschienen sei (Ausschussber. vom 10. December 1866, § 15, Nr. 36; Anl. 29 der Drucksachen des 12. ordentl. Landtages). Der Regel nach hat allerdings der Ausschuss bei Zweifeln über seine Zuständigkeit den Ausweg vorgezogen, sich mit der in Antrag gebrachten Verwaltungsmaßregel „gutachtlich“ (R. L.-D. § 124) einverstanden zu erklären und damit der auf eigene Verantwortlichkeit handelnden Landesregierung eine gewisse und immerhin annehmbare Gewähr für demnächstige nachträgliche Genehmigung der Landesversammlung zu bieten. — Eine erhebliche Erweiterung der Zuständigkeit des Ausschusses in Beziehung auf Verwendung von Beständen des Kammer- und des Klostercapitalfonds namentlich zu Ankäufen von Grundstücken: Gesetz vom 20. Dec. 1834, § 4, andererseits Zulässigkeit von Veräußerungen ohne ständische Mitwirkung: ebendort, § 1. Ueber Veräußerung von Werthpapieren des Staates siehe L.-N. vom 12. Juni 1874, Anl. B. (vergl. § 172, Anm. 8).

§ 190.

b) außerordentliche.

Wenn außerordentliche Ereignisse die zeitige Versammlung des Landtags unthunlich machen, oder wenn Gefahr mit dem

Verzuge verbunden ist und die ordentlichen Bewilligungen und Geldmittel zur Erreichung des Staatszwecks und zur Erhaltung des Staatswohles unzureichend sind, können mit Bewilligung des ständischen Ausschusses

1. die Steuern erhöht und neue Steuern aufgelegt werden, jedoch nicht länger als auf 6 Monate, und
2. Staatsanleihen bis zu dem Betrage von 100 000 Thalern geschlossen werden.

Alle in Folge einer solchen Uebereinkunft von der Landesregierung getroffene Maßregeln und deren Gründe sind indeß sobald als thunlich der Ständeversammlung von der Landesregierung vorzulegen¹⁾.

Steuerverwilligungen dieser Art hören in dem Augenblicke auf, Kraft zu haben, wo die Ständeversammlung ihnen ihre Zustimmung versagt. Staats-Anleihen dieser Art sind gültig, jedoch kann, wenn eine Bewilligung bis zu dem angegebenen Betrage erfolgt ist, ein neues Anlehn, bevor die Ständeversammlung zusammentgerufen worden, nicht gemacht werden.

Darüber: ob die Versammlung der Stände unthunlich, oder ob Gefahr im Verzuge sei? — entscheidet die Landesregierung, jedoch unter Verantwortlichkeit sämmtlicher stimmführenden Mitglieder des Staatsministeriums, von welchen allen daher die zu erlassenden Verfügungen zu contrasigniren sind²⁾.

¹⁾ Aehnlich schon der § 137 des ersten Entwurfs in Anlehnung an § 18 der E. L. D.; doch ist die Beschränkung der Nothanleihe auf einen Höchstbetrag von 100 000 Thaler erst nachträglich eingefügt. Ein Beispiel einer solchen Nothanleihe zu Eisenbahnzwecken: Bericht des Ausschusses vom 18. November 1844, § 3; Anl. 1 zu Prot. 59 des 4. ordentl. Landtages.

²⁾ Vergl. § 120, Anm. 1.

Siebentes Capitel.

Von der Rechtspflege.

§ 191.

1. Gerichtsbarkeit.

Alle Gerichtsbarkeit geht vom Landesfürsten aus. Die Patrimonial-Gerichtsbarkeit bleibt aufgehoben¹⁾.

¹⁾ Die durch die Fremdherrschaft beseitigte Patrimonialgerichtsbarkeit war durch die provisorische Justizverfassung von 1814 nicht wieder hergestellt und durch die Verordnung vom 26. März 1823 Nr. 7, die Einrichtung des Justizwesens betreffend, endgültig aufgehoben, wobei gewissermaßen zur Entschädigung den vormaligen Patrimonialgerichtsherren im Bezirke und Umfange ihrer früheren Gerichte die Polizeiverwaltung überwiesen wurde (§ 10 der betreffenden Verordnung, vergl. auch L.-A. vom 11. Juli 1823, Art. 37). — D. G.-B.-G. § 15.

§ 192.

2. Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung.

Die bürgerliche und Straf-Rechtspflege soll, mit Ausnahme der durch das Gesetz den Einzelrichtern überwiesenen Gegenstände¹⁾, ferner der Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, wie bisher, getrennt von der Landes-Verwaltung, durch collegialisch gebildete Gerichte, in gesetzlicher Instanzen-Ordnung, ausgeübt werden.

Jeder richterlichen Entscheidung sind die Gründe derselben beizufügen²⁾.

¹⁾ Die zur Zeit des Erlasses der R. L.-D. den Einzelrichtern (Justizamtleuten der „Kreisämter“) neben der Rechtspflege in erster Instanz und der freiwilligen Gerichtsbarkeit zugewiesenen Obliegenheiten bestanden im Wesentlichen in der Verwaltung der administrativen Polizei innerhalb des Umfangs der Kreisämter allenthalben, wo besondere Polizeibeamte nicht vorhanden oder von solchem Geschäft dispensirt waren, sowie in der Sorge für das richtige Eingehen der Contribution oder Grundsteuer und anderer directer Abgaben (Verordnung vom 15. Januar 1814 Nr. 14, § 2, Nr. 3 und 9, und vom 26. März 1823 Nr. 7, § 4, Nr. 9 und 11, und § 13). Die völlige Trennung der

Rechtspflege und Verwaltung ist erst durchgeführt in Folge des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 21. August 1849 Nr. 35. — Einf.-Gesetz zum (Reichs-) Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877, § 4.

²⁾ Eine Erweiterung der in der Verfügung der Fürstl. Regierungskommission vom 3. Februar 1814 Nr. 27, § 6 und 34 enthaltenen Bestimmungen. Wiederholt in der braunschweigischen Strafproceßordnung vom 22. August 1849, § 65 und der Civilproceßordnung vom 19. März 1850, § 102. — R.-G.-P.-D. § 313, Nr. 4; R.-St.-P.-D. § 34, 266.

§ 193.

3. Unabhängigkeit der Gerichte.

Die Gerichte sind in ihrer Amtsführung der landesfürstlichen Oberaufsicht unterworfen, jedoch bei der Beurtheilung von Rechts-sachen, innerhalb der Grenzen ihrer Competenz, unabhängig¹⁾. Sie entscheiden daher in allen Instanzen mit voller Freiheit der Meinungen, und werden in der Ausübung ihres Amtes nöthigen-falls durch den Beistand der Civil- und Militärbehörden ge-schützt. Die Strafurtheile der Gerichtshöfe bedürfen keiner Be-stätigung des Landesfürsten [doch soll die Vollziehung der durch das Gesetz bezeichneten schweren peinlichen Strafen nur nach landesfürstlicher Genehmigung erfolgen²⁾.]

¹⁾ D. G.-P.-G. § 1: „Die richterliche Gewalt wird durch unabhängige, nur dem Gesetze unterworfenen Gerichte ausgeübt.“ Ueber das Aufsichtsrecht: Ausf.-Gesetz zum D. G.-P.-G. vom 1. April 1879 Nr. 11, Abschn. 2.

²⁾ Nach der Verordnung vom 15. Januar 1814, § 3 war das Urtheil, wenn auf zwei Jahre Gefängniß oder eine härtere Criminalstrafe zu erkennen war, vor der Publication an den Landesfürsten zur Bestätigung einzusenden. Um diese Vorschrift mit dem § 193 in Einklang zu bringen, bestimmte die Ver-ordnung vom 4. November 1832 Nr. 39, daß künftig nach der Verkündigung eines derartigen Urtheils die Genehmigung des Landesfürsten zur Vollziehung einzuholen sei. Die Strafproceßordnung vom 22. August 1849 Nr. 36 hat jedoch die Schlußbestimmung des § 193 beseitigt (§ 184: „Landesfürstliche Ge-nehmigung ist zur Vollziehung der Erkenntnisse nicht erforderlich“). — Vergl. auch R.-St.-P.-D. § 485. Begnadigungsrecht: R. L.-D. § 208.

§ 194.

4. Mitwirkung der Polizeigewalt.

Die Polizeigewalt, selbstständig in ihrem Wirkungskreise, leistet zugleich der richterlichen Beistand bei der Sicherung der

Rechte der Landeseinwohner und der Vollziehung der Rechtssprüche. Bei Vergehungen verfolgt auch sie den Thäter und wirkt mit zur Ermittlung des Thatbestandes ¹⁾. Sie richtet nie über die That ²⁾.

¹⁾ Gesetz über die gerichtliche Polizei vom 19. März 1850 Nr. 15 und jetzt in Betreff der Stellung der Polizeibeamten als Hülfbeamten der Staatsanwaltschaft: D. G.-B.-G. § 153; R.-St.-P.-D. § 159, 161, 187.

²⁾ Steinacker bemerkt hierzu in seinem Aufsatz über braunschweigische Verfassungsgeschichte (in Rotted und Welcker's Staatslexikon Bd. 1, S. 625): „Wenn man weiß und aus eigener Erfahrung kennt, was man noch (im Jahre 1846) in Hannover und Preußen unter „polizeilicher Justiz“ versteht und hat, so wird man die ungemeine Wichtigkeit dieses Grundsatzes für die Freiheit der Justiz, wie der Staatsbürger nicht verkennen.“ — Vergl. jetzt: R.-St.-P.-D. § 453 f.; Gesetz vom 1. August 1879 Nr. 12, § 12 bis 14.

§ 195.

5. Verwaltungshandlungen.

Die Verfügungen aller nicht gerichtlichen, d. h. der Verwaltungs=Behörden und Beamten innerhalb des denselben angewiesenen, von der Rechtspflege getrennten Wirkungskreises, gehören nicht zur Competenz der Gerichte, und können in ihrer Ausführung von denselben nicht gehemmt werden ¹⁾.

¹⁾ Ueber die Auslegung dieses, einer verschiedenen Deutung sehr wohl fähigen Paragraphen geben die Vorverhandlungen keinen Aufschluß; die Capitel 7 und 8 der R. L.-D. sind auf Grund der von der ständischen Commission ausgearbeiteten Entwürfe zwischen Abgesandten der Commission und dem Minister v. Schleinitz in mündlichen Berathungen näher festgestellt und haben nur in wenigen Beziehungen zu Aeußerungen in der Ständeversammlung hernach Anlaß gegeben. Bei der Ausarbeitung des Capitels 7 scheint hauptsächlich die kurheffische Verfassungsurkunde vom 5. Januar 1831 zum Vorbilde gebient zu haben. Mansfeld gelangt in seiner Schrift „Der publicistische Reaktionsanspruch und sein Rechtsschutz im Herzogthum Braunschweig, 1895“ zu dem Ergebniß, daß durch den § 195 der Rechtsweg gegen Verfügungen der Verwaltungsbehörde überall ausgeschlossen werde, sofern sich diese in den Grenzen ihrer Specialcompetenz, in ihrer sächlichen, functionellen und örtlichen Zuständigkeit gehalten habe und sofern die Verfügung von der Behörde als solcher und in der gesetzlich unbedingt geforderten Form ergangen sei (S. 78). Die Rechtsprechung des Herzogthums hat dagegen „niemals vor der allgemeinen Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden Halt gemacht, sondern stets die concrete Rechtmäßigkeit der in Privatrechte eingreifenden Verfügungen ihrer Prüfung unter-

zogen und demgemäß Verwaltungsacte für anfechtbar erklärt, mochten dieselben nun in Folge einer irrthümlichen Auslegung eines Gesetzes ergangen sein oder direct gegen ein Gesetz verstoßen oder auch nur ohne gesetzliche Gestattung in Privatrechte eingegriffen haben" (Urtheil des Oberlandesgerichts Braunschweig vom 10. November 1893 in Zeitschr. f. Rechtspfl., Bd. 41, S. 51 f.). Belege für diese Praxis: Zeitschr. f. Rechtspfl., Bd. 38, S. 76; Mansfeld, S. 79, Anm. 44 und S. 81, Anm. 47. Es sind demnach zwar nur die Verwaltungsbehörden für zuständig erachtet, über die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer im Allgemeinen in ihren Wirkungsbereich fallenden Maßregel zu entscheiden, jedoch ist die Frage der Rechtmäßigkeit stets zur Zuständigkeit der Gerichte gezogen, so daß dem Ergebnis nach den Gerichten gegenüber allen Verfügungen der Verwaltungsbehörden, so weit dadurch Privatrechte berührt werden, eine unbeschränkte Rechtscontrolle zugestanden wird. Zur Begründung des gerichtlichen Nachprüfungsrechtes genügt die Behauptung eines illegalen Eingriffs (Zeitschr. für Rechtspflege, Bd. 36, S. 52; Bd. 38, S. 76; Bd. 45, S. 33). Die Polemik Mansfeld's gegen die dem § 195 sonach gegebene, auffällige Deutung erscheint gewiß nicht durchweg unbegründet, andererseits ist aber nicht zu bestreiten, daß die hier geübte Praxis schon vor dem Erlaß der N. L.-D. bestanden und auch in der Folge eine Unterbrechung nicht erfahren hat, daß ferner der von ihr vertretene Rechtsgrundsatz zu jener Zeit vielfach die Anerkennung der Gerichte deutscher Bundesstaaten erlangt, auch hier und da gesetzliche Bestätigung gefunden hatte und daß in den Jahren, in welche die Verathungen über die N. L.-D. fallen, eine „freiere Auffassung des Staatslebens" sich ausbreitete, von dem Bestreben geleitet, den Unterthanen thunlichsten Schutz gegen eine willkürliche Handhabung der Staatsgewalt zu verleihen (Zeitschr. f. Rechtspfl., Bd. 41, S. 54). Die richterliche Entscheidung über den Bestand der Verwaltungsacte darf sonach allerdings wohl (Mansfeld, S. 82) als ein lebendiges Zeugniß für die Macht des liberalen Gedankens bezeichnet werden, gegen den die Verfassung „Papier war". — Daß der Zulässigkeit des Rechtsweges nach Landesrecht der § 13 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes nicht im Wege steht, wird allgemein als zweifellos angesehen.

§ 196.

6. Competenz=Conflicte.

Die Beurtheilung, ob eine Sache zum gerichtlichen Verfahren geeignet, gebührt zunächst dem Richter. Erklärt das Gericht sich competent, während eine Verwaltungs=Behörde dessen Zuständigkeit in Zweifel zieht, so darf letztere durch einen dem Gerichte zu eröffnenden, die Gründe anführenden Einspruch, die weitere gerichtliche Verhandlung hemmen.

Das Nähere über das in solchen Fällen eintretende Verfahren soll durch ein Gesetz bestimmt werden¹⁾.

¹⁾ Vergl. D. G.-B.-G. § 17 und in Durchführung der dort gegebenen Normativbestimmungen: Gesetz vom 1. April 1879 Nr. 16. Die im § 4 dieses Gesetzes erwähnten Behörden sind auch für die Verwaltungsstreitsachen zur Erhebung des Kompetenzconflictes befugt (Gesetz, betreffend die Verwaltungsrechtspflege vom 5. Mai 1895 Nr. 26, § 15). Ein negativer Kompetenzconflict zwischen dem Verwaltungsgerichtshof und einem ordentlichen Gericht wird durch die Bestimmungen des Abs. 4 im § 15 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege ausgeschlossen.

§ 197.

7. Entschädigungsfrage gegen den Staat¹⁾.

Die Frage, welche Entschädigung vom Staate²⁾ demjenigen gebühre, welcher durch Handlungen der Regierungs- und Verwaltungsbehörden in seinen wohl erworbenen Rechten verletzt³⁾ ist, fällt ohne Zulassung eines Kompetenz=Conflictes lediglich der Entscheidung der Gerichte anheim⁴⁾.

Die verfassungsmäßige Erlassung gesetzlicher Vorschriften kann zu keiner anderen, als der im Gesetze bestimmten Entschädigung berechtigen⁵⁾.

¹⁾ Gemäß der bei § 195 angegebenen Auffassung der Gerichte stellt der § 197 nicht etwa den allgemeinen Grundsatz auf, daß, soweit überhaupt Handlungen der Regierungs- und Verwaltungsbeamten im Rechtswege anfechtbar sind, der erhobene Anspruch nicht auf Beseitigung der beschwerenden Verfügung, sondern nur auf Entschädigung gerichtet werden könne (so Mansfeld, S. 94, der freilich selbst ein solches Resultat der Gesetzgebung für ungereimt genug erklärt), sondern spricht nur für die Fälle, in denen die Wiederherstellung des früheren Zustandes unthunlich erscheint, die Zuständigkeit der Gerichte auch in Betreff auf das Maß der zu gewährenden Entschädigung aus. Hinsichtlich anderer Landesgesetze, die hinsichtlich der Zulassung des Rechtsweges gegen Verfügungen von Verwaltungsbehörden neben dem § 197 in Betracht kommen (namentlich: Gesetz, die Organisation und den Geschäftskreis der Steuerdirection betreffend, vom 12. October 1832 Nr. 30, § 12), vergl. Mansfeld, S. 83 f.

²⁾ In der Rechtsprechung der hiesigen Gerichte ist die Klage nicht in der Richtung gegen den Staat beschränkt geblieben, sondern auch gegenüber Gemeinden und anderen öffentlich=rechtlichen Verbänden zugelassen. Belege darüber bei Mansfeld, S. 94, Anm. 35.

³⁾ Da die Klage auf eine Rechtsverletzung sich gründet, so ist sie nicht, wie es wohl geschehen ist (Zeitschr. f. Rechtspflege, Bd. 27, S. 28) und worauf Mansfeld zutreffend hinweist, in Verbindung zu bringen mit der Entschädi-

gungsklage des § 33, die einem ausdrücklich als zulässig anerkannten Eingriff in Privateigenthum oder Privatgerechtsame gegenüber gegeben wird. — Ob die Klage auch ohne Rücksicht auf ein subjectives Verschulden des betreffenden Beamten allgemein zulässig sein soll, läßt sich aus dem § 197 nicht entnehmen. Der § 31 des B. G.-B. gilt (nach § 89 ebendasselbst) auch für den Fiskus und die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Stiftungen, Anstalten, bezieht sich aber nicht auf Schädigungen, die in Ausübung der einem Beamten anvertrauten öffentlichen Gewalt verursacht sind. Die Grundbuchordnung vom 20. Mai 1898 hat im § 10 den Staat für haftbar bei Versehen von Grundbuchbeamten erklärt, im Uebrigen aber überläßt das Einführungsgezet zum B. G.-B. es der Landesgesetzgebung, über die Haftbarkeit des Staats und der öffentlichen Verbände für den Schaden, den ein Beamter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt anrichtet, Bestimmungen zu treffen. Vorschriften dieser Art waren bislang gegeben im Gesetz vom 4. Juli 1875 Nr. 27, § 2, Ziff. 2, dem Gesetz vom 8. März 1878 Nr. 11, § 3, der St.-D. §§ 143, 202 bis 208 und der L.-G.-D. § 125 bis 150. Das Ausführungsgezet zum B. G.-B. hat von einer weiteren Ordnung der Frage abgesehen. Ueber die Gründe: die braunschweigischen Ausführungsgeetze zum B. G.-B., aml. Ausgabe S. 28.

⁴⁾ Die Frage, ob der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten innerhalb der Grenzen des § 197 durch die Klage vor dem Verwaltungsgerichtshof nach dem Gesetz vom 5. März 1895 Nr. 26 beseitigt sei (vergl. darüber Verhandlungen der Landesversammlung vom 23. und 24. Februar 1895, ferner v. Frankenberg in Zeitschr. f. Rechtspflege, Bd. 43, S. 50 f.; Mansfeld, ebendasselbst, S. 66 f.), ist in einem kürzlich ergangenen oberlandesgerichtlichen Urtheil (Zeitschr. für Rechtspflege, Bd. 45, S. 139), wenn auch nicht unmittelbar entschieden, doch in bejahendem Sinne beantwortet.

⁵⁾ Mit anderen Worten: erfolgt ein Eingriff in wohlermorbene Rechte mittelst eines im verfassungsmäßigen Wege erlassenen Gesetzes, so ist ein Entschädigungsanspruch nur insoweit statthaft, als er durch das betreffende Gesetz zugelassen bezw. festgestellt wird.

§ 198.

8. Rechtsfachen des Fiskus.

Der Fiskus, als der Vertreter aller das Vermögen und die Einkünfte des Staats betreffenden Rechte und Verbindlichkeiten, ist in streitigen Rechtsfachen den ordentlichen Gerichten unterworfen ¹⁾. Die Vollziehung des gerichtlichen Erkenntnisses wird gegen die in demselben bezeichnete Behörde und Cassé verfügt ²⁾.

¹⁾ Siehe auch Einf.-Gesetz zur R.-G.-B.-D. § 4. — Die Befugniß zur Proceßführung der einzelnen fisciatischen Behörden ist durch ein Ministerial-

rescript vom 16. April 1833 (Bege, Repertorium, Bd. 4, S. 123) dahin geordnet, daß das Finanzcollegium den Fiskus im Allgemeinen, die Kammer — und zwar durch ihre einzelnen Directionen — das Kammer- und Klostergut insbesondere zu vertreten habe, daß die Steuerdirection, wie die Baudirection nur solche Ansprüche verfolgen und vertreten könne, die in die diesen Behörden zugewiesene Verwaltung besonders einschlagen, und daß die Kreisdirectionen niemals in die Lage kommen dürften, Namens des Staats in Rechtsfachen zu handeln. Indessen ist dieses Rescript, da das Ministerium Gesetze weder zu geben, noch authentisch zu interpretiren, noch in den verfassungsmäßig festgestellten Geschäftskreis der Behörden abändernd eingzugreifen vermag, von den Landesgerichten nicht als unbedingt maßgebend anerkannt und namentlich die Proceßführung durch und gegen die Kreisdirectionen (und ebenso die Polizeidirection) vielfach zugelassen (z. B. Zeitschr. für Rechtspflege, Bd. 11, S. 145; Bd. 17, S. 69). Bei der Vertretung des Fiskus durch das Finanzcollegium ist eine Unterscheidung zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen des Staats nicht angängig (Zeitschr. Bd. 45, S. 181 f.). Hinsichtlich des Justizfiskus bestimmt das Gesetz vom 1. April 1879 Nr. 11, § 85, daß wegen seiner Vertretung, in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, insoweit nicht gesetzliche Bestimmungen vorhanden sind, das Erforderliche durch die Landesjustizverwaltung geordnet werden solle. Vergl. dazu Mansfeld, Ausführungs-gesetze, S. 87.

²⁾ Daher auch landesgesetzlich die betreffende Kasse nicht für befugt zu halten war, die Forderungen einer anderen statio fisci gegen den obliegenden Gegner zur Aufrechnung zu benutzen (Seuffert's Archiv, Bd. 1, Nr. 203; Bd. 21, Nr. 200). Jetzt auch: B. G.-B. § 395 und Ausf.-Gesetz, § 22.

§ 199.

9. Beschränkung der Privilegien des Fiskus.

Die bisherigen Vorrechte des Fiskus, in Beziehung auf gerichtliche Verfolgung seiner Ansprüche, Privatpersonen gegenüber, werden hierdurch aufgehoben.

Ein Vorzugs- oder stillschweigendes Pfandrecht behält derselbe nur wegen öffentlicher Abgaben ¹⁾.

¹⁾ Der § 199 hat nur die processualischen Vorrechte des Fiskus beseitigt, die übrigen dagegen bestehen lassen mit alleiniger Ausnahme der Pfand- und Vorzugsrechte, soweit diese nicht auf öffentliche Abgaben Bezug haben. Ueber die Sonderrechte des Fiskus jetzt: B. G.-B. § 9, 14, 45, Abs. 3, 928, 1936 und Ausf.-Gesetz, § 9, 14, 112. In Beziehung auf das Pfand- und Vorzugsrecht der öffentlichen Abgaben: Ausf.-Gesetz zum B. G.-B. § 38, Abs. 5.

§ 200.

10. Gleichheit vor dem Richter.

Alle Landeseinwohner sind vor dem Richter gleich. Der privilegirte Gerichtsstand ist und bleibt abgeschafft ¹⁾).

¹⁾ In Betreff der Beseitigung des privilegirten Gerichtsstandes: Verordnung vom 15. Januar 1814 Nr. 14, § 6 und vom 26. März 1823 Nr. 7, § 9. Jetzt auch: D. G.=B.=G. § 16. — Hinsichtlich des Gerichtsstandes des Landesherrn s. oben § 3, Anm. 3.

§ 201.

11. Rechtsschutz.

Niemand darf seinem gesetzlichen Richter, es sei in bürgerlichen oder strafrechtlichen Fällen, entzogen, noch sonst an der Betretung und Verfolgung des Rechtsweges vor den Gerichten gehindert werden ¹⁾. Die Justiz-Collegien dürfen jedoch zu Verhandlungen und Untersuchungen, welche dem Urtheilsprüche vorgehen, einzelnen Gerichtsmitgliedern oder einem ihnen untergeordneten Gerichte Aufträge ertheilen; auch kann die Landesregierung in außerordentlichen und dringenden Fällen, wenn die Zahl der gewöhnlichen Mitglieder des zuständigen Gerichtes nicht ausreicht, dieses durch Mitglieder anderer Gerichte verstärken ²⁾).

¹⁾ D. G.=B.=G. § 16: „Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Die gesetzlichen Bestimmungen über Kriegsgerichte und Standrechte werden hiervon nicht berührt.“ Militärstrafgerichtsordnung vom 1. Dec. 1898.

²⁾ In Betreff des ersten Theils des letzten Absatzes dieses Paragraphen ist auf die Bestimmungen der R.=G.=P.=D. und R.=St.=P.=D. zu verweisen, hinsichtlich des Schlusssatzes vergl. Ausführungsgesetz zum D. G.=B.=G. § 2 bis 4.

§ 202.

12. Gesetzliche Verfolgung.

Jeder Verhaftete muß binnen 24 Stunden nach seiner Verhaftung verhört, von deren gesetzlicher Ursache in Kenntniß gesetzt und im Falle der Fortdauer dieser Ursache ohne Verzug seinem zuständigen Richter überliefert werden.

Dieser wird dem Antrage des Verhafteten auf Entlassung gegen genügende Caution Statt geben, dafern nicht dringende Anzeichen eines schweren peinlichen Verbrechens wider ihn vorliegen ¹⁾).

¹⁾ Die §§ 202 bis 204 sind in Folge der Reichsjustizgesetzgebung gegenstandslos geworden. In Betreff des § 202, Abs. 1 ist jetzt zu vergl. R.=St.=P.=D. § 114, Abs. 3, § 115, § 128 bis 132, in Beziehung auf Abs. 2: ebendasselbst § 117 bis 120.

§ 203.

13. Rechte der Angeschuldigten.

Keinem Angeschuldigten darf das Recht der Beschwerdeführung während der Untersuchung, das Recht der Vertheidigung oder der verlangte Richterspruch versagt werden ¹⁾).

¹⁾ Vergl. namentlich R.=St.=P.=D. § 114, 137 f., 190, 199, 215, 346 u. a.

§ 204.

14. Schutz gegen Verlängerung der Haft.

Die Gerichts- und Polizeibehörden des Landes, welchen der verfassungsmäßige Schutz der bürgerlichen Freiheit zunächst anvertrauet ist, sind in den Untersuchungen gegen verhaftete Angeschuldigte dafür verantwortlich, daß deren Haft nicht länger dauere, als die Erforschung der Verbrechen und die zu sichernde Anwendung der Strafe erfordert. Besonders wird den Obergerichten die Pflicht auferlegt, über die Befolgung dieser Vorschrift strenge zu wachen und Uebertretungen derselben zu ahnden ¹⁾).

¹⁾ Zu vergl. R.=St.=P.=D. § 123 und 188 und die landesgesetzlichen Bestimmungen über das Aufsichtsrecht und Disciplinarverfahren gegen richterliche Beamte.

§ 205.

15. Vergehen im Auslande.

Landeseinwohner, welche im Auslande strafbare Handlungen begangen haben, können im hiesigen Staatsgebiete nicht anders zur Untersuchung und Strafe gezogen werden, als insofern jene Handlungen nach gemeinem Deutschen Criminalrechte mit Strafen bedrohet sind.

Gegen Fremde, welche im Auslande Vergehen begangen haben, können die hiesigen Gerichte nur verfahren, wenn ein Verbrechen gegen den hiesigen Staat oder gegen Landeseinwohner begangen ist, oder zufolge einer von der Landesregierung erhaltenen Ermächtigung ¹⁾).

¹⁾ Der Paragraph ist außer Kraft gesetzt durch R.=St.=G.=B. § 4 bis 6. Der Begriff des „Auslandes“ jetzt: ebendasselbst § 8.

§ 206.

16. Auslieferung der Verbrecher.

Die Auslieferung von Landeseinwohnern an fremde Regierungen findet nicht statt.

Die Auslieferung von Fremden an auswärtige Regierungen darf nicht ohne Genehmigung der Landesregierung geschehen.

Diese wird nicht verweigert werden, wenn die Auslieferung von einer Regierung der Staaten des Deutschen Bundes verlangt wird, gegen den Auszuliefernden von der zuständigen Behörde ein Verhaftsbefehl erlassen, und derselbe entweder Unterthan des requirirenden Staats, oder eines in dessen Gebiete begangenen, nach gemeinem Deutschen Criminalrecht mit Strafe bedrohten Vergehens beschuldigt ist und endlich, wenn die requirirende Regierung gleiche Grundsätze gegen den hiesigen Staat befolgt.

Alle diese Bestimmungen gelten jedoch nur unbeschadet der Vollziehung der über die Auslieferung der Verbrecher bereits bestehenden oder künftig, und zwar insofern sie die Rechte der Landeseinwohner betreffen, mit Zustimmung der Stände abzuschließenden Staats-Verträge ¹⁾).

¹⁾ Der an die Spitze des Paragraphen gestellte Grundsatz erlitt eine Einschränkung schon durch den Bundesbeschluß vom 18. August 1836 in Beziehung auf die Auslieferung politischer Verbrecher auf dem deutschen Bundesgebiete (Ges.-Sammlung v. 1836, Nr. 23) und wurde in weiterem Umfange beseitigt durch den Bundesbeschluß vom 26. Januar 1854 (Ges.-Sammlung v. 1854, Nr. 22). — Gegenwärtig gelten hinsichtlich der Auslieferung von Verbrechern in Folge der Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes, bezw. Deutschen Reiches, die nachstehenden Grundsätze:

a) Die Auslieferung eines Reichsangehörigen an einen ausländischen Staat findet in keinem Falle statt (R.-St.-G.-B. § 9) — ein Grundsatz, der auch in den vom Reiche mit auswärtigen Staaten über die Auslieferung von Verbrechern abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträgen ausnahmslos anerkannt ist.

b) Das Gesetz über Gewährung der Rechtshilfe vom 21. Juni 1869, § 20 f. verpflichtete die einzelnen Bundesstaaten, ihre Angehörigen, sowie die eines anderen Bundesstaates zum Zweck der Verfolgung oder Bestrafung wegen einer im Gebiete des ersuchenden Bundesstaates begangenen strafbaren Handlung dem letzteren auszuliefern, doch sind späterhin für das Gebiet der ordentlichen Gerichtsbarkeit an Stelle jenes Gesetzes die Bestimmungen des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes getreten, welche „nicht auf dem internationalen Princip der Auslieferung, sondern auf dem staatsrechtlichen Grundsatz beruhen, daß die Gerichtsbarkeit jedes Einzelstaates sich auf das ganze Bundesgebiet erstreckt“ (Laband, Staatsrecht, Bd. 1, S. 152, Anm. 1). Demgemäß erfolgt die Herbeiführung der zum Zwecke von Vollstreckungen, Ladungen und Zustellungen erforderlichen Handlungen nach Vorschrift der Proceßordnungen (in Betreff der Haftbefehle: Str.-P.-D. § 131, 187) ohne Rücksicht darauf, ob die Handlungen in demjenigen Bundesstaat, welchem das Proceßgericht angehört, oder in einem anderen vorzunehmen sind. D. G.-B.-G. § 161 und (Recht der Nachtheile) 168.

c) Hinsichtlich der Ausländer, die im Auslande ein Verbrechen begangen haben, hat das Deutsche Reich gegenüber einer Reihe von auswärtigen Staaten durch besondere Verträge (eine Uebersicht derselben bei G. Meyer, Staatsrecht, § 215, Anm. 4) die Verpflichtung zur Auslieferung übernommen. Soweit Verträge dieser Art bislang nicht abgeschlossen sind, bedarf die Auslieferung der Schuldigen im Herzogthume der Genehmigung der Landesregierung (s. den Text des § 206, Abs. 2), kann also nach freier Entschließung der letzteren zugestanden oder versagt werden, wie die Regierung unter der gleichen Voraussetzung denn auch unbehindert erscheint, in Betreff der Auslieferung völkerrechtliche Verträge mit Staaten des Auslandes einzugehen (siehe darüber Laband, Staatsrecht, Bd. 1, S. 186; Haenel, Deutsches Staatsrecht, Bd. 1, S. 557 f.). An die Stelle des zwischen Braunschweig und Belgien vereinbarten Auslieferungsvertrages vom 3. October 1846 (Ges.-Sammlung v. 1847, Nr. 5) ist der Staatsvertrag des Deutschen Reichs vom 24. December 1874 (R.-G.-Bl. 1875, S. 73 f.) getreten, während ein zwischen Preußen und anderen Staaten des Deutschen Bundes, darunter auch dem Herzogthum Braunschweig, mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika geschlossener Auslieferungsvertrag vom 16. Juni und 16. November 1852 (Ges.-Sammlung 1853, Nr. 50) durch Art. 3 des Vertrages vom 22. Februar 1868 auf alle Staaten des Norddeutschen Bundes ausgedehnt ist (Gesetzblatt des Nordd. Bundes v. 1868, S. 229).

§ 207.

17. Confiscation.

Die Confiscation kann nur auf Gegenstände oder Werkzeuge einer Vergehung angewendet werden. Eine allgemeine Vermögens-Confiscation tritt in keinem Falle ein ¹⁾. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Beschlagnahme des Vermögens der Deserteure und ausgetretenen Militärpflichtigen sind hierdurch nicht aufgehoben ²⁾.

¹⁾ Trotz der Mißbilligung der C.=C.=C. (Art. 218) hatte die Vermögensconfiscation sich für gewisse Fälle von Strathaten im gemeinen deutschen Strafrecht, wie in Particulargesetzen, bis in unser Jahrhundert hinein erhalten, so daß eine Anzahl von Verfassungsurkunden und selbst noch die Grundrechte des deutschen Volkes (§ 40) es für nothwendig befunden haben, ihre Unzulässigkeit ausdrücklich auszusprechen. Bezüglich der Confiscation (Einziehung) einzelner Sachen ist aus dem Gebiete der Reichsgesetzgebung jetzt namentlich zu vergleichen: R.=Str.=G.=B. § 40 bis 42, 152, 295, 397, ferner z. B. Vereinszollgesetz vom 1. Juli 1869, § 134, Ges. über Urheberrecht an Schriftwerken vom 11. Juni 1870, § 21, Spielfartenstempelgesetz vom 3. Juli 1878, § 10, Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1879, § 12 u. a. m. Landesgesetzlich: Forststrafgesetz vom 1. April 1879 Nr. 18, § 7 und 19, Gesetz die Jagdpolizeiübertretungen betr. vom gleichem Tage Nr. 19, § 13.

²⁾ Während die Confiscation den Charakter einer Nebenstrafe trägt, dient die Beschlagnahme in den hier bezeichneten Fällen lediglich der Sicherung der Strafvollziehung. In Betreff jener Fälle jetzt: R.=Str.=G.=B. § 140, Abs. 2 und Militärstrafgerichtsordnung vom 1. December 1898, § 360.

§ 208.

18. Begnadigungsrecht.

Der Landesfürst kann in strafrechtlichen Sachen begnadigen ¹⁾, die Strafe mildern oder erlassen, aber in keinem Falle schärfen, und eine angefangene Untersuchung nur, nachdem das Ober-Appellationsgericht sich gutachtlich darüber geäußert hat, niederschlagen ²⁾.

¹⁾ Die Vollstreckung von Todesurtheilen darf erst stattfinden, nachdem die Entschließung des Staatsoberhauptes ergangen ist, vom Begnadigungsrechte keinen Gebrauch machen zu wollen (R.=Str.=P.=D. § 485, Abs. 1).

²⁾ An die Stelle des Oberappellationsgerichts ist das Oberlandesgericht getreten. Das betreffende Gutachten wird vom Straffenat desselben erstattet (Ausf.-Gesetz zum D. G.-B.-G. vom 1. April 1879 Nr. 11, § 43). Mittelft Rescripts vom 14. Juni 1893 hat sich das Staatsministerium, Abth. der Justiz, dahin ausgesprochen, daß das Abolitionsrecht des Landesherrn in analogischer Auslegung des § 208 auch auf Disciplinarfachen sich erstrecke (Zeitschr. für Rechtspflege, Bd. 41, S. 1 f.). Eine Beschränkung des Abolitionsrechts enthält der § 111 der N. L.-D.

§ 209.

19. Moratorien.

Moratorien werden von der Landesregierung nie ertheilt ¹⁾; die Gerichte dürfen in den gesetzlich bestimmten Fällen darauf erkennen ²⁾.

¹⁾ Die Bestimmung ist an dieser Stelle aufgenommen, weil das landesherrliche Stundungsrecht als Ausübung des Begnadigungsrechts auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts angesehen wurde. Die Beseitigung dieses Rechts, das von den Kaisern auf die Landesfürsten sich übertragen hatte, aber mit Rücksicht auf die Erhaltung des öffentlichen Credits nur unter bestimmten Voraussetzungen gehandhabt ist (vergl. Steinacker, Promtuarium II, S. 174), entspricht dem verfassungsmäßigen Grundsatz, daß Niemand an der Verfolgung des Rechtsweges gehindert werden solle (§ 201). Gleichwohl blieb die Ertheilung von Moratorien nach der hannoverschen Verfassung von 1840 für außerordentliche Fälle nach Anhörung des Staatsrats, und nach der kurfürstlichen von 1852 unter Zustimmung der Landstände noch dem Landesherrn vorbehalten. — Vergl. jetzt auch: Einf.-Gesetz zur N.-G.-P.-D. § 14.

²⁾ Die Erzwingung eines Stundungsvertrages zur Abwendung des Konkurses ist zur Zeit ausgeschlossen (Einf.-Gesetz zur N.-R.-D., § 4), während innerhalb des Konkurses unter den Voraussetzungen und den Formen des Zwangsvergleichs durch die Mehrheit der Gläubiger auch Stundung noch vereinbart werden kann (N.-R.-D., § 161, Motive, S. 406).

§ 210.

20. Rechtshülfe in bürgerlichen Streitsachen.

In bürgerlichen Streitsachen wird den Gerichten auswärtiger Staaten jede gesetzliche Rechtshülfe geleistet, so lange dieselbe nicht in jenen Staaten den hiesigen Gerichten verweigert wird ¹⁾. Insbesondere sind die rechtskräftigen Erkenntnisse ausländischer

Gerichte, wenn die Zuständigkeit der letzten in dem einzelnen Falle außer Zweifel ist, unter obiger Voraussetzung von den einheimischen Gerichten zu vollstrecken²⁾.

¹⁾ Seitdem die Verfassung des Deutschen Reichs den Begriff der „auswärtigen Staaten“ auf die außerdeutschen Staaten eingeschränkt hat, erscheint der vorstehende Grundsatz nur noch den letzteren gegenüber insoweit anwendbar, als nicht Rechtshülfeverträge des Reichs mit den betreffenden Staaten geschlossen sind. Innerhalb der Einzelstaaten des Deutschen Reichs dagegen entscheiden gegenwärtig in Betreff der zur ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit gehörigen Sachen die Bestimmungen der §§ 157 bis 169 des D. G.-B.-G., während bezüglich derjenigen bürgerlichen Streitsachen, die zur Zuständigkeit besonderer Gerichte (D. G.-B.-G. § 14) gehören, die Vorschriften des Rechtshülfegesetzes vom 21. Juni 1869 in Geltung geblieben sind.

²⁾ Vgl.: R.-G.-B.-D. § 722.

Achtes Capitel.

Von den christlichen Kirchen, den öffentlichen Unterrichts-Anstalten und milden Stiftungen, von dem Kloster- und Studienfonds¹⁾.

§ 211.

1. Rechtsgleichheit der anerkannten christlichen Confessionen.

Allen im Herzogthume anerkannten oder durch ein Gesetz aufgenommenen christlichen Kirchen wird freie öffentliche Religionsübung zugesichert; sie genießen gleichen Schutz des Staates und ihre Angehörigen gleiche bürgerliche Rechte²⁾.

¹⁾ Die einzelnen Paragraphen dieses Capitels sind im Wesentlichen, vielfach wörtlich, denen des fünften Capitels im hannoverschen Entwurf von 1831 nachgebildet.

²⁾ Während der § 29 jedem Landeseinwohner das Recht der Glaubens- und Gewissensfreiheit zusichert, behandelt § 211 die Rechtsstellung der christlichen Kirchen im Staate und die bürgerlichen Verhältnisse der Mitglieder derselben. Den Reformirten und den Katholiken war im 18. Jahrhundert zwar

öffentliche Religionsübung im Herzogthum gestattet, den Letzteren jedoch nur unter wesentlichen Erschwerungen und Einschränkungen (vergl. Steinacker, Promtuar. II, S. 293 f.); auch ist ihnen bis zur westphälischen Zeit der Zutritt zum Staatsdienst verschlossen geblieben (landschaftl. Privil. von 1770, Art. 1). Den Anlaß zur Aufnahme des § 211 haben die Bestimmungen des Art. 16 der deutschen Bundesacte gegeben, denen zufolge die Verschiedenheit der christlichen Religionsparteien in den Ländern und Gebieten des deutschen Bundes einen Unterschied im Genuße der bürgerlichen und politischen Rechte nicht mehr begründen soll. Wenn dieser Grundsatz in den Schlußworten des § 211 anscheinend nur unter einer Einschränkung auf die „bürgerlichen Rechte“ anerkannt wird, so liegt dem eine ungenaue Ausdrucksweise zu Grunde; unzweifelhaft sind die Worte im Sinne von „staatsbürgerlichen Rechten“ zu verstehen, wie denn auch schon die E.-L.-D. im § 8 eines der wichtigsten politischen Rechte, die Befugniß, Sitz und Stimme auf dem Landtage zu führen, ohne weitere Unterscheidung allgemein vom Bekenntniß der „christlichen Religion“ abhängig gemacht hatte. Ob in der Zusicherung des Art. 16 auch ohne Weiteres die Gewährleistung der im § 211 mitgenannten „freien, öffentlichen Religionsübung“ hat erblickt werden dürfen, ist bestritten (für die Bejahung: Zachariae in Zeitschr. für Deutsches Staatsrecht, Bd. 1, S. 25 f.; a. M. namentlich: Richter-Dove, Kirchenrecht, § 98, Nr. 1). — Die kirchlichen Verhältnisse der Katholiken im Herzogthum sind geordnet durch das Gesetz vom 10. Mai 1867 Nr. 32; bezüglich der katholischen Gemeinde in der Stadt Braunschweig vergl. auch Ges. vom 7. December 1898 Nr. 57. Ueber das Gesetz des Norddeutschen Bundes vom 3. Juli 1869 und die Rechtsverhältnisse der Juden vergl. oben § 29, Anm. 3.

§ 212.

2. Oberaufsicht des Staats.

Alle Kirchen stehen unter der auf der höchsten Staatsgewalt beruhenden Oberaufsicht der Landesregierung ¹⁾. Die Anordnung der rein geistlichen Angelegenheiten bleibt, unter dieser Oberaufsicht, der in der Verfassung jeder dieser Kirchen begründeten Kirchengewalt überlassen ²⁾. Im Zweifel entscheidet darüber: ob eine Angelegenheit rein geistlich sei? — die Landesregierung ³⁾.

¹⁾ Das Oberaufsichtsrecht (*jus supremæ inspectionis*) ist ein Ausfluß der Kirchenhoheit (*jus circa sacra*), die sich daneben bethätigt im Reformationsrecht (*jus reformandi*) und im Schutzrecht (*jus advocatiae*) des Staats. Das Reformationsrecht hat landesgesetzlich Bedeutung nur noch in Beziehung auf die Gestattung des religiösen Cultus und die Ertheilung von Corporationsrechten an Secten nach Maßgabe des Gesetzes, die Verhältnisse der Dissidenten betreffend, vom 25. März 1873 Nr. 26, § 19 und 20; das Schutzrecht

(§ 211) äußert sich im Erlaß von Strafgesetzen gegen Störung des Gottesdienstes und Kränkung religiöser Einrichtungen (R.-St.-G.-B. § 166, 167), in der Fürsorge für Heilighaltung der kirchlichen Feiertage (R.-St.-G.-B. § 366, Nr. 1, Gef. die Polizei=Uebertretungen betr. vom 23. März 1899 Nr. 27, § 1) und in der Sicherstellung des kirchlichen Vermögens (R. L.=D. § 216 f.) Das Oberaufsichtsrecht endlich wahrt die staatlichen Interessen gegenüber den Anordnungen, die in den einzelnen Kirchen vermöge der Kirchengewalt erlassen werden (R. L.=D., § 215, Gesetz vom 27. März 1882 Nr. 16, § 4).

²⁾ Auf der ersten ordentlichen Landessynode wurde die Frage streitig, ob nach § 20 der Synodalordnung die auf Lehrordnung, Cultus, Disciplin und Verfassung der Landeskirche bezügliche Gesetzgebung ausschließlich und ohne Rücksicht auf schon vorhandene, denselben Gegenstand betreffenden Staatsgesetze den kirchlichen Organen zustehe. Zur Klarstellung dieser Frage, wie überhaupt zur Ordnung des Verhältnisses zwischen Kirchen- und Staatsgesetzgebung und „zur näheren Ausführung des § 212 der R. L.=D.“ ist das Gesetz, den Erlaß der Kirchengesetze und Kirchenverordnungen für die evangelisch-lutherische Landeskirche betreffend, vom 27. März 1882 Nr. 16 bestimmt. Eine Denkschrift des Staatsministeriums, welche die Begründung des Gesetzesentwurfs enthält (Pro memoria vom 16. November 1876, Anl. 15 der Verhandlungen des 17. ordentl. Landtags), führt näher aus, daß als rein geistliche Angelegenheiten, deren Anordnung der in der Verfassung der Landeskirche begründeten Kirchengewalt unterliege, Cultus und Lehre unzweifelhaft anzusehen seien, daß ferner in Beziehung auf Disciplin und Verfassung der Kirche an sich beide Gewalten zu legislativen Acten zuständig seien und namentlich auch der Staat zum Erlaß von Normen mit verpflichtender Kraft für die Kirche und deren Angehörigen auf diesem Gebiete befugt erscheine, daß man indessen diese Frage der äußeren rechtlichen Macht nicht gleichachten dürfe der höheren ethischen Frage, in welchen Fällen der Staat von seiner Machtfülle Gebrauch machen solle, und daß dieser nur dann im Sinn und Geist der Landesverfassung handeln werde, wenn er sich auf die im staatlichen Interesse erforderlichen absoluten Normen gebietenden oder verbietenden Inhalts beschränke, die Regulirung der inneren kirchlichen Verhältnisse hingegen der Kirche und Kirchengewalt überlasse. Es ist dort dann weiter bemerkt, daß die Kirchengewalt selbstverständlich an die Landesgesetze gebunden sei, daß sie diese Gesetze daher bei ihren sämtlichen Erlassen zu beachten habe und abweichende Normen nur aufstellen könne, insofern die Landesgesetze bezüglich der kirchlichen Verhältnisse eine lediglich subsidiäre Vorschrift gegeben hätten. Nach Maßgabe dieser von der Landesversammlung nicht weiter beanstandeten Grundgedanken des bezeichneten Gesetzes unterliegen (§ 2 daselbst) der Regelung durch die kirchliche Gesetzgebung Lehrordnung, Cultus, Disciplin und Verfassung der Kirche, vorausgesetzt, daß die betreffenden Kirchengesetze oder Kirchenverordnungen verpflichtende Normen nur für die Kirche selbst, deren Organe und Angehörigen aufstellen und nichts enthalten, was entweder der Landesverfassung

unterstellt, während der Kirchenbehörde gegenüber das Ministerium nur diejenigen Befugnisse auszuüben hat, die mit der Wahrnehmung des dem Landesherrn zustehenden Oberaufsichtsrechts (§ 212) verbunden sind. Die Bestimmungen in § 1 und 2 der Verordnung vom 14. April 1814 sind, insofern aus ihnen eine Unterordnung des Consistoriums unter das Staatsministerium auch in rein geistlichen Angelegenheiten zu entnehmen ist („unmittelbar unter Uns und unserem Geheimrathscollegio“), durch den § 213 der N. L. = D. als aufgehoben zu betrachten. Vergl. die Verhandlungen der fünften ordentl. Landessynode vom 16. Jan., 12. und 13. Febr. 1889. Das Ausschreiben des Herzogl. Consistoriums vom 26. November 1851 in Bege's Repertorium, Bd. 7, S. 75 f., läßt in Beziehung auf die Klarheit seines Inhalts Einiges zu wünschen übrig. — Nach dem herkömmlichen Geschäftsgang werden die kirchlichen Angelegenheiten dem Landesfürsten auf Grund eines schriftlichen, an dessen Person unmittelbar gerichteten Berichts des Consistoriums durch ein Mitglied des Staatsministeriums vorgetragen, welches auch die darauf ergehenden Erlasse contrasignirt oder „auf Höchsten Specialbefehl“ unterzeichnet (v. Schmidt-Philadelph., S. 42).

²⁾ Gesetz, betr. die Errichtung von Kirchenvorständen in den evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden vom 30. November 1851 Nr. 52 (Berichtigungen desselben in Ges.-Sammlungen 1854 Nr. 27, 1859 Nr. 34) nebst Aenderungen und Ergänzungen vom 10. Mai 1862 Nr. 25, vom 10. October 1873 Nr. 51, vom 8. Mai 1882 Nr. 21 und vom 16. Mai 1893 Nr. 26; hierzu auch: Consist.-Ausschreiben vom 22. Mai 1880 Nr. 18.

§ 214.

Fortsetzung.

Sollte der Landesfürst sich zu einer anderen, als der evangelisch-lutherischen Religion bekennen, so wird die alsdann eintretende Beschränkung in der persönlichen Ausübung der Kirchengewalt ohne Aufschub mit Zustimmung der Landstände festgestellt werden ¹⁾).

¹⁾ Das Bekenntniß der Landeskirche ist festgestellt durch das corpus doctrinae Julium vom 29. Juni 1576, dessen fortdauernde Gültigkeit in Beziehung auf die kirchliche Lehre die Erneuerte Kirchenordnung vom 1. Mai 1709 im Cap. 1, II ausdrücklich bestätigt hat. Als rein geistliche Angelegenheit wird das Bekenntniß von der Staatsgesetzgebung nicht betroffen, während es der Kirchengesetzgebung entzogen ist (Synodalordnung, § 20, Abs. 2). Die Zusicherung besonderen Schutzes, die der Landesherr in früheren Zeiten dem Bekenntnißstande der Landeskirche durch die sogen. Religionsaffecurationen auszustellen hatte, ist ersetzt durch den § 211 und 4 der N. L. = D.; für den Fall des Religionswechsels bietet der Unabhängigkeit des landeskirchlichen Be-

kenntnisses der § 214 die erforderliche Gewähr. Da die Kirchengewalt dem Landesfürsten nicht als ein begrifflicher Ausfluß der staatlichen Hoheitsrechte zusteht, sondern als ein Zubehör, das die besondere geschichtliche Entwicklung mit sich gebracht hat, so erscheint sie an und für sich nicht unlöslich mit seiner Person verbunden, doch würde eine Beseitigung des bestehenden Verhältnisses nur im Wege der Verfassungsänderung erfolgen können (s. Friedberg, § 9, Nr. 2). Innerhalb der Verfassung vollzieht sich dagegen der Verzicht auf die persönliche Ausübung des Kirchenregiments bei einer Verschiedenheit des Bekenntnisses des Landesfürsten von dem Bekenntniß der Landeskirche. Bei dem Uebertritt des Herzogs Anton Ulrich zur katholischen Kirche ist die ausdrückliche Versicherung abgegeben, daß es bei den gelegentlich des Regierungsantrittes aufgestellten Reversalen sein ungeändertes Verbleiben haben solle, und es wurde das Geheimrathscollegium angewiesen, dasjenige, was *ad ordinandam et tuendam religionem ecclesiasticam* im Herzogthume gereiche, fernerhin zu respeciren und die deswegen zu erlassenden Rescripte und Verordnungen vom Erbprinzen unterschreiben zu lassen oder selbst auf Grund einer damit ein für alle Mal ertheilten Specialvollmacht zu unterschreiben, während das Consistorium bei der Expedition der bisher tractirten *negotiorum* belassen blieb (Religionsversicherung vom 27. März 1710, im Auszuge mitgetheilt bei Hille-Kellner, Handreichung zum Studium des Kirchenrechts, S. 107 f.). In Sachsen wird die Kirchengewalt über die evangelische Landeskirche, so lange der König einer anderen Confession angehört, nach § 41 und 57 der V.-U. vom 4. September 1831 von einer Ministerialbehörde ausgeübt, der der Vorstand des Cultusministeriums (das stets der evangelischen Confession zugethan sein muß) in Gemeinschaft mit wenigstens zwei anderen Mitgliedern des Gesamtministeriums derselben Confession angehört. — Im Fall einer Verzögerung der gemäß des § 214 ohne Aufschub zu treffenden Vereinbarung würde das Convocationsrecht der Stände ein Mittel darbieten können, die Innehaltung der Verfassungsbestimmung zu fördern. — Bei Ausübung der Kirchengewalt seitens des Regentschaftsraths haben sich die der evang.-lutherischen Kirche nicht angehörigen Mitglieder desselben der Mitwirkung zu enthalten (Gesetz vom 16. Februar 1879 Nr. 3, § 4, Schluß.).

§ 215.

4. Kirchengewalt in den anderen christlichen Kirchen.

Die Landesregierung wird darüber halten, daß diejenigen, welchen nach der Verfassung der anderen christlichen Kirchen die Kirchengewalt zusteht, solche weder mißbrauchen noch überschreiten.

Allgemeine Anordnungen, welche vermöge der Kirchengewalt getroffen, und Verfügungen, welche von auswärtigen geistlichen Obern erlassen sind, dürfen, welcher Art sie auch sein mögen,

ohne vorgängige Genehmigung der Landesregierung weder bekannt gemacht, noch vollzogen werden ¹⁾).

¹⁾ Der Paragraph entspricht den §§ 7 und 9 des 5. Capitels des hannoverschen Entwurfs. — Um Zuwiderhandlungen gegen das im Abs. 2 enthaltene Gebot (das landesherrliche Placet) thunlichst vorzubeugen, ist gegenüber der hier allein in Frage kommenden katholischen Kirche bestimmt, daß ein Geistlicher dieser Kirche, ehe er nach erfolgter landesfürstlicher Bestätigung im Amte seine Thätigkeit beginnen, bezw. ehe er, wenn nicht im hiesigen Lande angestellt, mit Erlaubniß des Staatsministeriums kirchliche Amtshandlungen im Herzogthum verrichten darf, vor der Behörde die getreuliche Befolgung der im Gesetze über die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken im hiesigen Lande enthaltenen Vorschriften öffentlich anzugeloben hat (Ges. vom 10. Mai 1867 Nr. 32, § 22 und 23). Strafvorschriften für den Fall einer Uebertretung des § 215, Abs. 2, wie des Gesetzes vom 10. Mai 1867: P.=St.=G.=B. § 11, Nr. 1 und 2.

§ 216.

5. Sicherung des Vermögens der Kirchen, Schulen und Stiftungen.

Allen Stiftungen ohne Ausnahme, sie mögen für kirchliche Zwecke, für den Unterricht oder die Wohlthätigkeit bestimmt sein ¹⁾, wird der volle Besitz und Genuß ihres Vermögens und Einkommens zugesichert ²⁾. Dasselbe steht unter der besonderen Obhut ³⁾ des Staats, und darf nicht zum Staatsvermögen gezogen werden ⁴⁾.

¹⁾ Wie der § 32 jeder rechtlich bestehenden Corporation Sicherheit des Eigenthums gewährt, so der § 216 allen Stiftungen ohne Ausnahmen, öffentlich wie privatrechtlichen Charakters (über letztere: B.=G.=B. § 80 bis 88, Ausf.=Gesetz § 10 bis 14). Die Grenze zwischen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Stiftungen kann unter Umständen zweifelhaft sein; es entscheidet darüber die Natur des Begründungsactes. Die durch einen Staatsact ins Leben gerufenen Stiftungen sind daher stets als öffentlich-rechtliche anzusehen, dagegen können Stiftungen, obwohl sie auf einem Privatrechtsgeschäft beruhen, nach ihrer besonderen Beschaffenheit dem Organismus des Staats oder der Kirche so eingefügt sein, daß sie aus diesem Grunde unter die Kategorie der öffentlich-rechtlichen Stiftungen fallen (Planck, bürgerl. Gesetzbuch, Bd. 1, S. 126). In den Vordergrund treten allerdings ihrer Bedeutung nach die Kirchen, kirchlichen Stiftungen, Schulen und der Kloster- und Studienfonds (§ 219 bis 225). Als selbständige, mit juristischer Persönlichkeit ausgestattete kirchliche Stiftungen sind anzusehen die der evangelisch-lutherischen Landeskirche angehörenden Pfarren, Pfarr-Wittwenhäuser und Opfereien. Näheres darüber: v. Schmidt:

Phisfelbeck, § 112 f. Die frühere Annahme (Steinacker, Braunschw. Privatrecht), daß als Eigenthümerin des Vermögens der Kirchen die einzelnen Kirchengemeinden zu betrachten seien, steht mit der geschichtlichen Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse im Herzogthum nicht in Einklang, erhält in Bestimmungen der Landesgesetze keine Bestätigung und hat in der neueren Zeit auch in der Rechtsprechung keine Vertretung mehr gefunden. Ueber die Rechtsverhältnisse der katholischen und reformirten Gemeinden vergl. dagegen Hampe, Braunschweigisches Privatrecht, § 18, Anm. 3; § 19, Anm. 2. Von den Unterrichtsanstalten des Landes sind als selbständige, juristische Personen von jeher angesehen die Stadt- und Landgemeindeschulen, wogegen den Gymnasien und der Technischen Hochschule Rechtspersönlichkeit nicht zusteht. In Betreff der Anstalten zu Wohlthätigkeits- und gemeinnützigen Zwecken (unter letzteren: Landesbrandversicherungsanstalt und Herzogl. Leihhausanstalt) siehe Hampe, Braunschw. Privatrecht, § 20.

2) Gelegentlich der Verhandlungen, die in früheren Zeiten von der Herzogl. Kammer mit den Predigern und Schullehrern vielfach eingeleitet sind, um einen Ersatz der an Jene von Amts- und Klosterrecepturen abzuführenden Naturallieferungen durch Geldentschädigungen herbeizuführen, ist vom Consistorium die Frage aufgeworfen, ob die Landesregierung zu solchen Maßnahmen berechtigt erscheine, da die Ablösung der auf dem Pfarr- und Schulverbände ruhenden Einkünfte gesetzlich ausgeschlossen und Pfarren wie Schulen durch § 216 der N. L.-D. der volle Besitz und Genuß ihres Vermögens und Einkommens zugesichert sei. Das Staatsministerium war der Ansicht, daß das eingeschlagene Verfahren bei der überall reichlich bemessenen Schadloshaltung die verfassungsmäßig den Stiftungen gewährleisteten Rechte keineswegs beeinträchtige und erbat sich darüber eine gutachtliche Äußerung des ständischen Ausschusses mit dem Bemerken, daß die Befugniß, die aus öffentlichen Kassen fließenden Pfarr- und Schultraden nach den Zeitverhältnissen umzuwandeln und die Art der Leistung, zumal in Ansehung der herrschaftlichen Patronatsstellen, mit den jedesmaligen Verwaltungs-Einrichtungen und Verwaltungs-Bedürfnissen in bessere Uebereinstimmung zu bringen, seit den ältesten Zeiten von der Landesregierung ohne allen Widerspruch ausgeübt sei. Der Ausschuß trat dieser Meinung bei und wies darauf hin, daß in den §§ 216 und 217 der N. L.-D. nicht etwa der Grundsatz unbedingter Unveräußerlichkeit des Stiftungsvermögens aufgestellt, sondern nur die Vorschrift gegeben sei, daß das Vermögen der Kirchen u. s. w. seiner ursprünglichen Bestimmung nicht entzogen, namentlich nicht mit dem Staatsvermögen vereinigt werden solle, daß sonach das Landesgrundgesetz einer Verwandlung von Naturalleistungen, die zum Vermögen einzelner Pfarren und Schulen gehören, in ein Entgelt durchaus nicht hindernd entgegenstehe und die Zulässigkeit einer solchen Maßnahme lediglich nach den Vorschriften des geltenden Kirchenrechts zu beurtheilen sei, hiernach aber allerdings voraussetze, daß dem Pfründner, dem Patron und der Kirchengemeinde zur Wahrung ihrer Interessen Gelegenheit gegeben werde (Schreiben vom 21. März 1848, abgedruckt auch bei Wege, Repertor. Bd. 9, S. 257 f.).

3) „Obhut“, d. h. schützende Fürsorge, nicht etwa Verwaltung, von der im § 218 die Rede ist. Vergl. auch Zeitschr. für Rechtspflege, Bd. 46, S. 3. Unter der Obhut des Staats sind Stiftungen, wie Corporationen dann wiederum dem Schutz der Gemeinden in Stadt und Land unterstellt; Veräußerung von Stiftungsvermögen soll der Veräußerung von Gemeindegut, soweit nicht Statuten, Herkommen und Stiftungsurkunden andere Bestimmungen getroffen haben, gleich geachtet werden (St.-D. § 209, L.-G.-D. § 151).

4) Darauf liegt der Nachdruck. Das Vorbild des Paragraphen, der § 12 im 5. Capitel des hannoverschen Entwurfs, enthält noch den Zusatz, daß die Bestimmungen des § 35 des Reichs-Deputations-Hauptschlusses vom 25. Februar 1803 in Ansehung der dort bezeichneten Güter, insofern darüber noch nicht endgültig verfügt sei, vorbehalten bleiben. Ein solcher Vorbehalt war im Hinblick auf § 163 der R. L.-D. hier nicht mehr aufzustellen.

§ 217.

Fortsetzung.

Das Vermögen der Kirchen, Schulen und Stiftungen darf nie seiner ursprünglichen Bestimmung entzogen werden; soll dasselbe zu einem anderen als dem bestimmten, bei der Stiftungsurkunde ausgedrückten Zwecke verwendet werden, so muß dieser ein ähnlicher sein, und die Verwendung kann nur mit Zustimmung der theiligten Privatpersonen und Gemeinden, und sofern Anstalten, welche das ganze Land angehen, in Betracht kommen, mit Zustimmung der Landstände geschehen¹⁾.

1) Die Tragweite dieser Bestimmungen ist in Frage gekommen bei den Verhandlungen über die Umgestaltung des Emeritirungswesens und die Errichtung der Pfarrers-, Wittwen- und Waisenversorgungsanstalt.

a) Nach dem früheren Rechtszustande hatten die Geistlichen die Kosten, die im Fall einer Emeritirung hinsichtlich ihrer Vertretung entstanden, von den Einkünften der ihnen verliehenen Pfarrpfünden zu bestreiten, indem sie das zum Unterhalt des Pastor adj. Nothwendige von den Pfarrereinkünften abgaben und den Rest als Ruhegehalt behielten. An die Stelle dieses mit vielen Mißständen verbundenen Systems ist durch Kirchen- und Landesgesetzgebung ein anderes gesetzt, welches den Geistlichen mit dem Eintritt der Emeritirung von seiner bisherigen Stelle völlig scheidet und ihn mit seinem nach dem Dienstalter und dem Stelleneinkommen zu bemessenden Anspruch auf Ruheeinkommen an einen Emeritirungsfonds verweist. Dieser (mit den Rechten einer milden Stiftung ausgestattete) Fonds wird, abgesehen von regelmäßigen und einmaligen Beiträgen der Geistlichen und Zuschüssen aus der Klosterreinertragskasse, gebildet aus zeitweiligen Pfündenabgaben und aus den Ueberschüssen der Pfarrvacanzkasse bezw. der Consistorialkasse (Kirchengesetz vom 1. December 1882 Nr. 46, § 1, 9, 14;

Staatsgesetz vom gleichen Tage Nr. 45, § 1, 2, 7). In den Verathungen der Landessynode erachtete der Berichterstatter (Wirk) die Heranziehung der Pfarrdotationen zum Emeritirungsfonds für unbedenklich und mit dem § 217 der N. L.=D. wohl vereinbar, da die Versorgung der Prediger den sonstigen Zwecken des Stiftungsvermögens immerhin sehr verwandt sei, auch nicht eigentlich dieses letztere „als solches, sondern nur soweit es dem Pfarrinhaber bereits zur Einnahme gedient, herangezogen werde“ (Sitzung der 3. ordentl. Landessynode vom 9. December 1880). Dagegen erklärte die Begründung des Entwurfs des betreffenden Staatsgesetzes (Anl. 20 c der Verhandlungen des 17. ordentl. Landtages, S. 9) es für zweifelhaft, ob nicht die bezüglich der dauernden Pfarrbeiträge und der zeitweiligen Pfründenabgabe getroffenen Bestimmungen mit dem § 217 in Widerstreit geriethen, da die Kirchen, als deren Zubehör die Pfarren erschienen, nach dem bisherigen Recht die Verpflichtung hätten, direct von den zur Pfarrdotation bestimmten Gütern nicht nur den amirenden Pfarrer zu unterhalten, sondern auch den Emeritus „mit einem ziemlichen Leibgedinge zu versehen“. Es war hinzugefügt, daß sachlich die Frage ohne Bedeutung sei, weil durch die Zahlungen an den Emeritirungsfonds dasselbe erreicht werde, was bisher durch unmittelbare Zuwendungen aus dem Pfarrvermögen an den Emeritus erreicht sei, und daher materiell ein Verstoß gegen § 217 nicht vorliege, daß formell indeß zwischen jenen unmittelbaren Zuwendungen an den Emeritus und den künftigen mittelbaren durch den Emeritirungsfonds ein Unterschied bestehe, weshalb es sich empfehle, die Bestimmungen jenes Paragraphen, soweit sie entgegenstehen sollten, außer Anwendung zu setzen. Der Gesetzentwurf, laut dessen § 7 demnach allgemein die den im Emeritirungsgesetz enthaltenden Vorschriften etwa zuwiderlaufenden, auf Landesgesetz oder Obervanz beruhenden Bestimmungen aufgehoben werden, hat dann die Zustimmung der Landesversammlung gefunden, ohne daß in deren Verathungen die aufgeworfene Frage weiter berührt ist.

b) Behuf der Errichtung einer Landes-Pfarrwittwenversorgungsanstalt (Gesetz vom 15. April 1889 Nr. 22) ist das Capitalvermögen der bei den einzelnen Pfarrstellen schon bestehenden oder demnächst noch zu bildenden Pfarrwittwenkassen, soweit nicht Rechte Dritter auf Theile desselben oder seiner Nutzungen nachweislich begründet sind, als Grundstock der neuen Anstalt überwiesen. Bei der Verathung des Gesetzes wurde von allen Seiten anerkannt (vergl. Sitzung der Landessynode vom 12. Februar 1889, Commissionsbericht vom 20. März 1889 — Anl. 191 der Verhandlungen des 19. ordentl. Landtages), daß weder gegen die Erweiterung des bisherigen Zwecks der Pfarrwittwenkassen — Erstreckung desselben auch auf die Fürsorge für die Waisen der Prediger —, noch gegen die Vereinigung der einzelnen, mit selbstständiger juristischer Persönlichkeit ausgestatteten Kassen zu einer einheitlichen Anstalt Bedenken aus den Bestimmungen des § 217 der N. L.=D. zu entnehmen seien; auch ist angenommen, daß die Gemeinden, insofern ihnen rücksichtlich des den Pfarrwittwen zu gewährenden Unterhalts durch die Kirchengesetzgebung gewisse Verpflichtungen auferlegt waren, im Allgemeinen als bezüglich der

geplanten Umwandlung rechtlich theilhaftig im Sinne des § 217 nicht anzusehen und daher zum Widerspruch nicht befugt seien (siehe Begründung des Gesetzentwurfs, Anl. 182 b der bezeichneten Landt.-Verhandlungen, S. 17 f., Commissionsbericht, S. 5 und Sitzung der Landesversammlung vom 25. März 1889). Uebrigens darf — was im betreffenden Commissionsbericht übersehen wird — die Bezugnahme des § 217 auf den „bei der Stiftungsurkunde ausgedrückten Zweck“ keineswegs etwa dahin verstanden werden, daß solche Stiftungen, deren Begründungsurkunde nicht aufzuweisen ist, des verfassungsmäßigen Schutzes ihres Zweckes verlustig gehen sollten; sie sind desselben vielmehr in gleichem Maße, wie jene, theilhaftig, sofern nur der Stiftungszweck anderweit bestimmbar oder an sich zweifellos ist. Vergl. auch v. Schmidt-Phisfeld, § 112, Anm. 3.

Daß durch die Bestimmungen des § 217 die bisherige Einrichtung, wonach das Consistorium mit Genehmigung der Landesregierung die zur Erhaltung ärmerer Patronatspfarren des Landesfürsten oder der Klöster erforderliche Anshülfe, soweit thunlich, auf die entbehrlichen Ueberschüsse reicherer Kirchen jener Art anweisen durfte, nicht hat aufgehoben werden sollen, ist zur Beseitigung aller Zweifel auf Antrag der Stände noch im Art. 5 des Landtags-Abchiedes vom 12. October 1832 ausdrücklich ausgesprochen.

§ 218.

6. Verwaltung dieses Vermögens.

Ueber die bei der Verwaltung des Vermögens der Kirchen, Schulen und milden Stiftungen anzuordnende Mitwirkung des Vorstandes der Kirchengemeinden soll eine besondere gesetzliche Vorschrift erfolgen¹⁾.

¹⁾ Dieselbe ist in Ansehung der Kirchen enthalten im § 26 und in Beziehung auf die kirchlichen milden Stiftungen im § 39 des Gesetzes, die Errichtung von Kirchenvorständen betreffend, vom 30. November 1851 Nr. 52. Ueber Verwaltung des Vermögens der Pfarren, Pfarrwittwenhäuser, Pfarreien siehe v. Schmidt-Phisfeld, § 112. Das Vermögen der Gemeindeschulen steht unter der Verwaltung des Schulvorstandes (Gesetz vom 27. October 1898 Nr. 54, § 13); der im § 218 angeordneten Mitwirkung des Vorstandes der Kirchengemeinden ist dadurch Rechnung getragen, daß dem Schulvorstand der Vorsitzende des Kirchenvorstands, in den Städten und Flecken der erste Geistliche anzugehören hat (Gesetz v. 1898 Nr. 54, § 10 und 11). Die Aufsicht über die Vermögensverwaltung führt bei Kirchen, kirchlichen Stiftungen und Schulen, abgesehen von den geistlichen Stiftungen bei den Stadtkirchen in der Stadt Braunschweig, das Consistorium, bei anderen Stiftungen, soweit nicht das Herkommen oder Verfügungen der Stiftungsurkunden entgegenstehen, in den Städten der Magistrat, auf dem Lande der Gemeinderath.

§ 219.

7. Von dem Kloster- und dem Studienfonds.

a) Vereinigung dieser Fonds.

Der Klosterfonds¹⁾ soll mit dem, von der vormaligen Universität Helmstedt herrührenden Studienfonds²⁾ vereinigt³⁾ und behuf Vereinfachung der Administration und thunlicher Kostenersparung bei der Herzogl. Cammer zugleich mit dem Cammergute verwaltet⁴⁾, auch zu den Verwaltungskosten ein angemessener Beitrag geleistet werden⁵⁾.

1) Nach der Reformation sind die Güter der zahlreichen Stifter und Klöster im Herzogthum zur Beförderung des Gottesdienstes, wie zu Unterrichts- und wohlthätigen Zwecken verwendet; im 30 jährigen Kriege ging indessen ein Theil derselben verloren, andere geriethen in Verfall oder wurden stark überschuldet. Der Herzog August bestimmte in der Klosterordnung von 1655, daß die geistlichen Güter und Stiftungen nicht profanirt oder zu Kammergütern gemacht, sondern daß ihre Einkünfte als *deposita pietatis* nur zu geistlichen Zwecken verwendet werden sollten und daß dem Landesfürsten als *summus episcopus* die Macht gelassen werde, die ihm über die Klöster und deren Güter nach der alten Klosterverfassung zustehe. Auch in den landschaftlichen Privilegien von 1710 und 1770 wiederholte der Landesherr die Zusage, die Stifts- und Klostergüter lediglich „zur Ehre Gottes *ad destinatos usus* anzuwenden“. Durch eine Declaration vom 12. Juli 1704 war die Bearbeitung der Klosterfachen und die Aufsicht über die Klostergüter der Klostersrathsstube übertragen — eine Einrichtung, die sich bis zur westphälischen Zeit erhielt, wo man die Klostergüter mit den Domänen unter gemeinsamer Verwaltung vereinigte. Anträge der Stände auf Wiederherstellung der Klostersrathsstube sind sowohl gelegentlich der Beratungen des Entwurfs der E. L.-D., wie auf dem Landtage von 1821 von der Regierung mit Rücksicht auf die dadurch erwachsenden Mehrkosten der Verwaltung abgelehnt, jedoch wurde zugestanden, daß eine besondere Abtheilung der Cammer, die Section für Klosterfachen, die Klostergüter zu verwalten und über das Klostervermögen eine eigene Rechnung in Einnahme und Ausgabe führen solle (L.-A. vom 11. Juli 1823, Art. 25).

2) Der Studienfonds (*dos academiae*) ist erwachsen aus einer Stiftung im Betrage von 100 000 Goldgulden, mittelst deren die Landschaft die Universität Helmstedt bei ihrer Errichtung auszustatten sich verpflichtet hatte (Salzdahlumer L.-A. vom 23. December 1586). Das Capital wurde nicht baar eingezahlt, sondern von vornherein seitens der Landschaft der Universität mit 5 Proc. verzinst, doch erfolgte, namentlich in den unruhigen Zeiten des 17. Jahrhunderts, die Zahlung der Zinsen in so unregelmäßiger und unzulänglicher Weise, daß nach und nach die Schuldsomme mit Einschluß des Stiftungscapitals auf

weit mehr als 200 000 Thaler anwuchs und die Landschaft von der Universität auf Zahlung der Rückstände verklagt wurde. Im Laufe dieses Rechtsstreites kam es unterm 25. Februar 1746 zu einem Vergleich, in welchem die gesammte Schuldsomme einschließlich der unbezahlt gebliebenen Zinsen auf 200 000 Thaler festgestellt wurde und die Landschaft von Neuem sich verpflichtete, bis zur völligen Abtragung der Schuld dieselbe mit 5 Proc. weiter zu verzinsen. Diese Rechtsverhältnisse wurden in den Verhandlungen des Landtages von 1821 eingehend zur Sprache gebracht. Die Stände waren zunächst der Ansicht, daß nach der Aufhebung der Universität Helmstedt das betreffende Capital dem Fiscus anheimgefallen sei, wogegen die Regierung, indem sie über die Entstehung des Schuldverhältnisses und den weiteren Verlauf der Sache nähere Mittheilungen machte, sich darauf bezog, daß die geschuldete Summe in unwiderruflicher und unentziehbarer Weise zum Zwecke des Unterrichts bestimmt gewesen sei, und daraus folgerte, daß sie zwar nicht zum Bestandtheil des Fiscus geworden sei, wohl aber nunmehr als ein Zubehör desjenigen Fonds, dem bestimmungsmäßig die Kosten des öffentlichen Unterrichts und der Wohlthätigkeitsanstalten oblägen, angesehen werden dürfe, wie denn in Ermangelung einer besonderen Vorschrift des gemeinen Rechts in dieser Hinsicht namentlich auf die entsprechenden Bestimmungen des preußischen Landrechts verwiesen werden könne (Conferenz des Staatsministeriums mit den Deputirten der beiden Sectionen vom 9. Mai 1821). Auf Grund dieser Darlegungen verständigte man sich dahin, daß die Güter und Einkünfte der vormaligen Universität Helmstedt mit Einschluß der Zinsen von dem ihr gehörigen, unter den Landesschulden mit begriffenem Capitale von 200 000 Thalern von der Section der Klostersachen in Fürstl. Kammer zu verwalten und auch fernerweit zur Bestreitung der Kosten der für hiesige Landeskinder in Göttingen gestifteten Freitische, zum Besten der Schul- und Unterrichtsanstalten im Lande und zur Beförderung der Studien überhaupt zu verwenden seien (R.-A. vom 11. Juli 1823, Art. 33). Die Einkünfte, die neben dem Studienfonds der Universität Helmstedt zugestanden hatten, sind der Verwendung zu Gymnasialzwecken damals vorbehalten. Ein vom Vertreter der Stadt Helmstedt eingebrachter Antrag auf Wiederherstellung der dortigen Universität wurde von den Ständen abgelehnt, in der Erwägung, daß „eine solche Maßnahme zwar für das ganze Land in Hinsicht auf Beförderung der wissenschaftlichen Cultur und der für die Landeskinder daraus entstehenden Erleichterung der akademischen Studien wiinschenswerth, aber dieses doch auch nur dann sei, wenn der Universitätsfonds auf mindestens das Doppelte erhöht werde, weil die Universität sonst weder der Göttingenschen, noch der minder dotirten Halle'schen das Gleichgewicht halten könne und es unzweifelhaft doch besser sei, gar keine, als eine in ihren Einrichtungen mangelhafte Universität zu haben“ (Beschluß vom 7. März 1821).

³⁾ Mit der rechtlichen Natur der somit vereinigten Fonds hat die Ständeversammlung sich früberhin zu öfteren Malen beschäftigt. Es ist darüber viel verhandelt und gestritten, wobei man den Kloster- und Studienfonds von der einen Seite wohl ausschließlich für die Kirche als Eigenthümerin

in Anspruch genommen, von der anderen ihn als unmittelbares Staatsgut angesehen hat. In neuerer Zeit ist nicht mehr bezweifelt, daß weder das Eine noch das Andere zutrifft, daß er vielmehr einen aus Rechten und Verbindlichkeiten zusammengesetzten Vermögensbegriff darstellt, eine der staatlichen Verwaltung unterstellte Stiftung, deren Reinertrag für Kirchen, Bildungsanstalten und wohlthätige Zwecke bestimmungsgemäß zu verwenden ist, und daß insbesondere die N. L.-D. zwar die Verwaltung neu geordnet, an der rechtlichen Natur des Fonds aber nichts geändert hat. Vergl. Otto, Staatsrecht, S. 128; Berichterstattung in der Sitzung der Landessynode vom 12. December 1884; Zeitschr. f. Rechtsph., Bd. 36, S. 99 f.; v. Schmidt-Pfilsfeld, Kirchenrecht, S. 277.

4) Die ein Jahrzehnt vorher eingerichtete Section für Klosterfachen ist wieder aufgehoben, den Bedenken der Stände aber durch die Bestimmungen des § 220 und den Vorbehalt des § 225 abgeholfen.

5) Vergl. hinsichtlich dieses Beitrages, der thatächlich seit längerer Zeit nicht mehr zur Erhebung gekommen ist, Finanznebenvertrag, Art. 14 und die dortige Anm. 1.

§ 220.

b) Verwaltung.

Ueber die Verwaltung des vereinigten Kloster- und Studienfonds soll ein besonderer Etat, in der bei dem Cammergute angeordneten Form, aufgestellt und eine abgesonderte Cassen- und Rechnungsführung angeordnet werden¹⁾.

1) Der „Etat der Klosterverwaltungskasse“, dessen Einnahmen aus den Pachten und sonstigen Einkünften der Klostergüter, dem Antheil an den Forstaufkünften des Landes (s. darüber F. N. B. Art. 12, Anm. 1) und den Capitalzinsen sich zusammensetzen. Die Capitalien des Kloster- und Studienfonds beliefen sich in der auf Erlass der N. L.-D. zunächst folgenden Finanzperiode nur auf etwa 221 700 Thaler Conv.-Münze, 60 670 Thaler in Gold und geringe Beträge in Courant, vermehrten sich aber gleich den Beständen des Kammergutes bedeutend in Folge der Ablösung der auf den Klostergütern lastenden Zehnten, Zinsen u. dergl. und bildeten mit diesen Zugängen den Grundstock des Klostercapitalfonds, über dessen Verwendung und Verwaltung das mehrerwähnte Gesetz vom 20. December 1834 nähere Anordnung trifft. In neuerer Zeit hat der Fonds (gegenwärtig: etwa 20 800 000 Mk.) durch wiederholte Ueberweisungen aus dem Staatsvermögen namhafte Verstärkungen erhalten. Vergl. darüber § 221, Anm. 1.

§ 221.

c) Verwendung des Reinertrages.

Der Reinertrag dieses vereinigten Fonds soll, dessen Bestimmung gemäß, für Kirchen, Bildungsanstalten und wohlthätige Zwecke verwendet werden¹⁾. Das Geschäft der Verwendung wird dem Finanz-Collegio übertragen werden, welches dabei nach Maßgabe der aufgestellten Etats und der Vorschriften des Staatsministeriums zu verfahren, und über die sämtlichen, in die Haupt-Finanz-Casse fließenden Ueberschüsse aus der Administration besondere Rechnung zu führen hat²⁾.

¹⁾ Doch fügt sogleich der Art. 6 des L.-M. vom 12. October 1832 hinzu, daß, obwohl nach den Vorschriften des § 221 der Reinertrag des Kloster- und Studienfonds nur zu bestimmten Zwecken zu verwenden sei, die bereits auf ihn angewiesenen Ausgaben bis zu einer anderweiten Uebereinkunft mit der Landschaft daraus ferner bestritten werden sollen (vergl. auch § 222 der R. L.-O.) und daneben legt schon der Art. 13 des Finanz-Nebenvertrages dem vereinigten Fonds neue Lasten auf, indem er auf ihn die aus der Landessteuerkasse bisher gezahlten landschaftlichen Stipendien, sowie die für Kirchen, Schulen und sonstige milde Zwecke bisher aus der Hauptfinanzkasse gezahlten Beiträge, ferner aber die Zuschüsse zur Einrichtung und Erhaltung der Besserungs- und Arbeitsanstalten zu Braunschweig und Bevern anweist. Zur Zeit aus dem „Etat der Klosterreinertragskasse“ hauptsächlich bestritten:

für kirchliche Zwecke die sachlichen und persönlichen Kosten des Consistoriums und die den Generalsuperintendenten und Superintendenten zu zahlenden Vergütungen, wozu dann später getreten sind Zuschüsse zum Einkommen der Geistlichen auf den geringst dotirten Stellen (L.-M. vom 25. Mai 1855, Art. 13), Stolgebührenrenten (Gesetz vom 31. Mai 1871 Nr. 33), Alterszulagen (L.-M. vom 21. bis 27. December 1783, Art. 2 D, 1), Emeritirungsbeiträge (Gesetz vom 1. December 1882 Nr. 45) und die Kosten der Landessynode (Gesetz vom 7. December 1876 Nr. 117, § 3);

für Schulen und höhere Bildungsanstalten die Zuschüsse zur Erhaltung der Gymnasien, Seminarien, Bürger- und Landgemeindeschulen (in letzterer Beziehung jetzt Gesetz vom 27. October 1898 Nr. 54, § 7), die Gehälter und Ruhegehälter der Lehrer an den staatlichen Unterrichtsanstalten, Remunerationen der Mitglieder der Oberschulcommission und der Prüfungscommissionen, die Kosten der Unterhaltung der „Technischen Hochschule“, die aus dem im Jahre 1745 gegründeten und von vornherein auf den Klosterfonds angewiesenen Collegium Carolinum hervorgegangen ist; auch läßt sich in gewissem Sinne hierher rechnen die Unterhaltung von Museum und Bibliothek;

für wohlthätige Zwecke endlich die zahlreichen Unterstüzungen, Beiträge zu den Armenkassen, landschaftliche Stipendien, Freitische u. A.; auch die erheblichen Zuschüsse zur Unterhaltung des Krankenhauses, sowie die Kosten einiger in neuerer Zeit (Beschl. vom 4. April 1873) ihm aufgeblühter Foundationen, nämlich des Wilhelmsstifts in Bevern und der Heil- und Pflgeanstalt zu Königsutter.

Bei der Verathung des § 221 hat der Vertreter der Stadt Helmstedt eine förmliche Verwahrung gegen jede andere Verwendung des Studienfonds, als für die Landesuniversität, auf die Helmstedt ein Recht habe, zu Protokoll niedergelegt und Anträge wegen der Wiederherstellung der Universität für den nächsten Landtag vorbehalten. Eine entsprechende Bittschrift ist hernach auch eingegangen, aber weil sie nicht gehörig unterzeichnet war, von der Ständeversammlung ohne Weiteres bei Seite gelegt.

2) Derartige Ueberschüsse haben sich indeß zu keiner Zeit in irgend welchem Belang verzeichnen lassen, wenngleich der Etat der Klosterreinertragskasse längere Jahre hindurch noch Mittel zu einer reichlichen Ausstattung seines Ausgleichscapitels „Extraordinär“ aufwies. Als dann späterhin die Klosterreinertragskasse mit der Verpflichtung zur Zahlung der Stolzgebührenrenten belastet wurde, ist ihr zu diesem Zweck von den in Folge Verkaufs der Eisenbahnen dem Staate zugefallenen Werthpapieren ein Betrag von 1 Mill. Thalern überwiesen (Gesetz vom 31. März 1871 Nr. 33, § 10 und L. A. vom 25. bis 28. Sept. 1871, Art. 7, 1) und eine weitere Summe von 2 Mill. Thalern aus den nämlichen Staatsmitteln ihr bei Uebernahme des Wilhelmsstifts zu Bevern und der Heil- und Pflgeanstalt zu Königsutter einige Jahre hernach zugeführt (L. A. vom 15. Juni 1874, Art. 4), ihr schließlich auch noch zum Ankauf von Werthpapieren eine Verstärkung von 2 Mill. Mark aus den Ueberschüssen der Hauptfinanzkasse zu Theil geworden (L. A. vom 4. bis 10. Sept. 1876, Art. 4, 20). Alle diese Zuwendungen haben jedoch nicht ausgereicht, den Kloster- und Studienfonds zur Bestreitung der auf ihm lastenden, außerordentlich anwachsenden Ausgaben in Stand zu setzen; der aus den Einnahmen des Staatshaushaltsetats zu deckende Fehlbetrag hat eine starke und stetige Neigung zum Steigen und ist von einem Betrage von 124370 Mark des Executionsetats von 1877 in den letzten Jahren auf fast eine Million Mark herangewachsen.

§ 222.

Fortsetzung.

Die aus dem Kloster- und Studienfonds für das Museum zu Braunschweig und die Bibliothek zu Wolfenbüttel bisher gezahlten Ausgaben sollen ferner aus diesem Fonds gezahlt werden, wogegen diese Sammlungen, welche unveräußerlich sind, der Beförderung der Wissenschaft und Kunst gewidmet bleiben¹⁾.

1) Der vorstehende Paragraph findet sich in ähnlicher Fassung als § 9 des Entwurfs, den die Regierung der ständischen Commission über die Sonderung des fürstlichen vom Staatshaushalt und die Organisation der Finanzverwaltungsbehörden im Februar 1832 vorlegte (vergl. oben S. 44). Die Schlußworte lauten dort: „insbesondere sollen daraus (dem Kloster- und Studienfonds) die für das Museum und die Bibliothek gezahlten Ausgaben, undeshadet der Stammgutsqualität dieser Anstalten, aus diesen Fonds ferner gezahlt werden“. Die Eigenthumsfrage ist seither gelegentlich besprochen bei Berathung der Vorlagen über die Museums-Neubauten in der Sitzung der Landesversammlung vom 9. December 1882. Der Vertreter der Landesregierung hat es damals als zweifelhaft hingestellt, ob die Sammlungen des Museums ganz oder theilweise mit Fideicommißqualität behaftet seien, ob sie insbesondere dem großen Fideicommiß des welfischen Gesamthauses zugezählt werden müßten — in welchem Falle ihnen die Eigenschaft des Kammergutes beizulegen sein würde —, oder ob sie zu einem Separat-Fideicommiß der regierenden älteren Linie des Fürstenhauses gehörten. Die dort erwähnten Gutachten über diese Fragen haben der Landesversammlung nicht vorgelegen.

§ 223.

d) Mitwirkung der Stände.

Die Etats sowohl über die Verwaltung des vereinigten Kloster- und Studienfonds, als auch über die Verwendung des Reinertrages werden von der Landesregierung gemeinschaftlich mit den Ständen festgestellt 1). Auch steht den Ständen behuf etwa zu machender Erinnerungen die Einsicht der Rechnungen über die Verwaltung und Verwendung des vereinigten Fonds nach Ablauf des Rechnungsjahres zu 2).

1) Auf dem ersten ordentlichen Landtage ist gelegentlich der Berathung des Ausgabecapitels „Unterstützungen“ des Etats der Klosterreinertragskasse von verschiedenen Seiten die Ansicht aufgestellt, daß den Ständen, wie schon der vom § 185 verschiedene Wortlaut des § 223 ersehen lasse, in Beziehung auf die Feststellung des fraglichen Etats weitergehende Rechte, als bei der Vereinbarung des Staatshaushaltsetats gewährt seien und daß sich namentlich das Bewilligungsrecht hier nicht auf die einzelnen Abtheilungssummen beschränke, sondern auf jede Position derselben erstrecke. Daraus wurde die Folgerung abgeleitet, daß bei dem Fortfall einer bewilligten Unterstützung im Laufe der betreffenden Finanzperiode die Regierung nicht berechtigt erscheine, eine andere innerhalb der Abtheilungssumme an deren Stelle treten zu lassen. Obwohl die namhaftesten Vertreter jener Annahme, Hettling und v. Cramm-Samleben, sich mit aller Bestimmtheit darauf berufen haben, daß das behauptete Recht bei der Berathung des Landesgrundgesetzes von der Regierung ausdrücklich anerkannt

sei (Sitzung vom 3. und 4. April 1834), hat die Ständeversammlung bei dem entschiedenen Widerspruch des Staatsministeriums doch mit gutem Grund schließlich Bedenken getragen, ihrer Ansicht zu folgen und in Betreff der Feststellung der Klosterreinertragskassenetats Befugnisse in Anspruch zu nehmen, die aus dem Fehlen der im § 185 gebrauchten Worte: „innerhalb der einzelnen Abtheilungen“ sich keineswegs begründen lassen (Commissionsbericht vom 20. und Schreiben vom 22. December 1834, Anl. 6 zu Prot. 208 und Anl. 6 zu Prot. 209 des 1. ordentl. Landtages).

²⁾ Auch die Executivetats der Klosterreinertragskasse über die abgelaufene Finanzperiode (siehe § 188, Anm. 1) und die Rechnungen des Klostercapitalfonds.

§ 224.

e) Veräußerungen.

Die Güter und Gerechtsame des vereinigten Fonds können weder im Ganzen noch in einzelnen Theilen ohne ständische Einwilligung veräußert werden, und es kommen dabei dieselben Bestimmungen und Modificationen zur Anwendung, welche im § 164 und 165 bei dem Cammergute vorgeschrieben sind ¹⁾.

¹⁾ In Betreff der ohne Mitwirkung der Stände zulässigen Veräußerungen kommt auch hier das Gesetz vom 20. December 1834 und hinsichtlich der Verwaltung und Zweckbestimmung der dem Kloster- und Studienfonds aus dem Verkauf der Eisenbahnen überwiesenen Werthpapiere die Vereinbarung in Anl. D des L.-A. vom 12. Juni 1874 (f. § 172, Anm. 8) zur Anwendung.

§ 225.

f) Vorbehalt.

Sowohl der Landesregierung als den Ständen bleibt es vorbehalten, die Verwaltung und Verwendung des Kloster- und Studienfonds durch eine besondere Behörde, falls solches für zweckmäßig erachtet werden sollte, zu veranlassen ¹⁾.

¹⁾ Siehe darüber § 219, Anm. 1 und 4.

§ 226.

8. Von den Kirchen- und Schuldienern.

a) Deren Bestellung und Bestätigung.

Die Kirchen- und Schuldiener aller christlichen Confessionen im Lande, sofern sie nicht unmittelbar von der Landesregierung

bestellt werden, bedürfen, bevor sie die Amtsgeschäfte antreten oder die Amtseinkünfte sich aneignen, der landesfürstlichen Bestätigung¹⁾; alle sind vor dem Amtsantritte auf die Beobachtung der Gesetze und der Landesverfassung zu beeidigen²⁾.

Die Patronate und Wahlrechte³⁾, sowie die gesetzlichen Befugnisse der Kirchengemeinden wegen der aus erheblichen Gründen zu verweigernden Annahme eines ihnen bestimmten Pfarrers⁴⁾, bleiben vorbehalten.

¹⁾ „Bestellt“ werden unmittelbar von der Landesregierung (bzw. im ersten der nachfolgenden Fälle von der Kirchenregierung) die Geistlichen auf den Pfarrstellen, hinsichtlich deren ein Präsentationsrecht nicht besteht, die Lehrer an denjenigen öffentlichen Schulen, welche Staatsanstalten sind (C.-St.-D.-G. § 5) und die Lehrer an den Gemeindeschulen (Gesetz vom 27. October 1898, § 28 f.); der landesfürstlichen Bestätigung bedürfen die Geistlichen bei den Pfarrstellen, auf denen die Verleihung der Pfründe dem Patron oder das Wahlrecht der Kirchengemeinde zusteht, sowie die Geistlichen der katholischen Kirche (Gesetz vom 10. Mai 1867 Nr. 32, § 22) und der reformirten Gemeinde. Bei den Patronats- und Wahlstellen wird nach einem alten, auf die Kirchenordnung des Herzogs Julius zurückgeleiteten Herkommen das Bestätigungsrecht des Landesherrn ein für alle Mal durch das Consistorium ausgeübt (v. Schmidt-Phiseldack, Kirchenrecht, S. 176, Anm. 6).

²⁾ Die Eidesformel ist festgestellt durch die Verordnung vom 20. December 1832 Nr. 44. Leistung des Erbhuldigungsseides: ebenda, § 3.

³⁾ Ueber Patronate und das Wahlrecht der Gemeinden vergl. v. Schmidt-Phiseldack, § 68 bis 72. Die Ausübung des Wahlrechts der Gemeinden ist geordnet durch das Gesetz, betreffend die Errichtung von Kirchenvorständen, vom 30. November 1851 Nr. 25, § 25 und Consistorial-Ausschreiben vom 1. November 1854 (Vege, Repert., Bd. 8, S. 154); für die wahlberechtigten Kirchengemeinden der Stadt Braunschweig gelten besondere Bestimmungen.

⁴⁾ Die Verweigerung der „Vocation“ kann altherkömmlich von der Kirchengemeinde auf jeden erheblichen Mangel in Ansehung der Lehre, der Gaben oder des Wandels der Prediger gestützt werden. Hinsichtlich des zur Ergänzung der Vocation einzuleitenden Verfahrens siehe Synodalordnung, § 27, Nr. 2 und Consistorial-Ausschreiben vom 22. Mai 1880 Nr. 18, VIII.

§ 227.

b) Deren Schutz.

Den verfassungsmäßig ernannten oder bestätigten Kirchen- und Schuldienern gewährt der Staat den zur Erfüllung ihrer Berufspflichten erforderlichen gesetzlichen Schutz.

§ 228.

c) Deren vorgesetzte Behörden.

In Allem, was das Amt und dessen Verwaltung betrifft, stehen die Kirchen- und Schuldiener zunächst unter der ihnen vorgesetzten verfassungsmäßigen Behörde; in Allem, was auf ihre bürgerlichen Verhältnisse und Handlungen Bezug hat, imgleichen bei Straffällen, welche nicht bloß disciplinarischer Beschaffenheit sind, bleiben Kirchen- und Schuldiener der weltlichen Obrigkeit unterworfen.

Ein besonderer Gerichtsstand für die Rechtsfachen der Kirchen, Schulen und Stiftungen¹⁾ und der Diener derselben²⁾ findet nicht statt, vielmehr haben darüber — wie auch in Ehesachen — die ordentlichen Gerichte, wie bisher, zu entscheiden.

1) Bezüglich der *res ecclesiasticae*: Verordnung vom 15. Januar 1814 Nr. 14, § 6, demnach gleich den übrigen Arten der früheren besonderen Gerichtsbarkeit auch die des Consistoriums über die seiner Aufsicht anvertrauten Personen und Gegenstände in allen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nicht wieder hergestellt ist. Die Ehesachen sind in § 3 dieser Verordnung den Landesgerichten in erster Instanz überwiesen.

2) In Betreff der Aufhebung des persönlichen Vorrechts hinsichtlich des Gerichtsstandes siehe Anm. 1 zu § 200, und in Ansehung des Standes der Geistlichen, Prediger und Schullehrer insbesondere Art. 47 des L.-A. vom 11. Juli 1823.

§ 229.

d) Deren Suspension, Entlassung und Absetzung.

[Die Suspension der Kirchen- und Schuldiener vom Amte und den Einkünften desselben kann im Disciplinarverfahren nur von den kirchlichen Behörden geschehen und bedarf jedes Mal der Bestätigung der Landesregierung. Die Entlassung oder Absetzung kann nur durch rechtskräftiges Erkenntniß des competenten Gerichtes, und zwar in Straffällen, welche nur die kirchliche Lehre betreffen, auf vorgängiges Gutachten der geistlichen Oberbehörde, verfügt werden¹⁾.]

1) Der § 229 ist aufgehoben durch die §§ 18 bis 25 des Gesetzes vom 22. December 1870 Nr. 113 und letzteres wiederum ersetzt in Ansehung des Disciplinarverfahrens gegen Lehrer an Schulen, die nicht Staatsanstalt sind

(anderenfalls C.-St.-D.-G., § 89 f.), durch das Gesetz vom 13. Juni 1890 Nr. 38, bezüglich des Disciplinarverfahrens gegen Kirchendiener durch Gesetz vom 15. Juni 1890 Nr. 70 (hierzu: Kirchengesetz vom 1. Dec. 1890 Nr. 71).

§ 230.

9. Sorge für den öffentlichen Unterricht.

Die Erhaltung, Verbesserung und Vervollkommenung der öffentlichen Unterrichts-Anstalten bleibt ein vorzüglicher, jederzeit mit allen deshalb zu Gebote stehenden Mitteln zu befördernder Gegenstand der Fürsorge der Landesregierung¹⁾.

¹⁾ Selbst hier hat der hannoversche Entwurf, laut dessen für die Erhaltung und Vervollkommenung der öffentlichen Unterrichtsanstalten jeder Art stets nach Kräften gesorgt werden soll, zum Vorbilde gebient. Der Landesregierung wird sicherlich die Anerkennung nicht versagt werden können, daß sie diese verfassungsmäßige Verheißung zu allen Zeiten in vollstem Maße erfüllt hat.

§ 231.

Schlußbestimmungen.

Wenn die Landesregierung und die Stände eine verschiedene Ansicht über die Auslegung einzelner Bestimmungen des Landesgrundgesetzes haben sollten, so wird zuvörderst das Herzogliche Staatsministerium mit einer Deputation der Stände zusammenzutreten, um eine Ausgleichung zu versuchen¹⁾.

Sollte aber dieser Versuch fruchtlos bleiben, so ist sowohl der Regierung als den Ständen unbenommen, die entstandene Differenz im Wege Rechts zu entscheiden zu lassen. Diese Entscheidung soll in erster und letzter Instanz durch ein Compromiß-Gericht abgegeben werden, welches auf eben die Weise zusammengesetzt wird²⁾, wie der gemeinschaftliche Gerichtshof, welcher gebildet wird, wenn auf Bestrafung wegen einer Verletzung der Verfassung angetragen ist.

¹⁾ Schon nach Art. 8 der landschaftlichen Privilegien vom 9. April 1770 sollen bei Irrungen zwischen dem Landesherrn und der ganzen Landschaft oder einer Curie derselben, oder auch zwischen dem Landesherrn und „einigen von getreuen Ständen, so sich gegen die Landesverfassungen besonders beschweret halten, nebst Sr. Durchl. Geheimen Rätthen auch einige von den Mitständen solche Beschwerden und Landesgebrechen gütlich beizulegen suchen“, wogegen letztere,

wenn die Güte nicht stattfindet, im Wege Rechts auszumachen sind. Der Inhalt des § 231 entspricht dem § 196 des ersten Entwurfs bis auf den Umstand, daß hier eine zweite Instanz (Oberappellationsgericht eines der deutschen Bundesstaaten) zugelassen war. Die Begründung des Paragraphen wies darauf hin, daß die Erledigung von Verfassungstreitigkeiten im Rechtswege bei dem Wegfall der Reichsgerichte sicherer ausführbar geworden und es deshalb angemessen erschienen sei, die Art der Proceedur zu bestimmen, wenn je ein solcher Fall einmal eintreten solle. In Folge Bundesbeschlusses vom 30. October 1834 wurde späterhin wahlweise auch die Möglichkeit gegeben, die Entscheidung des Bundeschiedsgerichts nachzusuchen. Ueber die Vorgänge, die im Jahre 1846 fast dahin geführt haben, hiervon Gebrauch zu machen, vergl. § 185, Anm. 3.

²⁾ Auch hier nach Maßgabe der durch Gesetz vom 19. März 1850 Nr. 19 und vom 30. März 1894 Nr. 14 gegebenen, bei § 109 angeführten Aenderungen.

§ 232.

Alle Verordnungen, Landtagsabschiede, Reversalen und sonstige mit den Ständen getroffene Verabredungen werden, insoweit sie diesem Landesgrundgesetze entgegen stehen¹⁾, hierdurch aufgehoben.

¹⁾ Die Bedeutung derartiger Bestimmungen wird näher erörtert in dem Aufsatze von Fricker, über die Einwirkung des Erscheinens einer Verfassungs-urkunde auf das bestehende Recht (Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft, Bd. 43, S. 1 bis 36). — Einzelne Fälle, in denen der aus § 232 zu entnehmenden Folgerung entsprechend ältere verfassungsrechtliche Bestimmungen als fortbestehend anzusehen sind, siehe bei § 124, Anm. 1 und § 189, Anm. 4.

Es ist Unser landesfürstlicher Wille, daß dieses Landesgrundgesetz, welches Wir beobachten, aufrechterhalten und beschützen wollen, in allen seinen Bestimmungen von Jedermann, den es betrifft, und überall auf das Genaueste gehalten werde.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigebruckten Herzoglichen Staats-Canzlei-Siegels.

Gegeben Braunschweig, den 12. October 1832.

Wilhelm, Herzog.

Graf v. Belthheim.

v. Schleinitz.

Schulz.

II.

Der Finanz-Nebenvertrag

vom

12. October 1832.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c.

Da die Festsetzung der für den Bedarf des Landesfürsten und des Fürstl. Hauses aus den Revenüen des Cammerguts an die Hofstaatscasse einzuzahlenden Summe im § 169 der neuen Landschaftsordnung vorbehalten, auch eine nähere Erörterung verschiedener, das Finanzwesen berührender Bestimmungen für zweckmäßig erachtet worden, so ist darüber zwischen der Herzogl. Landesregierung und den getreuen Ständen nachstehende Uebereinkunft getroffen ¹⁾:

¹⁾ Seit Jahrzehnten ist der Finanznebenvertrag durch das übereinstimmende Anerkenntniß der Landesregierung und der Landesversammlung als eine Verfassungsnorm, demnach als ein Bestandtheil des Landesgrundgesetzes angesehen, zu dessen Abänderung es der im § 141 der N. L.-O. vorgeschriebenen Stimmenzahl bedarf. Aus den der Feststellung des Vertrages vorausgehenden Verhandlungen läßt sich eine Bestätigung dieser Annahme nicht nachweisen, und ob sie überhaupt der Absicht der Gesetzgebung von 1832 entspricht, dürfte eher zu verneinen sein. Es hätte sicherlich nahe gelegen, im Finanznebenvertrage selbst oder bei einem der §§ der N. L.-O., welche seiner gedenken (§ 167, 169), bezw. im Art. 1 des L.-M. vom 12. Oct. 1832 eine entsprechende Bestimmung einzuschalten. Ferner nöthigt der Inhalt des Finanznebenvertrages, die sachliche Bedeutung der einzelnen Bestimmungen desselben, keineswegs zu jener Auffassung und unmittelbar gegen sie spricht, daß im Art. 1 des L.-M. vom 12. Oct. 1832 der Vertrag neben und in derselben Satzverbindung mit den „mit der Landschafts-Ordnung zu erlassenden Gesetzen“ aufgeführt wird, also mit Gesetzen, die zwar, insofern sie nur unter Zustimmung der Landesversammlung, nicht auch des Ausschusses geändert oder aufgehoben werden können, eine gewisse Sonderstellung einnehmen, aber sämmtlich der Beschlußfassung mittelst einfacher Stimmenmehrheit unterliegen.

Die streitige Frage ist zuerst gestreift in der Sitzung vom 11. März 1834, von der einen Seite bejaht, von der anderen verneint, beiderseits ohne Angabe von Gründen; auch hat von den Vertretern der beiden Meinungen keiner der Ständerversammlung von 1832 als Mitglied angehört. Für die

Bejahung hat sich sodann gelegentlich der Verathung über die vorläufige Abänderung eines Etatschemas (des der Forstculturen auf dem Etat der Kammerkasse) in der Sitzung vom 10. December 1850 der Minister v. Gehso ausgesprochen, ohne Widerspruch in der Versammlung zu finden. In Uebereinstimmung hiermit ist auf dem nächstfolgenden Landtage von der Finanzcommission, als sie darauf antrug, das Etatschema endgültig zu ändern, in ihrem Berichte bemerkt, daß es zur Rechtsgültigkeit eines desfalligen Beschlusses einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln der Versammlung bedürfen werde (Bericht vom 17. März 1852, § 4, Anl. 13 zu Prot. 4 des 7. ordentl. Landtages), und die Landesversammlung hat den Antrag in der Sitzung vom 25. März 1852 einstimmig angenommen, ohne daß gegen die Ansicht der Commission eine Einwendung erhoben wäre. In der Folgezeit ist dann beispielsweise

bei der Beschlußfassung über die Umwandlung des im Art. 15 des Finanznebenvertrages erörterten „Interimificum“ in einen endgültigen Vertrag im Sitzungsprotokoll bekundet, daß die Genehmigung durch eine zwei Drittel der Versammlung überschreitende Stimmenmehrheit erfolgt sei (Protokoll vom 19. März 1858),

im Art. 5 unter G des L.=M. vom 10. November 1867 Nr. 101 bemerkt, daß die bezüglich der Etats der Einnahmen und Ausgaben von der Eisenbahnverwaltung dort getroffenen Vereinbarungen „gleich dem Finanznebenvertrage als ein Theil der Landesverfassung betrachtet und nur in derselben Weise, wie diese selbst, abgeändert werden sollen“,

endlich bei der Erhöhung des im Art. 10 des Vertrages für Bauten auf den Domänen, sowie für Unterhaltung der Forstdienstgehöfte ausgesetzten Jahresbedarfs festgestellt, daß der betreffende Commissionsantrag mit der „nach § 141 der R.=L.=D. erfordernten Stimmenmehrheit“ angenommen sei (Protokoll vom 5. Mai 1876).

Vergl. auch aus neuester Zeit die Beschlüsse vom 4. und 7. März 1890 u. a. In Betreff der Aenderung des Art. 1 des Finanznebenvertrages und der Feststellung der landesfürstlichen Rente für die Dauer der Regentschaft siehe Art. 1, Anm. 2 und 3.

Der Finanznebenvertrag ist nicht sofort veröffentlicht. Als es auf dem ersten Landtage nöthig wurde, verschiedene auf ihn bezügliche Actenstücke einzusehen, wurde in der Ständerversammlung der Wunsch ausgesprochen, daß der Vertrag selbst doch durch den Druck bekannt gegeben werden möge. Die Landesregierung kam diesem Ansuchen nach, indem sie ihn als Anl. 5 des L.=M. vom 25. Mai 1835 Nr. 42 veröffentlichten ließ.

Art. 1.

Die zur Bestreitung der Bedürfnisse des Landesfürsten und des Herzogl. Hauses von dem Reinertrage des Cammerguts vorbehaltene Summe ist auf 237000 Thlr., und zwar

Neunzehn Tausend Thaler in Golde,
Zweimal Hundert und Achtzehn Tausend Thaler in Con-
ventionsmünze ¹⁾)

festgesetzt und soll in monatlichen Raten aus der Herzogl. Cammercasse an die Herzogl. Hofstaatscasse eingezahlt werden ²⁾).

[Daneben verbleiben dem Landesfürsten die Zinsen des auf dem Cammergute haftenden Bevernischen Capitals von 100 000 Thlr. Gold, welches nach einer, von des Herzogs Carl Friedrich Ferdinand von Bevern Durchlaucht unter dem 25. October 1782 getroffenen Disposition als ein Fideicommiß auf die ältere Linie übergegangen und wovon dem jedesmaligen Landesfürsten aus dieser Linie die Zinsen mit Fünf Tausend Thaler in Golde gebühren ³⁾]. Während der nächsten sechs Jahre wollen jedoch des jetzt regierenden Herzogs Durchlaucht von der Summe zu 237 000 Thaler den Betrag von fünf und zwanzig Tausend Thalern in Conventionsmünze jährlich absetzen und geschehen lassen, daß solcher zur Bestreitung der Kosten des Schloßbaues oder zu anderen Staatszwecken verwendet werde.

¹⁾ Ueber die Verhandlungen, die zur Feststellung dieser Summe geführt haben, vergl. S. 39 f. — Im Jahre 1849 hatte der Herzog Wilhelm mit Rücksicht auf die damalige Bedrängniß der Staatsfinanzen, vielleicht aber auch, um unliebsamen Anträgen der Stände vorzubeugen, als Zuschuß zu den Staatslasten 15 000 Thaler aus der Hofstaatscasse bewilligt. Die Finanzcommission erkannte, als sie über die Stats berichtete, ihrer Versicherung nach diese Freigebigkeit „dankbar“ an als „einen neuen Beweis landesväterlicher, selbst zu persönlichen Opfern bereitwilliger Fürsorge des verehrten Fürsten für das Wohl eines ihm treu ergebenen Volkes“, sah sich aber trotzdem „in die unabweisliche Nothwendigkeit versetzt, jene Opfer in erhöhtem Maße in Anspruch zu nehmen“, weil die Staatsausgaben fortwährend erheblich gestiegen, die Einnahmen zum großen Theil von schwankender Natur seien, die meisten neuerdings dem Staat erwachsenen außerordentlichen Ausgaben, falls im Jahre 1832 die Sonderung des fürstlichen vom Staatshaushalte nicht stattgefunden hätte, ohnehin vom Einkommen des Landesfürsten zu decken gewesen sein würden und schließlich die Stellung der Regierungen der Einzelstaaten durch die Schaffung einer Reichscentralgewalt eine wesentlich veränderte geworden sei. Die Commission trug, nachdem die unter der Hand eingeleiteten Verhandlungen Erfolg nicht weiter gehabt hatten, demgemäß darauf an, daß der Herzog seitens des Staatsministeriums zu einer den Bedürfnissen der Hauptfinanzkasse entsprechenden Vermehrung der aus der Hofstaatscasse bewilligten Zuschüsse veranlaßt werden möge (Bericht vom 29. April 1849, Anl. 1 zu Prot. 14 des 6. ordent.

Landtages). Der Commissionsantrag fand auch in der Sitzung vom 25. Mai 1849 Annahme; gleichzeitig gab Stockfisch (Preisrichter in Helmstedt) in einem selbständigen Antrage anheim, „die Civilliste, sofern sie unverantwortliche Verfügung des Fürsten über Staatsgelder begreife, auf eine vom Fürsten vorzuschlagende Summe für unennbare Ausgaben, deren Grund oder Zweck sich nicht schädlich erörtern lasse, zu beschränken, alle übrigen Hofausgaben aber rechnungsmäßig wie andere Staatsausgaben zu behandeln, also Special-Stats darüber von der Hofbehörde aufstellen, von der Abgeordneten-Versammlung bewilligen und von der Finanzbehörde controliren zu lassen“. Die mit der Berichterstattung über den Antrag beauftragte Verfassungscommission war der Ansicht, daß allerdings die dem Landesfürsten durch den Finanznebenvertrag bewilligten Gebühren die Kräfte des Landes bei Weitem überschritten und eine erhebliche Herabminderung würden erfahren müssen, und trat insoweit den früheren berichtlichen Ausführungen der Finanzcommission durchweg bei, verschloß sich aber doch nicht der Einsicht, daß die Art der Verwendung der Civilliste in allen constitutionellen Staaten dem freien Ermessen des Landesfürsten überlassen sei und nach dieser Richtung hin der Antrag über sein Ziel hinauschieße. In der Erwägung, daß für die Ausmessung der landesfürstlichen Rente die Mittel des Staates, die Stellung des Fürsten zum Lande und zum Reich, die Ansprüche desselben am Kammergut und die durch den Finanznebenvertrag begründeten Rechtsverhältnisse für maßgebend zu halten seien, alle diese Punkte aber erst bei der in Aussicht stehenden Revision der N. L.-O. sich genauer übersehen und feststellen lassen würden, einigte sie sich daher zu dem Vorschlage, über den Antrag Stockfisch und die damit zusammenhängenden Fragen einstweilen zur Tagesordnung überzugehen (Bericht vom 29. October 1849, Anl. 9 zu Prot. 70 des 6. ordentlichen Landtages). Die Abgeordnetenversammlung war in ihrer Sitzung vom 13. November damit zwar einverstanden, beschloß aber auf einen Zusatzantrag Hollandt's, wiederholt auf die unverzügliche Einleitung von Verhandlungen über angemessene Herabsetzung des landesfürstlichen Reservats zu dringen. Aber alle diese Bestrebungen hatten keinen Erfolg. Der Herzog ließ dem Landtage mittheilen, daß er sich nicht bewogen finde, von den verfassungsmäßig ihm verbrieften Rechten irgend etwas aufzugeben, zumal das Land zu der im Finanznebenvertrage festgesetzten Summe gar nichts beitrage, diese Summe vielmehr aus dem fast ausschließlich als Familien-Stammgut seines Hauses bestehenden Kammergut reservirt sei und zum allgemeinen Besten des Landes wieder verwandt werde, eine Vergleichung des jetzigen Zustandes mit früheren staatsrechtlichen Verhältnissen aber unzulässig erscheine und zu einem Resultate schon um desswillen nicht führen könne, weil der Umfang der auf den landesherrlichen Rassen liegenden Ausgaben wiederum von der alleinigen Bestimmung des Landesherrn abhängen würde (Schreiben vom 20. Dec. 1849, Anl. 2 zu Prot. 98). Damit war die Sache vor der Hand erledigt und der bald darauf eintretende jähe Umschwung der öffentlichen Verhältnisse sorgte von selbst dafür, daß eine Erneuerung jener Anträge dauernd unterblieb. — Als dann im Verlaufe der folgenden Jahrzehnte in Folge der Mehrerträge aus Forsten und Domänen, wie der wachsen-

den Eisenbahneinnahmen die Lage der Landesfinanzen sich stetig gebessert, schließlich auch der Verkauf der Eisenbahnen erhebliche Mittel flüssig gemacht hatte, legte im Hinblick auf diese günstige Wandlung, wie unter Hervorhebung der fortwährenden Steigerung in den Preisverhältnissen aller Lebensbedürfnisse das Ministerium mittelst Schreibens vom 28. Februar 1873 der Landesversammlung den Entwurf zu einer Uebereinkunft vor, laut deren eine Abänderung des Art. 1 des Finanznebenvertrages dahin beantragt ward, daß die für den Bedarf des Landesfürsten und des Herzogl. Hauses vorbehaltene Summe um den Betrag von jährlich 30 000 Thaler zu erhöhen sei. Dem betreffenden Ersuchen ist von der Landesversammlung in der geheimen Sitzung vom 7. März 1873 ohne Weiteres und einstimmig Folge gegeben, die Uebereinkunft, die die übrigen Artikel des Finanznebenvertrages nicht weiter berührt, veröffentlicht als Anlage A des L.-A. vom 12. Juni 1874. Der hier- nach bis zum Tode des Herzogs Wilhelm an die Hofstaatskasse abgeführte Jahresbetrag belief sich auf 825 322 $\frac{2}{3}$ Mark.

2) Nach Einsetzung der gegenwärtigen Regentschaft wurde die landesfürstliche Rente zunächst noch einige Jahre hindurch im bisherigen Betrage fortgezahlt, dann aber ist auf dem 19. ordentl. Landtage eine anderweite Vereinbarung getroffen, deren Begründung im Ministerialschreiben vom 5. und dem Commissionsbericht vom 7. März 1888 vorliegt (Anl. 56 und 57 der Verhandlungen des bezeichneten Landtages). Der Antrag der Commissionsmehrheit auf Erhöhung der bisherigen Jahressumme um 300 000 Mark fand in der Sitzung vom 13. März 1888 die Genehmigung der Landesversammlung. Dieser Beschluß enthält aber keine Abänderung des Art. 1 des Finanznebenvertrages, in dem überhaupt nur das Verpflichtungsverhältniß des Landes gegenüber dem Landesherrn und dem Herzogl. Hause hat geordnet werden können, sondern bildet ein außerhalb des Bereiches jenes Vertrages liegendes Abkommen, das nur für die Verhältnisse der derzeitigen Regentschaft bestimmt und daher auch ausdrücklich nur auf die Dauer derselben beschränkt ist (vergl. auch Commissionsbericht vom 7. März 1888). Die Vereinbarung ist aufgenommen in den L.-A. vom 7./14. September 1889, Art. 6.

3) Die Rechtsverhältnisse des sog. Bevernschen Capitals sind nach dem Ableben des Herzogs Wilhelm Gegenstand gründlicher Erörterungen geworden. Dieselben haben dahin geführt, daß der Anforderung des Herzogs von Cumberland als des Allodialerben des Herzogs Wilhelm auf Herausgabe des Capitals seitens des Regentschaftsraths, wie der Landesversammlung entsprochen ist (vergl. Ministerialschreiben vom 29. Juni 1885 — Anl. 100 der Verhandlungen des 18. ordentl. Landtages —, Protokoll der Landesversammlung vom 1. Juli 1885 unter II., Ausschlußbericht vom 2. Februar 1886, § 5 — Anlage 122 — und Sitzungsprotokoll vom 5. Februar 1886 unter V.).

Art. 2.

Die Zahlung der für den Bedarf des Landesfürsten und des Fürstl. Hauses im vorstehenden Artikel bestimmten Summen soll mit dem 1. Januar 1833 ihren Anfang nehmen, bis dahin aber die für die Bedürfnisse der Herzogl. Generalcasse erforderliche etatmäßige Zahlung aus Herzogl. Haupt=Finanz=Casse geleistet werden.

Art. 3.

Ueber die zur Hofhaltung gehörigen Immobilien ist ein specielles Verzeichniß aufgestellt und dieser Uebereinkunft unter litt. A. angehängt worden ¹⁾, auch sind die dem Landesfürsten vorbehaltenen, bei dem Oberhofmarschallamte und bei dem Oberstallmeisteramte unmittelbar erhobenen Gefälle und herkömmlichen Naturallieferungen in der Anlage B. näher bezeichnet und nachgewiesen ²⁾.

¹⁾ Siehe Anm. 3 zu § 169 der R. L.=D.

²⁾ Inzwischen sind dieselben abgelöst — vergl. R. L.=D. § 169, Anm. 2. Die Anlage B ist nicht mit veröffentlicht.

Art. 4.

Zur Erbauung und ersten Einrichtung des Herzogl. Residenzschlosses zu Braunschweig ist mit Anrechnung einer von den eingezogenen Ablösungscapitalien bereits verwendeten Summe von Vierzig Tausend Vier Hundert Neun und Dreißig Thalern, jedoch ohne Anrechnung des forstzinsfrei zu liefernden Bauholzes, die Aversionalsumme von Sechsmal Hundert Tausend Thalern in Conventionsmünze bewilligt. Es soll dazu vorzugsweise die im Art. 1 erwähnte, von dem Bedarfe des Landesfürsten während der nächsten sechs Jahre abzusetzende Summe, sowie die auf die Rückstände, Vorschüsse und Naturalvorräthe bei der Cammerverwaltung zu erwartende Zahlung verwendet, die Herzogl. Landesregierung aber hierdurch ermächtigt werden, zur Ergänzung des vorgedachten Baucapitals ein Anlehn successive, je nach dem die Bedürfnisse des Baues solches erfordern, auf den Credit des Cammerguts und gegen Verpfändung desselben aus der

Herzogl. Leihhaus=Casse aufzunehmen, auch die Zahlung der Zinsen aus der Cammercasse zu verfügen. Mit der Rückzahlung des Capitals soll auf gleiche Weise, wie mit der Amortisation der übrigen Cammerschulden verfahren werden¹⁾.

¹⁾ Die Kosten der Erbauung und Einrichtung des Residenzschlosses waren auf 822 000 Thaler Conv.=Münze veranschlagt. Mittelft einer Ministerialnote vom 13. April 1832 war der ständischen Commission jedoch eröffnet, daß ungeachtet der vorbehaltlosen Verpflichtung des Kammergutes, die hernach im § 171, Nr. 3 der R. L.-D. Ausdruck gefunden hat, der Herzog neben der forstzinsfreien Berechnung des Bauholzes nicht mehr als 600 000 Thaler in Anspruch nehmen wolle. Als bei der beschleunigten Fortführung des Baues die verfügbaren Mittel nicht ausreichten, auch die Kostenanschläge sich als zu niedrig bemessen erwiesen, erklärten die Stände sich damit einverstanden, daß auf den Credit der Kammerkasse ein neues Darlehen von 300 000 Thaler Conv.=Münze aufgenommen werde, aber aus dem landesfürstlichen Reservat zu verzinsen und zu amortisiren sei (R. L. vom 25. Mai 1835, Art. 11 u. Anl. 4). Unter gleichen Voraussetzungen ist auf dem folgenden Landtage eine weitere Anleihe von 250 000 Thaler bewilligt (R. L. vom 2. August 1837, Art. 12 u. Anl. 4). Da nun die Landesvertretung den inständigen Wunsch einer baldigen Vermählung des Herzogs ausgesprochen, das Ministerium ihr jedoch in einem Schreiben vom 13. März 1837 bemerklieh gemacht hatte, wie durch die Amortisation und Verzinsung der beiden aufgenommenen Schloßbaucapitale der Hofstaatscasse eine derartige Last aufgebürdet werde, daß sie der Erfüllung jenes im Interesse des Landes so wohlberechtigten Begehrens ein ernstes und bleibendes Hinderniß entgegenstelle, so war die Ständerversammlung sofort bereit, diesen Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen und verpflichtete sich in einem mit der Regierung unterm 25. Juli 1837 abgeschlossenen Geheimvertrage, von dem Tage der ebenbürtigen Vermählung des Herzogs an, vorausgesetzt, daß sie innerhalb der laufenden Finanzperiode statfinde und daß in deren Folge die Residenz nicht außer Landes verlegt werde, die Verzinsung der neu angeliehenen 250 000 Thaler auf die Kammerkasse zu übernehmen. Diese Uebereinkunft ist auf dem 4. ordentl. Landtage unter Erstreckung auf die Verzinsung auch des früheren Schloßbaudarlehens erneuert (R. L. vom 6. Mai 1845, Art. 2 und Anl. A); als aber dennoch die Hoffnungen des Landes nicht in Erfüllung gingen, entschloß sich die Ständerversammlung anläßlich des 25 jährigen Regierungsjubiläums des Herzogs, auf die gestellte Bedingung Verzicht zu leisten und genehmigte auf Antrag der Regierung im Hinblick auf die erheblichen Summen, die der Landesherr auf den Schloßbau, wie auf Verzinsung und Abtragung der eingegangenen Schulden bislang verwendet hatte (vergl. darüber Commissionsbericht vom 12. Juni 1856, Anl. 1 zu Prot. 6 A der Verhandlungen des außerordentlichen Landtages von 1856), daß die Kammerkasse fortan Verzinsung und Amortisation der Schloßbauanleihen von 1835 und 1837 übernahm (R. L. vom 24. April 1858, Art. 5 und Anl. A). —

Die Kosten der Wiederherstellung der durch die Feuersbrunst des Jahres 1865 zerstörten Theile des Schlosses, sowie des Ausbaues und der Einrichtung des geretteten Schloßflügels sind mit 949 400 Thaler auf den Kammercapitalfonds, die Kosten der Erneuerung der Brunonia mit dem Biergespann bis zum Verlaufe von 36 000 Thaler auf Finanzüberschüsse übernommen (R.-A. vom 2. Juni 1865, Art. 2).

Art. 5.

Da von den bei der Herzogl. Generalcasse vorrätig gewesenen, und in Gemäßheit der Verordnung vom 19. September 1831 deponirten Ablösungsgeldern zu überhaupt 198 688 Thlr. 10 Ggr. 5 Pfg. nach der vorgelegten Rechnung

1. zur Mobilmachung des Feldcorps rc. ¹⁾ . . .	66 720	Thlr.	—	Ggr.	—	Pfg.
2. zum Neubau des Herzogl. Residenzschlosses . . .	40 439	"	16	"	4	"
3. für Aufräumung der Ruinen des abgebrannten Schlosses	21 184	"	11	"	5	"
4. für Regulirung des neuen Bauplatzes und Acqui- sition einiger Häuser .	21 054	"	18	"	—	"
5. für den Ausbau und die Einrichtung des Herzogl. Schlosses in Blanken- burg	25 237	"	14	"	8	"
6. für Planirung u. Pflaste- rung des Platzes zwischen dem Bevernschen Schlosse und der Domkirche . .	1 628	"	—	"	—	"
7. für die gegen das Ein- dringen der Cholera er- richteten Anstalten . .	8 854	"	17	"	11	"
8. für verschiedene, durch die damaligen Zeitumstände herbeigeführte dringend nothwendige Ausgaben .	13 569	"	4	"	1	"

in Summa also . . 198 688 Thlr. 10 Ggr. 5 Pfg.

verwendet, und zur Bestreitung dieser zum Besten des Landes geschehenen Ausgaben die damals erschöpften Cassenvorräthe, sowie die currenten Cammereinkünfte nicht zureichend gewesen sind, so soll es bei dieser Verausgabung sein Bewenden haben.

¹⁾ Diese Kosten waren verausgabt zu Zwecken der Bundesexecution, welche im Jahre 1831, als die Bevölkerung von Luxemburg dem Aufstand der belgischen Provinzen gegen den König der Niederlande sich angeschlossen hatte, zur Wiederherstellung des Ansehens der rechtmäßigen Obrigkeit vom Bundestage verfügt war. Mit der Durchführung der Execution war das zehnte und ein Theil des neunten Bundesarmee-corps unter Führung Hannovers beauftragt, aber die Unlust und Saumseligkeit namentlich der hannoverschen Regierung verzögerte die Vollstreckung, bis die Beschlüsse der Londoner Conferenz die ganze Maßregel überflüssig machten.

Art. 6.

Auf die Amortisation der Schulden soll jährlich zum wenigsten die Summe von Fünfzig Tausend Thalern in den Etats in Ansatz gebracht und verhältnißmäßig auf den Gesamtbetrag der Cammer- und der Landessschulden repartirt werden ¹⁾.

¹⁾ Im Verfolg der Vereinbarungen, die auf dem 8. ordentl. Landtage über die Tilgung der Kammer Schulden getroffen sind (vergl. darüber oben Anmerkung 1 zu § 167 der R. L.-D.), ist seit der Finanzperiode 1855/57 von dem vorstehend festgesetzten Amortisationsfonds jährlich ein verhältnißmäßiger Theil in den Kammercapitalfonds eingezahlt. Die gleichzeitige Bestimmung (R.-A. vom 5. September 1855, Art. 3, c), daß nach Tilgung der gesamten Kammer Schuld bis zur Erstattung der dazu aus dem Kammercapitalfonds verwandten Summen jährlich 20 000 Thaler aus den laufenden Cammereinkünften an den Kammercapitalfonds zurückgezahlt werden sollen, ist späterhin auf verschiedene, anderweit diesem Fonds entnommene Aufwendungen für das Residenzschloß oder andere Zubehörungen der Hofstatt erstreckt (R.-A. vom 2. Juni 1865, Art. 2; vom 7./14. September 1889, Art. 7; vom 7./12. December 1892, Art. 7).

Art. 7.

Das mit dem Herzogl. Marstalle bisher verbunden gewesene, aus der Herzogl. Marstallamtscasse unterhaltene Landgestüt soll künftig von dem Herzogl. Marstalle getrennt und auf Kosten der Herzogl. Cammer nach den in der Anlage C. festgesetzten Bestimmungen unterhalten werden ¹⁾.

1) Einige dieser Bestimmungen haben schon auf dem 1. ordentl. Landtage Abänderungen erfahren. In letzter Zeit ist die Aufhebung des Landgestüts wohl in Erwägung gezogen.

Art. 8.

Die vor dem Anfange und auf die Dauer einer **zweijährigen**¹⁾ Finanzperiode aufzustellenden Etats

1. über die Verwaltung des Cammerguts,
 2. über den Staatshaushalt,
 3. über die Verwaltung des vereinigten Kloster- und Studienfonds, sowie
 4. über die Verwendung des Reinertrages dieser Fonds,
- sollen nach den in den Anlagen D, E, F und G enthaltenen Mustern und den darin angegebenen Abtheilungen aufgestellt, diese Muster auch bei den nach Maßgabe der **zweijährigen** Etats für ein jedes Verwaltungsjahr besonders aufzustellenden Etats zum Grunde gelegt werden ²⁾).

1) Gesetz vom 26. März 1888 Nr. 12, § 4.

2) Die in den Anlagen des Artikels enthaltenen und auf Seite 299 f. abgedruckten Schemata der einzelnen Etats haben in Folge der Umgestaltung mancher Staatseinrichtungen und des Ueberganges verschiedener Staatsverwaltungszweige auf das Reich, zum Theil auch aus Zweckmäßigkeitsrücksichten vielfache Aenderungen in Einzelheiten erlitten, doch sind die Grundformen dieselben geblieben. Betreffs des Etats der Kammerkasse ist — um nur das Erheblichere herauszugreifen — unter den Einnahmen des Etats anlässlich des Anwachsens des Kammercapitalfonds ein neues Capitel „Capitalzinsen“ eingefügt (L.=A. von 1847, Art. 2), bei den Ausgaben dagegen die Unterabtheilung „Forstculturen“ durch Vertheilung der betreffenden Verwendungen auf die Special=Etats der Forstaussgaben beseitigt (L.=A. von 1853, Art. 2b, 1), während schon auf dem 1. ordentl. Landtage eine Unterabtheilung „Reallasten und fixe Ausgaben“ (unter letzteren die in Folge des Interimisticums — F.-M.-B. Art. 13 — übernommenen Lasten) neu eingefstellt wurde und späterhin in Folge der schon erwähnten Vereinbarungen über Tilgung der Kammerschuld und auf Grund anderer Beschlüsse seit der Finanzperiode 1855/57 ein letztes Ausgaben-capitel „Rückzahlungen an den Kammercapitalfonds auf Verwendungen aus dem Grundvermögen“ hinzugetreten ist. Bei dem Staatshaushalts=Etat haben die von den directen Steuern handelnden Einnahmecipitel nach Maßgabe der Landesgesetzgebung, die auf die indirecten Steuern, Zölle u. dergl. sich beziehenden durch die Einwirkung der Reichsgesetzgebung Veränderungen erfahren, die Einkünfte aus Chaussee- und Begegelbfern, Lehnsgefällen, Postintraden sind weggefallen, als neue Special=

Etats dagegen auch hier Zinsen vom Capitalvermögen des Staates und die aus dem Verkauf der Eisenbahnen herrührenden Renten eingestellt (vergl. über die betreffenden Einnahmequellen: § 172 der N. L.-D. Anm. 5, 6, 8). Unter den Ausgabe-Etats sind die Hoheits-, Grenz- und Lehnkosten nach dem Eingehen der Lehencommission und der Ueberweisung der Geschäfte der Grenzcommission an die Landesökonomiecommission zunächst auf dem Etat des Finanzjahres 1851 in Wegfall gebracht und die unter jenen Ausgaben bislang eingestellten Kosten des Landeshauptarchivs auf den Etat des Staatsministeriums übertragen; die Militärverwaltung ist hernach auf das Reich übergegangen, die Unterabtheilungen einiger Capitel haben mehrfache Veränderungen erlitten und für außerordentliche Staatszwecke ist endlich das bedeutungsvolle Capitel 12 (s. darüber Anm. 2 zu § 184 der N. L.-D.) eingeschaltet. Die Einnahme-Etats der Klosterverwaltungskasse sind unverändert geblieben; die Ausgaben anlangend, so sind die im Capitel 1 als Beiträge zu den Verwaltungskosten angelegten Einzahlungen an die Kammer und das Finanzcollegium späterhin beseitigt (vergl. Art. 14, Anm. 1) und das auf das Schuldenwesen bezügliche Capitel 3 ist gegenstandslos geworden, da die Schulden des Kloster- und Studienfonds, die sich schon im Jahre 1834 nur noch auf 24 000 Thaler beliefen, in der folgenden Finanzperiode zum größeren Theil aus den laufenden Einnahmen der vereinigten Fonds abgetragen, zum Theil auch auf den Etat der Foundationen der Klosterreinertragskasse übernommen sind (Vorlage der Landesregierung vom 11. Februar 1837, Anl. 1 zu Prot. 43 und Rückschreiben der Ständeversammlung vom 8. März 1837, Anl. 2 zu Prot. 54 des 2. ordentl. Landtages). Wie bei dem Kammerkassen-Etat, ist auch hier die Ausgabe-Unterabtheilung für Forstculturen aufgehoben und ein neues Ausgabecapitel „Rückzahlungen an den Klostercapitalfonds auf Verwendungen aus dem Grundvermögen“ hinzugetreten. In Anerkennung eines Grundsatzes, der schon bei der Berathung des ersten Etats von der Ständeversammlung aufgestellt war (Schreiben derselben vom 21. Mai 1834, Anl. zu Prot. 104), findet sich im L.-A. vom 4./10. September 1876 die Vereinbarung niedergelegt, daß die bisher aus den Specialkassen der Klostergüter bestrittenen Kosten von Bauten auf jenen Gütern in den Fällen, wo die Bauten durch das Interesse der Güter selbst bedingt werden, in die Klosterbauetats aufzunehmen sind, sofern sie dagegen vermöge besonderer auf den Gütern ruhender Verpflichtungen an Kirchen, Pfarren, Schulen u. s. w. geleistet werden müssen, nach wie vor aus den Specialkassen bestritten werden sollen (Art. 3, Schlußsatz daselbst). Der Einnahme-Etat der Klosterreinertragskasse hat seit einer Reihe von Jahren durch erhebliche Zuschüsse aus der Hauptfinanzkasse (Einnahmecapitel 2 des Etats) verstärkt werden müssen (vergl. Anm. 2 zu § 221 der N. L.-D. und L.-A. von 1876, Art. 2 d, 2 u. 3); im Ausgabe-Etat finden sich schon seit dem 2. ordentl. Landtage die neuen Capitel „Baukosten“ und „Brandversicherungsbeiträge“, von denen das erstere durch den Umstand, daß der Bauetat der Klosterverwaltungskasse nur die Kosten der Baulichkeiten an den der Herzogl. Kammer unterstellten Gebäuden des Kloster- und Studienfonds (Klostergüter) umfassen kann, ver-

anlaßt ist, während die Brandversicherungsbeiträge bisher vom Extraordinär gedeckt wurden (Ministerialschreiben vom 27. Nov. 1836, Anl. 7 zu Prot. B des 2. ordentl. Landtages). Seit dem 15. ordentl. Landtage ist das früher sehr erhebliche Capitel „Extraordinär“ bedeutend ermäßigt, dagegen fast allen einzelnen Ausgaben capiteln noch ein Ansat „Dispositionsfonds für Herzogl. Staatsministerium“ hinzugefügt, welcher den betreffenden Abtheilungsminister in den Stand setzen soll, unerwartete dringliche Ausgaben zu bestreiten. Die Landesversammlung hat gegen diese Neuerung Bedenken nicht erhoben, jedoch die Voraussetzung daran geknüpft, daß jene Dispositionsfonds nicht zu Gehaltsverbesserungen oder wiederkehrenden Remunerationen für festangestellte Beamte verwendet werden dürften, da anderenfalls das ganze Etatwesen illusorisch gemacht werden könne (Bericht der Finanzcommission vom 20. März 1876, § 5 — Anl. 76 der betreffenden Verhandlungen — und Protokoll vom 29. März 1876).

Art. 9.

Da der Fall eintreten kann, daß bei der Verwaltung Ausgaben erforderlich werden, welche bei der Aufstellung der Etats nicht haben berücksichtigt werden können, deren Gegenstand aber auch überall nicht zur Publicität geeignet ist, so soll die Herzogl. Landesregierung ermächtigt sein, dergleichen besondere Ausgaben ohne nähere Specification derselben auf die Haupt=Finanz=Casse in Anrechnung auf den im Staatshaushalts=Etat für extraordinäre Bedürfnisse enthaltenen Ansat anzuweisen zu lassen. Es soll jedoch in diesem Falle die an das Herzogl. Finanz=Collegium zu erlassende Zahlungsverfügung nicht nur von dem Landesfürsten selbst und den sämtlichen Mitgliedern des Herzogl. Staatsministeriums vollzogen werden, sondern auch die Bemerkung enthalten, daß die Ausgabe zu Landeszwecken nothwendig befunden sei.

Art. 10¹⁾.

Auf die Erhaltung des Cammerguts soll zum höchsten

1. für Bauten auf den Domänen und deren Zubehörungen, sowie für die Unterhaltung der Forstbedienten=Wohnungen eine jährliche Summe von Ein und Dreißig Tausend Thalern²⁾, mit Inbegriff der von den Pächtern zu verwendenden Contractsbauelder, und
2. für Forstculturen ein jährlicher Kostenaufwand von Fünfzehn Tausend Thalern, wovon jedoch der Bei=

trag für die Forsten des Kloster- und Studienfonds nach dem Art. 12 bestimmten Maßstabe wiederum abgeht³⁾, bis zu einer anderweiten, zwischen der Herzogl. Landesregierung und den Ständen zu treffenden Uebereinkunft in dem Etat in Ansatz gebracht und verwendet werden. Die Bau- und Erhaltungskosten der unter der Administration der Herzogl. Berg- und Hüttendirection⁴⁾ stehenden Werke und der dabei benutzten Gebäude werden nach den jährlichen Bedürfnissen veranschlagt und verwendet.

¹⁾ Ueber den Anlaß zur Aufnahme dieser Bestimmungen in den Finanznebenvertrag vergl. oben S. 44.

²⁾ Die hier ausgeworfenen Summen haben sich alsbald als unzulänglich erwiesen. Nachdem fast auf jeder Finanzperiode außerordentliche Zuschüsse hatten bewilligt werden müssen, ist bereits vor einigen Jahrzehnten der für Domänenbauten bestimmte Höchstbetrag auf 157 000 Mark, die für Bauten auf Forstdienstgehöften zu verwendende Summe auf 34 500 Mark festgesetzt (L.-A. vom 4./10. September 1876, Art. 1), seither aber der Jahresbedarf für die erstbezeichneten Zwecke auf den Betrag von 175 000 Mark (L.-A. vom 7./12. December 1892, Art. 4), für die letzteren auf 45 000 Mark (L.-A. vom 22. October 1890, Art. 5) erhöht. Diese Verhältnisse haben zunächst der Regierung Anlaß gegeben, die Beseitigung der festgesetzten Jahressummen in Antrag zu bringen und die Aufstellung von Etats nach dem wirklichen, von Finanzperiode zu Finanzperiode zu ermittelnden Bedarf vorzuschlagen; die Landesversammlung lehnte indessen diese Aenderung ab (vergl. Verhandl. des 15. ordentl. Landt. Anl. 20 und 123, Beschluß vom 5. Mai 1876); einige Jahre später gingen gleiche Anträge aus der Landesversammlung hervor, wurden nunmehr aber von der Regierung für unzweckmäßig befunden (Verhandl. des 18. ordentl. Landt., Sitzung vom 11. März 1885, vom 19. ordentl. Landt. Anl. 36, Seite 8).

³⁾ Dem unter Nr. 2 zur Verfügung gestellten Höchstbetrage von 15 000 Thaler Conv.-Münze entspricht jetzt eine Summe von 46 250 Mark. Auch in Betreff der Forstculturen hat vielfach durch weitere Zuschüsse nachgeholfen werden müssen; eine Erhöhung der regelmäßigen Jahressumme war schon in den 40er Jahren in Aussicht genommen (L.-A. vom 6. Mai 1845, Art. 6), hat aber nicht stattgefunden.

⁴⁾ Bezw. der Herzogl. Kammer, Direction der Bergwerke (Gesetz vom 19. März 1850 Nr. 10, § 3 u. 6).

Art. 11.

Die den Unterthanen aus dem Cammergute bisher bewilligten Natural-Unterstützungen an Bau-, Nutz- und Brennholze, Zins-

Korn, Steinen, Torf und Braunkohlen können zwar in dem bisherigen Umfange nach dem Gutbefinden der Herzogl. Landesregierung ferner bewilligt werden¹⁾, es soll jedoch der in der Anlage H. nach einem dreijährigen Durchschnitte berechnete Betrag der Kornunterstützungen und der daselbst berechnete Werth der übrigen Naturalunterstützungen ohne ständische Bewilligung nicht überschritten werden.

¹⁾ Ueber Ursprung dieser Unterstützungen und die spätere Entwicklung der fraglichen Verhältnisse vergl. R. Zimmermann, die geschichtliche Entwicklung der öffentlichen Armenpflege im Herzogthum Braunschweig in den Beiträgen zur Statistik des Herzogthums, Heft 7, S. 25 bis 27. Die Zins=(Brot-) Kornunterstützungen werden seit dem Jahre 1846 allgemein in Geld verabreicht. Die Holzunterstützungen bestanden von vornherein nicht in freier Bewilligung von Holz, sondern im Erlaß des eigentlichen Forstzinses; die Brennholzunterstützungen werden meist noch durch Naturallieferung geleistet, wogegen an Stelle der letzteren bei den Bau- und Nutzholzunterstützungen schon seit einer Reihe von Jahren Geldentschädigungen getreten sind, bis ein Ministerialrescript vom 24. October 1876 auch diese beseitigte und verfügte, daß die zum bisherigen Zweck verausgabten Beträge zur Bewilligung von Bauprämien zu verwenden seien. Die Steinunterstützungen erfolgen mittheilung des Gruben- zinses und haben nur ganz geringe Bedeutung; die eigentlichen Torfunterstützungen sind völlig in Wegfall gekommen und die Braunkohlenunterstützungen haben mit dem Verkauf der staatlichen Braunkohlenwerke aufgehört bis auf die zur Zeit desselben schon bewilligten Unterstützungen, welche die nachmalige Direction jener Werke gegen Vergütung der Werthbeträge aus der Kammerkasse fortzuzahlen hatte.

Art. 12.

Da die Forsten des vereinigten Kloster- und Studienfonds in den über die Landesforsten aufgestellten Cultur- und Betriebsplänen mitbegriffen sind und bei der gemeinschaftlichen Bewirthschaftung eine in allen Jahren gleichmäßige Nutzung nicht gewähren, aber auch gleichmäßige Culturfkosten nicht erfordern werden, so ist der Nutzungswerth der Klosterforsten im Verhältnisse zu dem Nutzungswerthe der Cammerforsten nach dem Areal veranschlagt und danach bis zu einer genaueren Ausmittlung interimsistisch angenommen, daß von den gesammten Forstrevenuen

1. auf die Cammerforsten ($\frac{21}{23}$) Ein und Zwanzig Drei und Zwanzigstel,
2. auf die Forsten des vereinigten Kloster- und Studienfonds aber ($\frac{2}{23}$) Zwei Drei und Zwanzigstel¹⁾

in dem Etat, sowie in den Rechnungen in Einnahme gebracht, die jährlich aufzuwendenden Cultur- und Administrationskosten aber nach einem gleichmäßigen Verhältnisse repartirt und verausgabt werden sollen. (Anlage I. und K. 1. b.)

1) Das vorstehende Antheilverhältniß zwischen den Kammer- und Klosterforsten, welches auf einer Berechnung der baaren Einkünfte, wie des Werthes des frei abgegebenen Holzes in den beiderseitigen Forsten beruht, ist auf dringenden Antrag der Stände nur einstweilen, d. h. auf die Dauer der nächsten Finanzperiode festgelegt, da in ihm eine Gefährdung der Interessen des Klostergutes, deren Forsten angeblich die besten Bestände aufzuweisen hätten, erblickt wurde. Es blieb dann aber in Gemäßheit besonderer Vereinbarung bei den Etatberathungen der einzelnen Finanzperioden bestehen, bis auf dem 20. ordentl. Landtage mit Rücksicht auf die in neuerer Zeit stattgehabten Ankäufe von Interessentenschaftsforsten für das Kammergut ein Verhältniß von $\frac{7}{100}$ zu $\frac{93}{100}$ bis auf Weiteres an seine Stelle gesetzt wurde (Regierungsvorlage vom 29. Januar 1890 — Anl. 10 der betreffenden Landtagsverhandlungen und Beschluß vom 4. März 1890, vergl. auch L.-A. vom 22. October 1890, Art. 5).

Art. 13.

Die aus der Landes-Steuer-Casse bisher gezahlten landschaftlichen Stipendien, sowie die für Kirchen und Schulen und sonstige milde Zwecke bisher aus der Herzogl. Haupt-Finanz-Casse gezahlten Beiträge und endlich die Zuschüsse zur Einrichtung und Erhaltung der Besserungs- und Arbeitsanstalt[en zu Braunschweig und] Bevern sollen künftig aus dem vereinigten Kloster- und Studienfonds gezahlt werden ¹⁾.

1) Siehe Anm. 1 zur R. L.-D. § 221. Ueber die landschaftlichen Stipendien R. L.-D. § 127, Anm. 2. „Da der Zweck der Arbeitsanstalten zu Braunschweig und Bevern auf Besserung der darin aufzunehmenden Individuen durch fortwährendes Anhalten zur Arbeit gerichtet, dieser Zweck aber der Bestimmung des Klosterfonds vollkommen angemessen ist, so kann gegen die Zahlung der zur Erhaltung dieser Anstalten erforderlichen Zuschüsse aus dem Klosterfonds eine gegründete Einwendung nicht stattfinden. Um jedoch anzudeuten, daß der Zweck der Anstalten nicht sowohl auf Bestrafung von Verbrechen, als vielmehr auf Besserung erwerbeloser und vagabondirender Personen gerichtet sei, hat man sich mit den ständischen Commissarien dahin vereinigt, daß statt des Ausdruckes „Correction“ das Wort „Besserung“ gewählt werde“ (Ministerialschreiben vom 27. September 1832). Immerhin eine eigenthümliche Beschwichtigung der wegen der Belastung des Kloster- und Studienfonds mit den fraglichen Aus-

gaben entstandenen Bedenken, die denn auch nicht lange vorgehalten hat. Nach wiederholten Anregungen aus der Ständeverammlung ward auf Antrag derselben die Anstalt zu Bevern auf dem 4. ordentl. Landtage dem Staatshaushaltsetat zugewiesen (Beschluß vom 14. Febr. 1843, L.-M. vom 6. Mai 1845, Art. 13). Beide Anstalten sind erst nach Erlaß der N. L.-O. errichtet (Gesetz vom 29. Juli 1833 Nr. 19), die zu Braunschweig ist hernach wieder aufgehoben, während die zu Bevern durch Gesetz vom 22. December 1870 Nr. 119 in eine Erziehungsanstalt (Wilhelmsstift) umgewandelt und bald darauf nebst der Heil- und Pflegeanstalt zu Königsutter wieder auf den Kloster- und Studienfonds bei gleichzeitiger Verstärkung der Einnahmen der Klosterreinvertragskasse übernommen wurde (Vorlage der Regierung vom 24. und Commissionsbericht vom 31. März 1873 — Anl. 92 und 110 der Verhandlungen des 14. ordentl. Landtages; Beschluß der Landesversammlung vom 4. April 1873; L.-M. vom 12. Juni 1874, Art. 4).

Art. 14.

Die Beiträge, welche von Seiten des vereinigten Kloster- und Studienfonds zu den Gesamt-Administrationskosten der Herzogl. Cammer, des Herzogl. Finanz-Collegiums und der Herzogl. Baudirection geleistet werden müssen, sind für die nächste Finanzperiode von 1833 bis 1836 auf die Summe von Zwanzig Tausend Thalern bestimmt, und sollen nach Ablauf derselben von Neuem regulirt werden¹⁾. (Anlage K.)

¹⁾ Von diesen Beiträgen entfielen 15 000 Thaler auf die Gesamtverwaltungs-kosten der Cammer, 5000 auf die des Finanzcollegiums und der Baudirection. Uebrigens stellt die Gesamtsumme von 20 000 Thalern nicht den Betrag für die Finanzperiode, sondern den Jahresbetrag dar. Schon seit der 3. Finanzperiode ward regelmäßig ein Theil der Beitragssumme dem Kloster- und Studienfonds mit Rücksicht auf seine Hilfsbedürftigkeit und Unterstützungs-würdigkeit erlassen und auf dem 8. ordentl. Landtage, weil nach einer neu eingeführten Berechnungsart der Forstverwaltungs-ausgaben das bisherige Beitragsverhältniß des Kloster- und Studienfonds zu den Kosten der Cammer-verwaltung nicht mehr zutrefte (Ministerialschreiben vom 5. December 1854 — Anl. 5 zu Prot. 2 des bezeichneten Landtages), jener Beitrag dauernd auf jährlich 6000 Thaler herabgesetzt (L.-M. vom 5. Sept. 1855, Art. 2 b, 7), aber auch dieser ermäßigte Zuschuß ist späterhin nicht mehr eingefordert. Bezüglich des zu den Kosten der Finanzverwaltung zu zahlenden Beitrags bemerkt das erwähnte Ministerialschreiben, daß zu einer Ermäßigung desselben für jetzt kein Anlaß vorliege. Der L.-M. vom 15. October 1861 enthält auch noch (Art. 2 a, 1) den Vermerk, daß der Beitrag für die Finanzperiode 1861/63 dem Kloster- und Studienfonds wiederum erlassen sei; seither ist er auffälliger Weise nirgends mehr erwähnt und zunächst wohl versehentlich außer aller Beachtung geblieben,

hernach aber, seitdem der Kloster- und Studienfonds seiner Zweckbestimmung nur vermöge regelmäßiger und stetig anwachsender Zuschüsse aus der Hauptfinanzkasse gerecht zu werden vermochte, vielleicht mit vollem Bedacht nicht mehr eingestellt, jedenfalls aus den Etatvorlagen spurlos verschwunden.

Art. 15.

Mit dem Herzogl. Cammergute gemeinschaftlich sind seither verschiedene, von der Stadt Braunschweig relevirende Güter und Intraden verwaltet und dagegen nicht nur die Zinsen auf die ältere Stadtschuld, sondern auch andere städtische Ausgaben aus öffentlichen Fonds berichtigt. Da eine Regulirung und definitive Ausgleichung dieser verdunkelten Verhältnisse ohne die mannigfachen Schwierigkeiten sich gegenwärtig nicht würde erreichen lassen, so ist auf den Grund des bisherigen, seit einer Reihe von Jahren beobachteten Zustandes ein Interimisticum, unter Vorbehalt der beiderseitigen Rechtszuständigkeiten, getroffen¹⁾ und wird hier nur nachträglich bemerkt, daß die Stadt Braunschweig die in der Anlage L. verzeichneten Intraden²⁾, als zu den Cämmereigütern gehörig, in Anspruch genommen, die Landesregierung aber ohne Anerkennung dieses Anspruchs sich verpflichtet hat, während der Dauer dieses Interimisticums die bisher übernommenen städtischen Lasten und die zur Erhaltung städtischer Anstalten gezahlten Zuschüsse fernerhin nach den nunmehr festgesetzten Normen zu übernehmen und aus öffentlichen Fonds zahlen zu lassen, und daß durch diese, lediglich den bisherigen Zustand sichernde Bestimmung der Staatshaushaltsetat in der Ausgabe eine Erhöhung nicht erleiden wird.

¹⁾ Das „Interimisticum“, dessen Verlautbarung in Vertragsform der unermüdblichen Thätigkeit Bode's zu danken ist, bezweckte, ein altes Unrecht wieder gut zu machen, indem es einen vorläufigen Ausgleich darbot für die vermögensrechtlichen Folgen der Vergewaltigung, welche die Stadt Braunschweig nach ihrer Unterwerfung unter die Landeshoheit im Jahre 1671 hat über sich ergehen lassen müssen. Eingehende und lehrreiche Mittheilungen über die unterliegenden Verhältnisse enthält der Bericht der Finanzcommission (Verfasser: Kreisdirector de Dobbeler) vom 24. Februar 1858 — Anl. 12 zu Prot. 6 der Verhandlungen des 9. ordentl. Landtages. Auf eben diesem Landtage ist an die Stelle des „Interimisticum“ ein endgültiger Vertrag vom 1./10. August 1858 getreten (veröffentlicht als Anl. D des L.-A. vom 9. September 1858, Art. 8).

2) Unter den in Anl. L des Finanznebenvertrages bezeichneten „Intraden“ befanden sich namentlich die Güter Wendhausen, Schandelah, Bechelde, die Wendhäuser Forst, gutherrliche Gefälle im Amte Eich, verschiedene weitere Gefälle und Abgaben, die Mühlen zu Braunschweig, Delper und Eisenbüttel, das Altstadtrathhaus, die Gewandhäuser, die alte Wage u. a. Mit Ausnahme des ihr zu eigenem Besitz und Nutzung überwiesenen Altstadtrathhauses hat die Stadt ihre Ansprüche auf die angegebenen Güter und Einkünfte dem Staat abgetreten, welcher dafür eine Anzahl von Lasten, die ihrer Natur nach zu den städtischen zu rechnen sein würden, übernommen und sich zur Gewährung von Zuschüssen zu bestimmten Zweigen der städtischen Verwaltung verpflichtet hat. In letzterer Zeit hat der Vertrag von 1858 wiederum mehrere Aenderungen erlitten (Uebergang der Straßenreinigungslast auf die Stadt Braunschweig — L.=N. vom 9./14. September 1889, Art. 13, Anl. C — und Ablösung der Straßenpflasterungslast des Staates — L.=N. vom 14. September 1899, Art. 11, Anl. C).

Zur Urkunde dessen sind drei gleichlautende Exemplare dieses Vertrags ausfertigt, mit Unserer eigenhändigen Unterschrift versehen und mit dem Herzogl. Staats=Canzlei=Siegel bedruckt, sodann auch von Seiten der getreuen Stände von den Präsidenten beider Sectionen und dem Landsyndicus durch Unterschrift und Siegel vollzogen worden, und soll hiernächst das erste Exemplar in Unserer Herzogl. Staats=Canzlei niedergelegt, das zweite und dritte Exemplar aber den beiden ständischen Sectionen ausgehändigt werden.

Braunschweig, den 12. October 1832.

Wilhelm, Herzog.

Graf v. Belthelm. v. Schleinitz. Schulz.

Hans Georg Gottfried v. Blesfen.

Wilhelm Julius Ludwig Bode.

Johann Ludwig Pricelius.

D. Einnahme- und Ausgabe-Etat der Herzoglichen Cammer-Casse.

Laufende Nr.	Bezeich- nung der Special- Etabs	Gegenstände der Einnahme	Betrag	Laufende Nr.	Bezeich- nung der Special- Etabs	Gegenstände der Ausgabe	Betrag
1	I.	Domaniel-Pachten und Gefälle		1	—	An die Herzogl. Hofstaats-Casse	
2	II.	Einkünfte von Forsten, Jagden, Fischereien, Sägemühlen und Holzmagazinen		2	A.	Verwaltungs-Ausgaben bei der Herzogl. Cammer	
3	III.	Ueberschüsse von Berg- und Hüt- tenwerken, Salinen etc. . .		3	—	Auf Erhaltung des Cammerguts, als:	
		Summa aller Einnahmen . .			B.	a) für Bauten	
		Davon die nebenstehend berech- nete Ausgabe			C.	b) Brandcassengelder . .	
					D.	c) Forstculturfkosten . . .	
					E.	d) Kosten des Landgestüts .	
		Folglich beträgt der in die Her- zogliche Haupt-Finanz-Casse fließende Ueberschuß im Laufe dieses Finanz-Jahrs . . .		4	—	Auf das Cammerschuldenwesen .	
						a) zum Amortisationsfonds	
						b) Capital-Zinsen (nach dem Cammerschulden-Etat .	
						Summa aller Ausgaben .	

(Anlagen zu Artikel 8.)

E. Staatshaushalts-Etat des Herzogthums Braunschweig.

Laufende Nr.	Bezeich- nung der Special- Etabs	Einnahme	Betrag
1	—	Ueberschuß vom Cammergute . . .	
2	—	Directe Steuern	
	Ia.	Grundabgaben	
	Ib.	Personelle Abgaben	
3	—	Indirecte Steuern und Gefälle . .	
	IIa.	Zoll	
	IIb.	Accise- und Pachthofsaufkünfte . . .	
	IIc.	Stempelsteuer	
	IIId.	Gerichtsporteln	
	IIe.	Gewölbe- und Boutiquengelder . .	
4	IIIa u. b.	Chaussee-, Wege- und Schifferstieg- und Fährpachtgeld	
5	IV.	Lehnsgefälle	
6	V.	Postintraden	
7	VI.	Ueberschüsse aus der Administration der Leihhausanstalten	
8	VII.	Lotterie-Intraden	
9	VIII.	Zufällige Einnahme	
		Summa aller Einnahmen . .	

E. Staatshaushalts-Etat.

Laufende Nr.	Bezeich- nung der Special- Eats	Ausgabe	Betrag
1	A.	Allgemeine Landesverpflichtungen . . .	
2	B.	Verwaltungskosten beim Staatsministerio	
3	C.	Legationskosten	
4	D.	Hoheits-, Grenz- und Lehnkosten . . .	
5	E.	Landtagskosten u. sonstige ständische Ausg.	
6	F.	Justizverwaltung	
7		Finanzverwaltung	
	G.	<ul style="list-style-type: none"> a) Finanz-Collegium b) Steuer-Direction c) Bau-Direction 	
8	H.	Militärverwaltung	
9		Polizeiverwaltung	
	I.	a) Kreis-Directionen	
	K.	b) Medicinalanstalten	
	L.	c) Landes-Deconomie-Commission . . .	
	M.	d) Ortspolizei in den Städten Braun- schweig und Wolfenbüttel . . .	
10	N.	Baufkosten, und zwar:	
		<ul style="list-style-type: none"> a) Chaussee-, Wege- und Wasserbauten b) Städtische Bauten c) Grenz-, Zoll- u. Paßhäuser, Accise- und Thorgeb., Mühlen etc. . . . d) Militärbauten 	
11		Pensionen	
	O.	a) bei der Civilverwaltung	
	P.	b) bei der Militärverwaltung	
12	—	Behuf der Landesschulb	
		<ul style="list-style-type: none"> a) Amortisationsfonds b) Capitalzinsen (nach d. Schulb.-Etat) 	
13	—	Extraordinär (zur Deckung etwaiger Min- der-Einnahmen und Mehrausgaben .	
		Summa aller Ausgaben . .	

B i l a n c e

Die Einnahme beträgt . . .	
Die Ausgabe dagegen . . .	
Folglich ist . . .	

F. Etat über die Verwaltung des vereinigten Kloster- und Studienfonds.

Laufende Nr.	Bezeich- nung der Special- Stats	Einnahme	Betrag	Laufende Nr.	Bezeich- nung der Special- Stats	Ausgabe	Betrag
1	I.	Pachten u. Intradon von Kloster- und Studienfondsgütern . .		1	conf. Cam- mer-Stat Anl. A. u. Staats- haushalts- Stat Anl. G.	Beiträge zu den Kosten der Ver- waltung	
2	conf. Anl. II. d. Cammer- Stats	Antheil an den Forstaufkünften des Landes				a) an die Herzogliche Cammer- casse	
3	II.	Capitalzinsen				b) an die Herzogliche Haupt- Finanz-Casse	
		Summa aller Einnahmen .		2		Auf Erhaltung der Güter des Kloster- und Studienfonds, und zwar:	
		Davon die nebenstehend berech- nete Ausgabe zu			A. B.	a) für Bauten	
		Folglich beträgt der beim Her- zoggl. Finanz-Collegio zu ad- ministrirende Ueberschuß . .		3	conf. Anl. D. d. Cam- mer-Stats	b) für Brandcassengelder .	
						c) für Forstcuturen . . .	
					nach dem Schulden- Stat	Auf das Schuldenwesen:	
						a) zur Amortisation . . .	
						b) zur Zinsenzahlung . .	
						Summa aller Ausgaben . .	

G. Etat über die Verwendung des Reinertrags aus dem vereinigten Kloster- und Studienfonds.

Einnahme	Betrag	Laufende Nr.	Bezeichnung der Anlagen	Ausgabe	Betrag
Nach dem Etat über Einnahme und Ausgabe bei der Verwaltung des vereinigten Kloster- und Studienfonds beträgt der, aus der Herzogl. Cammercasse an die Herzogl. Haupt- Finanzcasse abzuliefernde reine Ueber- schuß		1	A.	Gehalte und Administrationskosten bei dem Herzogl. Consistorio . . .	
Dagegen betragen die nebenstehend be- rechneten Ausgaben		2	B.	Verwendungen auf die höheren Bil- dungsanstalten des Landes . . .	
		3	C.	Dergleichen auf die Gymnasien . .	
		4	D.	Dergleichen auf die Schullehrerseminarien und Bürgerschulen in Städten und Flecken	
		5	E.	Dergleichen auf die Dorffschulen . .	
Folglich ist . . .		6	F.	Gehalte verschiedener Kirchen- und Schuldiener	
		7	G.	Ruhegehälter	
		8	H.	Definitive und temporäre Unter- stützungen	
		9	I.	Foundationen	
		10	—	Extraordinär	
				Summa aller Ausgaben . .	

III.

Gesetz,

die ohne besondere ständische Zustimmung
zulässigen Veränderungen mit dem Grundvermögen
des Cammerguts und des vereinigten Kloster- und
Studienfonds betreffend,

vom

20. December 1834,

(Gesetz- und Verordnungssammlung 1835, Nr. 3).

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braun-
schweig und Lüneburg &c.

Da es wünschenswerth ist, daß die Zweifel, welche aus einer Vergleichung der §§ 164 und 165, sowie des § 224 der neuen Landschaftsordnung, und des § 14 des Edicts vom 1. Mai 1794 entstehen könnten, völlig gehoben werden, und da es erforderlich wird, die verfassungsmäßige Vorsorge für die nützliche Verwendung der zum Grundvermögen des Cammerguts und des vereinigten Kloster- und Studienfonds gehörigen baar eingehenden Capitalien, insbesondere der in Gemäßheit der Ablösungsordnung und Gemeinheitstheilungsordnung zu erhebenden Ablösungs- und Entschädigungsgelder im allgemeinem Umfange zu treffen, so erlassen Wir, mit Zustimmung Unserer getreuen Stände, das nachstehende Gesetz:

§ 1.

Zu den, der ständischen Zustimmung bedürfenden Veräußerungen des Cammerguts oder des vereinigten Kloster- und Studienfonds sind zufolge des § 14 des Edicts vom 1. Mai 1794 nicht zu rechnen ¹⁾:

1. Allodificationen von Lehen, jedoch mit Ausnahme derer, welche auf vier Augen stehen, oder bei welchen sämmtliche Mitbelehnthe ohne lehnsfähige Descendenz sind ²⁾;
2. Gemeinheitstheilungen und Ablösungen, mag das Geschäft im Wege des gesetzlichen Verfahrens oder durch freie Uebereinkunft abgemacht werden ³⁾;
3. Vergleiche über streitige Gegenstände ⁴⁾.

¹⁾ Mittelft eines Schreibens vom 16. Januar 1834 hatte das Staatsministerium die Zustimmung des Ausschusses in Antrag gebracht zur Vertauschung einiger Zubehörungen der Domäne Börnecke, die bei der Durch-

führung einer Wiesenseparation vorläufig vereinbart war. Bei der Berathung des Antrags überzeugte sich der Ausschuß davon, daß eine strenge Anwendung der §§ 164 und 165 der N. L.=D. auf dergleichen Ablösungs- und Theilungsgeschäfte theils zur Erreichung des dabei beabsichtigten Zwecks wenig beitragen, theils mit bedeutenden Weiterungen verbunden sein werde, das Erstere, weil eine umfassende und gründliche Beurtheilung der in solchen Fällen vorkommenden Fragen vom Ausschusse nicht erwartet werden könne, das Andere, weil in Folge der voraussichtlichen Zunahme von Ablösungen und Theilungen ein solcher Zuwachs an Geschäften entstehen werde, daß die Erledigung derselben ununterbrochen fortdauernde Sitzungen des Ausschusses erfordern werde (Bericht vom 28. Februar 1834). Die Ständeversammlung trat dieser Ansicht bei und hielt mit dem Ausschusse eine Abänderung der bestehenden Gesetzgebung, insoweit sie sich auf die Nothwendigkeit der ständischen Zustimmung bei Ablösungen und Gemeinheitstheilungen beziehe, sowie den Erlass solcher Bestimmungen für wünschenswerth, durch welche die Landesregierung nicht allein ermächtigt werde, unter Ausschluß der ständischen Bewilligung Abkürzungen und Erleichterungen des vorgeschriebenen Verfahrens, wie sie ihr im Einzelfalle angemessen erscheinen könnten, eintreten zu lassen, sondern auch von den Pflichten des Kammer- und Klostergutes statt Capitals andere Entschädigungen anzunehmen. Sie ersuchte daher in einem Schreiben vom 13. August 1834 (Anl. 1 zu Prot. 165 des 1. ordentl. Landtags) die Landesregierung, der Ständeversammlung einen entsprechenden Gesetzentwurf zugehen zu lassen. Das Ministerium erwiderte, daß es die staatsrechtliche Ansicht, auf die der Antrag sich gründe, nicht theilen könne, vielmehr dafür halte, daß nach dem Staatsrecht und nach der Staatspraxis des Herzogthums der Landesregierung schon jetzt die Befugniß zustehe, nicht nur Ablösungen und Gemeinheitstheilungen, sondern auch Modificationen und Vergleiche ohne ständische Zustimmung vorzunehmen, da der § 14 des mit den Ständen verabschiedeten Edicts vom 1. Mai 1794 diese Ermächtigung ertheile, das Edict aber durch § 164 der N. L.=D. seinem ganzen Inhalt nach bestätigt sei und insbesondere der § 14 nur hinsichtlich der für nützlich erachteten Verkäufe, Vertauschungen und Vererbleihungen im § 165 der N. L.=D. eine Aenderung erlitten habe. Da indeß die Ständeversammlung von der völligen Unausführbarkeit ihrer Ansicht sich selbst überzeugt habe, da ferner die in Betreff der Ablösungen und Gemeinheitstheilungen geltend gemachten Gründe in gleichem Maße für Modificationen und Vergleiche zutreffend seien, und da es endlich nicht nur wünschenswerth, sondern selbst nothwendig erscheine, daß über den Umfang der Dispositionsbefugnisse der Landesregierung bei Verwaltung des Kammer- und Klostergutes ein Zweifel nicht bestehe, so habe die Regierung sich zur Vorlegung eines Gesetzentwurfs entschlossen, in dessen § 1 die in Antrag gebrachte Bestimmung, ausgedehnt auf Modificationen und Vergleiche, sich vorfinde (Schreiben vom 12. November 1834, Anl. 1 zu Prot. 183 des fragl. Landtags). Bei der Berathung des Gesetzentwurfs innerhalb der ständischen Commission bemerkte Bruns, daß es bei Abfassung der N. L.=D. allerdings nicht in der Absicht gelegen habe, den

§ 14 des Edicts vom 1. Mai 1794 in Beziehung auf Modificationen, Ablösungen, Gemeintheiltheilungen und Vergleiche abzuändern, und daß diese Absicht erkenntlich werde aus der Fassung des § 165 der R. L.=O., gemäß deren die Veräußerung einzelner Theile des Kammergutes „im gesetzlichen Wege beschloffen werden müsse“, wogegen in Beziehung auf die Ablösungen gesagt sei: „wird eine Ablösung gegen Geld eintreten“. Die übrigen Mitglieder der Commission (v. Campe, Steinacker, v. Thielau, v. Geyso) sind dieser Meinung beigetreten (Comm.-Protokoll vom 20. November 1834).

2) Die Beschränkung ist darauf zurückzuführen, daß die heimfallenden Lehen nach § 162 der R. L.=O. einen Theil des Kammergutes bildeten und es dem Interesse des Landes nicht entsprechend schien, bei solchen Lehen, deren baldiger Heimfall zu erwarten stand, eine Modification eintreten zu lassen (Comm.-Bericht vom 4. December 1834). Die nämliche Ausnahme ist im Gesetz vom 28. März 1837 Nr. 13, § 2 in Betreff der Aufhebung der Lehen gemacht und erst das Gesetz, die gänzliche Aufhebung der Lehen betreffend, vom 13. December 1849 Nr. 51 hat sie beseitigt.

3) Im Bericht der Commission über den Gesetzentwurf ist ausdrücklich hervorgehoben (und bei der Verathung des Gesetzes seitens der Ständeversammlung eine gegentheilige Ansicht nicht ausgesprochen), daß der Landesregierung durch die vorstehende Bestimmung die Befugniß eingeräumt werde, anstatt des in Geld zu leistenden Werths der abzulösenden Dienste, Gefälle u. dergl. auch andere Entschädigungen von den Pflichtigen entgegenzunehmen (s. auch Anm. 1).

4) Ungeachtet die Regierung bei der Vorlegung des Gesetzentwurfs allein von dem Bestreben geleitet war, keinerlei Ungewißheit über den Umfang ihres Verfügungsrechts bei Verwaltung des Kammer- und Kloostergutes entstehen zu lassen (s. Anm. 1), so giebt doch die Bestimmung unter Nr. 3 zu erheblichen Zweifeln über ihre Tragweite Anlaß, weil der § 14 des Edicts vom 1. Mai 1794, dessen Inhalt sie lediglich zu wiederholen bezweckt, eine sichere Auslegung kaum ermöglicht. Der § 14 lautet:

„Ob nun auch wohl einem jeden Regenten freigelassen werden muß, dasjenige zu thun, was ihm nach guten Gründen der Staatswirthschaft nützlich und rathsam zu sein scheint oder was die Rechte und Pflichten eines Regenten in gewissen Fällen an die Hand geben, mithin in Absicht Vererbenzinsung einiger Grundstücke, Veräußerung unnützer oder überflüssiger Gebäude, Modificationen der Lehen, Vertauschung einiger Landesstücke oder Gerechtsame, Abtheilung beschwerlicher Communionen, Erlassung gewisser den Unterthanen lästiger Abgaben und Dienstleistungen gegen ein jährliches billiges Surrogat an Geld oder Naturalien, Abthnung schwerer Proceffe durch billige Vergleiche u. s. f. demselben (außer den in den Landesverträgen hierüber bereits enthaltenen Bestimmungen) nicht wohl Ziel und Maß gesetzt werden kann, so soll doch in solchen Fällen, wo die Staatswirthschaft einen Abgang leidet, das eingehende Capital zum Abtrag vorhandener Schulden oder zur Ersetzung des Abgangs auf eine andere nützliche Art wieder verwandt werden zc.“

Die wörtliche Auslegung der in Betracht kommenden Worte (Abthnung

schwerer Prozesse) nöthigt zu der Auffassung, daß die Befugniß des Landesherrn zum Abschluß von Vergleichen nur solche Fälle umfassen solle, in denen über den streitigen Gegenstand bereits ein Proceßverfahren anhängig geworden ist. Diese Deutung erscheint schon um deswillen nicht ganz unbedenklich, weil der § 14 alsdann eine wesentliche Einschränkung der nach bisherigem Recht und Brauch dem Landesfürsten beigelegten Zuständigkeiten in sich schließen würde und für die Annahme, daß in dieser Richtung eine Aufgabe von Rechten beabsichtigt gewesen sei, der Zweck und sonstige Inhalt des Edicts — Ordnung des Kammer- und Schuldenwesens — nirgends einen Anhalt bietet. Es wird ferner aber auf die Wortfassung im Fragefalle um so weniger ein bestimmender Nachdruck gelegt werden dürfen, als alle die im § 14 angegebenen Fälle nur als Beispiele aufgeführt werden, als einzelne Folgerungen aus dem an die Spitze des Paragraphen gestellten allgemeinen Grundsätze, laut dessen dem Regenten alles „nach guten Gründen der Staatswirthschaft Nützliche und Rathsame“, seinen Rechten und Pflichten entsprechend freigegeben wird — einem Grundsätze, mit welchem die Einzwängung des Regenten in der durch den obigen Wortlaut bedingten Weise schwerlich zu vereinigen ist. Auch der Commission, welche den Gesetzentwurf vorzubereiten hatte, scheint eine solche einschränkende Auslegung durchaus fern gelegen zu haben. In dem von ihr der Ständeversammlung erstatteten Berichte heißt es: „Die Frage, ob es rathlich sei, einen Vergleich zu schließen, hängt von so vielen verschiedenen Umständen, zu deren genügender Beurtheilung die Ständeversammlung in der Regel nicht im Stande sein wird, ab und es kann so wesentliche Nachtheile herbeiführen, wenn die Regierung hierin nicht uneingeschränkt handeln kann, daß es sehr zweckmäßig erscheint, die Abschließung von Vergleichen der Regierung allein zu überlassen. Nachtheile sind nach unserer Ansicht von dieser Befugniß der Regierung nicht zu besorgen und auch dieser Theil der Proposition scheint uns daher zum Besten des Landes zu gereichen.“ Die Ständeversammlung selbst hat den § 1 des Gesetzes ohne weitere Erörterungen der betreffenden Frage genehmigt. Hiernach möchte der Landesregierung, falls Ansprüche gegen das Kammer- oder Klostergut erhoben werden — nur um diese Bestandtheile des Staatsvermögens im weiteren Sinne handelt es sich hier —, die Berechtigung wohl nicht zu versagen sein, ohne Zuziehung der Stände, also auf eigene Verantwortung einem anderenfalls drohenden Prozesse, sofern nach pflichtmäßiger, sorgfältigster Erwägung aller Umstände des Einzelfalles der Ausgang desselben zweifelhaft erscheinen muß, durch Eingehung eines billigen Vergleichs vorzubeugen. Diesem Rechte entspricht aber andererseits die Forderung, daß die Ständeversammlung, bezw. deren Ausschuß von den vorgekommenen derartigen Fällen innerhalb gewisser Zeiträume (vergl. § 8) unter Darlegung der einschlägigen Verhältnisse benachrichtigt und so in den Stand gesetzt wird, die ihr zustehende Controle über das gesammte Finanzwesen (N. L. u. D. § 188) auch nach jener Richtung hin auszuüben und gegenüber etwaigen Ueberschreitungen der dem Ermessen der Regierung gezogenen Grenzen ihre verfassungsmäßigen Zuständigkeiten wahrzunehmen. Die hiesige Verwaltungspraxis ist, soweit sich

ersehen läßt, sich nicht immer gleich geblieben; wo aber bei Vergleichen, die außerhalb eines anhängigen Rechtsstreits geschlossen sind, die Zustimmung der Landesvertretung eingeholt ist, darf der Grund dieses Verfahrens nicht ohne Weiteres auf die Annahme einer Rechtsnothwendigkeit zurückgeführt werden, sondern es kann sehr wohl auch ein Uebersehen vorgelegen haben oder die Rücksichtnahme auf das Maß der Verantwortlichkeit im Einzelfalle bestimmend gewesen sein. Eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und der Landesversammlung über die Auslegung des § 1, Nr. 3 ist anscheinend nur auf dem 22. ordentl. Landtage entstanden, und zwar bei einem Falle, auf dessen Thatbestand jener Paragraph eigentlich gar nicht anwendbar war. Die vereinigte Finanz- und Justizcommission hat sich damals dahin ausgesprochen, daß die auf Grund des fraglichen Paragraphen der Landesregierung zustehende Ermächtigung auf den Fall eines thatsächlich erhobenen Rechtsstreits zu beschränken sei, doch ist die Frage dann auf sich beruhen geblieben (Sitzungsprotokoll vom 2. und 3. März 1894).

§ 2.

Capitalentschädigungen, welche in Folge von Modificationen, Gemeinheitstheilungen, Ablösungen oder Vergleichen für das Cammergut oder den vereinigten Kloster- und Studienfonds gezahlt werden, können von der Landesregierung zu folgenden Zwecken, ohne vorherige Communication mit der Ständerversammlung oder dem Ausschusse der Landschaft verwendet werden, nämlich:

1. zur Erwerbung der mit einem heimgefallenen oder refutirten Lehen verbundenen Allodien;
2. zur Deckung eines durch Ablösungen oder Gemeinheitstheilungen entstandenen Capitalbedarfs ¹⁾, z. B. zu Bauten, insofern und insoweit derselbe durch die Herzogl. Landes-Deconomiecommission festgesetzt ist;
3. zur Ablösung von Lasten und Abtragung von Capitalentschädigungen, welche in Folge von Gemeinheitstheilungen zu zahlen sind;
4. zur Erwerbung der Inventarien der Domänen des Cammerguts oder des vereinigten Kloster- und Studienfonds, wenn entweder die Annahme des Inventars rechtlich nothwendig ist, oder wenn aus administrativen Rücksichten der Ankauf eines Theiles des Inventars zweckmäßig

erscheint; im letzten Falle muß indeß, vorausgesetzt, daß die von dem Pächter bestellte Caution den Werth eines einjährigen Pachtgeldes erreicht, der nicht angekaufte Theil des Inventars mindestens den Werth eines dreijährigen Pachtgeldes der betreffenden Domäne behalten, oder, falls die Summe des dreijährigen Pachtgeldes die Hälfte des Werthes des ganzen Inventars übersteigt, mindestens dem halben Werthe des ganzen Inventars entsprechen²⁾; endlich

5. zum Ankaufe von Gebäuden, welche zur Bewirthschaftung der Domänen des Kammerguts oder des vereinigten Kloster- und Studienfonds dienen, und vor Publication dieses Gesetzes auf Kosten der Pächter aufgeführt sind³⁾.

Auch können die fraglichen Gelder, ohne vorherige Communication mit der Ständerversammlung oder dem Ausschusse, bei dem Leihhause zinsbar belegt werden⁴⁾ 5).

¹⁾ Hierher gehören die Kosten der Separations-Meliorationen und auf Grund besonderer Vereinbarungen zwischen Landesregierung und Landesversammlung auch die der Be- und Entwässerungsanlagen auf Kammer- und Klostergrütern (vergl. Sitzung der Landesversammlung vom 18. Mai 1876 unter VI, Ausschußbericht vom 6. December 1877 — Anl. 17 der Verhandlungen des außerordentl. Landtags 1877, Vorlage vom 19. Juni 1879 — Anl. 119 der Verhandlungen des 16. ordentl. Landtags, — Beschluß vom 24. Juni 1879 und L.-A. vom 5./10. Juni 1880, Art. 8). In Betreff der Kosten von Drainirungen: Ausschußbericht vom 1. Juni 1853 — Anl. 1 zu Prot. 27 der Verhandlungen des 7. ordentl. Landtags. — Eine Aenderung aller dieser Vereinbarungen: L.-A. vom 5. September 1896, Art. 6 (auf Grund der Regierungsvorlage vom 1. Mai 1896, Anl. 96 der Drucksachen des 23. ordentl. Landtags).

²⁾ Der vorstehende Zusatz ist eingefügt durch das Gesetz vom 26. Mai 1896 Nr. 37. Die einseitige Bemessung der dem Kammergute und dem Kloster- und Studienfonds zu gewährende Sicherheit nach dem Maße des Pachtzinses ohne Berücksichtigung des Werthes des Inventars selbst hatte im Laufe der Jahre zu Verhältnissen geführt, die zweifellos der Absicht des Gesetzes nicht entsprachen. Wo die Pachtzinse verhältnißmäßig stark gestiegen waren, erreichte deren dreifacher Betrag eine solche Höhe, daß die Möglichkeit, einen Theil des Inventars mit den Mitteln des Capitalsfonds zu erwerben, sehr beschränkt geworden war. Die Kammer hatte vorgeschlagen, den Grundsatz der bisherigen Berechnung des zulässigen Höchstbetrages des eisernen Inventars ganz aufzugeben und statt dessen zu bestimmen, daß bei Sicherung des

Pachtgeldes durch eine dem einjährigen Betrage desselben entsprechende Caution ein eisernes Inventar bis zu zwei Dritteln des Gesamt-Inventarwerthes gewährt werden könne. Die Landesregierung wünschte indessen nicht so weit zu gehen und hielt die Aufnahme einer Zusaß-Bestimmung für ausreichend, gemäß deren, falls der dreifache Werth des Pachtzinses den halben Werth des Gesamtinventars übersteige, so daß nicht einmal die Hälfte sich eisern machen lasse, dennoch ein eisernes Inventar bis zur Hälfte des Gesamtinventarwerthes zugestanden werden könne. Die Landesversammlung hat sich dieser Auffassung angeschlossen. Näheres: Ministerialschreiben vom 1. und Commissionsbericht vom 12. Mai 1896, Anl. 97 und 114 der Verhandlungen des 23. ordentl. Landtags.

3) Die Aufnahme der Nr. 5 in das Gesetz beruht auf einem Antrag der Commission, die darauf hingewiesen hatte, daß von manchen Pächtern auf den Domänen Gebäude auf eigene Kosten errichtet seien, deren Erwerb in vielen Fällen zweckmäßig erscheinen könne.

4) Zur Zeit des Erlasses dieses Gesetzes konnte die vorstehende Bestimmung nur auf kündbare Anlegung bezogen werden. Nachdem aber die Leihhausanstalt durch Gesetz vom 20. August 1867, § 4 die Ermächtigung erlangt hatte, auch unkündbare Leihhaus-Landeseschuldverschreibungen auszustellen, hielt die Regierung es für wünschenswerth, die Ermächtigung auf Anlegung der Bestände des § 2 der Kammer- und Klostercapitalfonds auch in Schuldverschreibungen solcher Art erweitert zu sehen. Gegenüber dem Bedenken, daß bei der Unkündbarkeit der Leihhaus-Landeseschuldverschreibungen es jenen Fonds unter Umständen an verfügbaren Geldmitteln fehlen könne, machte sie bemerktlich, daß das Leihhaus regelmäßig zur Wiedereinlösung seiner Landeseschuldverschreibungen, soweit es zur Befriedigung des Geldbedarfs der beiden Capitalfonds erforderlich werde, in der Lage sei, daß übrigens auch ein entsprechender Theil der Capitalien jener Fonds in der bisherigen Weise bei dem Leihhause auf Kündigung zu belassen sein werde. Die Landesversammlung hielt es in dieser Hinsicht für rathlich, daß der Betrag, welcher zum Ankauf unkündbarer Leihhaus-Landeseschuldverschreibungen auf einseitige Anordnung des Staatsministeriums verwendet werden dürfe, in einer bestimmten Quote des Gesamtbetrages der aus jedem der beiden Fonds der Leihhausanstalt gegebenen Darlehen festgestellt werde. Aus diesen Verhandlungen (Ministerialschreiben vom 23. Februar 1871 — Anl. 188 der Drucksachen des 13. ordentl. Landtags, mündl. Commissionsbericht vom 25. und Verathung vom 28. März 1871) ist die im Art. 6 des L.-A. vom 25./28. September 1871 niedergelegte Vereinbarung hervorgegangen, zufolge deren anstatt der kündbaren Belegung der den Kammer- und Klostercapitalfonds gehörenden Gelder bei der Leihhausanstalt die Baarbestände der Fonds ohne Weiteres bis zu zwei Dritteln der Gesamtbeträge zum Ankauf unkündbarer Leihhaus-Landeseschuldverschreibungen verwendet werden dürfen.

5) Ein Antrag aus der Ständeversammlung, die in § 2 bezeichneten Einnahmen auch zur Abtragung von Kammereschulden zu verwenden, ist nach

langer Berathung abgelehnt, theils mit Rücksicht auf den im § 164 der N. L.=D. ausgesprochenen Grundsatz der Erhaltung der Substanz des Kammergutes, theils, weil die Tilgung der Kammerschuld nach § 167 der N. L.=D. einer besonderen Vereinbarung mit der Regierung unterliegen sollte und es bedenklich erscheinen müßte, die Mitwirkung der Stände durch Aufnahme der in Antrag gebrachten Bestimmung in das Gesetz auszuschließen (Sitzung vom 8. December 1834).

§ 3.

Zu denselben Zwecken und unter denselben Bedingungen können auch die Kaufgelder, welche wegen nach besonderer Vereinbarung mit der Landschaft geschehener Veräußerungen von Grundvermögensstücken des Kammerguts oder des vereinigten Kloster- und Studienfonds eingezahlt werden, und ferner die zum Kammergute oder zum vereinigten Kloster- und Studienfonds sonst gehörenden Activ=Capitalien, verwendet werden.

§ 4.

Sollen die in den §§ 2 und 3 gedachten Gelder zum Ankaufe von Grundstücken verwandt werden, so ist dazu die Zustimmung der Ständeverversammlung oder des Ausschusses erforderlich ¹⁾).

[Im Herzogthume belegene Rittergüter können nicht angekauft werden ²⁾].

¹⁾ Nach dem Entwurfe — § 1, Nr. 4 — sollte es zum Ankaufe fruchttragender Grundstücke, deren Werth und Nutzungsertrag nach einem Gutachten der Landesökonomie=Commission und der Kammer dem verwendeten Capitale entspreche, der Zustimmung der Stände überhaupt nicht bedürfen. Diese Bestimmung erschien der Commission bedenklich. Sie hielt es an und für sich nicht für zweckmäßig, das Grundvermögen des Staats, da es sehr beträchtliche Verwaltungskosten verursache und einen verhältnißmäßig geringen Reinertrag gewähre, zu vermehren — eine Ansicht, die sich seither so sehr geändert hat, daß dem Ausschuß von der Landesversammlung wiederholt die Anweisung ertheilt ist, jede irgendwie vortheilhafte Gelegenheit zur Anlegung eines Theils des in Werthpapieren angelegten Vermögens des Kloster- und Studienfonds in Grundbesitz zu benutzen (vergl. z. B. Beschluß der Landesversammlung vom 28. März 1885, Prot. unter III). Da die Commission indessen anzuerkennen hatte, daß in einzelnen Fällen der Ankauf fruchttragender Grundstücke unter besonders günstigen Verhältnissen weder ganz zu umgehen, noch auch vom Uebel

sei, daß alsdann aber ein annehmbarer Erwerb zuweilen durch das Erforderniß der ständischen Mitwirkung zum Nachtheile des Landes erschwert oder vereitelt werden könne und doch wiederum der Ausschluß aller solcher Mitwirkung eine bedeutende und bedenkliche Abweichung von dem im § 164 der N. L.-D. aufgestellten Grundsätze enthalten würde, so trug sie bei dem Ministerium darauf an, daß die Verwendung der Capitalentschädigungen, Kaufgelder und sonstigen Bestände des Kammer- und Kloostergutes zum Ankauf von Grundstücken zwar immer nur unter ständischer Zustimmung erfolgen, die Befugniß zu deren Ertheilung aber uneingeschränkt dem Ausschusse beilegt werden solle. Ein Vermittelungsvorschlag des Ministeriums, gemäß dessen der Verwaltung, wenn das Kaufgeld nicht mehr als 15 000 Thaler betrage, freie Hand bleiben, bei Erwerbungen über diesen Werthbetrag hinaus aber die Zustimmung des Ausschusses einzuholen sein solle, fand weder bei der Commission, noch in der Ständeversammlung selbst Anklang. Diese stimmte vielmehr in der Sitzung vom 8. December 1834 dem Antrage der Commission, welchem der erste Absatz des § 4 des Gesetzes wörtlich entspricht, zu und auch die Landesregierung erklärte sich in einem Schreiben vom 13. desselben Monats damit einverstanden. — Die Worte des Paragraphen „der Ständeversammlung oder des Ausschusses“ sind demnach dahin zu verstehen: „der Ständeversammlung, falls dieselbe eben tagt, in allen anderen Fällen ohne Rücksicht auf den Werth des Gegenstandes der Ausschuß“. Die Zuständigkeit des letzteren hat somit gegenüber den im § 189 der N. L.-D. ihm beilegenden Befugnissen eine ganz bedeutende Erweiterung erfahren; unter seiner Mitwirkung sind seither ganze Domänen (Hadmersleben für 200 000 Thaler Cour. — Ausschußbericht vom 9. December 1839, § 14, Nr. 35, Anl. 1 zu Prot. 5 des 3. ordentl. Landtages), wie ansehnliche Forsten (z. B. Blankenburger Stadtförsten zu etwa 513 ha für 350 000 Mk. und Abtretung einer herrschaftlichen Forstfläche — Ausschußbericht vom 2. Februar 1886, § 4, Nr. 19, Anl. 122 der Verhandlungen des 18. ordentl. Landtags) namentlich für das Kammergut erworben. In Beziehung auf den Umfang seiner Zuständigkeit hat der Ausschuß, als es sich um die Wiedereinlösung des im Jahre 1623 für ein Dahrlehn von 36 000 Thaler dem Fürsten Ludwig von Anhalt antichretisch verpfändeten Gutes Winnigen, eines ehemaligen Zubehörs des Klosters Michaelstein, seitens der Kammer gegen eine Summe von etwa 56 000 Thaler und um Abfindung der auf dem Gute lastenden Hypotheken handelte, angenommen, daß eine derartige Verwendung der erforderlichen Summen den seiner Mitwirkung durch den § 4 des Gesetzes unterstellten Maßnahmen durchaus analog und die Ertheilung der Zustimmung seinerseits nur „für ein minus“ der ihm beilegenden Befugnisse anzusehen sei (Ausschußbericht vom 18. Nov. 1844, § 7, Anl. 1 zu Prot. 59 des 4. ordentl. Landtags), wogegen von der zur Prüfung des Berichts eingesetzten Commission eingewendet ist, daß die Rechte des Ausschusses denen der Ständeversammlung gegenüber immer nur Ausnahmsrechte seien und deshalb aus den Verfassungsgesetzen streng nachgewiesen werden müßten (Bericht vom 13. Jan. 1845, § 7 — Anl. 1 zu Prot. 82 des nämlichen Landtages); die Stände-

versammlung selbst hat sich eher der Auffassung des Ausschusses zugeneigt (Sitzung vom 18. Januar 1845). Weit bedenklicher erscheint und der rechtlichen Begründung entbehrt die Bewilligung der Verwendung eines Betrages von 20 000 Thaler aus dem Klostercapitalfonds zur Ausführung verschiedener auf dem Kloster Gute Marienthal geplanter Bauten (Ausschußbericht vom 13. December 1860, § 6, Nr. 76 — Anl. 36 zu Prot. 6 des 10. ordentl. Landtages), obwohl die Landesversammlung Nichts dagegen zu erinnern gefunden hat. Dagegen hat der Ausschuß einen Antrag der Regierung auf Genehmigung der allgemeinen Entnahme der Kosten von Be- und Entwässerungsanlagen auf den Kammer- und Kloster Gütern aus deren Capitalfonds mit gutem Grund abgelehnt, weil die Befugniß hierzu sich aus dem § 4 des Gesetzes vom 20. December 1834 nicht herleiten lasse (Aussch.-Bericht vom 6. December 1877, § 6 — Anl. 17 der Verhandlungen des außerordentl. Landtages 1877).

²⁾ Vorstehende Bestimmung, die im Entwurf des Gesetzes nicht enthalten war, ist auf Antrag der Commission eingeschaltet, weil die Zahl der Besitzer von Rittergütern, aus denen die Abgeordneten dieser Standesclasse zu wählen waren, schon recht gering sei und die Ausführung der Verfassung durch eine fernere Verminderung gefährdet werden könne. In einem dem Geheimrath v. Geyso unterm 11. Mai 1852 erstatteten Gutachten hat der Landshyndicus die Frage erörtert, ob in Rücksicht auf die inzwischen eingetretenen Veränderungen in den staatsrechtlichen Verhältnissen der in die Rittermatrikel des Herzogthums eingetragenen Güter das formell nicht aufgehobene Verbot des § 4 materiell noch Bestand habe. Diese Frage ist von ihm verneint, weil Güter mit denjenigen Attributen, die zu jener Bestimmung Anlaß gegeben hätten — d. i. mit dem Rechte der Landstandschafft (N. L.=D., § 60 bis 62 und Wahlgesetz vom 12. October 1832, § 8 bis 13) —, schon seit dem provisorischen Gesetz vom 11. September 1848 in Fortfall gekommen seien und der Begriff der Rittergüter daher für das öffentliche Recht des Herzogthums nur noch ein rein historisches Interesse habe; die Entgegnung, daß in diesem Umstande vielleicht ein Grund zur Aufhebung des Verbots zu finden sei, daß aber, so lange der § 4 des Gesetzes nicht mit ausdrücklichen Worten eine Abänderung erfahren habe, die Bestimmung desselben ungeachtet der Verschiedenheit der derzeitigen Verhältnisse auch ferner in Anwendung gebracht werden müsse, erledige sich durch die Erwägung, daß nicht Grund und Zweck des Verbots weggefallen, sondern auch mit dem Verschwinden des Begriffs der Rittergüter aus dem heimischen öffentlichen Recht „die Sache, auf welche das Gesetz Anwendung finden könnte, zu existiren aufgehört habe“. Da im Fragefall allerdings der Grundgedanke des Verbots in Wegfall gekommen, „das Verhältniß, welchem es bestimmt war, dauernd beseitigt ist“ (Dernburg, Pandecten I, § 30), so könnte hier wohl die Folgerung *cessante ratione legis cessat lex ipsa* be- rechtigt erscheinen.

§ 5.

Die Bestimmungen, welche das Gesetz vom 12. October 1832, die Organisation und Geschäftsführung des Herzogl. Finanz-Collegiums betreffend, § 11, 13 und 17, Nr. 2 und 4, hinsichtlich der Veräußerungen und Ablösungen und der für selbige eingehenden Capitalsummen enthält¹⁾, sollen bei den Allodificationen, Gemeinheitstheilungen und Vergleichen, sowie bei allen anderen eine Mehrung des Capitalvermögens der Cammer und des Kloster- und Studienfonds veranlassenden Geschäften, insbesondere hinsichtlich der aus solchen Geschäften eingehenden Capitalien gleichfalls Anwendung finden und sollen ferner auch gleichmäßig auf die Rückzahlung derjenigen Capitalforderungen erstreckt werden, welche dem Grundvermögen des Cammergutes, sowie des vereinigten Kloster- und Studienfonds, schon vor Errichtung des Finanz-Collegiums zugewachsen sind.

1) Diese Bestimmungen sind folgende:

§ 11. „Ueber die Veräußerung und Ablösung der zum Kammergute gehörigen Grundstücke und Gefälle führt das Herzogl. Finanzcollegium die Oberaufsicht im Allgemeinen, besonders aber in der Beziehung, daß es die Erhebung, Berechnung und Benutzung der solchergestalt in die Hauptfinanzkasse fließenden Einnahmen anzuordnen, und überhaupt das Finanz-Interesse dabei wahrzunehmen und zu vertreten hat.“

„Als besondere mit der Verwaltung des Landes-Finanz- und Creditwesens in Verbindung stehende Geschäftszweige werden dem Herzogl. Finanzcollegium übertragen:

(§ 13, Nr. 2). „Die Oberaufsicht über die Veräußerung und Ablösung der zum Kloster- und Studienfonds gehörenden Grundstücke und Gefälle, sowie die wegen Erhebung, Berechnung und Benutzung der dafür eingehenden Zahlungen auf gleiche Weise, wie bei dem Kammergute (§ 11) zu treffenden Anordnungen.“

(§ 17): „Bei der Hauptfinanzkasse werden nach der Verschiedenheit der vom Herzogl. Finanzcollegium verwalteten Einnahmen und Ausgaben folgende Rechnungen geführt:

„2, die Rechnung über die Erhebung und Benutzung der für verkaufte Grundstücke und abgelöste Gefälle des Kammergutes (bezw. 4, „des Kloster- und Studienfonds“) eingehenden Capitalsummen (bezw. 4 „Capital-Zahlungen“).“

§ 6.

Es sind daher alle zum Grundvermögen der Cammer und des vereinigten Kloster- und Studienfonds gehörige baar ein-

gehende Capitale, sie mögen in Kauf-, Ablösungs- oder Entschädigungs-Geldern bestehen, wegen verglichener Streitigkeiten oder auf Schuldforderungen oder aus irgend einem andern Grunde zur Zahlung kommen, von der Publication dieses Gesetzes an, ausschließlich für den bisher sogenannten Ablösungsfonds, welcher künftig mit der Benennung Cammer- und Kloster-Capital-Fonds bezeichnet werden soll, bei Herzogl. Haupt-Finanzcasse besonders zu erheben und zu berechnen, und nur diese Casse, keine andere Landesbehörde oder Casse, kann über eine solche Zahlung mit dem Effect der Liberation Quittung ertheilen¹⁾.

¹⁾ In neuerer Zeit sind (wie schon bei § 162, Anm. 2 und § 221, Anm. 2 der R. L.-O. erwähnt ist) an Capitalbeständen auf Grund besonderer Uebereinkunft zugeführt:

a) dem Cammercalfonds eine Million Thaler aus dem Erlös der Helmstedter Braunkohlenbergwerke (R.-A. vom 12. Juni 1874, Art. 11),

b) dem Klosteralfonds

1. aus Eisenbahnaufgeldern eine Million Thaler zur Deckung der Renten für die abgelösten Stolgebühren (R.-A. vom 25./28. September 1871, Art. 7),

2. aus den nämlichen Einkünften rund 2 Millionen Thaler zur Bestreitung der durch Uebernahme der Heil- und Pflegeanstalt zu Königsutter und des Wilhelmstifts zu Bevern erwachsenden Kosten (R.-A. vom 12. Juni 1874, Art. 4),

3. aus Finanzüberschüssen 2 Millionen Mark zur Verstärkung des Fonds (R.-A. vom 4./10. September 1876, Art. 4, Nr. 20).

Hinsichtlich der über die Verwaltung der fraglichen Werthpapiere getroffenen, einen Theil des Landesgrundgesetzes bildenden Vereinbarung (Anl. B zum R.-A. vom 12. Juni 1874 und Gesetz vom 24. Juni 1881 Nr. 27, § 3) vergl. Anm. 8 zu § 172 der R. L.-O.

§ 7.

Dieses Gesetz soll einen Theil des Landesgrundgesetzes vom 12. October 1832 bilden, und es sind daher insbesondere Verwendungen der zu dem Cammer- oder Kloster-Capital-Fonds gehörenden Gelder zu andern als den oben § 2 bezeichneten Zwecken ohne ständische Zustimmung als Verletzungen der Landesverfassung anzusehen.

Zugleich bezieht sich die Verantwortlichkeit der Verwaltungsbehörden auch auf die sorgsame Prüfung der Angemessenheit ihrer

Anträge auf Modificationen, Ablösungen, Gemeinheitstheilungen und Vergleiche, sowie auf die sorgfältige Erwägung ihrer Vorschläge zu Verwendungen der Gelder des Cammer- und Kloster-Capital-Fonds¹⁾.

¹⁾ Der vorstehende Zusatz ist von der Regierung dem Gesetzentwurf auf Wunsch der Ständeversammlung (Schreiben derselben vom 13. August 1834, Anl. 1 zu Prot. 165 des 1. ordentl. Landtags) eingefügt zum Ersatz der in der ständischen Mitwirkung erblickten Gewähr für eine genaue Ausführung der Bestimmungen des Gesetzes.

§ 8.

Unser Herzogl. Staatsministerium wird dem ständischen Ausschusse eine Uebersicht der im Laufe eines jeden Jahres vorgekommenen Modificationen, sowie der bei dem Cammergute und vereinigten Kloster- und Studienfonds erfolgten Ablösungen, Gemeinheitstheilungen und Vergleiche¹⁾, ingleichen die Jahresrechnung des Cammer- und Kloster-Capital-Fonds zur Einsicht mittheilen.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

¹⁾ Nach den Verhandlungen scheint es, als ob die mitzutheilende Uebersicht der erfolgten Vergleiche sich nur auf solche Vergleiche habe beziehen sollen, die bei Ablösungen und Gemeinheitstheilungen geschlossen sind (§ 1, Nr. 2 „im Wege des gesetzlichen Verfahrens oder durch freie Uebereinkunft“). Dieser Auffassung entspricht auch der bisher geübte Brauch. Vergl. indessen Anm. 4 zu § 1.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Staats-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 20. December 1834.

Wilhelm, Herzog.

v. Schleinik.

IV.

Gesetz,

die provisorische Ordnung der Regierungsverhältnisse
bei einer Thronerledigung betreffend,

vom

16. Februar 1879, Nr. 3.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c.

erlassen zur Ergänzung der Landesverfassung mit Zustimmung der Landesversammlung das nachfolgende Gesetz:

§ 1.

Um bei künftig eintretenden Thronerledigungen die verfassungsmäßige Verwaltung des Herzogthums gegen Störungen in den Fällen zu sichern, daß der erbberichtigte Thronfolger am sofortigen Regierungsantritte irgendwie behindert sein sollte ¹⁾, wird das Landesgrundgesetz vom 12. October 1832 durch nachfolgende Bestimmungen ergänzt.

¹⁾ Ueber die Entstehungsgeschichte des Gesetzes vergl. oben S. 62 bis 69. Es ist dort schon auf den wesentlichen Unterschied der Vorlage gegenüber dem Entwurf von 1873, der nur den Fall einer Behinderung des erbberichtigten regierungsfähigen Thronfolgers im Auge hatte, hingewiesen. Auch das vorstehende Gesetz bezweckte zunächst, Vorsorge zu treffen gegenüber „Störungen der verfassungsmäßigen Verwaltung“ des Herzogthums, die nach dem Tode des Herzogs Wilhelm erwartet werden konnten, aber es greift über diese seine erste Absicht weit hinaus. Im Regierungsentwurf war nach § 1 die provisorische Regentschaft vorgesehen für den Fall, daß der erbberichtigte Thronfolger „abwesend oder sonst am sofortigen Regierungsantritte behindert sei“. Obwohl die Begründung ausdrücklich bemerkt hatte, daß der Gesetzentwurf „über die nächste Veranlassung hinaus generell dem Bedürfnis, bei eintretenden Thronerledigungen keine Stockung oder Unterbrechung im Regierungsgange entstehen zu lassen, Genüge leisten solle“, hielt die Commission des Landtags bei jener Fassung immerhin noch die Auslegung für möglich, daß es sich nur um ein Gesetz für einen einzelnen in Aussicht stehenden Fall handle. Nach mehrfachen Besprechungen mit dem Staatsministerium einigte man sich auf den jetzigen Wortlaut des § 1. Der Commissionsbericht vom 11. Februar 1879 — Anl. 34 der Verhandlungen des 16. ordentl. Landtags — stellte

demnach fest, daß die Lücke, welche durch die auf die Minderjährigkeit des Thronfolgers sich beschränkenden Bestimmungen der §§ 16 bis 18 der N. L. u. D. in der Verfassung gelassen sei, durch den vorgelegten Gesetzentwurf vollständig ausgefüllt und das Gesetz nach § 1 und 2 auch dann beispielsweise anwendbar sein werde, wenn der Thronfolger minderjährig, der nach der N. L. u. D. berufene Vormund desselben aber an der sofortigen Uebernahme der Regentschaft behindert sei. Sonach leidet es keinen Zweifel, daß nach Maßgabe der im Regentschaftsgesetz enthaltenen Bestimmungen zu verfahren ist in allen Fällen, in denen ein körperliches oder geistiges Gebrechen, das nicht von vornherein als bleibend anzusehen ist, den erbberechtigten Thronfolger zum Antritt der Regierung unfähig macht. Erscheint dagegen ein derartiges Gebrechen nach menschlicher Wissenschaft unheilbar, so tritt das Regentschaftsgesetz nicht in Kraft, vielmehr geht die Regierung sofort und endgültig auf den nächstberechtigten Thronerben über — entsprechend einem Grundsatz des gemeinen deutschen Staatsrechts, der sowohl in älteren braunschweigischen Hausgesetzen (s. Seite 93, Anm. 2) anerkannt, wie auch durch einige Vorkommnisse aus neuerer Zeit (Verzicht der älteren Söhne Karl Wilhelm Ferdinand's auf die Thronfolge) in gewisser Weise bezeugt ist und aus Rücksichten der Staatswohlfahrt nur gutgeheißen werden kann, jedoch wohl allen neueren deutschen Verfassungen zuwiderläuft. Jene Annahme wird ihre Begründung aus dem Umstande entnehmen dürfen, daß in den Vorverhandlungen über den Erlaß des Regentschaftsgesetzes zu wiederholten Malen (vergl. oben Seite 67, Anm. 1 und Commissionsbericht vom 9. März 1874, Anl. 225 der Drucksachen des 14. ordentl. Landtags) im Hinblick auf einen bestimmten Einzelfall von Gebrechen der obigen Art (unheilbare Blindheit) Landesregierung und Landesvertretung ihre volle Uebereinstimmung bezüglich des Eintritts der angegebenen Rechtsfolge ausgesprochen haben und daß bei dem somit festgestellten Einverständniß über die fortdauernde Rechtsbeständigkeit des hausgesetzlichen Herkommens insoweit eine Lücke in der Verfassung, die der Ausfüllung durch Gesetz bedurft hätte, nicht vorlag. Sie erhält aber auch eine weitere Stütze durch den Wortlaut des Gesetzes vom 16. Februar 1879, indem der § 1 desselben ausdrücklich nur der Behinderung am sofortigen Regierungsantritt gedenkt und auch wohl die Fassung des § 6 („welcher ... die Regierungsverwesung bis zum Regierungsantritt des — behinderten — Thronfolgers fortführt“) auf die stets vorausgesetzte Möglichkeit einer künftigen Beseitigung des vorliegenden Hindernisses hindeuten scheint. Freilich ist die Ausdrucksweise des Gesetzes weder überall klar, noch formell mustergültig (vergl. namentlich § 5, Abs. 2). — Mit dem Ergebnis, daß bei „immerwährender Regierungsunfähigkeit“ das Regentschaftsgesetz nicht zur Anwendung komme, stimmt auch überein Otto (S. 109), der nur in der Begründung dahin abweicht, daß in einem solchen Falle der zunächst Berufene, weil von der Thronfolge überhaupt ausgeschlossen, gar nicht als „erbberechtigter Thronfolger“ im Sinne des Gesetzes vom 16. Februar 1879 anzusehen sei. Indessen ist die Unterscheidung zwischen Erbberechtigung und Erbfähigkeit (Successionsfähigkeit) noch in der Rechtssprache des Entwurfs von 1873 zum

Ausdruck gebracht. — Eine Lücke in den Verfassungsbestimmungen ist übrigens auch nach dem Erlass des Regentschaftsgesetzes bestehen geblieben, da vom Geltungsbereich des letzteren alle diejenigen Fälle ausgeschlossen sind, wo ein körperliches oder geistiges Hinderniß der Regierungsführung — und zwar gleichviel, ob voraussichtlich vorübergehend oder bleibend — erst nach dem Antritt der Herrschaft seitens des Thronfolgers sich geltend macht.

§ 2.

In den im § 1 bezeichneten Behinderungsfällen soll, insofern nicht sofort nach der Thronerledigung ein berechtigter Regent die Regierungsverwesung nach Maßgabe der im § 20 des Landesgrundgesetzes enthaltenen Bestimmung antritt, eine provisorische Regierung des Landes durch einen „Regentschaftsrath“ eintreten, welcher letztere aus den stimmführenden Mitgliedern des Herzoglichen Staatsministeriums, dem Präsidenten der Landesversammlung und dem Präsidenten des Obergerichts (künftig des Oberlandesgerichts) besteht.

Als Präsident der Landesversammlung gilt für berufen der Präsident des letzten Landtages vor der Thronerledigung bis zu einer Neuwahl desselben, — falls aber der Landtag zur Zeit der Thronerledigung in Function sein sollte, der Präsident der tagenden Landesversammlung. Bei eintretenden Behinderungen von längerer Dauer fungiren für die genannten Präsidenten deren Vertreter, die Vice-Präsidenten, über deren Berufung der Regentschaftsrath beschließt.

§ 3.

Liegt nach Ansicht des Herzoglichen Staatsministeriums der in den §§ 1 und 2 vorgesehene Fall vor, so hat dasselbe die Mitglieder des Regentschaftsraths behuf Constituirung des Letztern einzuberufen ¹⁾.

Die Constituirung gilt als erfolgt, wenn die Mehrzahl der sämtlichen Mitglieder sich für dieselbe erklärt.

Der Regentschaftsrath hat seine Constituirung durch die Gesetz- und Verordnungsammlung und die Braunschweigischen Anzeigen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und unverzüglich die Landesversammlung behuf verfassungsmäßiger Mitwirkung

bezüglich der durch die obwaltenden Umstände etwa weiter gebotenen Schritte einzuberufen ²⁾).

Das nach § 113 Nr. 1 des Landesgrundgesetzes der Landesversammlung zustehende Convocationsrecht bleibt vorbehalten ³⁾).

¹⁾ Verneint ein Mehrheitbeschuß des Staatsministeriums die Nothwendigkeit der Einberufung des Regentschaftsraths, so wird unter Umständen das Convocationsrecht der Landesversammlung die Zusammenberufung und Constituirung desselben erwirken können.

²⁾ So geschehen mittelst der Bekanntmachungen vom 18. October 1884 Nr. 37 und der Verordnung vom 19. desselben Monats Nr. 40.

³⁾ Der vorstehende Zusatz ist aufgenommen in Folge Antrags der ständischen Commission; die Bezugnahme auf Nr. 1 des § 113 („Veranlassung einer plötzlichen allgemeinen Lebensgefahr“) weist auf den nächsten Anlaß des Gesetzes zurück.

§ 4.

Der Regentschaftsrath führt die Regierung mit allen Rechten und Pflichten einer Regierungs-Vormundschaft oder Regierungsverwesung, — übt jedoch

1. das Recht der verfassungsmäßigen Gesetzgebung mit der Beschränkung, daß Verfassungsänderungen während der Dauer der provisorischen Regierung nicht stattfinden sollen, — wird auch
2. Orden und solche Titel, welche nicht mit einem verliehenen Amte nach Ueblichkeit verbunden sind, nicht verleihen.

Der Regentschaftsrath wird

3. an Se. Majestät den Kaiser das erforderliche Ersuchen zu dem Zwecke richten, damit das Verhältniß Braunschweigs zum Reiche, namentlich das Stimmrecht im Bundesrath für die Dauer der, durch den Regentschaftsrath geführten provisorischen Regierung in einer der Reichsverfassung entsprechenden Weise geordnet werde ¹⁾.
- Derselbe wird insbesondere
- [4. Se. Majestät den Kaiser und Bundesfeldherrn ersuchen, über die Ausübung der dem Landesfürsten verbliebenen militärischen Hoheitsrechte während der Dauer der provisorischen Regierungsverwesung die von Ihm erforderlich erachteten Anordnungen zu treffen ²⁾].

5. Sollte in Folge des Ausscheidens eines stimmführenden Mitgliedes des Herzogl. Staatsministeriums die Berufung eines stimmführenden Mitgliedes des Herzogl. Staatsministeriums erforderlich werden, so geschieht solche durch den Regentschaftsrath für die Dauer der provisorischen Landesverweisung unter gleichzeitiger Regelung der Gehalts- und eventuellen Pensionsverhältnisse des Berufenen.
6. Die für den Bedarf des Landesfürsten verfassungs- und vertragsmäßig vom Reinertrage des Cammerguts abzuführende Summe³⁾ zc. wird fortgezahlt und der Regentschaftsrath bestimmt über deren Verwendung mit thunlichster Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse, vorbehaltlich der in Gemeinschaft mit der Landesversammlung zu treffenden Bestimmungen über etwaige Ueberschüsse.

Die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Befugnisse des Herzogl. Staatsministeriums als oberster Landesverwaltungsbehörde, imgleichen die Befugnisse der einzelnen Ministerial-Departements — cf. § 158 der N. L.=D. — bleiben unverändert.

Zur Beschlußfassung im Regentschaftsrathe genügt die Zahl von drei Mitgliedern, sofern darunter zwei Mitglieder des Herzogl. Staatsministeriums und eins der beiden anderen Mitglieder befindlich sind.

Die Geschäftsbehandlung im Regentschaftsrathe ist unter dem Vorstehe des Vorsitzenden des Herzogl. Staatsministeriums die collegialische und hat der Regentschaftsrath über seine Geschäftsordnung Bestimmung zu treffen.

Die Beschlüsse und Verfügungen des Regentschaftsraths sind nur vollziehbar, wenn sie mit der Contrasignatur eines stimmführenden Mitgliedes des Herzogl. Staatsministeriums versehen sind.

Cf. die §§ 155 und 156 der N. L.=D.

Bei Beschlüssen, welche in Ausübung der evangelischen Kirchengewalt zu fassen sind, haben sich Mitglieder des Regentschaftsraths, welche nicht der evangelisch-lutherischen Kirche angehören, der Mitwirkung zu enthalten⁴⁾.

1) Nr. 3 verdankt ebenfalls ihre Aufnahme ins Gesetz einem Antrage der Commission. Es hat damit ausgedrückt werden sollen, daß „wir keineswegs gesonnen sind, uns der Unterordnung unter Kaiser und Reich irgendwie zu entziehen ..., daß wir ebenso, wie wir die Bundesverfassung einerseits für unser Recht anrufen, andererseits auch gewillt sind, den Beschränkungen uns zu unterwerfen, die die Bundesverfassung den einzelnen Bundesstaaten auferlegt“ (Commissionsbericht vom 11. Februar 1879).

2) Nr. 4 ist hinfällig geworden in Folge der Militärconvention vom 1. April 1886 Nr. 14, laut deren die Ausübung der Militärhoheitsrechte des Landesherrn auf den König von Preußen übergegangen ist.

3) F.=N.=B. Art. 1 und L.=A. vom 12. Juni 1874, Anl. A.

4) Eine Folgerung aus dem im § 214 der N. L.=D. enthaltenen Grundsätze.

§ 5.

Die provisorische Regierung hört auf, sobald entweder der nicht weiter an der actuellen Ausübung der Regierung behinderte Thronfolger seinen Regierungsantritt neben Ertheilung der Reversalen verkündigt und die Huldigung angeordnet haben wird;

oder

bei andauernder Behinderung des Thronfolgers ein zur Regentschaft Berechtigter¹⁾ die Regentschaft übernommen und diese Regentschaftsübernahme für die Dauer der noch fortdauernden Behinderung des Thronfolgers am Regierungsantritte durch ein Patent neben Ausstellung der Reversalen verkündigt hat²⁾.

1) Ueber die Berechtigung zur Regentschaft enthält der § 18 der N. L.=D. nähere Bestimmungen. Dieselben sind zwar, da sie nur auf Anordnung einer Regierungsvormundschaft wegen Minderjährigkeit des Landesfürsten sich beziehen, hier nicht unmittelbar maßgebend, entsprechen aber, insofern zuvörderst dem nächsten Agnaten die Regentschaft zustehen soll, dem gemeinen deutschen Staatsrecht und werden mindestens insoweit um so eher analog in Anwendung gebracht werden dürfen. Als nach dem Tode des Herzogs Wilhelm der Herzog von Cambridge Ansprüche auf Uebernahme der Regentschaft für den Herzog von Cumberland als dessen nächster und einziger volljähriger Agnat erhob, ist ihm seitens des Regentschaftsraths die Berechtigung zur Regentschaft an und für sich nicht bestritten, wohl aber geltend gemacht, daß nach der augenblicklichen Lage der Verhältnisse eine dauernde Behinderung des Thronfolgers noch nicht als feststehend angenommen werden könne, daß ferner aber über die Zulassung der Regentschaft die Entscheidung nicht dem Lande allein zustehen und der Regentschaftsrath auch in dieser Hinsicht im

Interesse des Herzogthums sich zur Einnahme einer völlig neutralen Stellung verpflichtet halte (Schreiben vom 30. März 1885, Anl. 106 der Verhandlungen des 18. ordentl. Landtages); späterhin hat man auch auf das nach der Bestimmung des § 13 der N. L. u. D. entgegenstehende Hinderniß hingewiesen (Schreiben vom 19. Juni 1885, Anl. 108 der betreffenden Verhandlung). Mit der Erklärung des Herzogs von Cambridge, daß er Stellung und Wohnsitz im Königreich Großbritannien nicht aufzugeben gedenke (Schreiben vom 24. Juni 1885, Anl. 109), durfte dann — von allem Anderen abgesehen — die Sache mit Fug und Recht für abgethan gelten.

²⁾ N. L. u. D. § 4.

§ 6.

Sollte der Regierungsantritt des Thronfolgers oder die Uebernahme der Regierungsverwesung durch einen berechtigten Regenten nicht innerhalb eines Jahres seit der Thronerledigung stattgefunden haben, so wählt die Landesversammlung den Regenten auf Vorschlag des Regentschaftsraths aus den volljährigen, nicht regierenden Prinzen der zum Deutschen Reiche gehörenden souveränen Fürstenhäuser ¹⁾, welcher sodann die Regierungsverwesung bis zum Regierungsantritte des Thronfolgers fortführt ²⁾.

Eine etwa erforderliche Wiederholung der Wahl findet in gleicher Weise statt ³⁾.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

¹⁾ Nach Analogie der Bestimmung des § 19 der N. L. u. D. Das Wahlrecht der Landesversammlung ist in deren denkwürdigen Sitzung vom 21. October 1885 bekanntlich in Wirksamkeit getreten.

²⁾ Mit allen Rechten und Pflichten eines Regierungsvormundes oder „Regierungsverwesers“, unter Fortfall der im § 4, Nr. 1 und 2 bezeichneten Beschränkungen. — Die Regentschaft ist Ausübung der Staatsgewalt für den Herrscher, der Regent seiner staatsrechtlichen Stellung nach zwar nicht Beauftragter, wohl aber Ersatzmann des Herrschers (Seydel, Bayr. Staatsrecht in Marquardsen's Handb. III, 1, S. 38). Allein die besonderen politischen Umstände, welche im Herzogthum die Einsetzung der gegenwärtigen Regentschaft veranlaßt haben, sind nicht ohne eigenthümlichen Rechtswirkungen geblieben. Sie treten darin hervor, daß die Regierungserlasse des Regenten des vorliegenden Vertretungsverhältnisses nicht Erwähnung thun, sondern in eigenem Namen erfolgen und daß auch der Huldigungseid dem Regenten geschworen wird. Die betreffenden Eide sind festgestellt durch das Gesetz vom 12. Februar 1886 Nr. 9, welches zur Ergänzung des Regentschaftsgesetzes, also gleichfalls als Theil des Landesgrundgesetzes erlassen ist. Der § 1 desselben ersetzt den Erbhuldigungseid des § 26 der N. L. u. D. durch den Eid: „Ich schwöre

Treue und Gehorsam dem Regenten des Herzogthums, sowie Gehorsam den Gesetzen“ und ändert in entsprechender Weise den ersten Satz des im § 132 der N. L.-D. normirten Eides der Abgeordneten, und der § 2 bestimmt, daß der an die Stelle des Erbhuldigungseides tretende (von den Beamten bei ihrer Anstellung geforderte) Eid auch dann Anwendung finde, wenn und soweit eine Eidesleistung behuf der (allgemeinen) Huldigung nach § 4 der N. L.-D. seitens des Regenten angeordnet werde. Das Gesetz ist nicht etwa nur für die Zeitdauer der gegenwärtigen Regentschaft bestimmt, sondern seinem ausdrücklichen Wortlaut nach erlassen für eine jede Regentschaft, die „auf Grund des Gesetzes vom 16. Februar 1879 Nr 3“ eintreten kann. Es würde daher als maßgebend zu betrachten sein nicht nur für den Fall, daß die unveränderte Fortdauer der derzeitigen politischen Verhältnisse die nochmalige Einsetzung einer Regentschaft erforderlich machen sollte, sondern selbst dann, wenn nach erfolgter endgültiger Regelung der Thronfolgefrage jemals der berechnigte Thronanwärter durch körperliche oder geistige Unfähigkeit an eigener Uebernahme der Regierung behindert sein sollte, insoweit auch hier nach den Vorschriften des Gesetzes vom 16. Februar 1879 zu verfahren sein wird (s. Anm. 1 zu § 1). Die alsdann eintretende, dem Verfassungsrecht wohl aller deutschen Staaten zuwiderlaufende Anomalie, daß auch in einem solchen Falle die Huldigung auf die Person des Regenten, nicht auf die des Herrschers gestellt würde, ist bei der Berathung des Gesetzes vom 12. Februar 1886 wohl außer Acht gelassen.

³⁾ Es wird dann der Regentschaftsrath zeitweise wieder in Thätigkeit treten müssen, doch sind die Worte „auf gleiche Weise“ nicht dahin zu verstehen, daß mit der Neuwahl wiederum ein Jahr hindurch gewartet werden müsse.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 16. Februar 1879.

Wilhelm, Herzog.

W. Schulz.

Trieps.

Graf Görz-Wrisberg.

Sachregister.

(Die großen Ziffern bezeichnen die Seite, die kleinen die Anmerkung.)

A.

Abgeordnete — deren Eid 177, Recht der freien Aeußerung 178, Unverletzlichkeit 179.
 Abgeordnetenamt — Wesen desselben 177, Endigungsgründe 143.
 Ablösbarkeit der Realrechte 111.
 Ablösungen 307, 311, 317, 319.
 Abolition 253², von Untersuchungen wegen Verfassungsverletzung 164.
 Modificationen 307, 311, 317, 319.
 Anbauer, neue 126.
 Anleihen f. Staatsanleihen.
 Annuität aus Verkauf der Eisenbahnen 216².
 Apanagen und Ausstattungskosten 212.
 Ausschluß der Landesversammlung — dessen Thätigkeit während des Landtages 129², Zusammensetzung 144, Wahl (Ablehnungsrecht?) 145, stellvertretende Mitglieder 145 f., Amtsdauer 146, allgemeine Rechte und Pflichten 170, bezüglich der Gesetzgebung 171 f., Bevollmächtigung 172, begutachtende Thätigkeit 172, Geschäftsführung 188, Berichterstattung 188, Befugnisse und Finanzwesen, regelmäßige 237 f., außerordentliche 240, Zuständigkeit bei Ankauf von Grundstücken 314¹.

B.

Bau- und Kuchholzunterstützungen 293.
 Beden 8 f.
 Be- und Entwässerungsanlagen auf Domänen und Klostergütern 312¹.
 Begnadigungsrecht 253.
 Berufsstände — wahlberechtigte 133 f., wissenschaftliche 133², 137.
 Beschwerderecht der Landeseinwohner 112, Recht der Landesversammlung zur Entgegennahme von Beschwerden 166.

Bevern'sches Capital 285².
 Bevern, Wilhelmsstift daselbst 295¹.
 Bibliothek — Herzogl. zu Wolfenbüttel 271, landschaftliche 174².
 Bittschriften f. Beschwerden.
 Brennholzunterstützungen 293.
 Brotkornunterstützungen 293.
 Bund, deutscher — Zugehörigkeit des Herzogthums zu demselben 90, Publication der Bundesbeschlüsse 91.

C.

Cammergut f. Kammergut.
 Civilliste f. Reservat, landesfürstl.
 Civilstaatsdiener 190.
 Competenzconflicte 194¹, 245.
 Confessionen, christliche — deren Rechtsgleichheit 253.
 Confiscation 252.
 Consistorium, Geschäftskreis und behördliche Stellung 259¹.
 Contrafignatur 191.
 Convocationsrecht 165, 326¹,².
 Convocationstage 16¹, 19, 28 f., 165, deren Berufung 173.
 Corporationen, Sicherheit des Eigenthums derselben 105¹.

D.

Dispensationsgewalt des Landesherrn 83.
 Dissidenten 102², 104⁴.
 Domänenbauten, jährlicher Verwendungsbetrag 292².
 Domanium f. Kammergut.
 Drainirungen, Beschaffung der Mittel 312¹.

E.

Ebenbürtigkeit 92².
 Edict (vom 1. Mai 1794) 202², 213², 307¹,⁴.
 Ehrenrechte des Landesherrn 82.

Einkommensteuer 215⁷.
 Einkommensteuerpflichtige als Wahlkörper
 von Abgeordneten 133⁶, 137.
 Eisenbahn, Erlös aus deren Verkauf 216⁸.
 Emeritirungsfonds 264¹.
 Erbhuldigungseid 32¹, 100.
 Erneuerte Landschafts-Ordnung, deren
 Entstehung und Inhalt 20 f.
 Etatgesetz 227^{2,3}.
 Etatschemata und deren spätere Abände-
 rungen 290 f.
 Executiv-Etats, deren Vorlegung 236¹.
 Expropriationen 106, 246³.

F.

Feudalrechte, deren Aufhebung 112.
 Finanzcollegium 224.
 Finanznebenvertrag — Entstehungsgeschichte
 39 f., Bestandtheil des Landesgrund-
 gesetzes? 281.
 Finanzverwaltung 224.
 Finanzweisen, Aufsichtsführung der Landes-
 versammlung 236 f.
 Fiscus — Rechtsfachen desselben 247,
 Privilegien 248.
 Forstculturen, jährliche Verwendungssumme
 293².
 Forstdienstgehöfte, Bauten auf denselben
 293².
 Forsten des Kammergutes und Kloster- und
 Studienfonds, beiderseitiger Antheil an
 den Verwaltungskosten 294.
 Freiheit — des Glaubensbekenntnisses 102 f.,
 der Meinungen, der Lehre, der Presse 104.
 Freiheitsrechte, individuelle (Grund- oder
 allgem. Menschenrechte) 102.

G.

Gebietsveränderungen 80.
 Geistliche als Wahlkörperschaft der Landes-
 vertretung 133², 137.
 Gemeinden — Bildung neuer 119, Ge-
 meindebezirk 115, Gemeindegemeinden 118,
 Vermögensverwaltung 120, Lasten 121,
 Gemeindebeamten 123.
 Gemeintheilungen 111, 307, 311, 317,
 319.
 Gerichte — deren Unabhängigkeit 156, 243,
 Nachprüfungsrecht der G. gegenüber den
 Verfügungen der Verwaltungsbehörden
 244¹, 246.
 Gerichtsstand, privilegirter 249¹, 275.

Geschäftsordnung, der Landesversammlung
 189.
 Gesetze — deren Verkündung 83,
 Mitwirkung der Stände 150 f., des
 Ausschusses 171 f., Form der Gesetze 154,
 richterliches Prüfungsrecht 154¹.
 Gewerbesteuer 215⁷.
 Gewerbetreibende als Wahlkörper der
 Landesversammlung 133⁴, 137.
 Glaubens- und Gewissensfreiheit 102.
 Grenzberichtigungen 80.
 Großgrundbesitzer, Wahlkörper derselben
 133³, 137.
 Grundrechte — des deutschen Volkes 91¹,
 nach der R. L.-O. 102.
 Grundsteuer 215⁷.
 Gutachten — der Stände bei der Gesetz-
 gebung 153, des Ausschusses 172.

H.

Hausgesetze 98.
 Hofhaltung, deren Bedarf 210 f.
 Hofstatt — deren Zubehör 210² u. ³, Pflicht
 zur „Unterhaltung“ der Zubehörungen
 211¹.

I.

Initiative, Recht der I. 157¹.
 Interimisticum 297.
 Interpellationen 158¹.
 Inventarien der Domänen und Kloster-
 güter, deren Anschaffung 312².

K.

Kammer, Herzogl. 206.
 Kammercapitalfonds 196², 216³, 311 f., 318.
 Kammergut — dessen Bestandtheile 196 f.,
 Rechtsverhältnisse 40 f., 199¹, 208²,
 210³, 211¹, 283¹, Veräußerungsbe-
 schränkungen 204², 205 f., 307 f., 314¹.
 Kammerkassenetat 207 f., ständische Befug-
 nisse bei Berathung desselben 209²,
 Schema 299.
 Kammerkassendirektor 207¹, 289.
 Kirchendiener — deren Bestellung und
 Wahl 273, Schutz 274, Entlassung und
 Abhebung 275.
 Kirchengesetze, deren Erlaß und Verhältnis
 zur Staatsgesetzgebung 257².
 Kirchengewalt 256, 259¹.
 Kirchenhoheit 256, 261.

Kirchenregiment 259¹, Beschränkung in der persönlichen Ausübung desselben 260.

Kirchenvorstände 260².

Klostercapitalfonds 271², 311 f., 318.

Klosterfonds 267¹.

Kloster- und Studienfonds — dessen rechtl. Natur 267², Verwaltung 269, Verwendung des Reinertrags 270 f., Veräußerungsbeschränkungen 273¹, Beitragspflicht zu den Verwaltungskosten der Herzogl. Kammer u. 296¹.

Klosterreinertragskassenetat 270, 291, Schema desselben 303.

Klosterverwaltungs-kassenetat 269, 291, Schema 302.

Königslutter, Heil- und Pflgeanstalt 271², 295.

Kreisdirectionen, Gesetz über dieselben 195.

L.

Landeseinwohnerrecht 98.

Landesgebiet, Untheilbarkeit u. 80.

Landesgrundgesetz — Entstehung 33 f., Bestandtheile 152², Aenderungsbeschlüsse in Betreff desselben 183.

Landesherr — Souverainetät 81, Ehrenrechte 82, Volljährigkeit 82, Stellvertretung 93¹, körperliche oder geistige Unfähigkeit 93², 323¹, Vertretungsbefugnisse (völkerrechtliche) 84, finanzieller Bedarf 210 f., landesfürstliches Reservat 283¹.

Landesjustizverwaltung 193¹.

Landespfarrwitwenversorgungsanstalt 265 1b.

Landesregierung 83.

Landesschuld 235², 289.

Landestheilungen 1 f.

Landesversammlung — deren Zusammensetzung 130 f., Beamte 148 f., 167, 180, Beratungsgegenstände (politische Fragen 148¹) 181, Beschlußfassungen 182, — f. übrigens auch Abgeordnete, Landesvertretung, Landschaft, Landstände.

Landesvertretung — Stellung gegenüber dem Landesherrn 81², Organ des Staates 128¹.

Landgemeinden — deren Verfassung 124 f., deren Abgeordnete 132.

Landgemeindeordnung 115 f.

Landgestüt 289.

Landschaft — als juristische Person 128¹,

Sporel-, Stempel- und Portofreiheit 169, Siegel 169.

Landschaftliche Stipendien 174², 295.

Landstände — deren Ursprung und Geschichte 6 f., Wesen und Zweck 127 f., allgemeine Rechte und Pflichten 148 f., — f. auch Landesversammlung und Landesvertretung.

Landyndicus 167.

Landtage — deren Berufung und Eröffnung 176, Dauer 186, Vertagungen, Auflösung, Verabschiedung 186, Schluß 187.

Landtags-Abhiede 187.

Lehnsgesälle 214².

Lehrfreiheit 104¹.

Leihhausanstalt 233 f., 313⁴.

Lotterie-Einnahmen 214⁴.

M.

Markgenossen 118.

Meliorationen, auf Kammer- und Kloster-gütern 312².

Meßeinnahmen 214².

Militärconvention 88².

Militärhoheit 87 f.

Militärwesen, Mitwirkung der Landstände 88², 155.

Ministeranklage 159 f., Verfahren 162 f.

Ministerialcommission 194.

Mitaufsichtsrecht der Landstände bezüglich der Landesangelegenheiten 158 f.

Moratorien 254.

Museum, Herzogl. 271.

N.

Niedererschlagung von Untersuchungen f. Abolition.

Nothanleihen 241.

Nothgesetze 171.

O.

Oberappellationsgericht, gemeinschaftliches 79¹.

Ortsgeßworene 125²,³.

Ortsvorsteher 125¹,².

P.

Pachhofseinnahmen 214³.

Pactum Henrico-Wilhelminum 2, 4, 82¹, 92.

Patrimonialgerichtsbarkeit 191.

Placetum regium 261, 262¹.

Polizeigewalt, deren Wirkungskreis 243 f.
Präsentationsrecht der Landesversammlung
zu Richterstellen 156.

Präsident der Landesversammlung 180.

Pressfreiheit 104.

Prinzessinsteuer 9, 212¹.

Privilegien, landschaftliche von 1770 16 f.

Privilegienhoheit des Landesherrn 89².

R.

Reallasten, deren Ablösbarkeit 111.

Rechnungen — der Kammerkasse 208, des
Staatshaushalts 236², 237, des Kloster-
und Studienfonds 272², des Kammer-
und Klostercapitalfonds 319.

Rechtshilfe 251¹, 254.

Rechtspflege, Trennung von Verwaltung
242, Rechte der Landesversammlung be-
züglich derselben 156 f.

Rechtsschutz 249 f.

Reclamationen gegen Wahlen 139.

Regent — Wahl desselben 329, ihm zu
leistende Huldigung 329².

Regentschaft — Berechtigung zur Ueber-
nahme derselben 328¹, Rechte und Pflichten
des Regenten 329².

Regentschaftsgesetz — Vorgeschichte und
Entstehung 62 f., 323¹, Anwendbarkeits-
fälle 323¹.

Regentschaftsrath — dessen Zusammen-
setzung und Constituierung 325, Befug-
nisse 326, Geschäftsbehandlung 327,
Beendigung seiner Thätigkeit 328 f.

Regierung, deren Sitz 92.

Regierungserbfolge 92.

" =form 81.

" =nachfolger, Erziehung desselben
[97.

" =unfähigkeit 93², 323¹.

" =vormundschaft 93 f.

Religionsfreiheit 102.

Rente, Landesfürstl. — f. Reservat.

Reservat, Landesfürstl. — Verhandlungen
in Betreff einer bestimmten Summe 45 f.,
deren vereinbarter Betrag 283, erfolgte
Erhöhung desselben 284, Antrag auf
Herabsetzung 283¹, Festsetzung für die
Dauer der gegenwärtigen Regentschaft
285².

Residenzschloß — Verpflichtung zum Bau
desselben 213², Kosten des letzteren 287¹.

Reverfalen 82, 96, 329².

Rittergüter, deren Ankauf seitens des
Staats 314².

Rittermatrikel 174.

S.

Säcularisationen 198¹.

Schachcollegium 11 f.

Schloßbaukosten 212³.

Schulbeamte — deren Bestallung 273,
Schuß 274, Entlassung und Absetzung 275.

Sitzungsperioden 173, 1, Discontinuität
derselben 182, 2.

Souverainetät 81.

Staatsangehörigkeit 98 f.

Staatsanleihen 235, 241.

Staatsdiener — deren Verantwortlichkeit
190, Eid 191.

Staatsgebiet 1 f.

Staatsgerichtshof 161 f., 276.

Staatsgewalt, deren Inhaber 81.

Staatsgut im engeren Sinne — Bestand-
theile 213 f., Veräußerungen desselben
238⁴, unentgeltliche 239².

Staatshaushalt, dessen Sonderung vom
fürstlichen und Domaniaalhaushalt 39 f.,
195 f.

Staatshaushalts-Etat 224 f., außerordent-
licher 225², Feststellung 226 f., Etat-
schemata 300, geheime Etatausgaben 292,
Capitel „Extraordinair“ 225², Ein-
nahmen desselben 213 f.

Staatsministerium — Contrasignatur 191,
rechtl. Verantwortlichkeit der Mitglieder
192, Abtheilungen (Departements) des-
selben 193¹.

Staatsoberhaupt 81.

Staatsvermögen — f. Staatsgut im engeren
Sinne, Kammergut, Kloster- und Studien-
fonds.

Staatsverträge — deren Abschluß 84²,
Vorlegung an die Landesversammlung
85¹, Mitwirkung des Landtags 85¹ u. ²,
88², Publication 87⁴.

Städte — Abgeordnete derselben 131,
städtische Verfassung 124 f.

Steuerausreiben 220.

Steuerbefreiungen 113.

Steuerdirection, Herzogl. 223.

Steuern — directe und indirecte 215⁷,
nothwendige 222.

Steuerverfassung 220, 221.

Steuerverwilligung — deren Ursprung 8 f.,
Recht und Pflicht derselben 216 f., 241,

Umfang des Bewilligungsrechts 219,
Dauer der Bewilligung 221.
Stifter St. Blasii und Cyriaci 197.
Stiftungen, namentlich kirchliche — deren
Vermögen 262, Sicherung der Zweck-
bestimmung desselben 264, Verwaltung
266.
Stipendien, landschaftl. 174², 295.
Strafurtheile, deren Bestätigung 243.
Studienfonds, dessen Ursprung 267², f. auch
Kloster- und Studienfonds.
Substitut des Landyndicus 169⁴.
Successionsfrage, Verhandlungen mit
Hannover 63 f.

I.

Thronfolge=Ordnung 92.
Titel, deren Verleihung 89.
Todesurtheile, Bestätigung derselben 253¹.

II.

Universität zu Helmstedt, Anträge auf deren
Wiederherstellung 268², 271.
Unterrichtsweisen, öffentl. 276.
Unterthanen, Begriff und Verpflichtungen
99¹.

B.

Veräußerungen — f. Kammergut, Kloster-
und Studienfonds, Staatsgut.
Verbrecher, deren Auslieferung 251.
Verfassungsgerichtshof f. Staatsgerichtshof.
Verfassungsfreit — mit Herzog Karl II.
26 f., des Jahres 1846 228².
Verfassungsverletzungen, Anlagerecht wegen
derselben 159 f.
Vergehen im Auslande 250.
Vergleiche — ohne ständische Zustimmung
309⁴, Mittheilung abgeschlossener Ver-
gleiche 319.

Veröffentlichung der Landtagsverhandlungen
50¹, 169⁴.
Verordnungen, Erlaß derselben 155.
Verträge, völkerrechtliche f. Staatsverträge.
Verwahrungen einzelner Abgeordneter gegen
gefaßte Beschlüsse 185.
Verwaltungsbehörden — Stellung der Ge-
richte gegenüber Verfügungen derselben
244¹, Entschädigungsklagen gegen die-
selben 246.
Vizepräsident der Landesversammlung 180,
Wahl eines zweiten V.-P. 180¹.
Virements 227².
Volljährigkeit des Landesherrn 92.

B.

Wählbarkeit 138, Verlust ders. 139⁴ u. ⁵.
Waffendienst 115.
Wahl — der Abgeordneten 140 f., des
Aussschusses 145, des Landyndicus 168²,
des Landtags=Präsidenten und Vice-
Präsidenten 180, des Regierungsvor-
mundes 96, des Regenten 329.
Wahlgesetz — kein Bestandtheil des Landes-
grundgesetzes 141³, 152⁴, einzelne Be-
stimmungen desselben 133¹ bis ⁶, 139⁶,
141².
Wahlperioden 142, 176².
Wahlrecht betr. Abgeordnetenwahlen 133,
138.
Werthpapiere — des Kammercapitalfonds
197², 318¹, des Klostercapitalfonds 269,
271, 318¹, des Staatsvermögens im
engeren Sinne 216³, Vereinbarung in
Betreff der Verwaltung derselben 216³.
Wittthümer 212.
Wohnortsrecht 98¹.

3.

Zölle und Zolleinnahmen 214³.
Zwangsenteignungen 106 f.

Verzeichniß der Abkürzungen.

Ausf.=G. Ausführungsgesetz.
B. G.=B. Bürgerliches Gesetzbuch.
C. C. C. Constitutio criminalis Carolina.
C.=St.=D.=G. Civilstaatsdienstgesetz.
D. G.=B.=G. Deutsches Gerichtsverfassungsgesetz (vom 20. Mai 1898).
E. L.=D. Erneuerte Landtschaftsordnung.
F.=N.=V. Finanznebenvertrag.
G.=D. Geschäftsordnung.
Gem.=Abg.=Ges. Gemeindeabgabengesetz.
L.=A. Landtags=Abschied.
L.=G.=D. Landgemeindeordnung.
L.=T. Landtag.
N. L.=D. Neue Landtschaftsordnung.
ord. L.=T. ordentlicher Landtag.
P.=Str.=G.=B. Polizeistrafgesetzbuch (vom 23. März 1899 Nr. 27).
Prot. Protokoll.
R.=C.=Pr.=D. Reichscivilproceßordnung (vom 20. Mai 1898).
R.=D.=h.=Sch. Reichsdeputationshauptschluß.
R.=K.=D. Reichsconcurssordnung (vom 20. Mai 1898).
R.=Str.=G.=B. Reichsstrafgesetzbuch (vom 26. Februar 1876).
R.=Str.=P.=D. Reichsstraßproceßordnung.
R.=V. Reichsverfassung.
St.=D. Städteordnung.
V.=D. Verordnung.
W.=G. Wahlgesetz.

Verichtigungen.

Auf Seite 6, Zeile 15 von unten, ist statt „auf Guts-“ zu lesen: „in Guts-“.
Seite 24, Zeile 7 von unten, statt „Henrico-Wilhelminum“: „Henrico-Wilhelmini“.
Seite 33, Zeile 16 von oben, statt „Landtschaft“: „Landtschaftsordnung“.
Seite 46, Zeile 6 von oben, statt „reducirt“: „radicirt“, und in Zeile 14 statt „Anm. 1“: „Anm. 3“.
Seite 63, Zeile 6 von oben, statt „Einwirkung“: „Erwirkung“.
Seite 128, Zeile 14 von unten, das Wort „durchaus“ zu streichen.

